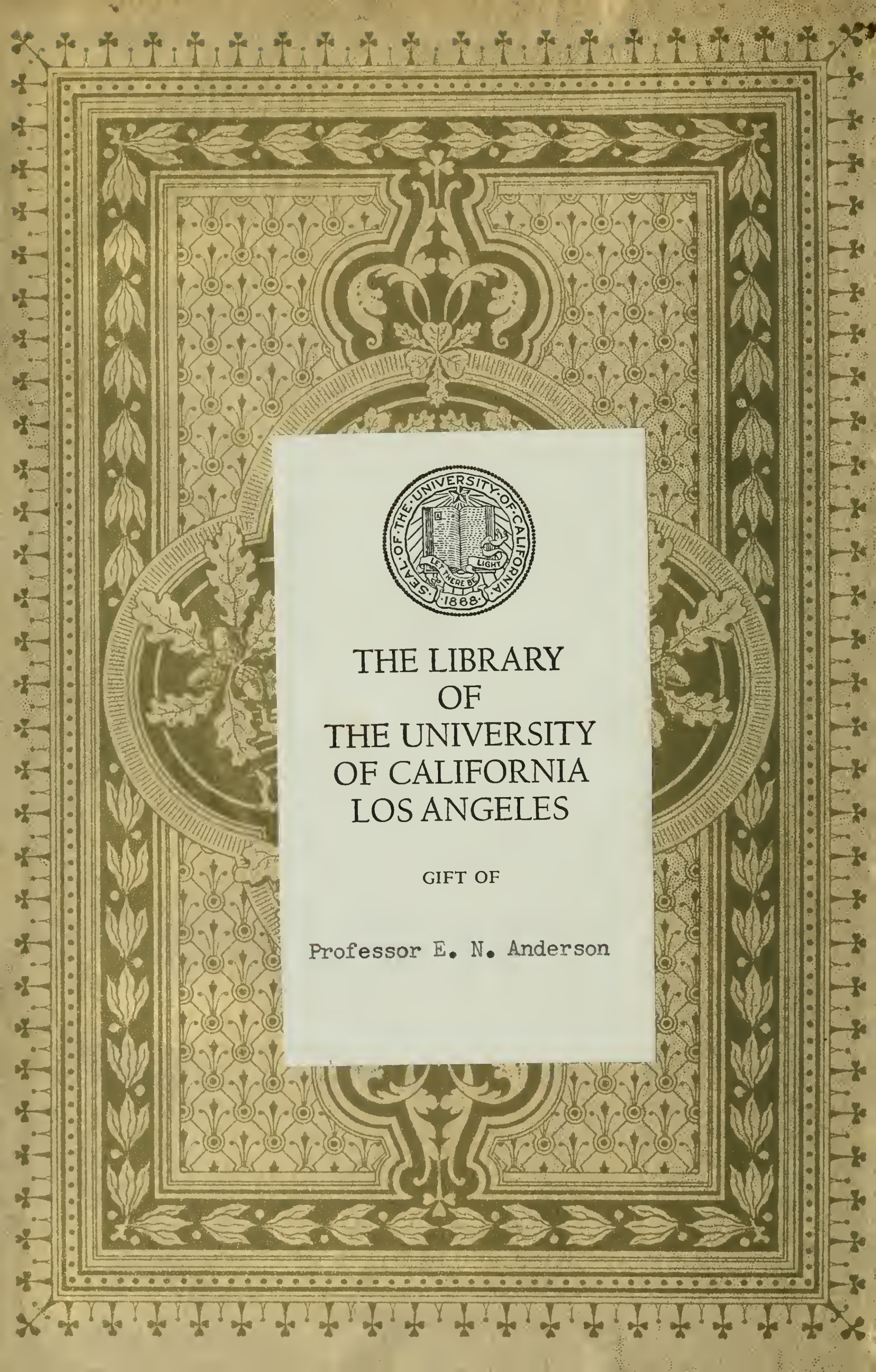

IN TRINITATE ROBUR





Fürst Bismarck

nach seiner Entlassung.



Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit
seinem Scheiden aus dem Amte
auf
Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Erster Band.

20. März 1890 — 11. Februar 1891.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Einleitung.

Das Geschick des Fürsten Bismarck ist gerade so eigenartig, wie er selber. Ausgestattet mit ungewöhnlicher Geisteskraft und Willensstärke, mit unerschütterlichem Muth und unwandelbarer Treue, stieg er vom schlichten Landedelmann zum gefürsteten Herrn, vom Abgeordneten des Landtags zum gewaltigen Staatsmanne empor, in dessen fester Hand nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas Schicksal ruhte, brachte er als die Idealgestalt des deutschen Mannes es fertig, aus den Trümmern deutscher Staatenbildungen den gewaltigen Bau des Deutschen Reiches zu errichten und in zwanzigjähriger rastloser Arbeit immer weiter auszugestalten.

Noch in voller Schaffenskraft stehend, wurde er dann aus seinen Aemtern entlassen — seine Erfahrung, das schwere Gewicht seines Urtheils, seines Alters abwägende Vorsicht hatten keinen Raum neben dem jungen Kaiser, der die Zügel der Regierung ergriffen hatte und nach noch nicht zwei Jahren zu der Erkenntniß gelangt war, daß jüngere und *schmiegsamere* Männer für die Durchführung seiner Pläne geeigneter seien als der alte Recke.

So wurde Bismarck entlassen. Vierzig Jahre lang an ein Leben gewöhnt, das ebenso reich war an Arbeit und Sorgen, wie an Macht und Erfolgen und nun zu der Ruhe eines Privatmannes verurtheilt — wie groß und wie jäh war doch dieser Wechsel!

Er hatte jedoch vor allem anderen *einen* Erfolg, der nur wenigen Männern in der Geschichte vergönnt gewesen ist, noch keinem aber in so hohem Maße wie dem Fürsten Bismarck. Das deutsche Volk hatte sich so völlig daran gewöhnt, seine Geschicke in der Hand des Alle weit überragenden Staatsmannes zu wissen, daß ihm diese behagliche Sicherheit als ganz selbstverständlich erschien. Mit dem Augenblick aber, in dem der Fürst aus seinem Amte schied, erwachte plötzlich das klare Bewußtsein im Volke, was es an dem

Fürsten gehabt hatte und was es nun an ihm verlor. Aus diesem Bewußtsein quollen dann die immer mächtiger anschwellenden Ströme des Dankes und der Verehrung und der Liebe hervor, die bei dem Abschied des Fürsten von Berlin zum erstenmal deutlich zu Tage traten. Und nun zeigte sich jener wunderbare Wechsel zwischen Ursache und Wirkung: je mehr die Begeisterung für den Fürsten im Volke wuchs, desto besorgter wurden die jüngeren und weniger erfahrenen Rathgeber der Krone; und wieder je ängstlicher und kleinlicher diese ihre Sorgen in Worte und Thaten umsetzten, um so lauter und rückhaltsloser bekundete dem Fürsten das Volk seine Treue und sein Vertrauen.

Dankbarkeit ist kein hervorstechender Zug des deutschen Volkscharakters — wann und wo hätte sie jedoch ein Staatsmann so erfahren, wie Fürst Bismarck! Daß er sie aber so erfuhr, war die unmittelbare Folge seiner Entlassung und der ungewollte Erfolg seiner Nachfolger.

Dazu kam aber noch etwas Anderes. Das deutsche Volk würde sich seinen ersten Kanzler niemals haben vorstellen können als in stiller Unthätigkeit verharrend. Ebenso unmöglich war es für den Fürsten selbst, nach langer politischer Thätigkeit nun zu allen Fragen innerer wie äußerer Politik zu schweigen. Dies wunderliche Verlangen stellten aber Diejenigen, die nach ihm an's Ruder gekommen waren. Wollte man doch gerade ihm das Recht der freien Meinungsäußerung, das jedem freien Manne zusteht, beschneiden und abschneiden. In Folge dessen hier wieder eine analoge Erscheinung wie oben: je mehr die neue Regierung und die nun ihr ergebene Presse den Fürsten Bismarck kurzsichtig und engherzig zum Schweigen zwingen wollte und so erst selbst einen Gegensatz zwischen sich und dem Fürsten schuf, um so mehr war dieser genöthigt, sein gutes Recht zu vertheidigen, und geneigt, dem Andrängen des Volkes zu folgen, das des Fürsten Ansicht in allen Fragen wissen wollte.

So ist eine große Fülle von Kundgebungen des Fürsten Bismarck in den sieben Jahren seit seiner Entlassung entstanden, in Form von Depeschen, Briefen, Reden, Unterhaltungen (Interviews) und Aeußerungen in der Presse. Gesammelt ist dieses ganze Material bisher nirgends, nur von den Reden giebt es ein paar Ausgaben. Alles, was wir soeben anführten, ist ja Gemeingut; alles hat in den Tageszeitungen gestanden. Aber wer hat diese noch? wer kennt jedesmal den Zusammenhang? wer will in jedem Falle kritisch sichten?

Diese Sichtung war besonders schwer bei allen den Zeitungskundgebungen, die auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen sind. Der Fürst *schreibt* ja keine Artikel für Zeitungen, er giebt die leitenden Gedanken an oder theilt zum Zweck von Richtigstellungen den wesentlichen Sachverhalt mit. In beiden Fällen ist im großen und ganzen die *Form*, in die des Fürsten

Gedanken eingekleidet werden, jedesmal die Sache des Journalisten, der vom Fürsten mit der Ausführung beauftragt worden ist. Sinn, Gedanken und Absicht des Fürsten aber werden von den berufenen Redakteuren natürlich stets genau wiedergegeben.

Nur die Artikel, die thatsächlich auf diese Weise entstanden sind, haben wir im vorliegenden Werke als authentisch bezeichnet. Und unsere Auswahl beruht nicht etwa auf Willkür, sondern beansprucht von Anfang bis zu Ende quellenmäßigen Werth. Keine Kritik, von welcher Seite sie auch komme, wird im Stande sein, uns in dieser Hinsicht Irrthümer nachzuweisen.

Bezüglich der Ansprachen und Reden bemerken wir, daß wir stets nur den von den „Hamburger Nachrichten" reproducirten Text aufgenommen haben. Unseres Wissens steht der Fürst auf dem Standpunkt, daß er nur von ihm selbst durchgesehene Stenogramme seiner Reden als echte und correcte Wiedergaben anerkennt — eine Vorsicht, die in Anbetracht des Umstandes, daß der Fürst diese Reden zum größten Theil im Freien gehalten und ein beliebiger fremder Stenograph das Idiom des Fürsten nicht gekannt hat, überaus berechtigt ist. Da nun die „Hamburger Nachrichten" thatsächlich allein in regelmäßigen Beziehungen zum Fürsten stehen, haben wir bei den Reden auch nur dieses Blatt zu Grunde gelegt.

Alle auf den Fürsten zurückzuführenden Kundgebungen jeglicher Art haben wir in den vorliegenden Bänden, um die häufige Wiederholung des Namens zu vermeiden, dadurch gekennzeichnet, daß sie um etwa ein Centimeter nach rechts eingerückt sind.

Eine bloße Aneinanderreihung Bismarckischer Kundgebungen würde für den Leser ermüdend geworden sein. Wir haben deshalb nicht bloß kurzen erläuternden historischen Text hinzugefügt, sondern haben auch, um ein möglichst anschauliches Bild der ganzen sieben Jahre zu bieten, beständig die gleichzeitige in- und ausländische Presse berücksichtigt, gleichviel welcher Richtung sie war. Sorgfältige Register zu jedem Bande werden den Gebrauch des Werkes wesentlich erleichtern.

Verleger und Herausgeber hoffen somit dem deutschen Volke ein willkommenes Werk zu bieten, ein Werk, an das sie ihr bestes Können gesetzt haben, ein Werk, das dazu dienen soll, die hehre Begeisterung für den Fürsten Bismarck nicht sich verflüchtigen zu lassen, sondern sie festzuhalten in Herz und Haus.

Möge das Werk denn mit derselben Sachlichkeit beurtheilt werden, mit der es bearbeitet worden ist; und möge es ein Baustein werden zu dem Nationaldenkmal für unseren Fürsten Bismarck!

Leipzig, Mai 1897.

Johs. Penzler.



Vorwort des Verlegers.

Das Werk „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung", das mit dem vorliegenden 7. Bande zum Abschluß gelangt ist, hat in der Presse eine Aufnahme gefunden, die seiner Bedeutung als Quellenwerk zeitgenössischer Geschichte gerecht zu werden versuchte. War auch die Stellungnahme der Presse zu dieser Publikation, die mit dem Anspruche auftrat: „ein getreues Spiegelbild des nachamtlichen Lebens und der nachamtlichen Politik des ersten Kanzlers zu bieten und eine strenge Scheidung zwischen dem vorzunehmen, was man in den letzten Jahren dem Fürsten Bismarck zugeschrieben, und dem, was thatsächlich von ihm selbst veranlaßt, resp. auf ihn selbst zurückzuführen ist," eine durchaus wohlwollende, so wurde doch eine Anzahl von Stimmen laut, die mehr Garantien für die Authenticität des dem Werke zu Grunde liegenden Materials forderte, als in der Einleitung zum ersten Bande gegeben werden konnten.

Jedem, der das Werk aufmerksam studiert hat, wird es klar geworden sein, daß dem Werke Förderung von einer wohl unterrichteten Seite zu Theil geworden sein mußte. Dennoch bin ich meinem Versprechen gemäß verpflichtet, der Forderung: „die Quelle unumwunden anzugeben, der das Werk seinen Ursprung verdankt," nachzukommen, zumal die Gründe, die mich damals veranlaßten, die Mitwirkung von dieser Seite nur anzudeuten, ohne sie selbst namhaft zu machen, inzwischen hinfällig geworden sind. Ich freue mich, heute in der Lage zu sein,

> den politischen Redakteur der „Hamburger Nachrichten", Herrn Dr. H. Hofmann als denjenigen bezeichnen zu können, dessen Unterstützung die Herausgabe des Werkes ermöglichte.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Fürst nach seiner Entlassung sich der Feder dieses Herrn zur Publicirung seiner Kundgebungen in den

„Hamburger Nachrichten" bediente. Herr Dr. H. Hofmann hat in liebenswürdiger Weise das vom Herausgeber gesammelte und ihm vorgelegte Material einer Durchsicht unterzogen und das bezeichnet, was nach seiner Erinnerung seinen Ursprung Anregungen und Informationen des Fürsten verdankt. Andere Artikel, — und selbst solche aus gegnerischen Blättern — haben in dem Werke insoweit Aufnahme gefunden, als es nothwendig war, um das Bild zu vervollständigen, das das Werk von den damaligen Situationen und Stimmungen bietet.

Der Herausgeber hat ein wahrheitsgetreues Bild der letzten Lebensjahre und des persönlichen Anteils, den der Kanzler an allen politischen Vorgängen nahm, zu geben versucht, und ich bin überzeugt, daß Niemand das Werk aus der Hand legen wird ohne Bewunderung über die vielseitige Thätigkeit des Kanzlers in jener Zeit, da er, zur Unthätigkeit verdammt, den Staatsgeschäften fern stand.

Geschichte und Sage werden das Gedächtniß an den verblichenen Geisteshëros in alle Zeit fortleben lassen. — Ich freue mich, in Gemeinschaft mit den Herren Dr. H. Hofmann und Johs. Penzler an meinem bescheidenen Theil dazu beitragen zu können, durch diese Publication das Verständniß und die liebevolle Würdigung der großen Werke des ersten deutschen Reichskanzlers zu fördern und wach zu erhalten.

Leipzig, den 26. October 1898.

Walther Fiedler.

I. Periode:

Friedrichsruh 29. März — 30. Juli 1890.

Am 20. März 1890 mußte Fürst Bismarck den Platz räumen, den er sich selbst zugleich mit dem deutschen Kaiserthum in weltgeschichtlichen Thaten ohne Gleichen geschaffen hatte. Er wurde durch kaiserliche Cabinetsordre aus seinen Aemtern entlassen.

Das war achtzig Tage, nachdem der Kaiser zum Jahreswechsel an den Fürsten Bismarck geschrieben hatte: „Ich bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rath noch viele Jahre erhalten." (30. Dezember 1889.) Das war zwei Tage vor dem Geburtstage des ersten Kaisers, der fast genau dreizehn Jahre zuvor Bismarcks Entlassungsgesuch vom 27. März 1877 mit dem bekannten „Niemals" beantwortet hatte. Das war nur eine Woche vor dem Tage, an dem der im Dienste seines Königs, Kaisers und Vaterlandes ergraute Fürst sein 75. Lebensjahr vollendete, er, der stets seinen Wahlspruch treu bethätigt hatte: „In serviendo consumor".

Diese Entlassung war ein Ereigniß von weltgeschichtlicher Bedeutung; das ergab sich aus der Tagespresse aller civilisirten Länder. In der deutschen Presse gab es kaum ein anständiges Blatt, das ohne Rücksicht auf seinen Parteistandpunkt in jenen Märztagen ehrende Worte dem scheidenden Fürsten nicht gewidmet hätte. Vorwiegend war in den reichstreuen Blättern natürlich das Gefühl tiefer Trauer, der Ausdruck eines Schmerzes, wie man ihn bei einem schweren nationalen Schicksalsschlage empfindet. Nur vereinzelt zunächst wagten sich Geschmacklosigkeiten hervor, wie in der demokratischen „Frankfurter Zeitung" des Herrn Sonnemann:

„Möge auch von ihm gelten, daß nicht wiederkehrt, was einmal gegangen ist; die Nation wird dann den 18. März 1890 bald zu den Tagen zählen, derer man mit Freuden gedenkt."

Die ausländische Presse stand in den ersten Tagen der Thatsache der Entlassung des Fürsten mit einer gewissen Verlegenheit gegenüber. So heißt

es in den „Times“: „Der Kaiser und sein neuer Kanzler haben ein weißes Blatt Papier vor sich, um darauf Geschichte zu schreiben. Die Welt wird begierig sein, welcher Art diese Geschichte sein wird.“ Von russischen Aeußerungen führen wir zwei an. Die„ Neue Zeit“ sagt: „Deutschland mit Bismarck war eine genau bekannte Größe, Deutschland ohne Bismarck ist ein — Räthsel.“ Und der „Graschdanin“ schreibt: „So lange der Kanzler an der Spitze Deutschlands sich befand, spielte dasselbe eine wichtige Rolle; wird das noch der Fall sein, wenn er die Geschäfte abgiebt, wenn man ihn, so zu sagen, in Scheidemünze umsetzt, wenn an die Stelle des einen großen Bismarck eine Anzahl kleiner Staatsmänner wie Böttiche u. s. w. treten?“ Das allgemeine Urtheil der maßgebenden französischen Presse drängt sich in folgenden Aeußerungen zusammen: „Die Franzosen hatten gelernt, den großen Staatsmann, der von der politischen Höhe verschwindet, als ihren gefährlichsten, hassenswertesten Feind zu betrachten. Ist es nicht eine seltsame historische Fügung, daß sie seinen Rücktritt nicht ohne Bedauern sehen können? Man muß es gestehen, Fürst Bismarck war der mächtigste Erhalter des europäischen Friedens geworden. Geben wir uns nicht der Furcht hin, aber halten wir uns mehr als jemals für alle Fälle bereit.“

Welche Bewegung die Entlassung des Fürsten im Volke selbst hervorrief, davon gab zunächst Berlin ein treues Bild. Am Vormittag des 26. März machte der Fürst im königlichen Schlosse dem Kaiser seinen Abschiedsbesuch, der etwa eine Stunde dauerte, und dann im Niederländischen Palais dem Großherzog und der Großherzogin von Baden. Als er von dort in die Wilhelmsstraße zurückfuhr, begleitete eine tausendköpfige Menge seinen Wagen. Balkone und Fenster der Häuser Unter den Linden hatten sich gefüllt. Ueberall stürmische Zurufe, Hüteschwenken und Tücherwehen ohne Ende. Dichte Schaaren folgten dem Wagen bis zum Reichskanzlerpalais, das noch eine Stunde lang von einer gewaltigen Menge umlagert blieb. Auf dem ganzen Wege dankte der Fürst, den zahlreiche Blumenspenden in seinem Wagen umgaben, durch unaufhörliches Sichverneigen nach rechts und links, sichtlich tief ergriffen von diesen ganz unvorbereiteten, aus überquellenden Herzen mit unwiderstehlicher Gewalt hervorbrechenden Huldigungen.

Am Abend des 28. März weilte Fürst Bismarck im Mausoleum in Charlottenburg noch eine längere Zeit am Sarge Kaiser Wilhelm's I.; er nahm den letzten Abschied von dem geliebten Herrn, dem er mit unerschütterlicher Treue bis zum Tode gedient hatte. Was mag in der Stunde das Herz des alten Kanzlers bewegt haben!

Ganz anderer Art war der Abschied des folgenden Tages. Da erreichte die Begeisterung der Berliner Bevölkerung für den Fürsten ihren Höhepunkt. Es ist für die Vollständigkeit des hier zu entrollenden Gesammtbildes unerläßlich, hierauf näher einzugehen und Augenzeugen reden zu lassen.

Ueber das Verlassen des Reichskanzlerpalais und die Fahrt bis zum Lehrter Bahnhofe, von wo der Fürst die Reise nach Friedrichsruh antrat, berichtet die „National=Zeitung“ vom 30. März:

„Heller, warmer Sonnenschein durchfluthete die Straßen, ein maienhaft schöner Frühlingstag begünstigte die Ansammlung der vielen Tausende, welche dem scheidenden großen Staatsmann ein Lebewohl zurufen wollten. Die Menge concentrirte sich von 4 Uhr ab in den Straßen, durch welche der Weg nach dem Bahnhof führt, in der Wilhelmsstraße, Unter den Linden, am Brandenburger Thor, auf dem Königsplatz bis zum Lehrter Bahnhof. Unter den Linden waren der südliche Bürgersteig, die Fahrdämme und die Mittel=promenade von dichtgedrängten Menschenreihen besetzt; Fenster und Balkone waren dicht gefüllt; ein größeres Aufgebot von Schutzleuten hatte alle Mühe, die Fahrwege frei zu halten und den Verkehr zu regeln. Auf dem Pariser Platz waren zu beiden Seiten mehrfache Reihen von Equipagen und Droschken aufgefahren, deren Insassen sämmtlich darauf harrten, dem Fürsten Bismarck ihren Scheidegruß zuzurufen. Ein dunkles, dichtes Menschengewühl erfüllte die Wilhelmstraße von den Linden bis zum Wilhelmsplatz. Hier bemerkte man viele Damen in schwarzer Kleidung, mit Blumenbouquets und Kränzen in den Händen. Zahlreiche Schutzleute zu Fuß und zu Pferde hatten den Bürgersteig und die Straße vor dem Reichskanzlerpalais frei gehalten; gleich=wohl gelang es mit Blumenspenden beladenen Damen und Herren, die Schutzmannskette zu durchbrechen und vor dem Gitterthor des Palais Auf=stellung zu nehmen. Schweigend und in tiefer Bewegung harrten die Tausende des Moments der Abfahrt.

„Fünf Minuten nach 5 Uhr kam Bewegung in die Menschenmenge. Der erste der auf dem Hofe des Palais haltenden Wagen war vor dem Portal vorgefahren, und Fürst Bismarck in seiner Kürassieruniform mit den Abzeichen seiner neuen Würde trat heraus, hinter ihm Graf Herbert Bismarck in Civil=kleidung. Der Fürst hatte noch einen letzten Abschied von seinen nächsten Gehülfen genommen. Er warf auf die ihm so vertrauten Räume vor dem Einsteigen noch einen langen Blick. Schon aber hatten die brausenden Hurrahs und Hochrufe eingesetzt, Tücher wurden geschwenkt und ein wahrer Regen von Blumen und Kränzen flog in den offenen Wagen hinein, als der einfache Wagen zum Ehrenhof hinausfuhr. Eine unbeschreibliche Begeisterung war in die Menschenmassen beim Anblick des scheidenden Kanzlers gekommen; die Menge warf sich dem Wagen entgegen, stürzte zu beiden Seiten vor und brachte die Pferde zum Stehen. Einen Augenblick schien es, als ob man die Pferde ausschirren wollte. Fürst Bismarck dankte nach allen Seiten grüßend, ein freundliches Lächeln war über seine ernsten Züge geflogen. Langsam nur konnte der Wagen vorwärts kommen, wie widerwillig nur machten die Menschenmassen vor dem Wagen Platz. Die begeisterten Hochrufe, das

1*

Tücherschwenken, die Abschiedsrufe, die Blumenspenden wiederholten sich Unter den Linden bis zum Brandenburger Thor hinaus. Ein nachdrängender unendlicher Menschenstrom wälzte sich immer anschwellend und Alles mit sich ziehend, dicht hinter dem Wagen des Fürsten einher, so daß die anderen Wagen bald weit von dem Wagen des Fürsten getrennt waren. In dem zweiten Wagen saßen die Fürstin Bismarck mit dem Grafen und der Gräfin Wilhelm Bismarck, im dritten Professor Schweninger, im vierten Wagen — was viel bemerkt wurde — Reichskanzler von Caprivi."

Die „Vossische Zeitung" schildert die Fahrt nach dem Bahnhof und das Leben, das sich dort vor der Ankunft des Fürsten entwickelte:

„Die Fahrt gestaltete sich zu einem Triumphzuge, wie ihn Berlin lange nicht gesehen hat. Auf den Bürgersteigen der Straßen standen Kopf an Kopf Männer aus dem Volke, elegant gekleidete Damen und Herren aus den besten Gesellschaftsschichten, darunter sehr viele Offiziere; es schien, als ob sie alle in der Herzlichkeit der Huldigungen wetteiferten, welche sie dem Fürsten Bismarck darzubringen bemüht waren. Die Großartigkeit dieser unvorbereiteten Huldigung verfehlte auf den Fürsten ihre Wirkung nicht. Der Schmelz aufrichtiger Rührung verklärte die Züge des eisernen Mannes, und die zuckenden Winkel seines lächelnden Mundes verriethen tiefe Bewegung.

„Auf dem vom hellen Sonnenlicht übergossenen Lehrter Bahnhof, von dem aus die Abreise nach Friedrichsruh mit dem Expreßzuge um 5 Uhr 40 Minuten erfolgte, herrschte bereits in den ersten Nachmittagsstunden ein außergewöhnliches Leben. Die Wartesäle waren bereits um 3 Uhr überfüllt; alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten; neben den Damen der Aristokratie, die meistens in tiefste Trauer gehüllt waren, hatten sich zahlreiche Frauen aus dem Handwerkerstand und aus den arbeitenden Klassen eingefunden. Noch bunter zusammengesetzt war womöglich das Männerpublikum: Generale in goldstrotzender Uniform, Officiere der Gardetruppen und der Linie. Zu ihnen gesellten sich Parlamentarier, bekannte Rechtsanwälte, Aerzte, Studenten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, jeder Stand schien vertreten. Vor dem Bahnhofe hatten zahlreiche Blumenverkäufer Posto gefaßt; so voll ihre Körbe auch von Blumen waren, ein Augenblick genügte, und sie waren entleert. Alle Frauen trugen Blumensträuße; der Wartesaal schien in einen einzigen Blumenhain verwandelt; die Vorsitzenden und Leiter zahlreicher Vereine hatten gleichfalls Blumenstücke von seltener Pracht und Größe mitgebracht. Bemerkenswerth war besonders eine von englischen Damen dem Fürsten bei seiner Abfahrt überreichte Gabe: aus florüberzogenem Veilchenkissen hob sich der Erdball, ebenfalls mit schwarzer Gaze umzogen, hervor.

„Die vierte Stunde war herangekommen; in den Wandelgängen des Bahnhofes schob sich die Menge; Alles drängte nach den Ausgangsthüren, aber

dieselben waren verschlossen, und an der Billethalle prangte ein Placat, laut welchem nur denjenigen Personen, die Fahrkarten gelöst hätten, der Eintritt zum Perron gestattet sei. Nun galt es, sich mit Billeten zu versehen, und die Schalter wurden gestürmt: „Ich bin ein Preuße“, so schmetterte mit einem Male die Musik; eine Ehrenescadron der Gardeküraßiere mit Fahnen rückte heran; das gesammte Officiercorps des stolzen Regiments befand sich bei der Escadron. In zwei Gliedern nahmen die Mannschaften mit gezogenem Pallasch auf dem Bahnhof Aufstellung. Vor dem Fürstenzimmer stellten sich zwei Gardeküraßiere als Ehrenwache auf.

„Als der Fürst auf dem Lehrter Bahnhofe anlangte, stürzte sich von allen Seiten die Menge unter Hochrufen auf den Wagen. Die Schutzleute, welche zur Absperrung des Bahnhofes aufgeboten waren, konnten oder wollten diesen Sturmlauf nicht hemmen; halb stieg der Fürst aus dem Wagen, halb wurde er hinausgehoben, und hinter ihm her stürzte die Menge auf den Bahnsteig. Mit so überwältigender Gewalt vollzog sich die Kundgebung, daß gar nicht an einen Versuch gedacht werden konnte, ihr Einhalt zu gebieten. Der Kanzler empfing sodann aus den Händen des Offiziers, der die Ehrenwache befehligte, unter den Klängen des Präsentirmarsches den Rapport und schritt die Front ab.“

Endlich naht die Stunde der Abfahrt. Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Es war 20 Minuten nach 5 Uhr; Fürst Bismarck betrat den Perron; alle Häupter entblößten sich; tief gerührt und freundlich lächelnd reichte der Fürst Allen die Hand und schritt dann langsam die Ehrenescadron ab. Vor dem Coupé seines Salonwagens nahm der Fürst Aufstellung; nun spielten sich Scenen ab, geradezu überwältigend, unbeschreiblich. Von einer Begeisterung, Gluth, von einer Wärme, von einem Feuer, von einer Nachhaltigkeit, die wie mit elementarer Wucht hervorbrachen. Hinter den Gardeküraßieren, in den Fenstern der Wartesalons, stand in dichter, undurchbrechbarer Kette die Menge, ein Hurrahrufen ohne Ende brach los; wenn die Hochs auf der einen Stelle zu ersterben drohten, dann setzten sie an der anderen gewaltiger wieder ein. Da erhob sich mit einem Male eine laute, schrille Stimme mit dem Ruf: ‚Auf Wiedersehen!‘ und ‚Auf Wiedersehen!‘ fielen Hunderte und Tausende in diesen Ruf ein. ‚Auf Wiedersehen! auf Wiedersehen!‘ so hallte es durch den weiten Raum. ‚Der Begründer des deutschen Reiches Fürst Bismarck lebe!‘ ließ sich eine Stimme vernehmen, ‚er lebe hoch,‘ Alle, Alle ohne Ausnahme fielen ein. Es stand der Fürst noch über fünf Minuten auf dem Perron, umbraust, umstürmt von den Hoch- und Hurrahrufen; dann begab er sich in sein Coupé; von allen Seiten flogen Blumen in dasselbe hinein; der ganze Salonwagen glich einem duftenden Hain; da fingen die Rufe: auf Wiedersehen von Neuem an, sie wurden stärker, mächtiger. Die Glocke erklang; die Truppen präsentirten, die Musik spielte; ihre Klänge erstarben in den Hoch- und Hurrahrufen. Die

Wacht am Rhein wurde nochmals gesungen, und langsam fuhr der Zug aus der Halle. Fortwährend winkte der Fürst Abschiedsgrüße zu; die Damen wehten mit den Tüchern. Es war ein überwältigender Moment, man sah rings thränende Gesichter, hörte lautes Schluchzen: ‚Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen‘ donnerten die Rufe hinter dem nun schnell fortdampfenden Zuge.“

Das war der Abschied des Fürsten Bismarck von Berlin. Alle mit ihm verknüpften Vorgänge haben typische Bedeutung: die Gesinnung des Volkes für den Fürsten ist so geblieben, wie sie sich hier offenbarte. Der Times-Correspondent bemerkt über diese Abschiednahme: „Ich übertreibe nicht, sondern erzähle in nüchterner Sprache, daß gestern die Haltung der Berliner Bevölkerung derjenigen von Leidtragenden glich, die am Begräbnis eines verehrten Todten theilnahmen.“

* * *

Am Abend langte der Fürst in Friedrichsruh an, in dem Orte, der von nun an mit wenigen Unterbrechungen sein dauernder Wohnsitz und die Stätte seiner treuen stillen, aber darum nicht minder segensreichen Arbeit für das deutsche Vaterland werden sollte.

Nach Friedrichsruh lenkten sich zum 1. April die Augen und Gedanken und Segenswünsche des ganzen Volkes. Schon 1882 hatte Fürst Bismarck hier seinen Geburtstag gefeiert. Diesmal hatte der Tag aber doch seine besondere Bedeutung: 75 Lebensjahre waren heute vollendet, und es war der erste Geburtstag, an dem nicht mehr des Amtes Bürde seine Schultern drückte.

Um den Fürsten war seine ganze Familie versammelt; auch sein Bruder, Landrath in Naugard, und seine Schwester, Frau von Arnim-Kröchlendorff, mit ihrem Gemahl waren erschienen.

Der Hamburger Senat sandte ein officielles Glückwunschschreiben, die Gesammtvertretung der Konservativen schickte eine sehr herzliche Depesche, die nationalliberale Partei des preußischen Abgeordnetenhauses überreichte eine Adresse. Die Residenz Stuttgart verlieh das Ehrenbürgerrecht.

Am Vorabend des Geburtstages brachten 3000 Hamburger Einwohner ihrem nun benachbarten Ehrenbürger einen Fackelzug dar. Von den Seinigen begleitet, trat der Fürst an das Comité heran, um seinem Danke Ausdruck zu geben. Nachdem die ersten lautschallenden Willkommengrüße verklungen waren und Stille hergestellt war, so erzählen die „Hamburger Nachrichten“ vom 1. April 1890 (M.-A.), vernahmen die Nächststehenden, wie der Fürst tiefbewegt erklärte,

> welche Freude es ihm verursache, daß er, nachdem er 28 Jahre Minister gewesen und sich, wie jeder in solcher Stellung, manche Feinde geschaffen habe, vor zwei Tagen bei seinem Fortgang aus Berlin in überwältigender Weise erfahren, daß er sogar in dem unzufriedenen Berlin eine große Anzahl von Freunden habe. Nun empfange er noch den Beweis,

daß auch in Hamburg die Zahl seiner Freunde nicht gering sei. Er statte den Erschienenen seinen aufrichtigen Dank ab für die ihm heute erwiesenen Ehren. Es sei ein beruhigendes Gefühl für ihn, der in der Nähe der alten Hansastadt sein Quartier aufgeschlagen habe, um hier in Ruhe seine Tage zu beschließen, so treue und liebe Nachbarn zu haben. Nun wollten sie auch eine gute Nachbarschaft halten.

Nach der Begrüßungsrede des Dr. Nolte sagte der Fürst:

Er sei nun schon so lange Jahre Ehrenbürger Hamburgs, und noch immer sei es ihm nicht vergönnt gewesen, der lieben Stadt seinen Besuch zu machen, um persönlich für die ihm von ihr erwiesene Ehre seinen Dank abzustatten. Er behalte es sich aber jetzt vor, wo er Muße habe, alsbald das Versäumte nachzuholen.

Dann wandte sich der Fürst dem Großkaufmann Woermann zu mit den Worten:

„Wir haben schon tapfer manches Jahr zusammen gearbeitet. Ich trete jetzt von der Bühne ab und sehe mir die Sache von der Loge aus an. Sie aber sind noch jung; Sie kommen so billig nicht davon!“

Nach Dreiviertelstunden war der mächtige Zug vorüber. Die ganze Zeit hatte der Fürst tapfer ausgehalten. Nun bat er aber,

man möge ihn beurlauben. Er sei ein alter Mann und habe schon lange nicht mehr so lange gestanden, wie er es heute mit Vergnügen gethan. Er wolle jetzt zur Ruhe gehen und hoffe nach der Freude diese Nacht sehr gut zu schlafen. Er nehme jetzt Abschied von den Herren, aber er hoffe, daß es nicht ein Abschied für immer sei. Für heute schließe er mit dem plattdeutschen Wort, das gewiß wahr sei: „So veel Hurrah het Friedrichsruh sin Dag nich hört!“

* * *

Unter den zahlreichen Geschenken ragte ein Colossal-Oelbild des Kaisers, von diesem selbst geschenkt, hervor. Bei der Mittagstafel äußerte der Fürst:

„Der Kaiser hat ein merkwürdiges Chassé-croisé gemacht. Seinen besten General macht er zum Kanzler und seinen Kanzler zum General.“

* * *

Zu den Deputationen, die der Fürst an seinem Geburtstage empfing, gehörte auch eine akademische als Vertretung der deutschen Burschenschaften; sie gehörten der damals präsidierenden Burschenschaft Brunsviga in Göttingen an. Nachdem der Sprecher die Adresse an den Fürsten vorgelesen hatte, erwiderte dieser:

„Das Jahr 1815 ist, wie Sie richtig bemerkten, unser beiderseitiges Geburtsjahr. Beide haben wir, die Burschenschafter wie ich, das Gleiche erstrebt: die Einigkeit Deutschlands. Das ist erreicht worden. Ich habe es erstrebt auf dem Wege, den mir meine Erziehung und Geburt

angewiesen haben; ich habe das Bestehende geachtet und die Erreichung meines Zieles durch die Monarchen gewollt. Ich ermahne die akademische Jugend, am Bestehenden festzuhalten, ehe Besseres an die Stelle desselben getreten ist."

Der Abend brachte wieder einen Fackelzug mit sich: mehr als tausend Beamte der preußischen Staatsbahnen waren diesmal die Fackelträger. Eisenbahnpräsident Krahn aus Altona hielt die Ansprache.

Der Fürst begrüßte die Fackelträger als Vertreter der beiden todten Elemente, Kohle und Eisen, auf denen die heutige Culturwelt beruhe. In der Eisenbahn vereinigten sich beide zu dem wichtigsten Factor der modernen Cultur. Ohne Eisenbahn würde die heutige Welt stillstehen. Der Fürst griff dann zurück in die Vergangenheit und gedachte seiner ersten Bahnfahrt von Berlin nach Potsdam. In jener Zeit habe man dem Bahnwesen mit Mißtrauen gegenübergestanden, die Rentabilität der Bahnen bezweifelt, zu Brückenbauten über die Elbe habe sich Preußen nicht entschließen können, sondern habe Anhalt die Sache ausführen lassen. Selbst zwischen den wichtigsten Verkehrspunkten habe man nur eingeleisige Bahnen zu errichten gewagt. Wie habe sich seitdem alles geändert; welche hohe und wichtige Stellung nehme jetzt das Eisenbahnwesen im öffentlichen Leben ein! Seit er Einfluß auf die Staatsleitung gewonnen habe, habe er in Würdigung der großen Wichtigkeit der Eisenbahnen immer darauf gedrungen, die Bahnen aus den Händen der Actiengesellschaften in den Besitz des Staates überzuführen. Anfangs sei er beim hochseligen Kaiser Wilhelm mit dem Verstaatlichungsgedanken auf Schwierigkeiten gestoßen, bis er in dem Minister Maybach den Mann gefunden habe, dessen Sachkenntniß, Umsicht und Energie die Durchführung ermöglicht habe. Fürst Bismarck spendete den hohen Fähigkeiten Maybach's die glänzendsten Lobsprüche. Maybach habe eigentlich Alles allein gemacht, nachdem er ihm „in den Sattel geholfen habe". Der Fürst ermahnte dann die Bahnbeamten, das Beispiel ihres Chefs stets vor Augen zu haben. Es fiel auf, daß der Fürst die Gelegenheit ergriff, um die Eisenbahnbeamten vor allem Ueberstürzen zu warnen: „Brechen Sie nicht gar zu schnell durch scheidende Bergwände; halten Sie sich an das Bestehende und bauen Sie von da aus weiter; das historisch Entstandene hat seine Berechtigung, die man schonen muß." Der Fürst schloß in seiner herzgewinnenden freundlichen Weise mit der Bitte an die Bahnbeamten, ihm auch ferner, nun er als Privatmann in ihrer Nachbarschaft lebe, ihre guten Gesinnungen zu bewahren. Er werde ja meist auf seiner Scholle bleiben, aber doch ab und zu auch reisen und Menschen sehen, wenn auch seine politische Laufbahn abgeschlossen hinter ihm liege. Mit freundlichem Dank und Händedruck ver-

abschiedete er sich von den Nächststehenden und stieg den steilansteigenden Weg in rüstiger Haltung, wie er gekommen, wieder hinauf.

Friedrichsruh hatte seit der Ankunft des Fürsten allmählich ein ganz anderes Aussehen genommen. Verlief sich auch die große Welle von Besuchern, welche der Geburtstag herangetrieben hatte, rasch, so brachte doch jeder Tag neue Gäste in das fürstliche Schloß. Am meisten spürten die Post- und Telegraphenbeamten die Steigerung des Verkehrs. Waren doch in den ersten 14 Tagen nicht weniger als 6000 telegraphische und briefliche Sendungen eingelaufen, ungerechnet die große Menge der Postpakete und Frachtstücke. Dabei hatte der Fürst noch nicht einmal eine Privatkanzlei eingerichtet, sondern erledigte alles selbst. Natürlich war unter solchen Umständen nicht daran zu denken, daß er alle Glückwünsche einzeln beantwortete. Daher erließ er am 14. April folgende Kundgebung:

„In Folge meiner Entlassung und anläßlich meiner Geburtstagsfeier ging mir eine große Anzahl wohlwollender Kundgebungen aller Art aus dem Reiche und von außerhalb zu. Zu meinem schmerzlichen Bedauern ist es unmöglich, meinem Herzensbedürfniß entsprechend jede einzelne dieser freundlichen Kundgebungen zu beantworten. Ich bitte deshalb Alle, welche bei diesen Gelegenheiten ihren freundschaftlichen Empfindungen einen für mich so wohlthuenden Ausdruck verliehen, meinen verbindlichsten Dank auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen."

* * *

Am 16. April empfing der Fürst das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller, das ihm eine schon am 21. März beschlossene Adresse überreichte. Der Fürst dankte dafür in einer längeren Ansprache, deren Wortlaut aber niemals veröffentlicht ist. (Der von H. v. Poschinger, Ansprachen 2c., S. 130 mitgetheilte Wortlaut kann daher auch keinen Anspruch auf Echtheit machen, um so weniger, als der allerdings etwas davon abweichende der „Freisinnigen Ztg." vom 23. April in den „Hamb. Nachr." vom 24. April, A.-A., als erfunden bezeichnet worden ist.)

* * *

In diesen Tagen begann nun aber auch bereits die Preßfehde gegen den Fürsten Bismarck. Der Erste, der dazu seine Stimme erhob, war Eugen Richter in der „Freisinnigen Ztg." Die „Hamb. Nachr." hatten in der M.-A. vom 16. April eine Besprechung der Erklärungen des Reichskanzlers von Caprivi im preußischen Abgeordnetenhause vom Tage zuvor gebracht, und Herr Eugen Richter behauptete nun, diese Besprechung ginge vom Fürsten Bismarck aus. Dagegen erging folgende Erklärung („Hamb. Nachr." 19. April A.-A.):

Die „Freisinnige Ztg." äußert sich unter der Insinuation, daß Fürst Bismarck die Haltung der „Hamb. Nachr." inspirire, in hetzerischer Weise

über unseren neulichen Artikel, betreffend die Erklärung des Herrn von Caprivi im preußischen Abgeordnetenhause. Verständigen Leuten brauchen wir nicht erst zu sagen, daß der Fürst diesen Artikel weder verfaßt, noch irgendwie veranlaßt hat; aber selbst wenn das Gegentheil der Fall wäre, läge kein Anlaß zur Entrüstung vor, da dem Fürsten Bismarck so gut wie jedem anderen preußischen Staatsbürger nach der Verfassung das Recht zusteht, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Daß der Fürst der Mann dazu wäre, sich dieses Recht durch blinden Preßlärm verkümmern zu lassen, glaubt die „Freisinnige Ztg." wohl selber nicht.

Wir unsererseits sind der Ansicht, daß Fürst Bismarck wohl nicht daran denkt, mit seiner Meinung zurückzuhalten, sobald es ihm nöthig und nützlich erscheint, dieselbe zu äußern. Dazu wird sich die nächste Gelegenheit im preußischen Herrenhause bieten und später im Reichstage, für den der Fürst binnen gegebener Frist ein Mandat sicher annehmen dürfte. Was aber die Verbindung des Fürsten mit der Presse betrifft, so ist es lediglich selbstverständlich, daß diese nicht gänzlich abgebrochen sein kann. Man wird von einem Staatsmanne, der 30 Jahre lang die hervorragendste Stellung im öffentlichen Leben eingenommen und dies wie kein Anderer maßgebend beherrscht hat, nicht erwarten dürfen, daß er mit seinen Aemtern, zugleich seine politische Kraft, seine Vaterlandsliebe und das Bedürfniß verloren habe, mit der öffentlichen Meinung in Fühlung zu bleiben und sie nach seiner Ueberzeugung zu beeinflussen. Wer vom Fürsten Bismarck glaubt, daß er, alt und gebrochen, künftig den gänzlich passiven Zuschauer der Ereignisse auf der Weltbühne abgeben werde, irrt in jeder Hinsicht gewaltig. Dazu hätte der Fürst auch nicht einmal das Recht dem deutschen Volke gegenüber, das erwarten darf, über die Auffassung des Fürsten Bismarck in allen wichtigen Fragen jederzeit unterrichtet zu bleiben.

Wenn dazu Herrenhaus und Reichstag nicht ausreichende Gelegenheit bieten, bildet die Presse das naturgemäße Ergänzungsmittel. Außerdem kann eine Verbindung mit der Presse dem Fürsten Bismarck nur von Leuten zum Vorwurf gemacht werden, die der Ansicht sind, daß Fürst Bismarck zwar auch ferner durch die Presse angegriffen werden könne, aber sich nicht durch dieselbe vertheidigen dürfe.

Wie nothwendig solche Verwahrung war, wird der weitere Verlauf zeigen.

* * *

In derselben Nummer begegnet uns eine Auslassung über die Verhandlungen, die mit der Schweiz wegen eines neuen Niederlassungsvertrages angeknüpft sind an Stelle des von der deutschen Reichsregierung am 20. Juli 1889 für den 20. Juli 1890 gekündigten. Anlaß zu der Kündigung hatte die

Wohlgemuth-Affaire gegeben. Der Versuch der deutschen Regierung, den gekündigten Vertrag durch einen neuen zu ersetzen, sah aus wie eine Correctur der Maßnahmen des Fürsten Bismarck. Zu deren Erklärung und Begründung wird daher folgendes geltend gemacht:

Es heißt, daß über die Erneuerung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz verhandelt wird. Das Bedürfniß eines solchen Vertrages mit der Schweiz wird im Publikum vielfach überschätzt. Auch ohne Niederlassungsvertrag und bevor derselbe 1877 entstand, haben Deutsche, die sich in der Schweiz niederlassen wollten, sehr selten Klagen zu führen gehabt, denen durch einen Vertrag abgeholfen werden könnte. Man kann also die Wiederherstellung des Vertrages von 1877 oder die Vereinbarung eines ähnlichen als dringendes Bedürfniß nicht gerade bezeichnen.

Auf der anderen Seite hat in den Beziehungen Deutschlands zur Schweiz schwerlich das entscheidende Moment gelegen, den Vertrag zu kündigen. Wir glauben, daß vielmehr bei der Kündigung der Umstand maßgebend gewesen ist, daß die Fassung des gekündigten Vertrages nicht vollständig den Bedürfnissen und der Zwangslage entsprach, die zwischen Deutschland und Frankreich betreffs Elsaß-Lothringens stattfindet. Frankreich hat nach dem Frankfurter Frieden einen Meistbegünstigungsanspruch, der von deutscher Seite ehrlich gewährt und beobachtet werden muß. Es ist nicht üblich und nicht nützlich, in solchen internationalen Rechtsfragen Deckung hinter zweifelhaften Auslegungen von Vertragstexten zu suchen.

Zweifelhaft aber ist jedenfalls die Behauptung, daß nach dem Frankfurter Frieden Frankreich den Anspruch nicht erheben könne, für den Aufenthalt der Franzosen und deren Niederlassung im Elsaß genau dieselben Freiheiten und Erleichterungen in Anspruch zu nehmen, wie sie der Schweiz eingeräumt werden. Die politischen Bedenken, die einer solchen Bindung der elsässischen Behörden bei französischen Niederlassungen entgegenstehen, sind zweifellos; letzteres aber sind die Rechtsargumente nicht, die deutscherseits gegen die französischen Ansprüche auf volle Gleichberechtigung mit den schweizerischen Niederlassungen in Deutschland erhoben worden sind. Die Franzosen werden sagen, daß dem internationalen Recht und der Vertragstreue einigermaßen Gewalt angethan wird, wenn man ihnen verweigert, was den Schweizern gewährt wird.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß diese Erwägung, resp. das Bedürfniß, unanfechtbare Beziehungen zu Frankreich zu behalten, im vorigen Jahre das Hauptmotiv für die Kündigung des Schweizer Vertrages abgegeben haben. Wir halten es nach dem ein-

gangs Gesagten für ziemlich gleichgültig, ob ein neuer Niederlassungs=vertrag mit der Schweiz abgeschlossen wird oder nicht. Die Interessen des südlichen Badens, die hauptsächlich betheiligt sind, werden kaum eine Schädigung erleiden, wenn der Abschluß nicht zu Stande kommen sollte.

Jedenfalls halten wir es für wichtig, daß ein neuer Vertrag, wenn er mit der Schweiz geschlossen wird, nichts enthalte, was nicht auch ohne Bedenken auf Franzosen Anwendung finden kann, die sich im Elsaß niederlassen wollen. Es wird Aufgabe der Unterhändler sein, uns die freie Bewegung gegenüber den französischen Niederlassungen im Elsaß nicht dadurch zu verkümmern, daß mit der Schweiz von Neuem ein Vertrag abgeschlossen wird, der von Frankreich im Elsaß angerufen werden kann. Wir glauben, daß ohne Vertrag nicht einmal die badischen Localinteressen irgend welchen Schaden leiden würden; jedenfalls ist die Aufgabe, Deutschland im Besitz seines überrheinischen Grenzlandes zu befestigen und dasselbe aus seinen französischen Beziehungen loszulösen, die höhere.

* * *

In denselben Tagen wurden in verschiedenen Handelsdepeschen Nachrichten über die Aufhebung des Schweineeinfuhrverbotes verbreitet. —

Am 29. November 1887 hatte Fürst Bismarck die Einfuhr von lebenden und geschlachteten Schweinen aus Dänemark verboten, weil dort die verheerende amerikanische Schweinepest ausgebrochen war. Am 14. Juli 1889 war ein gleiches Verbot bezüglich Rußlands ergangen, wegen der dort weit verbreitenden Klauenseuche. Der Antrag Barth=Virchow vom 18. November 1889 auf Aufhebung dieses Verbotes war nach eingehenden Darlegungen der Regierung über die mit der Aufhebung verbundene Gefahr für die deutsche Viehzucht vom Reichstage abgelehnt worden. Gegenüber den neuerdings verbreiteten Nachrichten bringen nun die „Hamb. Nachr." vom 20. April (M.=A.) folgenden Artikel:

Zum Schweineeinfuhrverbot. Es ist sicherlich erfreulich, wenn der neue Reichskanzler Grund zu den verschiedenen bisher bekannt gewordenen bedingten Aufhebungen des Schweineeinfuhrverbotes erhalten hat. Indeß handelt es sich hierbei um keine politische Maßregel. Vieheinfuhrverbote sind seinerzeit auf Antrag des preußischen Landwirthschaftsministers zum Schutze der deutschen Viehzucht vom Reichskanzler erlassen worden. Wenn sie jetzt auf Antrag des nämlichen Ministers hier und da aufgehoben werden, so ist natürlich das Motiv lediglich darin zu suchen, daß der Minister die Ueberzeugung erlangt hat, die Seuche habe in den betreffenden Ausfuhrdistricten nachgelassen. Wir können im Interesse der billigen Ernährung der unteren Classen nur wünschen, daß die aus=

ländische Seuchengefahr weiter abnimmt und die Regierung demzufolge in der Lage bleibt, weitere Aufhebungen des Einfuhrverbotes vorzunehmen. Andererseits täuschen wir uns nicht darüber, daß die Gefahr der Inficirung des deutschen Viehstandes auch bei der unter thierärztlicher Controle stattfindenden Einfuhr und trotz der in den betreffenden ausländischen Seuchendistricten eingetretenen partiellen Sanirung nicht als völlig beseitigt betrachtet werden kann. Was Oesterreich betrifft, so tritt z. B. auf Grund der mit Serbien bestehenden Verträge einerseits und der Ausfuhrhindernisse andererseits dort leicht eine Stagnation ein, die nicht ohne Gefahr für den Schweineimport nach Deutschland sich erweisen dürfte. Außerdem ist die Verseuchung, abgesehen von Dänemark, in Ungarn und Rußland so verbreitet, mannigfach und constant, daß die Verhinderung einer Inficirung des deutschen Viehstandes trotz thierärztlicher Controle auf große Schwierigkeiten stoßen muß. Würde aber die Seuche bei uns durch unvermeidliche Einschleppung erst einmal endemisch, so könnte dies leicht den Ruin der deutschen Viehzucht zur Folge haben, der außerdem sofort die Ausfuhr über England, Belgien u. s. w. abgeschnitten sein würde. Im Interesse der Erhaltung der Landwirthschaft, die wesentlich auf der Viehzucht basirt, wäre also nur zu wünschen, daß die Gefahr der Verseuchung mit allen Mitteln abgewehrt würde. Der Schaden, der durch ein Zuviel in dieser Hinsicht angerichtet wird, wiegt sicherlich weniger schwer, als der für die deutsche Landwirthschaft ruinöse Nachtheil, den eine Verseuchung des deutschen Viehstandes unvermeidlich nach sich ziehen würde.

Wir verkennen nicht die Wichtigkeit billigen Schweinefleisches für die Ernährung der unteren Volksclassen, aber wir sind nicht der Ansicht, daß niedrigere Schweinefleischpreise wichtiger sind, als die Fernhaltung der Seuche vom deutschen Viehstande. Billige Fleischpreise für ein paar Monate mit der Gefahr der Einschleppung der Seuche erkaufen wollen, wäre eine kurzsichtige Politik. Dies umsomehr, als von der durch vorübergehende Erhöhung des Schweinefleischpreises eintretenden Calamität in der Hauptsache doch immer nur einzelne Districte mit starker Fabrikarbeiterbevölkerung betroffen werden. Dieser Calamität aber könnte durch eine vorübergehende Lohnerhöhung, eine Art Theuerungszulage, abgeholfen werden, ohne daß die größeren und wichtigeren Interessen der deutschen Viehzucht bedroht würden. Die eintretende Lohnerhöhung wäre eine relativ geringfügige und würde selbstverständlich den Preisen für die betreffenden Materialien und Producte, an deren Gewinnung und Herstellung die Arbeiter betheiligt sind, zugeschlagen werden müssen.

Im Uebrigen ist charakteristisch, daß die freisinnige Presse jedem einzelnen über eine Aufhebung der Vieheinfuhrsperre berichtenden Tele-

gramm tendenziöse Artikel widmet, die das neue Regime wegen der damit bewiesenen Volksfreundlichkeit beglückwünschen und mit besonderem Behagen hier und da zu „constatiren“ suchen, daß die betreffende Maßregel auf specielles Betreiben irgend einer hervorragenden Persönlichkeit, sogar vom Bundesfürsten, angeordnet sei. Zweck dieser Manöver ist natürlich lediglich, die Meinung zu verbreiten, daß die Politik des Fürsten Bismarck auch in dieser Beziehung mißbilligt worden sei. Wir lassen derartige Angaben um so mehr auf sich beruhen, als es sich bei dem Schweineeinfuhrverbot gar nicht um eine schutzzöllnerische Maßregel gehandelt hat, und Fürst Bismarck, wie gesagt, an dem Verbot keinen größeren Antheil hat, als den, dem betreffenden Antrage des preußischen Landwirthschaftsministers in der Ansicht stattgegeben zu haben, daß es wirthschaftlich und sanitair rationeller sei, auf den an sich unleugbaren Vortheil niedriger Schweinefleischpreise vorübergehend zu verzichten, als die Gefahr der Einschleppung der Seuche zu laufen. Je mehr sich aber die erwähnte Einfuhrerlaubniß auf eine im Ausland inzwischen eingetretene Besserung der Verhältnisse gründet, die zum Schweineeinfuhrverbot geführt haben, desto weniger besteht für die freisinnige und gesinnungsverwandte Presse Anlaß, von einer demonstrativen Abkehr von den Wegen der Bismarck'schen Politik zu reden.

Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß in dem kürzlich vom Senat der vereinigten Staaten von Nordamerika angenommenen Gesetzentwurf, der, offenbar um die Hindernisse des Schweinefleisch-Exportes nach Deutschland zu beseitigen, die amtliche Untersuchung des für die Ausfuhr nach Ländern, deren Gesetzgebung sie verlangt, bestimmten Schweinefleisches und Speckes anordnet, der Präsident der Vereinigten Staaten zugleich ermächtigt wird, die Suspendirung der Vieheinfuhr nach Amerika zum Schutze gegen Seuchegefahr zu verfügen. Daraus ist zu ersehen, daß auch in Amerika nach dortiger sachverständiger Meinung die bloße thierärztliche Controle der Einfuhr aus verseuchten Ländern nicht als ein ausreichendes Schutzmittel für den eigenen Viehstand betrachtet wird, sondern eben nur das generelle Einfuhrverbot. Es bleibt nun abzuwarten, ob die in Bayern und Schlesien getroffenen Controlmaßregeln genügen, die Inficirung des Viehstandes in Deutschland mit wirklicher Sicherheit zu verhüten.

Die Wiederzulassung lebender Schweine aus Dänemark unter gewissen Cautelen wurde schon am 22. April vom Reichsanzeiger wirklich publicirt.

* * *

Schon kurz nach der Entlassung des Fürsten Bismarck machten durch die öfficiöse Presse Nachrichten die Runde, die versicherten, der Kaiser strebe jetzt danach, eine Basis zu finden, auf der ein friedliches Einvernehmen mit Frank-

reich herbeigeführt werden könnte. Wie weit diese Nachrichten auf Wahrheit beruhten, läßt sich nicht beurtheilen. Aber man erinnere sich daran, mit welcher liebenswürdigen Aufmerksamkeit der Kaiser Herrn Jules Simon, der zur internationalen Arbeiterschutzconferenz gerade damals in Berlin weilte, begegnete. Das war Veranlassung genug, die Presse vor unangebrachter Vertrauensseligkeit zu warnen und darauf hinzuweisen, um wieviel Frankreichs militärische Vorbereitungen den deutschen überlegen waren. Die dabei erwähnte völlige Ausnutzung des Scharnhorst'schen Aushebungs-Principes lag ja dann der Militärvorlage von 1892/3 zu Grunde. Der Artikel der „Hamb. Nachr." vom 20. April 1890 (M.-A.) lautet:

In Folge der durch den deutschen Kanzlerwechsel veranlaßten politisch-publicistischen Erregungen der letzten Zeit scheint in Deutschland gegenwärtig eine Frage etwas in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gedrängt zu sein, bezüglich derer es jeder wahre und besorgte Freund unseres Volkes nur aufs tiefste beklagen könnte, wenn sie nicht bald und in völlig ausreichender Weise ihre Lösung fände. Sie betrifft das unleugbare militärische Uebergewicht Frankreichs über Deutschland.

Dieses ist ein doppeltes. Dadurch, daß die Franzosen den ursprünglich Scharnhorst'schen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht bei sich praktisch ausgestaltet und dahin durchgeführt haben, daß jeder militärdiensttaugliche Mann in irgend einer Form für den Heeresdienst thatsächlich eingeübt wird, gewinnt Frankreich einen allmählich immer größeren Vorsprung in numerischer Hinsicht, der sich bei dem schließlich doch unausbleiblichen Revanchekriege, je länger sich sein Ausbruch verzögert, als um so schwerer einholbar und auszugleichen erweisen muß. Binnen zehn Jahren dürfte es sich dabei um ein Mehr von nahezu einer Million eingeübter Mannschaften handeln.

Das andere Uebergewicht Frankreichs besteht in seinem großen Vorsprung hinsichtlich der Artillerie. Dieses ist das allerwichtigste. Schon der 1870er Krieg ist, wie schon Kaiser Napoleon bei seiner Unterredung mit dem verstorbenen Kaiser Wilhelm nach der Capitulation von Sedan sehr richtig erkannt hatte, wesentlich durch die damalige Ueberlegenheit der deutschen Artillerie über die französische gewonnen worden; das Zündnadelgewehr war den Chassepots entschieden nicht gewachsen. Seitdem aber hat sich in Folge der ungeahnten und eminenten Vervollkommnung des Infanteriegewehres die Wichtigkeit der Artillerie noch erheblich gesteigert. Es ist bei dem jetzigen Magazinfeuer, das auf unglaubliche Entfernungen das Terrain mit einem wahren Bleimantel bedeckt, fast zur Unmöglichkeit geworden, ein gut gedecktes Bataillon Infanterie durch 4—6 Bataillone zu delogiren, wenn diese in freiem Terrain vorgehen müssen. Es wird einfach Alles niedergeschossen. Die

Flugbahn der Geschosse ist eine außerordentlich rasante und die Percussionskraft eine solche, daß ein Projectil unter Umständen 3—4 Mann außer Kampf stellt.

Die erhöhte Aufgabe, die dieser Umgestaltung gegenüber der Artillerie erwächst, liegt auf der Hand. Ohne ihr jederzeit mögliches erfolgreiches Eingreifen ist überhaupt eine Position kaum noch ohne die allerenormsten Verluste zu nehmen. Wenn uns die Franzosen nicht nur um über 100 Batterien überlegen sind, sondern außerdem auch noch hinsichtlich der Besetzung der Stellen in den Feldbatterien durch geübte Berufsofficiere und durch Verfügung über größere artilleristische Reserven, so liegt unter den geschilderten Umständen darin gewiß die allerdringendste Mahnung an Deutschland, so schnell und so umfassend wie möglich nachzuholen, was seit mehreren Jahren in dieser Beziehung versäumt worden ist. Es rächt sich in unserer kriegsbereiten Zeit nichts so schwer, als wenn man dem Gegner in wichtigen militärischen Maßregeln einen allzu großen Vorsprung läßt.

* * *

Die freisinnige Presse kann es sich nicht vorstellen, daß Fürst Bismarck in den „Hamb. Nachr." nicht gegen seinen Nachfolger agitire; daher ist die oben (S. 9f.) mitgetheilte Erklärung bei ihr auf taube Ohren gestoßen. In Folge dessen muß sie sich eine neue Zurechtweisung gefallen lassen („Hamb. Nach." vom 23. April, A.-A.), aus der zugleich deutlich hervorgeht, wie ernst dem Fürsten Bismarck darum zu thun war, gute persönliche Beziehungen zu seinem Nachfolger zu unterhalten.

Die freisinnige Presse versucht, unbeirrt durch unser neuliches klares und unzweideutiges Dementi, den Anschein zu erwecken, als ob Fürst Bismarck dem neuen Reichskanzler durch die „Hamb. Nachr." Schwierigkeiten bereiten lasse. Dem gegenüber constatiren wir, daß uns Fürst Bismarck vielmehr den Wunsch ausgedrückt hat, Herr von Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hoch schätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend mit Rücksicht behandelt werden. Er, der Fürst, sei mit Herrn von Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben.

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." finden wir die Anregung für die Reichsregierung, dem Beispiel der preußischen mit einer Vorlage über Gehaltserhöhung der Beamten endlich zu folgen. Eine dem preußischen Abgeordnetenhause mit dem ersten Nachtragsetat zum Staatshaushalte 1890/1 darüber zugegangene Vorlage bot die Veranlassung dazu:

Dadurch, daß die Vorlage, betreffend die Aufbesserung der preußischen Beamtengehälter, dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, wird die

öffentliche Aufmerksamkeit dem nämlichen Gegenstande im Reiche zugewendet. Die seiner Zeit vom Reichstage gefaßte Resolution ging mit voller Entschiedenheit dahin, daß die Beamtengehälter aufgebessert werden sollten. Die Regierung hat durch entgegenkommende Erklärungen verhindert, daß der Reichstag die definitive Beschlußfassung vertagte. Immerhin aber liegt die Resolution vor, und man darf annehmen, daß nach so allgemeiner Anerkenntniß des Bedürfnisses auch sofort zu seiner Ausführung geschritten wird. Wenn die Vorarbeiten dazu sich über die generelle Bestimmung eines Procentsatzes der Erhöhung hinaus erstrecken sollen, so wird man annehmen dürfen, daß sie bereits im Gange sind. Im Bundesrath und in der Correspondenz mit den Bundesregierungen ist, wie es heißt, bisher darüber nichts verlautbart. Wir haben bis zur Eröffnung des Reichstages noch 14 Tage. Der Reichstag wird wünschen, daß alle eingreifenden Maßregeln, über die er Beschlüsse fassen soll, ihm bald nach der Eröffnung vorgelegt werden, da bei zu ausgedehnter Verlängerung der Session in den Sommer hinein die Beschlußfähigkeit immer schwieriger zu erhalten ist. Es würde in Beamtenkreisen gewiß Beruhigung herbeiführen, wenn sie Gewißheit darüber hätten, daß die ihnen wohlwollende Resolution des Reichstags möglichst bald einer gesetzlichen Ausführung unterzogen würde. Es ist dies bei den socialistischen Strömungen unserer Zeit schon deshalb wünschenswerth, weil dadurch für die untersten Soldclassen die Versuchung vermindert werden würde, dem Socialismus mehr Sympathie zuzuwenden, als sonst in ihrer Natur und Neigung liegt.

Der Landtag bewilligte die Gehaltserhöhung in dritter Lesung am 19. Mai.

* * *

Am 23. April empfing der Fürst zum ersten Male den Vertreter eines ausländischen Blattes. Im weiteren Verlauf der vorliegenden Darstellung wird sich deutlich zeigen, welches Erstaunen diese Thatsache in der deutschen Presse erregte, da der Fürst seit dem Ende der siebenziger Jahre niemals sogenannte Interviewer vorgelassen hatte. Es wird aber auch daraus hervorgehen, wie geringwerthig das Eintreten eines sehr großen Theiles der Presse für den Fürsten während dessen Amtszeit gewesen war, nur eine Folge und geschäftliche Fructificirung der hohen amtlichen Stellung, die er bekleidete. Denn wäre Ueberzeugungstreue (von allem Anderen abgesehen) der Grund der bismarckfreundlichen Haltung gewesen, dann würde man über die ungewohnte Erscheinung der Interviews nicht gleich gehässig abgeurtheilt, sondern deren Verlauf abgewartet und an seiner Hand nach den Gründen geforscht haben, die des ersten Kanzlers Verhalten bestimmen mochten. Dann würde man auch niemals auf den absurden Gedanken verfallen sein, der Fürst hätte

das Ansehen des Reichs — seiner eigensten Schöpfung — dem Ausland gegenüber schädigen wollen, sondern würde ohne Mühe die einzig richtige und zutreffende Ueberzeugung von selbst und ohne des Fürsten wiederholte nachdrückliche Erklärung gewonnen haben, daß gerade das Gegentheil der ihm untergeschobenen Absichten ihn zum Empfang der fremden Journalisten bestimmt hat. Wenn dabei der Erfolg nicht immer den Absichten des Fürsten entsprach, so traf des Mißerfolges Schuld nur zum geringsten Theile die fremden, aber zum größten die einheimischen Vertreter der Presse, garnicht jedoch den Fürsten selbst. Wer fähig war, unter irgend welchen Verhältnissen dem Fürsten Bismarck auch nur die leiseste unlautere Absicht gegen sein Vaterland, seinen König und Kaiser zuzutrauen, der beweist damit, daß er den Schöpfer des deutschen Reiches niemals auch nur von ferne erkannt hat.

Der Berliner Correspondent des „New-York Herald" eröffnete am 23. April die Reihe derer, die der Fürst vor sich ließ. Sein Bericht über die Unterredung begegnete vielfachen Zweifeln. Denen gegenüber erklärte er den 10. Mai in einer Depesche nach London, daß die Unterredung wirklich stattgefunden und „Fürst Bismarck seine Antworten persönlich dictirt" habe. Die Redaction der „Hamb. Nachr." veröffentlichte den Bericht über die Aeußerungen des Fürsten Bismarck, betreffend den Socialismus und die Feier des 1. Mai mit folgender Vorbemerkung (A.-A. vom 1. Mai): „Ließen wir es damals (bei Mittheilung der Uebersetzung eines Auszuges aus der Londoner ‚Allg. Corresp.') dahingestellt, ob die Ansichten des Fürsten Bismarck genau wiedergegeben seien, so haben wir uns inzwischen aus dem Originalartikel im ‚New-York Herald' überzeugt, daß die bisher in deutscher Uebersetzung gebrachten Auszüge dürftig, zum Theil sogar entstellt sind. Deshalb glauben wir nachstehend eine wörtliche und sinngetreue Uebersetzung des interessanten Artikels folgen lassen zu sollen." Er lautet:

Berlin, den 23. April.

Wenn es etwas in den wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands giebt, was Fürst Bismarck vollständig beherrscht, so ist es die sociale Frage. Aus diesem Grunde wurde Se. Durchlaucht um den Ausdruck seiner Meinung ersucht über die für den 1. Mai geplante socialistische Demonstration. Zuerst lehnte Se. Durchlaucht es ab, irgend eine Meinung darüber abzugeben, aber seine freundliche Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten im Allgemeinen und den „New-York Herald" im Besonderen bewogen ihn schließlich, zu dessen Gunsten von seinem Grundsatze, sich niemals interviewen zu lassen, eine Ausnahme zu machen, einem Grundsatze, von dem niemals abgegangen wurde, seit der Unterzeichnung des berühmten Berliner Tractates vor 12 Jahren.

Der Fürst ist ein Atlas, der während der letzten 20 Jahre eine politische Welt auf seinen Schultern getragen hat. Er sieht kräftiger und besser aus

seit der Entfernung dieser Last, die jetzt auf eine größere Zahl anderer Schultern vertheilt ist, welche selbst unter einem Theil der von einem großen Mann getragenen Last erzittern. Der Fürst drückte sich ungefähr wie folgt aus:

Keine Einmischung.

„Wenn ich noch Minister wäre, so würde ich es für besser halten, von aller Einmischung abzusehen, den Dingen ihren natürlichen Lauf zu lassen und eine beobachtende Politik einzuhalten. Wenn Gesetzwidrigkeiten versucht würden, so würde ich sie bekämpfen, aber sonst mit Gleichmuth die Sache ansehen. Wenn der Arbeiter sich einen Tag auswählen will, um sich zu amüsiren und einen öffentlichen Aufzug zu veranstalten, so würde ich nichts thun um ihn daran zu hindern. Eine repressive Gesetzgebung läuft immer auf dasselbe hinaus. Ungeschickte Versuche, Unheil zu verhindern, sind oft der einzige Grund des Entstehens von Unheil. Es wird oft mehr Unglück hervorgerufen durch die Absperrung einer Straße, die durch ein Gedränge gefährdet zu sein scheint, als dadurch, daß man die Circulation beaufsichtigt und aufrecht erhält, wie man dies zuweilen in Berlin und anderen großen Städten sehen kann. Alle möglichen Vorsichtsmaßregeln gegen alle möglichen Uebel, die aus einer Lage entspringen können, zu ergreifen, kann zuweilen mehr Unheil schaffen, als wenn man ruhig den Ausgang abwartet. Es ist eine gute Regel in solchen Fällen Drohungen sowohl wie Versprechungen zu vermeiden. Wenn der lärmende Strikende sieht, daß die Behörden außerordentliche Maßregeln ergreifen, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, so weiß er, daß sie ihn fürchten. Und je mehr er dies begreift, um so angriffslustiger wird er.“

Ein Naturgesetz.

„Der Gegensatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist meiner Meinung nach das Resultat eines Naturgesetzes und kann nach der Natur der Dinge niemals zum Abschluß kommen. Wir werden niemals in eine Lage kommen, wo die Arbeiter sagen werden: wir sind zufrieden sowohl für uns, wie für unsere Kinder und Nachkommen. Man kann es als eine Grundwahrheit ansehen, daß es der Wunsch des Arbeiters, seine Lage zu verbessern und vorwärts zu kommen, ebenso lange sein wird, als er irgend Jemand sieht, dessen Lage besser ist als die seinige. Eine große Verbesserung in der Lage der arbeitenden Classen ist in der letzten Hälfte dieses Jahrhunderts eingetreten. Vor fünfzig Jahren gingen die Kinder der armen Leute in Deutschland barfuß und hatten im Sommer bis zu ihrem zehnten oder zwölften Jahre kaum ein anderes Kleidungsstück als ein Hemd. Jetzt sind diese Kinder mit anständigen Kleidern und Schuhen versehen, für Jung und Alt ist die

Ernährung besser und sie arbeiten nicht so viele Stunden. Dies gilt meiner Ansicht nach von allen civilisirten Ländern."

Aristokraten unter den Arbeitern.

„Der Correspondent erlaubte sich darauf ein Wort über die glückliche Lage der Arbeiter, die zu den Zünften in den blühenden Städten des Mittelalters gehörten. Se. Durchlaucht vernichtete ein ganzes Gewebe von Theorien durch das Wort: Die Mitglieder jener Zünfte waren keine Arbeiter im modernen Sinne, sie waren eine Aristokratie von Arbeitern, und ihr Wohlergehen gründete sich auf Ausschließung."

Die Arbeit wird siegen.

„In diesem ewigen Kampf zwischen Arbeit und Capital hat die Arbeit die meisten Siege errungen, und das wird überall der Fall sein, wo der Arbeiter eine Wahlstimme hat. Wenn es jemals zu einem endgültigen Siege kommt, so würde derselbe auf Seite des Arbeiters sein. Aber wenn dieser Kampf jemals zu einem Abschluß käme, so würde die menschliche Thätigkeit zu einem Stillstand kommen. Alles menschliche Streben und Kämpfen würde dann ein Ende nehmen, was meiner Ansicht nach nicht die Absicht der göttlichen Vorsehung ist. Eine andere Lösung ist nur möglich, wo Sclaverei besteht, also z. B. in Afrika, wo der Stand der Civilisation seit undenklichen Zeiten auf Grund der Sclaverei derselbe geblieben ist, da die Neger ohne vorwärts zu streben zufrieden sind, entweder wegen der Beschränktheit ihrer Einsicht oder aus Furcht vor der Peitsche. Dieser Zustand hat daselbst bestanden, seitdem die Geschichte darüber berichtet. Noch eine andere Lösung kann man in einem anderen Theile der Welt finden, in einen paar tausend Inseln, wo in Folge des Klimas und der anstrengungslosen Hervorbringung von Nahrungsmitteln keine Nothwendigkeit zum Arbeiten besteht. Diese Lage der Dinge bestand, als wir Europäer zuerst dahin kamen und daselbst eine Art von Paradies fanden. Alles, was die Menschen da zu thun brauchten, war das Pflücken und Essen von Cocosnüssen und das Gehen und Spielen im Sonnenscheine. Aber in einer solchen Lage giebt es keinen Fortschritt, sie hätten in dieser Weise tausende von Jahren leben und sich mit einem solchen Leben tausende von Jahren begnügen können, wie sanfte gutmüthige Thiere."

Arbeite und bete.

Aber in unserm Leben des Kampfes und des Strebens, der den Fortschritt und die Civilisation durch die Reibungen der menschlichen Concurrenz hervorbringt, muß die Gesellschaft, wenn sie Ruhe haben will, niemals aufhören zum Kampfe bereit zu sein. Ebenso wie zwischen Nationen der Friede durch die Kriegsgefahr und die Entschlossenheit, für

den Frieden zu kämpfen, wenn er bedroht sein sollte, aufrecht erhalten wird, so könnte auch innerhalb einer politischen Gesellschaft, die aus Individuen von starkem Willen besteht, weder der innere Friede noch die Gerechtigkeit aufrecht erhalten werden, wenn sie nicht durch die ausübende Gewalt vertheidigt werden. Wenn die Richter nicht das Recht hätten, die Vollziehung ihres Urtheils durch die physische Gewalt der Executive zu verlangen, so würde die Gerechtigkeit bald vollständig verschwinden und ohnmächtig werden. Dasselbe gilt meiner Meinung nach von der menschlichen Gesellschaft und dem Socialismus. Wenn die politischen Parteien, welche dem Socialismus sich entgegenstellen, sich nicht zur Vertheidigung ihrer Unabhängigkeit und zum Besten ihrer Mitbürger und ihrer Familien vereinigen, so müssen sie der Herrschaft des Socialismus unterliegen, bis der Socialismus seinerzeit wieder durch das Uebermaß des in ihm wie in der Sclaverei liegenden Elends erliegt. Denn das socialistische Regierungssystem ist eine Art Sclaverei, eine Art Strafsystem; für die Vereinigung der in Aussicht genommenen Opfer eines solchen Systems wird die für den 1. Mai geplante Kraftprobe nicht ohne Nutzen sein. Bis jetzt ist der Haß jeder Partei gegen ihren nächsten Nachbarn in der Politik noch stärker als die Furcht vor der Herrschaft der Socialisten, weil man nicht an die Stärke der Socialisten glaubt und in ihren Kämpfen unter einander jede Partei sich um die Gunst und das Bündniß und die Stimmen der Socialisten bewirbt. Auch behalten sie in ihrer Gier, Stimmen zu erwerben, nicht die Gefahr und die Leiden im Auge, welchen die civilisirte Gesellschaft ausgesetzt sein würde, wenn sie von dem am wenigsten gebildeten und am wenigsten intelligenten Theil der Gesellschaft beherrscht würde, dessen Unwissenheit leicht von irgend einem beredten Lügner ausgenutzt wird, dessen Geschäftsgegenstand „die tausend natürlichen Uebel sind, denen der Mensch unterworfen ist", für welche sie jede bestehende Regierung verantwortlich machen wollen, während sie selbst in großen billigen Versprechungen arbeiten. Das nenne ich eben ein Lügner sein; der Pöbel ist ein Herrscher, der ebenso geschmeichelt sein will, wie irgend ein Sultan."

Nur ein Traum.

„Nein, dieser Kampf der Classen wird niemals aufhören. Ihn lösen zu wollen, wäre dasselbe wie das Problem der Quadratur des Kreises lösen zu wollen. Es ist eine Utopie, der Traum eines tausendjährigen Reiches, das Millennium, der nur verwirklicht werden kann, wenn die Menschen Engel werden. Irgend ein Arrangement auf Grund eines festen Arbeitslohnes, z. B. fünf Shilling pro Tag, ist nicht ausführbar. Kein solches Arrangement würde bindend gemacht werden können für

Diejenigen, welche 100 Jahre später leben werden. Auch würde der Arbeiter von heute nicht zufrieden bleiben. Man gebe ihm fünf Shilling, und er würde bald sechs oder selbst sieben verlangen. Es ist überflüssig, eine endgültige Lösung dieser Frage mit Ausschluß eines jeden künftigen Kampfes für möglich zu halten."

Wohlwollen und Blutvergießen.

„Der Socialismus wird uns noch viel Mühe machen. Den Regierungen ist oft der Vorwurf gemacht worden, es sowohl an Energie wie an Wohlwollen haben fehlen zu lassen. Ich nenne es nicht Nachsicht, wenn ein Mensch so feige ist, dem Druck einer Demonstration nachzugeben. Zuweilen besteht das echte Wohlwollen darin, Blut zu vergießen. Das Blut einer aufrührerischen Minorität und zwar zur Vertheidigung der ruheliebenden und dem Gesetz gehorchenden Majorität. Das erste Erforderniß einer Regierung ist Energie. Sie darf nicht der Zeit sich anbequemen, nicht die Zukunft für eine nur zeitweilig bequeme Einrichtung aufopfern. Eine Regierung muß consequent sein. Die Festigkeit, ja sogar die Härte einer herrschenden Macht ist eine Bürgschaft des Friedens, sowohl nach Außen wie nach Innen. Eine Regierung, die immer bereit ist einer Majorität nachzugeben, sei die Letztere nun eine locale oder bloß zeitweilige, eine parlamentarische oder aufrührerische, und welche ihr Ansehen nur durch Zugeständnisse aufrecht erhält, von denen jedes den Weg zu einem neuen Zugeständniß anbahnt, eine solche Regierung befindet sich in einer traurigen Klemme."

Immer noch nicht gefährlich.

„Nein, der 1. Mai ist nicht gefährlich. Ein Feind — wenn wir die Socialisten als einen Feind ansehen — welcher den Tag seines Angriffs vorher anzeigt, braucht nicht gefürchtet zu werden. Es ist ein Scheingefecht, ein Prahlen mit Stärke, wie bei der Heilsarmee, wovon der Erfolg oder das Fehlschlagen zum großen Theil vom Wetter abhängen wird. Es ist wenig Gefahr eines Conflictes vorhanden; aber ob ein solcher stattfinden wird oder nicht, hängt größtentheils von dem Tact der Behörden ab. Vorbeugungsmaßregeln verdanken ihren Erfolg größtentheils der Umsicht der Executivbeamten, die selten gute Politiker zu sein pflegen, so daß ihre Maßregeln zuweilen mehr Schaden als Nutzen anrichten. Doch erwarte ich keine Unruhe, und der 1. Mai wird mir keine schlaflose Nacht machen."

Lassalle.

„Von Lassalle, der früher ein intimer Freund von ihm war, sagt der Fürst: Er war ein reizender Mensch, ein kluger Jude mit einer guten Portion Eitelkeit, aber noch mehr Witz und Kenntnissen. Seine Unterhaltung

war entzückend; in dem Ausdruck seiner Ueberzeugungen, war er zu der Zeit, als ich ihn kannte, vollständig aufrichtig, aber er war nicht immer consequent in seinen Meinungen, und wenn er heute lebte, so möchte ich glauben, daß er ein Conservativer sein würde, auf jeden Fall kein Socialist."

„Seine Durchlaucht sieht kräftig und wohl aus und ist bei guter Laune. Er sprach englisch und zwar sehr schnell, aber über die Ursachen, die zu seiner Entlassung führten, verweigerte er jede Auskunft."

* * *

Es ist noch in frischer Erinnerung, wie nach der Entlassung des Fürsten Bismarck und seiner Ersetzung durch den General von Caprivi besonders von links her ein nicht eben edles Buhlen der Parteien um die Gunst und Gnade der Regierung erfolgte, ein Buhlen, das lebhaft an die kurze Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. erinnerte. Wie selig reichte doch Herr Rickert dem neuen Reichskanzler als erster unter allen die vertraute Rechte, sobald dieser im Reichstage zum ersten Male Fürst Bismarcks Platz eingenommen hatte — ein rührendes Bild mit der Unterschrift: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!" Wenn dieses Buhlen sich freilich auf etwaige Gewinnung von Ministersesseln beziehen sollte — da waren die Aussichten doch trübe und die Trauben sauer. Eine Erörterung der „Hamb. Nachr." vom 24. April (A.-A.) führt darüber aus:

> Die Regierung wird zur Zeit von den nach Betheiligung an ihr trachtenden Parteien umworben wie Penelope von den Freiern. Insoweit es sich dabei um die Verwirklichung des parlamentarischen Gedankens der Vertretung der Parteien im Ministerium handelt, dürften die gemachten Anstrengungen wohl ergebnißlos bleiben. Abgesehen von allen sonstigen Gründen ergiebt sich dies schon aus den Majoritätsverhältnissen des neuen Reichstages. Es sind nicht einmal zwei, geschweige denn mehr Parteien vorhanden, die an Zahl so stark und dabei in ihren Grundlagen so homogen wären, daß die Regierung in einer aus ihr combinirten Majorität eine zuverlässige Stütze zu finden vermöchte.
>
> Die hier zunächst in Betracht kommende Möglichkeit einer Allianz der Conservativen mit dem Centrum scheitert daran, daß die Regierung auf die Bedingungen des Herrn Windthorst schwerlich eingeht, während die nicht dem Windthorst'schen Einflusse unterliegenden Elemente des Centrums nicht ausreichen, mit den Conservativen eine Mehrheit zu bilden. Was andererseits die Herstellung einer Majorität aus den alten Cartellparteien unter Hinzunahme des Freisinns betrifft, so wäre eine solche, wenn sie auch nur schwach sein würde, immerhin möglich, wenn alle Elemente dieser Parteien sich an ihr betheiligten. Dies ist aber nicht anzunehmen. Trotz aller eingetretenen Veränderungen bleibt

der Gegensatz zwischen den Conservativen und Herrn Eugen Richter ein zu großer, als daß an die Bildung einer constanten Majorität, die beide umfaßte, zu denken wäre. Es würde eine Zwangslage entstehen, die sich auf die Dauer unerträglich erwiese.

Unter diesen Umständen ist der Weg, den die verbündeten Regierungen gehen können, doch nicht allzubreit, und es wird kaum etwas Anderes übrig bleiben, als es bei einem nicht parlamentarischen Fach- und Beamtenministerium sein Bewenden finden zu lassen, das mehr oder minder liberal oder conservativ nuancirt auftritt und handelt, wenn anders die Regierung unabhängig bleiben will.

Von dem jetzigen Ministerium ist die Wahrung dieses Standpunktes um so mehr zu erwarten, als es in seiner Mehrheit aus Persönlichkeiten besteht, die bereits unter Kaiser Wilhelm I. im Amte waren und als der jetzige Kaiser erklärt hat, daß der Cours der alte bleiben solle. Sonach dürfte, was die Erlangung von Ministerposten betrifft, alle Liebesmüh verloren sein und aller Servilismus so wenig Erfolg haben, wie zur Zeit Kaiser Friedrichs. Im Uebrigen wird sich die Situation auch in dieser Hinsicht gelegentlich der bevorstehenden Reichstagsverhandlungen klären, und zwar nicht nur in Folge der Vorlagen, die eingebracht werden.

* * *

Daß unter den zahlreichen Zuschriften, die der Fürst in Friedrichsruh erhielt, auch andere als Geburtstagsglückwünsche und Huldigungen waren, daß manche einen recht materiellen Charakter trugen, kann man aus folgendem offenen Schreiben des Fürsten vom 24. April entnehmen:

„Bei der großen Anzahl von Bittgesuchen, welche mit Anlagen beschwert, bei mir eingetroffen, ist es mir nicht möglich, letztere regelmäßig an die Absender zurückgelangen zu lassen. Ich ersuche deshalb die Herren Einsender, sich gewärtig zu halten, daß sie auf die Zurücksendung der Anlagen ihrer Gesuche nicht rechnen können, auch dann nicht, wenn dieselben in Pfandscheinen, Zeugnissen oder sonstigen Documenten bestehen.“

* * *

Unter §§ Berlin, 24. April bringt die Münchener „Allg. Zeitung“ einen Artikel mit der Ueberschrift „Fürst Bismarck und Rußland“. Dieser enthält eine so klare Uebersicht über die in Rußland herrschende Gesinnung gegenüber dem Fürsten und über die etwaigen Folgen der Entlassung Bismarcks in Rußland, daß wir ihn hier nicht unberücksichtigt lassen möchten. Er lautet:

„Es hat eine Zeit gegeben, da in dem allgemeinen Bewußtsein der preußischen Staatsangehörigen die Vorstellung lebendig war, daß ihr Staat seinen natürlichen Bundesgenossen in Rußland habe. Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, und seine Nachfolger, den Großen Friedrich mit eingeschlossen, trotz

der schweren Episode, welche die Regierung Elisabeth's brachte, und alle folgenden preußischen Könige bis in die jüngste Vergangenheit hinein haben dieses Gefühl gepflegt. Wie es thatsächlich keinerlei Interessen gab, die Preußen in einen Gegensatz zu Rußland gedrängt hätten, führte die Entwickelung beider Staaten dahin, daß aus dem politischen Zusammengehen freundschaftliche und verwandtschaftliche Bande erwuchsen, welche bestimmt schienen, über den Wechsel der Zeiten hinaus ein Zusammengehen von Preußen und Rußland zu sichern. Trifft man doch trotz aller Enttäuschungen, welche die letzten Jahrzehnte gebracht haben, noch heute in altpreußischen Kreisen auf die festgewurzelte Ueberzeugung, daß die obwaltenden Mißverständnisse ihrem Wesen nach künstliche, nicht natürliche Gegensätze darstellen.

„Mit dieser preußischen Politik und dieser landläufigen Anschauung correspondirten entsprechende Empfindungen in Rußland, die trotz allen Schwankens in der Leitung der äußeren Politik immer wieder zum Durchbruch kamen. So wenig man in Rußland die Deutschen liebte, man unterschied zwischen ihnen und den Preußen, in welchen man die Verwandten des Zarenhauses und die Waffengefährten von 1812—15 erblickte.

„Erst sehr allmählich ist hier eine Wandlung eingetreten. Trugen die politischen Wirren der dreißiger und sechziger Jahre noch dazu bei, das Gefühl politischer Zusammengehörigkeit zu stärken, so trat doch eben mit dem Jahre 1863 eine erst kaum bemerkliche, dann immer stärker anschwellende und schließlich Alles beherrschende Reaction ein. Das an der Zertretung des Polenthums sich nervös überreizende nationale Selbstgefühl des Russenthums fand bald an dem gegen die katholischen Stammverwandten an der Weichsel geführten Vernichtungskampfe kein Genügen mehr; es stellte sich ein neues Ziel in der Bekämpfung des Deutschthums. Wandte sich diese Thätigkeit, als deren Wortführer hochbegabte Journalisten, die Katkow, Aksakow, Samarin, auftraten, zunächst gegen die Deutschen innerhalb der russischen Grenzpfähle, was zwar ein böses Symptom, aber noch keinen Wechsel der politischen Anschauungen bedeutete, so nahm sie doch bald danach eine gegen alles Deutsche und speciell gegen den preußischen Nachbar gerichtete Tendenz an, weil die Thatsache sich nicht länger verkennen ließ, daß die preußischen und deutschen Interessen identisch seien. Die Jahre 1864, 1866 und 1870 bezeichnen die Ereignisse, an welchen die nationale Antipathie sich steigerte. Die kleinliche Vorstellung, daß die eigene Größe nicht vereinbar sei mit dem Gedeihen des Nachbars, zog einen politischen Brodneid groß, der in blinden Haß ausartete und nur mühsam durch die aufrichtig humane und freundschaftliche Gesinnung Kaiser Alexanders II. niedergehalten wurde. Auch er blieb nicht Herr der Geister, als nach dem Jahre 1878 der Mythus vom Berliner Congreß seine Runde durch Rußland machte. Hatte man sich 1870 und 1871 an der Vorstellung erhitzt, daß Deutschland in unedler Weise das arme Frankreich

beraubt und gedemüthigt habe, so meinte man jetzt die preußische Untreue am eigenen Leibe erfahren zu haben. Der Fürst Bismarck, so lautet die trotz aller urkundlichen Widerlegungen noch heute geglaubte Legende, habe auf dem Berliner Congreß den Siegern von Plewna die Früchte ihres Blutes und ihrer Mühen listig geraubt, und vollends nachdem das Jahr 1879 das deutsch-österreichische Bündniß gebracht hatte, konnte der Deutschenhaß sich kaum noch genug thun. Kaiser Wilhelm sowohl als Fürst Bismarck mochten noch so viele Beweise ihrer Rücksichtnahme auf Rußland häufen, sie fanden für all ihr Thun nur bittern Undank und Haß.

„Der 13. März 1881 hatte in seinen Nachwirkungen diese psychopathische Erscheinung nur gesteigert. Die öffentliche Meinung Rußlands gewöhnte sich daran, den Fürsten Bismarck für alles verantwortlich zu machen, was im Himmel und auf Erden geschah; und da nichts von dem, was geschah, den unruhig drängenden Wünschen der stets durch Empfindungsmomente, nie durch logische Folgerung bestimmten öffentlichen Meinung Rußlands entsprach, verkörperte sich schließlich, nach russischer Vorstellung, in seiner Person der Inbegriff gemüthloser Feindschaft gegen das aufstrebende Slawenreich.

„Es wäre irrthümlich, zu glauben, daß solche Vorstellungen nur bei den oberen Zehntausend in den Kreisen der Gebildeten zu Hause wären; sie sind bis in die untersten Volksschichten hineingedrungen, wie denn, um ein Beispiel anzuführen, ein gemeiner Soldat, der als Bursche mit seinem Herrn, einem höheren russischen Officier, kürzlich vor dem Palais des Fürsten in der Wilhelmsstraße stand, seinen Gefühlen mit dem Ausruf Luft machte: ‚Wird ihn denn Gott nicht endlich bestrafen?‘

„Die Anekdote ist nicht ohne historische Bedeutung. Wenn wir Anderen genau wissen, wie die Politik des Fürsten von Anfang bis ans Ende dahin zielte, allen irgend berechtigten und erträglichen Wünschen Rußlands genug zu thun, so hat diese objective Wahrheit in Rußland selbst nie Boden fassen können.

„Sehr begreiflich! Denn die Wahrheit an sich hat für den Russen, man könnte beinahe sagen für alle Slawen, keinerlei Werth. Als Wahrheit erscheint das subjective Bild, das ihre Stelle vertritt, und dessen Bildner Phantasie und Wille sind. Es ist absolut unmöglich, einem Russen auszureden, was er glauben will, und wenn nicht ein plötzlicher Sprung der Empfindung stattfindet, behauptet der Schein sein Recht.

„Es ist nun im höchsten Grade interessant, daß dieser Empfindungssprung sich vor wenigen Wochen vor unsern Augen in Rußland vollzogen hat, so allgemein vollzogen, als wäre auf hypnotischem Wege der gesammten Nation plötzlich ein neues Vorstellungsbild in die Seele gezwungen worden.

„Fürst Bismarck, der gehaßte, gefürchtete Russenfeind, ist plötzlich zum allgemeinen Liebling geworden. Mit ihm ist der Hort des Friedens, die Sicher-

heit der Gegenwart, die Hoffnung der Zukunft, der aufrichtige Freund Rußlands geschieden. Man wird irre an der Folgerichtigkeit menschlichen Denkvermögens gegenüber diesen elementaren Sprüngen russischer Logik. Wer aber das Volk und seine Sitten, wer vor allem die russische Gesellschaft, die Obschtschestwo kennt, wird sich darüber zu fassen wissen. Im Grunde verlangt das russische Interesse, wie es in jenen Kreisen verstanden wird, gebieterisch den Wechsel. Hatte man bisher allen Deutschenhaß in der Abneigung gegen den Einen verkörpert und ihm alle Verantwortung zugeschoben, so mußte er jetzt entlastet werden, damit der Gegenstand des Hasses nicht verloren gehe. Die Sünden des Fürsten sind vergessen, die Sünden Deutschlands bleiben bestehen. Es macht einen geradezu lächerlichen Eindruck, wenn man verfolgt, wie sich alle Wortführer der russischen Presse bemühen, das leicht bewegliche Mitleid ihres Volkes für den ‚Verbannten von Friedrichsruh‘ in Anspruch zu nehmen. Sie schildern ihn, wie er, von drei Gensdarmen sorglich bewacht, kummervoll durch den Park seines Schlosses geht, und rufen die Welt zu Zeugen des Undankes, der hier ‚den besten Freund Rußlands‘ betroffen habe. Die deutsche Nation, der Kaiser, erscheinen darum doppelt hassenswerth.

„Man muß sie kennen, die Sprecher der russischen Clubs, die Löwen der Boudoirs und die Helden der Redactionszimmer, die vollzählenden und die geduldeten Mitglieder der Obschtschestwo, um diese Vorgänge zu verstehen. Sie berauschen sich an Worten, deren Inhalt seinen Werth findet im Widerklang, der von den Boulevards an der Seine herübertönt; sie machen Politik beim Champagner und bestimmen die Schicksale Europas in frivolem Kreise der jeunesse dorée des Newski-Prospect oder an den Billards- und Kartentischen der englischen Clubs. Da ist kein Raum für ernsten Patriotismus, der sich seine Ziele aufbaut auf dem Grunde der Wirklichkeit; wer den Taumel nicht mitmacht, wird ausgestoßen, und wenn ernste Staatsmänner wie Peter Schuwalow sich der Menge entgegenzustemmen suchten, ruhte der Haufe nicht eher, als bis er sie zu Fall gebracht und niedergetreten hatte. Es kann nicht tief genug bedauert werden, daß diese unlauteren Elemente einen Machtfactor im politischen Leben Europas bilden. Aber es wäre thöricht, der Thatsache gegenüber die Augen zu schließen, daß diese Elemente in allen Kreisen des öffentlichen Lebens von den höchsten Beamten in Civil und Militär bis hinab zu den Schreibern der Canzleien und zu den phlegmatischen Rednern der kaufmännischen Clubs die Meinung bestimmen. In Kirche und Schule, ja sogar in Kunst und Wissenschaft klingt in ermüdendem Gleichklang dasselbe Lied. Wie der General Schilder-Schulder in einer Reihe historischer Aufsätze den Beweis zu erbringen sich bemüht, daß das preußische Bündniß der große politische Fehler Alexander's I. gewesen sei, so zielt die Geschichtsschreibung des Exdiplomaten Tatischtschew dahin, zu zeigen, wie von 1828

bis 1886 alle großen Bestrebungen der russischen Nation gescheitert seien an der Unfähigkeit einer Diplomatie, die sich von Preußen nasführen gelassen habe.

„Die große russische historische Revue, ‚Rußkaja Starina‘, hat in ihren Skobelew-Denkwürdigkeiten und in den zahlreichen Memoiren, die sie über den Türkenkrieg, die fata Bulgariens und über das Leben all der großen russischen Agitatoren panslawistischer und deutschfeindlicher Färbung veröffentlicht hat, dieselbe Richtung verfolgt, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen wir erst an den Anfängen dieser hetzenden, aufreizenden Thätigkeit.

„Es giebt aus alledem nur einen Schluß: wenn heute die oben geschilderten Elemente in der Praxis der auswärtigen Politik noch eine gewisse Reserve zu beobachten genöthigt sind, so droht doch die Gefahr, daß der Tag kommt, an welchem sich ihnen auch die Thüren des Anitschkow-Palais öffnen, die ihnen heute noch verschlossen sind. Wenn die Obschtschestwo herrscht, hört in Rußland die Vernunft auf.“

* * *

Am 24. und 25. April fand ein Mitarbeiter des Pariser „Matin“, Herr Henri des Houx, Zutritt zum Fürsten Bismarck. Das Gespräch bei Tische drehte sich natürlich auch um Politik, war aber für das Innere, besonders bezüglich des Rücktritts des Fürsten, nicht sehr ergiebig. Den Bericht des Herrn des Houx geben die „Hamb. Nachr.“ vom 20. Mai (A.-A.) folgendermaßen wieder:

Eine Art Scheu zwang mich beinahe, die Ohren zu verschließen, als in der Familienvertraulichkeit die Unterhaltung zu Bekenntnissen führte, die nicht für mich gemacht waren. Uebrigens war der Fürst selbst auch sparsam mit Anspielungen auf das Ereigniß. Er erinnerte nur beiläufig an seine triumphähnliche Abreise aus Berlin und die 6000 Bewunderungstelegramme, die er in den drei Tagen nach seinem Rücktritt in Friedrichsruh empfing.

„Es war“, sagte er, „ein hübsches Begräbniß, ein Begräbniß erster Classe, wie man bei Ihnen in Frankreich sagt, und doch lebe ich noch.“ Und dann fügte er bei: „Ich kann nicht begreifen, wie das französische Gesetz den Rücktritt oder die Unthätigkeit von Generalen und Beamten verlangen kann, wenn sie 60 oder 65 Jahre alt sind. Das kann noch die Zeit der vollen Kraft sein. So bin ich mit 75 Jahren kaltgestellt worden (wörtlich: On ma fendu l'oreille, man hat mir das Ohr gespalten), und doch fühle ich mich noch sehr jung, viel zu jung, um nichts zu arbeiten. Ich war an die Politik gewöhnt; jetzt fehlt sie mir.“

Da ich meine höflichen Zweifel an die Endgültigkeit des Rücktrittes ausdrückte, erwiderte er:

„O, es ist aus, ganz aus, mehr als Sie glauben, mehr als Sie jemals ahnen können . . .“

An einer andern Stelle scherzte der Fürst:

„In unserem Bezirk fehlt, wie es scheint, ein Regierungsdirector. Ich werde Herbert dazu vorschlagen; vielleicht habe ich noch soviel Einfluß, daß er die Stelle bekommt."

Henri des Houx constatirt übrigens, daß das große Bild Wilhelm's II., das der Kaiser dem Fürsten zum Abschied schenkte, den Ehrenplatz im Speisesaale zu Friedrichsruh einnimmt.

Reichhaltiger sind die Aeußerungen des Fürsten über die politischen Gegenstände von allgemeiner Natur und historischem Interesse. Wir stellen die bedeutenderen nachstehend zusammen:

„Meine frühesten Erinnerungen an Paris beziehen sich auf das Attentat Orsini's. Die Kaiserin Eugenie sagte ein paar Tage darauf zu mir: ‚Ich bin überzeugt, daß der Kaiser (Napoleon III.) nicht durch Feuer, sondern durch die blanke Waffe fallen wird.' Das war ein falsches Orakel, denn der Kaiser hat die Schlachten Italiens und Frankreichs überlebt. Er starb an einem Schnitt des Operationsmessers.

„Deutschland füllt jetzt seine Grenzen aus, wir sind zufrieden und ich schlafe ruhig in meinem nunmehr fertigen Deutschland. Wir sind nicht wie Sie. Ihre Kaiser und Könige suchen immer Jemand, gegen den sie die Expansionskraft Ihrer Race verwerthen können. Im Jahre 1857, als ich in Paris war und Graf Hatzfeldt Preußen in Paris vertrat, lud mich Napoleon III. nach den Tuillerien und sprach — es war noch vor dem Attentat Orsini's — Folgendes zu mir: ‚Zwei politische Wege stehen mir offen. Der eine führt Frankreich an die Rheingrenze und würde mich zwingen, die 3½ Millionen Einwohner der Rheinprovinz (der Kaiser war nicht sehr stark in der Statistik und übertrieb die Bevölkerungsziffer der Rheinprovinz) zu annexiren, und ebenso Belgien. Die Eroberung Belgiens würde mich zwingen, wie Ludwig XIV., nach Holland zu gehen; denn was ist Holland ohne Belgien? Wir müssen die ganze Mündung des Rheins und der Maas haben, diese Politik würde mich führen, wohin sie Ludwig XIV. geführt hat: vor eine europäische Coalition gegen Frankreich, das will ich nicht. Ich werde nicht die Fehler begehen, die uns schon einmal so viel gekostet haben. Ich ziehe den andern politischen Weg vor. Ich will aus dem Mittelmeer keinen französischen See machen, aber die französische Flagge muß das Mittelmeer beherrschen, und darum muß ich die Engländer daraus vertreiben. Hierzu sind zwei Dinge nöthig: Eine Allianz der neutralen Seestaaten gegen England und die Schaffung einer Mittelmeermacht, die Frankreich befreundet, verbündet und verpflichtet ist. Diese Macht ist Italien. Ich wünsche, daß Preußen mich dabei unterstützt. Seine Flotte soll sich mit der unserigen gegen England vereinigen, dann soll es mich Oesterreich den

Krieg erklären lassen, ohne sich um den Bundestag zu kümmern.' Ich hätte den Kaiser fragen können, wie sich diese Politik mit dem Krimkrieg vereinigen lasse, aber ich begnügte mich, ihm zu sagen: ,Sire, Friedrich Wilhelm IV. hat keinen treueren, aber auch keinen unabhängigeren Unterthan wie mich. Ich bin der einzige seiner Vertreter, der seine Unabhängigkeit soweit treiben kann, ihm auch nicht ein einziges Wort von den vertraulichen Enthüllungen zu sagen, mit denen Sie mich soeben beehrt haben. Ich bitte Sie, dem Grafen Hatzfeldt kein Sterbenswörtchen davon zu verrathen, denn er wäre nicht so unabhängig wie ich, er würde Alles dem Könige berichten. Ermessen Sie hiernach die Consequenzen.' Der Kaiser hatte vergessen, welche Bande den Vorgänger Wilhelm's I. mit England verknüpften. Er erinnerte sich dessen jetzt und dankte mir ein paar Tage später lebhaft für mein Schweigen. Ein einziges seiner Worte, damals dem König von Preußen berichtet, hätte einen Brand in Europa entzündet."

Der Fürst lobte dann Frankreich, Paris, Toulouse, Biarritz. An letzterem Orte habe er keine Politik getrieben, denn es war unmöglich, dem Kaiser ernste Dinge vorzutragen; aber in St. Cloud habe er desto mehr geredet und gehört.

„Mein Souverain sah den Kaiser 1867 bei der Ausstellung. Ein Jahr nach 1866! Da haben wir allerdings Politik getrieben. Es war das Jahr der Luxemburger Affaire. In meiner Umgebung wollte Jedermann den Streit benutzen, um Frankreich den Krieg zu erklären. Wir hatten vervollkommnete Waffen, Frankreich nur altes Zeug. Wir hatten eine vollendete Organisation, unsere Landwehr und den Landsturm; Marschall Niel, dessen Rose Sie hier sehen — sprechen Sie Ni-el oder Nil? — hatte kaum vom Corps législatif die Schaffung der Mobil-Reserve erlangt, und die Soldaten hatten noch keine Chassepots. In meiner Umgebung drängte man auf die Erklärung eines Krieges, dessen Ausgang nicht zweifelhaft war, denn Sie waren nicht gerüstet, noch weniger als 1870, während wir siegesberauscht waren. Ich weigerte mich jedoch absolut, den Krieg zu erklären, da man alles friedlich beilegen könne, und das ist denn schließlich auch gelungen. Meine Gründe — und hier hob sich die Gestalt des Fürsten, seine Augen wurden feucht, und seine Stimme wurde ernst — waren die, daß ich die notorische Inferiorität eines Volkes niemals als genügenden Grund für eine Kriegserklärung gelten lassen kann. Ich sagte dem Könige, meinem Herrn, daß die Stunde der Schlacht Gott gehöre und das Geschick des Kampfes von der Vorsehung abhänge, daß aber kein Volk das Recht habe, ein anderes anzugreifen, einzig weil es das stärkere und das andere das schwächere ist.

„Nachdem wir 1866 den Nordbund begründet und mit dem Süden Allianzen geschlossen hatten, bemerkten wir, daß Paris viel näher an Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt und sogar an München liegt, als Berlin. Die Gefahr war offenbar; Sie kannten auch unsere schwache Seite, denn Ihr ganzer Kriegsplan von 1870 ging dahin, sich auf die Südstaaten zu werfen und sie vom Norden zu trennen. Es war für uns unbedingt nothwendig, jenseits des Rheins einen Damm zwischen Frankreich und Süddeutschland aufzuwerfen; unsere nationale Einheit hing davon ab, es war für uns eine Frage auf Leben oder Tod. Wir brauchten Straßburg, Colmar und Mülhausen, d. h. das Rheinthal. Zwischen unsern beiderseitigen Völkern besteht kein Rassenhaß, keine alte historische Rancune, sondern nur eine Grenzfrage. Zwischen uns liegt ein Thal, das eine Grenze bildet. Wer soll die Grenze haben? Wir mußten sie haben. Frankreich, das drei Jahrhunderte vor uns einig wurde, hat sie uns ohne Grund genommen, denn wir haben seine Einheit nie bedroht .... Auch den Krieg von 1870 haben wir nach Möglichkeit zu vermeiden gesucht. Erinnern Sie sich nur an den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern. Es hing aber nicht von mir ab, daß das siegreiche Deutschland sich mit dem unbedingt Nothwendigen begnügte. Nach Sedan sagte ich den Herren Petri und Castelnau: ‚Dem Kaiser steht es frei, sich über Belgien nach Wilhelmshöhe zu begeben, und ich werde das Ehrenwort, daß er nicht entfliehen werde, nicht von ihm verlangen.‘ Man theilte ihm dies mit, aber er lehnte ab; er wolle sich von der gefangenen Armee nicht trennen. Ich ließ ihn fragen, ob er nicht glaube, nach Paris zurückkehren zu können, und ob die Zukunft seiner Dynastie gesichert sei. Er erwiderte, er sei in dieser Beziehung ganz ruhig und ziehe die Gefangenschaft vor. Wenn ich dem Kaiser einen solchen Vorschlag machte, so geschah es deswegen, weil ich eine Regierung brauchte, mit der ich über den Frieden verhandeln und Straßburg mit dem Oberrhein bekommen konnte. Die nämliche Bedingung stellte ich auch in Ferrières, Jules Favre übermittelte sie der Regierung der Nationalvertheidigung. Aber der Krieg zog sich in die Länge, zur größeren Ehre unserer Kriegspartei. Ich wollte mich immer noch mit Straßburg und mit dem Oberrhein, d. h. mit dem unumgänglich Nothwendigen begnügen, und Gott weiß, was für Kämpfe ich damals durchzufechten hatte. Aber ich mußte dem Militär Concessionen machen, und Sie werden gestehen müssen, daß Sie Ihrerseits Alles thaten, die Ansprüche derselben zu begründen, daß ihre Anstrengungen ihnen das Recht gaben, mir Bedingungen vorzuschreiben.

„Als ich den Parisern das bevorstehende Bombardement ankündigte, richteten England und andere Mächte bewegliche Vorstellungen an mich.

Man stellte mir die Schönheit der Denkmäler, den Werth der Kunstwerke, den fast heiligen Charakter der Hauptstadt der Civilisation vor. Man schalt mich einen Barbaren und Vandalen. Ich dachte aber, die Barbarei bestünde darin, eine so schöne, anmuthige und reiche Stadt mit Wällen und Festungswerken zu umgeben, aus ihr einen Kriegsplatz, ein verschanztes Lager zu machen, sie dem Feind als Heerd des Widerstandes zu zeigen und sich nach der Niederlage im Felde hineinzuflüchten, um die Kunst und die Civilisation anzurufen, um durch sie sich zu schützen und den Krieg zu verlängern. Wir haben unser Berlin nicht mit Mauern umgeben. Uebrigens hatte das Bombardement nur einen moralischen Zweck, und ich darf Sie wohl daran erinnern, daß die Commune und die Soldaten Mac Mahons näher und unbarmherziger bombardirt haben wie wir; man hat weder Monumente noch Paläste, Bibliotheken oder Museen geschont. Wenn ich, der Barbar, nicht Mac Mahon und Thiers ein wenig unterstützt hätte, so weiß ich nicht, was von der Hauptstadt der Kunst und der Civilisation noch übrig geblieben wäre!

„Deutschland wird niemals, hören Sie wohl: niemals Frankreich angreifen, es wird auch Frankreich niemals zum Angriff reizen, niemals weder direct noch indirect einen Vorwand zum Kriege suchen. Wir werden Sie nicht angreifen, denn wenn wir es auch wollten, so könnten wir es nicht; unsere Verfassung verbietet es, Landwehr und Landsturm zu einem Offensiv-Krieg zu verwenden. Wenn wir die Verfassung verletzen würden, um über Frankreich herzufallen, so würde unser Volk die Waffen, die wir ihm in die Hand geben, gegen die Regierung kehren. Das deutsche Volk ist ebenso friedlich wie patriotisch. Es wird den letzten Blutstropfen für sein Vaterland hergeben, aber wehe dem, der es aus seiner Arbeit und Ruhe in einen Eroberungskrieg ziehen würde. Unser Volk treibt jetzt Industrie und Handel, es ringt einem undankbaren Boden möglichst viel Vortheile ab. Es ist nicht so begünstigt wie das Ihrige, es lebt nicht unter einem so gesegneten Striche. Trotz alledem macht es so große Fortschritte, daß der Frieden ihm heute einträglicher ist als der Krieg. Es würde muthig Krieg führen zur Vertheidigung des mit so großen Mühen Errungenen, aber es niemals durch einen ungerechten Angriff in Gefahr bringen. Sodann haben wir auch kein Recht auf irgend ein Land; unser Reich ist fertig. Wozu sollten wir Krieg mit Ihnen führen? Wir haben Ihnen nichts mehr zu nehmen. Wir wollen auch weder Holland noch die baltischen Provinzen. Das wäre zu schwer zu verdauen. Wir halten die Integrität Frankreichs wie diejenige Oesterreichs für eine europäische Nothwendigkeit. Wir begreifen, daß Rußland interveniren würde, um Frankreich zu beschützen, gerade

wie wir Oesterreich schützen würden, wenn Rußland es angriffe. Es ist so, ob ich nun Kanzler bin oder nicht; alle Deutschen denken so. Ich rede nicht von einem kleinen militärischen Clan, der gern avanciren möchte. Das zählt bei uns so wenig wie bei Ihnen. Ich habe immer den Frieden mit Frankreich gewollt, sogar den Frieden quand même. Im Schnäbele=Fall war ich so glücklich, auf das Argument Ihrer Regierung sofort eingehen zu können. Die Unterredung war verlangt worden, also war freies Geleit selbstverständlich. Das genügte, und ich ließ Schnäbele frei. In der Affaire von Raon l'Etappe habe ich ohne zu handeln die geforderte Entschädigung bezahlt. Ich fürchte nicht, dadurch mein Vaterland zu erniedrigen; ich habe vielmehr dem Gefühle aller Deutschen entsprochen. Wenn ein Franzose meine diplomatische Hülfe erbat, habe ich sie ihm gewährt. Es war angenehm, auf der Congo=Conferenz Frankreich unterstützen zu können. Sie hatten damals einen Minister des Auswärtigen, wie hieß er nur gleich, wissen Sie, mit einem langen Cotelette=Bart .... richtig, Ferry hieß er.“

Der Fürst lobte dann einige französische Staatsmänner. Carnot's Reise nach Afrika sei ein politischer Meisterzug gewesen; Freycinet sei eine vorzügliche Kraft, alle Nationen könnten stolz sein, einen solchen Kriegsminister zu besitzen; Constans habe in der Besiegung des Boulangismus große Gewandtheit und Energie gezeigt.

„Ich bringe,“ schreibt dann der Berichterstatter, „aus Friedrichsruh die Ueberzeugung mit, daß Deutschland noch mehr wie Frankreich in gutem Einvernehmen mit dem andern Staate zu leben wünscht; ich bringe auch das freudige Gefühl mit, daß man in Deutschland unsere Nation nach ihrem Werthe schätzt und daß der Franzose zuverlässig in Deutschland mit jener Rücksicht behandelt wird, die man den Bürgern eines großen Staates erweist; ich bringe endlich die Gewißheit mit, daß wir von unsern Nachbarn weder in unsrer Freiheit, noch in der Integrität unseres Territoriums bedroht werden. Wozu dann aber die großen Heere?“ Auf diese auch an den Fürsten Bismarck gestellte Frage antwortete der letztere:

Es ist wahr, daß die großen Heere eine Last sind. Es ist, wie Sie sagen, eine andere Form des Krieges: wo man mit Goldstücken auf einander losschlägt. Aber worüber beklagen Sie sich? Ihre reiche Nation kann die Last viel länger tragen als irgend eine andere, und der Sieg ist dem, der es am längsten aushält. Es ist eine Versicherungsprämie, welche die Nationen für die Aufrechthaltung des Friedens zahlen. Sie ist schwer, ruinös, zugestanden; aber was ist sie im Vergleich zu der Zerstörung, welche selbst ein glücklicher Krieg mit sich bringt? Entwaffnung ist eine Chimäre: man wird Controle einsetzen? Das wäre der Casus belli in Permanenz. Man muß also mit dem Uebel leben; vielleicht wird es einmal in der Zukunft geheilt werden.

Der Fürst schloß mit folgenden Sätzen:

Ich bin vor allem Deutscher und habe Deutschland gegenüber meine Aufgabe und meine Pflicht erfüllt. Ich hätte gern länger in seinem Dienste gearbeitet. Aber jetzt ruhe ich mich aus im geeinten Deutschland, das mit seinen Grenzen zufrieden ist und seine Nachbarn um nichts zu beneiden hat. Ich werde glücklich sterben, da ich dazu beigetragen habe, mein Vaterland zu einigen, es groß und mächtig zu machen. Nie habe ich nach etwas gestrebt, was außerhalb des deutschen Vaterlandes liegt. Um dasselbe zu schaffen, habe ich den Krieg unternommen, während ich den Frieden wünschte; um das Vaterland unbestritten, vollständig und unberührt zu erhalten, schloß ich die Bündnisse.

Der Berichterstatter schließt mit den Sätzen: „Die Geschichte wird sagen, ob Fürst Bismarck ein großer Mann war. Seine Landsleute, die Fremden, die Freunde und die Gegner müssen ihm das Zeugniß geben, daß er ein großer Deutscher ist."

* * *

Nur wenige Tage darauf wurde ein russischer Journalist, und zwar ein Mitarbeiter der in St. Petersburg erscheinenden „Nowoje Wremja", Namens Lwow, vom Fürsten Bismarck in Friedrichsruh empfangen. Auch sein Bericht wird hier wiedergegeben in dem vollen Umfang, in dem ihn die „Hamb. Nachr." bringen (20. Mai, A.=A., und 21. Mai, A.=A.):

Berlin, den 29. April.

„Als ich um 6 Uhr den behaglichen und reichmöblirten Salon des Schlosses betrat, befand sich schon die ganze Gesellschaft in demselben. Fürst Bismarck, in der Mitte des Zimmers stehend, führte eine lebhafte Unterhaltung mit seiner Umgebung. Einige Schritte vortretend und mir freundlichst seine breite Hand gebend, sagte er mir einige liebenswürdige Worte und setzte die mit seinen Gästen angefangene Unterhaltung fort.

„Ich hatte den eisernen Kanzler vorher schon dreimal gesehen, aber noch niemals so nahe, so natürlich und ungezwungen, wie heute. In schwarzem Gehrock und weißer, bis an das rasirte Kinn heranreichender Weste, erscheint er nicht so massiv und dick, wie in der Uniform, im Gegentheil ist er eher knochig, mager und etwas gebeugt von seiner Gewohnheit, gebückt mit Leuten zu sprechen, die selten seine Größe erreichen. Was den Kopf des Kanzlers betrifft, so überrascht er hier in der Nähe durch die slawische Form des Schädels, und ich finde es erst jetzt begreiflich, daß viele eine Aehnlichkeit zwischen Caprivi und Bismarck finden,[1]) eine Aehnlichkeit, welche sich zwar nur auf den Bau des Kopfes erstreckt, aber sehr auffällig ist.

„Die Thüren des hell erleuchteten Eßzimmers öffneten sich geräuschlos,

[1]) Ein Ahne des Fürsten Bismarck stand in russischem Dienste, eine seiner Großmütter war slawischen Ursprungs — das ist ein Factum. (Anm. des Interviewers.)

der Fürst nahm den Arm der Ehrengästin, einer russischen Dame, und ging zu Tisch, der deutsch-spanische Gesandte mit der Fürstin Bismarck, Graf Bismarck mit der Baronesse Ohlen, und die übrigen Cavaliere folgten mit ihren Damen, ihrem Range gemäß, wobei Dr. Chrysander und ich den Beschluß machten. Bei Tisch nahm der Fürst den Patriarchenplatz ein, ließ zu seiner Linken die junge Baronesse Ohlen, zur Rechten die russische Ehrengästin[1]) Platz nehmen, weiter links neben der Baronesse, gegenüber von mir, den Gesandten am spanischen Hofe, Baron Stumm, einen sehr talentvollen und bekannten reichen Herrn, daneben saß schon die Fürstin Bismarck, obgleich ganz grau, doch eine in Manieren und Liebenswürdigkeit bezaubernde Frau, weiter Graf Bismarck und Dr. Chrysander und auf der anderen Seite, in der Reihe mit der Ehrengästin, ich, darauf eine andere russische Gästin, eine dicke Dame von ungefähr dreißig Jahren, und Baron Ohlen, welcher stark lahmt. Im Ganzen waren bei Tisch ungefähr zehn Personen. In angemessener Distanz hinter dem Fürsten saßen auf den Hinterbeinen seine zwei berühmten Doggen, eine schwarze und eine chocoladenfarbige, beide sehr gutmüthig. An der inneren Längswand hängt die große Copie eines Bildes des Kaisers von einem bekannten Künstler, welche dem Fürsten zu seinem Geburtstage von Wilhelm II. geschenkt wurde; auf dem Tische standen silberne Blumenvasen mit künstlerischen Gruppen, ein Geschenk von Verehrern, auf welches der Fürst sehr stolz ist. Längs des Tisches füllten ein Haushofmeister und ein ganzer Schwarm von Dienern jeden Augenblick die Batterien von Gläsern und Pokalen, welche vor jedem Gedeck standen. Als der Fürst, der sich die ganze Zeit sehr höflich zu mir gewendet, bemerkte, daß ich nicht viel Gewicht auf die Masse der Gerichte lege und wenig trinke, fragte er mich nicht ohne gutmüthige Ironie: „Fasten Sie heute?" und sagte dann auf russisch ungefähr: Langen Sie zu, es schadet nichts! Diese Bemerkung verwirrte mich so, daß ich ohne Wahl anfing, Bier und Rheinwein, Champagner, Nuits und Portwein durcheinander zu trinken. Der Fürst selbst aß und trank, wie ein vollkommen gesunder Mann. Er war offenbar bei guter Laune, entgegen allen Geschichten und Erzählungen zeigte sich weder in seinem Gesichte, noch in seinen Worten etwas wie Schmollen oder Frondiren.[2])

---

[1]) Da ich den Damen nur vorgestellt wurde, weiß ich ihre Namen nicht, bin aber überzeugt, daß sie aus unseren baltischen Provinzen waren und nicht russisch verstanden. (Anm. des Interviewers.)

[2]) Es ist bemerkenswerth, daß verschiedene Zeitungen von seinen Protesten, Klagen und verschiedenen faux pas erzählen, soviel mir positiv bekannt, um den Fürsten Bismarck zu discreditiren. In Wirklichkeit glaube ich, daß er sein Organ hat (weshalb sollte er nicht sein Organ haben?), das sind die „Hamburger Nachrichten", alle übrigen Nachrichten und Klatschereien sind Erfindungen zu bekanntem und begreiflichem Ziele. (Anm. des Interviewers.)

„Das ist — ein großer Herr — verständig, höflich bis zur Freimüthigkeit und freimüthig bis zur Gutmüthigkeit, der ruhig und heiter im Kreise der Seinigen von den Staatsgeschäften ausruht, der durchaus nicht aus Mangel an Beschäftigung vergeht, nichts weniger als niedergeschlagen, sondern der es versteht, die Erholung zu genießen, wie wenn er Kräfte zu neuer Thätigkeit sammelte . . . .

„Die Persönlichkeit des Fürsten ist in hohem Grade bestechend.

„Der Fürst sprach zu drei verschiedenen Malen mit mir russisch. Er bedauerte, daß er das Russische beinahe vergessen, daß er es aber noch lesen könne, indem er sich von der zweiten Seite an in den Sinn hinein lese, daß er übrigens niemals die russische Salonsprache gekannt, sondern nur mit der literarisch-journalistischen und vor Allem mit der Sprache der Dienerschaft, der Kutscher, Muschiks, Jäger — mit der Sprache des Volks, wo das magische ‚Nitschawo‘ eine solche Rolle spielt, bekannt geworden sei.

„Ich erzählte ihm lebhaft und rasch die in Rußland bekannte Anekdote Fürst Bismarck und Nitschawo‘ in der Version, wie ich sie von dem seligen Katkow gehört hatte. Er hörte aufmerksam zu, machte Berichtigungen und lachte sehr; als ich sagte, daß er in Folge dieser Anekdote einen eisernen Ring mit der goldenen Inschrift ‚Nitschawo‘ haben müsse, aus dem Eisen des Schlittens des Kutschers, der ihn umgeworfen hatte, sagte er:

‚Nein, aber ein Petschaft, und ich werde es Ihnen nach Tische zeigen.‘

„Alles in Allem schien das Thema für Bismarck sehr interessant und die Erinnerung angenehm. Er sprach auch darüber, daß es in Rußland deutsche Specialitäten giebt. Als er das erste Mal nach Rußland und in der Nacht nach Dünaburg kam und einen Deutschen haben wollte, da er das Russische nicht verstand, führte ihn der Kutscher direct nach der Apotheke, fest überzeugt, daß alle Apotheker Deutsche sein müßten, und so ist es in Rußland auch wirklich.

„Fürst Bismarck sprach auch von der Thätigkeit unserer Staatsmänner, von solchen, die unlängst ihre Laufbahn verlassen, wie von solchen, die noch figuriren. Er sprach von dem Fürsten Dondukoff und seiner diplomatischen Thätigkeit, von dem Fürsten Gortschakoff und Anderen und charakterisirte alle klar, manchmal auch mit starkem Humor. Als Baron Stumm sagte, daß einer der neuen spanischen Minister vorher Zeitungscorrespondent gewesen war, wandte er sich leise zu mir:

‚Sie sollten dem guten Beispiel folgen.‘

„Ich kann nicht,“ erwiderte ich, „zuerst, weil ich es verkehrt angefangen habe, denn ich habe schon in früher Jugend bei den Leib-Ulanen gedient, und zweitens — Rußland ist nicht Spanien.“

Ja, ja,‘ sagte der Fürst, ‚die Russen haben sehr ihre eigene Art,

und auch bei Ihnen ist es nicht so leicht, eine diplomatische oder politische Carrière zu machen.‘

„Als ich gelegentlich ihm die Worte mittheilte, die mir einmal Midhat-Pascha auf mein durch die Ereignisse erzwungenes Lob der türkischen Diplomaten geantwortet, daß Rußland solcher Diplomaten nicht bedürfe, da es auch ohne sie stark sei und eine geschickte Diplomatie in der Art der türkischen ein Beweis der Schwäche eines Staates sei, so stimmte Bismarck lachend der Richtigkeit dieser Bemerkung bei, fügte aber hinzu, es gäbe auch in Rußland gute Diplomaten, wie jetzt in Berlin die Grafen Schuwaloff und Murawjew, obgleich unser Botschafter seinen alten militärischen Traditionen treu bleibe, — obgleich in Berlin nur ein Freund des Scandals sich nicht einleben und eingewöhnen könnte, da alle unsere Interessen dort in Wien seien, nicht in Berlin. — Dort ist der wirkliche Knoten, und dahin ist es nothwendig zu sehen!

„Auf eine flüchtige ironische Bemerkung des Fürsten Bismarck über den Battenberger, erzählte ich ihm lachend, daß bei uns in diplomatischen Kreisen die Anekdote gehe, er habe dem Battenberger, der ihn um seinen Rath gebeten, ob er den bulgarischen Thron annehmen solle, geantwortet: jedenfalls werde es ihm eine angenehme Erinnerung im Alter bleiben. Der Fürst erwiderte:

‚Ja, das habe ich buchstäblich gesagt, aber nicht dem Battenberger, sondern dem Fürsten Karl Hohenzollern von Rumänien, der meinen Rath erbat, aber der ist bis jetzt noch dort.‘

„Gegen das Ende der Tafel ging der Fürst auf rein politischen Boden über und wurde erregter. Seine Worte wendeten sich direct an mich. In der That sprach er zuweilen mit einiger Bitterkeit, aber ruhig, ohne jede Bosheit oder jeden Aerger, drückte sich bilderreich, überzeugend, klar aus, antwortete, erklärte Mißverständnisse schnell, einfach und ohne Umschweife, so daß ich an seiner Wahrheit nicht zweifelte und nicht zweifeln kann.

„Die Tafel ging zu Ende. Bismarck stand auf und die ganze Gesellschaft ging in den Salon.

„Wir hatten im Cabinet Platz genommen. Fürst Bismarck rauchte seine Pfeife einen Augenblick schweigend an und setzte dann das bei Tisch mit mir angefangene Gespräch über Oesterreich fort, indem er zuweilen scharfe und treffende französische Phrasen in das Deutsche warf.

‚Ja, sagte er, aber Oesterreich ist dem Zerfalle nicht so nahe, wie man denkt. Sein ganzer Jammer liegt in der Schwäche des monarchischen Prinzips und in der vierhundertjährigen schlechten Verwaltung; was aber den Kampf seiner Nationalitäten einer mit der andern um die Hegemonie betrifft oder die Auflehnung einer oder der andern gegen die Monarchie, welche dort periodisch sind, so ist das nicht schlimm, denn Alles endet mit Nichts, wird bald darauf vergessen et on se rap-

pelle après avec plaisir des coups de poings que l'on s'est donnés. Sie fragen mich, zu was uns die Existenz Oesterreichs nützt. Ich sage, dafür, wofür Ihnen die Existenz Frankreichs nöthig ist. Sie finden, daß nur Rußland und Deutschland eine Zukunft haben, darin liegt viel Wahres: wenigstens war das auch mein steter Gedanke bis zum Schlusse des Berliner Congresses; aber dann begriff ich, daß es für Sie und uns schwer ist, in dieser Hinsicht zusammenzugehen, denn Sie fingen an, uns zu behandeln, wie wirkliche Prussaken, wie ein Ungeziefer, und das diente zur Schädigung unserer Beziehungen. Ihr Fürst Gortschakoff hielt mich dans sa grande vanité immer für seinen Schüler, und so lange ich unter seinem Niveau stand, wollte er mir wohl, aber als ich mich erhoben hatte, konnte er mir das nachher nie verzeihen, haßte mich und that Alles, was in seiner Macht stand, um mir hinderlich zu sein, sogar da, wo meine Handlungen für Rußland zu offenbarem Nutzen waren. In einer meiner jüngsten Reden sagte ich, daß ich für meine Thätigkeit auf dem Berliner Congreß den Orden Andreas des Erstberufenen mit Brillanten erwartet hätte, wenn ich ihn nicht schon besessen hätte. Sie haben diese Erklärung damals für einen Scherz gehalten, die doch ihren gewichtigen und ernsthaften Grund hatte. Ich sage Ihnen aufrichtig, daß ich damals den lebhaften Wunsch hatte, mit Rußland eng zusammen zu gehen — und ich war auf dem Berliner Congreß so russisch, wie ein Deutscher nur russisch sein kann. Rußland hatte diesen Wunsch nicht, in dessen Erfüllung ich nicht müde wurde. Man erklärt mir z. B. ganz unerwartet, daß Rußland Batum braucht. Als ich dies von dem Grafen Schuwaloff hörte, begab ich mich in der Nacht zu Beaconsfield, er war krank und schlief. Ich weckte ihn und als er sich weigerte, sagte ich ihm, daß ich sonst den Congreß schließen würde — und er war einverstanden. Ja, ich war nicht blos russisch, ich war sogar der Secretair des Grafen Schuwaloff, und ich wiederhole es, daß ich alles Rußland Vortheilhafte that, wenn aber St. Petersburg selbst nicht alles das forderte, was ihm zukam, sagen Sie aufrichtig, war es meine Sache, ihm Wünsche vorzuschlagen, die es nicht ausgesprochen?'

„Gewiß nicht," antwortete ich vollkommen aufrichtig.

‚Und wenn nicht, weshalb hat gleich darauf, rief der Fürst plötzlich nervös und seine Pfeife knarrte, pourquoi la Russie m'a-t-elle retiré sa confiance et m'a donné un coup dans le derrière? Und dann, 1879, weshalb hat uns Rußland mit Krieg bedroht, seine Truppen an die Grenze vorgeschoben, weshalb kamen von Ihnen scharfe briefliche Drohungen und persönliche Beschuldigungen an meine Adresse? Fragen Sie Ihre Diplomaten, sie wissen, wovon ich spreche! Damals und erst

damals, das heißt 1879, eilte ich nach Wien und sagte dort geradezu, was uns allen, Ihnen und uns gleichmäßig zukommt, geben Sie und wir schließen ein Bündniß. Bin ich deshalb vor Rußland im Unrecht und was hätte ich thun sollen?'

„Gewiß, Fürst, bemerkte ich, bei uns macht auch, so viel mir bekannt, namentlich in der letzten Zeit, Niemand Sie direct und nur Sie allein für unsere Unfälle auf dem Berliner Congreß, die dann in Rußland so schwer empfunden wurden, verantwortlich. Aber man macht dafür Sie und gerade Sie allein für die darauf folgende böse Absicht verantwortlich, unsere Fonds zu discreditiren und uns ökonomischen Schaden zuzufügen, indem Sie unsere Werthe in die Luft sprengen."

‚Oh, c'est une erreur!' rief der Fürst. ‚Ich gebe Ihnen das Wort, nicht des Diplomaten der Napoleon angeführt hat, sondern des Fürsten Bismarck, glauben Sie mir, qu'en ceci on m'accuse à tort. Wahr ist nur so viel, daß ich wirklich wünschte, uns von den russischen Papieren los zu machen — um die Deutschen zu veranlassen, nicht fremde, sondern ihre Werthe zu kaufen. Für Sie war dies eine einfache Uebertragung von dem Berliner Rothschild auf den Pariser Rothschild, für uns aber ist es immer vortheilhafter und weniger riskant, unsere Papiere zu kaufen als fremde, schon deshalb, weil in Kriegszeiten die Werthe einer feindlichen Macht aufhören, Zinsen zu bringen; aber ich wiederhole Ihnen, daß ich nicht daran gedacht habe, weiter zu gehen, und wenn deutsche Zeitungen Ihnen damals den Krieg erklärt und Schaden zugefügt haben, so ist dies nicht nur ohne mein Wissen geschehen, sondern es war eine Verschwörung der Zeitungen gegen mich, und ich wiederhole Ihnen noch einmal, que c'étais plus fort que moi und daß ich damit nicht fertig werden konnte. Mir die Absicht zuzuschreiben, Rußland dadurch schwächen und entwaffnen zu wollen, ist sogar curios, da ich die Lage, die Kräfte, die Einrichtungen und Sitten Ihres Vaterlandes sehr wohl kenne. Rußland bedarf im Falle eines Krieges auswärtiger Operationen nicht. Sie haben Pferde, Menschen, vorzügliches Eisen, Gewehrfabriken, Geschützfabriken, Gußwerke, Sie haben Papier und Sie brauchen im Falle eines Krieges nur 500 Millionen Assignaten auszugeben, und alles wird bezahlt, ja sie werden vorzüglich gehen von Warschau bis nach Pelin, wie sie vor Kars ausgezeichnet gingen und jetzt im Innern Asiens gehen. Wenn Jemand denkt, daß mit Rußland Krieg führen nicht furchtbar ist, so irrt er sich: in Sansibar Krieg führen ist ungefährlich, in Rußland sehr gefährlich und führt zu nichts. Etwas Anderes une guerre défensive, wenn Rußland sich auf Deutschland würfe, dann wäre der heimische Herd, le feu sacré und alles Uebrige, aber in anderer Weise mit Rußland kämpfen, wäre gefährlicher als mit irgend Jemand sonst.

Und das trotz der Zahl unserer Truppen und ihrer Kriegsbereitschaft. Und außer allem Diesen — der Winter und die ungeheuren Räume — das sind furchtbare Waffen, denen man nichts entgegensetzen, die man nicht rauben kann, diese hölzernen Häuser, die man ohne Kosten wieder herstellt, und die Hauptsache, das Allerstärkste und Unbesieglichste — das ist die persönliche Eigenschaft des edlen russischen Volkes, welches immer ergeben und immer zufrieden ist mit dem, was es hat, wie mit der Gegenwart im Allgemeinen, und die Summe von alledem — alle diese ungeheuren Waffen — garantirt Sie vollständig gegen jeden Angriffskrieg. Und endlich, was wollen wir von Rußland oder Rußland von uns? Milliarden würden weder wir von Ihnen, noch Sie von uns holen, selbst bei dem glücklichsten Erfolge eines Theils würde er froh sein, die Kriegskosten wieder zu erhalten, die ungeheuer sein würden, und eine Erwerbung, und ich werde meine Worte niemals zurücknehmen, von etwas über Memel hinaus, ist ein Verbrechen nicht blos gegen uns, sondern gegen ganz Deutschland, denn die Herrschaft über die Ostseeprovinzen, als platonisches Bestreben von unserer Seite noch begreiflich, ist ohne Polen undenkbar, und dann wären bei uns neun Millionen Polen und in ganz Deutschland ungefähr die Hälfte der Bevölkerung katholisch, mit einem Wort, Deutschland selbst hätte sich das Verderben gebaut; seines eigensten Geistes, seiner Nationalität, des Lutherthums und der Kraft, wenn es so klug verführe, wie auch Sie, wenn Sie uns Ostpreußen nähmen, dessen Besitz Sie ganz gewiß zu Grunde richtete: Nein, das wäre das Aeußerste von Leichtsinn und wegen der Folgen gefährlich, schon davon gar nicht zu sprechen, daß es gar nicht so leicht wäre, Rußland vom Meere loszureißen, ohne ihm zu helfen, sich an einem anderen niederzulassen, und Alles wäre für uns: bon à prendre et mal à garder. Und das ist so sicher, daß, wenn Sie Konstantinopel nehmen, wir dennoch nicht die Ostseeprovinzen nehmen, und wenn Sie dieselben mit zum Tausch geben und sogar mit Ihrem ganzen Polen.'

„Und so, Durchlaucht, schließen Sie jede Möglichkeit eines bewaffneten Conflicts gegen Rußland von Seiten Deutschlands aus?

'Ja, ich schließe jede vernünftige Möglichkeit eines solchen Conflicts aus, denn ich sehe keinen vernünftigen Grund, welcher ihn rechtfertigte, ja ich bin sogar überzeugt, daß bei uns Niemand daran denkt, da ein solcher Krieg selbst dem Sieger keinen Nutzen bringen kann und höchstens persönlich vielleicht einige junge Generale ein Interesse daran haben können, aus Furcht, zu spät Feldmarschälle zu werden. Jetzt einige Worte hinsichtlich der orientalischen Frage.'

'Ce qui concerne la clef de votre maison, d. h. die Meerengen, fuhr der Fürst fort, wenn Sie auch hinsichtlich derselben etwas beschlossen

gehabt hätten, so war dies durchaus nicht die Sache Deutschlands allein, sondern so zu sagen eine allgemein europäische, welche auch England, Oesterreich, Italien, Frankreich u. s. w. betraf; uns als diejenigen, welche gegen Rußland speciell schädliche Hintergedanken in Konstantinopel gehabt, anzuklagen, wäre vollkommen vergeblich, um so mehr als man keinem deutschen Monarchen eine Sultans-Politik nachgesehen hätte und wir schließlich nicht pour les beaux yeux du Sultan Krieg führen werden. Ihr Irrthum besteht darin, daß Sie von uns das erwarten, was nicht unsere Sache ist. In der orientalischen Frage können weder Oesterreich noch Rußland fordern, daß wir für sie arbeiten. Wir können nicht zum Sultan sagen: Thue ihnen dies; wir haben ja auch nicht verlangt, daß Sie sich für uns in Paris Mühe gäben und arbeiteten! Was aber Bulgarien betrifft, so meine ich, daß wir dort noch weniger Interesse als in Konstantinopel haben, im Gegentheil haben wir es immer du côté russe angesehen, und ich habe davon zahlreiche Beweise gegeben. Ihr Battenberger wäre auf dem Berliner Congreß niemals bestätigt worden, wenn er nicht der russische Candidat gewesen wäre. Er zeigte sich gegen Rußland untreu, und wenn der gegen Rußland undankbare Prinz das nicht gewesen wäre, so säße er noch heute auf dem bulgarischen Thron. Vorher aber, hoffe ich, unterstützten Sie ihn, und nicht ich, und als er seine Fahne vollständig aufrollte und sich als der zeigte, der er in der That war, wer als ich hat mit Nägeln und Zähnen seine Heirath mit einer deutschen Prinzessin verhindert? Und ich konnte nicht anders handeln, denn ich sah, daß ich die Sicherheit verliere et tandis que je dois être désintéressé et avoir les mains libres und darum konnte ich nicht eine deutsche Prinzessin in den Balkanen liegen lassen.'

„Ich erzählte dem Fürsten, daß der im vorigen November, sogleich nach dem Besuch des deutschen Kaisers in Konstantinopel, erschienene Artikel der ‚Kölnischen Ztg.' bei uns einen unangenehmen Eindruck gemacht, da er rücksichtslos bewies, daß Rußland 20 Jahre nach der Vereinigung Deutschlands weiter von Konstantinopel sei, als 20 Jahre vor der Vereinigung.

‚Ja,' erwiderte der Fürst, ‚auch ich habe den Artikel gelesen und ich war sehr über solche Ueberraschung betroffen. Aber Sie sehen jetzt selbst, wie weit man die Kölnische für mein beständiges Organ halten kann.'

„Nun aber kann der letzte Besuch des Kaisers in Konstantinopel, als Gast des Sultans, nach der Meinung Euer Durchlaucht nicht einige Verwickelungen in der orientalischen Frage hervorbringen?" fragte ich.

‚In Wirklichkeit liegt in dem Acte selbst noch nichts Beunruhigendes; was ist Wunderbares daran, daß ein junger, schäumender Thätigkeit voller Souverän, indem er reist, seine Zeit angenehm zu verbringen und

etwas die Welt zu sehen wünscht? Aber ich war gegen diese Reise, da die Staatsmänner anderer Länder und anderer Völker immer denken werden, daß der Sultan y est pour quelque chose; aber wenn ich auf meinem Posten geblieben wäre, so hätte das allerdings keine Bedeutung noch Folgen gehabt, jetzt bin ich verabschiedet und es versteht sich, ich kann nichts wissen noch voraussehen.'

„Die Conversation ging auf die deutsche Colonialpolitik über. Ich erzählte meine kürzliche Unterredung mit Sir White, dem britischen Botschafter in Konstantinopel. Der Fürst hörte nachdrücklich auf den Unterschied, den Sir White zwischen der englischen Colonialpolitik, welche aus dem Handel ihrer Colonien Vortheile zieht, und Deutschland machte, welches neue Gebiete braucht, hauptsächlich um denjenigen Theil der Bevölkerung, welchem es zu Hause zu eng ist, in einer regelmäßigen und für den Staat vortheilhaften Weise überzusiedeln.

‚Damit bin ich nicht einverstanden,' wandte der Fürst ein, ‚jede Entwickelung der Seeschifffahrt ist eine Entwickelung des Landes selbst, wie seiner Kräfte, unser Handel wird dort von selbst kommen. Unsere Auswanderungen kommen durchaus nicht von Ueberfüllung des Landes mit überflüssigem Volke — wir haben so menschenleere Gegenden wie in Rußland, und im Allgemeinen ist Land genug für Alle; auch aus Dürftigkeit entspringen die Auswanderungen nicht, was schon daraus hervorgeht, daß eine Auswanderung im Minimum 1000 Mark kostet, d. h. ein kleines Vermögen für einen Mann aus den unteren Ständen. Nein, das ist unruhiger Geist und Unzufriedenheit, die zum Theil im Charakter liegt und nicht in äußeren Ursachen, und sie sollte Leuten, die ihr Vaterland lieben, nicht in den Kopf kommen. Bei Ihnen denkt man, wir wären besonders zufrieden damit, daß nach Rußland so viele unserer Landsleute auswandern; nein! der Teufel soll die holen, die schon in der dritten Generation als Wjerotschken, Wladimirs, Matrona's allmählich sich in Russen verwandeln und in jedem Falle nicht uns, sondern Rußland Vortheil bringen und von uns als unsere Unterthanen Schutz ihrer Interessen und unsere Vertretung verlangen! Nein das russische Volk ist ärmer, aber immer zufrieden und dankbar. Ich wiederhole Ihnen, daß wir Raum genug und bei den Nachbarn nichts zu suchen haben und weit entfernt von dem Gedanken an einen Krieg sind, sei es mit wem es sei, und wir wünschen, daß man uns in Ruhe läßt, um unsere inneren Einrichtungen befestigen und in Ordnung bringen zu können.'

„Als das Gespräch auf die Arbeiterfrage überging, äußerte der Fürst:

‚Die Unzufriedenheit der Arbeiter, c'est une fièvre violente, — die Unzufriedenheit der Capitalisten — das ist eine langsame, aber schwere Krankheit des Staates, und die letztere ist weit schlimmer als die erste,

denn sie stört den Blutumlauf im Organismus selbst. Eine Fabrik und ihr Bestehen hängen nicht von den Arbeitern ab, sondern von den Unternehmern, und mit diesen muß man rechnen, denn es ist schlimm, wenn sie sich zurückziehen. Die Arbeiter sind nicht furchtbar, wenigstens die Mehrzahl nicht, aber les minorités turbulentes font la loi. Bisher sind alle französischen Revolutionen von der Minderheit, nicht von der Mehrheit gemacht worden. Ich habe sogar noch im Januar gesagt, daß sogar der russische Kaiser nicht die Kräfte hätte, solche Aufgaben, wie die Arbeiterfrage, zu lösen, welche nach den Wünschen der Arbeiter Gott allein lösen kann. Ich fragte damals, ob man einen zufriedenen Millionär gesehen hat. Man antwortete mir: Nein, ich habe keinen gesehen. Wie wollen Sie einen Arbeiter bis zur Herzenslust befriedigen, wenn Gott selbst es nicht in ihn hinein gelegt hat? Heute finden Sie es möglich, eine Summe seiner Bedürfnisse zu befriedigen; morgen zeigt sich eine andere mit anderen oder mit denselben, nur erweiterten Forderungen. Heut sind drei Paar Schuhe nöthig, morgen fünf — und so in Allem.‘

„Die Conversation ging auf die inneren Vorgänge in Deutschland in der letzten Zeit über und, die freundliche Stimmung und die angenehme Gesprächigkeit meines großen und außergewöhnlich liebenswürdigen Wirthes benutzend, wagte ich es, von Weitem nach den wirklichen Ursachen des Abganges des Fürsten zu fragen.

‚Es gab gar keine Ursachen,‘ sagte der Fürst einfach und geradezu. ‚Seine Majestät ist sehr kräftig und fühlt einen Ueberschuß an Kräften und will deshalb sein eigener Kanzler sein; aber Se. Majestät wird sich bei aller seiner Energie bei dem Versuche bald überzeugen, daß das eine mühevolle, schwere und undankbare Sache ist, wenn er derselben auch alle seine Kräfte widmete. Man sagt, die Kaiserin Friedrich spielte eine thätige Rolle bei meinem Abschied; aber das ist nicht wahr. Die Kaiserin fürchtete im Gegentheil die Folgen meines Abgangs: sie steht in guten Beziehungen zu mir und ist im Allgemeinen eine sehr verständige Frau. Ich habe um mich persönlich keine Sorge und beanspruche nichts. Man hat mir sogar mehr angeboten, als ich bedarf.‘

„Einen Augenblick schwieg er und fuhr dann fort:

‚Im vorigen Jahre sagte der Souverain eines der ersten Staaten Europas zu mir: Fürst, ich glaube Ihnen, aber sind Sie selbst von der Sicherheit Ihrer Stellung überzeugt?[1]) Ich antwortete ihm gerade und mit tiefer Ueberzeugung: Sire, je suis absolument sûr de la confiance illimitée de mon maître et je suis persuadé que je resterai à mon poste jusqu'à la fin de mes jours, oder wenigstens, so lang ich

[1]) Der fragende Souverän war der Zar bei seinem Berliner Aufenthalt im October 1889.

tauglich bin, und wenn mir die Jahre nicht Gesundheit und Kräfte nehmen — und plötzlich, einige Monate später, zeigte sich mein Vertrauen ungegründet .... Ja, es ist mir sehr bitter gewesen.'

„Sind Eure Durchlaucht entschlossen, jetzt in voller Unthätigkeit zu bleiben?" fragte ich.

‚Nein, für mich persönlich, zu meinem persönlichen Nutzen werde ich nicht arbeiten; aber wenn es irgend einmal meinem Vaterlande beliebte, mich zu rufen, und ich nützlich erscheine, so werde ich, so lange meine Kräfte es erlauben, jedem Aufrufe entsprechen und auch ohnedies, wo ich kann, dem Vaterlande dienen.'

„Und wird diese Pause einer zukünftigen möglichen Thätigkeit Euer Durchlaucht nicht schaden?" entschloß ich mich, zu fragen.

‚Allerdings kann es seinen Einfluß haben,' antwortete der Fürst einfach, ‚das Uhrrad, welchem ein zerbrochener Zahn eine Pause verursachte, geht schwer wieder so regelmäßig und genau wie vordem.

‚Alles, was Sie von mir gehört haben,' schloß der Fürst, als ich mich empfahl, ‚Alles, was ich auch für moralisch berechtigt hielt, Ihnen zu sagen, erschöpft vollkommen Ihre Fragen, und ich habe Ihnen geantwortet, ohne etwas zu entstellen, zu umgehen, vollständig, aber Sie dürfen nicht vergessen, daß ich von Allem, was ich weiß und wie ich denke, sprechend mit Ihnen nicht als Staatsmann gesprochen, mais comme un particulier, qui aime la politique und welchen jetzt gewissermaßen une force majeure in eine solche Lage gebracht hat, der vieles nicht weiß und nichts kann und deshalb auch nicht behaupten will, daß die oder andere Gedanken und Absichten, welche er combinirt hat, sich jetzt so und nicht anders verwirklichen werden.'

„Beim Abschied ersuchte mich Graf (sic!) Bismarck, der mich ausgesucht höflich in den Vorsaal begleitete, dem zeitweiligen Verweser unserer Botschaft, Grafen Murawjew, sein ergebenstes Compliment auszurichten.

„Ich halte es für meine Pflicht, noch einmal und im Druck dem gewichtigen und großen Staatsmann für die mir erwiesene Ehre und die dadurch der russischen Gesellschaft erwiesene Aufmerksamkeit zu danken. Ich wage zu glauben, daß ich nichts entstellt und mich in der Bedeutung meiner Auseinandersetzungen nicht getäuscht habe; aber wenn man sich eines Gespräches erinnern soll, das mehr als zwei Stunden gedauert hat, und in welchem jeder Ausdruck nach seiner Kraft und Plastik diese oder eine andere Bedeutung hat, welche direct von der ihm gegebenen rhetorischen Figur abhängt — ist es freilich möglich, selbst für den Stenographen, sich zu irren in den Grenzen eines einzelnen Ausdrucks, oder etwas auszulassen, was ich hiermit zu meiner Entschuldigung für alle Fälle bemerke."

* *
*

Am 25. Januar 1890 war die Vorlage der Reichsregierung vom 26. Oktober 1889 über Abänderung des sogenannten Socialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 in dritter Lesung abgelehnt worden. Es war nun die große Frage, ob dem am 6. Mai zusammentretenden neuen (8.) Reichstage eine neue Vorlage ohne die vom Fürsten Bismarck geforderten Ausweisungsbestimmungen zugehen würde, oder ob man das Gesetz ohne irgendwelche Erneuerung mit dem 30. September 1890 ganz würde ablaufen und wegfallen lassen. Da der Fürst in der Socialdemokratie den erklärten trotzigen Feind des Reiches und der Reichsverfassung sieht, ist es begreiflich, daß die „Hamb. Nachr." auf die in der zweiten Alternative liegende Gefahr immer von Neuem mit allem Nachdruck hinweisen. So zunächst in den „Hamb. Nachr." vom 25. April (M.-A.):

Zum Socialistengesetz. Die „Köln. Ztg." führte letzthin aus, daß ein von der Regierung stillschweigend oder ausdrücklich ausgesprochener Verzicht auf das Socialistengesetz im Zusammenhange mit anderen Erscheinungen und Bestrebungen vielfach böses Blut machen und das unbehagliche Gefühl des Preisgegebenseins erwecken würde. Das mag sein; aber wir können nicht für zutreffend erachten, daß die Regierung die Verantwortung dafür allein zu tragen haben würde. Die Regierung wird vermuthlich die Ansicht vertreten, daß sie durch die Ablehnung des von ihr eingebrachten Gesetzes von der Verantwortung liberirt sei, und daß es den Parteien, die den Gesetzentwurf abgelehnt hätten, überlassen bleiben müsse, Vorsichtsmaßregeln gegen die beim Erlöschen des Gesetzes drohenden Gefahren vorzuschlagen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit der nationalliberalen Partei und deren Organen dringend rathen, die ihr schädliche Fiction, daß sie die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes trage, energischer als bisher zu bekämpfen. Die nationalliberale Partei hat aus Gründen, deren Stichhaltigkeit hier nicht aufs Neue zu prüfen ist, zwar die Fortdauer der Ausweisungsbefugniß im Gesetz abgelehnt, dieses aber sonst seinem übrigen Inhalte nach angenommen. Das Gesetz ist schließlich dadurch zu Falle gekommen, daß die Conservativen mit den anticartellistischen Elementen des Hauses dagegen stimmten, weil es nicht die volle Summe der Befugnisse enthielt, die in der Regierungsvorlage für die Behörden zur Bekämpfung der socialdemokratischen Umtriebe verlangt waren.

Man hat sich darauf berufen, daß die Regierung, wenn sie ein anderes Ergebniß ernstlich gewünscht hätte, vor der dritten Lesung eine entsprechende Erklärung habe abgeben lassen müssen. Dazu war die Regierung nicht in der Lage; sie konnte sich über Annahme oder Ablehnung dessen, was der Reichstag zu bieten hatte, erst erklären, nach-

dem der definitive Beschluß hierüber vorlag. Wenn sie früher die Bereitwilligkeit gezeigt hätte, das Gesetz auch mit den durch den Reichstag verminderten Befugnissen anzunehmen, so würde sie damit eingestanden haben, daß sie bei Einbringung ihrer Vorlage mehr gefordert habe, als durch das Bedürfniß, die socialdemokratischen Ausschreitungen erfolgreich niederhalten zu können, unerläßlich und dringend geboten gewesen sei. Ein solches Zugeständniß kann eine Regierung unmöglich machen und sich ebensowenig durch vorzeitige Erklärungen vinculiren. Wäre das Gesetz unter der von den Nationalliberalen und der Reichspartei beantragten Streichung der Ausweisungsbefugniß vom Reichstage angenommen worden, und die Regierung hätte es alsdann als unbrauchbar abgelehnt, so würde sie die Verantwortung getroffen haben, und die des Reichstags nur insoweit in Frage gekommen sein, als es sich um den Schutz gegen diejenigen Gefahren gehandelt hätte, denen mit der gestrichenen Ausweisungsbefugniß entgegengewirkt werden sollte. Sehr wahrscheinlich aber hätte die Regierung angenommen, was ihr geboten worden wäre; denn es würde ihre Pflicht gewesen sein, wenn sie nicht das volle verlangte Quantum Vollmachten gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie zu erhalten vermochte, wenigstens das zu nehmen, was sie bekommen konnte.

Wie dem auch sei, jedenfalls würde es der gesunden Entwickelung nicht förderlich sein, wenn nach einfachem Erlöschen des Socialistengesetzes die Regierung von den Ereignissen genöthigt würde, durch Gewalt, durch die Erklärung des vollen Belagerungszustandes über einzelne Districte den öffentlichen Frieden zu schützen. Damit gelangte man leicht zu dictatorischen Zuständen, die doch ein schweres Bedenken hätten. Es wird also darauf ankommen, hier bei Zeiten vorzubauen. Sache des Reichstages ist es, durch entsprechende Resolutionen und Vorschläge darauf hinzuwirken, daß die ruhige Entwickelung auf keinerlei Weise gestört werden kann, sobald das Socialistengesetz erloschen ist.

* * *

Als am 25. April das preußische Herrenhaus, dessen lebenslängliches Mitglied Fürst Bismarck ist, seine Sitzungen wieder beginnen sollte, sprengten verschiedene Blätter aus Mißverständniß der Aeußerung vom 19. April (a. E., s. S. 10) die Nachricht aus, der Fürst würde daran theilnehmen. Dieser Vermuthung tritt folgende Notiz der „Hamb. Nachr." vom 25. April (A.-A) entgegen:

Heute nimmt das preußische Herrenhaus seine Sitzungen auf. Wenn in einzelnen Blättern, anscheinend auf Grund unserer neulichen Aeußerung, gemeint wird, Fürst Bismarck werde schon in nächster Zeit an den Verhandlungen des Hauses theilnehmen, so halten wir dies für unzutreffend.

Wir glauben annehmen zu sollen, daß Fürst Bismarck erst eine weitere Klärung der Verhältnisse abwarten wird, bevor er im Herrenhause erscheint.

* * *

In der russischen Presse werden Stimmen laut mit folgenden Behauptungen: Deutschland nähere sich Rußland unter Anerkennung der russischen nationalen Politik; Frankreich und Deutschland verständigen sich, der Dreibund werde überflüssig, und das um so mehr, als nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck Oesterreich für seine Balkanpläne von Deutschland keine Förderung mehr erwarten könne, Italien aber froh sei, der großen, durch die Zugehörigkeit zum Dreibunde ihm auferlegten militärischen Lasten ledig zu werden.

Das ist aber eine völlig irrthümliche Auffassung, wie sich aus folgender Orientirung über die wirkliche Lage ergiebt, die die „Hamb. Nachr.“ vom 26. April (A.-A.) darbieten:

Zur auswärtigen Lage. Während die tonangebenden russischen Blätter das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus seinen Aemtern anfänglich unter dem Gesichtspunkte erörterten, daß mit ihm der Vertreter der Politik der Rücksichtnahme auf Rußlands Interessen außer Dienst gestellt sei, ist diese Presse neuerdings auf eine andere Tonart gestimmt worden. Man findet, daß nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck eine Annäherung Deutschlands an Rußland unter rückhaltloser Anerkennung der russischen nationalen Politik der freien Hand durch das Berliner Cabinet sich vorbereite und daß in Folge einer friedlichen Verständigung Deutschlands mit Frankreich die Tage des alsdann nicht mehr erforderlichen Dreibundes gezählt seien; Oesterreich-Ungarn begänne bereits einzusehen, daß es vom Deutschen Reiche ohne den Fürsten Bismarck weitere Unterstützung seiner ehrgeizigen Pläne auf der Balkanhalbinsel nicht mehr zu gewärtigen habe, und Italien werde gern die Gelegenheit ergreifen, sich der großen militärischen und finanziellen Last, die ihm seine Zugehörigkeit zur Tripelallianz auferlegt habe, so schnell zu entledigen, wie der Feindschaft seiner Nachbarn, die es sich durch die Crispische Dreibundspolitik zugezogen hat.

Wir kennen Motive und Zweck dieses auffälligen Umschwunges in dem Urtheil der russischen Presse nicht. Möglicher Weise handelt es sich darum, auf Oesterreich publicistisch zu drücken; jedenfalls entbehren die russisch-publicistischen Behauptungen der Realität. Zu der Einsicht, daß Oesterreich ohne den Fürsten Bismarck keine weitere Förderung seiner ehrgeizigen Pläne auf dem Balkan zu gewärtigen habe, kann man in Wien schon deshalb nicht gelangen, weil, so lange Fürst Bismarck die Politik Deutschlands leitete, solche ehrgeizige Pläne niemals unterstützt worden sind; im Gegentheil hat der Fürst, namentlich in der bulgarischen Frage,

jede Gelegenheit ergriffen, um mit aller wünschenswerthen Unzweideutigkeit zu bekunden, daß er sehr weit davon entfernt sei, den österreichischen Specialinteressen auf dem Balkan gegen Rußland Vorspann zu leisten. Eine derartige Tendenz liegt auch nicht im Dreibunde; dieser deckt nur das damnum emergens, nicht das lucrum cessans der betheiligten Mächte. Am wenigsten ist es Deutschlands Sache, ehrgeizige Pläne Oesterreichs auf dem Balkan zu fördern. Wenn solche in der That vorhanden sind und international gefördert werden sollen, so wird sich Oesterreich nicht an Deutschland wenden, sondern an seine Mitinteressenten an der Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Zu ihnen gehören alle Großmächte mit alleiniger Ausnahme gerade Deutschlands; abgesehen von Rußland also England, Frankreich und Italien. Zwischen Oesterreich und diesen Mächten kann stets eine Verständigung über etwaige Pläne Oesterreichs ohne Deutschlands Befassung stattfinden. Unter diesem Gesichtspunkte der völligen Unintereſſirtheit Deutschlands an den Balkanfragen entbehrt es sogar nicht an einer gewissen Berechtigung, wenn die russische Presse hofft, daß Deutschland der russischen Politik freie Hand lasse. Das ist aber in der gegebenen Beschränkung immer der Fall gewesen. Ein spezifisch deutsches Interesse gebietet nicht das Gegentheil. Nach menschlichem Ermessen dürfte die russische Balkanpolitik ihr Ziel, die Thür zu dem russischen Reiche am Bosporus zu schließen, doch einmal erreichen, ohne daß dies Deutschland zu hindern vermag. Die Befürchtungen, die sich daran knüpfen, sind freilich sehr populär; Kenner der russischen Absichten aber bezeichnen es doch als zweifelhaft, ob Rußland daran denkt, die vorherrschende Mittelmeermacht zu werden und Westeuropa zu bedrohen; vielmehr vertreten sie die Auffassung, daß Rußland nach Schließung seiner Hausthür im europäischen Südosten sich mit aller Macht nach Asien wenden werde.

Nicht minder grundlos erweist sich die Ausstreuung, daß Deutschland an eine „Verständigung" mit Frankreich denke. Es ist eine durchaus irrthümliche Annahme, daß zwischen Deutschland und Frankreich ein Vertrauensverhältniß herzustellen sei, das die Gefahr, gegen die der Dreibund geschlossen sei, beseitige. Wohl kann der Friede zwischen beiden Nationen gepflegt werden; jeder weitergehende Verständigungsversuch indessen würde an der öffentlichen Meinung in Frankreich und den Interessen Deutschlands scheitern.

Die Ansicht endlich, daß Italien um Frankreichs willen vom Dreibunde abfallen werde, erweist sich trotz aller in neuerer Zeit beobachtenden Vorgänge, die auf ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Mächten schließen zu lassen scheinen, bei näherer Betrachtung ebenfalls nicht stichhaltig. Wie wir schon sagten, kann Italien nicht mit Frankreich gehen,

ohne dessen Vasall, ohne von ihm absorbirt zu werden. Wohl aber dürfte Italien ohne Zweifel, wie bisher, großes Gewicht auf sein Verhältniß zu England legen. Frankreich hat bei der Herstellung Italiens keinen andern Zweck gehabt, als den, einen von Frankreich abhängigen Nachbarstaat zu schaffen. England hingegen bedarf eines starken, unabhängigen Italiens als Bundesgenossen. Noch stärker freilich ist das Bedürfniß nach einem guten Einvernehmen mit England auf italienischer Seite. Die Gefahr, die Italien von Frankreich zu befürchten hat, liegt nicht in erster Linie in der französischen Landarmee. Gegen diese würde Italien selbst im Stande sein, sich zu wehren und außerdem würde es anderen Beistand finden. Die Gefahr liegt in der Ueberlegenheit der französischen Flotte über die italienische, eine Ueberlegenheit, die auszugleichen Italien für jetzt auch nicht die finanziellen Mittel hat. Die geringe Entfernung der langgestreckten italienischen Küste von den französischen Häfen und Arsenalen am Mittelmeer, der Mangel an Küstenbefestigungen Italiens bringen es mit sich, daß Italien, im Bunde mit England, durch dessen Flotte Frankreich gegenüber in einer vollständig gedeckten, ohne England aber in einer sehr exponirten Stellung sich befindet. Wenn Italien überhaupt einen Bund mit einer der beiden größten Seemächte dauernd eingehen kann, so wird diese Macht immer nur England sein. England kann nie die Absicht und ein Interesse haben, die Unabhängigkeit Italiens zu bedrohen, während Frankreich gegenüber diese Sicherheit nicht vorhanden ist, sowohl wegen der territorialen Nachbarschaft, als nach allen geschichtlichen Reminiscenzen. England ist stets der weniger gefährliche Protektor. Mit dieser Erwägung wird zugleich klar, daß Italiens Rücktritt vom Dreibunde keine Sache ist, die in Frankreichs Händen ruht, sondern in denen Englands. Daraus ergeben sich für die diplomatische Behandlung Englands Gesichtspunkte von nicht zu unterschätzendem Belang.

* * *

Trotz der ausdrücklichen Erklärung, daß Fürst Bismarck nicht im entferntesten daran denke, der Politik seines Nachfolgers Schwierigkeiten zu bereiten, wird ihm von der „Voss. Ztg." die Absicht untergeschoben, er wolle sich in den Reichstag wählen lassen und dann der Regierung Opposition machen. Die „Voss. Ztg." erhält dafür eine derbe Abfertigung in den „Hamb. Nachr." vom 28. April (A.-A.):

Die „Voss. Ztg." erörtert in ihrer Morgenausgabe vom 25. d. M. die Absicht des Fürsten Bismarck, von den Bänken des Parlaments aus seine Meinung auszusprechen, „d. h. der Regierung, die ihn beerbt hat, Opposition zu machen". Wir haben schon neulich in einer kurzen Notiz Gelegenheit genommen, die Insinuation zurückzuweisen, daß Fürst Bismarck

gegen die kaiserliche Politik und ihren Vertreter, Herrn v. Caprivi, eine gegnerische Stellung einnehmen wolle. Wir haben geglaubt, die Gerüchte von Opposition oder Fronde würden daraufhin verstummen.

Wie wir sehen, haben wir dabei ohne eine gewisse Presse gerechnet, deren Anschauungsweise es entspricht, dasjenige als selbstverständlich hinzustellen, was andere Beurtheiler zum mindesten als wenig anständig, strenge Richter aber als Vaterlandsverrath bezeichnen würden. So wenig ist also Fürst Bismarck dieser Presse bekannt geworden, daß sie keinen Anstand nimmt, ihm anzudichten, er wolle Verstimmung über persönliche Zurücksetzung zur Triebfeder seines Handelns machen! Auf den andern, mit Händen zu greifenden Gedanken kommt diese Presse nicht, daß ein Mann, der an seinem Werke vierzig Jahre lang gearbeitet hat, es für unehrenhaft ansehen wird, sich von ihm da abzuwenden, wo er glaubt, auch von seiner jetzigen Stellung aus demselben noch nützen zu können.

Wenn in dieser Presse so stark mit der Verstimmung des Fürsten Bismarck über seine Entlassung gerechnet wird, so wird dabei außerdem übersehen, erstens, daß eine so lange Dienstzeit, wie die seinige, ein hohes Maß von Objectivität verleiht, und zweitens, daß überdies die frühere Politik ganz in denselben Bahnen und von denselben Leuten fortgeführt wird, die auch zu Bismarcks Zeiten Minister waren. Ein Wechsel ist ja hauptsächlich nur in der Stelle des Reichskanzlers eingetreten. Die Legende aber, daß Fürst Bismarck gegen Herrn von Caprivi Feindseligkeiten zu eröffnen gedenke, ist bereits durch unsere Angabe vom 19. d. M. (vergl. oben S. 9 f.) zerstört worden. Was die specifisch antibismarcksche Presse betrifft, so sind wir freilich trotz alledem darauf gefaßt, nächstens in ihren Organen zu lesen, Hochmuth sei das Hauptmotiv, das den „alten Kanzler" beseele und ihm sein „aufgezwungenes Stillleben" unerträglich mache. Von anderer Seite aber wird man es als einen neuen Beweis seltenen Pflichtgefühls bezeichnen, daß ein, wie die „Voss. Ztg." ganz richtig sagt, „in manchen Empfindungen verletzter" Staatsmann „noch einmal in die parlamentarische Arena herabsteigt"; aber nicht sowohl „um sich mit seinem Nachfolger zu messen", als um zum Wohle des Vaterlandes da mitzuhelfen, wo seine Stimme und sein Rath nicht leicht ersetzbar sind. Allen deutschen Patrioten wird es eine Freude sein, dies zu hören; sie werden vom Fürsten Bismack aber auch nichts Anderes erwartet haben.

* * *

Schon bei der Besprechung vom 19. April (vergl. oben S. 11 f.) wurde erwähnt, daß deutscherseits die Kündigung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz im Zusammenhange mit der Affaire Wohlgemuth gestanden habe.

Diese war aber nur Veranlassung, nicht Grund der Kündigung. Den vielfachen darüber verbreiteten Anschauungen tritt eine Berichtigung der „Hamb. Nachr." vom 29. April (A.-A.) entgegen:

Der Niederlassungs-Vertrag mit der Schweiz. Die Preßorgane, die bisher gegen die neulich von uns publicirte Straßburger Mittheilung, betreffend den Niederlassungs-Vertrag Deutschlands mit der Schweiz, geschrieben haben, sind über den Zweck, den das diplomatische Vorgehen bei Gelegenheit des Falles Wohlgemuth gehabt hat, unvollständig unterrichtet. Um einem so ungewöhnlich ungeschickten Polizeiagenten wie Wohlgemuth Satisfaction zu schaffen, würde die Regierung keinen so großen Apparat in Bewegung gesetzt haben.

Der Zweck des Vorgehens war vielmehr, auf die Schweizer Regierung behufs Aenderung ihrer Stellung gegenüber der deutschen Socialdemokratie einzuwirken, von ihr eine Modification der privilegirten Stellung der Socialdemokratie in der Schweiz zu erlangen. Gegner war hierbei nicht die Berner Regierung, sondern die Socialdemokratie, die das Schweizer Asyl mißbrauchte. Gegen diesen Mißbrauch den Beistand der Schweizer Regierung in höherem Maße als bisher zu gewinnen, war das der deutschen Politik gegebene Object, und es ist in höherem Maße erreicht worden, als vorher angenommen werden konnte. Was seitdem die Berner Regierung gethan hat, um die Schweizer Fremdenpolizei mit den gerechten Anforderungen der Nachbarstaaten in besseren Einklang als früher zu versetzen, ist Folge des diplomatischen Vorgehens von deutscher Seite.

Ein anderes, mit der Person Wohlgemuths näher in Verbindung stehendes Ziel jenes diplomatischen Streifzuges gegen die Schweiz werden sich auch die freisinnigen Blätter kaum ausdenken können, ohne die deutsche Politik für unverständiger zu erklären, als sie sich in der Regel gezeigt hat. Die veränderte Stellung der Schweizer Regierung aber gegenüber der deutschen Socialdemokratie ist mit den bisher imaginairen Nachtheilen, die die wandernde Bevölkerung der badischen Südkreise vielleicht erleiden könnte, für die Gesammtinteressen des deutschen Reiches nicht zu theuer erkauft.

Die Lage der Deutschen in der Schweiz war vor Abschluß des im vorigen Jahre gekündigten Vertrages (vor 1877) thatsächlich nicht schlechter als heute und wird es auch in Zukunft nicht sein; die Specialinteressen der badischen Grenzdistricte aber werden sicherlich durch einen Vertrag oder auch bei Nichtvorhandensein eines solchen gewahrt werden können, ohne daß die Reichsinteressen gegenüber der Socialdemokratie und der Stellung derselben im Nachbarlande vernachlässigt zu werden brauchten. Ob ohne diplomatische Frictionen eine Modification der Be-

handlung der deutschen Socialdemokratie von der Schweiz erreicht worden wäre, lassen wir gegenüber der Thatsache, daß sie erreicht worden ist, dahingestellt. Daß die Auslegung des § 2 des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages im Sinne einer Ausweisungspflicht anfechtbar ist, kann man zugeben, ohne daß die Unhaltbarkeit des Arguments deshalb nachweisbar wäre. Wenn die Bedrohung unserer Grenze durch socialdemokratische gesetzwidrige Beeinflussung aus der Welt geschafft oder doch verändert wird, so würden wir mit der Schweiz über diese Frage nicht Händel suchen.

Daß die Münchener „Allgem. Ztg." das Verlangen Deutschlands nach einem neuen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz so stark accentuirt, wie es in der Nummer des genannten Blattes vom 24. April geschieht, und öffentlich erklärt, daß „ganz Süddeutschland Werth darauf lege", bedauern wir im Interesse derer, die eine Erneuerung des Vertrages wirklich für unentbehrlich halten. Erleichtert wird der Abschluß des Vertrages durch ein so starkes Accentuiren des Verlangens danach auf deutscher Seite nicht gerade werden, und die localen Interessen, die damit ausgedrückt werden sollen, werden durch solche Artikel eher geschädigt.

Wenn unsere Kritiker die Anwendung des gekündigten Schweizer Vertrages auf die Franzosen im Elsaß und deren Inanspruchnahme desselben für Frankreich deshalb für unschädlich halten, weil die Ausweisung von Ausländern gestattet bleibe, so möchten wir sie bitten, sich den Fall zu vergegenwärtigen, daß auf die Schweizer in Deutschland und auf die Deutschen in der Schweiz genau alle dieselben Maßregeln angewendet werden sollten, deren Anwendung zur Zeit in Elsaß-Lothringen gegen dort anwesende Franzosen noch Bedürfniß ist. Dieses Bedürfniß im Elsaß könnte sich noch erheblich steigern, wenn man sich in Frankreich anstatt der jetzigen friedlich gesinnten Regierung eine händelsuchende denkt, oder wenn die jetzigen friedlichen Aspecten der Befürchtung eines nahe bevorstehenden Krieges Platz machten. Dann würde die freie Bewegung der deutschen Polizei im Elsaß den Franzosen gegenüber vielleicht doch in höherem Maße Bedürfniß werden, als sie nach dem Schweizer Vertrage zulässig wäre.

* * *

Unter dem 16. April wurde des Empfanges des Centralverbandes deutscher Industrieller durch den Fürsten Bismarck gedacht und dabei auch der Bericht der „Freisinnigen Ztg." über die Ansprache und sonstigen Aeußerungen des Fürsten erwähnt. Der betreffende Artikel der „Freisinnigen Ztg.", Nr. 94 vom 23. April 1890, lautet:

„Aus Friedrichsruh. Von demselben zuverlässigen Correspondenten, welcher

uns vor einigen Tagen den Empfang des Herausgebers der „Hamb. Nachr." Dr. Hartmeyer, in Friedrichsruh berichtete, erhalten wir nachstehende interessante Mittheilungen über Aeußerungen des Fürsten Bismarck beim Empfang der Deputation des Centralverbandes der deutschen Industriellen, welcher bekanntlich am vorigen Mittwoch stattfand. Auf die Aeußerungen des Bedauerns seitens der Deputation darüber, daß Fürst Bismark seinen Abschied genommen habe, bemerkte derselbe mit unverkennbarer Erregung, er habe seinen Abschied erhalten und wäre sehr gern im Amt geblieben, wenn Se. Majestät der Kaiser es gewollt hätte. Fürst Bismarck nahm weiterhin Veranlassung, sich über die Undankbarkeit der Menschen zu beklagen. Er halte sich zu dem Glauben berechtigt, daß ein Minister, der ihm sein ganzes Emporkommen zu verdanken habe, in Verbindung mit Hofbeamten gegen ihn gewirkt und den Kaiser gegen ihn aufzubringen gesucht habe. Um dies zu verhindern, habe er die alte Cabinetsordre von 1852 hervorgesucht, welche den Verkehr der einzelnen Minister und der Krone unter die Controle des Ministerpräsidenten stellt. Der Kaiser habe ihm seine Conferenz mit dem Abgeordneten Windthorst zum Vorwurf gemacht; er aber müsse es als das Recht des Kanzlers betrachten, mit jedem „Reichsboten" — diesen Ausdruck gebrauchte Fürst Bismarck — selbstständig zu verkehren. Jetzt glaube er allerdings, daß ihm mit dieser Conferenz eine Falle gestellt sei. Windthorst habe die Conferenz gewünscht, aber so unverschämte Forderungen gemacht, daß diese Forderungen gar nicht ernst gemeint sein konnten. In sachlicher Beziehung sei er in Meinungsverschiedenheit mit dem Kaiser nur in Betreff der Behandlung der Arbeiterfragen gerathen. Nach seiner Ansicht müsse das jetzige Vorgehen der Regierung zur Züchtung von Socialdemokraten führen.

„Alle diese Aeußerungen wurden in einem größeren Kreise von Personen gethan, welche nicht den Eindruck empfingen, als ob Fürst Bismarck eine discrete Behandlung derselben voraussetze. Bei der Verabschiedung äußerte Graf Herbert Bismarck noch, ihm sei der Austritt aus der Tretmühle des Amtes willkommen gewesen; aber für seinen Vater dauere ihn dessen Verabschiedung, denn derselbe wäre sehr gern noch Kanzler geblieben.

„Wir sind selbstverständlich weit davon entfernt, uns vorstehende Aeußerungen des Fürsten zu eigen zu machen; sie bekunden mehrfach nur den hohen Grad von Erregung, der selbst bis zur Wahnvorstellung einer besonderen Verfolgung seitens des Ministers v. Bötticher — nach dem Eindruck der Zuhörer bezogen sich auf diesen die Aeußerungen Bismarcks — sich gesteigert zu haben scheint. Bei Tische aß und trank Fürst Bismarck sehr stark. Als einer der Gäste hierüber in Gegenwart des Prof. Schweninger zu dem Fürsten Bismarck eine Bemerkung machte, sagte der Fürst mit Hinweis auf seinen Leibarzt scherzend: „Je näher bei Rom, desto mehr darf man sündigen."

„Uns will es scheinen, daß, wenn Fürst Bismarck glaubt, der Oeffentlichkeit

noch besondere Erklärungen über seinen Rücktritt schuldig zu sein, es doch wohl würdiger wäre, diese Erklärungen nicht gelegentlich beim Empfang einer Deputation oder beim Diner oder in den Spalten einer Zeitung zu verlautbaren, sondern in authentischer Weise im Herrenhause zu Berlin bei Gelegenheit der bevorstehenden allgemeinen Etatsberathung persönlich abzugeben, wobei Fürst Bismarck auch vor jeder ungenauen Wiedergabe seiner Worte geschützt sein würde. In Berlin erwartet man fast allgemein sein Erscheinen im Herrenhause für die in den nächsten Tagen bevorstehenden Sitzungen und bemüht sich bereits nach Tribünenkarten. Wir persönlich glauben freilich nicht daran, daß er kommen wird! Am Mittwoch sprach er noch nicht davon; die in den „Hamb. Nachr.“ am Sonntag verlautbarte Absicht scheint also erst später bei ihm entstanden zu sein.“

(Auf die zwar unfreiwillige, aber vortreffliche Selbstkritik in den im letzten Absatz von uns gesperrten Worten sei noch besonders hingewiesen!)

Gegen diesen Bericht wendet sich Ende April auch die „Augsburger Abend-Ztg.“ in gerechter Entrüstung. Zu ihren Aeußerungen bringen am 3. Mai die „Hamb. Nachr.“ (A.-A.) einige interessante Ergänzungen über ein ähnliches Treiben des Richterschen Blattes während der Zeit des letzten Winters, die Fürst Bismarck in Friedrichsruh zubrachte, 16. Okt. 1889 bis 24. Januar 1890:

> Die „Augsburger Abend-Ztg.“ charakterisirte vor einigen Tagen das Bestreben der freisinnigen und gesinnungsverwandten Presse, dem Fürsten Bismarck durch unwahre und gehässige Erfindungen zu schaden. Das Blatt schrieb dabei u. A.:
>
> „.... Es ist indessen geradezu perfid, wie ein Theil der ‚antikanzlerischen‘ Presse dabei zu Werke geht. Versteigt sich doch die ‚Freisinnige Ztg.‘ in ihren bekannten Mittheilungen über die Vorgänge beim Empfange der Deputation des Centralverbandes deutscher Industrieller in Friedrichsruh so weit, von ‚hochgradiger Erregung‘, von der ‚Wahnvorstellung einer besonderen Verfolgung durch den Minister v. Böttlicher‘ zu sprechen, in welchem Zusammenhang dann noch in dunkler Absicht angedeutet wird: ‚Bei Tische aß und trank Fürst Bismarck sehr stark.‘“
>
> Augenscheinlich entstammen die hier erwähnten „Mittheilungen“ der „Freisinnigen Ztg.“ der nämlichen Quelle, wie verschiedene Gerüchte, die unter Bezugnahme auf kurz zuvor in Friedrichsruh gewesene Berichterstatter in höherer Stellung während des letzten Winters in Berliner Hofkreisen derart in Circulation gesetzt wurden, daß sie das Ohr des Monarchen unmittelbar erreichen mußten. Dazu gehörte z. B. das Gerücht, Fürst Bismarck sei der Morphiumsucht verfallen und zwar in so hohem Grade, daß er den Zusammenhang seiner Gedanken bereits verloren habe. Daß diese Bezichtigung des abwesenden Staatsmannes vor dem

Kaiser mit dem vollen Anscheine ihrer Erhärtung durch Augenzeugen erhoben sein muß, geht daraus hervor, daß Se. Majestät es für nothwendig hielt, sich durch Anhörung des Arztes des Fürsten, des Prof. Schweninger, von der gänzlichen Grundlosigkeit der Sache zu überzeugen. Dem Zwecke, um dessen Erreichung es sich hierbei gehandelt haben dürfte, diente es auch wohl, daß von Leuten, die mit dem Fürsten geschäftlich zu verkehren hatten, an maßgebender Stelle der Eindruck hervorgerufen wurde, er sei fest entschlossen, unter allen Umständen zu demissioniren, während umgekehrt dem Fürsten versichert wurde, der Kaiser wolle sich um jeden Preis von ihm trennen und stehe bereits mit seinem Nachfolger in Unterhandlung. Welche Wirkung diese Intriguen gehabt haben und von wem sie ausgingen, darüber wird über kurz oder lang die Geschichte ebenso authentische Aufklärung schaffen, wie über den ganzen Verlauf der Kanzlerkrisis.

* * *

In derselben Nummer der „H. N.“ begegnen wir einer scharfen Aeußerung gegen die Kreuz-Ztg.:

Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlichte kürzlich unter vollkommener Billigung und lobender Anerkennung des Inhalts spaltenlange Auszüge aus einer bei Kay in Cassel anonym erschienenen Broschüre, betitelt: „Videant consules, ne quid respublica detrimenti capiat!“ Die Broschüre, die gegen die auswärtige und militärische Politik Deutschlands unter dem Fürsten Bismarck gerichtet ist, kommt zu dem Ergebniß, daß Deutschland zu der Zeit, als es noch militärisch überlegen war, sich mit Frankreich hätte aufs Neue auseinandersetzen müssen, um alsdann seine ganze Kraft gegen Rußland, den wahren Nationalfeind, zu richten, daß aber Fürst Bismarck dies verhindert habe, so daß alle dem deutschen Volke auferlegten Opfer umsonst gewesen seien. Die „Kreuz-Ztg.“ bestätigt durch ihr Verhalten einer Schrift gegenüber, die es dem Fürsten Bismarck zum Vorwurf macht, zwei blutige Kriege verhindert zu haben, das Vorhandensein von kriegerischen Unterströmungen, das sie sonst eifrigst bestritten hat. Das Blatt, das sich den Anschein giebt, als besitze es Einfluß auf die Regierung, stellt nunmehr seinerseits die nackte Behauptung auf, daß solche Unterströmungen nicht nur vorhanden, sondern berechtigt seien, daß es eine strafbare Vernachlässigung gewesen sei, sich ihnen nicht zu fügen. Wie sich die „Kreuz-Ztg.“ mit der Situation, in die sie sich dadurch selbst gebracht, abfinden wird, überlassen wir ihr; aber wir sind von der Offenheit frappirt, mit der sich das Blatt zu dem in der Broschüre entwickelten ruchlosen Programm bekennt.

* * *

Schon Ende April stand fest, daß im Spätsommer an den großen deutschen Flottenmanövern außer vier österreichischen Schiffen und je einem von Dänemark, Schweden und Norwegen auch die englische Kanalflotte in der Stärke von vier Panzern und zwei erstclassigen Kreuzern sich betheiligen würde. Dieses immerhin ungewöhnliche Entgegenkommen bringt die „Vossische Ztg." in directen Zusammenhang mit der Reise des Kaisers nach Darmstadt am 25. April zur Begrüßung seiner Großmutter, der Königin von England. Sie erwähnt aber auch die andere Nachricht — und die an den Mann zu bringen, scheint ihr die Hauptsache zu sein —: das gemeinsame Flottenmanöver beruhe auf älteren Abmachungen, die nicht zwischen den beiderseitigen Cabinetten, sondern mit Umgehung der verantwortlichen Minister zwischen dem preußischen und englischen Hofe getroffen worden seien. Dagegen protestiren die „Hamb. Nach." vom 4. Mai (M.-A.) energisch:

> Preß-„Diplomatie". Die „Voss. Ztg." knüpft an eine Auslassung der „Times", welche die Mitwirkung der englischen Flotte bei den deutschen Seemanövern in der Ostsee in directen Zusammenhang mit der Darmstädter Kaiserreise zur Begrüßung der Königin von England gebracht hatte, die Bemerkung: nach anderen Mittheilungen seien die betreffenden Anordnungen schon älteren Datums, und zwar wären sie nicht von Cabinet zu Cabinet, sondern von Hof zu Hof getroffen. Man würde über das mit dieser Aeußerung von der „Voss. Ztg." bekundete ungewöhnlich hohe Maß von Unkenntniß der englischen Verhältnisse staunen müssen, ginge nicht aus den ferneren Ausführungen des Blattes hervor, daß hier das bessere Wissen dem Wunsche zum Opfer gebracht worden sei, gewisse Vorstellungen zu Ungunsten der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck zu erwecken. Die „Voss. Ztg." spricht den absurden Gedanken, die Königin von England könne ohne Mitwirkung ihres Ministeriums bindende Abmachungen mit einer anderen Macht getroffen haben, nur aus, um dadurch die Vermuthung anzuregen, der Kaiser habe die Haltung der deutschen Politik England gegenüber mißbilligt und deshalb unter Umgehung seines Ministers Uebereinkunft mit England getroffen. Daß diese Unterstellung nicht nur das Urtheil der „Voss. Ztg." über englische Verhältnisse compromittirt, sondern auch das Recht des Monarchen verdunkelt, seinem Minister directe Befehle über die Führung der Geschäfte zu ertheilen, ist dem Berliner Blatt entgangen.
>
> Nach Ablegung dieser Proben ihrer Gesinnung und Fähigkeit, beruft sich die „Voss. Ztg." in ihrem monomanistischen Bestreben, der Politik des Fürsten Bismarck in der öffentlichen Meinung Abbruch zu thun, wieder auf die „Times", welche hervorgehoben habe, daß zwar auch Fürst Bismarck durchaus bereit gewesen sei, den Werth des Einverständnisses mit England anzuerkennen, daß er aber die Form dafür zu gebieterisch vor-

geschrieben habe. Der Eintritt Englands in die Friedensliga habe, so führe — schreibt die „Voss. Ztg." — die „Times" weiter aus, nach dem Wunsche des Fürsten Bismarck unter ähnlichen Bedingungen erfolgen sollen, wie diejenigen seien, die Oesterreich auferlegt wären. Da Fürst Bismarck aber in London nicht das gleiche Uebergewicht habe geltend machen können, wie in Wien, so sei seine Haltung „von etwas zurückhaltender Höflichkeit" gewesen. Jetzt dürfe man annehmen, daß der deutsche Kaiser bereitwilliger sei, die Bedingungen anzuerkennen, unter denen ein „greifbares Einverständniß" mit England möglich sei. Selbstverständlich ist diese Darstellung der „Times", auf die sich die „Voss. Ztg." stützt, ebenso abgeschmackt, wie die eigenen Vorbringungen der „Voss. Ztg.". Wenn die „Times" den Anschein zu erwecken trachtet, als ob Fürst Bismarck jemals versucht hätte, England zum Eintritt in den Dreibund unter den für Oesterreich bestehenden Bedingungen, also mit der Verpflichtung, daß England fechten müsse, sobald z. B. Oesterreich angegriffen werde, zu bewegen, so bezichtigt das englische Blatt den Staatsmann, der zwei Jahrzehnte hindurch die Fäden der europäischen Politik in seiner Hand vereinigt gehalten hat, in einer Weise, die ganz Europa auf Kosten der „Times" in Heiterkeit versetzen muß. Daß England sowohl in Folge seiner parlamentarischen, unvoraussehbar schnellem Wechsel unterworfenen Ministerien, wie durch seine Ueberlieferungen und Interessen außer Stande ist, eine bindende Allianc auf ein halbes Jahr, geschweige denn länger einzugehen, dieser Kenntniß erfreut sich heutzutage jeder politisch auch nur oberflächlich gebildete Zeitungsleser. Die „Voss. Ztg." fühlt denn auch, wie sehr sich die „Times" durch ihre Andeutung bloßgestellt hat, und springt ihr deshalb mit der Bemerkung bei, daß die Anschauung der „Times" wohl nicht wörtlich zu nehmen sei, daß ihr aber doch insofern eine gewisse Berechtigung beiwohne, als bei der realistischen Eigenart der Bismarckschen Politik hin und wieder das Verlangen an die englischen Staatsmänner herangetreten sein möge, klarere und bündigere Erklärungen zu geben, als es ihrer Neigung und den Interessen ihres Landes entsprach. Worauf sich diese Annahme der „Voss. Ztg." gründet, verräth das Blatt wohlweislich nicht. Thatsächlich ist das Bemühen des Fürsten Bismarck nie über den Zweck hinausgegangen, die Verbindung der britischen Seemacht mit den Interessen des Friedensbundes und namentlich mit Italien zu sichern. Wer behauptet, daß andere, weitergehende Wünsche bei England durchzusetzen versucht worden seien, imputirt der deutschen Politik ein Maß von Unkenntniß der englischen, resp. der europäischen Verhältnisse und von plumper Ungeschicklichkeit, wie es schwerlich jemals vorgelegen haben dürfte.

Einen ferneren Beleg ihrer Urtheilslosigkeit giebt die „Voss. Ztg.“ in einer Polemik gegen unsern neulichen Artikel über die Erneuerung des Schweizer Niederlassungsvertrages. Das Blatt vermag absolut nicht zu begreifen, daß der Zweck des ganzen Vorgehens gegen die Schweiz lediglich darin bestand, die Berner Regierung zur Ergreifung anderer Maßregeln gegen die von ihrem Boden aus gegen Deutschland und andere Staaten betriebene socialdemokratische Propaganda zu bewegen. Um diesen Zweck zu erreichen, war es diplomatisch nöthig, ihn in den Hintergrund treten zu lassen, weil sonst seine Erreichung erschwert worden wäre. Es handelte sich darum, eine Pression auf die Schweiz in diesem Sinne auszuüben, und dafür war die Form der Genugthuungsforderung für Wohlgemuth und die lebhafte dialektische Controverse über die Auslegung des Vertrages durchaus geeignet. Die Pression fiel natürlich fort, sobald ihr Zweck, die bessere Beaufsichtigung der Schweizer Socialdemokratie durch die eidgenössische Behörde, erreicht war. Darin liegt das der „Voss. Ztg.“ unerforschliche Geheimniß, daß man Wohlgemuth fallen ließ, sobald der mit der lebhaften diplomatischen Behandlung seiner an sich untergeordneten Affaire beabsichtigte Erfolg erreicht war. Daß die „Voss. Ztg.“ nicht die in dieser Campagne parallel mit einander verfolgten beiden Zwecke auseinanderzuhalten vermag: nämlich einerseits einen Druck auf die Schweiz gegen die Socialisten auszuüben und andererseits durch Kündigung des Vertrages das Elsaß vor französischer Ueberfluthung auf Grund der Meistbegünstigungs-Clausel des Frankfurter Friedens zu bewahren, beweist nur, daß das Blatt nicht zu unterscheiden im Stande ist, welche Mittel zu welchen Zwecken angewandt werden. Das Blatt sollte sich, anstatt in dieser Weise Kritik zu üben, aus dem Vorgange lieber davon unterrichten, wie politische Geschäfte geführt werden. Bisher hat es offenbar davon keine Ahnung gehabt.

* * *

Der Kaiser eröffnet am 6. Mai den neugewählten Reichstag selbst mit einer Thronrede. Die nachstehenden Aeußerungen der „Hamb. Nachr.“ vom 7. Mai (M.-A.) über diese Rede sind besonders deshalb bedeutungsvoll, weil sie unwiderleglich darthun, mit welcher unbefangenen Sachlichkeit und, solange irgend möglich, unverhohlenen Befriedigung Fürst Bismarck den weiteren Gang der Reichspolitik verfolgt:

Die Thronrede. Die Thronrede, mit der gestern der neue deutsche Reichstag bei seinem ersten Zusammentreten von Sr. Majestät dem Kaiser in Person eröffnet worden ist, giebt zwar manche Aufklärungen, auf die wir gehofft hatten, nicht, aber auf den Gebieten, die sie überhaupt berührt, bietet sie Erfreuliches und Befriedigendes.

In ihrem socialpolitischen Passus gewährt sie eine dankenswerthe Beruhigung der begründeten oder unbegründeten Besorgnisse, die sich in den Kreisen der Arbeitgeber an die vorjährigen Strikes und ihre Folgen geknüpft hatten. Wiederholt wird mit allem Nachdruck verkündet, daß es sich bei der Arbeiterschutzgesetzgebung nur um solche Maßnahmen handeln könne, die ohne Gefährdung der vaterländischen Gewerbthätigkeit und damit der wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter selbst ausführbar seien. Die Arbeitgeber werden hieraus abermals die Beruhigung schöpfen, daß ihnen nicht zu Gunsten des Arbeiterschutzes Lasten aufgebürdet werden sollen, die sie in ihrer Concurrenz auf dem Weltmarkte ernstlich zu gefährden vermöchten. Nicht minder beruhigend wird die Erklärung wirken, daß der Kaiser und seine hohen Verbündeten willens seien, jedem Versuch, an der Rechtsordnung gewaltsam zu rütteln, mit unbeugsamer Entschlossenheit entgegenzutreten. Die ausgesprochene Erwartung: je mehr die arbeitende Classe den gewissenhaften Ernst erkenne, mit dem das Reich ihre Lage befriedigend zu gestalten bestrebt sei, desto mehr werde sie sich der Gefahr bewußt werden, die ihr aus der Geltendmachung maßloser und unerfüllbarer Anforderungen erwachsen müßten, diese Erwartung coincidirt glücklich mit jener Entschlossenheitsbekundung zur entschiedenen Niederwerfung etwaiger Arbeiter-Excesse.

Besonders erfreulich und beruhigend wird der starke Accent wirken, mit dem der Kaiser versicherte, daß es ihm gelungen sei, bei allen auswärtigen Regierungen das Vertrauen zu der Zuverlässigkeit seiner auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik zu befestigen. Der im Zusammenhang damit entwickelten Nothwendigkeit einer durch die militärischen Fortschritte der übrigen Mächte bedingten abermaligen Verstärkung der deutschen Heeresmacht wird sich der Reichstag nicht zu entziehen vermögen. Die darauf bezüglichen Vorlagen sind bereits in der Hauptsache bekannt. Auf sie specieller einzugehen, wird sich noch Gelegenheit bieten.

Anerkennung dürfte auch der colonialpolitische Passus der Thronrede insofern finden, als er implicite die Zusicherung ertheilt, daß es mit den bisher in Ostafrika erzielten Erfolgen sein Bewenden nicht haben soll, sondern daß eine vollständige Pacification des Gebietes ins Auge gefaßt ist.

Mit besonderer Genugthuung wird es begrüßt werden, daß mit der Besoldungsverbesserung eines Theiles der Reichsbeamten nicht länger mehr gezögert werden soll.

Diese allgemeinen Bemerkungen über die Thronrede können genügen. Wir fassen unser Urtheil dahin zusammen, daß die Thronrede innerhalb der Gebiete, die sie überhaupt berührt, Alles bekundet, was nur zu

wünschen ist: den vollen Willen zum Rechtsschutz im Innern und zur Erhaltung des Friedens nach außen.

* * *

Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 124 vom 5. Mai 1890, A.-A.) druckt die Notiz vom 3. Mai (s. o. S. 54) über Intriguen, die im letzten Winter gegen den Fürsten Bismarck gespielt worden sind, ab und benutzt die Gelegenheit, um ebenso, wie bisher schon die „Freisinnige Ztg.“, den „Hamb. Nachr.“ derartige Publicationen einfach von oben herab zu verbieten — aber im Interesse des geschichtlichen Ansehens des Fürsten Bismarck! Sie sagt: „Wir haben es bisher für unsere patriotische Pflicht gehalten, über die Bemühungen der „Hamb. Nachr.“, die weltgeschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck zu der kleinen typisch-deutschen Figur des Professors Geffcken, des kaltgestellten und mißvergnügten Staatsmannes, zusammenschrumpfen zu lassen, möglichst mit Stillschweigen hinwegzugehen. Sollten die „Hamb. Nachr.“ diese Bemühungen fortsetzen so wird man dem Blatte begreiflich machen müssen, daß es sich an einem idealen Besitzthum der deutschen Nation vergreift, wenn es das geschichtliche Andenken des Fürsten Bismarck entweiht. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß der Nachruhm seines größten Staatsmannes nicht durch den mittels solcher Ausstreuungen erweckten Schein eines kläglichen Abschlusses der glorreichsten und verdienstvollsten Laufbahn beeinträchtigt werde. Diejenigen deutschen Politiker, welche sich gleich uns nach wie vor überzeugungstreu zu den erprobten Grundsätzen der Bismarck'schen Staatskunst bekennen, können im höchsten nationalen Interesse verlangen, daß ihnen ihre grundsätzlich unabänderliche Stellung nicht durch zwecklose und widerwärtige persönliche Zänkereien erschwert wird.“ Dieses feine kölnische Gewebe, halb schulmeisterlich, halb mephistophelisch, wird aber durchschaut und ruft folgende Zurechtweisung nach Köln hervor („Hamb. Nachr.“ vom 7. Mai, M.-A.):

> Die „Köln. Ztg.“ druckt unsere neulichen Mittheilungen über die Intriguen, die zur Entlassung des Fürsten Bismarck geführt haben, wörtlich ab, um uns dann fernere Publicationen in einem autoritativen Tone zu verbieten, wie er unter gleichberechtigten und gleichgestellten Organen nicht üblich ist. Uns läßt dieser terroristische Versuch gänzlich kalt. Wir werden uns dem Gebot der „Köln. Ztg.“ trotz der damit verknüpften Drohung nicht fügen: es müsse uns sonst „begreiflich gemacht werden, daß wir uns an einem idealen Besitzthum der deutschen Nation vergriffen, wenn wir das geschichtliche Andenken des Fürsten Bismarck entweihten“. Die Beschuldigung, letzteres zu thun, geben wir der „Köln. Ztg.“ mit Bedauern, aber unumwunden zurück, wenn das Blatt es nach seinem eigenen Urtheil wirklich für möglich halten sollte, daß „in Folge solcher Publicationen die weltgeschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck zu der kleinen typisch-deutschen Figur des Professors Geffcken, des kalt-

gestellten und mißvergnügten Staatsmannes, zusammenschrumpfe". Wir überlassen es jedem unbefangenen Beurtheiler der Dinge, zu entscheiden, ob es für den Fürsten Bismarck und seine Stellung in der Geschichte würdiger ist, wenn die von intriguanter Seite verbreitete Legende, daß der erste Kanzler des Deutschen Reiches dem Morphinismus erlegen und auf dem Wege zur Geisteskrankheit sei, unwidersprochen bleibt und sich zur Geschichte verdichtet, wie so manche andere Legende, oder wenn sich Blätter finden, die keinem vorübergehenden Winde gegenüber biegsam genug sind, um dergleichen Verleumdungen lieber todtzuschweigen, als Fractionsinteressen zu compromittiren. „Die weltgeschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck zu einer kleinen typisch-deutschen Figur à la Geffcken herabzudrücken", wird auch den Insinuationen der Freunde des „Schweigens um jeden Preis" nicht gelingen; dazu sind Stellung und Vergangenheit des Fürsten Bismarck von Stellung und Vergangenheit des Herrn Professors Geffcken doch durch einen zu großen Abstand getrennt. Einstweilen müssen wir aus dem Angriff der „Köln. Ztg." auf uns schließen, daß sie das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus seinen Aemtern als ein pudendum der deutschen Nation betrachtet, über das Niemand sprechen dürfe.

Die „Köln. Ztg." nimmt für sich die Eigenschaft „überzeugungstreuen Bekenntnisses zu den erprobten Grundsätzen der Bismarck'schen Staatskunst" in Anspruch; nun, zu diesen Grundsätzen gehört vor Allem der, die Demokratie, die Richter'sche sowohl wie die Bebel'sche, und die Lügen, von wo sie auch ausgehen, unter allen Umständen zu bekämpfen. Wir unsererseits werden diesem Grundsatze treu bleiben. Wenn wir dabei die Unterstützung der „Köln. Ztg." aus anderweitiger Rücksicht nicht haben, so kann uns dies schmerzlich sein, aber nicht von dem Wege der Wahrheit ablenken. Wir halten es für die Aufgabe derjenigen Presse, die sich selbst achtet, der Weltgeschichte ehrlich vorzuarbeiten, ihr aus der Gegenwart die Wahrheiten zu liefern, deren sie bedarf, aber keine bewußten Unwahrheiten. Wenn die „Köln. Ztg." glaubt, daß das Ausscheiden des bisherigen Reichskanzlers aus dem Dienst und die Ursachen, die dasselbe herbeigeführt haben, ohne geschichtliche Bedeutung seien, so sind wir hierin ebenso anderer Meinung, wie bezüglich der Aufgabe, die der sich ihrer Verantwortlichkeit bewußten Presse zufällt. Unsere Stellung ist eine vollkommen unabhängige. Unser Wahlspruch ist das bekannte Wort: „Greif' niemals in ein Wespennest, doch wenn du greifst, so greife fest." Die „Köln. Ztg." wird diese Festigkeit nicht an uns vermissen, wenn sie in dieser Tonart fortfahren sollte.

* * *

Am 12. Mai brachte die „Kreuzzeitung" eine Londoner Correspondenz, in der von der in Londoner diplomatischen Kreisen angeblich allgemein bekannten Thatsache gesprochen wurde, daß sich die deutsche Regierung im Sommer 1888 in fast peremptorischem Drängen um ein Schutz- und Trutzbündniß mit England oder um dessen Beitritt zur Tripelallianz bemüht hätte. Solcher Unterstellung wird unter wörtlicher Citirung jener Correspondenz in den „Hamb. Nachr." vom 14. Mai (M.-A.) eine nachdrückliche Widerlegung und Zurückweisung zu Theil:

England und die Tripelallianz. Die Berliner „Kreuz-Ztg." bringt folgende aus London datirte Correspondenz:

„Die Behauptung der ‚Hamb. Nachr.', daß Fürst Bismarck überhaupt nie daran gedacht habe, mehr als eine moralische Unterstützung von England zu erlangen, setzt die hiesigen unterrichteten Kreise einigermaßen in Erstaunen. Es ist hier ein öffentliches Geheimniß, daß das deutsche auswärtige Amt im Sommer 1888 England fast peremptorisch anging, ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen und dem Dreibund beizutreten. Lord Salisbury sah sich durch dieses Drängen, welches noch dazu mit wenig Discretion stattfand und durch das Erscheinen des Grafen Herbert Bismarck Tagesgespräch in allen Clubs wurde, in nicht geringe Verlegenheit versetzt, und wurde in Folge dessen von der Opposition, in der sich bekanntlich Labouchère besonders hervorthat, mit endlosen Fragen bestürmt. Die natürliche Folge war eine starke Verstimmung, und so waren denn dementsprechend, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, die deutsch-englischen Beziehungen höflich, aber kalt. Lord Salisbury hegte den ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältniß der Freundschaft anzuknüpfen, nicht sowohl um mit dem Land, welches von dem Enkel der Königin beherrscht wurde, auf bestem Fuße zu stehen, als auch und vielmehr um dadurch Englands Stellung in der politischen Lage Europas einen sehr nöthigen Halt zu gewähren. Das Verfahren des Berliner Auswärtigen Amtes verhinderte aber jede Verständigung. Noch sind seitdem zwei Jahre nicht verflossen, und wie anders haben sich mittlerweile die Beziehungen gestaltet, und zwar nicht nur in dem officiellen Verkehr, sondern auch in den Gefühlen, welche beide Nationen zu einander beseelen. Des Kaisers Besuch, sein, leutseliges herzgewinnendes Auftreten und die freimüthige Art, wie Se. Majestät zu erkennen gab, daß ihm an der Freundschaft Englands gelegen sei, hat eine Wandlung herbeigeführt, welche England sowohl wie Deutschland zum Segen gereichen muß, und im Falle einer Verwickelung der politischen Lage einen Einfluß ausüben dürfte, der kaum überschätzt werden kann."

Wir können diesem Correspondenz-Artikel der „Kreuz-Ztg." die Anerkennung nicht versagen, daß er an dreister Entstellung der Wahrheit

in den Annalen der Presse seines Gleichen sucht. Schon, daß die „Kreuz-Ztg." den Artikel aus London datirt, ist für seine Eigenschaft bezeichnend; diese Provenienz erscheint höchst unglaubwürdig. Wir sind der Ansicht, daß aus London niemals solche Monstruositäten geschrieben werden können; wir vermuthen bei dem Artikel der „Kreuz-Ztg." dringend Berliner Ursprung. Jeder Satz des Artikels enthält eine selbstständige Erfindung ohne jede Unterlage. Weder im Sommer 1888 noch zu irgend einer anderen Zeit ist das deutsche Auswärtige Amt ungeschickt und unwissend genug gewesen, England — und sogar „fast peremptorisch" — um Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, resp. wegen Eintritts in die Tripelallianz anzugehen. Wir haben uns schon früher über die für England bestehende Unmöglichkeit, solche Bündnisse abzuschließen, ausgesprochen, und die behauptete Verständigung „von Hof zu Hof" mit der Thatsache widerlegt, daß die Königin von England gänzlich außer Stande sei, solche Abmachungen zu treffen; der deutsche Kaiser wäre vielleicht in der Lage, derartige Verträge sub spe rati abzuschließen, die Königin von England absolut nicht. Die „Kreuz-Ztg." sollte über diese Sachlage hinreichend informirt sein, um Insinuationen nicht für glaubhaft zu halten, die im flagranten Gegensatz dazu stehen und deren Verbreitung nur auf Absichten beruhen kann, mit deren moralisch-politischer Einschätzung sich unser neulicher Artikel, den die „Londoner" Correspondenz der „Kreuz-Ztg." angreift, beschäftigt hat.

Wenn in der Correspondenz von Lord Salisbury erzählt wird, „daß er durch das Drängen (des deutschen Auswärtigen Amtes auf Englands Eintritt in die Tripelallianz) in nicht geringe Verlegenheit versetzt worden sei", so kann diese Angabe den englischen Staatsmann nur mit Geringschätzung gegen eine Presse erfüllen, die solche Absurditäten verbreitet. Es hat thatsächlich weder ein Drängen, noch auch die leiseste Sondirung über eine Zumuthung stattgefunden, deren Unerfüllbarkeit für den jüngsten Legationssecretair in Berlin oder London außer Zweifel stehen mußte.

Die logische Folge eines förmlichen Anschlusses Englands an die Tripelallianz würde sein, daß, wie England zu fechten gezwungen wäre, sobald z. B. ein neuer deutsch-französischer Krieg zum Ausbruch käme, umgekehrt das Deutsche Reich verpflichtet sein würde, mit seinen Streitkräften den quadrupelalliirten England für den Fall zu Hülfe zu kommen, daß letzteres mit Rußland wegen Ostasien, China oder aus sonst einem Grunde in Händel geriethe. Selbst die Erfinder der Legende von den leidenschaftlichen Bemühungen des Fürsten Bismarck, England zum Eintritt in die Tripelallianz zu bewegen, werden im Ernst nicht glauben,

daß Deutschland je eine solche Verpflichtung übernehmen könne, und daß ihre Uebernahme dem deutschen Auswärtigen Amte jemals ein erstrebenswerthes Ziel gewesen sei.

Nicht minder unbegründet sind alle übrigen Angaben der „Kreuz-Zeitungs"-Correspondenz. Es hat weder eine starke, noch überhaupt eine Verstimmung zwischen Deutschland und England zur Zeit des diesseitigen Thronwechsels bestanden. Die Beziehungen zwischen Berlin und London waren damals, genau so wie heute, solche der intimen Freundschaft und des vollen gegenseitigen Vertrauens. Lord Salisbury konnte den „ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältnis der Freundschaft anzuknüpfen", schon deshalb nicht hegen, weil dieses Verhältniß voll bestand und von beiden Seiten jederzeit sorgfältig gepflegt worden war. Erfreulicher Weise sind dieser Bestand und diese Pflege auch nach dem Regierungswechsel in Deutschland dieselben geblieben. Weit entfernt, daß das Verhalten des berliner Auswärtigen Amtes „jede Verständigung verhindert hätte", bildete die gleichmäßige Fortsetzung des seit dem Amtsantritte Lord Saliburys stets von beiden Seiten discret und erfolgreich gepflegten Einvernehmens zwischen dem berliner und dem londoner Cabinet einen Hauptgegenstand der diplomatischen Sorge. Es ist deshalb eine weitere Unwahrheit des Kreuz-Zeitungs-Artikels, wenn gesagt wird, das Verhältniß beider Nationen sei seit zwei Jahren ein anderes geworden. Der Besuch des jetzigen Kaisers in England und sein gewinnendes Auftreten haben ohne Zweifel neue Bürgschaften für die Dauer dieser seit Jahren bestehenden Freundschaft entstehen lassen; aber daß eine „Wandlung" der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, ist eine dreiste Unwahrheit, deren Verbreitung auch dem Lord Salisbury schwerlich erwünscht sein dürfte.

Hieran fügen wir gleich die auf dieselbe Sache bezügliche Mittheilung der „Hamb. Nachr." vom 20. Mai (M.-A.):

Die „Kreuz-Ztg." erwidert auf unsere Berichtigung ihrer angeblichen londoner Correspondenz über die deutsch-englischen Beziehungen während der letzten Jahre der Amtsführung des Fürsten Bismarck mit einigen, theils ausweichenden, theils ableugnenden Worten. Inzwischen ist ihr das Dementi bekannt geworden, durch das Lord Salisbury selbst ihre, nicht Londoner, sondern Berliner Erfindung berichtigt hat. Wir werden nun abwarten, ob die „Kreuz-Ztg." ehrlich genug ist, offen einzugestehen, daß sie von ihrem angeblichen londoner Gewährsmann sich etwas hat aufbinden lassen, und zwar in Verbindung mit verwandten Behauptungen, die in fortschrittlichen Blättern bereits acht Tage früher gestanden hatten. Es ist möglich, daß das betreffende Thema durch englische Reisende inzwischen in Berlin aufgefrischt wurde; nur ist es ein Zeichen neuer

Situation, wenn die „Kreuz-Ztg." sich zu dergleichen anglo-berliner Insinuationen hergiebt. Dergleichen kam früher nicht vor.

Zur weiteren Vervollständigung des Beweises, daß die Angaben der „Kreuz-Ztg." unrichtig waren und schwerlich aus London stammten, können wir noch anführen, daß Graf Herbert Bismarck — auf dessen Mitwirkung in der „Kreuz-Ztg." ein Gewicht gelegt wurde, das für den Ursprung der Erfindung ein Indicium gewährte — im Sommer 1888 gar nicht in England gewesen ist. Er befand sich Anfangs März, vor dem Tode Kaiser Wilhelms I., einige Tage in London und dann erst wieder Ende März 1889; er kann also unmöglich „zu der Zeit, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg", oder „im Sommer 1888" irgendwelche mündliche Verhandlungen mit Lord Salisbury geführt, oder irgendwelche Einflüsse an Ort und Stelle geübt haben.

Wir hoffen, daß die Redaction der „Kreuz-Ztg." diese Beiträge zur Beleuchtung ihres londoner Correspondeten dankbar entgegennehmen und zum Abdruck bringen wird. Geschieht dies nicht freiwillig, so glauben wir, daß die rechtliche Möglichkeit vorliegt, sie auf Grund des Preßgesetzes zu einer Berichtigung zu nöthigen. Ob es für angemessen erachtet wird, angesichts solcher Frivolitäten mit gerichtlichen Schritten vorzugehen, wissen wir freilich nicht.

* *
*

Am 14. Mai tritt der Reichstag in die erste Berathung der Militairvorlage ein (Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 18574 Mann und Vermehrung der Cadres der Artillerie). Die „Hamb. Nachr." vom 14. Mai (A.-A.) appelliren an den Patriotismus der nationalen Parteien, die Forderung der Regierung in vollem Umfange zu bewilligen:

Heute tritt der deutsche Reichstag in die erste Berathung der neuen Militairvorlage ein. Dieselbe kann nur ohne Einschränkung empfohlen werden, da sie in der Rücksicht auf die berechtigte Sparsamkeit des Reichstages so weit geht, daß sie den in der That vorhandenen Bedarf nicht einmal voll zum Ausdruck bringt, vielmehr hinter den ursprünglichen Absichten und den jüngsten französischen Armeeverstärkungen nicht unerheblich zurückbleibt. Umsomehr muß es die Aufgabe aller Politiker sein, die, auf nationalem Boden stehend, vor Allem die Wehrkraft des Reiches auf der zur Wahrung des Friedens erforderlichen Höhe erhalten wollen, wenigstens Das voll und ganz zu bewilligen, was die Regierung als niedrigstes Maß verlangen zu müssen glaubt. Eine Erörterung der Einzelheiten der Vorlage kann unserer Ansicht nach nur von berufener militairisch-technischer Seite erfolgen. Im Uebrigen haben wir ja leider darauf zu rechnen, daß von freisinniger

und verwandter Seite an der Vorlage mehr „Kritik“ geübt wird, als für die Interessen des Reiches nützlich ist.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb.“ Nachr.“ ist eine wohlwollende Beurtheilung der ersten Colonialrede des Reichskanzlers von Caprivi enthalten. Auch Fürst Bismarck konnte so wenig wie irgend ein anderer Sterblicher damals ahnen, daß schon einen Monat später in der Ansicht, es sei mit den Interessen des Reiches vereinbar, sich des Colonialbesitzes auf gute Manier wieder zu entäußern, neben Freisinnigen und Socialdemokraten Herr von Caprivi der Dritte im Bunde sein würde, wenigstens bezüglich unseres schönsten Schutzgebietes Witu.

Die Beurtheilung der Caprivischen Rede lautet:

Die Colonialrede des neuen Reichskanzlers Herrn von Caprivi findet naturgemäß in der Presse des Inlandes wie des Auslandes vielfache Besprechung und zwar vorwiegend günstige. In der Hauptsache stimmen die Urtheile der gemäßigten inländischen Journale darin überein, daß es Herrn von Caprivis Programm sei, an der bisherigen Colonialpolitik und dem Grundsatz festzuhalten, daß diese nur soweit gehen dürfe, als sie vom Reichstage unterstützt werde. Es läßt sich nur wünschen, daß Herr von Caprivi diese Unterstützung in reicherem Maße finden möge, wie sie seinem Vorgänger im Amte häufig zu Theil geworden ist. Inzwischen wirkt die durch die Reichstagsverhandlung herbeigeführte Wahrnehmung erfreulich, daß nur noch Freisinnige und Socialdemokraten der Ansicht sind, es sei mit den Interessen des Reiches vereinbar, sich des Colonialbesitzes auf gute Manier wieder zu entäußern. Der übrige Theil der Nation pflichtet der Ansicht bei, daß der Wunsch nach colonialer Ausbreitung ein wichtiges Symptom für die Lebensfähigkeit der Völker darstellt. Deutschland darf nicht Gewehr bei Fuß zusehen, wenn Franzosen, Italiener, Engländer, Belgier, Portugiesen sich an die Besitznahme Afrikas machen, oder es gesteht ein, daß es sich nicht für gleichberechtigt mit jenen Völkern ansieht. Andererseits kann nach Abschluß der Colonialdebatte mit Recht behauptet werden, daß kein einziger Grund gegen die Fortführung der Colonialpolitik in bisherigem Sinne sich stichhaltig erwiesen hat. Es ist durchaus glaubhaft nachgewiesen, daß sich das Lucrum des ostafrikanischen Besitzes einstellen wird, sobald die Pacificirung nur einigermaßen vollendet ist, während daneben der Concurrenzeifer anderer Nationen den Werth des Objectes beweist, um das es sich handelt. Die Behauptung der Colonialgegner aber, daß der Colonialbesitz im Fall europäischer Kriege gefährdet sein würde, weil wir keine englische Flotte hätten, kann in der That mit der Erinnerung des Herrn von Caprivi an die alte militärische Wahr-

heit als erledigt betrachtet werden, daß die Entscheidungen des Hauptkriegsschauplatzes stets maßgebend sind für die Entscheidungen der Nebenkriegsschauplätze.

Faßt man das Ergebniß der Colonialdebatte in der Feststellung zusammen, daß in der Colonialpolitik nicht mehr geschehen soll, als nöthig ist; daß aber das Nöthige sich nicht im Voraus begrenzen lasse, so kann dieses Ergebniß nur befriedigen. Jedenfalls wird die von deutsch-freisinniger Seite empfohlene Einschränkung der Colonialpolitik in Deutschland und insbesondere auch in den Hansestädten einfach für eine Unmöglichkeit erachtet. Die einmal eroberte Position ohne Noth preiszugeben, wäre nicht nur feige, sondern auch nur zu sehr geeignet, das für Deutschland und insbesondere auch für den deutschen Kaufmann errungene Ansehen im Auslande zu schädigen und damit auch die Interessen des deutschen Handels sehr wesentlich zu beeinträchtigen.

* * *

Nicht selten berühren die Erörterungen der „Hamb. Nachr." Gegenstände, die mit den Tagesfragen in keinem unmittelbaren Zusammenhange stehen, über kurz oder lang aber wieder aufs Tapet kommen werden. Solche Darlegungen haben dann, wenn sie auf Informationen des Fürsten Bismarck beruhen, den besonderen Werth, eine Art Vermächtniß des Fürsten zu sein. Das ist in erhöhtem Maße der Fall, wenn sie sich wie im Folgenden auf die Verfassung des Deutschen Reiches beziehen. Wer könnte jetzt oder später ein zuverlässigerer Interpret ihres Wortlautes und ihres Geistes sein, als gerade der, aus dessen geistiger Werkstatt sie hervorgegangen ist! Das gilt in vollem Maße von der hier erörterten Frage der verantwortlichen Reichsminister („Hamb. Nachr." vom 17. Mai, M.-A.):

Verantwortliche Reichsminister. Die Frage der Einsetzung verantwortlicher Reichsminister im Reiche ist letzterzeit wieder mehr in den Hintergrund der politischen Tageserörterungen getreten. Immerhin entspricht es der gegenwärtigen Lage, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Angelegenheit wieder actuelles Interesse gewinnt; deshalb erscheint es uns nützlich, rechtzeitig eine Seite des Projectes ins Klare zu stellen, über die bisher vielfach unzutreffende Vorstellungen verbreitet sind, mit deren Verschwinden die Sache nothwendig einer erheblich veränderten Auffassung unterliegen muß.

Gegenwärtig ist der Stand der Dinge bekanntlich der, daß nach Art. 17 der Reichsverfassung der Reichskanzler der einzige Minister ist, der für die vom Kaiser im Namen des Reiches vollzogenen Regierungsacte durch Gegenzeichnung die Verantwortung übernimmt; die Chefs der Reichsämter sind ihm dienstlich unterstellt, sie verwalten ihre Ressorts nicht selbstständig, sondern unter Verantwortlichkeit des Kanzlers als

dessen Stellvertreter und nur so lange, wie der Kanzler die entsprechenden Amtshandlungen nicht selbst vornehmen will. Daß diese Einrichtung den Interessen des Reiches bisher entsprochen hat, wird auf keiner einsichtigen Seite geleugnet. Wenn trotzdem die Forderung vielfach als berechtigt erachtet wird, die bisher dem verantwortlichen Reichskanzler untergeordneten Chefs der einzelnen Reichsämter zu vollen Ministern zu erheben, die für ihr Ressort die Contrasignatur zu übernehmen hätten, so gründet sich dies in der Hauptsache auf die Ansicht, daß die bestehende Kanzlerverfassung ersprießlich und nothwendig gewesen sei, solange der erste Kanzler des Deutschen Reiches im Amte stand, dem sie sozusagen auf den Leib zugeschnitten worden sei, daß aber jetzt, nun sich das Reich in seiner Verwaltung auf Kräfte von weniger ausnahmsweiser Gewaltigkeit und Autorität einzurichten habe, die Sachlage eine andere geworden sei. Die Kanzlerverfassung dürfe man allerdings wegen ihrer unleugbaren praktischen Nützlichkeit für die besonderen Verhältnisse des Reiches nicht aufgeben, aber innerhalb derselben bleibe Raum für eine selbstständigere, reichere und intensivere Arbeit von Ressortministern mit thatsächlicher Verantwortlichkeit.

Dies würde also heißen, das für Preußen neubelebte System collegialischer Ministerverwaltung auch im Reiche einführen. Dieses System unterscheidet sich bekanntlich von dem in den letzten Jahrzehnten in Preußen befolgten dadurch, daß, während nach letzterem der Ministerpräsident, gemäß seiner Stellung als politisch verantwortlicher Chef des Conseils, nach Anhörung der Ressortminister die Entscheidung nach seinem Ermessen traf, künftighin unter Vorsitz des Ministerpräsidenten einfach Beschlüsse per majora gefaßt werden. Ob diese Einrichtung den Vorzug vor der Ministerpräsidentenregierung verdient, wird selbst dann zweifelhaft sein können, wenn an der Spitze der Regierung eine nicht ganz ausnahmsweise Persönlichkeit steht. Die Einheitlichkeit und Energie des leitenden Willens erfährt jedenfalls eine Abschwächung, und das Ergebniß der zufälligen Abstimmung tritt an deren Stelle. Daß dieser Nachtheil durch Erhöhung der Güte der zu fassenden Beschlüsse oder durch gesteigerte Verantwortlichkeit der einzelnen Minister ausgeglichen werde, läßt sich nicht behaupten.

Dasselbe Verhältniß würde im Reiche eintreten, sobald man die jetzigen Chefs der Reichsämter zu selbstständigen verantwortlichen Ministern machte und sie zu einem Conseil vereinigte, dem der Kanzler präsidirte. Die erstrebte Steigerung der Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit der Chefs der Reichsämter würde nur da eintreten, wo es sich um specielle Ressortfragen handelt, etwa um Angelegenheiten der Post, der Telegraphie, der Eisenbahnen u. s. w. Bei größeren Fragen, schon bei solchen, die

über ein Ressort hinausreichen und ein anderes auch nur streifen, wäre sofort die Nothwendigkeit der collegialen Beschlußfassung gegeben. Dabei aber würde die Verantwortung im Ganzen eine geringere sein, als sie jetzt dem Kanzler zufällt. Wenn eine Maßregel ex concluso collegii hervorgeht und sie sich hernach als unzweckmäßig oder gar unheilvoll erweist, ist überhaupt Niemand da, dem die politisch-moralische Verantwortlichkeit in dem Maße wie bisher aufzuerlegen wäre. Der Kanzler hätte in diesem Falle als Vorsitzender nur die Beschlüsse der zu einer Sitzung vereinigten selbstständigen Chefs der Reichsämter ausgeführt, wäre also persönlich nicht verantwortlich. Was aber die Theilnehmer am Conseil betrifft, so käme in Betracht, daß die Verhandlungen und Abstimmungen nicht öffentlich sind, sondern unter dem Schutz des Amtsgeheimnisses erfolgen. Niemand außerhalb des Collegiums erfährt, wer für oder gegen die betreffende Maßregel gestimmt hat. Der Beschluß wirkt wie der einer anonymen Gesellschaft. Jeder Theilnehmer kann im Falle des Mißlingens einer beschlossenen Action geltend machen, daß er mit seiner abweichenden Ansicht oder seinen Modificationsvorschlägen nicht durchgedrungen sei, oder daß er seine Meinung dem Bedürfniß eines conclusi collegii habe opfern müssen.

Diese Erwägungen dürften vorläufig ausreichen, einige Bedenken hinsichtlich der praktischen Zweckmäßigkeit der Einsetzung verantwortlicher Reichsminister zu erregen. Wenn die Chefs der jetzigen Reichsämter volle Minister werden sollen, die selbstständig zusammentreten und collegial beschließen, muß übrigens nicht bloß die verfassungsmäßige Kanzlerverantwortung inhaltlos werden und gänzlich zusammenschrumpfen, sondern außerdem der Bundesrath seine jetzige Stellung einbüßen. Diese Consequenzen sind für bedenklich zu erachten. Dagegen steht fest, daß das in den letzten Decennien in Preußen geübte Ministerpräsidentensystem sich, ebenso wie im Reiche die alleinige Kanzlerverantwortlichkeit, durchaus praktisch bewährt hat. Es dürfte den Verhältnissen auch in Zukunft am besten entsprechen. Daß man davon abweichen müßte, dafür sprechen weder zwingende Gründe noch ausreichende Vortheile.

* * *

Es ist nicht zu verwundern, daß man die „Hamb. Nachr." stets darauf ansah, was von ihrem Inhalte wohl aus Friedrichsruh stammen könnte, seitdem man wußte, daß sich das Blatt dem Fürsten Bismarck vollständig zur Verfügung gestellt hatte, im Unterschiede von den allermeisten anderen Blättern consequent in seiner Tendenz, Bismarck'sche Politik zu vertreten. In diesen Muthmaßungen liefen selbstverständlich viel gutgläubige Irrthümer unter; oft genug war es aber auch recht bequem, die „Hamb. Nachr." mit dem Fürsten Bismarck zu identificiren, irgend welchen Inhalt, der gar nichts mit ihm zu thun

hatte, ihm in die Schuhe zu schieben und daraus dann Waffen gegen ihn zu schmieden. Gegen ein derartiges Treiben protestirt die M.-A. vom 21. Mai:

In eigener Sache. Seit einiger Zeit drängt sich uns die Wahrnehmung auf, daß ein Theil der Presse nicht mehr, wie bisher, die Redaction der „Hamburger Nachrichten" für ihre politische Haltung verantwortlich macht, sondern den Fürsten Bismarck.

Es mag ununtersucht bleiben, inwieweit hierbei gutgläubige Gedankenlosigkeit oder böser Wille im Spiele ist; jedenfalls sind wir nicht gesonnen, durch Stillschweigen diese absurde Unterstellung zu approbiren und uns in eine Lage drängen zu lassen, in der wir nicht mehr von dem uns zustehenden Rechte jederzeitiger freier Meinungsäußerung Gebrauch machen könnten, ohne befürchten zu müssen, daß das, was wir schrieben, je nach Bedürfniß dem Fürsten Bismarck angerechnet werde. Es ist unseres Erachtens ebenso natürlich wie anständig, daß ein unabhängiges Blatt wie die „Hamburger Nachrichten", nachdem es Jahrzehnte hindurch seine Spalten der von ihm als nützlich und heilsam erkannten Bismarck'schen Politik offen gehalten hat, sie nicht aus Furcht, irgendwo Anstoß zu erregen, dem Urheber eben dieser Politik verschließt, wenn es diesem nöthig erscheint, falschen Vorstellungen, die in der Presse zu seinen Ungunsten erweckt werden, auf gleichem Wege entgegenzutreten, oder überhaupt seine Meinung zu äußern. Wir waren überzeugt, daß auch andere Blätter, die früher ihr unbedingtes Vertrauen auf die politischen Gesinnungen und die Thätigkeit des Fürsten Bismarck öffentlich und zum Theil in enthusiastischer Weise bekundet haben, verleumderischen Angriffen und Beschimpfungen gegenüber es durch den nationalen Anstand für geboten betrachten würden, den ersten Kanzler des Deutschen Reiches gegen unwahre und gehässige Insinuationen freiwillig in Schutz zu nehmen; wir hatten nicht geglaubt, isolirt zu sein in der Bereitwilligkeit, einen Mann zu vertreten, dessen politische Auffassungen und Bestrebungen heute ohne Zweifel dieselben sind, wie zur Zeit, als er im Amte war. Jedenfalls erachten wir es unsererseits nicht nur als eine hohe Ehre, sondern auch als wichtige Mission unseres Blattes, dem Fürsten Bismarck in der bezeichneten Weise nach besten Kräften dienen zu können.

Je rückhaltloser wir dies aber erklären, desto entschiedener verbitten wir uns alle darüber hinausgehenden Unterstellungen, durch welche der Anschein erweckt werden soll, als ob unser Blatt nicht mehr in Hamburg, sondern von Friedrichsruh aus redigirt würde. Die darin liegende Annahme, Fürst Bismarck betrachte es als eine Aufgabe für ihn, jede beliebige Tagesfrage einer Beurtheilung durch die Presse zu würdigen, enthält eine Verletzung der dem Fürsten schuldigen Ehrerbietung. So

sehr dem großen Staatsmann, dessen politische Ansichten durch seine Entlassung aus den Aemtern nichts von ihrer Wichtigkeit und Bedeutsamkeit verloren haben, daran liegen muß, mit seiner Meinung gehört zu werden, sobald es nach seinem Ermessen nöthig ist, so wenig kann von ihm erwartet oder vermuthet werden, daß er auf die alltägliche Preßbehandlung der schwebenden Fragen irgend welchen Einfluß auszuüben sich berufen glauben sollte.

Diese Erwägungen sind von so handgreiflicher Richtigkeit, daß wir mit Bestimmtheit erwarten, durch sie den ebenso kindischen als unziemlichen Gedanken beseitigt zu haben, unser Blatt werde anderswo als auf seiner eigenen Redaction redigirt.

* * *

Am 16. Mai hatte Lord Salisbury im englischen Oberhause erklärt, es sei eine absolute Erfindung, daß Deutschland im Jahre 1888 England peremptorisch aufgefordert habe, einen Offensiv- und Defensiv-Vertrag abzuschließen und der Tripelallianz beizutreten (vgl. oben S. 62 f.); diese Forderung sei nie gestellt worden; aber es sei auch nie eine Entfremdung in den Beziehungen zu Deutschland vorgekommen. Diese Beziehungen seien stets herzliche gewesen.

Die „Vossische Zeitung“ hegt Zweifel an der Wahrheit dieser Erklärung. Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.“ vom 21. Mai (M.-A.):

Die „Voss. Ztg.“ ist der Ansicht, „daß zur Zeit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. eine Entfremdung in den Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht in so absoluter Weise bestritten werden konnte, wie Lord Salisbury dies am Freitag gethan“.

Daß auf deutscher Seite von irgend einer solchen Entfremdung nicht das Mindeste bekannt ist, konnten wir neulich bereits mit aller Bestimmtheit versichern; Lord Salisbury hat inzwischen in Bezug auf England genau dasselbe gethan. Wenn die „Voss. Ztg.“ trotzdem an den Bestand von Verstimmungen glauben zu sollen meint, so kann es sich dabei jedenfalls nicht um Verstimmungen handeln, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Lord Salisbury, resp. den durch sie vertretenen beiderseitigen Cabineten bestanden haben.

* * *

Am 23. Mai bringen die „Hamb. Nachr.“ (A.-A.) folgende Notiz: „Im Pariser Figaro sind kürzlich unter der Ueberschrift ‚Was man in Friedrichsruh denkt‘ Mittheilungen veröffentlicht worden, die der ‚Berliner Börsen-Courier‘ abdruckt, um sie als eine ganz unverschämte Flunkerei zu kennzeichnen. Das Berliner Blatt ist mit dieser seiner Qualificirung vollkommen im Rechte.“

Als ein Beleg, was alles über den Fürsten Bismarck, namentlich mit Hineinziehung der Person des Kaisers, zurechtgelogen wurde, mag dieser

Figaro-Artikel nach dem „Berliner Börsen-Courier", M.-A. vom 20. Mai, hier Platz finden.

„Was man in Friedrichsruh denkt."

(„Diese Mittheilungen sind uns von einem Vertrauten des Fürsten Bismarck zugegangen, der bisher noch niemals die Aufgabe gehabt hat, der Welt von dem, was der Exkanzler denkt, Kenntniß zu geben. Wir haben nichts daran ändern wollen, um ihnen ihren eigenartigen intimen Charakter zu belassen. Dies zur Erklärung für einige Sätze, welche sonst mit Recht das Gefühl unserer Leser beleidigen können." Red. des Berl. B.-C.)

Der Artikel selbst lautet mit einigen notwendigen Auslassungen:

Hamburg, den 14. Mai 1890.

.... Seit einiger Zeit spricht Fürst Bismarck; er ist aus dem Schweigen herausgetreten, in das er sich nach seiner „Entlassung" — das ist der Ausdruck, dessen er sich regelmäßig bedient — gehüllt hat. Er empfängt sogar einzelne wenige Personen, aber nicht diesen macht er seine interessanten vertraulichen Mittheilungen, sondern nur seinen Intimen. „Seitdem man mir die Zügel aus den Händen genommen hat, seitdem ich von dem hohen Sitz herabgestiegen bin, kümmere ich mich nicht mehr um den zu durchlaufenden Weg, interessirt mich die Gegenwart nicht mehr." Das sagt er den Männern, die ihn seit langem kennen. Im innersten Herzen denkt Bismarck mehr an die Geschichte, als an die Tagespolitik. Er ist traurig geworden und beinahe sentimental in den Augenblicken, in welchen er nicht zornmüthig ist. „Ich habe für eine Nation gelebt; es ist Zeit, daß ich mich ganz und gar den Meinen widme — ich werde mein Herz nicht mehr ausschütten." Und wenn er eine Redewendung dieser Art gebraucht hat, bleibt er lange Viertelstunden nachdenkend. Niemand stört ihn; die Fürstin wacht darüber, daß man ihm sich nicht nähert. Jeden Morgen geht er aus, macht im Park einen Spaziergang und kommt mit der Erklärung wieder, daß er nach Berlin zurückkehren will. Wenn es aber Abend geworden, verzichtet er auf diesen Gedanken; er beschränkt sich darauf, dem Kaiser zu schreiben — weniger häufig als in den Wochen, welche unmittelbar auf seine Entlassung folgten, aber immerhin noch ziemlich häufig.

Er spricht sehr viel von dem Kaiser Wilhelm II. und immer mit mehr Betrübniß als Zorn .... „Ich halte ihn für das Opfer der geschichtlichen Strömung, die er durch eine ruhige, stille Regierung hätte aufhalten können, indem er klug auf dem gebahnten Geleise blieb und Deutschland die Vorteile genießen ließ, die im Jahre 1870 gewonnen worden. Wenn man anfängt, das Gebäude zu erschüttern, wenn in Folge eines beabsichtigten Stoßens ein Stein fällt, so werden die anderen auch fallen, solche, die man nicht fallen machen wollte und die nur durch die beseitigten Steine gehalten waren. Dann

wird sich ein Zusammenstoß entwickeln, den nichts aufzuhalten vermag, und das mit Klugheit errichtete, mit Mühe bis jetzt aufrechterhaltene Gebäude wird zusammensinken."

Der große Mann von Friedrichsruh zürnt Niemandem mehr. „Ich fühle weder Staunen noch Verachtung; das sind Empfindungen junger Leute." Er kommt oft auf solche Gedanken zurück und vergleicht sich gern mit einem Einsiedler auf einem Felsen. Eines Tages sagte er zu seinem Arzt: „Auch ich bin ein großer Arzt gewesen, ein Staatsarzt." Auf dieselbe Ideenreihe bezieht sich eine Unterhaltung, welche kaum vierzehn Tage zurückreicht. „Vor 1870 litt das Land an Kinderkrankheiten, der Krieg hat es geheilt. Deutschland konnte damals seine Siege nutzen, die ihm notwendig die Einheit brachten. Jetzt würde ein siegreicher Krieg, sogar ein zweites Sedan, Deutschland um nichts fördern. Im Gegentheil; das Land ist in das Alter der Reife getreten. Ich habe gethan, was ich konnte, um es an Ausschreitungen zu verhindern, ich habe versucht, den Gang des Völkergeschickes zu verlangsamen. Ich glaube, daß es mir zwanzig Jahre lang gelungen ist. Gott allein weiß mit mir, was ich habe arbeiten, dulden und mich mühen müssen. Jetzt aber! . . . . Die Größe Deutschlands ist für die Ruhe Europas nothwendig. Wenn ich das dem Reichstage sagte, zuckten die Franzosen die Schultern und meinten, das sei Einbildung. Und doch hat meinen Worten keine nationale Eitelkeit zu Grunde gelegen. Anstatt jener krankhaften Sentimentalität, die Provinzen zu beweinen, die wir nach den Gesetzen des Krieges erworben haben; anstatt mit der Kurzsichtigkeit der Leute, welche nur die Interessen des Tages zu erkennen vermögen, auf die Grenze zu starren, hätte Frankreich lieber die Augen erheben und weiter blicken sollen; denn der Feind Europas, der Erbfeind in dem wahren Wortsinne, das ist der Osten — Rußland. Nehmen wir einen Krieg an, in welchem Frankreich Deutschland vernichten würde, sofort würde sich Rußland in Bewegung setzen, um Frankreich zu vernichten. Das ist das Gesetz der Geschichte. . . . . . Jedes Land muß gewisse moralische Entwickelungsstufen durchmachen, und derjenige, der sich darauf versteht, kann an gewissen untrüglichen Zeichen erkennen, in welchem Abschnitt seines Lebenslaufes sich ein Volk befindet, ob es noch eine lange Zeit des Lebens und der Thätigkeit vor sich hat. Deutschland macht gegenwärtig eine Krise durch. . . . . . . Man darf nicht glauben, daß man eine Nation mehr als einen Einzelkörper heilen könne. Das Prinzip der Zerstörung webt in allem Vorhandenen. Nur eins kann man thun: man kann versuchen, das Werk der Zerstörung aufzuhalten. Deutschland hat Ruhe nach außen wie im Innern nöthig. Bei vorsichtiger Lebensweise und bei Vermeidung von Erregungen kann dieser große Körper von Millionen Seelen, den man ein Volk nennt, lange Zeit leben. . . . . . ."

Auch die inneren Angelegenheiten Deutschlands beunruhigen in Friedrichs-

ruh. Man spricht oft davon und fragt sich, was kommen soll, wenn das so weiter geht. . . . . . Einige Tage nach Ostern ließ sich Fürst Bismarck des längeren über diesen Gegenstand aus:

„Der Kaiser will das Gute, aber er will zuviel auf einmal, fängt an zu vielen Orten an, um diejenigen zu erwärmen, welche kalt sind. Er wird den Brand nicht mehr aufhalten können, das Feuer wird um sich greifen und auch das zerstören, was er hatte bewahren wollen. Er hat Kraft genug für den Anfang, aber er geht zu schnell; er wird unterwegs den Athem verlieren und das Ziel nicht erreichen, das er sich gesteckt glaubt. Er meint, einige angefaulte Steine aus der Mauer des Staates herausnehmen zu können, er will diese Mauer restauriren — aber die Grundsteine haben sich noch nicht genügend zusammengeschlossen und verkittet, sie können noch keine Reparatur vertragen. Er vergißt, daß er, der Kaiser, auch einer der Steine jenes alten Mauerwerks ist, und daß er den Kaiser anrührt, wenn er die Mauer anfaßt. Um Verbesserungen anzubringen, müßte man die Mauer einreißen und eine neue errichten, und das wäre die Aufgabe eines neuen Jahrhunderts."

Einige Tage später sprach man von der Zukunft. Es war nach dem Abendessen. Fürst Bismarck hatte seine trübe Laune, eine Wehmuthsstimmung, und da die Unterhaltung stockte, sagte er plötzlich, ohne daß ihn jemand gefragt hatte:

„Die Zukunft, ich weiß nicht, wie sie sein wird. Ein Mann, er sei wer er mag, kann nichts thun. Wenn eine Kugel abgeschossen ist, verfolgt sie ihren Lauf, und die Ereignisse werden ebenfalls ihren Weg gehen, ohne daß etwas sie aufzuhalten vermag. Der Kaiser gehorcht dem Einflusse Niemandes — er ist das Product eines Stromes, der ihn fortreißt. . . . . ."

So der „Figaro". Allzu schwer hat er dem „Berliner Börsen-Courier" seine richtige Diagnose auf „ganz unverschämte Flunkerei" nicht gemacht.

* * *

Einer der letzten Maitage führte wieder einen Pariser Journalisten in das Schloß von Friedrichsruh, diesmal einen Mitarbeiter des „Petit Journal". Da seine Berichte an das französische Blatt in der deutschen Presse nur auszugsweise, zum Theil auch schlecht übersetzt und tendenziös zugestutzt mitgetheilt worden sind, geben die „Hamb. Nachr." am 11. Juni (M.-A.) über die Unterredung mit dem Fürsten Bismarck den französischen Originalbericht wieder. Auch hier möge er folgen:

Un Entretien avec le prince de Bismarck.

Le prince de Bismarck est redevenu ce qu'il était au début de sa vie publique, très expansif.

Quand il n'était qu'ambassadeur de Prusse à Saint-Pétersbourg, il étonnait ses collègues par ses libres manières et son abandon; il

inaugurait une méthode fort peu respectueuse pour le grand principe des diplomates de métier: savoir se taire. Le principe est d'ailleurs fort secourable à ceux qui ne pensent et ne savent rien; c'est probablement pour eux et par eux qu'il a été mis à la mode.

M. de Bismarck, au contraire, parlait beaucoup, racontait même par le menu ses projets futurs et personne ne le croyait; il lui est arrivé plus d'une fois de tromper ses contemporains avec la vérité; c'est son originalité propre et il lui doit une bonne partie de ses succès.

Plus tard, à la tête de responsabilités incalculables, investi d'une autorité que celle de Napoléon Ier seul rappelle, il avait adopté des règles de réserve inflexibles et depuis le traité de 1878 jusqu'en 1890 il n'a reçu aucun journaliste.

A plusieures reprises, il vient de montrer que les circonstances ayant changé, il ne se jugeait plus tenu à la même rigueur.

J'ai profité de ce changement et j'estime que les cinq heures passées par moi le 22 mai avec M. de Bismarck m'ont plus éclairé sur son rôle historique que tous les discours, toutes les brochures, toutes les histoires dont l'ensemble remplirait déjà une bibliothèque entière.

Le public qui me fait l'honneur de me suivre n'attend évidemment pas de moi que je satisfasse une vulgaire et vaine curiosité en lui racontant, avec force détails, comment vit M. de Bismarck, comment il mange, boit, fume, marche, s'assied, s'habille, se promène, monte à cheval, caresse ses chiens, etc., etc.

Il me semble que le reportage pittoresque n'est pas de mise à Friedrichsruh; l'hôte qui l'habite est trop important, il évoque trop de sentiments souvent douloureux dans l'âme d'un Français, pour que je ne place pas plus haut l'intérêt d'un entretien avec le grand directeur de tant d'évènements depuis un quart de siècle.

L'homme politique seul et ses vues politiques seules doivent parvenir par une plume française au grand public qui ne sépare pas la dignité de l'information authentique et précise.

Je noterai donc simplement quelques impressions sur l'état moral et physique du prince de Bismarck, et je supprimerai ensuite volontairement les incidents secondaires, même les hasards curieux d'une longue conversation; je mettrai fidèlement sous les yeux du lecteur les déclarations qu'il m'a faites en parfaite connaissance de cause, n'ignorant pas que le représentant du Petit Journal, si modeste que fût sa personne, était en mesure de les transmettre à l'immense majorité du peuple français; quelques-unes sont nouvelles, plusieurs sont renouvelées; mais toutes sont également l'expression exacte de sa plus récente pensée.

Comment M. de Bismarck supporte la retraite.

Un de ses amis m'avait dit avant que je ne le visse: „Le prince ne sera pas frondeur; mais il combattra les calomnies que ses ennemis se plaisent à répandre sur lui, maintenant qu'ils ne le craignent plus. Cela, du reste, est nécessaire à sa santé!"

J'ai trouvé qu'en effet M. de Bismarck avait pris vigoureusement le dessus après le coup si rude qui l'a frappé; il porte ses soixante-quinze ans avec une surprenante légèreté; sauf les rhumatismes et les névralgies qui le tourmentent de temps en temps, il reste capable des plus vastes efforts intellectuels et il se livre encore à des exercices devant lesquels beaucoup de jeunes gens reculeraient.

Il y a pour n'importe quel spectateur de toute opinion et de tout pays un contraste mélancolique entre cette activité débordante et l'oisiveté obligatoire qui lui est subitement imposée.

Dans sa demeure tout à fait rustique et dans sa vie nouvelle, bien que feld-maréchal, il a renoncé au costume militaire; du reste, il m'a fourni lui-même une curieuse explication de ces habitudes antérieures:

> „Autrefois travaillant toute la journée avec le roi, j'étais obligé de changer cinq ou six fois d'habillement, dans la même journée, passant du frac à l'habit de cour, par une série d'intermèdes également ennuyeux, car j'ai horreur de cette obligation. Je perds ainsi une heure par jour; cela fait trente heures au bout du mois; ou encore trois journées de travail de six heures chacune.
>
> „Aussi j'ai été bien soulagé et bien heureux quand le roi m'a dit de prendre constamment l'uniforme que j'avais à ses côtés à Sadowa.
>
> „Depuis je n'ai plus quitté mes bottes et ma tunique du matin au soir; ce qui était une délivrance et une grande économie de temps."

J'ai déjà expliqué pourquoi le concours des circonstances actuelles et la violence des haines accumulées contre M. de Bismarck rendent profonde une chute sur l'étendue de laquelle il n'a pas la moindre illusion. Il ne se paie ni de mots ni d'espérances; il s'est retranché dans son passé et se refuse actuellement d'inutiles consolations pour l'avenir.

S'il a eu des velleités de révolte avec des colères assez naturelles le lendemain de sa démission, il y a renoncé; il a pris son parti et son attitude définitive et fixée; mais s'il se déclare pleinement résigné, il ne dissimule pas la souffrance que lui cause la suppression de ses occupations quotidiennes:

„J'ai passé, dit-il sans aucun détour, quarante-quatre ans à défaire

mes habitudes de gentilhomme campagnard; j'ai beaucoup de mal à redevenir agriculteur; la politique m'a pris, elle ne m'abandonne pas. Depuis mon départ de Berlin, j'ai cessé absolument toute correspondance politique et je n'ai qu'une ressource, celle de me promener dans la forêt pour tuer les heures."

Parfois assis, il se dresse presque en sursaut, comme mu par un ressort invisible vers la besogne ordinaire; il se remet ainsi que d'un rêve:

„J'oubliais que je n'ai plus rien à faire."

On voit bien que jadis, il s'illusionnait singulièrement quand il manifestait le désir de rentrer sur ses terres, dans ses bois, pour n'en plus sortir; c'est ce que la princesse de Bismarck traduisait un jour dans une boutade: „Il aime mieux un navet que toute votre politique!"

Je ne nie pas que le chancelier soit capable de s'intéresser à la croissance d'un navet; mais décidément il aime infiniment mieux la politique. Qui s'en étonnerait après une existence de luttes inouïes et de succès sans exemple?

Je me hâte d'arriver aux points sur lesquels il est le plus instructif de l'entendre; je lui laisse la parole sans commentaires superflus.

L'empereur.

„Je n'en veux pas à mon jeune maître; il est ardent, actif; il veut faire le bonheur des hommes, c'est naturel à son âge; je crois peut-être moins à cette possibilité, je le lui ai dit; il n'est pas extraordinaire qu'un mentor comme moi lui ait déplu, et qu'il n'ait plus voulu de mes conseils. Un vieux cheval de labour et un jeune coursier sont mal attelés ensemble.

„Seulement la politique ne se fait pas comme des combinaisons chimiques: elle se fait avec des hommes.

„Pour moi je souhaite que les expériences réussissent.

„Je ne lui en veux nullement; je suis vis-à-vis de lui dans la situation d'un père que son fils aurait maltraité; il a beau en souffrir; il dit: „Tout de même, c'est un gaillard vigoureux."

„Quand j'étais plus jeune, je suivais mon roi partout, ce qui me permettait de lutter contre les autres influences; maintenant je suis vieux, il m'est impossible d'accompagner un souverain qui voyage si loin; il est donc inévitable que des conseillers plus voisins de lui aient sa confiance et l'aient à mes dépens. Il est très impressionable quand on lui expose des idées qui lui paraissent propres à changer heureusement le sort de ses sujets et il est impatient de les mettre de suite à exécution.

„Il me plait qu'un prince veuille gouverner directement; seule-

ment, s'il avait assez de moi, pourquoi ne me l'a-t-il pas dit plutôt? Je lui aurais préparé moi-même une bonne sortie.

„Après tout, ce qui me console, c'est que la couronne est forte en Allemagne; depuis 1862, je travaille à augmenter sa puissance, à lui donner une action directe et indépendante. Vous êtes républicain, mais vous comprenderez que dans un État monarchique cette organisation est la meilleure. Je ne suis pas ennemi du contrôle du Parlament et de la presse: il faut une surveillance, sans quoi les abus sont inévitables; mais il importe que les rôles et les attributions ne soient pas confondus; le roi doit être le maître dans les affaires qui sont bien de son ressort; c'est parce que j'ai disposé cela que l'empereur a pu si aisément se passer de moi. Il ne faut pas chercher d'autre explication du départ d'un chancelier qui était populaire et qui avait réussi.

„Et puis, si l'empereur a sa gloire à faire, moi j'ai la mienne à garder, je la défends; j'ai dû me sacrifier à elle, je n'entends pas la compromettre."

L'opinion.

„Je ne suis pas étonné qu'en Allemagne tant de gens aient poussé un „ouf!" au moment de ma chute; quand on a été ministre si longtemps, on a beaucoup d'ennemis; il y a tous ceux à qui on refuse quelque chose, tous ceux qui se figurent que vous les empêchez de passer au premier plan; chaque année, c'est une nouvelle couche de mécontents.

„Aussi c'est dans mon pays que j'ai été le plus durement jugé; la presse française a été très digne et très équitable, je l'en remercie; la presse anglaise et même la presse américaine qui avaient été si violentes lors de l'affaire des Samoa, m'ont accablé d'éloges.

„Les partis respirent et sont heureux de ne plus me craindre; le centre n'est pas fâché, bien qu'il redoute quelque chose de pire; quant aux socialistes, ils sont dans leur rôle."

M. de Caprivi.

„Mon successeur, je l'estime plus que personne; c'est un bon général, c'est même notre meilleur général. C'est dommage qu'il soit entré dans la politique; lui-même en acceptant le poste a dit qu'il entrait dans une chambre obscure.

„Il ne peut, du reste, pas changer beaucoup la politique faite avant lui; voyez dans quels termes il a demandé des crédits militaires; il s'est servi des mêmes raisons, des mêmes paroles que les miennes, dans mon dernier discours sur un sujet analogue.

„Quant à la politique extérieure, il est impossible de rien modifier.

„L'ornière a été creusée si profonde qu'il faut bien que les roues du char y restent."

La situation européenne.

„La situation est parfaite en Europe; il n'y a pas un nuage, pas un point noir; il n'y a que la paix en perspective.

„C'est un peu mon œuvre. Si le peuple allemand a eu confiance en moi, s'il croyait que j'étais un bon chancelier, c'est qu'il savait à merveille que je voulais maintenir absolument la paix.

„D'ailleurs les nations modernes ne peuvent plus être entraînées à la guerre malgré elles; leur consentement est nécessaire et les calamités d'un conflit sont si effrayantes que personne ne veut prendre l'offensive.

„Jamais l'Allemagne n'attaquera la France.

„Les institutions militaires, qui ont fait de tout citoyen un soldat, sont la meilleure garantie de tranquillité.

„Ces immenses armures, au lieu de vous protéger, vous accableraient, si le cœur ne battait pas dessous pour une guerre acceptée volontairement et sans arrière-pensée.

„C'est pour cela qu'il ne faut pas trop se plaindre de la lourdeur des budgets; tant que le dégout des armements ne sera pas plus fort que les autres sentiments et les autres intérêts, il n'y a pas de désarmements possibles. En attendant ils empêchent par leur poids même qu'on se serve d'eux sans motif de premier ordre sur les champs de bataille."

En 1875.

„Vous avez cru qu'en 1875 la guerre était menaçante; pour moi, j'ai tout fait pour l'empêcher; d'ailleurs le comte de Moltke ne m'a jamais gêné dans ce sens. Des sous-ordres ont pu trop parler, mais c'étaient des opinions particulières, comme celle-ci professée par quelques militaires, qu'il était mauvais de laisser reprendre trop de forces à un adversaire qui redevenait dangereux.

„M. de Gontaut-Biron, votre ambassadeur, c'est alarmé, et le prince de Gortschakoff en a profité pour faire croire que la Russie vous avait tiré d'embarras par son intermédiaire.

„J'ai dit alors qu'il devait aller à Paris pour s'y faire élever une statue avec deux ailes dans le dos et un feu de bengale autour.

„Je m'en suis expliqué depuis avec l'empereur Alexandre II.; je lui rappelai ce qu'on répetait partout;" il me répondit: „N'y

faites pas attention, il est si vaniteux;“ de là date ma rupture, non pas avec la Russie, mais avec Gortschakoff.

„D’ailleurs, pourquoi vous figurer que vous devez de la reconnaissance à la Russie? La politique n’est pas une question de sentiment, c’est l’intérêt qui vous lie, le sentiment d’un contrepoids; votre rapprochement est assez naturel, pour qu’il n’y ait pas besoin de fonder autrement votre amitié réciproque.“

En 1887.

„Dans l’affaire Schnaebelé il n’y a eu que les rancunes de deux agents. Nous n’avons ni provoqué l’incident ni cherché à l’envenimer.“

En 1890.

„Nous ne voulons plus rien. L’Allemagne n’a besoin ni de trois millions de Hollandais qui sont absolument indépendants et qui ne veulent pas être absorbés, ni des provinces baltiques, ni de la Pologne, ni de quoi qui ce soit.

„Nous avons assez des annexés qui restent fidèles à leur nationalité sans tenter d’en digérer davantage.

„J’étais opposé à la conquête de cette partie du Schleswig qui renferme toujours 150000 Danois; elle m’a été imposée.

„Pour ce qui est de l’Alsace, l’occupation de Strasbourg a paru nécessaire, parce que la garnison de Strasbourg exerçait une influence morale et une action matérielle trop prépondérante sur toute l’Allemagne du sud; en 1867,[1]) le roi de Wurtemberg m’écrivait qu’il lui serait bien difficile, en cas de conflit, d’observer le pacte fédéral et de se défendre contre Strasbourg.

„Quant à Metz, ce sont les militaires qui l’ont exigé en donnant comme raison que Metz valait 100000 hommes.

„Maintenant nous sommes saturés et nous ne voulons courir aucun hasard.“

---

[1]) Das ist ein Irrthum. Die „Hamb. Nachr.“ berichtigen ihn am 1. Juni (M.-A.), ehe der französische Text vorlag, wie folgt:

Der französische Text im „Petit Journal“ liegt uns zur Zeit nicht vor. Wenn die Stelle gleichlautend sein sollte, so hat der Vertreter des „Petit Journal“ den Fürsten an dieser Stelle offenbar nicht recht verstanden. Die angezogene Bemerkung des Königs von Württemberg ist, wie aus parlamentarischen Aeußerungen des Fürsten Bismarck hervorgeht, nicht 1867, sondern im Jahre 1854 zur Zeit des Krimkrieges vom jetzigen Könige von Württemberg dem Fürsten Bismarck mündlich gemacht worden, als dieser als preußischer Bundestagsgesandter im Auftrage des Königs in Stuttgart anwesend war. Es handelte sich damals um die Lage der süddeutschen Staaten für den Fall einer drohenden österreichischen Verständigung mit Frankreich gegen Rußland.

Vienne et Berlin.

„Il y a en Allemagne et ailleurs des critiques qui m'accusent de vouloir détruire l'Autriche et de reprendre les neuf ou dix millions d'Allemands qu'elle renferme.

„C'est une absurdité dont le temps a déjà fait justice comme de tant d'autres.

„Du reste Vienne et Berlin, deux capitales, ne peuvent pas exister simultanément dans le même empire: ce serait déraisonnable et cela ne doit pas être."

Les Balkans.

„Pour les événements qui peuvent se produire dans les Balkans, ils ne touchent pas l'Allemagne; ils ne regardent que la Russie, l'Italie, l'Autriche et l'Angleterre.

„J'ai toujours pensé que nous devions rester en dehors: d'ailleurs, dans notre traité avec l'Autriche, nous avons stipulé que ce point ne nous engageait point."

Quelques affaires.

„Je n'ai pas manqué d'occasions pour montrer que je voulais éviter les affaires; à propos des Carolines, j'ai dû contenir nos marins qui auraient volontiers bombardé quelques ports espagnols; mais j'ai trouvé que l'insulte faite à notre pavillon ne valait pas ces représailles, et qu'il était mauvais de nous faire d'autres ennemis; j'ai imaginé un biais, l'intervention du pape, qui était une trouvaille assez ingénieuse.

„A propos de Samoa, vis-à-vis des États-Unis, j'ai suivi la même ligne.

„Dans l'affaire Wolgemuth, je n'ai poursuivi qu'un but: celui d'obtenir de la Suisse qu'elle veillât elle-même sur les menées des socialistes internationaux, pour nous débarrasser de cette besogne; ce Wolgemuth n'était qu'un imbécile et il n'avait servi qu'à nous compromettre par son inintelligence.

„J'ai réussi au-delà de mes espérances, puisque la Suisse s'est organisée dans le sens que je désirais.

„Quant au colonel Roth, son représentant à Berlin, il a toujours été mon ami et nous n'avons pas cessé d'être en excellents termes."

La question sociale.

„Je ne crois pas qu'il soit jamais possible de rendre l'humanité heureuse et contente de son sort.

„Il y a toujours eu de l'inégalité entre les hommes, des riches et des pauvres, il y en aura toujours.

„De mon temps, les ouvriers mangeaient moins bien, étaient moins bien habillés que maintenant; des progrès se feront, mais le monde ne changera pas d'un seul coup.

„La Providence a disposé les choses de telle façon que le désir de monter à la hauteur de ceux qui sont au-dessus entretient une émulation salutaire; c'est le ressort le plus puissant de l'activité des peuples.

„Les socialistes font croire aux masses qu'elles pouvent réaliser immédiatement leur rêve sur cette terre; mais ils sont incapables de tenir leurs promesses.

„Parmi les chefs qui sont en Allemagne à la tête du parti socialiste il y a des hommes de beaucoup de talent, de grands orateurs, comme Liebknecht par exemple; mais leur système est chimérique; ils sont pour la communauté des propriétés terriennes et industrielles, exploitées solidairement; c'est une folie.

„Les concessions qui leur sont faites ne les séduiront pas; elles ne peuvent que contribuer à augmenter le nombre de voix dont ils disposent déjà."

La France.

„Je n'ai jamais partagé les préjugés qui ont cours dans certains milieux sur la prétendue légèreté des Français. Je les ai toujours apprécies comme de bons et sérieux compagnons.

„Je sais que la nation, depuis quelques années, a encore fait des progrès de toute nature; son armée est quatre ou cinq fois plus nombreuse qu'en 1870; j'espère qu'entre eux et nous rien ne sera plus remis au Dieu des batailles.

„J'ai conservé le meilleur souvenir de mes relations avec beaucoup de vos hommes d'État, surtout de mon vieil ami Thiers, qui pouvait avoir quelques côtés personnels, mais qui aimait avant tout son pays, qui était un vrai et un courageux patriote.

„J'ai beaucoup d'admiration de M. de Freycinet et nos militaires m'ont dit souvent que ses mesures comme chef de l'armée les étonnaient par leur habilité, leur entente des choses de la guerre.

„L'énergie habile de M. Constans est reconnue en Allemagne.

„Je suis convaincu que la grande masse du peuple français pratique le travail, veut faire des économies, est attachée profondément à la paix.

„Chez vous, il n'y a qu'un danger à redouter, celui que révèle l'histoire de vos révolutions, que la minorité entraine la majorité."

M. de Bismarck candidat au Reichstag.

„J'ai servi trois souverains avec le même zèle; je n'ai jamais connu d'hommes plus braves que l'empereur Guillaume I. et Frédéric III; il n'était même pas agréable de les accompagner dans les combats, car ils ne se plaisaient qu'aux endroits les plus dangereux.

„Mon vieux roi aimait tellement le danger que les attentats même ne le fâchaient point. Je me rappelle toujours quand Nobiling a tiré sur lui; il avait le bras et la tête criblés de plomb; il se remit très vite, à cause de l'excellence de son sang. Comme je le félicitais de cette prompte guérison, il répliqua en riant: ‚Ce maladroit de Nobiling, il a été plus intelligent que mes médecins, il a bien deviné qu'une bonne saignée était ce qu'il y avait de mieux pour ma santé.'

„Quant à son fils, c'était le plus aimable, le plus courtois, le plus généreux des hommes; jamais dans ses heures de souffrances les plus atroces, son calme, son aménité, sa politesse ne sont démentis.

„J'étais parfaitement d'accord avec lui; quelques années avant qu'il ne fût empereur, il m'avait demandé mon concours en cas d'événément; je le lui avais promis à deux conditions: 1⁰ Qu'il n'y aurait pas de régime parlementaire; 2⁰ pas d'influence étrangère.

„Il avait accepté sans difficulté. Malgré ce qu'on a raconté, j'affirme que plus tard je suis resté en communion d'idées avec lui notamment d'ans l'affaire Battenberg.

„Maintenant je suis un oisif; je lis plus de journaux que jamais; mais cela ne me suffit pas.

„J'irai au Reichstag quand cela se présentera; il a encore cinq ans de durée à moins qu'il n'y ait une dissolution, mais une élection partielle peut m'offrir un siège; je n'irai pas là pour gêner mes successeurs et leur causer des embarras, mais j'ai mes idées à défendre, on les connait. J'ai le droit et le devoir de ne pas les abandonner."

J'ai retracé impartialement les principales idées que M. de Bismarck expose sans réticence d'aucune sorte; j'ai uniquement retranché l'imprévu d'une conversation qui a encore touché beaucoup d'autres sujets, mais trop rétrospectifs ou trop spéciaux pour que je les publie.

Les personnalités contemporaines et les détails historiques sur la politique de Napoléon III, n'ajouteraient rien à ce tableau déjà trop considérable. J'ai tenu surtout à raconter ce que M. de Bismarck

pense et dit sur les questions qui nous touchent actuellement, sur celles qui nous tiennent le plus au cœur.

Je ne veux pas contester ce qui paraîtra contestable, louer ou blâmer: c'est au public à se faire une opinion. Il est juge suprême.

Pour mon compte il se dégage une impression fondamentale de l'entretien et c'est la vraie conclusion politique qu'un Français doit en extraire, c'est que M. de Bismarck est maintenant plus qu'à aucun autre moment de sa vie le gardien obligatoire de la paix.

Et la raison en est claire. Son œuvre à lui, celle dont il est fier, celle qu'il tient à conserver intacte pour l'honneur de sa mémoire, ne pourrait qu'être compromise ou éclipsée par la guerre.

De nouvelles victoires remportées sans lui, de nouveaux succès diplomatiques obtenus sans lui, lui enlèveraient son prestige.

Quant aux insuccès, on ne manquerait pas de les faire retomber sur la méthode qu'il a suivie, la système qu'il a personnifié et qu'il a, bon gré mal gré, sous peine de chocs épouvantables, imposé à ses héritiers gouvernementaux!

Si sa parole, si ses affirmations pouvaient ne pas faire foi quand il était chancelier, elles sont désormais éprouvées par son intérêt supérieur, elles sont liées au souci qu'il professe de sa gloire.

Or sur ce terrain brûlant il est certain qu'il marche avec l'idée de ne point être indifférent à l'Allemagne; on peut le hair, on peut être enchanté de son départ, on peut se féliciter de son éloignement des affaires intérieures, et je persiste à penser que dans les conditions présentes son retour au pouvoir est impraticable, après les changements qui viennent de s'accomplir dans la direction politique de l'Allemagne.

Mais si des Imprudences étaient commises, si des fautes capables d'entraîner un conflit se produisaient, la voix de M. de Bismarck ne serait pas perdue dans le tumulte des rancunes et des cris d'indignation que sa domination soulève encore. Alors, il serait encore une force. Nous Français, indifférents aux affaires intérieures de l'Allemagne, voués à la réflexion par nos malheurs, nous n'avons pas à nous mêler de querelles qui ne nous atteignent pas, nous devons pourtant savoir comment l'exilé de Friedrichsruh parlerait dans une occasion critique où la paix de l'Europe serait en jeu.

C'est, je le répète, l'enseignement capital qu'il est opportun, sage et juste de tirer de cet entretien.

* * *

Die auf den vorangegangenen Blättern mitgetheilten Interviews, die in Friedrichsruh stattgefunden hatten — vgl. oben die Berichte des „New-York Herald“, der „Nowoje Wremja“, des „Matin“ und des „Petit Journal“ —

hatten, wie schon oben berührt, in der deutschen Presse verschiedentlich Mißverständnisse hervorgerufen und Mißdeutungen gefunden, nicht bloß bei principiell antibismarckschen Blättern, sondern, wie sich später zeigen wird, auch bei solchen, die dem Fürsten gegenüber eine im Ganzen freundliche Haltung beobachteten. Weshalb, das ist schwer verständlich. Wenn Fürst Bismarck die Vertreter ausländischer Blätter empfing, so stand doch für jeden unbefangen urtheilenden Menschen fest, daß er das nicht that aus gekränktem Ehrgefühl oder wegen persönlicher Zurücksetzung, sondern nur aus dem einen Grunde, um im Auslande etwa verbreitete falsche Vorstellungen und ungünstige Urtheile über deutsche Verhältnisse zu beseitigen. Fand sich dann in den Berichten des Interviewer einmal eine Wendung, aus der die Verfolgung dieses Zweckes nicht deutlich, oder aus der scheinbar das Gegentheil davon hervorging, so mußte man doch in erster Linie ein Mißverständniß des betreffenden Correspondenten annehmen (wie z. B. bei dem Vertreter des „Petit Journal" ein solches direct berichtigt wird, vgl. S. 80), durfte aber unter keinen Umständen dem ersten Kanzler auch nur eine Spur unlauterer Absicht unterschieben. Solche Haltung wäre von den nationalen Blättern zu fordern, von den andern aber, unter Voraussetzung von nur etwas Urbanität, auch wohl zu erwarten gewesen. Daß es sich anders herausstellte, schädigt nicht des Fürsten Bismarck, sondern der betreffenden Blätter eigenes Ansehen. Die „Hamb. Nachr." vom 1. Juni (M.-A.) führen gegen die Angriffe auf die Interviews folgendes aus:

> Die Interviews in Friedrichsruh. Es fehlt in der deutschen Presse nicht an Stimmen, die an den Unterredungen, die seitens des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh den Vertretern russischer und französischer Blätter gewährt worden sind, Anstoß nehmen. Man macht dem Begründer des Deutschen Reichs zum Vorwurf, „Reichsfeinde" mit seinem Vertrauen beehrt zu haben. Die darin liegende Verdächtigung darf billig auf sich beruhen bleiben; das deutsche Volk wird sich von ihr mit demselben Gefühle abwenden, mit dem es sich von so manchen Beschuldigungen abzukehren hatte, die in der deutschen Presse gegen den Mann erhoben werden konnten, dessen ganzes ruhmreiches Leben nichts anderes gewesen ist, als eine einzige große, unvergleichliche That für das Vaterland, das er in einer von ihm beherrschten weltgeschichtlichen Epoche der Entwickelung aus Ohnmacht und Zerrissenheit zu Einheit, Größe und Wohlfahrt, zur ersten Macht Europas emporgehoben hat. Daß solche Verdächtigungen des Fürsten Bismarck aber in der deutschen Presse überhaupt vorkommen können, muß jeden deutschen Patrioten mit Schmerz erfüllen. Fürst Bismarck steht zwar persönlich für solche Beschimpfungen viel zu hoch, als daß sie ihn erreichen könnten, aber auf dem deutschen Volke bleibt vor dem Auslande die Schmach haften, die Ein-

zelne begehen, wenn sie nach dem Manne, der für alle Deutschen ein Gegenstand höchster Verehrung sein sollte, ihre unsauberen Wurfgeschosse schleudern . . . In einem amerikanischen Blatte, in „Frank Leslie's Illustrirter Zeitung", lasen wir kürzlich einen Artikel, überschrieben „Aus der dritten Maiwoche", in dem aus Anlaß der niedrigen Angriffe der Richter'schen Presse auf den Fürsten Bismarck eine Parallele zwischen letzterem und George Washington, respective zwischen dem Verhalten des deutschen und des amerikanischen Volkes zu den beiderseitigen großen Nationalhelden gezogen wurde. Es hieß darin u. A.: „Und als er (Washington) gar, noch lebend, nach Mount Vernon ging, seine Ruhe oder seine Aecker zu pflegen, da wurde uns der Begründer unserer Nationalität, wenn nicht ein Heiliger, doch ein so unendlich ehrwürdiger Mann, daß wir ihn ehrten, wie sonst nur den Gottmenschen. Wehe dem Buben, der vor uns George Washington lästern wollte, sei es mit Worten, sei es — nur in der Presse." Welche Gefühle beim Lesen dieser Zeilen in uns aufstiegen, überlassen wir dem Leser zu beurtheilen, solche nationalen Stolzes waren es nicht. Dies nebenbei.

Zum Glück dürfen wir nicht daran zweifeln, daß die ungeheure Mehrheit der Nation mit ihrer und des Fürsten Bismarck würdigen Empfindungen nach Friedrichsruh blickt und in den dortigen Vorgängen nicht einen Augenblick etwas anderes ersieht als die Fortführung des Lebenswerkes unseres großen Staatsmannes. Das deutsche Volk weiß, daß Fürst Bismarck mit seiner ministeriellen Stellung nichts von seiner Liebe und seiner Fürsorge für sein Vaterland eingebüßt hat; es weiß, daß der Fürst den Einfluß, den er, so lange er lebt, besitzen wird, ob er im Amte ist oder nicht, zu keinen anderen Zwecken benutzen wird als zu patriotischen. Das gilt auch von dem Empfang der fremden Publicisten. Wir glauben kaum, daß Fürst Bismarck in seiner jetzigen Lage dem Deutschen Reiche einen größeren Dienst zu leisten vermag, als dadurch, daß er angesehene und weitverbreitete Blätter derjenigen Länder, in denen Mißtrauen gegen die friedlichen Absichten Deutschlands systematisch unterhalten und geschürt wird, in die Lage setzt, durch ihre Veröffentlichungen der loyalen, einleuchtenden und autoritativen Darstellungen und Friedensversicherungen des Fürsten Bismarck der dortigen, der Belehrung über Deutschlands wahre Absichten so schwer zugänglichen Bevölkerung, Gelegenheit zu geben, sich von der Irrthümlichkeit der bis dahin festgehaltenen friedensgefährlichen Vorstellungen zu überführen.

Wie friedensgünstig z. B. der Empfang des Herrn des Houx vom „Matin" und die Veröffentlichungen darüber in Paris gewirkt haben, davon liegt ein handgreiflicher Beweis in der Thatsache vor, daß auf

Grund der Houx'schen Berichte und neuerdings derjenigen im „Petit Journal“ in der französischen Presse jetzt Discussionen über das Verhältniß zu Deutschland geführt werden, für die die Verfasser noch vor wenigen Jahren sicher gesteinigt worden wären. Um nur ein Beispiel anzuführen: Herr des Houx war von verschiedenen seiner Collegen wegen der von ihm befürworteten Annäherung an Deutschland heftig angegriffen worden. In einem geistreichen Aufsatze, betitelt: „Der Frankfurter Vertrag“, führt er im „Constitutionnel“, dessen Leitung er übernommen hat, seine Vertheidigung. Er sagt dabei unter Anderm:

„Mein berühmter College John Lemoine wendet sich an Europa und sagt: ‚Europa, gieb uns unsere Provinzen wieder!‘ Ich fürchte, daß dieser Ruf nur wenig Wiederhall in Europa finden wird. Oesterreich und Italien haben mit Deutschland einen Vertrag unterzeichnet, der dazu bestimmt ist, diese Wiedererstattung im Nothfalle selbst durch einen Krieg zu verhindern. Rußland bietet uns seine Freundschaft unter der Bedingung an, daß keine Rede mehr von einer Wiedervergeltung sei. England hat andere Sorgen in Aegypten, Afrika und Asien. Ich beklage es; aber ich sehe absolut keine Gründe, die Deutschland zum Bruche des Frankfurter Vertrages haben könnte. Das ist ein Unglück; aber ich wünschte, daß meine Mitbürger, ohne auf ihre natürlichsten und ehrenhaftesten Empfindungen zu verzichten, sich endlich daran gewöhnten, mit Thatsachen und nicht mit Scheingestalten zu rechnen.“

Daß Derartiges in Paris heute überhaupt gedruckt werden kann, ist eine Folge der Bemühungen des Fürsten Bismarck, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte die uns feindlichen Völker durch die Macht seines Wortes zu versöhnen. Man glaubt dem Fürsten Bismarck im Auslande und vertraut der Wahrhaftigkeit seiner Darstellungen. Die Wirkung wird sich nur allmälig vollziehen, aber um so sicherer. Für friedliebende Franzosen haben die Friedrichsruher Mittheilungen dazu hingereicht, sie zu directen Versicherungen des Dankes und der Zustimmung zu veranlassen. Es ist nicht einen Augenblick daran zu zweifeln, daß der Empfang der fremden Publicisten in Friedrichsruh der Sache des Friedens entschieden nützt, und daß dies die Absicht ist, die den Fürsten leitet. Je stärker sich die Kriegspartei in Frankreich rüstet, um so nöthiger und nützlicher sind solche Gegenwirkungen, desto wichtiger ist es, die Friedensparteien hüben und drüben zu stärken. Nur wer den Krieg will, kann Anstoß an den Interviews und ihren heilsamen Folgen nehmen.

Zum Schluß mag noch eine Bemerkung Platz finden, die die „Nowoje Wremja“ dem Pariser „Figaro“ gegenüber macht und die der „Matin“ abdruckt. Sie lautet:

„Seit Luther's Zeit hat es in Deutschland keinen Menschen gegeben, der mit Herrn v. Bismarck zu vergleichen wäre. Wird sein Werk ebenso dauerhaft sein, wie dasjenige Luther's? Man mag immerhin daran zweifeln; aber es ist sicher, daß die Stimme des Fürsten Bismarck, selbst in seiner Zurückgezogenheit, mehr Autorität hat, als die Stimme vieler europäischer Staatsmänner, die sich in Activität befinden."

Um so höher ist die Nützlichkeit der Verbreitung der Ansichten des Fürsten Bismarck durch die angesehene Presse Frankreichs und Rußlands im Interesse des Friedens anzuschlagen.

* * *

Das Gerücht, daß der Fürst im Sommer London besuchen würde, nahm allmählich festere Gestalt an und zeitigte in London bereits Pläne für die Empfangsfeierlichkeiten. Gegen sie erfolgt in den „Hamb. Nachr." vom 1. Juni (M.=A.) eine berichtigende Mittheilung:

In der Londoner „Allg. Corr." lesen wir über den angeblichen Besuch des Fürsten Bismarck in England:

„Die Deutschen Londons beabsichtigen, dem Fürsten Bismarck anläßlich seines bevorstehenden Besuches in England einen außerordentlichen Willkommen zu bereiten. Die Festlichkeit wird wahrscheinlich die Gestalt eines Banquetts annehmen, welchem ein großer Empfang folgen wird."

Gerade die Befürchtung solcher Schaustellungen ist es, die dem Fürsten den Entschluß zum Reisen schwer macht. Die Nothwendigkeit, öffentlich zu reden, und die Anstrengungen, die ihm derartige Kundgebungen auferlegen, sind Unannehmlichkeiten, denen sich der Fürst sicher nicht ohne Noth aussetzen wird.

* * *

Geschichtlichen Irrthümern und Legendenbildungen über die Zeit der Amtsführung des Fürsten Bismarck wird in den „Hamb. Nachr." stets entgegengetreten, wo auch nur deren Anfänge ihnen begegnen, und sei es in einer unterhaltenden Newyorker Wochenschrift. So in den „Hamb. Nachr." vom 3. Juni (M.=A.):

In einem „Fürst Bismarck" überschriebenen Artikel, den Constantin Rößler in Nr. 19 der Newyorker Wochenschrift „Belletristisches Journal" vom 7. Mai d. J. veröffentlicht, kommt der Verfasser auch auf den Culturkampf zu sprechen und führt als dauernde Resultate desselben die Anzeigepflicht und das Einspruchsrecht des Staates bei Besetzung geistlicher Stellen an. Ein Hauptergebniß wird dabei übersehen. Dieses besteht in der Beseitigung, resp. Abänderung der Art. 15 und 18 der Preußischen Verfassung, die dem Erlaß der Maigesetze als präparatorische Maßregel voraufgehen mußte. Durch diese Aenderung sind die römische

wie die evangelische Kirche und alle anderen Religionsgemeinschaften in der Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten den Staatsgesetzen und der Aufsicht des Staates unterworfen, die Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen, sowie die Abgrenzung der kirchlichen Disciplinargewalt den Staatsgesetzen unterstellt worden. Mit diesen beseitigten, resp. abgeänderten Artikeln ist das bis dahin vorhanden gewesene feste Bollwerk der Kirche gegen alle legislativen Eingriffe des Staates in die Angelegenheiten der Kirche dauernd beseitigt worden.

Auch was der Verfasser des oben genannten Aufsatzes über die Ursachen des Scheiterns des Culturkampfes anführt, bedarf der Ergänzung. Der mangelhafte Erfolg ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß diejenige parlamentarische Partei, die als entschiedenste Gegnerin der „römischen Uebergriffe" an der Spitze der Majorität stand, die den Culturkampf wollte, die Fortschrittspartei, abschwenkte. Die Conservativen waren stets nur laue Befürworter der Beschränkung kirchlicher Rechte, mit den Nationalliberalen allein aber konnte die Regierung den Kampf nicht durchfechten. Das parlamentarische Gleichgewicht wurde noch mehr gestört, als die Fortschrittspartei allmälig bei den Wahlen, wie bei den Discussionen und Abstimmungen ganz auf die Seite des Centrums trat. Nachdem ihr die parlamentarische Stellung wichtiger geworden war, als die Prinzipien, die sie früher zum „Kampf gegen Rom" begeistert hatten, wurden die Fortschrittspartei und ihr Anhang aus Feinden Windthorst's zu dessen Vasallen. Durch dies Ueberlaufen gerieth zuerst die feste parlamentarische Stütze ins Wanken, deren die Regierung zur energischen Durchführung des Culturkampfes bedurfte. Um jeder Verdunkelung des geschichtlich Wahren vorzubeugen, glauben wir dies feststellen zu sollen. Wer mit dem Ausgang des Culturkampfes unzufrieden ist, muß sich an die Protegés des Herrn Windthorst, die jetzigen Freisinnigen, halten.

* * *

Am 29. Mai hatten Magistrat und Bürgervorsteher-Collegium von Göttingen eine Einladung an den Fürsten gesandt, jetzt nach 57 Jahren als „alter Herr" und Ehrenbürger die alte Universitätsstadt einmal wieder zu besuchen. Darauf antwortete der Fürst am 1. oder 2. Juni:

„Ew. Hochwohlgeboren danke ich herzlich für die freundliche Mahnung an den früheren civis academicus und heutigen Ehrenbürger, die Stätte der Jugend einmal wiederzusehen. Aber zunächst möchte ich versuchen, ob und wie ich meine Entwöhnung vom Reisen überwinden kann, und das beabsichtige ich zunächst durch einen Besuch in meiner Nachbarstadt Hamburg zu erproben, welche weniger als drei Meilen von meiner Hausthüre entfernt liegt. Habe ich diesen Versuch, die gewohnten Bahnen

meiner Häuslichkeit zu verlassen, befriedigend gemacht, so werde ich vielleicht weitere Excursionen versuchen. In jedem Falle bitte ich Sie, meinen Dank entgegennehmen und den Herren vom Magistrat und vom Bürgervorsteher-Collegium übermitteln zu wollen. v. Bismarck."

Diesen hier erwähnten Besuch Hamburgs führte der Fürst am 3. Juni aus zur großen Freude der gesammten Bürgerschaft. Alle staatlichen und zahllose Privatgebäude waren zu Ehren des hochwillkommenen Ehrenbürgers der Stadt in Flaggenschmuck. Der Besuch hatte freilich einen vollständig privaten Charakter, da der Fürst Gast des Bürgermeisters Dr. Petersen war.

* * *

In den Berichten über die Interviews war wiederholt von der Möglichkeit die Rede gewesen, daß Fürst Bismarck sich würde in den Reichstag wählen lassen. Die bloße Möglichkeit aber hat die Freisinnigen schon mit blassem Schrecken erfüllt. Bismarck im Reichstage — das muß verhindert werden; da man es aber dem Fürsten nicht verwehren kann, sich wählen zu lassen, muß man die Wähler von der Nutzlosigkeit einer solchen Candidatur überzeugen. Etwa so: wenn Bismarck in den Reichstag kommt, so ist für ihn in keiner Partei etwas zu thun, welcher sollte er sich wohl anschließen? Will er aber wirklich thätiges Mitglied des Reichstages werden, so kann er nicht anders, als der Regierung Opposition machen; aber gerade die Leute, die dem Fürsten Bismarck ihre Stimme geben würden, wollen wieder keine oppositionelle Vertretung im Reichstage haben — also man thut am besten, von seiner Aufstellung von vornherein abzusehen.

In überzeugender Weise wird diese freisinnige Berechnung ad absurdum geführt mit den grundlegenden Sätzen: wenn Fürst Bismarck in den Reichstag eintritt, dann wird er keine Partei-, sondern vaterländische Politik treiben; und der Regierung wird er, so lange sie die von ihm begonnene vaterländische Politik fortsetzt, nicht opponiren, sondern mit seiner Erfahrung und dem ganzen Gewicht seiner Autorität zur Seite stehen, auch wenn er in Einzelfragen gelegentlich eine abweichende Ansicht zu vertreten haben würde („Hamb. Nachr." vom 4. Juni, M.-A.):

Fürst Bismarck im Parlament. Die in den Friedrichsruher Berichten der fremdländischen Publicisten wiederholte Mittheilung, daß Fürst Bismarck an die Uebernahme eines Reichstagsmandats denke, hat die demokratisch-freisinnige Presse zu Erörterungen bewogen, die für die durch sie vertretenen politischen Anschauungen sehr bezeichnend sind. Diese Organe „weisen nach", daß Fürst Bismarck im Parlament entweder gar nichts thun könne, oder der jetzigen Regierung Opposition machen müsse. Das ist eine Schlußfolgerung, zu der nur Jemand gelangen kann, der den Fürsten Bismarck mit dem Maßstabe mißt, den

die freisinnigen Fractionsanschauungen gewähren. Darnach sind die politischen Angelegenheiten in der Hauptsache nichts Anderes, als Objecte eines Kampfes, den die Führer der einzelnen Parteien mit einander oder gegen die Regierung ausfechten, in dem nicht das Wohl des Landes entscheidet, sondern das Rechtbehalten, der Triumph der Parteiauffassungen. Es ist begreiflich, daß von derartigen Fractionsvorstellungen befangene Publicisten nicht im Stande sind, sich in den Gedankengang eines Staatsmannes zu versetzen, dem die Parteien als solche und ihre speciellen Interessen niemals etwas bedeutet haben, der sich ohne Rücksicht auf sie stets nur gefragt hat: „Was kann ich thun, um dem Lande zu nützen?“ Die specifische Fractionspresse ist nicht mehr im Stande, Patrioten zu würdigen und zu begreifen, sondern nur noch Parteimenschen. Ein Parteimensch ist Fürst Bismarck freilich niemals gewesen; jede Unterstützung war ihm recht, wenn sie ihm half, die Pläne auszuführen, die nach seinem Ermessen dem öffentlichen Wohle dienten. Ein Anderes war bei ihm auch unmöglich; denn nicht nur verhinderte ihn seine eigene staatsmännische Größe daran, ein Parteimensch zu sein, sondern auch der Umstand, daß jeder Minister, der bei uns anders verfahren, d. h. Parteipolitik treiben, sich mit irgend einer Partei solidarisch machen wollte, das Staatsinteresse nothwendig verletzen müßte.

Ebenso wenig, wie Fürst Bismarck Parteipolitik getrieben hat, die seinem zukünftigen Verhalten im Reichstage präjudiciren könnte, hat er persönliche Politik getrieben, deren „Vertheidigung“ ihn jetzt zur Opposition bewegen könnte. Er hat stets nur vaterländische Politik gemacht, und da diese von der jetzigen Regierung fortgesetzt wird, so besteht für den Fürsten Bismarck kein Anlaß, der Regierung Widerstand zu bereiten. Kein ernsthafter Politiker, der dem Wirken und Schaffen des Fürsten mit Einsicht und Unbefangenheit gefolgt ist, der die Motive desselben erkannt und gewürdigt hat, wird auf den abgeschmackten und unhaltbaren Gedanken kommen, der Fürst werde sich mit sich selbst dadurch in Widerspruch setzen, daß er seine eigene Politik des Staatswohles, nun sie durch andere Männer fortgeführt wird, bekämpfe. Kein verständiger Mensch kann erwarten, daß ein Mann wie Fürst Bismarck, der so lange Jahre hindurch der öffentlichen Beobachtung bloßgestanden hat, dieselben Gedanken befehden werde, von denen alle Welt weiß, daß sie die seinigen sind, die er noch vor Jahresfrist amtlich vertreten hat, wie sie jetzt von dem dem Fürsten Bismarck sympathischen Herrn von Caprivi vertreten werden. Wer eine andere Auffassung hegt, als diese, beweist, daß er den Fürsten Bismarck überhaupt nicht kennt und anstatt von vaterländischen von fractionellen Anschauungen geleitet wird.

Wenn Fürst Bismarck in das parlamentarische Leben eintreten sollte,

so wird das Gewicht seines Wortes der Regierung und ihren Anforderungen zu Gute kommen. Dadurch wäre freilich nicht ausgeschlossen, daß der Fürst mit derselben Unbefangenheit und Aufrichtigkeit, die ihm bei Vertretung der Vorlagen vor den Parlamenten eigen war, seine Meinung äußern würde, falls irgend eine zur Berathung stehende Maßregel nach seiner Auffassung dem öffentlichen Interesse nicht entspräche. Wenn die „Freisinnige Ztg." in einem Artikel über die Lage, in der sich der Fürst im Reichstage befinden würde, sagt, Fürst Bismarck werde beispielsweise bei der Interpellation über den schweizerischen Niederlassungsvertrag und die französische Paßpflicht Gelegenheit haben, seine Ansicht zu äußern, da beide Maßnahmen, die Kündigung jenes Vertrages und die Einführung der Paßpflicht Ausflüsse des persönlichen Willens gerade des Fürsten Bismarck gewesen seien, so ist dazu zu bemerken, daß Fürst Bismarck aller Wahrscheinlichkeit den Erwartungen des Richter'schen Blattes entsprochen haben würde und zwar mit demjenigen größeren Maße von Freiheit, das dem Abgeordneten Fürsten Bismarck im Vergleich mit dem verantwortlichen, durch amtliche Rücksichten gebundenen Fürsten Bismarck zustände. Fürst Bismarck würde, wenn er sich an einer Reichstagsdebatte über den schweizerischen Niederlassungsvertrag zu betheiligen gehabt hätte, es jedenfalls für sein Recht und seine Pflicht gehalten haben, dieselben Gesichtspunkte geltend zu machen, die er zu vertreten gehabt haben würde, wenn er noch Kanzler gewesen wäre und die sich dahin zusammenfassen lassen, daß ein Niederlassungsvertrag mit der Schweiz vor Allem so beschaffen sein muß, daß seine von Frankreich anzusprechende Anwendung auf Elsaß-Lothringen die dortigen Polizeiorgane nicht geniren kann; ebenso würde er wohl bewiesen haben, daß die Behauptung, die Erfüllung der Zwecke der Fremdenpolizei für das Elsaß sei auch mit dem alten, vom Fürsten Bismarck gekündigten Vertrage möglich gewesen, auf Unkenntniß der bestehenden Verpflichtungen oder auf Neigung zu sophistischer, an Illoyalität grenzender Interpretation Frankreich gegenüber beruht.

Wichen die Anschauungen des Fürsten Bismarck aber in einer solchen Einzelfrage von denjenigen der zur Zeit im Amte stehenden Regierungsvertreter ab, so dürfte es einmal nur dem öffentlichen Wohle entsprechen, wenn die Ansicht des Fürsten Bismarck gehört würde, zweitens aber würde das Gebiet der Fragen, in denen Fürst Bismarck nach seiner besten Ueberzeugung und nach seiner reichen Erfahrung sich verpflichtet halten müßte, eine andere Auffassung zu vertreten, als diejenige der Regierung, doch unendlich viel kleiner sein, als das Gebiet der Angelegenheiten, in denen der Fürst der Regierung mit dem vollen Schwergewicht seiner persönlichen Autorität zur Seite zu stehen vermöchte zum

Wohle des Vaterlandes. In keinem Falle aber wird Fürst Bismarck sich als Oppositionsmann fühlen; seine abweichende Ansicht würde sich als rein sachlich immer nur auf den vorliegenden Gegenstand beschränken. Dem Fürsten Bismarck sind die parlamentarischen Berathungen nichts als Ermittelungen des für Reich und Staat Nützlichen. Es giebt für ihn weder Sieger noch Besiegte bei einer solchen Berathung, sondern nur Meinungsverschiedenheiten, die im Interesse des Staates ihre bestmöglichste Begleichung zu finden haben. Ueber diese Verständigung hinaus existirt für den Fürsten kein Festhalten an Gegensätzen. Zum „Gegner" würde er wohl nur bei persönlichen Angriffen auf ihn werden. Der Fürst ist von Jugend auf gewöhnt, jeden Schlag, der ihn trifft, zurückzugeben; er hat sein ganzes Leben so zu sagen auf der Mensur gestanden und mag auch den Hieb für die beste Parade halten. Daß ein solcher Mann nicht stillschweigen würde, wenn parlamentarische Angriffe gegen ihn stattfänden, ist lediglich selbstverständlich. Die Verantwortung für derartige Auseinandersetzungen aber würde nicht den Fürsten treffen, der sicherlich nicht die Absicht hat, sie herbeizuführen, sondern Diejenigen, die den Fürsten angreifen.

* * *

Es ist aber nicht bloß die freisinnige Presse, die über den Fürsten Bismarck immer noch nicht zur Ruhe kommen kann, sondern auch die socialdemokratische — jede in ihrer Art. Ist dort die Furcht vorwiegend, so ist es hier der Haß. Der ist dem Fürsten aber, wie er so oft betont hat, nur ein erfreulicher Beweis dafür, wie richtig seine gegen die Socialdemokratie angewandte Politik gewesen ist. Deshalb erhält die socialdemokratische Presse in den „Hamb. Nachr." vom 4. Juni (M.-A.) folgende Quittung:

Die amtliche Thätigkeit des Fürsten Bismarck war in den letzten Jahren wesentlich der Erhaltung des Friedens und der Bekämpfung der Socialdemokratie gewidmet. Daß auch letzteres Bemühen nicht ohne Erfolg geblieben ist, beweist die wüthende Feindschaft, die dem Fürsten Bismarck von socialdemokratischer Seite selbst jetzt noch, nachdem er nicht mehr im Amte ist, bei jeder Gelegenheit bewiesen wird. Der glühende Haß der Socialdemokratie gegen den großen Staatsmann äußert sich vorwiegend als fanatischer Ausbruch wilder Freude über jeden noch so thörichten und gehässigen Angriff der in- oder ausländischen Presse auf den Fürsten, über jede noch so unwürdige Verdächtigung desselben. Den Erfolg der Bismarck'schen Politik gegen die Socialdemokratie könnten die begeistertsten Verehrer des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs nicht besser und überzeugender vor Augen führen, als es dieses socialdemokratische Verhalten thut.

* * *

Wie ganz anders urtheilt doch dagegen die ausländische Presse über den Fürsten Bismarck nach seiner Entlassung. So schreibt in jenen selben Tagen der Londoner „Daily Telegraph" folgendes:

„Niemals hat Jemand einen besseren Anspruch auf jenen stolzesten aller Wahlsprüche: „Im Glück und Unglück sich gleich!" besessen, als Fürst Bismarck in seiner ländlichen Zurückgezogenheit in Friedrichsruh. Das gemeine und boshafte Geschwätz über die Gemüthsverfassung und das Gerede des abgedankten Staatsmannes sollte nicht länger den geringsten Glauben auch bei den Leichtgläubigsten finden. Es ist nicht mehr zweifelhaft, selbst bei denen, welche diesen abgeschmackten Fabeln ein Ohr geliehen haben, daß dem Fürsten Bismarck nichts entschwunden ist, als die äußere Würde des Amtes, und daß der größte Staatsmann dieses Jahrhunderts ebenso groß nach seiner Abdankung ist, als er in der Fülle der Macht war."

* * *

Am 5. Juni empfing der Fürst Abgesandte des Bürgervereins Charlottenburg, die eine mit vielen tausend Unterschriften bedeckte, künstlerisch ausgestattete Dank- und Ergebenheitsadresse überreichten. Der Fürst kleidete nach den „Hamb. Nachr." vom 7. Juni (M.-A.) seinen Dank etwa in folgende Worte:

> Sie haben mir eine große Freude bereitet, indem Sie mir die Empfindungen Ihrer Mitbürger zum Ausdruck brachten. Gern habe ich immer Charlottenburg besucht. Jetzt vor zwei Jahren eilte ich fast täglich, allerdings mit tiefer Wehmuth im Herzen, dorthin an das Krankenbett des hochseligen Kaisers Friedrich. Was von mir geleistet ist, muß im Wesentlichen auf meinen allergnädigsten Herrn, den hochseligen Kaiser Wilhelm und seine Armee zurückgeführt werden. Nur für einen kleinen Theil haben meine schwachen Kräfte zu Deutschlands Erhebung und Deutschlands Einheit beigetragen. Immerhin ist die von Ihnen mir kundgethane Gesinnung so vieler Charlottenburger Bürger gleichsam eine Quittung für mein lange Jahre hindurch erstrebtes Ziel. Nachdem das Bewußtsein von der Einheit und Macht Deutschlands in allen deutschen Herzen Raum gewonnen hat, ist das ein sicherer Grund für die Weiterentwickelung unseres theuren Vaterlandes. Sagen Sie Ihren Mitbürgern, daß ich von dem Ausdruck ihrer Gesinnung tief ergriffen und reich belohnt bin für Alles, was ich erstrebt habe.

* * *

Wie wenig die Angriffe der Presse wegen der Interviews Eindruck auf den Fürsten Bismarck machten, geht am besten daraus hervor, daß er am 8. Juni den Besuch eines Mr. Kingston, Mitarbeiters des „Daily Telegraph" in London, annahm. Der ausführliche Bericht des englischen Journalisten wird hier so wiedergegeben, wie ihn die „Hamb. Nachr." in den beiden Ausgaben vom 12. Juni bringen:

Als ich mit dem Fürsten die lange Suite der Zimmer durchschritt, in deren erstem ich empfangen war, konnte ich nicht umhin, das gute Aussehen des Fürsten hervorzuheben und zu bemerken, daß ihm seine neuerliche Ruhe nach den Mühen des Amtes ersichtlich wohlgethan habe.

„Ruhe," rief er aus, „ja, eine definitive Ruhe. Mein officielles Leben ist beendet. Nun werde ich Zeit haben für einige der Erholungen, die ich dreißig Jahre hindurch vernachlässigt habe. Ruhe ist gut, noch besser ist die Gewißheit, daß ich nicht wieder meine Wohnung zu wechseln haben werde. Ein Sprichwort sagt: Dreimal umziehen ist so schlimm wie einmal abbrennen." —

Ich hatte von einem alten Freunde des Fürsten in Hamburg, den er am letzten Dienstag besucht hatte, gehört, er habe gesagt, daß er während des nächsten Winters in der großen alten Hansastadt Diner-Einladungen annehmen und Theatervorstellungen beiwohnen werde. Da ich wußte, ein wie zurückgezogenes Leben er zu führen gewohnt gewesen, als er im Zenith seiner Macht stand, so fragte ich ihn, ob er bei der erwähnten Gelegenheit im Scherz oder im Ernst gesprochen habe.

„Im Ernst," erwiderte er. „Glauben Sie nicht, daß es hohe Zeit für mich ist, etwas Amusement und einige sociale Vergnügungen zu genießen?"

Ueber einen dann vom Fürsten mit seinem Gast unternommenen Spaziergang in der Nähe des Hauses wird weiter berichtet:

Wir beschritten einen breiten Pfad im Parke und trafen mehr als eine Gruppe Vergnügungsreisender, die bei Seite stand, sich respectvoll vor Seiner Durchlaucht verneigend und mit der er nicht einige freundliche Worte auszutauschen verfehlte. Nach dem dritten Rencontre dieser Art fragte ich ihn, ob dies ein öffentlicher Weg sei.

„Keineswegs," antwortete er. „Um mein eigenes Wegerecht aufrecht zu erhalten, muß ich hier und da Tafeln aufstellen, die das Betreten verbieten. Aber meine Strafandrohungen werden doch selten oder nie in die Wirklichkeit übertragen, und diese guten Leute scheinen sich auch nicht sehr vor ihnen zu fürchten. Meine Waldwächter sind nur strenge gegen die Sonntags-Eindringlinge, die den Wald beschädigen und verunreinigen, oder das Wild stören." Fasanen? „Nein, Fasanen halte ich nicht, dafür ist der Wald zu groß. Der Fasan ist ein dummer Vogel, er würde sich in dem großen Raum verlieren. Sie sehen, ich habe hier ungefähr 20000 englische Acre, von denen nur 4000 in landwirthschaftlicher Cultur sind: der Rest ist Waldung, die mich mehr kostet, als sie einbringt, aber trotzdem ist sie mir sehr lieb. Hier habe ich keine Gärten, nicht einmal am Hause, nichts als Wald und Wasser. Meine Gärten sind in Varzin, wo meine Frau ihre Rosen zieht. Dies ist

Alles in Allem ein einfacher, altmodischer Aufenthalt; es war früher einmal ein Wirthshaus und ich habe manche Aenderungen machen müssen. Auch jetzt bin ich noch nicht damit zu Ende, denn mein Schreibzimmer ist zu klein, ich muß eine Wand wegnehmen und anbauen lassen. Ich will Ihnen gelegentlich zeigen, was ich da noch zu thun beabsichtige."

Wir wandten uns dann links von dem Flüßchen in einen aufwärts führenden schmalen Seitenweg, der sich im Zickzack von einem Absatz zum andern schlängelte. Kleine ländliche Ruhebänke luden zum Ausruhen ein. Nach kurzem Steigen kamen wir auf den Gipfel eines mit schwachem Gras bewachsenen und von niedrigem Unterholz eingeschlossenen Hügels und setzten uns auf eine der Bänke. Während der wenigen Minuten, die wir dort ausruhend zubrachten, wandte sich das Gespräch auf den Nihilismus und die Schwierigkeiten, in Rußland irgend eine Regierungsform einzurichten. Ich fragte den Fürsten, ob er nicht eine Methode wisse, den Zar mit seinen unzufriedenen Unterthanen auszusöhnen, einen Weg, den Nihilismus durch zeitgemäße und hochherzige Zugeständnisse zu beseitigen.

„Nein," antwortete er fast strenge, „nicht die geringste Concession darf den Nihilisten gemacht werden, die einer wie der andere mordlustig sind, Mörder wenn nicht in der That, so in Gedanken. Die einzige Art und Weise mit ihnen zu verfahren ist es, die Gesetze zu verschärfen und gegen sie mit verstärkter Strenge in Anwendung zu bringen. Da kann von einem Nachgeben gegen diese Elenden nicht die Rede sein. Kein Entgegenkommen kann man haben für Menschen, die nicht einmal wissen, was sie wollen, aber jederzeit bereit sind, jedes beliebige schwere Verbrechen zu begehen. Ohne Zweifel giebt es viele liebenswürdige, vernünftige und intelligente Russen, welche mäßige Reformen wünschen, aber sie scheinen sich nicht genügend geltend zu machen und nicht einen Einfluß auf die am Ruder befindlichen Gewalten auszuüben. Bei den Massen zählen sie auch für nichts. Die Ueberbildung führt in Deutschland zu mancher Enttäuschung und Unzufriedenheit, in Rußland zu Haß und Verschwörung. Zehnmal so viele junge Leute werden dort für die höheren Carrieren vorgebildet, als Stellen für sie vorhanden sind, oder Gelegenheiten in den freien Berufsarten, um ein bescheidenes Auskommen, geschweige denn Reichthum und Auszeichnung zu finden. Vielleicht ist die Art, wie sie studiren, auch nicht die richtige. Es giebt zu viele ganze und halbe Freistellen in den höheren Schulen, durch deren Gewährung Kinder armer Leute unglücklich und nutzlos zu sein lernen. Die Söhne der Geistlichen z. B. haben meist die Gymnasial- und Universitätsstudien umsonst. Was haben sie davon? Wenn sie das Studium hinter sich haben, finden sie in 9 von 10 Fällen keine Be-

schäftigung, und ihr Wissen ist dann für sie schlimmer als etwas Ueberflüssiges, denn es macht sie unzufrieden, ja unglücklich. Sie sind mühevoll dafür vorbereitet, Höheres vom Leben zu verlangen als es ihnen thatsächlich bietet, abgesehen von einigen Wenigen, die sich ausnahmsweise zu einer höheren Classe emporschwingen. Ich habe Schutzmänner in Rußland gesehen, die studirt hatten und einen akademischen Grad besaßen. Giebt es etwas Grausameres und Absurderes? Solche Leute, erfüllt von Neid und Haß gegen Alles, was hochstehend und glücklich ist, sind sofort für eine Verschwörung und ein Verbrechen zu haben. Sie sind nicht in der Lage, aufzubauen; aber sie wissen gerade genug, um sie zum Zerstören geeignet zu machen. Es ist viel leichter zu zerstören, als zu befreien; so thun sie Böses und nennen es Befreiung. Ihre Bildung ist scholastisch und in pedantischer Weise ihnen beigebracht, nicht politisch oder gar praktisch. Daher kommt auch die Schwierigkeit, sie in irgend einer Branche des öffentlichen Lebens zu verwenden. Die constitutionelle parlamentarische Regierungsform steht auf einer sehr hohen Stufe, sie basirt auf mancherlei speciellen und complicirten Kenntnissen und auf manchem klugen Compromiß, was man in England so treffend als ‚Geben und Nehmen' bezeichnet. Es den Händen von Unwissenden, Theoretikern, Schwärmern oder mit der politischen Geschichte und der Wirklichkeit ganz unbekannten Enthusiasten anzuvertrauen, ist eine Thorheit oder vielmehr gefährlicher Wahnsinn. Das Einzige für solche Leute ist strenge Autorität. Auf der andern Seite verhärten uneingeschränkte Autorität und ihre Ausübung die Beamten, die doch schließlich auch nur Menschen sind, die natürlich gerecht, hochherzig und wenn möglich auch wohlwollend sein sollen.

„Zu viel Bureaukratismus ist schädlich, aber es ist auch nicht weise, der Macht und der Würde des Staates zu enge Grenzen zu setzen. Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß das Parlament zu sehr in der Lage ist, sich in die Staatsautorität zu mischen und die Regierungen zu belästigen. In Rußland haben Sie, wenn Sie wollen, das andere Extrem. Aber die Engländer sind alte Parlamentarier, an das Parteileben gewöhnt und vertraut mit der Nothwendigkeit gegenseitiger Concessionen im richtigen Augenblick. Die Russen, wie ich vorhin sagte, wissen nicht, was sie wollen, weder wann es Zeit ist auszuhalten, noch wann nachzugeben. Sie sind Extremisten in den politischen Dingen, die sie nicht verstehen, und sie folgen blind Dogmen oder Ideen, wie es gerade der Augenblick bringt. Gegenwärtig kann man sie nur mit einer eisernen Ruthe regieren."

Zur Arbeiterfrage übergehend, lobte der Fürst freimüthig die Mäßigung der Adresse von Mr. Burns an die Delegirten. Dann stellte er plötzlich die Frage:

„Sagen Sie mir, haben Sie je einen Bankier mit einer Million gekannt, der zufrieden war — oder einen Mann der Wissenschaft, einen Politiker, Künstler, Juristen, dem sein Einkommen und seine Stellung genügten? Ich will noch weiter gehen und fragen: Haben Sie je einen zufriedenen Menschen gefunden? Ich meine unter den Reichen, den Erfolgreichen, den Hochgeborenen, oder den Hochgestellten? Wie soll denn der Arbeiter zufrieden sein, dessen Leben nothwendigerweise eines von wenig Vergnügungen und viel Sorgen, von häufiger Entbehrung und seltenem Genießen ist?

„Angenommen, Sie zahlen ihm 1 Pfund pro Tag; nach 14 Tagen wird seine Frau einen Extraschilling oder zwei per Tag gebrauchen, zur Ausschmückung ihrer Kinder oder für ihren eigenen Anzug, und sie wird beharrlich auf den Ehemann ihre eigene Unzufriedenheit übertragen. Je mehr die Arbeiter erhalten, desto mehr bedürfen sie. Ich sage nicht, daß dies nicht natürlich sei oder daß sie sich von anderen Menschen in dieser Beziehung unterscheiden, aber die Thatsache bleibt bestehen. Sie wissen, wie enorm, wie erstaunlich ihre Lebensbedingungen innerhalb der letzten 50 Jahre verbessert sind. Haben sie je Zufriedenheit für einen einzigen Tag errungen? Lassen Sie die begründeten Beschwerden, über welche sie zu klagen haben, auf natürlichem Wege erledigt werden, wie es allmählich und in gebührender Zeit geschehen wird. Vor Allem lassen Sie sie fortfahren, ihr Lage ohne Einmischung des Staates zu verbessern, denn diese kann ihnen nur mehr Schaden als Nutzen bringen, abgesehen davon, daß dadurch ein nicht wieder gut zu machendes Unrecht einer Menge anderer Leute zugefügt wird, die gerade so sehr Berücksichtigung verdienen, wie die Handarbeiter. Ich nenne es aufdringlich und ungehörig, einem Arbeiter zu dictiren, wieviel Stunden er arbeiten soll oder nicht, und seine rechtmäßige Autorität über seine Kinder in Bezug auf die dem Broterwerb dienenden Beschäftigungen zu usurpiren.

„Man hat gesagt, daß ich zuerst das Beispiel gegeben, mich in Deutschland in die Angelegenheiten der Arbeiter zu mischen, und daß ich die Initiative ergriffen habe, eine Art Staatssocialismus einzuführen. Das ist durchaus nicht richtig. Was ich gethan habe, lag in der Richtung der Wohlthätigkeit, nicht in derjenigen der Einmischung. Ich befürwortete die Beschaffung irgend einer Versorgung für die durch das Greisenalter geschwächten oder durch Krankheit oder Unfall zur Arbeit unfähig gewordenen Arbeiter. Ich fühlte, daß wenn ein Fabrikarbeiter durch eine Maschine, oder ein Bergmann durch ein Grubenunglück verstümmelt werde, oder wenn ein Mann infolge Ueberarbeitung oder körperlicher Krankheit zusammenbreche, irgend etwas für ihn gethan werden sollte, um ihn vor Mangel oder gar vor der äußersten Noth-

lage zu bewahren. Auch hielt ich es im wahren Interesse der arbeitenden Classe für wünschenswerth, daß die Verwaltung und die Controle der zu diesem Zwecke zusammengebrachten Gelder von den bureaukratisch geschulten Beamten auf die sich selbst unterstützenden Corporationen übergehe, ähnlich Ihren wohlthätigen Gesellschaften, um auf diese Weise die Entwickelung corporativen Geistes und der Unternehmungslust unter unseren Arbeitern zu fördern. Ich wünschte sie von amtlicher Einschränkung und Ueberwachung zu emancipiren, in ihnen die Neigung zur Selbsthülfe, sowie die Liebe männlicher Unabhängigkeit zu nähren und ihnen ein Gefühl der Sicherheit einzuflößen gegen die schlimmsten Calamitäten, welche ihnen begegnen können: Krankheit, Siechthum und Alter von bitterster Armuth vergällt. Als ich meinen Plan zum ersten Mal Kaiser Wilhelm I. empfahl, begriff er dessen gesammte Tragweite nicht sofort; aber sobald diese ihm voll und klar vor die Augen trat, nahm er ihn eifrig auf, und in den letzten Jahren seines Lebens war es sein Lieblingsproject. Niemand nahm ein höheres Interesse daran oder sorgte eifriger für den Erfolg dieses Projectes, als er.

„Aber aus Arbeitern durch gesetzliche Maßnahmen zufriedene Menschen werden zu lassen, ist ein Hirngespinnst, ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm naht. Wenn die Zufriedenheit des Menschengeschlechts erreicht werden könnte, so wäre das ein Unglück. Was könnte es Unglückseligeres geben, als ein todtes Niveau des Wohlbefindens, ein tausendjähriges Reich allgemeiner Zufriedenheit, den Ehrgeiz ertödtend, den Fortschritt lähmend und zu moralischer Stagnation führend. Es giebt jedoch eine Menge nützlicher Arbeit zu thun, in der Richtung den Arbeitern technische Belehrung zugängig zu machen; den sie umklammernden Griff der Bureaukratie zu lockern; sie zu ermuthigen, sich der verständigen Handhabung ihrer eigenen Angelegenheiten zu widmen, sowie ihre Interessen auf gesetzlichem und geordnetem Wege zu wahren, anstatt ihre Arbeitgeber zu bekriegen. Capital und Arbeit sollten die besten Freunde sein, und sie würden das auch zweifellos sein, wenn nicht jeder Theil vor dem andern einen kleinen Vortheil voraus haben möchte. Dies ist natürlich einfach Menschenart, und wir dürfen nicht hoffen, diese je ändern zu können. Die Rechte des Capitals sind nicht weniger reell und respectabel als die der Arbeit. Das dürfen wir nicht vergessen."

Als wir uns dem Schlosse näherten, äußerte sich Fürst Bismarck sehr günstig über seinen Nachfolger, den Reichskanzler General v. Caprivi. Er nannte ihn einen trefflichen Soldaten, einen Mann von bemerkenswerther Intelligenz und mannigfachem Wissen, vor Allem einen vollendeten Gentleman.

„Ich bin gewiß," fuhr Se. Durchlaucht fort, „daß Caprivi's Ernennung zum Reichskanzler eine vollständige Ueberraschung für ihn

war, daß er sie, einem erhabenen und loyalen Pflichtgefühl folgend, annahm, und daß er gänzlich frei von jedem Vorwurf anmaßenden persönlichen Ehrgeizes ist. Er hat einen klaren Kopf, ein gutes Herz, eine großmüthige Natur und eine große Arbeitskraft. Alles in Allem ein Mann ersten Ranges."

Es war ungefähr 1 Uhr, als unser Spaziergang durch den Schloßpark von Friedrichsruh endete. Vor einer breiten Terrasse, die in ihrer Länge dem Speisezimmer entspricht, traten wir durch eine Glasthür in das Zimmer, in welchem das Frühstück bereit stand. Die Fürstin und drei Freunde erwarteten uns in dem daneben liegenden Wohnzimmer. Ohne weiteren Aufenthalt nahmen wir am Tische Platz, wo sich später auch Graf Herbert zu uns gesellte, sehr sonnenverbrannt und wie ein Bild der Gesundheit, der Kraft, und der guten Laune aussehend. An der rechten Wand des Speisezimmers, gerade hinter dem Sitze der „Schloßherrin", steht ein lebensgroßes Portrait des Kaisers Wilhelm II. in ganzer Figur, eine Copie nach einem Originalgemälde des Professor Angeli, welches den jungen Kaiser in voller Uniform darstellt, die rechte Hand auf einem Tische ruhend, auf welchem sein Helm und das kaiserliche Diadem liegen. Es ist ein gewaltiges Gemälde, ungefähr 10 zu 6 Fuß, und läßt alle anderen Bilder in dem stattlichen Zimmer zwergenhaft erscheinen.

Während des Frühstücks — dem die beiden edlen Hunde beiwohnten, mit scharfem, aber würdig zurückgehaltenem Interesse — war die Conversation eine allgemeine, die verschiedene Themata von Interesse leicht berührte und dem Fürsten reichliche Gelegenheit gab zur Entfaltung seiner unübertroffenen Kunst im Anekdotenerzählen und seines unerschöpflichen Mutterwitzes. Im Laufe der Mahlzeit bemerkte ich, daß er nichts zu den Speisen trank, und als ich ihn dann fragte, ob „trocken zu essen" eine Liebhaberei von ihm sei oder ein Punkt in dem diätetischen Codex seines berühmten „Leibarztes" Dr. Schweninger, erwiderte er:

„Das Letztere; ich darf nur drei Mal am Tage trinken, eine Viertelstunde nach jeder Mahlzeit und jedesmal nicht mehr als eine halbe Flasche roth glänzenden Moselweins von einer sehr leichten und trockenen Art; Burgunder und Bier, die ich beide sehr liebe, sind mir strenge verboten; ebenso alle die starken Rhein- und spanischen Weine und sogar französischer Rothwein. Seit einigen Jahren habe ich mich aller dieser schönen Getränke enthalten, sehr zum Vortheil meiner Gesundheit und meiner ‚Condition' in dem Sportsinne des Wortes. Mein Gewicht hat sich sehr vermindert; aber an Kraft habe ich nicht verloren, vielmehr gewonnen. Ich werde jeden Tag einmal gewogen, auf Anordnung meines Arztes, und alles, was sich dann über mein jetziges gewöhnliches Gewicht zeigt, suche ich gleich durch körperliche Uebung

und besondere Diät wieder los zu werden. Ich reite und marschire viel. Das Cigarrenrauchen habe ich ganz aufgegeben, natürlich auf ärztlichen Rath; es ist schwächend und schlecht für die Nerven. So ein hartnäckiger Raucher, wie ich früher war, raucht vermuthlich 100000 Cigarren in seinem Leben, wenn er ein schönes Durchschnittsalter erreicht. Aber er würde länger leben und sich besser fühlen, wenn er ohne sie auskäme. Jetzt bin ich auf eine lange Pfeife beschränkt — glücklicher Weise mit großem Kopf —, eine nach jeder Mahlzeit, und ich rauche in ihr nur holländischen Kanastertabak, der leicht, milde und beruhigend ist. Sie werden es jetzt sehen: die Pfeife kommt gleich herein mit der Flasche rothen Moselwein. Es wird heute eine ganze Flasche sein, und Sie müssen mir dabei helfen. Wasser macht mich fett; daher muß ich es nicht trinken. Uebrigens gefallen mir die jetzigen Arrangements ganz gut."

Einige Minuten später wurden Caffee und Cigarren für die Gäste gebracht, und ihnen folgten die Pfeife und der Moselwein. Ich erwähne noch, daß, als die Mahlzeit ungefähr zur Hälfte vorüber, ein prachtvolles Bouquet von vollaufgeblühten Marschall Niel-Rosen erschien und seiner Durchlaucht überreicht ward, mit der Karte des Gebers, einer Hamburger Dame, die diese graciöse Gabe in Person an das mysteriöse Schloßthor gebracht hatte, wo sie, wie es schien, noch stand. Als der Fürst dies erfuhr, stand er sofort vom Tische auf und ging hinaus, um seinen Dank der freundlichen Blumenspenderin persönlich abzustatten. Die Dame kehrte zweifellos stolz und glücklich nach Hamburg zurück.

Sobald das Reich des Tabaks definitiv begonnen hatte, verließen uns die Damen, und ich wechselte meinen Platz mit einem ganz oben am Tisch, direct neben seiner Durchlaucht. Nach einigen Bemerkungen über lange vergangene Zeiten und über Personen, die wir Beide gekannt hatten, sagte der Fürst:

„Mein Gedächtniß ist einigermaßen stark; aber ich bin mit wenigstens 30000 Leuten persönlich bekannt, und ihre Namen entfallen mir zuweilen, obwohl es meistens bedeutende Persönlichkeiten sind."

Als ich dann bemerkte, daß sein Rücktritt den politischen Kreisen Englands ganz unerwartet gekommen sei und daß das große Publikum in England höchst erstaunt gewesen sei, erwiderte er:

„Es mag Ihnen recht plötzlich gekommen sein. Sogar meine lieben Freunde hier in Deutschland erwarteten es kaum — jene theuren Freunde, welche über meinen Rücktritt von allen Aemtern frohlockten, welche gierig nach meiner politischen Nachfolgerschaft begehrten und welche nun wünschen, daß ich ein lebender Todter werde, der sich in seiner Zurückgezogenheit versteckt, verstummt, schweigend und bewegungslos. Es würde etwas schwer für mich sein — meinen Sie nicht —

nach 40jähriger unausgesetzter Beschäftigung und Absorbirung in politischen Studien — nach einer so ungeheuren Thätigkeit und Verantwortlichkeit eine Rolle zu spielen, deren zwei unverletzbare Bedingungen Sprachlosigkeit und Unbeweglichkeit sind. Das verlangen sie aber von mir — meine lieben Freunde, welche sogar geflissentlich vermeiden, von meinen früher Deutschland geleisteten Diensten zu sprechen, damit sie nicht durch einen Vergleich ihre eigenen Prätensionen auf Anerkennung, Auszeichnung und Avancement schädigen. Aber ich bin nicht so leicht zum Schweigen gebracht und paralysirt. Ich kann fortfahren, in der Zurückgezogenheit meinem Vaterlande zu dienen, und ich beabsichtige es zu thun bis zum letzten Augenblick. In mancher Beziehung habe ich jetzt freiere Hand als früher, da ich noch im Amte war. Im Auslande, z. B. in Frankreich und Rußland, den einzigen Ländern, die uns möglicher Weise zürnen, kann ich ohne amtliche Beschränkung in mancher Weise die Friedenspropaganda befördern, meine Hauptaufgabe und mein Hauptziel seit zwanzig Jahren.

„Sie fragen, wie die actuelle Lage der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ist. Ausgezeichnet, in der That, so gut, wie nur beide Länder es wünschen können. Die Haltung der französischen Regierung ist eine musterhafte; das französische Volk ist wahrhaft friedliebend. Wie friedlich gesinnt die Deutschen sind, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Niemand ist ernstlicher für den Frieden als Se. Majestät der Kaiser, dessen Aufmerksamkeit eifrig auf innere Angelegenheiten gerichtet ist, auf die nationale Consolidation, auf innere Verbesserungen und auf die Herstellung eines herzlichen Verständnisses zwischen den verschiedenen Volksklassen. Wir Deutschen verlangen nichts von unseren Nachbarn als faire und civile Behandlung. Wir haben zwei schreckliche Kriege geführt, um unsere Einheit zu erringen; wir haben sie erlangt, und wir wollen sie bewahren; mehr verlangen wir nicht. Unsere ganze Bewaffnung ist eine rein defensive, nichts dabei ist auf einen Angriff berechnet. Kein Gedanke an einen Angriff oder eine fernere Grenzerweiterung lebt in dem Kopfe eines verständigen Deutschen."

Ich fragte, ob es seiner Meinung nach keine Möglichkeit gebe, den französischen Zorn gegen Deutschland durch eine freiwillige Concession seitens des Letzteren auszutilgen — etwa durch eine Rectification der Grenze, durch welche die französisch sprechenden Landestheile an Frankreich zurückgelangen würden — kurz durch irgend ein Arrangement, das Frankreich befriedigen würde, ohne die Sicherheit Deutschlands zu gefährden.

„Solche Möglichkeit giebt es nicht," antwortete der Fürst ganz bestimmt. „Wir können ihnen kein Gebiet abtreten, es sei denn nach

einer verlorenen Schlacht. Ob die Abtretung eine große oder kleine, sie würde den Appetit nach mehr erregen. Sie haben Jahrhunderte lang Provinzen gehabt, die von deutsch redenden Bevölkerungen bewohnt wurden — Provinzen, die sie uns mit Gewalt geraubt haben. Jetzt halten auch wir an Territorien mit französisch redender Bevölkerung fest. Deutschland hat Frankreich niemals absichtlich provocirt oder unprovocirt angegriffen. Frankreich dagegen hat Deutschland 20—30 Mal mit Waffengewalt überzogen. Im Jahre 1870 hatten die Franzosen keineswegs ihre ‚Rechte‘ auf Köln und Mainz vergessen; der Ruf nach der Rheinlinie ward damals heftig genug erneuert, und er würde von Neuem erwachen, wenn wir die geringste Neigung zeigten, ihnen irgend welchen Theil von Lothringen zurückzugeben. Hinsichtlich eines Nachlasses ihres Zornes können wir nur auf die Zeit vertrauen, wie die Engländer im Falle von Waterloo. Jener Zorn endete vor 30 Jahren. Victor Hugo that sein Bestes, ihn wieder aufzuerwecken; aber der blasse Schatten, den er heraufbeschwor, verschwand bald wieder. Es ist kaum möglich, die Franzosen zufrieden zu stellen, weil ihre Selbstschätzung keine verständigen Grenzen kennt.

„Ich erinnere mich, daß, während ich Gesandter in Paris war, einer meiner besten französischen Freunde der alte Marschall Vaillant war, damals Gouverneur der Tuilerien. Er war ein liebenswürdiger alter Herr und mochte mich wirklich sehr gern leiden. Eines Tages, im Jahre 1867, sagte er zu mir: ‚Sehen Sie, mein Freund, ich liebe Sie, und ich liebe die Deutschen und insbesondere die Preußen; aber ich weiß, daß wir über kurz oder lang mit Euch die Bajonette zu kreuzen haben. Wir Franzosen sind wie ein Hahn, der die Hühnerstange beherrscht, und wir können nicht ertragen, daß irgend ein Anderer als wir selbst in Europa laut schreit.‘ Durch ihn erfuhr ich, daß die Truppen der Pariser Garnison ein Auge auf mich hatten. Ich war bei einer Revue in Paris zugegen gewesen, auf Einladung des Kaisers, und hatte den Vorbeimarsch aus der Nähe beobachtet, jedoch nicht genauer, als, wie es scheint, die Soldaten mich beobachtet hatten. Den nächsten Tag besuchte mich der alte Vaillant und wiederholte mir vergnügt einige der sachverständigen Bemerkungen, zu denen ich Anlaß gegeben. Die eine war ‚En voilà un qui n'a pas froid aux yeux!‘ ‚Voyez vous, mon cher,‘ fügte der Marschall hinzu, „j'aurais bien volontiers donné mon bâton et me plaque pour qu'ils l'eussent dit de moi!‘ Es war sehr freundlich von ihm und zeigte, daß er, obwohl Franzose, sich selbst und seinen militärischen Ruf nicht überschätzte.

„Wie unsere Aussichten bezüglich Rußlands sind? Ganz zufrieden=

stellend, so gut in jeder Beziehung, wie sie in Bezug auf Frankreich sind. Wir wünschen Rußland Gutes, und Rußland wird uns sicherlich nicht angreifen. Das russische Volk ist ebenso friedliebend wie das unsere. Die Uebel, welche die Russen nach dem letzten Kriege und in Folge desselben trafen, waren so viel grausamer und schrecklicher als alle, die sie in Friedenszeit zu erdulden gehabt, daß sie ein Schrecken vor allen militärischen Unternehmungen im Auslande erfaßte, und diese Antipathie hat unvermindert fortgedauert bis zum heutigen Tage. Rußland zürnt uns in Wahrheit nicht, und wir werden ihm nicht die geringste Ursache zum Streite geben. Ich bin durch die Aufmerksamkeit und das Vertrauen des gegenwärtigen Zaren geehrt worden. Während ich im Amte war, vertraute er meinen persönlichen Versicherungen unbedingt, und ich freue mich sagen zu können, daß die russisch-deutschen officiellen Beziehungen den freundlichsten Charakter trugen. Kaiser Alexander III. ist ein liebenswürdiger, freundlicher, wohlmeinender Souverän. Er liebt sein Heim, hängt an Frau und Kindern, ist Deutschland freundlich gesinnt und dem Streit aufrichtig abgeneigt. Er ist auch keineswegs ein Freund von heftiger, physischer Anstrengung, und dies ist eine Thatsache, welche für den europäischen Frieden keineswegs ohne Bedeutung ist. Ueber die Zukunft Bulgariens kann ich natürlich keine Meinung aussprechen. Bulgarien ist von gar keinem directen Interesse für uns Deutsche, und wir schenken ihm sehr wenig Aufmerksamkeit, so lange es sich erträglich ruhig verhält. Der Dreibund ist stark genug, um eine Garantie zu gewähren, daß die europäische Ruhe nicht ernstlich wegen Bulgariens gestört werden wird.

„Wie der Dreibund gerade jetzt dasteht? So kräftig wie je, fest begründet auf einer breiten Basis gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Interessen. Er ist nicht weniger eng in seinem Zusammenhang als unbeweglich in seinem Entschluß, den Frieden aufrecht zu erhalten. Er wird fortdauern, weil es zum Besten Aller dient und weil es der natürliche Ausfluß gesunder Bestrebungen und des gesunden Menschenverstandes ist. Aus vielen guten Gründen ist sein Grundsatz: ‚Einer für Alle, und Alle für Einen.‘ Ein starkes Oesterreich ist nicht nur wesentlich für die Wahrung des europäischen Gleichgewichts, sondern auch speciell nothwendig für Deutschland. Wäre da kein solches Reich, so müßte es in unserem Interesse geschaffen werden. Die leitenden Elemente sowohl in Deutschland wie in Ungarn sind uns wohlgeneigt; in Deutschland wegen mancher auf der Hand liegenden Gründe, in Ungarn, weil sie sich allein nicht stark genug wissen. Sie fühlen das Bedürfniß nach einem mächtigen auswärtigen Freunde, der ihnen zur Seite stehen kann, und sie glauben nicht einen solchen Freund in Ruß-

land zu finden — einer absorbirenden Macht, die sehr von allen ihren schwachen Nachbarn gefürchtet wird. Die Freundschaft ferner, welche Deutschland und Italien verbindet, ist eine vollständig natürliche, da sie nicht Nachbarstaaten und keiner dem Andern irgend etwas zu nehmen wünscht. Freundschaft zwischen Oesterreich und Italien ist in gleicher Weise nothwendig für beide, da ihre Grenzen zusammenstoßen — ein Umstand, der immer manche Möglichkeiten gegenseitiger Belästigung und fortgesetzten Streites mit sich bringt. Ein vernünftigeres und nützlicheres Bündniß als der Dreibund wurde niemals geschlossen. Ein großes Hauptsegel desselben aber ist glücklicher Weise die aufrichtige, herzliche, treue Freundschaft, welche zwischen den Souveränen von Deutschland, Oesterreich und Italien besteht, die die höchste persönliche Achtung vor einander haben und alle Drei bei ihren Unterthanen äußerst beliebt sind. Bei solchen höchsten Verträgen sind die Minister weit weniger wichtig als die Monarchen, sogar in constitutionell regierten Ländern, die mit parlamentarischen Institutionen gesegnet sind."

„Dank der Tripelallianz bin ich berechtigt zu glauben und offen diesen meinen Glauben zu bekennen, daß der Friede von Europa fest verbürgt ist und daß die Fortdauer desselben für eine lange Zeit wohl gesichert ist, es sei denn, daß der Allmächtige eine von jenen fürchterlichen Katastrophen uns senden sollte, welche alle Voraussicht und vernünftige Berechnungen zu nichte macht. Was England und Deutschland betrifft, so sehe ich es als eine Unmöglichkeit an, daß diese beiden Länder jemals in Krieg, und als besonders unwahrscheinlich, daß sie selbst in einen ernsten Zwist gerathen könnten. Sollte es aber dazu kommen, so könnte dies zu einem Conflict auf dem Festlande führen, selbst wenn England keinen thätigen Antheil an dem Kampfe, sei es zu Wasser oder zu Lande, gegen uns nehmen sollte. Aber diese Möglichkeit ist ebenso unwahrscheinlich, als daß wir das Schwert gegen England ziehen sollten. Natürlich können Differenzen vorkommen, wie in dieser afrikanischen Colonialsache, welche noch einer billigen Ausgleichung entgegensehen. Aber eine jede solche Differenz zwischen Ihnen und uns kann nur von ganz unbedeutender Wichtigkeit sein im Vergleich zu den Folgen eines Appells an die Waffen. Wenn wir auch ein bischen gegen einander knurren, so braucht man sich darüber nicht zu beunruhigen. Sieht man sich diese afrikanische Geschichte deutlich an, so frage ich, worauf kommt es dabei an? In Ihrer britischen afrikanischen Gesellschaft ist, wie ich glaube, eine halbe Million Pfund Sterling angelegt, in unserer deutschen Gesellschaft etwas weniger. Legen Sie diese beiden Beträge zusammen, und die ganze Summe ist nicht soviel wie eine Tagesausgabe bei der bloßen Vorbereitung eines Krieges. Für jeden Mann, der bei einer

Mobilisirung eingezogen wird, müssen wir im Durchschnitt auf einen Verlust von 2 Mark rechnen für seine Nahrung, Kleidung, Sold und Transport. Ein allgemeiner europäischer Krieg bedeutet die Mobilisirung von wenigstens 4 Millionen Mann Reservetruppen, und damit haben Sie eine Ausgabe von einer Million pro Tag für 2 bis 3 Wochen vielleicht, ehe noch ein Schuß gefallen ist. Nach dem Anfang der Feindseligkeiten können wir diese Ausgabe als doppelt so hoch per Tag annehmen. Hierbei sind noch nicht mitgerechnet die Kosten des commerciellen Stillstandes, der geschäftlichen Paniken, des finanziellen Werthrückganges, was verderblicher ist, als alle Kriegskosten. In diesem Falle der colonialen Rivalität Englands und Deutschlands kann der Gegenstand des Streites niemals, so hoch man ihn auch anschlagen will, auch nur einigermaßen den gewissen Schaden aufwiegen, der aus einem ernsthaften kriegerischen Zusammenstoß zwischen England und Deutschland entstehen würde, und das Alles über die Theilung von Landstrichen, deren Werth noch sehr zweifelhaft ist. Denn nur wenige zuverlässige Europäer wissen etwas über diese geheimnißvollen Gebiete — kaum ihren Namen kennt man. Fürchten Sie also nicht, daß England und Deutschland jemals hierüber an einander gerathen werden. Ich wenigstens weiß gewiß, daß Lord Salisbury's gemäßigte und staatsmännische Aeußerungen mehr nach dem Geschmack der Engländer sind, als Herrn Stanley's heftige Mahnungen und bittere Anklagen. Zwischen Deutschen und Engländern ist es immer leicht, zu einem billigen und freundschaftlichen Einvernehmen zu gelangen. Wir sind beide ehrliche Völker, wir kennen uns gut und achten uns gegenseitig aufrichtig. Es ist über diese erbärmliche Geschichte so viel tolles Zeug gesprochen und geschrieben worden, daß ein paar einfache Worte, wie sie der gesunde Menschenverstand eingiebt, nicht schaden können."

Etwas später kam unser Gespräch auf den hochseligen Kaiser Friedrich, über welchen Fürst Bismarck in Ausdrücken tiefer Verehrung und warmer Bewunderung sprach.

„Er war in der That ein sehr merkwürdiger und hochachtbarer Mann, außerordentlich liebenswürdig und freundlich und darum doch nicht weniger klarblickend, unterrichtet und entschlossen. Er kannte sich selbst durch und durch, und sein Entschluß, wenn er einmal gefaßt war, blieb unwiderruflich. Als deutscher Kaiser würde er, wenn er länger gelebt hätte, die Welt in Erstaunen gesetzt haben durch die Kraft und das persönliche Eingreifen in seine Regierung. Seine Ansichten über seine Pflichten gegen seine Unterthanen und über die Pflichten seiner Unterthanen gegen ihren Herrscher waren genau begrenzt und unabänderlich. Er war ein echter Hohenzoller von der besten Art und den

glänzendsten Fähigkeiten. Sein Muth hatte wirklich etwas Heldenhaftes. In Bezug auf milde Höflichkeit und zarte Rücksicht gegen Diener glich er seinem edlen Vater. Lassen Sie mich Ihnen ein rührendes Beispiel dieses liebenswürdigen Charakterzuges erzählen.

„Während der letzten Zeit seiner Krankheit, in welcher er, noch im vollen Anzuge auf dem Sopha sitzend, mich empfangen konnte, ermangelte er nie, mich beim Abschiede bis an die Thür seines Zimmers zu begleiten und diese eigenhändig zu öffnen, um mich hinaus zu lassen. Eines Tages, als er bei dieser Gelegenheit mit mir durch das Zimmer ging, bemerkte ich, wie er vor Schmerz und Schwäche schwankte und wollte ihn schon mit meinem Arm auffangen, weil ich glaubte, daß er umfallen würde, als er doch den Thürklopfer zu fassen bekam und sich daran festhalten konnte. Aber er klagte in keiner Weise und trug seine Schmerzen tapfer in männlichem Schweigen, so daß es traurig anzusehen war. Ja bis zuletzt zeigte er einen edlen Sinn für kaiserliche Würde und Seelenstärke. Nichts konnte seine Selbstbeherrschung erschüttern oder ihn verstimmen, er war bis zu seinem Tode jeder Zoll ein Kaiser. Er erschien mir während dieser ganzen schrecklichen Zeit geradezu bewunderungswerth, ich kann kein besseres Wort dafür finden. Wir verstanden uns gegenseitig vollkommen, und ich war ihm ein treuer und ergebener Diener, wie ich auch seinem Vater so viele Jahre gewesen war. Seit ihrem furchtbaren Verlust ist — nebenbei gesagt — die Haltung der Kaiserin-Wittwe Victoria gegen Deutschland absolut tadellos gewesen und ist auch jetzt noch so — eine geradezu ideale Haltung."

Nachdem Fürst Bismarck dem Correspondenten noch in liebenswürdigster Weise die Parterreräume seines Schlosses gezeigt hatte, verabschiedete sich Herr Kingston.

* * *

Wenige Tage später, am 9. Juni, unternahm es dann zum ersten Mal auch ein deutscher Journalist, der Herausgeber des „Frankfurter Journals", Herr Julius Rittershaus (Sohn des Dichters), Zutritt bei dem Fürsten zu erlangen. Er wurde ihm ebenso freundlich bewilligt, wie den Ausländern. Der folgende Bericht des „Frankf. Journ." ist den „Hamb. Nachr." vom 12. Juni (A.-A.) entnommen; es wird aber für seine richtige Schätzung auf die angefügte redactionelle Notiz der „Hamb. Nachr." aus derselben Nummer ausdrücklich hingewiesen (S. 113 f.).

Nach Vorbemerkungen über den Empfang in Friedrichsruh berichtet Rittershaus:

Fürst Bismarck und die Presse.

Ich sprach zunächst meinen Dank aus für die Bewilligung einer Audienz. Ich setzte hinzu, daß ich als Vertreter einer deutschen Zeitung kaum einen Empfang erwartet hätte.

Fürst Bismarck: Weshalb hatten Sie einen Empfang nicht erwartet? Weshalb sollte ich die Vertreter einer angesehenen Presse nicht empfangen?

Nun, weil bisher nur ausländische Journalisten Interviews veröffentlichten und ich annehmen mußte, daß auch deutsche Zeitungen um die Ehre eines Empfanges gebeten hätten.

Fürst Bismarck: Deutsche Zeitungen? Nein, das ist eben nicht der Fall. Gerade die Zeitungen, die doch bis zu einem gewissen Grade — von mir abhängig gewesen sind, fragen nicht nach mir. Ich bin eine gefallene Größe — man will damit nicht gerne zu thun haben. Die Presse hat hier zu Lande keinen Muth, sie ist feige . . . Sie sind der Erste von der deutschen Presse, der den Muth hat, zu mir zu kommen . . . Die Anderen fürchten, sich zu compromittiren — anzustoßen. Geschäftliche Rücksichten auf Abonnenten u. s. w. sind stärker, als die Anhänglichkeit an mich. Die „Post", die „Kölnische Zeitung", die früher mit mir in lebhafter Verbindung standen, sie fliehen mich jetzt, als ob die Pest bei mir ausgebrochen wäre! . . . Ich hätte nicht gedacht, daß es der deutschen Presse so an Muth fehlte, daß sie so feige sich benehmen würde.

„Uebrigens, das ist auf der anderen Seite ja ein Erfolg meiner ministeriellen Thätigkeit: 1862 nahm die Presse für den Minister und gegen die Krone Partei; heute läßt sie den Minister fallen. Dieser Umschwung ist nicht zum Wenigsten meinem Einfluß, meiner Ministerthätigkeit zu danken.

„Ich lese jetzt nur wenige Zeitungen. Die „Kölnische Zeitung" mißfällt mir wegen ihres lehrhaften Tones. Sie erlaubte sich Freiheiten mir gegenüber und wollte mich unter eine Art Curatel stellen. Das ist abgeschmackt. Die ‚National-Zeitung' lese ich noch und die ‚Hamburger Nachrichten'; mit den ‚Hamburger Nachrichten' unterhalte ich von früher her noch gewisse Beziehungen.

„Das ‚Frankfurter Journal' bekomme ich auch zu sehen. Das ist ein alt-national-liberales Blatt, zu dem ich früher gute Freundschaft unterhielt. Ich habe es schon damals, bei meinem längeren Aufenthalt in Frankfurt, regelmäßig gelesen — das war eine der angenehmsten Zeiten, die ich erlebt habe! — und auch jetzt lese ich Ihr Blatt noch . . .

„Unserer Presse im Ganzen fehlt die Ueberzeugung; Muth hat eigentlich nur die socialistische Presse. Sie begreifen, daß ich jetzt von der Presse nur noch mit ironischer Geringschätzung rede. Von all' den Blättern, die ich stützte, ist noch keins zu mir gekommen, Niemand hat sich bei mir sehen lassen, Niemand eine Unterredung bei mir nachgesucht!"

Fürst Bismarck und die Nationalliberalen.

Auf meine Frage, wie sich Fürst Bismarck zu den Nationalliberalen stelle, antwortete der Fürst:

„Mit den Nationalliberalen habe ich mich meist gut vertragen. Es ist mir das Wort in den Mund gelegt worden: ich hätte sie einmal an die Wand gedrückt, bis sie quietschten. Dieser Satz ist mir niemals in den Mund gekommen, nie habe ich einen derartigen Ausdruck gebraucht. Er ist mir gar nicht geläufig; er entspricht so wenig meinem Fühlen und Denken, daß er mir unsympathisch, ja geradezu ekelhaft ist. — Dem Sinne nach aber haben die Nationalliberalen seinerzeit mit mir so verfahren wollen: mich wollten sie an die Wand drücken; mir wollten sie die Macht aus den Händen winden . . .“

Fürst Bismarck über Minister Miquel.

„Die nationalliberale Partei hat bedeutende Leute. Miquel und Bennigsen sind außerordentliche Politiker. Miquel ist einer der besten Redner, die wir haben. Miquel ist jetzt Minister. Ich setze ganz besondere Hoffnungen auf ihn. Mit ihm habe ich oft zusammen gearbeitet und wir sind einig gewesen. Namentlich bei der Versöhnung des Centrums hat mir Miquel gute Dienste geleistet. Er weiß sich mit dem Centrum zu stellen . . . Zuletzt sind wir auf dem Steuergebiet zusammen thätig gewesen. Miquel's Reformen kenne ich im Einzelnen nicht — jedenfalls wird er nicht versäumt haben, sich an maßgebender Stelle über ihre Durchführbarkeit zu verständigen. Uebrigens, er wird die Parteien nöthig haben; aber ich meine: gravitirt er zu sehr nach links, so wird er rechts einbüßen, vielleicht gelingt es ihm, vom linken Flügel des Centrums Einige zu bekommen — bei den Conservativen und Freiconservativen dürfte er dann verlieren. Es wird sehr schwer sein, Viele unter einen Hut zu bringen. Aber, wenn Einer die theilweise Verschmelzung der Parteien fertig bringt, so ist es Miquel! —

„Bennigsen sollte auch einmal ins Ministerium. Damals candidirte auch der Freiherr v. Stauffenberg. Freiherr v. Stauffenberg verdarb es aber, weil er sich im Reichstag gegen einen Paragraphen der Verfassung aussprach. Damals war die Combination Bennigsen, Stauffenberg und Forckenbeck beabsichtigt. Allerdings waren keine Vacanzen da . . .

„Bennigsen ist vielleicht ein noch größerer Staatsmann, aber Miquel ist ein besserer Redner . . . nun, vielleicht ist das eben kein Glück . . .“ (Fürst Bismarck brach am Schluß des letzten Satzes kurz ab.)

Fürst Bismarck über das Mandat Kaiserslautern.

Ich fragte, weshalb der Fürst die Candidatur Kaiserslautern-Kirchheimbolanden nicht acceptirt habe?

Fürst Bismarck: „Mir ist diese Candidatur nahegelegt worden, d. h.

man hat mich von vertrauter Seite aus sondirt, ob ich das Mandat übernehmen wolle. Ich bin im Princip nicht gegen ein nationalliberales Mandat, aber ich hielt jetzt den Zeitpunkt nicht für geeignet, in den Reichstag zu gehen. Ich wollte eine active Opposition gegen die jetzige Regierung vermeiden. Ich möchte nicht in die Lage kommen, gegen meinen Nachfolger zu sprechen, und auch nicht gegen Miquel. Fährt die Regierung im Socialismus fort, so würde ich in eine oppositionelle Stellung von selbst hineingedrängt. Ich möchte das nicht, wenigstens so lange nicht, bis mich eine patriotische Nothwendigkeit dazu zwänge.

„Und dann ist der Wahlkreis ziemlich unsicher. Der Gefahr, durchzufallen, will ich mich nicht aussetzen. Wäre es mir jetzt darum zu thun, in der Oeffentlichkeit thätig zu sein, so hätte ich ein einfacheres und sichereres Mittel: ich bewürbe mich um ein Mandat zum Bundesrathe in einem der nichtpreußischen Staaten. Das wäre mir sicher, und dann könnte ich auch im Reichstage meine Ansicht vertreten . . . Einstweilen aber verzichte ich darauf. Meine Nachfolger scheinen im Allgemeinen ja gewillt zu sein, die Politik, die ich so lange vertreten habe, in meinem Sinne fortzusetzen . . . . Vielleicht haben sie nicht ganz die Erfahrung und auch die Hülfsmittel nicht, die ich besitze . . . .

„Da haben Sie im Wesentlichen die Gründe, weshalb ich für diesmal das Mandat nicht annehme."

Fürst Bismarck über das deutsch-englische Abkommen.

„Durchlaucht sollen zu Herrn Wolf, dem Beirath Wißmann's, geäußert haben, Sie würden niemals die Feder unter das deutsch-englische Abkommen gesetzt haben."

Fürst Bismarck: „Ich weiß nicht, ob ich gerade im Wortlaute so zu Herrn Wolf mich aussprach. Ich brauche aber nicht zu schweigen — ich bin Privatmann und kann meine Ansicht äußern: Ich hätte das deutsch-englische Abkommen so nicht geschlossen. Mußte man Helgoland durchaus besitzen — es war der Wille des Kaisers —, so war es meiner Meinung nach wohlfeiler zu bekommen. Im Fall eines Krieges könnte uns Helgoland, wenn es nicht ganz stark befestigt wird, sogar gefährlich werden. 1870 war Helgoland neutral. Ist es im nächsten Kriege deutsch, so könnten die Franzosen es zu einem bedrohlichen Angriffspunkte machen. Die Insel wird also außerordentlicher Befestigungen bedürfen."

„Es ist zur Beruhigung der öffentlichen Meinung, die, namentlich in den Colonialkreisen, wenig befriedigt war über das Abkommen, in einem Theil der Presse die dunkle Andeutung gemacht worden, es steckten noch besondere Vereinbarungen hinter dem Vertrag, die den verhältnißmäßig hohen Preis von deutscher Seite rechtfertigen."

Fürst Bismarck sah mich einen Augenblick erstaunt an und lachte dann, als amüsirte er sich über die Naivetät dieses Glaubens.

„Nun, ich kenne Herrn Salisbury als einen Minister, der sehr gut sich zu wahren versteht und genau weiß, was er dem englischen Volke zumuthen darf. Uebrigens, käme Gladstone wieder an's Ruder, so würden den eventuelle Abmachungen wenig kümmern . . . Aber (kurz abbrechend) ich weiß davon nichts Näheres . . . Es ist für mich nur das Eine eigenthümlich, daß nämlich gerade die freisinnigen Zeitungen die doch sonst von einer prinzipiellen Opposition gegen die Regierung leben, es mir zum Vorwurf machen, wenn ich auch einmal anderer Ansicht bin als die Regierung. Gerade das deutsch-englische Abkommen ist von dieser, freisinnigen, Seite gegen mich ausgebeutet worden."

Fürst Bismarck über die Arbeiter-Erlasse und die Arbeiter-Conferenz.

Man hat davon gesprochen, daß der Staatsminister Miquel an der Redaction der Arbeiter-Erlasse des Kaisers Antheil gehabt hätte.

Fürst Bismarck: „Ich glaube nicht, daß Miquel überhaupt irgend welchen Antheil an den Erlassen hat. Miquel ist ein zu gewandter Parteitactiker, um kurz vor den Wahlen diesen Zündstoff in die Oeffentlichkeit zu geben . . .

„Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers, Hintzpeter, Douglas und Andere — kurz solche, die nicht im Dienste waren — haben mit Sr. Majestät darüber Berathungen gehalten. Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaction gezeigt, die weitgehender war, als diejenige, welche erschienen ist. Ich war principiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — der Kaiser bestand darauf —, so wollte ich meine Redaction durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm die Redaction und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder — als Diener des Kaisers. Die Redaction rührt also von mir her. Ich habe keinen Collegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Conferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen, arbeiterfreundlichen Elan unseres Herrn. Ich glaubte, diese Conferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Conferenz sind gleich Null. Es hatte Keiner den Muth zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Conferenz ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Ueberhaupt, es ist Illusion, den Arbeiterschutz international machen zu wollen. Jeder Staat steht doch schließlich für die

Interessen seiner Industrie . . Ich glaubte übrigens damals immer noch, daß der Staatsrath die Erlasse nicht billigen würde. Da aber auch der Staatsrath zustimmte, gingen sie durch — ohne mein Votum, ohne meine Gegenzeichnung." — —

Die Ursachen des Rücktritts.

Ich wagte die Andeutung der Frage, aus welchen Gründen der Rücktritt des Fürsten erfolgt sei? So vieles habe die Presse verbreitet, „Enthüllungen" seien erfolgt — vielleicht habe der Fürst das Bedürfniß, einige authentische Andeutungen zu machen.

Fürst Bismarck: „Ich muß über diese Frage die Auskunft verweigern . . . Es bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Kaiser, mehr noch: zwischen mir und meinen Collegen . . . Changeons le thème!" —

Fürst Bismarck über das Socialistengesetz.

Wie denken Durchlaucht über das Fallenlassen des Socialistengesetzes?

Fürst Bismarck: „Wäre ich in meiner Stellung geblieben — Gesundheitsrücksichten haben mich nicht zum Rücktritt veranlaßt —, so hätte ich unbedingt eine Verschärfung des Socialistengesetzes beantragt . . . Es mag sein, daß meine Collegen diese Aeußerungen im Reichstage nicht gerne von mir gehört hätten . . . Man hat das Gesetz fallen lassen; es muß sich in der Zukunft zeigen, ob man ohne das Gesetz fertig werden kann."

Die Memoiren des Fürsten Bismarck. Des Fürsten Reisepläne.

„Denken Durchlaucht an die Verfassung und Herausgabe von Memoiren?"

„O . . . ich denke daran, aber die Arbeit wird sehr schwierig und zeitraubend sein. Was ich gethan habe, liegt in den Archiven aufgezeichnet. Diese stehen mir vielleicht jetzt nicht mehr so zu Gebote wie früher. Ich könnte mich allerdings auf mein Gedächtniß verlassen, aber die Arbeit ist sehr langwierig . . .

„Wenn sich die Zeitgenossen fünfzehn, zwanzig Jahre über die Gegenwart hinaussetzen könnten, erkennen, wie Manches gekommen ist, das allgemeine politische Urtheil würde reifer sein . . .

„Einstweilen erfreue ich mich der Muße und der Erholung, die ich gefunden habe. Mein Arzt will, daß ich ins Bad gehe. Ich möchte nach Kissingen und auch nach Varzin, wo ich so lange nicht gewesen bin. Ich darf Varzin nicht so vernachlässigen. Mein Arzt will aber Gastein für mich, später noch ein Seebad . . . vielleicht die Insel Wight. Nach England sollte ich längst kommen; ich war dringend eingeladen. Bis jetzt bot sich keine Gelegenheit und ich habe den Plan vertagt. Dr. Chrysander nehme ich mit. Der ist mir unentbehrlich, das ist meine rechte Hand."

Der Fürst schwieg. Er hatte den größten Theil der Unterredung mit klarer, vollkommen fester und ruhiger Stimme geführt. Aehnlich wie bei seinen Reichstagsreden erfolgten kleine Pausen zwischen einzelnen Sätzen. Es war dann, als ob Fürst Bismarck mit besonderer Vorsicht sich zu äußern beabsichtigte, ein prüfendes Wählen eines treffenden und doch gemessenen Ausdrucks. Die Augen hielt der Fürst fast ununterbrochen fest auf mich gerichtet; ihr durchdringendes Feuer bewies eine ungebrochene Kraft, eine dem Widerstand furchtbare Energie. Einige Mal nahm der Fürst einen Federkiel zur Hand, auf dem eine goldene Krone angebracht war, und ließ einen Augenblick sinnend den Blick darauf ruhen. Beim Zuhören auf eine Frage oder Antwort von meiner Seite lehnte er sich tief in den Sessel zurück, in scharfer Beobachtung. Nur einmal war eine leichte Erregung bei dem Fürsten wahrzunehmen, im Anfange der Unterredung, als er von der deutschen Presse sprach. Aber im Ton lag weit weniger Zorn, als tiefe Bitterkeit. — Das Aussehen war vortrefflich.

Ich verabschiedete mich von dem Fürsten. Die beiden großen Doggen sprangen sogleich auf, als sich Fürst Bismarck erhob, und umschnoben mich. Herzlich schüttelte der Fürst mir die Hand, mein Wiederkommen gern gestattend. Seine letzten Worte, an der Thür des Zimmers, waren noch:

„Ich habe großes Vertrauen zu Miquel."

Als ich das Thor der Parkmauer hinter mir schloß, sah ich noch einmal zurück, in dem wehmütigen Gedanken, welch' ungeheure Kraft, wie viel Genie, Arbeitslust und Energie in der Einsamkeit von Friedrichsruh latent bleiben . . .

Dazu bemerkt die Redaction der „Hamb. Nachr.":

Wir theilen an anderer Stelle dieser Nummer einen Bericht mit, den der Herausgeber des „Frankf. Journals" über eine Audienz erstattet, die er aus einem neulich von uns erwähnten Anlasse beim Fürsten Bismarck nachgesucht und kürzlich gewährt erhalten hat. Auf Erkundigungen, die wir in Friedrichsruh eingezogen haben, wird uns das Referat als „ungenau nach Form und Inhalt" bezeichnet. Manche der darin enthaltenen Gedanken mögen richtig wiedergegeben sein; jedenfalls ist die Fassung nicht diejenige, in der sich Fürst Bismarck ausgedrückt hat. Daß die Mittheilungen nicht durchweg richtig sein können, ergiebt sich für kritische Leser von selbst. Die Angabe z. B., der Fürst habe gesagt, daß 1862 die Presse für den Minister und gegen die Krone Partei genommen habe, ist entschieden irrthümlich. Dem Interviewer muß die Geschichte jener Zeit ganz unbekannt sein, sonst hätte er gewußt, daß damals die Presse gegen den König und den Minister, aber noch mehr gegen den Letzteren Partei genommen hat. Als fernerer Beleg für die Ungenauigkeit des Referats wäre anzuführen, was der Schreiber desselben den Fürsten über die Möglichkeit einer Nichtbilligung der kaiserlichen

Erlasse vom 4. Februar durch den Staatsrath sagen läßt. Die Erlasse waren bekanntlich schon lange vollzogen und veröffentlicht, als der Staatsrath erst zusammentrat. Wir greifen die beiden Beispiele heraus, um die Ungenauigkeit des Berichtes zu illustriren, ohne indeß dadurch den übrigen Inhalt verificiren zu wollen. Trotz alledem versprechen wir uns von der Veröffentlichung des Berichtes im „Frankf. Journal" immerhin Nutzen.

Eine ganz nachdrückliche Berichtigung der im Anfang des Berichtes wiedergegebenen Aeußerungen über die Presse erfährt Rittershaus übrigens aus des Fürsten eigenem Munde in der Unterredung mit Dr. Erwin Reichardt, dem Redacteur der „Dresdener Nachrichten" um den 20. Juni (siehe S. 140 ff.).

* * *

Wie oben (S. 6) erwähnt, hatte die Residenz Stuttgart dem Fürsten Bismarck zum 75. Geburtstage das Ehrenbürgerrecht verliehen. Darauf erhielt der Oberbürgermeister folgendes Dankschreiben:

„Friedrichsruh, den 9. Juni 1890.

In der in Ihrem Auftrage von Hrn. Adolf Schiedmayer mir übersandten geschmackvoll ausgeführten Adresse freue ich mich, meine eigene Ueberzeugung bestätigt zu sehen, daß unsere wiedergewonnene nationale Einheit auf unerschütterlichen Grundlagen beruht. Ich freue mich, meinen Mitbürgern meinen verbindlichsten Dank für diese kunstvolle und ehrende Adresse hier demnächst mündlich aussprechen zu können.

v. Bismarck."

* * *

Die Interviews in Friedrichsruh scheinen dem Reichskanzler von Caprivi unangenehm zu werden. Daß das sachliche Gründe habe, ist nicht anzunehmen, denn solche sind schlechterdings nicht erkennbar. Ob er „von der Linken sich umgarnen ließ", die den Fürsten Bismarck durchaus zum Schweigen bringen möchte, läßt sich nicht entscheiden. Jedenfalls ging der Wiener „Neuen Freien Presse" aus Berlin die Nachricht zu, die deutsche Regierung hätte in einem vertraulichen Rundschreiben ihren Vertretern im Auslande die Weisung ertheilt, keine Unklarheiten darüber aufkommen zu lassen, daß Fürst Bismarck jetzt Privatmann sei und alle seine Aeußerungen daher auch nur die diesem Verhältnisse entsprechende Bedeutung haben.

Der Bericht der „Neuen Freien Presse" ist aus Berlin vom 4. Juni datirt und lautet:

„Die Unterredungen auswärtiger, namentlich russischer und französischer Journalisten mit dem Fürsten Bismarck haben, wie begreiflich, die Aufmerksamkeit der leitenden Kreise des Deutschen Reiches wachgerufen und in denselben den Gedanken angeregt, ob es nicht räthlich und angemessen wäre, etwas Entscheidendes zu unternehmen, eventuell die Fortsetzung ähnlicher

Veröffentlichungen auf dem geeigneten Wege zu verhindern. Offenbar war dafür die Erwägung maßgebend, daß die außerordentliche Autorität des Fürsten Bismarck im Auslande leicht dazu führen könnte, seine Kundgebungen mit jenen der officiellen deutschen Politik zu verwechseln und dadurch eine Verwirrung der Auffassungen hervorzurufen, welche man nicht gleichgültig hinnehmen könnte.

„Es muß wohl hierüber auch dem Kaiser Bericht erstattet worden sein, da Kaiser Wilhelm, wie wir erfahren, auch eine Entscheidung getroffen hat. Dieselbe lautete gegenüber dem Gedanken, den Fürsten Bismarck in seinen Aeußerungen als Privatmann zu beschränken, entschieden abweisend. Es müsse der Welt das Schauspiel erspart bleiben, sagte der Kaiser Wilhelm, mit anzusehen, daß sich die Nothwendigkeit ergeben könnte, dem größten Staatsmanne des Deutschen Reiches in seinen Handlungen als Privatmann Beschränkungen aufzuerlegen, wenn auch nicht außer Acht gelassen werden kann, daß jene Journalisten, die vom Fürsten Bismarck empfangen, und jene publicistischen Organe, in denen die Unterredungen mit ihm veröffentlicht wurden, solchen Staaten angehören, die nicht zu den intimen Freunden des Deutschen Reiches zählen. Mehr als alles andere beweise dieser Umstand schon, daß man es nur mit den Aeußerungen des Privatmannes zu thun habe, welcher der actuellen Reichspolitik vollständig entrückt ist, und daß man der Nothwendigkeit überhoben sei, noch des weiteren zu versichern, daß, was immer Fürst Bismarck den Vertretern französischer und russischer Journale gesagt haben möge, dies auf den Gang der officiellen Politik des Deutschen Reiches keinen wie immer beschaffenen Einfluß haben könne.

„Diese an höchster Stelle erflossene Resolution hat auch in einem vertraulichen Rundschreiben Ausdruck gefunden, welches Herr von Caprivi vor einiger Zeit an die Vertreter des Reiches im Auslande gerichtet hat. Dieselben wurden angewiesen, sich im Falle einer Anfrage in dem hier angedeuteten Sinne über die Kundgebungen des Fürsten Bismarck zu äußern."

Die „Neue Freie Presse", welche seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung sehr „Bismarckisch" geworden ist, begleitet dieses Telegramm mit einem Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

„Das große Aufsehen, welches die Unterredungen des Fürsten Bismarck mit zwei französischen und einem russischen Journalisten erregt haben, ist nicht bloß in lebhaften publicistischen Commentaren zum Ausdruck gekommen, sondern es hat auch in einem diplomatischen Schritte seinen Niederschlag gefunden. Den Vertretern des Deutschen Reiches im Auslande ist die Weisung zugegangen, darüber keine Unklarheit entstehen zu lassen, daß Fürst Bismarck der actuellen Reichspolitik vollständig entrückt ist, und daß daher seine Aeußerungen im Verkehr mit fremden Journalisten lediglich als Aeußerungen eines Privatmannes zu betrachten seien.

„Diese Weisung entspringt der unmittelbaren Initiative Kaiser Wilhelm's II., welcher die Anregung, den Fürsten Bismarck in seinen Aeußerungen zu beschränken, bestimmt zurückwies, es dagegen für nöthig erachtete, im Hinblick auf die Thatsache, daß die Journalisten, welche von dem Fürsten Bismarck empfangen, und die Journale, in welchen die Berichte derselben veröffentlicht wurden, solchen Staaten angehören, die nicht zu den intimen Freunden Deutschlands zählen, jeden Zweifel zu zerstreuen, als ob Fürst Bismarck auf den Gang der officiellen deutschen Politik irgendwelchen Einfluß üben könnte.

„Die Tragweite der Aeußerungen des Fürsten Bismarck ist durch diesen diplomatischen Schritt, soweit der officielle Verkehr in Betracht kommt, wesentlich reducirt; aber es ist die Frage, ob Fürst Bismarck die Absicht hatte, seinem Nachfolger bei dessen diplomatischen Amtshandlungen über die Schulter zu blicken, oder ob er nicht vielmehr den Zweck verfolgte, die öffentliche Meinung Europas in seine Gedanken einzuweihen. Und wenn das Letztere der Fall gewesen, so wird seiner Autorität, auch wenn sie keine officielle mehr ist, durch die den deutschen Vertretern im Auslande zugegangene Weisung kein Abbruch geschehen. Denn diese Autorität beruht nicht auf dem Umstande, ob Fürst Bismarck noch Kanzler ist oder nicht, sondern sie ist das historische Ergebniß eines Menschenalters voll Ruhm, Erfolg und Verdienst; sie hängt am Manne, nicht am Amte. Das Wort des Fürsten Bismarck wird Geltung und Autorität behalten, so lange er unter den Lebenden wandelt, ob er es nun auf der Tribüne des deutschen Reichstages oder im Gespräche mit fremden Journalisten oder in einem seinem Dienste ergebenen publicistischen Organe verkündet. Auf den Gang der officiellen Politik mag es ohne Einfluß bleiben; aber die öffentliche Meinung, mit welcher die officielle Politik zu rechnen hat, wird immer wieder aufhorchen, wenn der Privatmann Bismarck, wie es sein unbestreitbares Recht ist, seine Ansichten über Menschen und Dinge kundgiebt. Denn der öffentlichen Meinung ist Fürst Bismarck kein Privatmann, sondern eine historische Gestalt, deren Einsicht dadurch nicht geändert worden ist, daß sie der officiellen Politik entrückt wurde."

So die „Neue Freie Presse".

Ein derartiger Schritt der Regierung würde aber doch so kurzsichtig und kleinlich sein, daß vorläufig gegen die Nachricht der „Neuen Freien Presse" Zweifel geltend gemacht werden. In voller Ruhe und mit überzeugender Klarheit wird noch einmal Bedeutung und Zweck der Interviews dargelegt („Hamb. Nachr." vom 11. Juni, M.=A.). Es ist aber wohl zu beachten, daß hier der äußerliche Beginn des Conflictes zwischen dem ersten Kanzler und seinem Nachfolger zu statuiren ist, des Conflictes, der, die Wahrheit der von der „Neuen Freien Presse" gebrachten Nachricht vorausgesetzt, geradezu leichtfertig und verblendet von Herrn von Caprivi geschaffen ist. Denn ein derartiges

„vertrauliches Rundschreiben“ würde die würdige Vorstufe des Uriasbriefes von 1892 bedeutet haben.

Fürst Bismarck. Aus einem Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse“ über die Friedrichsruher Interviews ist eine Mittheilung in die deutsche Presse übergegangen, wonach die Regierung in einem vertraulichen Rundschreiben ihren Vertretern im Auslande die Weisung ertheilt habe, keine Unklarheit darüber entstehen zu lassen, daß Fürst Bismarck der actuellen Reichspolitik vollständig entrückt sei und daß daher seine Aeußerungen im Verkehr mit fremden Journalisten lediglich als Aeußerungen eines Privatmannes zu betrachten wären.

Wir halten diese Mittheilung für irrthümlich. Die maßgebenden Kreise sind zu sehr beschäftigt, um die deutschen Botschafter und Gesandten bei den fremden Regierungen zu beauftragen, Eröffnungen zu machen, die wegen der Allbekanntheit und Selbstverständlichkeit ihres Inhaltes als vollständig überflüssig, ja befremdlich befunden werden müßten. Außerdem ist nicht wahrscheinlich, daß die diplomatischen Vertreter im Auslande in die Lage kommen, Zweifel darüber zu zerstreuen, daß der ehemalige Reichskanzler nach seiner Entlassung aus den Aemtern etwas anderes als Privatmann sei. Was sollte er sonst sein? Da er aber zweifellos nur Privatmann ist, konnte er auch den fremden Journalisten gegenüber sich selbstverständlich nur als solcher äußern. Daß die Regierung eines großen Reiches es für nöthig halten sollte, ihre Vertreter im Auslande über solche Fragen zu instruiren, ist nicht anzunehmen. Deshalb sehen wir die Meldung der „Neuen Freien Presse“ als eigenes Product des erfindungsreichen Wiener Blattes an, dem im Interesse des Ansehens des diplomatischen Judiciums der amtlichen Stellen und der auswärtigen Vertreter entgegenzutreten ist.

Die Ansichten, die Fürst Bismarck bei den Interviews ausgesprochen hat, bilden seit einer langen Reihe von Jahren die Basis der deutschen Politik; sie sind von dem größten Theile der jetzigen Minister unter dem Fürsten Bismarck in vollster Ueberzeugung von ihrer Heilsamkeit und Nützlichkeit vertreten worden, und die jetzige Regierung hat selbst wiederholt erklärt, daß der Cours dieser Politik beibehalten werden solle. Unter diesen Umständen ist nicht einzusehen, welchen Anstoß die Regierung an den Darlegungen des Fürsten Bismarck genommen haben könnte. Wenn der Cours der alte bleibt, also wenn die Politik des Fürsten Bismarck fortgesetzt wird, so kann ebendieser Politik kein größerer Dienst erwiesen werden, als dadurch, daß gerade das „uns weniger befreundete“ Ausland und dessen einflußreiche Presse über das Wesen, die Ursachen und die Zwecke jener Politik genauer unterrichtet wird. Wir glauben ferner, daß das Ausland dasselbe Bedürfniß hat, wie das

Inland: die Meinung des Fürsten Bismarck darüber zu hören, wie er sich den alten Cours denkt, der fortgesetzt werden soll und jedenfalls die Basis des neuen bildet. Außerdem liegt es in den Verhältnissen begründet, daß man im Inlande wie im Auslande andauernd den Ansichtsäußerungen des Fürsten Bismarck das größte Interesse zuwendet; denn der letztere ist unter den lebenden Politikern, auch nach seiner Entlassung, der erfahrenste. Was vor drei Monaten wie Jahrzehnte hindurch in der Politik verständig war und sich als richtig bewährt hat, kann unmöglich dadurch, daß ein Minister aus dem Dienste geschieden ist, in sein Gegentheil verkehrt worden sein, schädlich wirken und nicht ohne Verletzung des politischen Anstandes ausgesprochen werden.

Daß Fürst Bismarck die ihm auferlegte Muße nicht besser verwerthen kann, als durch seine dem Frieden und der Versöhnung dienenden Einflußnahmen auf die öffentliche Meinung des Auslandes, hat sich bereits gezeigt; ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß der Fürst durch die Unterredungen mit den fremden Publicisten lediglich die Zwecke der Regierungspolitik fördert, und zwar mit dem vollen Schwergewicht derjenigen Autorität, die nicht an den von ihm bekleideten Aemtern, sondern an seiner weltgeschichtlichen Person haftet.

Giebt es Leute, deren Bestreben dem früheren Kanzler gegenüber dahin gerichtet ist, diesem, nachdem er nichts als Privatmann ist, jede Aussprache über Politik zu verbieten und ihm — wie ein bayerisches Blatt sich ausdrückt — seine Aeußerungen den fremden Journalisten gegenüber als Landesverrath und Feindseligkeit gegen die Politik Sr. Majestät des Kaisers auslegen, so entspringen diese krankhaften Bemühungen theilweise schlechtem Gewissen, theilweise der Angst, daß der Mann, den sie hassen, irgendwelchen Einfluß in der Politik gewinnen und üben könnte. In ihren Augen ist es ein Unrecht, daß der Begründer des Deutschen Reiches überhaupt noch lebt, und wenn er lebt, daß er nicht den Todten spielt. Eine gesetzliche oder Anstandspflicht für ihn, letzteres zu thun, vermögen wir in der That nicht zu erkennen, zumal er auf Vertretung durch seine ehemaligen politischen Freunde den Angriffen seiner Feinde gegenüber erfahrungsmäßig nicht zu rechnen hat. Im Uebrigen haben wir ein Menschenalter hindurch die Erfahrung gemacht, daß sein Rath in unserer Politik richtiger war als der seiner Gegner; wir halten an der Ueberzeugung fest, daß es auch heute noch der Fall ist.

* * *

Demselben angeblichen Rundschreiben gilt die humorvolle Notiz aus der A.-A. der „Hamb. Nachr.“ von demselben Tage:

Nach einer berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Ztg.“ wäre an der, von uns als apokryph behandelten Mittheilung über das ver-

trauliche Rundschreiben, das anläßlich der Friedrichsruher Interviews an die deutschen Vertreter im Auslande ergangen sei, doch etwas Wahres. Wenn der berliner Gewährsmann des münchener Blattes Recht hätte, d. h. wenn in der That ein derartiges Rundschreiben vorläge, so würde daraus hervorgehen, daß das deutsche Auswärtige Amt seine auswärtigen Vertreter für beschränkter hält, als sie es glücklicherweise sind. Wir sind aber, wie gesagt, überzeugt, daß ein solches Rundschreiben nicht existirt; das deutsche Auswärtige Amt wird zu seinen Vertretern im Auslande sicherlich das Vertrauen haben, daß sie einer Aufklärung darüber nicht erst bedürfen, daß Fürst Bismarck Privatmann ist.

* * *

Es ist schon zweimal die Rede gewesen von der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Stuttgart an den Fürsten Bismarck. Am 12. Juni empfing er nun in Friedrichsruh eine Abordnung der Württemberger Hauptstadt, die beauftragt war, ihm den Ehrenbürgerbrief zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit hielt der Fürst eine Ansprache, die die „Hamb. Nachr." vom 19. Juni (A.-A.) aus dem „Schwäbischen Merkur" übernahmen. Darnach sagte der Fürst ungefähr Folgendes:

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, Ehrenbürger der Hauptstadt eines der hervorragendsten unserer verbündeten Staaten zu werden. Stuttgart ist mir nicht fremd, ich bin früher unter dem König Wilhelm dort gern gewesen und habe mich an der schwäbischen Gastlichkeit erfreut. Ich sehe Ihre heutige Gabe als eine Ordensverleihung von Seiten der Stadt Stuttgart an, in Ergänzung zu dem Orden Ihres allergnädigsten Königs, den ich seit Langem trage. Ich lege hohen Werth auf die Anerkennung, welche Sie mir aussprechen, und ich habe als Reichskanzler gerade auf den schwäbischen Stamm als auf eine Hauptstütze der deutschen Einheit immer bauen können. Die Schwaben sind ein zähes Geschlecht, das schwer aus sich herausgeht; aber wenn sie einmal das neue Gute in sich aufgenommen haben, so sind sie auch die zuverlässigsten Kämpfer für dasselbe. Kaum sonst in Deutschland war früher der Particularismus so ausgebildet wie in Schwaben, es gab nirgendwo so viele Reichsstädte und Reichsdörfer wie dort. Aber andererseits ist dies doch nur ein weiterer Beweis des echt germanischen Geistes.

Auch im Auslande sind es die Schwaben, welche sich die deutsche Gesinnung fest bewahren. Ich habe viele Beispiele davon erlebt und brauche nicht an die scherzhaften Anekdoten zu erinnern, welche darüber existiren. Früher hat dieser deutsche Stamm die Reichssturmfahne geführt, und so hat er jetzt in der Unterstützung der Bestrebungen, im Frieden das Deutsche Reich zu festigen, ein würdiges Beispiel gegeben. Nach meiner Praxis als Reichskanzler muß ich anerkennen, daß mir

von Württemberg aus, wenn Reichsinteressen in Frage standen, Schwierigkeiten nie gemacht worden sind, sondern stets bereitwillige Unterstützung gewährt wurde. Dazu hat wesentlich beigetragen die patriotische und klare Anschauungsweise Ihres ersten Ministers,[1]) den ich außerordentlich hochschätze.

Die Einigung der Deutschen, wie wir sie jetzt haben, wäre schon früher zu machen gewesen, wenn man den richtigen Weg dahin gefunden hätte. Aber man schlug 1848 zu viel auf einmal nieder, man wollte die Dynastien und auch den Particularismus mehr, als nothwendig war, unterdrücken. Das Verwachsen mit der Scholle ist eben ein Grundzug deutschen Charakters und eine Wurzel seiner Kraft. Ich habe den andern Weg gewählt. Mir erscheinen die Dynastien als eine Bürgschaft der Einigkeit Deutschlands, und mit ihrer Unterstützung ist das Werk gelungen, bestätigt durch das Gottesurtheil der Schlachten. Von dem Augenblick an hat das Streben nach Einigkeit mit unwiderstehlicher Gewalt gewirkt, sobald es erst einmal gefesselt war mit der Treue und Anhänglichkeit an das engere Vaterland. Ich bin nie Unitarier gewesen, und habe es mir als Reichskanzler immer als Aufgabe gestellt, die Rechte der Staaten gegen unbillige Ansprüche zu schützen, und dieselbe Politik befolgt auch die jetzige Regierung, und zumal wird mein Nachfolger im Amt diese Frage mit derselben ruhigen und loyalen Art behandeln, wie es zu meiner Zeit der Fall gewesen ist.

Ich danke Ihnen nochmals von Herzen für die Auszeichnung, die mir zu Theil geworden ist, und für die Ehre, die Sie mir durch Ueberbringung des Bürgerbriefes und durch Ihren Besuch hier erzeigen.

* * *

Am 9. Juni gab der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren der österreichischen Delegation eine Auseinandersetzung über die politische Lage. Er äußerte dabei über die Beziehungen zu Deutschland und Italien: „Wir sehen den General von Caprivi mit dem gleichen Vertrauen an der Spitze der Staatsgeschäfte stehen, wie den Fürsten von Bismarck, mit welchem ich stets die vertrauensvollsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten die Genugthuung hatte." Die in jüngster Zeit in Rom von maßgebender Seite abgegebenen Erklärungen (Crispis Erklärungen über Italiens auswärtige Politik in der Deputirtenkammer am 13. Mai) bezeugten, wie man auch dort von der unerschütterlichen Festigkeit des Bündnisses überzeugt wäre. Die täglichen Versuche der Gegner des Bündnisses, das letztere zu erschüttern und Zweifel an demselben hervorzurufen, sollten Niemand beirren. Diese Be-

[1]) von Varnbüler.

mühungen würden auch künftig wie in den letzten zehn Jahren vergeblich bleiben.

Bei der Besprechung dieses Kalnoky'schen Exposé hatte die Redaction der „Hamb. Nachr." am 10. Juni (A.-A.) geäußert: „Besondere Befriedigung wird der scharfe Accent erregen, den der leitende Minister auf den unveränderten Fortbestand der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich einerseits und zwischen Italien und den erstgenannten Staaten andererseits gelegt hat."

Auf die Bedeutung der Beziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien kommen nun die „Hamb. Nachr." vom 13. Juni (M.-A.) in einer ausführlicheren Erörterung zurück:

> Zur auswärtigen Lage. Bei Besprechung der Kalnoky'schen Exposés über die auswärtige Lage haben wir namentlich diejenige Versicherung des Ministers hervorgehoben, welche sich auf den Fortbestand freundschaftlicher und vertraulicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien bezog. Wir äußerten dabei, daß die Aufrechterhaltung des Bündnisses und des guten Verhältnisses zwischen diesen beiden Staaten für Deutschland noch wichtiger sei als die Wahrung unserer eigenen Allianz mit dem Donaukaiserstaate. Die Begründung dieser Auffassung ist naheliegend und handgreiflich.
>
> Der bekannte Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichischen Monarchie bedarf insofern keines besonderen diplomatischen Schutzes, als er in der gegenwärtigen europäischen Lage von selbst seine Deckung findet, als er zweifellos den realen Interessen beider Staaten gleichmäßig entspricht und außerdem die Sympathie der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten für sich hat; wenigstens darf dies, was Oesterreich betrifft, von den beiden führenden Nationalitäten der Deutschen und der Ungarn behauptet werden. Dazu kommt, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit Oesterreich (und mit Italien) Niemanden bedroht, also keine Gefahren birgt, die dem Bündniß selbst verderblich werden könnten. Diese Allianz ist vielmehr durchaus geeignet, den durch den Berliner Vertrag geschaffenen europäischen Frieden zu consolidiren. Die Fähigkeit hierzu gewinnt sie namentlich auch durch ihre Beschränkung darauf, daß der casus foederis Rußland gegenüber nur dann eintritt, sobald letzteres einen der beiden Contrahenten (also dessen Territorium) angreift, oder wenn Rußland, im Falle einer der Contrahenten von anderer Seite angegriffen wird, den Angreifer unterstützen sollte. Durch diese Beschränkung ist sowohl jede aggressive Tendenz wie auch die Möglichkeit ausgeschlossen, daß der Vertrag z. B. in den Dienst der eventuell kriegerischen Vertheidigung österreichischer Specialinteressen auf dem Balkan gestellt werden und somit friedenbedrohend wirken könnte.

Das Bündniß deckt nur, wie wir schon einmal ausgeführt haben, das damnum emergens, nicht das lucrum cessans der alliirten Staaten.[1])

Sonach darf man annehmen, daß das deutsch-österreichische Bündniß sicher fundirt ist und daß seine Erneuerung auch nicht auf sonderliche Schwierigkeiten stoßen wird. Vielfach bezweifelt man zwar nicht, daß in Wien Kräfte sich regen, die dem entgegen arbeiten und zwar namentlich mit dem Argumente, daß das Bündniß den „vitalen" Interessen Oesterreichs auf dem Balkan doch nicht zu Statten käme; andererseits aber liegt auf der Hand, daß Oesterreich in eine höchst gefährliche Isolirtheit geriethe, wenn es das Bündniß aufgäbe. Sicherung gegen Rußland könnte Oesterreich nur finden, wenn es Bosnien sowohl als seine Interessensphäre auf dem Balkan im Stiche ließe — ein Opfer, zu dem es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge jedenfalls nicht genöthigt ist —, oder wenn es sich mit Frankreich alliirte, eine Eventualität, die, so lange nicht etwa eine orleanistische Restauration in Frankreich stattfindet, oder nicht ein von Beichtvätern beherrschter Kaiser auf den österreichischen Thron gelangt, aus verschiedenen Gründen als practisch nicht sehr naheliegend zu befinden sein wird. Kurzum: von welcher Seite man auch die Sache betrachtet: das deutsch-österreichische Bündniß als Bestandtheil der Tripellalianz erscheint menschlicher Voraussicht nach gegen jede Eventualität gesichert.

Nicht ganz so günstig ist es mit der österreichisch-italienischen Allianz bestellt. Zwischen beiden Staaten giebt es unausgeglichene Gegensätze, die namentlich auf italienischer Seite in einer Weise urgirt werden, die der Befestigung des Allianzverhältnisses jedenfalls nicht zu statten kommt. Zu den antiösterreichischen Bestrebungen der Irredentisten gesellt sich die französische, antidreibündlerische Sympathie der Radicalen für das racenverwandte republicanische Frankreich, die unter dem Ministerium Crispi allerdings nicht vermocht hat, einen Rücktritt Italiens von der Tripelallianz herbeizuführen, die aber doch für den Fall des Ausscheidens dieses Staatsmannes gewisse Befürchtungen zu begründen vermag. Und wenn andererseits die französische Gesinnung der Radicalen und Genossen sich nicht stark genug erweist, um die realen Interessen, die Italien am Mittelmeer gegen Frankreich zu vertheidigen hat, zu verdrängen und zur Preisgabe zu bringen, so muß Italien andererseits gerade wegen dieser Interessen auf den Beistand Englands und seiner Flotte rechnen, um gegen Frankreichs Aspirationen eine ausreichende maritime Küstendeckung zu haben, die ihm der Dreibund nicht zu gewähren vermag. Daraus ergiebt sich, daß Italien Rücksichten auf England zu nehmen hat, die,

---

[1]) Vergl. S. 48.

wenigstens unter Umständen, die Freiheit seiner Entschließung bei Erneuerung der Allianz mit Oesterreich und Deutschland einzuengen im Stande ist. Daß unter diesen Verhältnissen die Aufrechterhaltung des jetzigen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Italien die Hauptsorge der betheiligten Diplomatie bilden muß, liegt auf der Hand, und zwar namentlich deshalb, weil, sobald Italien, einerlei aus welcher Ursache, vom Dreibund zurücktritt, Oesterreich durch die alsdann erforderliche Deckung seiner italienischen Grenze militairisch in einer Weise gebunden würde, die es ihm unmöglich machte, eventuell den Art. I des Bündnißvertrages mit Deutschland zu erfüllen, d. h. Deutschland „mit seiner gesammten Kriegsmacht" beizustehen. Die österreichische Bundesgenossenschaft würde dann militairisch derart für uns verlieren, daß ihr Werth nur noch ein sehr problematischer wäre.

An diese zum Glück einstweilen nicht in Betracht kommende Möglichkeit der Auflösung des Dreibundes, knüpfen wohl auch die letzterzeit mehrfach colportirten Zeitungsgerüchte über eine angebliche Annäherung zwischen Deutschland und Rußland an. Diese Gerüchte müssen jedoch schon deshalb unbegründet sein, weil das Bündniß mit Oesterreich eine Allianz Deutschlands mit Rußland ausschließt. Aber auch im Falle des Ablaufs dieses Bündnisses ohne Erneuerung oder seiner vorherigen Auflösung würde die Allianz mit Rußland nach mehrfacher Hinsicht eine Sache von großer Fraglichkeit sein. Freilich entspricht ein deutsch-russisches Bündniß den Traditionen der preußischen Politik ebenso sehr, wie es militärisch hoch zu veranschlagen wäre. Deutschland und Rußland vereinigt würden jeden Augenblick ganz Europa ihrem Willen unterwerfen können. Aber einmal liefe eine derartige terroristische Politik den deutschen Grundsätzen und Anschauungen zuwider, zweitens hat die Medaille auch ihre Kehrseite. Während das Bündniß mit Oesterreich in beiden Staaten von den Sympathien der Bevölkerung getragen ist, würde davon bei einer deutsch-russischen Allianz, namentlich nach den gegenseitigen Verhetzungen der letzten Jahre, nur in sehr bescheidenem Maße die Rede sein können. Die Basis eines solchen Bündnisses würde lediglich das Wort der beiden Monarchen bilden. Allerdings wäre das eine sehr starke Garantie; andererseits aber läßt sich nicht verkennen, daß die Fundirung einer Allianz mit Rußland auf den einzigen Willen des Zaren doch Gefahren hat, die bei dem deutsch-österreichischen Bündniß nicht bestehen. Wir haben es zu Ende der siebenziger Jahre, nach dem Berliner Congreß erlebt, daß es plötzlich einem mißvergnügten, eifersüchtigen, aber geschickten Diplomaten gelang, das Ohr des Zaren gegen das bis dahin eng befreundete Deutsche Reich derart zu gewinnen, daß die Aufrechterhaltung der alten Beziehungen

mit der nationalen Würde Deutschlands nicht mehr zu vereinigen war, und daß eben deshalb der Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich erfolgen mußte. Derartigen Situationen kann sich ein Reich wie das Deutsche nicht wohl aussetzen.

Selbst wer in dem gegenwärtigen Dreibunde ein zunächst mehr diplomatisch wirkendes Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens erblickt und wer nicht bloß aus dem allgemeinen Wunsche, jeden großen Krieg wegen seiner furchtbaren Opfer an Gut und Blut vermieden zu sehen, die militärische Erprobung des Dreibundes uns erspart wissen will, auch der wird mindestens fragen müssen, ob die größere militairische Kraft, die einem deutsch-russischen Bündnisse eigen sein würde, nicht durch die Gefahr seiner Unsicherheit paralysirt werden müßte. Die sich hier ergebenden Bedenken sind so stark, daß sie selbst die Besorgnisse ausgleichen, die der Wahrscheinlichkeit entspringen, daß wir bei Ausbruch eines Krieges unseren Bundesgenossen einen beträchtlichen Theil der Mittel zur Kriegführung würden vorstrecken müssen, während wir, nach den Erfahrungen von 1870 und der jetzigen Lage zu urtheilen, bei Unterbringung umfangreicher Kriegsanleihen vielleicht selbst Schwierigkeiten zu überwinden hätten.

Resumirt man alle vorstehend entwickelten Gesichtspunkte, so gelangt man zu der völligsten Befreundung mit der jetzigen Lage: So lange Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien im Dreibunde vereinigt sind, und auf die Seemacht Englands als weitere Hülfe rechnen dürfen, wird der Friede Europas nicht gebrochen werden. Daraus aber ergiebt sich die diplomatische Aufgabe der Zukunft von selbst. Neben den friedensichernden Kriegsrüstungen und der Sorge um den Fortbestand des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Italien, resp. zwischen diesen Staaten und England, wird es sich nach wie vor darum handeln, daß der Dreibund auf seine ursprüngliche Bestimmung beschränkt bleibt und nicht in den Dienst der Specialinteressen gestellt wird, für die er nicht geschaffen ist. Wir hegen das feste Vertrauen, daß, soweit Deutschland in Betracht kommt, der „alte Cours" in dieser Beziehung mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gewahrt bleibt.

* * *

Am 14. Juni empfing der Fürst eine Abordnung aus Düsseldorf, die ihm eine Adresse der dortigen vereinigten Mittelparteien überreichte.

Der Fürst nahm nach einer Ansprache des Herrn Rechtsanwalts Mengelbier Anlaß, sich eingehender über seinen Rücktritt und seine jetzige Stellung zu äußern.

Er verhehlte nicht, daß er sich gerade bei seinem jetzt sehr günstigen Gesundheitszustande kräftig genug gefühlt habe, die Bürde seines Amtes

noch weiter zu tragen, daß er auch gerne dazu bereit gewesen sei und gehofft habe, bis zu seinem Lebensende in bisheriger Weise dem Vaterlande dienen zu können. Unter den gegebenen Verhältnissen habe er sich aber sagen müssen, daß seines Bleibens nicht mehr sei. Er sei jetzt Privatmann und habe keinen sehnlicheren Wunsch, als allseitig als solcher betrachtet und behandelt zu werden — man solle ihn doch jetzt in Ruhe lassen. Daß er auch als Privatmann noch besonderes Interesse an der Politik nehme, sei erklärlich, da er sich doch 40 Jahre lang ausschließlich mit derselben beschäftigt und ihr alle seine sonstigen Neigungen und mannigfache Beziehungen zum Opfer gebracht habe. Nichts liege ihm aber ferner, als auf den Gang der Politik erneut einen Einfluß erstreben zu wollen; alles, was die Zeitungen nach dieser Richtung schrieben, sei unrichtig; möchten dieselben doch endlich aufhören, ihn in solcher Weise zu verdächtigen; aber gerade diejenigen, deren Wünsche durch seinen Rücktritt vom Amte Erfüllung gefunden, suchten ihm auch die Rechte eines Privatmannes zu schmälern; er lasse sich aber das jedem Privatmanne zustehende Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen. Auch könne er sich hierin nicht durch die Rathschläge ihm früher wohlgesinnter Blätter beirren lassen; er glaube nicht, daß er nach dem 20. März weniger in der Lage sei, ein richtiges Urtheil zu fällen und richtig zu handeln als vorher — und er fühle sich durchaus im Stande, die volle Verantwortung für sein Auftreten zu übernehmen. Alles aber, was er thue, könne doch nur bezwecken, nach seiner Auffassung der Dynastie und dem Vaterland zu nützen. Mit besonderem Dank an die Abordnung, deren Erscheinen im wohlgethan habe, schloß er diese längeren Ausführungen. („Hamb. Nachr." vom 19. Juni, A.-A.)

Auf diese Ansprache nimmt die unten S. 128 folgende Auslassung „Das Recht des Fürsten Bismarck" Bezug.

* * *

Die Friedrichsruher Interviews geben den Zeitungen zu immer neuen Aeußerungen Anlaß, besonders dann, wenn irgend eine Aeußerung des Fürsten neben der natürlichen noch eine andere, womöglich gegen ihn auszubeutende Deutung zuläßt. So in folgendem von den „Hamb. Nachr." aufgeklärten Falle (16. Juni, A.-A.):

In dem englischen Text des Berichtes, den der „Daily Telegraph" über die Unterredung seines Vertreters, Mr. Kingston, mit dem Fürsten Bismarck publicirt hat, kommt folgender auf die Kaiserin Friedrich bezügliche Satz vor:

„Since her awful bereavement, by the way, the Empress

Victoria's attitude towards Germany bas been, and now is, absolutely irreproachable — the complete realisation of a high ideal."

Uns scheint, daß es zum Verständniß dieses Satzes nicht nöthig ist, eine Verwechslung zwischen der Kaiserin Friedrich und der Königin Victoria von England anzunehmen, wie dies z. B. der „Hamburger Correspondent" thut. Man macht sich nicht genügend klar, wie solch ein Bericht eines Interviewers zu Stande kommt. Der obige Satz wird verständlich, wenn man daran denkt, daß der Berichterstatter gefragt haben wird: Wie ist das Verhältniß zur Kaiserin Friedrich since her awful bereavement, und daß darauf geantwortet sein mag, daß es das denkbar beste gewesen sei, womit also in keiner Weise, wie fortschrittliche Blätter zu beweisen versuchen, behauptet wird, daß jenes Verhältniß früher weniger gut gewesen sei. Die Begrenzung der Angabe wird also durch die Art der Fragestellung und nicht den Intentionen des Antworters gemäß gegeben worden sein.

In derselben Nummer wird aber auch eine entgegengesetzte Stimme mitgetheilt, die wichtig genug gewesen ist, Beachtung zu finden und mit begleitenden Worten mitgetheilt zu werden:

Nr. 133 der in Würzburg erscheinenden „Neuen Bayerischen Landeszeitung" vom 9. Juni d. J. bringt einen Artikel über den Fürsten Bismarck, der an bajuvarischen Kraftausdrücken reich, aber sonst nicht uninteressant ist. Wir citiren aus dem, Berlin, den 6. Juni datirten, Artikel was folgt:

„Weil Fürst Bismarck in jüngster Zeit seine Meinung über Personen und Dinge ausländischen Redacteuren mitgetheilt hat, wird er von den Einen als Narr, von den Andern als Schwachkopf, von den Dritten als Verbrecher, als Landes- und Hochverräther gebrandmarkt. Wenn man aber als einigermaßen erfahrener Mann, der sich in der Welt umgesehen hat, diese Auslassungen der sogenannten deutschen Zeitungen liest, dann wahrhaftig kann man es dem Fürsten nicht mehr übel nehmen, wenn er lieber mit einem französischen oder russischen Correspondenten, als mit deutschen Reichsstiefelputzern plaudert.

„Daß der Fürst bei seinen Unterhaltungen freier sich ausspricht als man es von unseren tonangebenden Durchschnittsmenschen und Berliner Culturschnickeln gewohnt ist, können ihm nur diese übel nehmen. Diese Leute mit ihren linirten Schädeln und geaichten Hohlräumen möchten sogar den Kaiser auf den Scheffel setzen, unter dem sie ihr armseliges Nachtlichtlein gegen den Windzug sichern, indem sie ihm die Ansicht unterlegen, sein erster Kanzler verübe dadurch, daß er von seinem Recht des freien Urtheils in erlaubter Weise Gebrauch mache, einen erschrecklichen Mißbrauch seiner Stellung."

In einer anderen früheren Correspondenz desselben Blattes war u. A. zu lesen:

„Und mit den freisinnigen Scharwächtern um die Wette tuten die Nachtwächter der anderen Parteien. ‚Kusch dich!‘ rufen sie im Chorus nach Friedrichsruh. Es ist gerade als ob sie die Angst eines Hasen vor einem Löwen befiele, wenn sie an die Rückkehr Bismarcks im parlamentarischen Leben denken. Und doch brauchten sie keine Angst zu haben. Ein gesättigter Löwe verschmäht einen mageren Lampe. Beinahe könnte aber einen vernünftigen deutschen Mann der Wehmuths-Bacillus beschleichen, wenn er die kleinliche Furcht und das großmächtige Geschrei unserer Vertreter der öffentlichen Meinung wahrnimmt. Selbst den unerschrockenen Fürsten Bismarck möchte die Besorgniß überkommen, daß seine Gründung, das Reich, noch immer auf recht schwachen Füßen stehe. Kläglich ist es ja geradezu, daß fast alle Parteien und die hervorragenden Zeitungen den Fürsten in seinem Austragstüberl an die Kette legen möchten. Die Deutschen sind noch immer Krähwinkler."

Nicht am wenigsten beachtenswerth an diesen kräftigen Aeußerungen bayerischen Unmuthes ist, daß sie in einem clericalen Blatte von der Sigl'schen Tonart und von demokratischen Allüren enthalten sind. Der Abg. Windthorst hat gelegentlich seiner Rückblicke auf die frühere Kanzlerperiode dem Fürsten Bismarck regelmäßig ein Mißtrauensvotum ertheilt; dem gegenüber ist es mindestens auffällig, daß in bayerischen Centrumsorganen sich solche deutliche Spuren von Parteinahme für den Fürsten constatiren lassen.

* * *

Ebenfalls in derselben Nummer wird dem Reichstagsabgeordneten Singer eine Nachhülfe für sein Weisheitsbedürfniß zu Theil mit Bezug auf eine Aeußerung von ihm in der Reichstagssitzung des 13. Juni:

In der Rede, die der socialdemokratische Abgeordnete Singer in der Freitagssitzung des Reichstages gelegentlich der Berathung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages gehalten hat, hieß es:

„Die Kündigung des Niederlassungsvertrages war die Strafe für die Schweiz, dieses Spitzelsystem als höhere Weisheit anzuerkennen; aber leider verderben böse Beispiele gute Sitten, man fängt auch in der Schweiz schon an, von der guten alten Praxis abzuweichen."

Was der Abgeordnete Singer in seinem Jargon hier über die veränderte Haltung der Schweiz den Socialdemokraten gegenüber gesagt hat, beweist besser als manches andere, daß seiner Zeit durch die Kündigung des Vertrages und die mit der Wohlgemuth-Sache zusammenhängenden diplomatischen Verhandlungen etwas erreicht worden ist.

* * *

Am 20. Juni wurde dem Fürsten Bismarck der Ehrenbürgerbrief der Stadt Kassel von einer Deputation überreicht. Ueber die Unterhaltung bei der Frühstückstafel entnehmen wir dem „Kasseler Stadtanzeiger“ Folgendes:

In höchst bemerkenswerther Weise sprach sich Fürst Bismarck über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung aus. Er bemerkte, daß er von internationalen Vereinbarungen zum Schutze der Arbeiter nicht allzuviel halte. An sich zwar seien solche Vereinbarungen ja ganz schön, aber Deutschland käme dabei stets schlecht weg. Es halte ehrlich, was vereinbart sei, während die anderen Staaten sich dann gewöhnlich um vieles herumzudrücken suchen. Auf dem Papier haben sie alles zwar auch, aber die Ausführung lasse immer sehr viel zu wünschen übrig.

Auch das Verbot der Sonntagsarbeit hat, wie ja bekannt, nicht den Beifall des Fürsten. Er betrachtet alles, was hier geschieht, als einen Eingriff in die Selbstbestimmung der Menschen, als Beschränkung der persönlichen Freiheit. Was hier durch die Sitte Gutes geschieht, verdiene gewiß alle Anerkennung, aber Zwang dürfe nicht herrschen.

Am interessantesten, weil von actueller Bedeutung, waren des Fürsten Aeußerungen über den deutsch-englischen Vertrag. Auch Fürst Bismarck findet,

daß England seinen Vortheil sehr gut zu wahren verstanden hat. In den Kreisen der Colonialschwärmer (zu welchen er sich ja nicht rechne) werde das Abkommen wohl sehr arge Verstimmungen hervorrufen. Namentlich mißfällt dem Fürsten das englische Protectorat über das Sultanat Sansibar. Zunächst zwar werde England den Hamburger Kaufleuten, welche im Sultanat ansässig sind, großes Entgegenkommen zeigen, aber das werde wohl nicht allzu lange dauern; dann werde England schon bald genug dieser deutschen Elemente sich zu entledigen wissen. Ueber den Werth Helgolands könne man streiten. Es habe ja immer schon zu den Desiderien deutscher Patrioten gehört, diese Insel in deutschen Besitz wieder überzuführen, und man könne darüber, was als Preis einer solchen nationalen Forderung zu gewähren sei, verschiedener Meinung sein. Das lasse sich nicht so absolut genau feststellen.

Auf die Frage, ob der Fürst nicht einmal die Residenzstadt Kassel mit seinem Besuche beehren wolle, erwiderte er, daß er eine derartige Möglichkeit nicht von sich weisen wolle. Er müsse sich nur erst daran gewöhnen, als Privatmann in seinen vier Pfählen beschäftigungslos für sich zu leben. Sobald er sich aber erst einmal in diesen Gedanken eingelebt habe, beabsichtige er, diejenigen Stätten, welche er in seiner Jugend liebgewonnen hätte, nunmehr auch im Alter einmal wieder aufzusuchen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." sahen sich am 21. Juni (M.=A.) von Neuem genöthigt, gegen die Verblendung zu kämpfen, die gerade dem Fürsten Bismarck das Recht der freien Meinungsäußerung schmälern oder sogar ganz entziehen will. Er beanspruche damit nur sein gutes Recht, das man keinem andern Staatsbürger verkümmere oder vorenthalte:

Das Recht des Fürsten Bismarck. Der „New=York Sun" vom 9. Juni beschäftigt sich in einem „The Chatter about Bismarck" überschriebenen Artikel u. A. mit den Ermahnungen, die anläßlich der Friedrichsruher Interviews an die Adresse des Fürsten Bismarck gerichtet worden sind. Die drastischen Ausführungen des New=Yorker Blattes sind für uns nicht mittheilbar. Nur einen Satz greifen wir heraus. Er lautet in der Uebersetzung:

„Es hieße die Insolenz auf den Gipfel der Unsinnigkeit treiben, wenn man dem größten Wohlthäter, den Deutschland jemals gehabt hat, die Freiheit der Rede verweigern wollte, deren sich die ultramontanen und fortschrittlichen Politiker erfreuen und die demnächst auch den Socialisten durch den Verfall desjenigen Gesetzes gewährt werden soll, durch das sie bis dahin geknebelt worden sind."

Die hier geäußerte Ansicht wird der Zustimmung aller ehrlichen Leute nicht entbehren. Fürst Bismarck selbst hat es mehrfach, zuletzt beim Empfange der Düsseldorfer Deputation, ausgesprochen, daß er sich das Recht jedes Privatmannes auf freie Meinungsäußerung nicht schmälern lassen und sich hierin auch nicht durch die guten Rathschläge ihm früher wohlgesinnter Blätter beirren lassen werde. Man sollte meinen, daß es der weiteren Erklärung des Fürsten: er glaube nicht, daß er nach dem 20. März weniger in der Lage sei, ein richtiges Urtheil zu fällen und richtig zu handeln als vorher, und er fühle sich durchaus im Stande, die volle Verantwortung für sein Auftreten zu übernehmen, — daß es dieser Erklärung nicht erst bedurft hätte, um urtheilsfähige Zeitungen davon zu überzeugen, daß die Ertheilung von guten Lehren dem Fürsten gegenüber ebenso unpassend wie unnöthig sei. Man geht aber wohl nicht fehl mit der Annahme, daß die deutschen Preßorgane, die dem Fürsten Bismarck das Reden verbieten wollen, keinen anderen Zweck haben, als an höchsten Stellen Verstimmung gegen den Fürsten hervorzurufen. Dem Bestreben, diesen Zweck zu erreichen, fällt die Einsicht zum Opfer, daß die betreffenden Blätter damit das Gebiet ihrer sonstigen politischen Auffassungen bezüglich des Rechtes auf selbstständige Meinungsäußerung beschränken, auch für sich auf das Recht dazu verzichten und es aufgeben müssen. Selbst der königstreueste Minister oder Staatsbürger kann unter Umständen anderer Ansicht sein als sein Monarch. Ist es nach der Meinung der fortschrittlichen Presse die Pflicht eines solchen

Mannes seine Meinung zu ändern, zu verschweigen — oder sie auszusprechen, soweit es ohne Verletzung der Ehrerbietung gegen den Monarchen geschehen kann? Minister, die in Preußen mit den königlichen Auffassungen nicht übereinstimmen, sind deshalb nicht von der Pflicht entbunden, ihre Ueberzeugung von dem, was im Landesinteresse zu empfehlen sei, dem Monarchen gegenüber zu vertreten. Ihre Pflicht ist, das zu rathen, was sie für recht und nützlich halten, und eventuell, wenn ihr Rath kein Gehör findet, in ihrem Gewissen zu erwägen, ob sie besser thun, sich zu fügen, oder zu gehen. Ein Privatmann ist aber kein Minister, und wenn er es früher gewesen ist, so nimmt ihm das nicht das Recht zur offenen Aussprache seiner Gedanken.

Wir glauben nicht, daß in unserem Blatte jemals ein unehrerbietiges Wort gegen Se. Majestät den Kaiser enthalten gewesen ist. Für die Behauptung aber, daß dergleichen in den Berichten auswärtiger Interviewer des Fürsten Bismarck vorgekommen sei, fehlt es bis jetzt an jeder beweisenden Citirung bestimmter Sätze oder Gedanken aus den Berichten. Man begnügt sich mit allgemeinen Behauptungen, und da nur wenige Leser dergleichen ausländische Berichte in extenso lesen, so ist es leicht, die Tragweite derselben durch abrupte Auszüge zu entstellen. Wenn man aus den Berichten den Schluß ziehen könnte, daß Fürst Bismarck als Privatmann über manche Dinge Ansichten hat, denen die Allerhöchste Zustimmung fehlt, so wird darin noch kein genügender Grund gefunden werden können, solche Ansichten überhaupt nicht in der Presse zum Ausdruck zu bringen, so lange die Form und die Ehrerbietung gewahrt werden, auf welche die Krone in monarchischen Ländern das Recht hat.

Diese Sätze sind so einfach, daß die ganze Verbissenheit der radicalen Auffassungen dazu gehört, um sie zu bestreiten und einem Manne, der 40 Jahre lang in den oberen Regionen unserer Politik thätig gewesen ist, das Recht aberkennen zu wollen, eine eigene Meinung zu haben und sie öffentlich auszusprechen.

* * *

Die Aufgabe des Bangemachens vor dem Fürsten Bismarck als Reichstagsabgeordneten, die die „Freisinnige Ztg." übernommen hatte (vgl. die Auslassung vom 4. Juni, oben S. 93), ist, wie es scheint, zur weiteren Ausbeutung dem „Organ für Jedermann aus dem Volke", der Berliner „Volks-Zeitung" zugefallen. Zur Vermeidung von Irrthümern wird sie belehrt in den „Hamb. Nachr." vom 21. Juni (M.-A.):

Am Schlusse eines Artikels der Berliner demokratischen „Volks-Ztg." wird in Bezug auf die Stellung, die Fürst Bismarck im Reichstage einnehmen würde, gesagt:

„Zur Unterstützung des neuen Kanzlers würde der entlassene Kanzler, auch wenn er es beabsichtigte, nicht in den Reichstag gehen."

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir meinen, daß, falls Fürst Bismarck voraussetzen müßte, er werde auf Grund seiner Prinzipien und Anschauungen genöthigt sein, gegen die neue Regierung Stellung zu nehmen, er ein Reichstagsmandat überhaupt nicht acceptiren würde. Andererseits dürfte ihn seine Zustimmung zu der jetzigen Regierungspolitik im Großen und Ganzen allerdings nicht abhalten, in einzelnen Fragen eine abweichende Ansicht zu äußern, wenn ihm dies nothwendig und nützlich erscheinen sollte.

* * *

Der Uebergang Helgolands an Deutschland legt den sehr berechtigten Wunsch nahe, daß uns England nun auch endlich die Walfischbai überlasse („Hamb. Nachr." vom 21. Juni, M.-A.):

Der mit der Abtretung Helgolands bekundete gute Wille Deutschland gegenüber berechtigt vielleicht zu der Hoffnung, daß England sich gelegentlich bereit finden läßt, die Walfischbai, woran noch weniger als an Helgoland englische Interessen bestehen, Deutschland zu überweisen. Für England ist die Walfischbai gänzlich werthlos, für Deutschland hingegen wegen des Mangels an brauchbaren Häfen an der Südwestküste Afrikas von Wichtigkeit.

Seitdem sind fast sieben Jahre verflossen; aber der Besitz der Walfischbai ist für uns immer noch ein pium desiderum! Hat doch Herr von Caprivi in Art. III. des Vertrages vom 1. Juli 1890 diese Frage aus zarter Rücksicht gegen England späterer Vereinbarung vorbehalten!

* * *

Zur Kennzeichnung der unwürdigen und das deutsche Ansehen aufs schwerste schädigenden Agitation gegen den Fürsten Bismarck, der 28 Jahre lang Preußens und Deutschlands Geschäfte und Geschicke mit fester und glücklicher Hand geleitet hatte, mag hier ein Artikel der „Augsburger Neuesten Nachrichten" aus der Nummer 137 vom 15. Juni Platz finden. Wenn auch manches darin auf Partei-Conto zu setzen ist, so ist doch der wesentliche Inhalt durchaus zutreffend:

„Zur Hetze gegen den Fürsten Bismarck. Es ist traurig, aber wahr: seit der Entlassung des Fürsten Bismarck hat sich gegen diesen größten aller Deutschen eine rücksichtslose Hetze aufgethan, die mit jedem Tage an Frechheit und Heftigkeit zunimmt und kein Mittel mehr scheut, das Andenken Bismarck's zu beschimpfen und sein Ansehen in den Koth zu treten. Wir meinen damit keineswegs die persönlichen Beleidigungen und Schmähungen der freisinnigen Presse, die seit Wochen eine stehende Tagesrubrik in einzelnen Blättern bilden; die Gehässigkeit, Gesinnungslosigkeit und Rohheit dieser Aus-

fälle richten sie und ihre Urheber selbst in den Augen jedes anständigen Menschen. Wir meinen vielmehr jene geschäftige Thätigkeit der alten Widersacher des Fürsten im rechten und linken Lager, die, mit dem Sturze des gewaltigen Mannes nicht zufrieden, aus Furcht vor dem noch ungeschwächten Einflusse desselben unablässig an der Arbeit sind, auf der einen Seite den Bruch zwischen den Nachfolgern Bismarck's und diesem selbst für die Dauer unüberbrückbar zu machen und die deutsche Politik in andere, als die bisher verfolgten Bahnen zu lenken, und auf der anderen Seite jede Handlung des jetzigen Privatmannes Bismarck als unpatriotisch und schädlich, als der Fronde entsprungen und dem Ansehen Deutschlands schadend darzustellen, Bismarck im Urtheile der großen Masse des Volkes zu verdächtigen, sein glänzendes Bild mit schmutzigen Flecken zu bewerfen und den Einiger Deutschlands endgültig als politische und moralische Persönlichkeit todtzuschlagen. Wir sehen die ‚Kreuz-Zeitungs'-Männer, die Frommen vom ‚Reichsboten' und die gesammte sogenannte conservativ-militairische Actionspartei hierbei brüderlich Hand in Hand mit dem Berliner Freisinn, den Demokraten in Nord und Süd und dem kleinstaatlichen Particularismus schreiten.

„Die Intrigue in den Kreisen der Hochtories und bei Hofe begann mit der Ausnutzung der Broschüre ‚Videant consules' in der ‚Kreuz-Zeitung' für ihre Sonderzwecke.[1]) Ihr zweiter Schlag war der ‚Kreuz-Zeitungs'-Artikel über ‚Die Politik des Kaisers' und die Agitation, die zur Herbeiführung einer Spannung zwischen Deutschland und Rußland in die Wege geleitet worden ist. Was man sich hier noch über die directe Intrigue bei Hofe gerüchtweise erzählt, mag übergangen werden. In welcher Richtung sie sich bewegt, geht deutlich genug aus den boshaften Preßnotizen hervor, die vom Unmuthe des Kaisers über den Fürsten Bismarck, von nach Friedrichsruh gelangten Warnungen, von bevorstehenden Säuberungen der Reichs- und Staatsämter von Anhängern Bismarcks u. s. w. allerlei Erbauliches zu berichten wissen. Neuerdings scheint man auch davor nicht zurückgescheut zu sein, das Ausland in den Dienst dieser Intrigue zu stellen. Denn es liegt nahe, die gemeinen Angriffe im ‚Daily Chronicle' gegen Graf Herbert Bismarck und die von Paris aus in die Welt gesetzte Ankündigung eines Vernichtungskampfes gegen den ‚Bismarismus' mit dieser Intrigue in Verbindung zu setzen! Die freisinnigen und demokratischen Zeitungen aber knüpfen unablässig an die Unterredungen Bismarck's mit einem russischen und zwei französischen Journalisten an, um aus ihnen Material für ihre Verdächtigungen und Verleumdungen des Fürsten zu schöpfen.

„Die Frage, ob diesem ganzen schmählichen Treiben thatsächliche Vorgänge und Bestrebungen zu Grunde liegen, kann zur Zeit mit der wünschenswerthen

---

[1]) Vgl. oben S. 55.

Offenheit nicht beantwortet werden. In dieser Beziehung legt die Loyalität jedem deutschen Patrioten Zurückhaltung auf. Wozu soll man auch in der Presse aussprechen, was jeder Einsichtige und Aufmerksame, auch wenn ihm die volle Kenntniß der wirklichen Vorgänge abgehen sollte, von selbst herausfühlen muß? Wir wenden uns deshalb lieber der Haltung des Fürsten Bismarck zu: Der Fürst, der stets in erster Linie Patriot gewesen ist, weiß heute ebenso gut, wie er es Zeit seines Lebens gewußt hat, was er will und was er soll im höchsten Interesse des deutschen Vaterlandes. Und deshalb verschmäht er es, das otium cum dignitate zu genießen, das man ihm aufnöthigen will; deshalb treibt er weiter Politik. Besser als jeder Andere davon unterrichtet, welchen Einflüssen und Strebungen er zum Opfer gefallen ist, und welche Mächte die Herrschaft in Deutschland anstreben, hat er vom ersten Tage seiner Entlassung an begonnen, sein Lebenswerk, dem von ihm geeinten Deutschen Reiche den Frieden zu erhalten, fortzusetzen und die Pläne der Widersacher seiner Politik zu durchkreuzen. Es gehört die ganze Unreife oder Verlogenheit gewisser deutscher Preßpolitiker dazu, die publicistische Thätigkeit Bismarck's, die er neuerdings entwickelt, und seine Unterredungen mit den Vertretern der ‚Nowoje Wremja', des ‚Matin' und des ‚Petit Journal' aus der Geschwätzigkeit des Alters, der Neigung zu Indiscretionen und der Bitterkeit über die Entlassung zu erklären. Was Bismarck in der letzten Zeit gethan hat und was er noch zu thun willens ist, entspricht vielmehr der festen Absicht, für seine Politik an den Punkten zu kämpfen, an denen ihre Fortsetzung und bleibende Wirkung bedroht erscheinen. Dabei handelt er mit voller Kenntniß dessen, welche Apparate in Bewegung gesetzt werden müssen, um Eindruck auf die öffentliche Meinung, mit der er zur Zeit allein noch rechnen kann, zu machen. So erklärt es sich auf natürlichem Wege, daß er gerade auf die ausländische Presse und gerade auf diejenigen Organe derselben Bedacht genommen und Einfluß gewonnen hat, die bisher die deutschfeindlichste Richtung verfolgt haben. Und er hat vollkommen erreicht, was er beabsichtigte, man mag dies im Lager seiner Gegner leugnen oder zugeben. Die Berichte der ‚Nowoje Wremja' über die Unterredung Bismarck's mit Lwow haben gerade in einem Augenblicke, der den Eintritt einer acuten Spannung in den deutsch-russischen Beziehungen fürchten ließ, beruhigend auf die russische öffentliche Meinung gewirkt. Die französische Presse hat eine sichtbare Schwenkung gegenüber Deutschland vollzogen, und wenn Bismarck jetzt nach England gehen sollte, so hat er hierzu seine guten Gründe und bezweckt Dinge, die ihm auch seine Nachfolger in der Leitung der deutschen Politik danken werden. Es scheint, daß hierüber auch einigen Freisinnigen ein Licht aufzugehen beginnt; wenigstens läßt ein kürzlicher Leitartikel der ‚Vossischen Zeitung' über ‚die Friedensarbeit in Friedrichsruh' hierauf schließen.

„Hat Fürst Bismarck ein Recht darauf, seine Politik weiter zu treiben? Sicherlich! Wir möchten noch weitergehen und sagen: er hat die Pflicht dazu, nicht nur die Pflicht gegen sich selbst, sondern auch gegen sein Vaterland. Fürst Bismarck kann, so lange er lebt, in den Augen der Mitwelt niemals Privatmann werden, wie jeder beliebige verbrauchte Minister. Dem widerspricht seine ganze Persönlichkeit, seine geschichtliche Machtstellung und der Einfluß, der ihm vom Höchsten bis zum Niedrigsten in Europa willig eingeräumt worden ist, — eine Stellung, die ihn auch ohne Staffage eines mächtigen Reiches als eine europäische Macht erscheinen läßt. Auch nach seiner Entlassung blickt die Mehrheit des deutschen Volkes auf ihn, als seinen berufenen Führer, und er hat die Pflicht, dies Vertrauen auf ihn zu rechtfertigen. Darob mag das Heer seiner Gegner in Hohngelächter und Verwünschungen ausbrechen, — das läßt uns kalt, denn wir sprechen ein Urtheil aus, das sich als historische Thatsache bewahrheiten wird."

* * *

Der Fürst kommt auch in seinen weiteren Aeußerungen der nächsten Zeit immer wieder mit allem Nachdruck auf diesen Punkt zu sprechen. So auch am 22. Juni. An diesem Tage kam eine Berliner Abordnung nach Friedrichsruh zur Ueberreichung einer von mehr als 30000 Unterschriften bedeckten Adresse an den Fürsten. Baurath Kyllmann aus Berlin las die Adresse vor. Dann nahm der Fürst seinerseits zu etwa folgenden Ausführungen das Wort:

Er danke den Herren für ihr persönliches Erscheinen und spreche zugleich seinen Dank aus für die Adresse selbst, die ihm hocherhebend sei und ihm zum Herzen gehe. Es seien in letzter Zeit ja zahlreiche Kundgebungen aus den verschiedensten deutschen Städten an ihn gelangt; ganz besonders wohlthuend aber berühre ihn doch diese Adresse aus Berlin, da er, wenn auch kein geborener Berliner, doch in seinem sechsten Lebensjahre[1]) schon in die Hauptstadt übertragen worden sei, wo er, obiter gerechnet, etwa 45 Jahre zugebracht habe. Er könne sich somit gewissermaßen als naturalisirter Berliner bezeichnen. Außerdem sei diese Adresse für ihn von hervorragendem Werthe, weil es sich dabei um eine Kundgebung der Reichs- und Landeshauptstadt, der Hauptstadt der Provinz Brandenburg handle, an die so enge Bande ihn knüpften. Er habe sich ja nicht immer in vollem politischen Einverständniß mit allen Theilen der Berliner Bevölkerung befunden, es sei nicht immer ohne Kämpfe abgegangen; aber er denke an dieselben ohne jede Bitterkeit zurück, etwa so, wie man der Schul- und Universitätskämpfe sich erinnere. Er würde auch nicht Bedenken getragen haben, derartige Kämpfe,

[1]) 1821 kam der sechsjährige Knabe auf die Plamannsche Erziehungsanstalt in Berlin.

wenn nöthig, fortzusetzen. Dies sei ihm in Folge seines Scheidens aus dem Amte allerdings nicht mehr gestattet.

Was die Ursachen seines Rücktritts betreffe, so wolle er nur bemerken, daß man dieselben zumeist an einer falschen, höheren Stelle suche. Den Hauptgrund seines Scheidens habe ein eigentlich seit Jahr und Tag schon vorhanden gewesener, immer fühlbarer gewordener Mangel an Einigkeit und Einheitlichkeit der Anschauungen unter seinen vormaligen Collegen im Ministerium gebildet. Ohne einen einheitlichen Willen sei aber eine Leitung der Staats- und Reichsgeschäfte auf die Dauer unmöglich. Diese Einheitlichkeit würde sich eventuell ja durch einen Personenwechsel unter seinen Mitarbeitern haben herstellen lassen, die Herbeiführung eines solchen Wechsels aber sei nicht durchzusetzen gewesen, und so habe sich für ihn die Unmöglichkeit der Fortführung der Geschäfte ergeben.

Nach seinem Rücktritt in das Privatleben seien viele seiner ehemaligen Freunde der Ansicht, daß er nun auch zu völligem Stillschweigen verurtheilt sei, daß er sich wie ein stummer Hund verhalten müsse. Ein deutsches Sprichwort sage: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch den Verstand"; bei ihm wolle man es derart umkehren, daß es heißen müsse: „Wem Gott ein Amt nimmt, nimmt er auch den Verstand." Diese Ansicht vermöge er jedoch nicht zu theilen. Ueber die Dinge, über die er vor vier Monaten noch ein allgemein als maßgebend anerkanntes Urtheil besessen habe, werde er wohl auch heute noch zu urtheilen befähigt sein, und das Recht der freien Meinungsäußerung, das jedem Staatsbürger zustehe, werde er sich, man möge sagen, was man wolle, nicht nehmen lassen. Er befinde sich jetzt etwa in derselben Lage, wie einst Fürst Metternich, nach dessen Beispiel er sich sonst nicht gerade richten wolle. Wie Jener, so könne auch er sagen, daß er von der Bühne in das Parterre versetzt worden sei. Da er sein Parterrebillet nun einmal bezahlt habe, stehe ihm auch das Recht der Kritik an den Vorgängen auf der Bühne zu, nur müsse diese Kritik in loyaler Form und nicht mit der Pfeife geübt werden. Seine Kritik werde stets eine patriotische sein; aber gerade der Patriotismus würde ihm unter Umständen gebieten, im Interesse der Monarchie und der Dynastie auf etwaige Fehler seiner Nachfolger aufmerksam zu machen, welche diese beiden Hauptfactoren unseres nationalen Lebens schädigen könnten. Auch ein Minister, der nicht ängstlich an sein Amt sich klammere, werde sich verpflichtet halten, in denjenigen Fragen, in denen seine Ansichten von denen der höheren Stelle abwichen, ohne Rücksicht auf etwaiges Stirnrunzeln seiner dissentirenden Meinung Ausdruck zu geben. Werde sein Widerspruch nicht berücksichtigt, so gebe es für ihn nur zwei Wege: ent-

weder er füge sich, sofern es sich nicht um Cardinalfragen handele, oder er nehme seinen Abschied.

Ihm (Bismarck) habe man es zum Vorwurf gemacht, daß er fremde Interviewer empfangen und auf die Presse eingewirkt habe. Diesen Vorwurf müsse er ablehnen. So lange er im Amte gewesen sei, habe er sich in dieser Hinsicht eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen; jetzt begrüße er es mit Freuden, daß er im Interesse der Friedenspolitik, der er stets gedient habe und die auch für seinen Nachfolger maßgebend sei, durch Einwirkung auf fremde, weitverbreitete Preßorgane gehässigen Entstellungen und Mißdeutungen unserer Ansichten entgegentreten könne. Daß er nicht darauf ausgehe, der Regierung Schwierigkeiten zu verursachen, sei selbstverständlich; er werde sich bei seinen Auslassungen der gebotenen patriotischen Rücksichtnahme stets befleißigen. So denke er z. B. nicht daran, an den Ostafrika betreffenden Abmachungen Kritik zu üben. Das Recht der Meinungsäußerung aber könne und werde er sich nicht nehmen lassen, auch wenn er dabei schließlich ganz allein stehen sollte.

Zur besonderen Genugthuung werde es ihm natürlich gereichen, wenn die Herren der Deputation, die einen so bedeutenden Theil der Berliner Bürgerschaft verschiedener politischer Richtung verträten — abgesehen natürlich von der Socialdemokratie —, seine Anschauung als berechtigt anerkennen oder wenigstens zulassen wollten.

* * *

Welche Logik auch dem Fürsten sonst freundlich gesinnte Blätter, wie z. B. den „Hannoverschen Courier", zu dem Aergerniß an seinen politischen Kundgebungen nach der Entlassung treibt, dafür ist eine Aeußerung des eben genannten Blattes über die Rede an die Berliner Deputation sehr bezeichnend. Der „Hann. Courier" sagt:

„Fürst Bismarck behandelte in seiner Rede einen Gegenstand, der auch in der Presse wiederholt erörtert worden ist, noch kürzlich in den ‚Hamb. Nachr.' unter dem Stichwort ‚Das Recht des Fürsten Bismarck' (vgl. oben, S. 129f. D. Verf.). Fürst Bismarck ist eine weltgeschichtliche Größe, deren Ansichten auch jetzt überall nicht ohne nachhaltigen Eindruck entgegengenommen werden, bei seinen Verehrern wie bei seinen Gegnern, mögen diese es eingestehen oder nicht. Deshalb halten wir es nicht für richtig, wenn Fürst Bismarck sich in eine Linie stellt mit ‚Jedem, der ein Parterrebillet gelöst hat', und in gleichem Maaße wie dieser, das Recht der Kritik für sich in Anspruch nimmt. Wie man dem Genie die Schranken wegräumt, vor denen der gewöhnliche Sterbliche Halt macht, so zieht eine große Vergangenheit nach der anderen Seite Grenzen, welche für Denjenigen nicht vorhanden sind, der zu seiner Legitimation nichts weiter vorzuweisen hat, als ein gelöstes Parterrebillet."

Das ist geradezu unglaublich. Man sieht daran wieder, zu was für Absurditäten Prinzipienreiterei und etwas Rücksicht auf das Wehen des Windes beim Umhängen des Mantels führen kann.

Was für ein gesundes, wenn auch scharfes Urtheil bietet dagegen ein deutschböhmisches Blatt, die „Gablonzer Zeitung.“ Ihre Nummer 72 vom 20. Juni enthält folgenden ganz vortrefflichen Artikel:

In Ungnade gefallen! Wir meinen den Fürsten Bismarck, den schon jetzt, erst wenige Wochen nach seinem Rücktritt, viele Tausende seiner „Bewunderer“ haben fallen lassen. „So sah ich fallen Blatt auf Blatt,“ kann man ausrufen, nachdem die „National-Zeitung“ und ähnliche Blätter sich ebenfalls gegen die „Bismarckgespräche“ erklärt haben.

Volksgunst ist noch wandelbarer als Monarchengunst. Zuerst ist der alte Bismarck seinem jungen König etwas unbequem geworden. Und jetzt wird er auch den andern Bewunderern seiner Größe unbequem.

Sehr begreiflich Alles! Fürst Bismarck benimmt sich stets ganz anders, als die regelrechten andern Menschen. Nachdem er in Gnaden entlassen und mit Ehrentiteln und Rosen förmlich überschüttet, nachdem ihm ein „Begräbniß erster Classe“ bereitet, nachdem eine jede anständige Zeitung einen rühmenden Nekrolog dazu geschrieben hatte, nach all dem ungewöhnlichen Pomp hätte der alte Held in die Buchenwälder seines Sachsenwaldes ganz verschwinden müssen. Das wäre in der Ordnung gewesen. So gebot es die alte Sitte.

Die deutsche Presse dachte am Schluß des fünften Aktes eines großen weltgeschichtlichen Schauspieles angelangt zu sein. Da plötzlich — völlig unerwartet — rauscht der Vorhang von Neuem auf. Der alte Held lebt noch und redet weiter. Unerhört! Man ist sittlich entrüstet, wie der brave Franz Moor in Schiller's „Räuber“, der bekanntlich seinem alten, schmerzdurchbebten Vater zuruft: „Willst Du denn ewig leben?!“ Und auf der ganzen Linie einstiger Bismarck-Posaunisten hört man das Eulengekrächze: Fürst Bismarck hat sich selbst kleiner gemacht, als er war! Schade, jammerschade um den Mann!

Doch wir wollen diese früheren Anhänger Bismarck's nicht auf eine Stufe stellen mit den Politikern der Berliner „Volkszeitung“, nicht mit Eugen Richter und dem Socialdemokraten Liebknecht (welch Letzterer mit der Beschimpfung des Fürsten droht, falls er sich im Reichstage sollte sehen lassen). Das wäre völlig ungerecht. Denn diese hassen den Fürsten Bismarck, weil er so Großes für Deutschland vollbracht hat; jene aber — die früheren Bewunderer — haben ihn geliebt. Man höre nur, wie ein solcher Bismarckverehrer in einem Berliner Briefe an das „N. Dresd. Tagebl.“ seine Schmerzen über die rein menschliche Erscheinung Bismarck's schildert:

„Unbegreiflich, die Manie des Fürsten Bismarck, durch Zeitungsinterviews

Lärm in der Welt zu machen, nachdem er ein Menschenalter hindurch dieselbe Welt wie ein Olympier selbst gelenkt hat. Jeder, der nicht in den bornirtesten Parteifanatismus verrannt ist, Jeder, der genug historisches und ästhetisches Gefühl besitzt, um sich eine geschichtliche Erscheinung als Statue, ihr Wirken als Symphonie, als Epopöe vorzustellen, sie als Kunstwerk zu betrachten, wird, welcher Partei sich auch seine Ueberzeugungen zuneigen mögen, mit Schmerz die Haltung des alten Kanzlers betrachten, die ihn in der allgemeinen Meinung um einige Grade zurückbringen muß. Sie zeigt menschlich kleine Züge und beeinträchtigt das künstlerisch empfundene Bild, das von seiner Persönlichkeit im Volke lebt. Am letzten Ende verschwinden alle Parteidifferenzen, die mehr oder weniger auf Dummheit, Verstocktheit und Interesse beruhen, und die künstlerische Betrachtung, die einzig dauernde, die menschliche, die in der Seele des Volkes lebt, bleibt übrig. Die Phantasie des Volkes schafft den Nachruhm, und in dieser Phantasie lebt nicht mehr der Fürst von ehedem. Der große Streiter enthüllt sich als einfacher Sterblicher, behaftet mit allen kleinlichen Verstimmungen schwindender Berühmtheiten, mit der schlechten Laune eines Acteurs, der die ersten Rollen, die er bisher inne gehabt, Jüngeren abgeben muß. Nach der Herrschaft über eine Welt, die er seit Napoleon zum ersten Mal wieder in einer Männerfaust zusammenfassen konnte, hätte er sich mit mehr Majestät vom Schauplatz zurückziehen müssen, versinken wie eine untergehende Tropensonne, nicht wie ein alter Mond..."

Da haben wir die Kunstsimpelei unserer Tage in höchst naiver Offenherzigkeit. Man hat sich in gewissen Kreisen des Volkes daran gewöhnt, Alles mehr oder weniger theatralisch aufzufassen und zu behandeln. Man hat auch den Fürsten Bismarck als einen Helden der Bühne aufgefaßt und recensirt, jetzt höchst ungnädig den „Heldenspieler" als einen launenhaften „Acteur". Ohne Sinn und Verstand! Und vor Allem ohne Gefühl!! Der alte deutsche Bismarck ist niemals Komödiant gewesen — wie überhaupt die meisten Deutschen schlechte Bühnenspieler sind. Die weltgeschichtliche Größe Bismarck's ist ein Ergebniß seiner großen Gedanken, patriotischen Empfindung und seiner übermenschlichen Arbeit für Volk und Vaterland — aus dem Allen bekanntlich trotz einer Welt voll Widersprüchen das neue Deutsche Reich mitentstanden ist. Die Größe Bismarck's ist ein Ergebniß seiner glücklichen Staatskunst, durch welche die Monarchie und das Volk zu einem Ansehen gelangt sind, von dem in der Zeit des Conflictes kein Mensch eine Ahnung hatte. Bismarck hat die Deutschen politisch denken und handeln gelehrt. Und von solch weltgeschichtlicher Bedeutung soll die große Gestalt Bismarck's irgendwie einbüßen durch die durchaus lesenswerthen und für Deutschland ganz nützlichen Gespräche des Fürsten mit einigen ausländischen Zeitungsmännern?!! Die einzige Antwort, die aus dem Sachsenwalde jenen politischen Tagesrecensenten gebührte, wäre ein — homerisches Gelächter.

Aber die Sache ist zugleich ernst. Es liegt eine gewisse Tragik in dem, was der große Held jetzt erleben muß, weil er nicht schon gestorben ist. Die wirkliche Herzensneigung zu großen Männern, das, was wir Liebe nennen, wird für gewöhnlich gerade durch die sogenannten Schwächen derselben erzeugt. Weil der große Bismarck auch nur ein Mensch ist, weil er Gemüth besitzt wie andere Menschen: deshalb lieben ihn die Seinigen — und deshalb sollte ihn auch das deutsche Volk erst recht lieben. Hat es nicht etwas Rührendes und ist es nicht ganz natürlich, daß der alte 76jährige Bismarck an der Politik hängt mit allen Fasern seines großen patriotischen Herzens, — daß er, der früher immer darüber reden mußte, sich nicht wie auf Commando in eine ganz andere Welt des Denkens und Empfindens versetzen kann? Ueber vierzig Jahre war die Politik sein Beruf. Der Dienst für König und Vaterland machte ihn untreu gegen andere Lieblingsbeschäftigungen. Gar oft, wenn ihn die Last der Staatsgeschäfte drückte und der Haß seiner politischen Gegner keine Grenzen kannte, hat er sich nach dem Frieden des Landlebens gesehnt. Und auch er hat es nun erlebt, daß man im Alter hat, was man sich in der Jugend und im kräftigen Mannesalter wünscht. Aber das Erreichte ist dann nicht dasselbe, weil Alter und Beruf uns zu etwas Anderem gemacht haben. So hat sich Fürst Bismarck menschlich über seine Neigung zur Ruhe und landwirthschaftlichen Beschäftigung geirrt — wie sich so mancher geplagte Geschäftsmann, so mancher alte Offizier und Beamter, welche sich „zur Ruhe gesetzt“, über ihre zweite Natur — die der gewohnten Geschäfts-, Dienst- und Amtsthätigkeit — täuschten. Ist es nicht lieblos, gerade einem Bismarck die Beschäftigung mit den Gegenständen des politischen Berufes verbieten zu wollen? Ist es nicht beleidigend, einen solchen Mann, der gewiß sehr viel „Pikantes“ ausplaudern könnte, wenn er wollte, in den Verdacht der Tactlosigkeit zu bringen? Offenbart sich nicht die politische Impotenz gewisser Leute in dem Ausrufe: „Nun seht, es geht auch ohne Bismarck!“? Jawohl, es geht auch ohne Bismarck, weil er so tüchtig für Deutschland gearbeitet hat. Wenn der Baumeister ein Haus errichtet und wohnlich eingerichtet hat, so werden die Insassen bei Regenwetter nicht mehr naß — selbst wenn der Baumeister fortgegangen ist.

Was war Deutschland und was ist es geworden? Diese Frage sollten sich täglich alle Diejenigen vorlegen, welche dem alten Bismarck die letzten Jahre seines arbeits- und kampfvollen Lebens für König und Vaterland, für Kaiser und Reich, für den politischen Fortschritt der ganzen Welt durch ebenso alberne als kränkende Recensionen verbittern möchten. Die „Enthusiasten“ und Kunstfreunde mögen sich in Gottes Namen einen anderen Gegenstand für ihre moderne Inbrunst suchen — dadurch wird der Bedeutung Bismarck’s für Deutschland wenig Abbruch gethan.

* * *

Um den 20. Juni herum gewährte der Fürst dem Redakteur der „Dresdener Nachrichten“ Dr. Erwin Reichardt eine Audienz. Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 23. Juni (M.-A.) den Bericht des genannten Blattes:

Das Gespräch begann mit den früher gethanen Aeußerungen des Fürsten über die Presse. Ich sagte, daß es von einem guten Theile derselben sehr bitter empfunden werden müßte, wenn der Fürst über die deutsche Presse im Allgemeinen so mißliebig sich äußere und ihr den Vorwurf der Feigheit mache, ja behaupte — nach dem Bericht des Herrn Rittershaus —, daß nur die socialdemokratische Presse Muth habe.

Der Fürst erwiderte hierauf, daß ihn Herr Rittershaus in seinen Aeußerungen mehrfach nicht verstanden habe. Um den Ausdruck Feigheit, wie er ihn gebraucht, richtig aufzufassen, müsse man die Genesis desselben kennen, wie sie im vorangegangenen Gespräch gelegen habe. Er habe den Ausdruck ohne Bitterkeit gebraucht. Er habe sich über das Gebahren der ihm früher nahe gestandenen Presse, wie die „Kölnische Zeitung“ und die „Post“, namentlich aber über die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche früher von ihm fast allein erhalten worden sei, ausgesprochen; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe Herr Rittershaus weggelassen. Von dieser, der gouvernementalen Presse, die früher seine Ansichten vertreten, habe er wohl den Muth erwarten können, daß sie ihn gegen die albernen Anfeindungen und Entstellungen seiner Ansichten, wie sie die oppositionellen Blätter brächten, in Schutz nehmen würde. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche von ihm gleichsam auf die Conservativen vererbt worden sei, vermeide es überhaupt am liebsten, seinen Namen zu erwähnen; man fürchte, dadurch schon nach oben Anstoß zu erregen. Dies sei es, was er habe treffen wollen.

Die Befürchtung, anzustoßen, sei aber auch ganz falsch. Man nehme immer eine gewisse Gespanntheit zwischen dem Kaiser und ihm an, ja man habe ihn wohl in dem Verdacht, daß er noch Wünsche hege, etwa noch einmal in sein Amt zurückzukehren. Dazu sei er aber zu alt und man unterschätze auch sein Selbstgefühl. Er habe nur den Wunsch, in der Kritik der Nachwelt nicht das Opfer falscher Annahmen zu werden. Deshalb könne er nicht schweigen, wenn man sein Wirken angreife. Zwischen dem Kaiser und ihm liege aber gar nichts Feindseliges vor. Sie seien in einer Frage lediglich verschiedener Meinung gewesen, die er, der Fürst freilich für zu wichtig gehalten habe, als daß er sich habe fügen können. Er sei ein ebenso guter Royalist wie Anhänger des Hauses Hohenzollern, aber deshalb könne er mit Sr. Majestät verschiedener Meinung sein.

Bezüglich des Muthes der socialdemokratischen Presse äußerte sich der Fürst folgendermaßen:

Ob er die Worte so gebraucht habe, wie Herr Rittershaus berichtet, könne er nicht mit Bestimmtheit sagen. Aber die Socialdemokratie, welche ja noch gar nicht demaskirt sei, erwarte von dem jetzigen Regierungssystem nichts: sie könne also rücksichtslos dreinreden. Die Presse der anderen Parteien, auch die der Fortschrittspartei — denn diese hoffe ja auch vielleicht einmal regierungsfähig zu werden — habe immer mit gewissen Rücksichten zu rechnen. Es gebe da zu viel Streberthum und persönliche Rücksichtnahmen. Die Presse, die früher seine Ansichten vertreten habe, lasse jetzt die dümmsten Angriffe auf ihn unerwidert. So z. B. in der Morier- und Wohlgemuth-Angelegenheit. Morier sei ihm fast gar nicht bekannt. Sein Sohn habe mit ihm einen Conflict gehabt, weil Morier an Graf Herbert einen ungezogenen Brief geschrieben und sein Sohn ihm sehr kühl geantwortet habe. „In der Wohlgemuth-Angelegenheit haben wir einen sehr schönen diplomatischen Sieg davongetragen. Wir wollten einfach erlangen, daß die Schweiz mit unseren Socialdemokraten weniger freundlich umgehe, und das haben wir vollkommen erreicht. Daß man sich einmal hierbei so stellte, als wollte man die ganze Schweiz auffressen, das ist eben so. Aber das sind die Dummköpfe, die nicht wissen, wie's gemacht wird.“

Während wir nach Besteigung einer kleinen Höhe auf einer Holzbank saßen, fragte ich den Fürsten: Nach dem Berichte des Herrn Rittershaus habe er eine Verschärfung des Socialistengesetzes beantragen wollen; nichtsdestoweniger habe sich in der an den Reichstag gelangten Regierungsvorlage keine solche vorgefunden?

Der Fürst: er halte die socialistische Gefahr für die größte, die in der Politik überhaupt vorliege, z. B. für viel bedeutsamer, als die, welche etwa von Frankreich und sonst wem zu erwarten ist. Die Socialdemokratie sei beständig im Wachsen. Zu allen Zeiten, so weit man auch in der Geschichte nachschlage, hätten sich Streber an die Unzufriedenen gewendet und sich so eine Partei geschaffen. Unzufriedene werde es aber so lange geben, als Einer noch sehe, daß es einem Anderen besser gehe. Der socialistischen Gefahr zu begegnen, gab es nur zwei Wege: entweder ihren Forderungen nachgeben oder sie bekämpfen. Das erstere reize jedoch ihre Begehrlichkeit, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Jede Concession den socialistischen Forderungen gegenüber vergleiche er mit dem black-mail (ein Tribut, den die Niederschotten den Hochschotten zahlten, damit sie von ihren Räubereien verschont blieben). Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden; er (der Fürst) habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er sein Amt niedergelegt.

Von der Arbeiterschutzgesetzgebung, äußerte der Fürst, halte er nichts. Er behandle die Sache aber durchaus sine ira et studio. So lange ihm jedoch Niemand sage, wodurch der Arbeiter den durch die beschränkte Arbeitszeit verkürzten Lohn ersetzt erhalte, könne er dieser Gesetzgebung nicht zustimmen. Er sei gegen alle Zwangsmaßregeln, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränken und, wie bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, in die Rechte des pater familias eingriffen.

Ich wandte hierauf ein, ob denn aber nicht die Arbeiterschutzgesetzgebung eine Weiterführung der kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1881 seien.

Der Fürst: „I ganz und gar nicht. Für die kaiserlichen Erlasse, die mein eigenstes Werk sind, an denen ich in Varzin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich voll und ganz ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt aber genau da, wo der Zwang anfängt.“ Wenn man die Vorzüge solchen Arbeiterschutzes rühme, denke er immer an folgende Anekdote. Ungefähr im Jahre 1820 habe einmal ein preußischer Generalstabsofficier einen Merseburger Posthalter gefragt, wie sie sich denn unter preußischem Regiment fühlten? — Und die Antwort habe gelautet: „Ach, da haben wir nicht zu klagen; aber den L—, den Leipzigern, hätten wir es auch gegönnt.“

Nochmals auf die Socialdemokratie zurückkommend, äußerte der Fürst: Er habe die Absicht gehabt, die Befugnisse des Socialistengesetzes dahin zu erweitern, daß an Stelle der Ausweisung die Verbannung trete. Damit habe er aber im Staatsministerium nicht durchdringen können. Die Regierung sei vielmehr auf den nationalliberalen Vergleichsvorschlag in der Commission eingegangen, das Gesetz ohne Ausweisungsbefugniß anzunehmen, und dann würde er später noch viel weniger mit der Forderung strengerer Maßregeln haben kommen können. Er sei überhaupt Gegner von Concessionen in den Commissionen; er könne sich zu solchen nur Reichstagsbeschlüssen im Plenum gegenüber verstehen.

Auf meine Frage, was wohl eintreten dürfte, wenn nach Ablauf des Socialistengesetzes die Socialdemokratie kühner vorgehe, erwiderte der Fürst:

Im letzten Grunde ist die Socialistenfrage, ich möchte sagen, eine militairische Frage. Wenn das Geschwür aufgegangen, kann man die Ausschreitungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungszustandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer.

Kurz ehe wir uns dem Wohnhause näherten, wo der Spaziergang voraussichtlich sein Ende fand, fragte ich den Fürsten über seine Mitwirkung bei der letzten Militairvorlage bezw. seine Ansichten über die Verwirklichung der Scharnhorst'schen Ideen. In seiner Antwort hierauf zeigte er aber große

Zurückhaltung und berief sich auch darauf, daß er über Einzelheiten zu sprechen nicht befugt sei. Der Fürst betonte seine Freundschaft mit Caprivi. — Auf meine Frage, ob er eine Reise nach England machen werde, sagte der Fürst, daß er es selbst noch nicht wisse; vielleicht ginge er im September nach einem englischen Seebad. Er entschließe sich gewöhnlich erst einen Tag vorher.

Möge, so schließt der Interviewer, dieser Bericht dazu beitragen, irrige Meinungen, die durch Mißverständnisse oder absichtliche Verdrehungen über die Anschauungen des Fürsten von Bismarck verbreitet worden sind, zu zerstreuen!

* * *

Schon oben (S. 71—74) wurde ein lügenhafter Bericht der französischen Presse („Figaro“) über den Fürsten Bismarck mitgetheilt; damals hatte das ihn reproducirende deutsche Blatt („Berliner Börsen-Courier“) ihn gleich als erfunden charakterisirt. Diesmal handelt es sich um „Enthüllungen der Estafette“, eines in Paris erscheinenden Blattes, die diesem aus London zugegangen, am 21. Juni in Paris und am 23. vom „Frankfurter Journal“ veröffentlicht sind. Auch sie tragen das Gepräge der Unwahrheit mit unverkennbarer Deutlichkeit. Wunderbarer Weise unterläßt das Frankfurter Blatt vollständig, seine Leser darauf auch nur mit einem Worte hinzuweisen. Die „Hamb. Nachr.“ vom 29. Juni (M.-A.) hängen das englisch-französische Machwerk tiefer. Wir fügen unten in dem Citat aus dem „Frankfurter Journal“ die von den „Hamb. Nachr.“ fortgelassenen Sätze in Parenthese bei.

In einigen Blättern ist geäußert worden, daß unsere Vertheidigung des Fürsten Bismarck gegen Verunglimpfungen durch die Presse überflüssig sei. Diese Ansicht erscheint wenig zutreffend. In Folge des verlegenen Schweigens der meisten anständigen Blätter zu den schimpflichen Angriffen der Berliner Demokratenorgane auf den Begründer des Reiches ist bereits eine derartige Verwirrung der politisch-moralischen Begriffe eingetreten, daß sich sogar nationalliberale Organe dazu hergeben, die niedrigsten Infamien, die ein französisches Blatt über den Fürsten Bismarck, scheinbar auf nihilistische Anregung, gebracht hat, weiter zu verbreiten. Als Beleg führen wir an, daß das „Frankfurter Journal“ in seiner Nr. 457, Abendblatt vom 23. Juni, einen derartigen Artikel unter sensationell fett gedruckter Ueberschrift mit behaglichem Kitzel, ohne irgend welchen Protest oder Zweifel, ja ohne auch nur ein Fragezeichen zu machen, nachdruckt, die Schändlichkeiten des betreffenden Artikels also seinerseits förmlich endossirt. Die „Enthüllungen“ die das „Frankfurter Journal“ weiter verbreitet, sind dem betreffenden Pariser Blatte aus London am 20. Juni zugegangen; wir citiren, damit sich Jeder selbst sein Urtheil über das Verhalten des „Frankfurter Journals“ bilden könne, daraus folgende Sätze:

„Der deutsche Polizist Peukert, welcher sich für einen Anarchisten ausgiebt und ein Complott zu bewerkstelligen sucht, hat vor etwa vierzehn Tagen einen Abgesandten nach Paris geschickt. (Dieser Mann, welcher von Hull, dem Wohnsitze Peukert's, abging, langte am 7. Juni an seinem Bestimmungsorte an, wo er sich als Pole vorstellte. Man weiß nicht, zu welchem Zwecke er die Reise unternommen hat, ist aber überzeugt, daß vor der Verhaftung der russischen Nihilisten in Paris gewisse Persönlichkeiten, die im Dienste der Berliner Polizei stehen, zwischen London und Paris beständig hin und her fuhren.) Zufällig erhielten einige Flüchtlinge von einem vertraulichen Briefe aus Berlin Kenntniß, in dem es hieß, vor dem Ablaufe des Socialistengesetzes müsse ein Hauptstreich ausgeführt werden. Herr Krüger, der Chef der Berliner Geheimpolizei, muß am 1. October seinen Rücktritt nehmen, was ihm nicht paßt. Gleich ihm sehen sich manche deutsche Polizei-Agenten in ihrer Existenz bedroht, und diese haben alles Interesse daran, ihre Nützlichkeit nachzuweisen. Noch ist Jedermann dem Ex-Reichskanzler Fürsten Bismarck ergeben. Leute, welche in der Lage sind, vertrauliche Mittheilungen aus Berlin und Hamburg zu erhalten, versichern, Herr v. Bismarck setze alle seine unzufriedenen Agenten in Bewegung. Ihm ist daran gelegen, daß seine Prophezeiung hinsichtlich bevorstehender Ruhestörungen in Erfüllung gehe, und wäre es mittels falscher Attentate. Andererseits will er für eigene Rechnung in auswärtiger Politik machen, und ist es seine Lieblingsidee, Paris als den Heerd hinzustellen, von wo alle Königsmorde ausgehen." (Eine sich hier weiter anschließende Notiz über einen angeblichen Lockspitzel L...... ist für das Vorliegende belanglos.)

Das „Frankf. Journ." fügt dem hinzu, das Pariser Blatt, dem es diese Angaben entnommen hätte, habe sich nach Genf gewandt, um Näheres über den entsandten Lockspitzel zu hören, und erfahren, daß er Landeisen heiße und der eigentliche Urheber der Züricher Bombenaffaire sei. Dieser redactionelle Schlußvermerk des „Frankf. Journ." kann nur den Zweck haben, dem Glauben Vorschub zu leisten, als sei doch etwas Wahres an den Mittheilungen des französischen Blattes. Wenn man solche Ungeheuerlichkeiten etwa in den Spalten der „Voss. Ztg." oder der „Volks-Ztg." — par nobile fratrum — fände, deren Leser gewohnt sind, daß ihnen der aus allen Schmutzgassen zusammengefegte Kehricht vorgesetzt wird, könnte man sich darüber nicht wundern; aber daß sich sogar ein nationalliberales Blatt dazu hergiebt, ist traurig und beschämend zugleich.

Am 4. Juli (A.-A.) fügen die „Hamb. Nachr." dem Vorstehenden noch folgende Notiz hinzu:

Die Berliner socialistisch-demokratische „Volks-Ztg." reproducirt die Bemerkungen, die wir neulich an die beifällige Verbreitung der gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Unwahrheiten des Pariser Blattes „Estafette" durch das „Frankf. Journ." geknüpft hatten, und bemerkt dazu:

„Es genügt uns, dies Geschimpfe eines alkoholisirten Subjectes in unseren Spalten höher zu hängen."

Mit dem „alkoholisirten Subject" ist — Fürst Bismarck gemeint. Dieser wüste Ausbruch des Hasses beweist abermals nur den Erfolg, den der Fürst mit seiner Politik den Socialdemokraten und Genossen gegenüber gehabt hat. Im Uebrigen kann die Beschimpfung von dieser Seite nur dazu dienen, bei allen denen, welche bezüglich der Socialdemokratie die Auffassung des Fürsten Bismarck theilen, das Andenken des entlassenen Staatsmannes zu befestigen.

* * *

Negative und positive Pläne des Fürsten Bismarck erfahren wir aus den „Hamb. Nachr." vom 4. Juli (M.-A.). Wohl hat man ihm von nationalliberaler Seite eine Candidatur für den Reichstag angeboten; er will aber nicht in diese Körperschaft eintreten — so betont er von Neuem —, ehe sich nicht klar herausgestellt hat, daß er zur jetzigen Reichsregierung nicht in principielle Opposition treten muß. Wenn so ritterliche Gesinnung doch auf beiden Seiten geherrscht hätte! Im übrigen würde er unter den jetzigen Umständen gerade einer nationalliberalen Aufforderung eher folgen, als einer conservativen. Gegen diese Partei ist er zeitweilig stark verstimmt wegen der oben (S. 55 und 62ff.) mitgetheilten Auslassungen der „Kreuz-Zeitung". Gleichzeitig ergiebt sich aber aus dieser Erklärung, daß dem Fürsten die Annahme eines conservativen Mandats von Hause aus näher gelegen hätte. — Im Anschluß an die Berichtigung der dem Fürsten zugeschriebenen parlamentarischen Absichten giebt dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr." auch eine solche der Pläne über seine nächsten Reisen:

In der Presse werden vielfach Eröterungen über eine Candidatur des Fürsten Bismarck im Wahlkreise Kaiserslautern angestellt. Dieselben sind gegenstandslos. Fürst Bismarck beabsichtigt nicht, das ihm angetragene Mandat anzunehmen. Er dürfte sich überhaupt erst dann entschließen, in den Reichstag zu gehen, wenn mit Sicherheit abzusehen ist, daß er nicht in eine principielle Oppositionsstellung zur jetzigen Regierung gerathen würde. Sollte diese Sicherheit bis zur Vornahme etwaiger Ersatz- oder Neuwahlen eingetreten sein, so würde der Fürst allerdings dem Antrag, ein Mandat aus einem nationalliberalen Wahlkreise anzunehmen, um so weniger ausweichen, als er den Nationalliberalen in letzter Zeit näher getreten ist als den Conservativen, welche, die Frei-

conservativen mit einbegriffen, in ihrem derzeitigen Verhalten dem Fürsten gegenüber stark an die Zeiten der „Reichsglocke“ erinnern.

Was das vielfach behandelte Thema der Reise nach England betrifft, so sind zwar vielfache und höchst ehrenvolle Einladungen von dort an den Fürsten ergangen; einstweilen hat derselbe indeß noch zuviel auf seinen Besitzungen zu thun, als daß er an eine längere Reise ins Ausland denken könnte. Auch ist der Fürst kein Freund von längeren Seefahrten und zwar nicht etwa, weil er zur Seekrankheit disponirte, sondern weil er, wie er oft genug gesprächsweise geäußert hat, jedes Schiff, auf dem er sich länger als einige Stunden aufhalten muß, wie ein Gefängniß betrachtet. Wenn der Fürst Friedrichsruh verläßt, so dürfte er sich zunächst nach Schönhausen und von da nach Varzin begeben. Alsdann käme ein Aufenthalt in Kissingen oder Gastein in Betracht. Damit würde weniger einem Bedürfnisse des Fürsten als prophylaktischen Gesichtspunkten entsprochen, die ärztlicherseits vertreten werden. Obschon sich Fürst Bismarck zur Zeit wohler befindet als seit Jahren, bestehen die Aerzte doch auf einem alljährlichen Aufenthalt in einem der genannten beiden Bäder. Es ist eher wahrscheinlich, daß sich an eine solche Badereise weitere Excursionen in Deutschland anschließen, als Besuche im Ausland. Uebrigens steht diesbezüglich noch nichts fest; es entspricht überhaupt nicht den Gewohnheiten des Fürsten, seine Reisepläne auf Wochen hinaus festzulegen. Jedenfalls entscheiden Neigung und ärztliche Vorschriften in letzter Stunde.

* * *

Am 2. Juli hat der Fürst eine Anzahl englischer Besucher in Friedrichsruh empfangen. Den Bericht der „Times“ darüber ergänzen die „Hamb. Nachr.“ mit einigen Bemerkungen am 4. Juli (A.-A.):

Den „Times“ wird aus Hamburg vom 2. Juli über einen Besuch englischer Herren in Friedrichsruh gemeldet:

Die Gesellschaft der „Humber steamship owners“ mit den Herren Kingrose, Lofthouse, Lutcliffe und Knott an der Spitze, begab sich von Hamburg aus, wo sie zwei Tage verweilt hatte, am Dienstag den 2. Juli nach Friedrichsruh und wurde dort vom Fürsten Bismarck sehr freundlich aufgenommen. Der Fürst richtete an die Gesellschaft in englischer Sprache folgende Worte:

„Meine Herren, es freut mich, einen so wichtigen Zweig des Handels hier zu sehen und zumal einen solchen wie die Handelsmarine, die so viel dazu beigetragen hat, die Beziehungen ins Leben zu rufen, die beiden Nationen so sehr zum Vortheil gereichen. Der Handel ist der große Beförderer der Civilisation und hat viel gethan, um die jetzt zwischen England und Deutschland bestehende Freundschaft zu schaffen. Er ist

die Quelle internationalen Fortschritts und führt zu einer Herzlichkeit, die in der That Gefallen erweckt; denn Höflichkeit ist das Oel für die Maschinen des menschlichen Lebens. Das Deutsche ist nicht so sehr geachtet in England wie das Englische in Deutschland. (Nein, nein!) Deutschland kann man mit einem self-made-man vergleichen, England mit einem alten aristokratischen Lord. Wir haben oft zusammengestanden in Zeiten des Friedens sowohl wie in den Tagen der Bedrängniß, und noch jetzt bestehen die besten Beziehungen zwischen den beiden Nationen; einen Beweis dafür liefert die schnelle Erledigung der afrikanischen Frage."

Bezug nehmend auf seinen Besuch in Hull im Jahre 1842 sagte der Fürst:

„Bei jener Gelegenheit lernte ich zuerst gerösteten Käse (toasted cheese) kennen, und da es Sonntag war, erinnerte mich mein Begleiter daran, daß Pfeifen nicht passend sei."

Der Fürst hat seine Besucher, wie wir ergänzend bemerken wollen, speciell auch an die alten Beziehungen zwischen England und Preußen, an den Siebenjährigen Krieg und an Waterloo erinnert. Was den Satz betrifft, daß England in Deutschland geachteter oder beliebter sei, als umgekehrt Deutschland in England, so hat der Fürst hinzugefügt, daß dies begreiflich sei; die Engländer kennten wohl Preußen, aber Deutschland sei ihnen noch neu; wenn ein Menschenalter vergangen sei, würde sich auch hierin Vieles geändert haben. Bezüglich der Abtretung Helgolands und des deutsch-englischen Abkommens überhaupt äußerte der Fürst, dieser Austausch müsse der Befestigung der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu Gute kommen; der Wunsch Deutschlands, mit England befreundet zu bleiben, werde dadurch auf's Neue bekundet. Die Ansprache des Fürsten kann jedenfalls dem Einvernehmen zwischen den beiden Nationen nur förderlich gewesen sein, wie sich auch die englischen Besucher mit lebhaften Cheers vom Fürsten verabschiedeten.

* * *

In derselben Nummer vertheidigen sich die „Hamb. Nachr." gegen den Vorwurf, einseitig und übertrieben die Politik des Fürsten zu vertreten:

Das „Frankf. Journal" beschuldigt uns, „der lärmenden Inanspruchnahme des ehemaligen Reichskanzlers, der eifersüchtigen und fanatischen Verfolgung der andersdenkenden Presse, der geflissentlichen Duldung des Scheines, als stände Fürst Bismarck hinter den fleißig geschriebenen Aufsätzen der Redaction". Wir sind in der Lage, diesen Angriff ignoriren zu können und beschränken uns auf die Bemerkung, daß unser Verbrechen in den Augen des „Frankf. Journals" und seiner Gesinnungsgenossen lediglich darin besteht, daß wir nicht, wie andere Windfahnen in der Presse, am 20. März d. J. unsere politischen Gesinnungen und

Auffassungen gewechselt haben. Was wir jetzt thun, ist lediglich die Fortsetzung der Politik, die wir stets vertreten haben, weil wir sie für richtig und nützlich hielten. Das Farbewechseln ist nicht unsere Sache, so sehr es auch, vielleicht nicht ganz zur Erhöhung des Ansehens der deutschen Presse, von dieser in letzter Zeit geübt worden ist.

* * *

Die Meinung, daß die Leitung der deutschen Politik in des Fürsten Bismarck Händen ruhen müsse, und die Vorstellung, daß sein direkter Einfluß auf die Regierung auch noch nach seiner Entlassung aus dem Amte fortdauern müsse, hatte so tiefe Wurzeln im Volke geschlagen, das sogar ein so ernst zu nehmendes Blatt wie die „Schlesische Zeitung" die Nachricht verbreitete, die Regierung hätte in einer politischen Angelegenheit den Rath des Fürsten eingeholt. Obgleich sich das Blatt inzwischen selbst berichtigt hatte, äußerten sich auch die „Hamb. Nachr." vom 4. Juli zu dieser Meldung (A.=A.):

Die „Schlesische Ztg." hatte neulich behauptet, Fürst Bismarck sei in einer politischen Angelegenheit von Berlin um Rath gebeten und habe denselben auch bereitwillig ertheilt. Das Blatt hat inzwischen seine Nachricht selbst als unbegründet zurückgezogen. Es erübrigt uns noch hinzuzufügen, daß seit der Entlassung des Fürsten eine politische Correspondenz irgendwelcher Art der amtlichen Stellen in Berlin mit dem Fürsten überhaupt nicht stattgefunden hat. Was dagegen von „Verstimmungen" in der Presse gesagt wird, entbehrt der Begründung. Ebenso ist das, was die freisinnige Presse über die „Unternehmungslust" des Fürsten äußert, haltlos. Der Fürst ist überhaupt nie „unternehmungslustig" gewesen, sondern hat sich stets auf die Wahrnehmung dessen beschränkt, was er für seine Pflicht hielt.

* * *

Am 4. Juli schickten die New=Yorker Independentschützen, die zum Berliner Schützenfest nach Deutschland gekommen waren, folgendes Telegramm an den Fürsten:

„Die Independent New=York sitzen mit Gästen und Freunden zur Feier des Amerikanischen Nationalfestes im Kaiserhof versammelt, senden den herzlichsten Glückwunsch für ferneres Wohlergehen und würden sich geehrt fühlen, Ew. Durchlaucht diesen Glückwunsch durch eine Delegation persönlich wiederholen zu dürfen. Im Falle der Genehmigung bittet um Angabe von Tag und Zeit

William V. Weber, Festpräsident."

Der Fürst antwortete sofort:

„Ich danke verbindlich für freundliche Begrüßung, und werde mich jederzeit freuen, wenn die Herren mich mit Ihrem Besuche beehren."

Der Empfang fand dann schon am 8. Juli statt. Auf die Begrüßungsansprache des Herrn William V. Weber dankte der Fürst in freundlicher Weise: es freue ihn herzlich, die Herren bei sich zu sehen. Im weiteren Verlauf seiner Antwortrede sprach er sich über die guten Beziehungen aus, welche zwischen den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und Deutschland beständen, und erwähnte, er erblicke in jedem Deutschen, der hinüber nach Amerika gehe, einen Pionier, der dazu beitragen werde, die bestehenden guten Beziehungen zu fördern. Auch der Samoa-Angelegenheit wurde gedacht, wobei der Fürst erwähnte, daß ganz Samoa nicht soviel werth wäre, um eine Störung in den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika herbeizuführen.

Von dem Wortlaut der Rede sind verschiedene Lesarten verbreitet; bei H. von Poschinger (Ansprachen des Fürsten Bismarck S. 141 bis 143) umfaßt sie 52 Druckzeilen. Eine andere Fassung enthält Nr. 398 der Nationalzeitung vom 9. Juli 1890. Da die „Hamb. Nachr." sich auf das oben mitgetheilte Referat beschränken, wird hier von der Wiedergabe eines unbeglaubigten Textes abgesehen.

* * *

Einer ganzen Reihe — offenbar nicht absichtslos — über den Fürsten verbreiteter falscher Nachrichten treten die „Hamb. Nachr." am 11. Juli (M.-A.) entgegen:

Seit einigen Tagen geht durch die Presse die Meldung, daß Fürst Bismarck beabsichtige, den Kaiser zu bitten, bei seinen Lebzeiten von der Errichtung eines Denkmals für ihn abstehen zu wollen und bei den einzelnen Comités für das Bismarck-Denkmal anzufragen, ob sie damit einverstanden seien, daß die gesammelten Gelder zum Bau einer Gedächtnißkirche in Berlin Verwendung finden. Diese Mittheilung ist vollständig aus der Luft gegriffen.

Dasselbe gilt von der Zeitungsnotiz, daß eine ganze Reihe in- und ausländischer Publicisten, welche sich nach Friedrichsruh mit der Bitte um eine Audienz gewandt, von dort ein autographirtes, sehr lakonisch gefaßtes abschlägiges Schreiben erhalten hätten.

Was die fernere Preßmittheilung betrifft, in gut informirten Kreisen verlaute mit Bestimmtheit, daß der Gesundheitszustand des Fürsten „trotz aller interessirter Ableugnungen" viel zu wünschen übrig lasse und daß den Fürsten besonders ein hochgradiger Schlafmangel quäle, so entstammt sie ersichtlich der nämlichen Quelle wie die vorstehend dementirten falschen Nachrichten und dient derselben Tendenz. Der Gesundheitszustand des Fürsten ist zur Zeit erheblich besser als seit Jahren und zwar derart, daß die Frische und Rüstigkeit Sr. Durch-

laucht jeden Besucher überrascht. Selbst die Schlaflosigkeit, unter welcher der Fürst während der Zeit seiner Amtsführung häufiger litt, macht sich weniger bemerkbar, seitdem die Last von Sorge und Verantwortung, die früher auf seinen Schultern ruhte, von ihm genommen ist.

* * *

Nicht unerwähnt bleiben möge hier eine Aeußerung des Königs von Schweden über den Fürsten Bismarck, die in diese Zeit fällt. Ein Correspondent der „Kölnischen Zeitung" hatte eine Unterredung mit dem König und erzählt:

So fragte Se. Majestät unter Anderm, ob vielleicht ich selbst oder ob einer meiner nähern Berufsgenossen seit dem Kanzlerwechsel den Fürsten Bismarck gesehen hätte, und mit warmem Gefühl bemerkte dann der König: „Es ist mir wahrhaft leid, daß ich nicht einmal ganz unerkannt einen halben Tag beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh verbringen kann. Menschen, die ich so hoch schätze und verehre, wie den Fürsten Bismarck (wie hat er doch Ihr Deutschland bekommen und wie anders hat er's an seinen Nachfolger abgegeben!) — die kommen meinem Herzen doppelt nahe, wenn sie für einen großen Theil der übrigen Welt bei Seite treten."

* * *

Ueber die staatsrechtlichen Formen der Einverleibung Helgolands in Preußen und das Reichsgebiet sind in der Presse irrthümliche Auffassungen verbreitet. Die „Hamb. Nachr." vom 13. Juli (M.-A.) geben deshalb folgende Aufklärung darüber:

In mehreren Blättern finden wir die Ansicht vertreten, daß möglicher Weise der preußische Landtag noch berufen werden müßte, um die Einverleibung Helgolands in den preußischen Staatsverband vorzunehmen, und der Reichstag, um diese Erweiterung der Reichsgrenze zu sanctioniren.

Objectiv, nach Maßgabe der staatsrechtlichen Lage liegt ein zwingendes Bedürfniß hierzu nicht vor. Die Insel Helgoland bildete bisher eine englische Colonie unter colonialer Verwaltung eines Gouverneurs und wird als solche von der englischen Regierung dem deutschen Kaiser abgetreten. Sie fällt also zunächst in dieselbe staatsrechtliche Kategorie wie alle andern deutschen Colonien. Man könnte behaupten, sie bilde einen Ersatz für Witu, und ebenso wie jedes andere coloniale Gebiet unterliegt sie der kaiserlichen Verwaltung ohne Nothwendigkeit, sie dem Reichsgebiet oder dem preußischen Staat einzuverleiben. Der Kaiser kann die englische Colonie Helgoland unter denselben internationalen Formen erwerben, wie er die deutsche Colonie Witu an England abtreten konnte. Die verfassungsmäßigen Nothwendigkeiten würden also definitiv erfüllt sein, wenn an Stelle des bisherigen englischen Gouver-

neurs demnächst mit gleichen Rechten ein deutscher träte und Helgoland zunächst der Verwaltung der colonialen Abtheilung des Auswärtigen Amtes überwiesen würde. Wird der Aufnahme der Insel in den Reichsverband demnächst der Vorzug gegeben, so kann dem in jeder der zukünftigen Sessionen näher getreten werden, ohne daß die Beschlußnahme Gegenstand besonderer Eile zu sein brauchte. Rechtlich geht eben nur eine englische Colonie in den Besitz des deutschen Kaisers über.

* * *

Aus seinem Verhalten gegenüber den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 wurden dem Fürsten Bismarck, besonders auf Grund der S. 111 f. mitgetheilten Aeußerungen gegen den Vertreter des „Frankfurter Journals", von verschiedenen Seiten Vorwürfe gemacht; ja man schreckte nicht einmal davor zurück, ihn der Untreue gegen den Kaiser zu beschuldigen.

Es sei kurz daran erinnert, daß am 4. Februar zwei Erlasse des Kaisers ergingen: einer an den Reichskanzler und einer an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe. In jenem wurde dem Reichskanzler aufgegeben, zunächst durch die amtlichen Vertreter bei den Regierungen von Frankreich, England und der Schweiz anzufragen, ob diese bereit seien, sich an einer vom Kaiser zu ladenden internationalen Conferenz über den Arbeiterschutz zu betheiligen; ferner aber im Falle prinzipieller Zustimmung dieser drei Staaten an die Cabinete aller Regierungen, die an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, Einladungen zu einer Conferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen ergehen zu lassen. Am 14. Februar trat der durch Cabinetsordre vom 11. Februar um 11 Mitglieder verstärkte Staatsrath zur Berathung der Arbeiterschutzfrage zusammen, am 15. März die vom Kaiser eingeladene Conferenz. Es betheiligten sich an ihr: Belgien, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen und die Schweiz. Obgleich sich die Bevollmächtigten im Reichskanzlerpalais versammelten, wurden sie nicht vom Reichskanzler, sondern vom Handelsminister von Berlepsch im Namen des Kaisers begrüßt. Daß die ganze Maßregel des Fürsten Beifall nicht hatte, war bekannt. Zu seiner Rechtfertigung gegen unberechtigte Vorwürfe und zur Aufklärung geben die „Hamb. Nachr." am 16. Juli (M.-A.) noch folgende Darlegung:

> Fürst Bismarck und die Arbeiterfragen. Dem Fürsten Bismarck wird vorgeworfen, er habe an die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar den Vorschlag der Berufung einer internationalen Conferenz geknüpft, obwohl er der Ansicht gewesen sei, daß es auf Illusion beruhe, den Arbeiterschutz international machen zu wollen; es könne nicht gerechtfertigt werden, daß ein Minister, wenn er seinen Monarchen von einem Plane nicht abzubringen vermöge, einen Rath ertheile, dessen Durch-

führung vorgeblich jenen Plan begünstige, nach der wirklichen Ueberzeugung des Ministers aber vielmehr vereitele. Das sei nicht ein treuer Diener seines Herrn, der so handle.

Diese Darstellung ist eine Verzerrung des Sachverhaltes. Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregeln zu überzeugen, weil der Minister in Folge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne Weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Ueberzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anräth, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurtheilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen.

In dieser Lage dürfte sich Fürst Bismarck dem Kaiser gegenüber in Sachen der auf die Arbeiterfragen bezüglichen Erlasse und weiteren Maßnahmen befunden haben. Die Meinung des Monarchen war eine andere, wie die seines Kanzlers; die übrigen Minister aber, die noch wenige Jahre zuvor mit dem leitenden Staatsmanne eines Sinnes waren, mochten ihre Ansicht geändert, oder sie aus Gründen, deren Erörterung uns hier nicht obliegt, zurückgedrängt haben. So blieb als letzter Rath zur Wahrung dessen, was der Kanzler in diesem Falle als die salus publica erkannte, nur der Vorschlag zur Berufung des Staatsraths, resp. der internationalen Conferenz übrig. Wenn diese Berathungskörperschaften den auf sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen haben, so beweist das höchstens, daß der frühere Reichskanzler in seinen bezüg=

lichen Voraussetzungen eine Enttäuschung erfuhr, die ihn als Menschenkenner irre machen konnte; keinesfalls war das Ergebniß der Staatsraths- und Conferenz-Berathungen vorauszusehen. Die Berufung dieser Berufungsinstanzen war vollständig berechtigt, auch wenn sie schließlich nicht dem Zwecke entsprach.

Nachdem die Ansicht des leitenden Staatsmannes nicht durchgedrungen war, sondern die des Monarchen, mußte ersterer entlassen werden, da von ihm die Uebernahme der Verantwortung für die Ausführung der zu fassenden Beschlüsse nicht zu gewärtigen war. So fand die Trennung statt; von einer Untreue dabei zu reden, ist sinnlos. Thatsächlich ist Fürst Bismarck wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und ihm entlassen worden; aber das ist weder ein Geheimniß, noch ist daraus irgend ein Vorwurf gegen ihn zu construiren. Wer die Reden, die Fürst Bismarck im Jahre 1885 im Reichstage zur Frage des Arbeiterschutzes gehalten hat, mit Aufmerksamkeit liest und sie mit den entsprechenden Vorlagen der jetzigen Regierung vergleicht, dem kann die Unvereinbarkeit beider Anschauungen nicht entgehen. Der ehemalige Kanzler ist arbeiterfreundlich im Sinne der durch ihn ins Leben gerufenen kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, der Basis der deutschen Socialreform; er will die Arbeiter gegen die Gefahren der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Invalidität sichern, aber er glaubt nicht, durch Eingreifen in die Autonomie des Arbeiters diesem oder dem Staate wahrhaften Nutzen bringen zu können. Das schöne Ziel der Beschränkung der Sonntags-, der Frauen- und Kinderarbeit schwebt auch ihm als erstrebenswerth vor; aber so lange nicht nachgewiesen ist, wie die vielen Millionen, die dem Arbeiterstande durch diese Beschränkung an Arbeitslohn entzogen werden, anderweitig beschafft werden können, ohne daß die Concurrenzfähigkeit der Industrie und der Staat darunter leiden, glaubt er auf diesem Wege nur so weit vorgehen zu dürfen, als durch die allerdringendste Nothwendigkeit erheischt wird. Der ehemalige Kanzler meint auch wahrscheinlich nicht, daß durch Pactiren mit der Begehrlichkeit der Arbeiter zur Sicherung des socialen Friedens zu gelangen ist.

Wenn Fürst Bismarck, als der älteste und erfahrenste Politiker, in diesen Dingen solche Ansichten gewonnen hatte, sie aber nicht durchsetzen konnte und in Folge dessen aus dem Dienste scheiden mußte, so ist es unbillig, von ihm zu erwarten, daß er „nunmehr“ zu der Ueberzeugung von der Unrichtigkeit seiner Ansicht gelangt sein und schweigen müsse. Man kann ein sehr guter Royalist sein und dennoch die jeweilige Politik der Krone nicht für richtig und heilsam halten. Dann erheischen es Recht und Pflicht, es offen auszusprechen. Fürst Bismarck hat, so lange

er in seiner ministeriellen Stellung war, seine Ansicht stets mit aller Offenheit vertreten; kein selbständig denkender Mann kann ihm zumuthen sie jetzt zu verschweigen, nur weil er aus dem Amte geschieden ist. Der Privatmann ist freier als der Minister, und wenn der letztere zufällig Fürst Bismarck ist, hat er dem Lande gegenüber vielleicht nicht einmal das Recht, zu schweigen, selbst wenn er wollte. Außerdem sind wir der Ansicht, daß ein Politiker, der einen Ruf zu verlieren hat, Ueberzeugungstreue für die von ihm vertretenen Gedanken zu bewahren und einen Werth darauf zu legen hat, daß er mit Maßregeln, von denen er Gefahren befürchtet, wenigstens nicht von der Nachwelt confundirt wird. Er muß darauf bedacht sein, seinen Ruf als Staatsmann von Dingen rein zu halten, die seiner Ueberzeugung widersprechen.

* * *

Angesichts der Thatsache, daß eine große Zahl der Blätter, die auf der Seite des Fürsten Bismarck standen, so lange er noch im Amte war, nach seiner Entlassung sich von ihm ab- und seinem Nachfolger zugewandt hatten, tauchten — fast ein Zeichen bösen Gewissens — allerlei Gerüchte auf über Aeußerungen, in denen der Fürst seinem Unwillen über solches Verhalten Ausdruck geliehen haben sollte. Besondere Entrüstung trugen diese Blätter zur Schau über den Vorwurf der Feigheit, den ihnen der Fürst ganz allgemein gemacht haben sollte (vgl. das Interview S. 107 f.). In den „Hamb. Nachr." vom 16. Juli (M.-A.) wird nun freilich widerlegt, daß gerade dieser Vorwurf erhoben wäre; aber die Widerlegung hat eine solche Form erhalten, daß sie für die betreffenden Blätter nicht eben schmeichelhaft ist:

Die Blätter beschäftigen sich vielfach mit dem Vorwurfe der Feigheit, den Fürst Bismarck der ihm früher ergeben gewesenen deutschen Presse gemacht haben soll. Wir haben auch ab und zu Gelegenheit, uns über die Ansichten des Fürsten zu informiren, haben aber dabei den Vorwurf der Feigheit gegen diese Presse nicht gerade im Vordergrunde seines Urtheils gefunden, sondern sind nur der Auffassung begegnet, daß Furchtsamkeit, und zwar als Zubehör eines gewissen politischen Streberthums, obzuwalten scheine, wie sie im Ganzen nicht zu unseren nationalen Eigenschaften gehöre, aber doch gewissen Leitern der Presse und Fractionspolitikern eigenthümlich sei. Die Furcht, irgendwo anzustoßen, wo man Unterstützung gebrauchen könne, etwa für Partei- oder andere Zwecke, sei das symptomatische Kriterium jener Presse. Jede einzelne politische Richtung fühle sich zu schwach, um allein etwas durchzusetzen, brauche daher die Hülfe der anderen und lebe in der steten Furcht, sich durch irgendwelche Aeußerung ein Patronat zu entfremden. Dieser Zustand und das charakterisirte, übrigens mehr auf die „Spitzen" der in Betracht kommenden Interessengruppen beschränkte Streberthum seien

mit einer überzeugungstreuen und selbstständigen Kundgebung der eigenen Meinung nicht immer verträglich. Wir vermuthen, daß Fürst Bismarck in dieser Richtung das Element gesucht hat, was in einem Zeitungsbericht als „Feigheit" bezeichnet worden ist.

* * *

Am 19. Juli, als am 20jährigen Erinnerungstage der französischen Kriegserklärung, sandte Freiherr v. Plettenberg-Mehrum folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck: „Mehrum, 19. Juli 1890. Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Ew. Durchlaucht, dem großen Baumeister des Deutschen Reichs, bringt am heutigen bedeutungsvollen Erinnerungstage das ehrerbietige Gelöbniß treuergebener Anhänglichkeit Freiherr v. Plettenberg-Mehrum, Vorsitzender des Vereins der Rheinischen Conservativen."

Auf dieses Telegramm ist am 22. Juli folgende Antwort eingetroffen:

„Friedrichsruh, den 19. Juli 1890. Ew. Hochwohlgeboren und die Herren Ihres Vereins bitte ich, für den mir an dem heutigen denkwürdigen Tage telegraphisch übermittelten Ausdruck Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. v. Bismarck."

Aus derselben Veranlassung bringt die Münchener „Allgemeine Zeitung" folgenden Artikel:

Zum neunzehnten Juli. Zwanzig Jahre sind verflossen, seit am 19. Juli 1870 der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Kanzler des Norddeutschen Bundes nach der Reichstagseröffnung im Berliner Schlosse die Kriegserklärung überreichte — das einzige Actenstück, welches zwischen Deutschland und Frankreich dem Kriegsausbruche vorangegangen ist.

Heute nach zwei Jahrzehnten gesegneten Friedens blickt das deutsche Volk dankbar und bewegt auf jene Zeit und auf die großen Männer, seine Führer in Waffen und Rath, zurück, und inmitten des Aufschwunges, welchen es seinem Fleiß und seiner Thatkraft, einer weitschauenden und umsichtigen Staatsleitung verdankt, verweilt es in der Erinnerung an jene ernsten Tage, da französische Kriegsdrohung das gesammte Deutschland von der Königsau bis zu den Alpen unter die Waffen rief. Noch klingen — in die Geschichtsbücher übergegangen und mahnend zu dem heranwachsenden Geschlecht redend — den Mitlebenden aus jener Zeit die Worte wieder, welche König Wilhelm von Preußen am 19. Juli an den Reichstag des Norddeutschen Bundes richtete: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet,

trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat .... Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und zu diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war."

Selten in der Geschichte ist das Hoffen und Harren eines großen Volkes so erfüllt worden, wie die Zuversicht, mit welcher Deutschland einmüthig in diesen Krieg eintrat. Ein edler Wetteifer durchflammte die deutschen Gaue, ein einmüthig festes Vertrauen blickte auf die oberste Heerleitung, welche, unbeirrt durch die herausfordernde Ueberstürzung des Gegners, mit ruhiger Sicherheit ihre sorglich vorbereiteten Maßnahmen traf; in steter Erinnerung wird hier in München jener 27. Juli bleiben, an welchem Kronprinz Friedrich Wilhelm von Berlin eintraf, um sich beim König Ludwig zum Antritt des Obercommandos der dritten Armee zu melden.

Die Zeugen der damaligen Reichstagseröffnung werden niemals den ernsten Blick des hochbetagten Königs vergessen, der zuvor — es war der Todestag der Königin Louise — die Gruft seiner Mutter in Charlottenburg aufgesucht hatte. Mit männlicher Zuversicht grüßte der Kronprinz, mit trotzigem Ernst Prinz Friedrich Karl, der auf den Zuruf des Publicums die Hand hoch über dem Kopf schwenkte, aus den Zügen des Kanzlers sprach die unverbrüchlichste Entschlossenheit, die er bis zum Ende des Krieges bewahrt hat. Kein Zagen, als der Kampf drohte, kein Uebermuth, als der Siegeslorbeer so überreich reifte. Stets bezeichnend für die weisheitsvolle Mäßigung, welche die Staatskunst beherrschte, wird die im ganzen wenig bekannte politische Information sein, welche am 14. August — also nach Wörth und Spichern und beim Beginn der Metzer Kämpfe — Prinz Friedrich Karl auf seine Anfrage aus dem großen Hauptquartier empfing: „Dem sich zurückziehenden Feinde nicht auf Châlons zu folgen, sondern einen anderen Weg nach Paris einzuschlagen, weil dem Anscheine nach bei Châlons ein besonders kräftiger Widerstand vorbereitet werde. Jede Schlacht müsse, wo es auch sei, angenommen, unter den gegenwärtigen Umständen dann aber auch gewonnen werden. Ein tieferer Fall Napoleons, als zur Demüthigung und Entwaffnung Frankreichs, sei weder nöthig noch wünschenswerth. Preußen erstrebe keinen Ländergewinn. Allerdings müsse das Elsaß und, soweit es deutsch ist, auch Lothringen Frankreich abgenommen werden, aber nicht für Preußen, sondern für Bayern, Baden oder irgend eine andere Combination, für welche erst die weitere Entwickelung der Dinge in Paris abgewartet werden müsse, wo der Zwangscours des Papiergeldes, der Aufruf zur Bildung von Mobilgarden und mobiler Nationalgarden, sowie das neue Ministerium nicht ohne Wirkung auf die allgemeine Lage bleiben können. Vorderhand sei der Sieg in einer rangirten

Schlacht, ohne alle Rücksicht auf anderweitige Verhältnisse, das Nöthigste, und werde Weiteres sich leichter vortheilhaft aus einem solchen entwickeln lassen, als wenn man jetzt schon die etwa drohenden politischen Verhältnisse berücksichtigen wollte. Etwas wirklich Feindliches sei bisher von den anderen Mächten noch nicht hervorgetreten; die französische Flotte zeigte sich absolut wirkungslos, der Enthusiasmus sei in Deutschland noch im Wachsen, die Bundesanleihe gezeichnet, die Armee zahlreicher und physisch und moralisch besser als die französische. So könne man also den Gang der Dinge ruhig abwarten."

Die Weisheit einer Politik, welche schon nach den ersten Erfolgen die möglichen und wünschenswerthen Ziele bestimmt in das Auge faßt und scharf umgrenzt, Ziele, welche beim endlichen Friedensschluß auch voll erreicht wurden, tritt in dieser nur skizzirten Information gleichsam plastisch hervor. Die Versicherung, welche zu Anfang September Minister Delbrück nach München überbrachte, daß Preußen nichts für sich begehre, und daß der erstrebte Siegespreis, Elsaß und Deutsch-Lothringen, in anderer Form mit Deutschland verbunden werden müsse, beherrschte schon in der ersten Hälfte des August die Erwägungen der obersten Heerleitung. Klingt aus jenen Worten nicht die nämliche weise Mäßigung wieder. von welcher uns Sybel im neuesten Bande seines Werkes „Die Gründung des Deutschen Reiches" berichtet: wie Moltke auf dem Schlachtfelde von Königgrätz, als um 6 Uhr Abends die österreichische Armee nur noch ein Bild jäher, schreckensvoller Flucht bietet, zum König sagt: „Ew. Majestät haben nicht blos die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen" und Bismarck hinzufügt: „Die Streitfrage ist also entschieden, jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen." Auch damals der klare, durch den großen Erfolg nicht geblendete Blick in die Erfordernisse der Zukunft! —

Die Erinnerung an die große Zeit, in deren zwanzigjährige Gedächtnißtage wir eintreten, wird weithin die deutschen Herzen mit Stolz und Wehmuth erfüllen: Mit Stolz, daß der einmüthigen kriegerischen Erhebung ein so ungeahnter und friedlicher Aufschwung des geeinten Vaterlandes gefolgt ist, ein Aufschwung, von dessen Höhe wir auf die Zeit vor 1870 fast wie auf einen Traum aus Kinderjahren zurückblicken in dem Bewußtsein, daß während der ersten zwei Jahrzehnte wiedergewonnenen nationalen Lebens das so mächtig erstandene Reich an Macht und Ehren des Ganzen und Wohlfahrt des Einzelnen nur zugenommen hat. Mit Wehmuth aber, daß von den großen Männern, welche damals Deutschland kraftvoll durch eine bewegte Fluth hindurch steuerten, heute fast keiner mehr an seiner Stelle steht. Zwei Kaiser sind uns in das Grab gesunken, vor ihnen schon die Heerführer und Heeresberather: Friedrich Karl, Manteuffel, Roon, Goeben, Hartmann, v. d. Tann, Werder und so viele andere ruhmgekrönte Namen; eine tief zu beklagende

Wendung der Dinge hat den Fürsten Bismarck vom Steuerruder zurücktreten lassen: einzig König Albert von Sachsen, der umsichtige Führer der Maasarmee, Moltke, der Organisator unserer Siege, Blumenthal, sein tapferer Gehülfe weilen und wandeln noch unter uns von jenen Führern im Rath und in der Schlacht, welche werkthätig in hervorragender Stellung die große Zeit vollenden und die neue Zeit für Deutschland gestalten halfen. Den Heimgegangenen sei Dank in Wehmuth und Trauer, den Lebenden in Stolz und Freude dargebracht. Möge der patriotische Gedanke, welcher heute wie vor zwanzig Jahren von den Alpen bis zum Meere wiederklingt, ihnen und den Tausenden Allen, die für Deutschland gelitten und gestritten, eine Bürgschaft sein, daß das Reich in den Herzen der Nation zu fest begründet ist, um dem Wechsel der Zeiten zu erliegen, der uns ja auch in diesen zwei Jahrzehnten leider nicht erpsart geblieben ist.

Es ist gerade in den letzten Wochen von norddeutschen Zeitungen wiederholt auf ein Wiederaufflackern particularistischer Anzeichen hingewiesen worden, die man längst für erloschen gehalten habe. Die Krisen, welche die Jahre 1888 und 1890 über Deutschland gebracht haben, hätten allerdings leicht dazu angethan sein können, Bestrebungen zu ermuthigen, welche den Reichsgedanken rückläufig machen möchten, wenn diese überhaupt noch in hinreichender Stärke vorhanden gewesen wären. Sie sind es nicht mehr. Gerade in diesen kritischen Perioden hat der Reichsgedanke sich so stark und fest bewährt, daß die einzelnen Stimmen, welche sich hier und da erheben, nur die verschwindende Ausnahme, die letzten Brennpunkte einer absterbenden Zeit darstellen. Die Wahlen vom 20. Februar dieses Jahres können nach keiner Richtung hin als beweiskräftig gelten. Mit dem Eintritt der Kanzlerkrisis entbehrten unsere öffentlichen Angelegenheiten der Leitung, der festen Zügelführung, die Wahlen vollzogen sich inmitten einer allgemeinen Programmlosigkeit, im Gefühl einer lockernden Uebergangszeit — Umstände, welche stets den oppositionellen Parteien zu statten kommen. Die Schale mußte diesmal zu Gunsten dieser Parteien sinken, da der starke Wille des Fürsten Bismarck nicht mehr in der andern lag. Hoffen wir, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Einheitlichkeit eines zielbewußten, in der Nation widertönenden Willens an der obersten Stelle im Reiche wieder zur vollen Geltung gelangt.

Sodann aber möchten wir uns gerade in diesen vom Glanze einer so großen Vergangenheit bestrahlten Erinnerungstagen mit jenen norddeutschen Zeitungen über den Begriff „Particularismus" auseinandersetzen. Es giebt einen durchaus verfassungsgemäßen Particularismus, der auf den Reservatrechten und auf den Empfindungen beruht, aus welchen die letzteren hervorgegangen sind. Man kann diese Reservatrechte für nöthig oder für unnöthig halten, jedenfalls sind sie da und bilden mit der Reichsverfassung ein

Ganzes, haben wie diese auf Geltung und Beachtung Anrecht. Hat ein späteres Geschlecht andere Bedürfnisse, so wird es sich diesen entsprechend einzurichten wissen.

Dieser Particularismus, der mehr auf Gewohnheit, Lebensanschauungen und Stammeseigenthümlichkeiten als auf politischen Zwecken beruht, ist neuerdings schwerlich stärker hervorgetreten, wenngleich wohl zuzugeben sein wird, daß das Band persönlichen Vertrauens, welches seit dem Jahre 1867 die deutschen Landesherren und ihre Regierungen mit dem Fürsten Bismarck verknüpften, eines der wichtigsten Momente in unserer inneren Entwicklung, nicht ohne weiteres ersetzt sein kann. Wenn eine Rieseneiche zu Boden stürzt, erbebt in leisen Schwingungen die umgebende Erde.

Eine andere Art von Particularismus, und nur dieser kann in der Presse gemeint sein, setzt sich aus einer seltsamen Mischung von Demokratie, Stammestrotz, ultramontaner Engherzigkeit zusammen, eine Mischung, die in ihren Elementen zu heterogen ist, um eine Wirkung von Dauer und Bestand zu erzeugen. Es sind die ausglühenden Funken einer vergangenen Zeit, es würde nur einer besonderen Ungeschicklichkeit in dem Gang der Reichsangelegenheiten gelingen, sie wieder anzublasen und von neuem glimmen zu machen. Vor allen Dingen aber sollte man doch damit rechnen, daß es sich bei diesen Bildungen um historische Erscheinungen handelt, die aus einer historischen Entwicklung erwachsen und auch nur durch eine solche zu beseitigen sind. Es wird dies unschwer gelingen, wenn in Allem, was groß und gut in der Neugestaltung unseres nationalen Lebens gewesen, der Cours wirklich der alte bleibt.

Für die Nation aber in ihrer Gesammtheit ist der Erinnerungstag an die Uebergabe der französischen Kriegserklärung zugleich eine Mahnung an die Zeit, „da Deutschland in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war“. Nachdem die Zerrissenheit der Stämme glorreich überwunden, darf und wird es der Zerrissenheit der Parteien nicht gelingen, den Aufschwung jemals wieder in Frage zu stellen, dessen heute dankbar ein großes, geeintes Volk gedenkt.

* * *

Was für einen Heiterkeitserfolg — aber nichts weiter — ein giftiger Ausfall gegen den Fürsten von ultramontaner Seite hervorgerufen hat, das zeigt die Bemerkung in den „Hamb. Nachr.“ vom 19. Juli (M.-A.), mit der das nachfolgende Citat begleitet wird:

> Was man in jesuitischen Kreisen dem Fürsten Bismarck wünscht, davon giebt der nachfolgende Auszug aus einem in München erschienenen Pamphlet Zeugniß:
>
> „Der unselige Mann, der die Blut- und Eisentheorie aufgestellt und in dem fluchwürdigen Bruderkriege von 1866 praktisch gegen unser

liebes, theures Oesterreich, gegen Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen verwerthet hatte, der Gewaltmensch, der das edle Königshaus Hannover und andere Potentaten entthront hatte, war von einem wahnsinnigen, verlotterten Burschen Namens Kullmann in Kissingen meuchlerisch angefallen, übrigens nur ganz leicht verwundet worden. Weil Kullmann einstmals — übrigens nur ganz kurze Zeit — einem katholischen Gesellenvereine angehört hatte, aus dem er wegen liederlichen Lebenswandels ausgestoßen worden war, schnaubte der sogenannte „eiserne Kanzler" (der damals gegen Papst, Bischöfe, Orden und Weltpriester, ja selbst gegen fromme katholische Frauen wüthete, und dem seine sauberen Genossen, Helfershelfer und blinden Verehrer im Reich und leider auch im lieben Oesterreich das Prädicat „der Pfaffenhammer" beigelegt hatten) auch gegen die katholischen Gesellenvereine Rache, und dachte einige Zeit ganz ernstlich daran, das herrliche Werk Kolping's zu zerstören, alle katholischen Gesellenvereine aufzulösen, wie er es vorher schon mit den hochverdienten Orden der Jesuiten, Redemptoristen, Lazaristen, den Congregationen ‚vom heiligen Geist' und vom ‚Sacré Coeur' gemacht hatte, um welche das bedrängte katholische Volk in Deutschland trauerte und weinte.

„Und heute sehen wir, Gott sei Dank, den Kirchenfrieden in Preußen und Deutschland wieder hergestellt, die Bischofsstühle sind sämmtlich wieder besetzt, auch der katholische Feldbischof ist wieder restituirt und waltet in Berlin seines Amtes; die katholischen Orden und Congregationen sind zum größten Theile wieder zurückberufen und in voller Thätigkeit begriffen, bis auf einige — freilich die den Katholiken allertheuersten: Jesuiten, Redemptoristen, Lazaristen ꝛc., und diese werden mit Gottes Hülfe auch in nicht ferner Zeit wieder in Deutschland ihren Einzug halten können! Der Erfinder der Blut- und Eisentheorie aber ist, Gott sei Dank, abgesetzt, abgethan, für alle Zeiten beseitigt und kaltgestellt, und sein unruhiger Geist, sein intriguenvoller, verfolgungssüchtiger Charakter können nicht zur Ruhe kommen. Er grollt und schmollt, er knurrt und brummt über schnöden Undank, über erfahrene Unbilden und Mißhandlungen. Er, der alle Gegner bis auf's Blut bekämpft, mißhandelt, die Kerker gefüllt, Tausende verbannt, das Familienglück Unzähliger zerstört, selbst die Besten und Edelsten, selbst den Heiligen des Herrn verfolgt hat, er scheint nun selbst dem Verfolgungswahne verfallen zu sein, falls nicht Alkohol oder Morphium noch Schlimmeres ahnen lassen! Sehen wir so das unglückselige und unrühmliche Ende des neuesten Kirchenverfolgers, müssen wir dann nicht bewundernd ausrufen: ‚Hic est digitus Dei!'"?

Es wird der christlichen Gesinnung des Verfassers wohlthun, zu

erfahren, daß der nach seiner Meinung dem digitus dei Verfallene sich im besten Wohlsein und in heiterer Stimmung befindet.

* * *

An die oben S. 151 ff. mitgetheilte Darlegung über des Fürsten Bismarck Verhältniß zur Arbeiterfrage knüpft die „Germania“ eine hämische Frage. In der eben genannten Nummer der „Hamb. Nachr.“ wird dieser Vorwitz scharf zurückgewiesen:

In der „Germania“ finden wir folgende für das Blatt charakteristische Bemerkung:

„Fürst Bismarck hat nach seiner eigenen früheren Mittheilung die kaiserlichen Erlasse redigirt. Hat er dem Kaiser ‚offen‘ gesagt, daß er sie auch mit diesem Inhalt, in dieser Form nicht billigt?“

Die „Germania“ selbst ist über die damaligen Hergänge genauer unterrichtet, als die meisten anderen Redactionen, denn ihre Leiter haben bei den fraglichen Ereignissen wesentlich mitgewirkt. Die Frage selbst, welche die „Germania“ stellt, ist ein Beweis, daß sie die Vorgänge genau kennt, und sie wird im Stande sein, sie selbst zu beantworten; sie stellt ihre Frage nur, weil sie weiß, daß über das, was zwischen dem Kaiser und dem Kanzler unter vier Augen stattgefunden hat, Letzterer nicht öffentlich Auskunft geben wird. Die „Germania“ arbeitet, eben nur etwas feiner, an denselben Machenschaften, wie der jesuitische Pamphletist, aus dessen Broschüre wir oben einen Auszug gegeben haben (S. 159 f.).

* * *

Für die Haltung der Centrumspresse überhaupt, aber auch dafür, wie wenig diese Haltung der Presse mit der Gesinnung ihrer Leser übereinstimmt, ist eine Zuschrift an die „Hamb. Nachr.“ (21. Juli, M.=A.) aus dem Leser=kreise der „Kölnischen Volkszeitung“ sehr bezeichnend:

Die „National=Zeitung“ hatte vor einigen Tagen bemerkt, die freisinnige und klerikale Presse denuncire die Auslassungen des Fürsten Bismarck, pro=noncire sie hartnäckig und geflissentlich. Die „Kölnische Volkszeitung“ vom 17. d. Mts. nennt das eine „kaum noch dagewesene Verdrehung der That=sachen“. Die Gereiztheit der Erwiderung ist erklärlich. Denn die „National=Zeitung“ trifft leider diesmal den Nagel auf den Kopf. Fast jede Nummer der „Kölnischen Volkszeitung“ der letzten Tage wimmelt von gehässigen Aus=fällen gegen den früheren Kanzler. Nicht blos die zahlreichen begeisterten Verehrer des Fürsten, jeden Patrioten muß es tief betrüben, wenn das Blatt, um nur einen Punkt herauszugreifen, eine Auslassung der „Pall Mall Gazette“, welche unter anderem fragt, wie lange es noch dauern solle, daß Fürst Bis=marck unter Schloß und Riegel gesteckt werde, ihren Lesern unverkürzt zum Besten giebt, während der Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 16. d. Mts., der eine glänzende Rechtfertigung des Fürsten enthält, kaum erwähnt wird. Ueber=

haupt werden fast nur diejenigen Preßstimmen citirt, welche dem Fürsten feindlich gesinnt sind, während andere, an denen es besonders in Süddeutschland nicht fehlt, nicht zu Worte kommen. So fanden wir z. B. unter den „Drahtberichten“ den neulichen Artikel der „Kreuz-Ztg.“ annoncirt, obschon derselbe für jeden Einsichtigen nichts Anderes bedeutet, als ein Zeichen von der hochgradigen Befangenheit dieses Blattes. Der schöne Wahrspruch des Centrums: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“ macht es der Centrumspresse zur Pflicht, auch gegen den politischen Gegner, was Fürst Bismarck übrigens für das Centrum seit Jahren nicht mehr war, Gerechtigkeit zu üben und ihm diejenige Freiheit der Bewegung, worauf er innerhalb der gesetzlichen Schranken ein Recht hat, nicht zu verkümmern.

Es muß auffallen, daß gerade die „Kölnische Volkszeitung“, die in katholischen Kreisen wegen ihres ruhigen politischen Urtheils und ihrer würdigen Haltung fast allgemein geschätzt wird, sich in dieser Beziehung von Befangenheit nicht freihält. Nach meiner Wahrnehmung kann ich dem Blatte versichern, daß meines Erachtens noch nicht der dritte Theil der den gebildeten Ständen angehörenden Katholiken, welche nach ihrer religiösen und politischen Ueberzeugung den vom Centrum vertretenen Grundsätzen anhängen, in der Beurtheilung des Fürsten mit der „Kölnischen Volkszeitung“ einig sind. Das Blatt wies in einer Nummer vom 14. d. Mts. zur Erhärtung der Entschlossenheit und Selbstständigkeit der Centrumspresse, die schwerlich zu bezweifeln ist, auf die massenhaften Geld- und Gefängnißstrafen hin, mit denen namentlich die Redacteure katholischer Zeitungen ihren Widerstand gegen die Bismarck'sche Culturkampfpolitik zu büßen hatten. Sollte wirklich diese längst hinter uns liegende Thatsache eine Erklärung abgeben für den bedenklichen Mangel an Objectivität, der heute leider in der Centrumspresse hervortritt? Das wäre vom christlichen Standpunkte aus, den hochzuhalten diese Presse stets als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet hat, sehr zu beklagen; es wäre Zeit, daß gegen die Verfälschung der öffentlichen Meinung durch solche Scribenten laut protestirt würde!

* * *

Der bekannte Bismarckdichter Dr. Eugen Schwetschke in Berlin, dessen gewandte und von inniger Verehrung wie von hoher Begeisterung für den Fürsten zeugende Lieder in deutscher und lateinischer Sprache schon so oft des Fürsten Beifall gefunden hatten, veröffentlichte im Juli das nachfolgende Gedicht, das ausnahmsweise auch hier Platz finden möge, im „Deutschen Tageblatt“. Es steht auch in der Sammlung: Aus Bismarck's Zeit (1879—1895), vaterländische Gedichte von Eugen Schwetschke, Heidelberg 1896, S. 131—134.

An den Fürsten Bismarck.

Victrix causa diis placuit,
sed victa Catoni.

„Dieses ist gut!" sprach das Schicksal; „nein dies!" spricht der treffliche Cato —
Aber er mußte sich beugen dem stärkeren, das ihn besiegte.
Also beugtest auch Du, mein Fürst, Dich dem Willen des Kaisers,
Der nach dem Schicksal gebietet auf Deutschlands mächtigem Throne.
Schmerz umfing Dir das Herz, da Du schiedest vom Platze des Kanzlers,
Den Du schufst und besaßest zum Heil des Reiches so ruhmvoll,
Wie vordem noch Keiner gealtert im Dienste von Fürsten.
Schmerz umfing Dir das Herz und Wehmuth erfüllte den Erdkreis,
Staunen mit Trauer gemischt allwärts, wo denkende Deutsche
Dich als Großen erkannt und verehrt als den Hüter des Friedens.
Daß wir missen Dich sollten so bald nach dem Scheiden des ersten
Silberhaarigen Kaisers von Deutschland, zwei einzige Helden!
Herb zwar ist es, in rüstiger Kraft schon feiern zu müssen:
Nur mitrathen zu können, wo mit zu thaten die Kraft treibt.
Aber so war es von je, so wird es auf Erden auch bleiben:
Zur Vollkommenheit, die sich der Geist denkt, kommt es im Leben
Nimmer, nur streben danach ist das Loos der sterblichen Menschen.
Neue Zeiten, sie bringen stets neue Männer an's Ruder,
Und die Jugend hat diese, das Alter andere Ziele.
Doch, Du glaube nur nicht, daß die singende Lippe des Dichters
Sich vermesse, zu stärken den Muth des Ritters vom Geiste,
Welcher da lacht der Gefahr der Verkennung, Verdrehung, Vernichtung,
Welcher die Wahrheit sucht, ohn' Ansehn dienet der Sache.
Bist auch unfehlbar Du nicht, doch Dich wird sicher geleiten
Göttliche Kraft zum Wege des Friedens mit Deinem Geschicke,
Die so oft Dich geführt, für Dein Volk das Rechte zu finden.
Nein, nur freundlichen Gruß, theilnehmenden, Dir will ich senden,
Alter Neigung getreu — trahit sua quemque voluptas —
Durch den Mund der deutschen, der bitter getadelten Presse.
Unter uns: konntest Du wohl von ihr was Besond'res erwarten?
Oft ja wird sie erzeugt von „Leuten, die ihren Beruf", wie
Selbst Du einst schriebest, „verfehlten!" Wie können Dich diese verstehen,
Der Du Deinen Beruf „Reichskanzler" so reich uns erfülltest?
Hier die herrlichen Thaten und dort oft erbärmliche Worte
Oder ohnmächtiges Schweigen. Was thut's? Kommt die Zeit dann des Handelns,
Lautet das Urtheil des Volks ganz anders, als Zeitungsgeschreibsel,
Wenn es auch wieder bald surrt, wie Mückenschwärme des Sommers.
Eine Pfeife Tabak, sie kränkt die lästigen Thierchen

Ohne Beruf, geführt vom banausischen a. D. Assessor.
Andre doch mühen sich brav, der emsigen Biene vergleichbar,
Tag für Tag zu sammeln den Honig der Vaterlandsliebe,
Ihn zu bieten den Deutschen als Nahrung — nicht bin von der Zunft ich
Unserer Zeitungsschreiber, drum darf ich parteilos auch rühmen,
Die es verdienen, indeß — Du kennst sie besser als ich wohl.
Mögen diese, die muthig die alten Bahnen verfolgen,
Treu dem Kaiser und Reich und seinem Eisernen Kanzler,
Ohn' abhold dem Neuen zu sein, gerecht gegen Alle,
Mögen diese je mehr und mehr Nacheiferer finden,
Daß das Feuer der deutschen Kraft, von Dir uns entzündet,
Auch von der Presse genährt für Kaiser und Reich sich erhalte.
Fahre denn wohl und kämpfe für's Reich amtlos als Privatmann
Milderen Kampf, dem Streit der Parteien entrückt, bis dann weiter
Berge und Quellen Gasteins oder Kissingens noch Dich verjüngten.
Dann, wenn der Geist Dich ruft, dann tritt auf den Kampfplatz des Staates,
Dort, wo den Besten des Volkes in Jugend- und Altersberathung
Ein Wahrzeichen nur gelte: dem einigen Reiche zu dienen,
Gleich' Du an Würde und Kraft dem gerenischen reisigen Nestor.
Berlin, im Juli 1890. Eugen Schwetschke.

Am 21. Juli schrieb darauf der Fürst an Dr. Schwetschke aus Friedrichsruh:

„Aus Ihren Hexametern in Nr. 334 des ‚Deutschen Tageblattes' ersehe ich mit Vergnügen, daß Ihr Wohlwollen für mich meine amtliche Außercourssetzung überdauert hat. Ich darf daher annehmen, daß Sie mit mir die Genugthuung theilen, mit der mich die Thatsache erfüllt, daß meine Gegner, nachdem sie mich in bewegter Zeit am Lichte der Oeffentlichkeit 28 Jahre lang unter der Lupe zergliedert haben, in ihrer heutigen Presse nichts Schlimmeres gegen mich vorzubringen wissen, als daß meine Ansichten über einen Theil unserer wirthschaftlichen Gesetzgebung mit den amtlich herrschenden nicht übereinstimmen.

„Ich freue mich, daß Sie diese meine Sünden nachsichtig beurtheilen, und daß Sie ein conservatives Blatt gefunden haben, welches dieser Ihrer milden Auffassung seine Spalten unverzagt geöffnet hat.

v. Bismarck."

* * *

Am 22. Juli empfing der Fürst noch einmal einen Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" (den ersten Vertreter desselben Blattes Ende April, siehe oben S. 34ff.); es war für längere Zeit das letzte Interview. Ein großer Theil des sehr langen Berichtes, den die „Hamb. Nachr." nach der Uebersetzung der „Post" am 30. Juli (A.-A.), 2. August (M.-A.) und 6. August (M.-A.)

veröffentlichen, wird hier fortgelassen, weil er mit den Aeußerungen des Fürsten direct nichts zu thun hat. Was der russische Correspondent darüber aber berichtet, das ist Folgendes:

In der Besitzung kam mir Dr. Chrysander entgegen; aber er hatte mir kaum einige freundliche Worte gesagt, um die vorgekommene Verspätung zu erklären, als sich die Thür des Empfangssaales öffnete und ich im Flur die hohe Greisengestalt des Fürsten Bismarck erblickte, im Kautschuck-Paletot, rundem schwarzen Filzhut mit breiten Rändern und einem Stock in der Hand. Er schickte sich zu seinem gewöhnlichen Spaziergang vor dem Frühstück an, obgleich der Regen nicht nachließ. Der Doctor-Secretair ging ehrfurchtsvoll an ihn heran, die Thür schloß sich auf eine Minute, dann trat Fürst Bismarck aus dem Flur ins Empfangszimmer.

„Seien Sie gegrüßt,“ sagte er zu mir auf russisch, indem er mir die Hand gab. „Nicht wahr, es regnet,“ fuhr er auf russisch fort, indem er mir liebenswürdig und freundlich in die Augen sah.

Ja wohl, Euer Durchlaucht, antwortete ich gleichfalls auf russisch, und dann zur französischen Sprache übergehend, mit einer Beimischung von Deutsch, sagte ich ihm von der Redaction der „Nowoje Wremja“ und persönlich Dank für die liebenswürdige und freundliche Aufnahme der Mitarbeiter dieser Zeitung.

Der Fürst antwortete mir liebenswürdig, daß er immer erfreut über die Besuche der Repräsentanten der Presse sei, welche sich in seiner Einsamkeit seiner erinnerten, und daß er immer, wenn er die Zeit dazu habe, bereit sei, sie zu empfangen.

„Ich wollte eben in den Garten promeniren gehen nach der Vorschrift meines Arztes, aber was für ein Wetter!“ sagte der Fürst.

Ich bat den Fürsten, seine Tagesordnung nicht zu unterbrechen und, indem ich bemerkte, daß er so angezogen sei, daß ihm Sturm und Wetter nichts thun würden, bat ich ihn um die Erlaubniß, ihn begleiten zu dürfen.

„Ja, wir haben noch drei Viertel Stunden bis zum Frühstück. Aber wie wollen Sie mit mir gehen? Sie müssen ja ganz naß werden.“

Ich antwortete, daß ich nicht ausschließlich in der Stadt, sondern auch auf dem Lande lebe und daß also ein Spaziergang im Regen mir kein fremdes Ding sei.

„Dann lassen Sie uns gehen,“ sagte der Fürst, nach der Thür zu gehend, und schon im Regen, von der Treppe herab zeigend, fügte er, indem er sich lächelnd zu mir wandte, hinzu: „Da sind Galoschen, nehmen Sie!“

Ich dankte dem Fürsten, und indem ich sagte, daß wir Russen noch nicht ganz das Tatarenthum abgelegt und nach dem Beispiel der guten Muselmänner doppeltes Schuhwerk tragen, zeigte ich ihm meine Leder-Galoschen.

Der Fürst sah sich um und sagte lächelnd: „Ja die Russen lieben die

Galoschen. Bei Ihnen tragen jetzt sogar die Officiere Galoschen. Die Sitten sind milder geworden. Früher mußte man dafür bis sechs Wochen in Arrest sitzen."

Wir traten in den Park. Zwei graue Doggen begleiteten, wie immer, den Fürsten Bismarck auf dem Spaziergang. Einer von ihnen ist Tyras, der Reichshund, wie ihn die Deutschen nennen.

Fürst Bismarck fing an, mich über Gotenburg und das dortige System des Handels mit spirituösen Getränken zu befragen. Mit ihm in den allgemeinen Zügen bekannt, interessirte er sich für die Einzelheiten und war erstaunt über die Vortheile, welche es der Commune und dem Staat bietet. Ausgehend von dem Princip, daß der Detailverkauf des Branntweins keine Quelle des Gewinnes für Privatleute sein darf, führt dieses System — zur Vernichtung der Branntweinschänker und bei allmählicher Verminderung der Zahl der Schänken, bei Verminderung der Stunden, in welchen der Verkauf des Branntweins erlaubt ist, bei Begrenzung der Mengen des verkauften Branntweins auf ein bis zwei Gläser für die Person, bei Zulassung nur solchen Branntweines zum Verkauf, der im hohen Grade gereinigt ist — nicht nur nicht zur Verminderung der Einnahmen des Staates aus dem Getränkwesen, sondern außer der Summe, welche Staat und Gemeinde bei einer der unserigen ähnlichen Einrichtung erhalten würden und außer 6 % für die Actien der Compagnie, welche die Sache in Gotenburg in Händen hat, giebt sie der Stadt noch eine Einnahme von einer halben Million Kronen. In Stockholm hat die Stadt mehr als eine Million Kronen Einnahme von diesem Titel. Alles das ging früher in die Taschen der Schänker, in deren Interesse die Bevölkerung betrunken gemacht wurde. Dieses System ist in Schweden und Norwegen weit verbreitet.

„Ja, das ist ein schönes System," sagte der Fürst Bismarck, — „das ist das einzige auf ein wirkliches öconomisches Princip gegründete System; von einer sentimentalen Wohlthätigkeit ist da nicht die Spur, und darin liegt seine Stärke. Allerdings ist das ein Monopol seiner Art; aber ich habe immer gefunden, daß das Trank- und Tabakwesen sehr geeignet zur Umwandlung in Monopole sind. Aber bei uns in Deutschland, bei der Zersplitterung und dem Kampf der Parteien — würde ein Versuch, dieses System einzuführen, die Sache zu einer Parteiwaffe machen und zu vielen Schwierigkeiten begegnen, würde zu viel Privatinteressen verletzen. Außerdem sind die Gemeinden bei uns so geneigt zur Isolirung, dazu, ihr besonderes Leben zu leben, außerhalb der allgemeinen Staatsinteressen, und eine solche starke Selbstständigkeit in der Quelle der Einnahmen könnte noch zur Verstärkung des Gemeindegeistes zum Schaden des allgemein staatlichen führen."

Fürst Bismarck führte zum Beweis die früheren Reichsstädte an,

welche gar keine Verbindung mit dem „Lande“ anerkannten, und fragte, ob man das gotenburgische System nicht in Rußland zu versuchen beabsichtige.

Ich antwortete ihm, daß sich bis jetzt nur ein Kreis von Privatleuten für die Sache interessirt und daß ich mich persönlich und rein privatim dafür interessirte.

Der Regen hörte nicht auf zu strömen. Bei dem kleinsten Windstoß wurden wir mit Wasserbächen von den in den Weg hangenden Zweigen überschüttet. Wir gingen bis zum Rande des Feldes, auf welchem reiner, hoher Sommerweizen und Hafer vom Regen darniederlagen.

„Was für Wetter haben Sie in Schweden gehabt? und hat dort die Getreideernte schon begonnen?“ fragte mich der Fürst, als er sah, daß ich mich für Landwirthschaft interessirte.

Ich antwortete, daß, obgleich es in Schweden fortwährend regnet, die Heuernte doch beinahe beendet ist (es ist heuer ein noch nie dagewesener Grasreichthum in Schweden, aber die Regen haben dem Heu und besonders seinem Aussehen geschadet). Die Roggenernte im südlichen Theile Schwedens und in Dänemark hat schon begonnen.

„Gewöhnlich ist die Ernte bei Ihnen acht Tage später als bei uns,“ bemerkte der Fürst. „Uebrigens müssen im südlichen Schweden jetzt schon einige Getreidearten reifen.“

Ich theilte dem Fürsten mit, daß ich nach Helsingborg (Schweden) und Helsingör (Dänemark) gereist sei, und daß bei dem Traject über die große internationale Fahrstraße, auf welcher alle Schiffe aus der Nordsee in die Ostsee gehen, mein Reisegefährte, ein nordischer Capitain, mir, als wir uns dem dänischen Ufer genähert, auf welchem das malerische Schloß Kronborg steht, gesagt: Es giebt eine Sage, daß hier, auf den Terrassen dieses Schlosses, Hamlet seinen Vater gesehen hat. Sie, ein Russe, sollten, denke ich, hier einen anderen, lebendigeren, wirklicheren Schatten sehen, welcher seine Hand über diese Meerenge ausstreckt ... Wie leicht ist sie in einen zweiten Bosporus zu verwandeln.

Fürst Bismarck, der unterdessen auf dem engen Stieg vor mir gegangen war, drehte sich um und sagte:

„Ihr Norweger irrt sich. Wir sind vollständig satt mit dem, was wir haben, und wünschen keine Erwerbungen mehr.“

In diesem Augenblicke traten wir an den Rand eines Teiches, hinter welchem sich ein sogar in diesem Regen reizendes Landschaftsbild zeigte. Das Gespräch wandte sich auf die Entlassung des Fürsten. Bei uns in Rußland, sagte ich ihm, hört man nicht auf, sich darüber zu verwundern; besonders erstaunt uns die Eile, mit welcher man Geld für Ihr Denkmal sammelt. Vielen erscheint dieses Denkmal wie ein gigantisches Petschaft, mit

welchem man ein Packet mit dem alten, 75jährigen Bismarck versiegelt, um es ins Archiv zu thun; man sieht ein gewisses Streben, der Thätigkeit des Fürsten ein Ende zu machen, den Wunsch, daß nicht etwa zu Allem, was er gethan, noch neue Thaten kommen möchten, welche ihren Platz in der Geschichte fänden, die sich, wie es scheint, ausschließlich mit anderen beschäftigen soll.

„Ja, mir giebt man beim Leben die Ehren des Todes. Mich begräbt man wie Marlborough. Man wünscht nicht blos, daß Marlborough nicht wiederkehre, sondern man wünscht, daß er wirklich sterben möge, oder wenigstens auf den Rest seiner Tage schwiege. Mit meiner Lage söhne ich mich aus. Alles hat sich in so legalen Formen vollzogen, daß ich auch gar nicht daran denken kann, zu protestiren. Wenn ich frühmorgens inmitten dieser Natur aufwache, so fühle ich sogar eine große Freude darin, daß keine Verantwortlichkeit auf mir liegt, man fühlt sich frei, unabhängig, so wie ein rechtschaffener Landedelmann sein soll.[1]) Aber zugleich damit kann ich nicht vergessen, daß ich mich 40 Jahre mit der Politik beschäftigt habe — und auf einmal darauf verzichten, ist unmöglich. In der That hilft man mir darin eifrig — und Niemand von meinen Gefährten in der Politik, Niemand von meinen zahlreichen Bekannten führt mich durch seine Besuche in Versuchung. Man ruft mir Halt! zu, mich meidet man wie einen Pestkranken, indem man sich fürchtet, sich durch einen Besuch bei mir zu compromittiren, und nur meine Frau besuchen noch von Zeit zu Zeit ihre Bekanntinnen. Deshalb bin ich immer erfreut über die Repräsentanten der Presse, welche sich für Fragen der Politik interessiren, und mit welchen ich über Dinge sprechen kann, die fortfahren, mich zu beschäftigen. Aber auch das ruft Unzufriedenheit hervor. Man kann mir nicht verbieten, zu denken; aber man möchte mich gerne hindern, meinen Gedanken Worte zu geben, und wenn es möglich wäre, hätte man mir längst ein silence cap, einen Maulkorb angelegt."

Indem er dann überging zu den Fragen über seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser, sagte der Fürst Bismarck, daß sich als der Hauptpunkt der Meinungsverschiedenheit die sociale Frage gezeigt hat.

„Der Kaiser neigt sich bei seinem guten Herzen dahin, daß man den Socialisten mit milden Maßregeln, mit Güte beikommen soll. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung. Bei solcher Meinungsverschiedenheit konnte ich nicht lange harren. Und da der Kaiser auf meine Frage, ob er auf die Durchführung seiner Anschauung in die staatliche Thätig-

---

[1]) Solche Worte, die Fürst Bismarck wahrscheinlich deutsch gesprochen hat, bezeichnet der Correspondent mit lateinischen Lettern.

keit besteht, mir antwortete, daß er darauf bestehe, so blieb mir nur übrig, zu gehen. Ich that das auch. Das war unerwartet für die Mehrzahl meiner Freunde und Feinde. Ich liebe keine Vergleiche, aber ich könnte, vollkommen bei der Wahrheit bleibend, sagen, daß bei der Nachricht von meinem Abgange mit meinen Feinden dasselbe geschah, was sich bei dem Tode Friedrichs des Großen ereignete. Alle guten Freunde athmeten auf, schöpften Luft und sagten: „Endlich". Ja, man konnte mir nicht verzeihen, daß ich 28 Jahre erster Minister gewesen war. Achtundzwanzig Jahre! Denken Sie, quelle insolence!! Ja einen solchen frechen Menschen hätte man längst über Bord werfen müssen. Und alle die, welche in diesen achtundzwanzig Jahren immerfort gehofft hatten, Premier-Minister zu werden, alle, welche sich für gekränkt, für übersehen, für nicht genügend geschätzt, für schlecht belohnt hielten — Alle unterschrieben, und in achtundzwanzig Jahren haben sich solcher Leute nicht wenig gesammelt."

Auf meine Bemerkung, daß der Fürst mit auswärtigen Feinden leicht und rasch zurecht gekommen, die inneren aber ihm immer eine Masse kleiner und großer Sorgen und Unannehmlichkeiten gemacht, fügte Fürst Bismarck hinzu:

„Ja, sie sind auch an Zahl immer mehr als die Auswärtigen gewesen. Sie haben sich jetzt nur vollständig erklärt. Als einmal einem französischen Herzoge die Hofschranzen die Menge Volks zeigten, welche ihn zu bewillkommen erschienen war — so antwortete er: ‚Ah, mon cher, ils seraient encore bien plus nombreux s'ils étaient venus me voir pendre.' Meine Feinde, scheint es, denken, daß diese angenehme Minute für mich gekommen ist, und alle triumphiren vollzählig . . . ."

Dann auf die sociale Frage zurückkommend sagte Fürst Bismarck:

„Ich bin der Ansicht, daß in naher Zukunft die sociale Frage Deutschland zu einem blutigen Kataklysmus führen muß. Besonders verdrießlich ist es, daß, je später die unvermeidlichen Repressivmaßregeln getroffen werden, um so blutiger die Lösung sein wird."

Wir waren unterdessen auf die nach dem Garten hinausgehende Terrasse getreten. Bei jeder Neigung des Kopfes strömten Bäche Wassers von den Rändern unserer Hüte. Der Regen ergoß sich unerbittlich über uns. Fürst Bismarck entschloß sich, die Promenade zu beendigen, und lud mich in das Speisezimmer ein.

Das Speisezimmer, in welches wir direct aus dem Garten traten, erwartete uns schon mit dem aufgetragenen Frühstück. Fürst Bismarck lud mich ein, ihm zu folgen, und durch zwei Zimmer schreitend, welche, wie die Terrasse, auf den Garten führen, geleitete er mich zum Eingang des Cabinets der Fürstin, durch dessen offene Thür man die geehrte Wirthin des Hauses sehen konnte. Eine noch sehr wohl aussehende Dame, aber mit starkem Grau

im dichten Haar, mit Herzensgüte in dem nachdenklichen und müden Blick stand sie von dem Arbeitstisch auf und sagte mir, aus dem Cabinet heraustretend, einige freundliche Worte. Der Fürst drängte sie, zum Frühstück zu kommen.

In dem langen Speisezimmer saßen wir zu Vieren an dem länglichen Tisch. Obenan Fürst Bismarck, zu seiner Linken die Fürstin, zur Rechten ich, und neben mir Dr. Chrysander. Beinahe im gleichen Niveau mit dem Fürsten Bismarck trat aus der Wand in natürlicher Größe die Figur des Kaisers Wilhelm II., ein Geschenk des Kaisers zum Geburtstage des Fürsten, der zehn Tage nach dem Rücktritt des Fürsten fiel. Auf diese Weise bleibt des Kaisers Bild unzertrennlich von Dem, der so viel zur Gründung des von ihm ererbten Reiches gethan.

Nach dem Frühstück wurde das Gespräch, welches im Garten begonnen hatte, über die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Deutschland und Rußland fortgesetzt. Die Prinzipalthesen des Fürsten Bismarck waren:

> Seine persönliche Sympathie mit Rußland, wo er als Gesandter am russischen Hofe das Wohlwollen des Monarchen und die aufrichtige Freundschaft des Ministers des Auswärtigen Fürsten Gortschakow genossen, — und die von ihm nach allen Seiten hin bewiesene Zwecklosigkeit eines Bruches zwischen Deutschland und Rußland und besonders der Irrthum, daß Deutschland zuerst über Rußland herfallen könne. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, protestirte Bismarck gegen die Vorwürfe, welche ihm und seiner Politik von der russischen Gesellschaft und der russischen Presse gemacht wurden, erklärte seinen Antheil an den Entscheidungen des Berliner Congresses und die Gründe, welche ihn zum Abschluß der Tripelalliance, welche auch jetzt in Kraft steht, veranlaßt hätten. (Vgl. oben S. 25f.)
>
> „In Wirklichkeit haben sich meine Ansichten über die Bedeutung Rußlands für Deutschland niemals geändert. Ich war immer für gute freundliche Beziehungen zu Rußland, weil ich dies vor Allem für entsprechend den Vortheilen und Interessen Deutschlands halte. Und wenn solche Beziehungen nicht immer existirt haben, so trifft nicht mich die Schuld. Nicht ich habe mich von Rußland abgewandt, sondern man hat mich zurückgestoßen und mich in eine Lage gebracht, bei welcher eine hartnäckige Unveränderlichkeit meinerseits in Widerspruch mit dem Gefühle meiner eigenen Würde und mit dem Stolz Deutschlands gewesen wäre. Das begann im Jahre 1875, als Fürst Gortschakow, mit dem mich Bande alter Freundschaft verknüpften, zuerst fühlen ließ, daß seine Selbstliebe durch die Stellung, welche ich an dem politischen Horizont einnahm, tief und unheilbar verletzt sei."

Und zur Illustration erzählte Fürst Bismarck eine Episode aus der Zeit

seines Aufenthaltes in Paris im Juni 1867, bei der Pariser Weltausstellung vor seinem Eintritt in das Amt des Kanzlers des Norddeutschen Bundes. Ich schicke voraus, daß diese Episode schon aus einer anderen Veranlassung in der Correspondenz des Mitarbeiters des „Daily Telegraph" der den Fürsten Bismarck auch in Friedrichsruh besuchte, erzählt worden ist.[1])

„In Paris traf ich damals wieder mit dem Marschall Vaillant zusammen, einem guten ehrlichen Alten, der mir noch aus der Zeit meiner kurzen Anwesenheit in Paris als Gesandter freundlich gesinnt war. Einmal sagte er mir: Ich liebe Sie aufrichtig, lieber Freund, Sie und Ihre Landsleute — deshalb thut's mir leid, daß wir bald gezwungen sein werden croiser la bajonette. Gleich dem Hahn auf dem Hühnerstiege können wir Franzosen es nicht vertragen, wenn Jemand lauter als wir in Europa kräht. ‚Eh bien, s'il en est ainsi — croisons' antwortete ich ihm," fuhr der Fürst Bismarck halb scherzend fort und sich zu mir wendend, fügte er hinzu: „et nous l'avons croisée." —

„Ihr verstorbener Kanzler konnte sich auch mit der Stellung nicht aussöhnen, die ich in Europa einnahm," führte der Kanzler aus, „aber ich hielt dieses persönliche Element von dem Gebiete der staatlichen Beziehungen fern, umsomehr als die persönlichen Beziehungen der Monarchen immer die allerbesten waren. Zum Beweise dafür, wie wir Beiden, mein alter Wilhelm (mon vieux Guillaume) und ich immer gegen Rußland gesinnt waren, könnte ich eine interessante Correspondenz mit dem Kaiser anführen, welche ich ganz vergessen hatte, die mir aber in diesen Tagen in die Hände gefallen ist; auch unserer Gespräche aus Anlaß der Actionen der russischen Truppen in der Türkei erinnerte ich mich. Wir verfolgten sie so theilnehmend und aufmerksam, wie wenn es unsere eigenen Truppen wären. Wir stellten uns die Chancen der Kriegführung nach den Unglücksfällen vor Plewna vor und freuten uns aufrichtig über den schnellen Balkanübergang. Wir erwarteten jeden Augenblick die Nachricht, welche die russische Sache am Bosporus auf unerschütterlichen Boden gestellt hätte . . . In jedem Falle waren wir nicht Schuld, daß es nicht so kam. Sie haben den günstigen Moment versäumt, und wenn ich glauben soll, was ich nur aus Gesprächen (des racontages) weiß, so wurde der geeignete Augenblick diesen bedeutenden Fehler zu verbessern versäumt, als man das Bündniß mit dem gestrigen Feinde schloß.

„Ich gehe jetzt auf den Berliner Congreß über," fuhr Fürst Bismarck nach dem Frühstücke fort. „Besonders wegen der Resultate dieses Con-

[1]) Vergl. oben S. 103.

gresses ist man in Rußland ärgerlich und greift mich an, aber man darf nicht vergessen, daß derselbe ausschließlich auf Betrieb der russischen Diplomatie einberufen wurde. Im Frühjahr 1878 litt ich an einer langwierigen Krankheit (Gürtelrose) und brauchte eine Kur in ... (hier nannte der Fürst einen Ort, dessen ich mich nicht erinnern kann), als Graf Schuwalow zu mir kam und mir den Wunsch des Kaiser Alexanders II. mittheilte, die Mühe der Zusammenberufung dieses Congresses zu übernehmen. Kaiser Alexander war immer so gnädig gegen mich gewesen, daß ich den Wunsch nicht ablehnen konnte. Ich und Schuwalow theilten die Arbeit, er übernahm es, England zur Theilnahme an dem Congresse zu bestimmen, ich beschäftigte mich mit Oesterreich. So lange der Congreß saß, hielt ich mich als direct im Dienste Rußlands, erfüllte alle Wünsche der russischen Bevollmächtigten, vertrat alle ihre Forderungen, und meine Schuld ist es nicht, wenn diese Forderungen dem nicht entsprachen, was man hätte fordern können. Ich schätzte in dieser Zeit die Neigung Rußlands so sehr, daß ich das anspruchsvolle Verfahren Gortschakow's gegen mich ohne Murren ertrug. In der That, man ist zuweilen mit mir umgegangen, wie mit einem Diener qui ne monte pas assez vite quand on a sonné . . ."

Ich sagte hierauf dem Fürsten Bismarck, daß die Angriffe und Vorwürfe, welche die russische Gesellschaft und Presse ihm wegen des Congresses machen, sich nicht immer unmittelbar gegen ihn gerichtet haben. Im Jahre 1878 war die russische Presse mit wenigen Ausnahmen der getreue Ausdruck der Anschauungen und Meinungen der ungeheuren Mehrheit des russischen Volkes, welches aus verschiedenen Gründen zu den Vertretern der russischen Diplomatie auf dem Berliner Congresse kein Vertrauen hatte. Die Greisenhaftigkeit des Einen von ihnen, die Gerüchte über die diplomatischen Dienste des Anderen[1]) in einer für unsere Truppen entscheidenden Minute — im Verein mit vielen beiläufigen erschwerenden Umständen, die zwischen ihnen bestehende Differenz, die untergeordnete Stellung, welche Fürst Gortschakow auf dem Congresse einnahm — Alles das nährte gegen die Kraft der russischen Diplomatie auf dem Berliner Congreß das Mißtrauen der russischen Gesellschaft und Presse, welche fühlten und überzeugt waren, daß die russischen Vertreter gegen den Fürsten Bismarck nicht aufkommen konnten. Das Spiel war nicht gleich, wir hatten keine Trümpfe, und wir waren überzeugt, daß Deutschland dies benütze.

„Das, was Sie von Einem von ihnen sagen," erwiderte Fürst Bismarck, „ist vollkommen richtig;" was den Anderen betrifft, so glaube ich nicht an das, was man von ihm erzählt, er war wirklich ein hitziger Anglomane, der

[1]) Fürst Gortschakow und Baron von Oubril, damals russischer Botschafter in London.

übrigens nicht die Engländer, sondern nur ihr Gesellschaftsleben, ihren Comfort liebte. Es war ein Mann, der sich nur im Auslande, nicht in Rußland wohlfühlte. Ich bedaure sehr, daß in jener Zeit die gesellschaftliche Meinung Rußlands in keiner Weise in der uns zugänglichen ausländischen Presse vertreten war. Ich muß noch einmal auf's Nachdrücklichste wiederholen, daß ich damals so geneigt war im russischen Interesse zu arbeiten, daß wenn Ihre Slavophilen damals die Geschäfte geführt hätten, dies meine Politik nicht geändert hätte, und ich ebenso eifrig ihre Wünsche ausgeführt hätte, wie ich es dem Grafen Schuwalow gegenüber gethan, so weit es der letztere meinerseits nothwendig fand."

Und indem er auf eine mir früher beiläufig ausgesprochene Bemerkung zurückkam, machte Fürst Bismarck eine kleine Abschweifung:

„Ich hätte längst gewünscht, mit den Vertretern der russischen Presse in Beziehung zu treten. Aber früher, als ich in den Geschäften war, zeigte sich dies sehr kitzlig. Man hätte mir Mißtrauen entgegen gebracht.

„Nach dem Berliner Congresse änderten sich unsere Beziehungen zu Rußland," fuhr er fort. „Allerdings, es hat einen Augenblick gegeben, wo Graf Schuwalow mir vorschlug, ein formelles Bündniß abzuschließen. Aber das hätte bedeutet, sich von ganz Europa abzusondern, und ich konnte mich nicht entschließen, Deutschland in eine solche isolirte Lage zu bringen, besonders da aus Rußland Stimmen voll Mißtrauen und sogar Grimm zu uns herüberkamen. Unter solchen Umständen waren die Garantien für die Festigkeit eines Bündnisses zu schwankend, und die Ereignisse beeilten sich, meine Befürchtungen zu bestätigen. Im Jahre 1879 habe ich ein Document in den Händen gehabt, an dessen Existenz ich niemals geglaubt hätte, wenn ich es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte. In diesem Document war zweimal die Kriegsdrohung wiederholt. Dieses Document entschied über meine Reise zu meinem Freunde Andrassy. Die heute bestehende Tripel-Allianz wurde damals geboren.

„Und trotz dessen ist Deutschland gegen Rußland nicht feindlich gesinnt," sagte nach einer Unterbrechung Fürst Bismarck. „Ich begreife es durchaus nicht, wenn ich die Meinung über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland höre. Stellen wir die Frage auf reellen Boden. Welche Compensation, welchen Lohn könnte die Seite gewinnen, welche die Oberhand behält? Rußland könnte uns einen Uferstrich am Meere nehmen, das heißt noch eine Zahl Balten erwerben, mit welchen schlecht auszukommen wäre, da die Bevölkerung dieses Striches sehr demokratisch ist. Hätte Deutschland die Oberhand, so müßten wir von Ihnen die Polen nehmen, deren wir schon genug haben, mehr als

uns wünschenswerth ist. Dabei ist es unzweifelhaft, daß fünfmalhunderttausend Deutsche Rußland nicht so viel Schaden zufügen würden, als fünfmalhunderttausend Russen, die in seine Grenzen einfielen, Deutschland. Ich kenne Ihre Dörfer und Städte — man verbrennt und zerstört sie so leicht, wie man sie wieder aufbaut. So ist es bei uns nicht, wo die Bevölkerung dicht, die Städte nahe bei einander sind. Unsere Truppen müßten in einem verödeten Lande mit schlechten Wegen in unabsehbaren Räumen marschiren. Ich spreche nicht davon, daß die Beispiele Karl's XII. und Napoleon's nicht geeignet sind, zum Kriege mit Rußland zu ermuntern. Die Eigenschaften des russischen Soldaten, seine persönliche Tapferkeit, seine Fähigkeit, Entbehrungen jeder Art zu ertragen, sind uns bekannt. Bei solchen Elementen sollen sich Leute in den Krieg stürzen, denen Gott noch nicht den Verstand genommen hat?

„Ich glaube außerdem fest an die aufrichtige Friedensliebe des russischen Volkes, an seinen gesunden Verstand und die Friedensliebe der russischen Politik. Als man mich auf die beständige Vorwärtsbewegung der russischen Truppen gegen die Grenze hinwies, fand ich es immer sehr natürlich, daß Rußland wünscht und bereit sein muß, in voller Rüstung einem zukünftigen Anlauf zur Entscheidung der orientalischen Frage zu begegnen. Aber ich habe niemals in der Vorschiebung der Truppen eine Drohung gegen Deutschland gesehen. Ich glaube so wenig an die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Rußland, daß ich sogar die Möglichkeit einer Nichteinmischung von Seiten Rußlands in unseren Krieg mit Frankreich zulasse. Aber wenn wir Krieg mit Rußland anfingen, so würde Frankreich nicht an sich halten, und dann müßten wir einen Krieg nach zwei Fronten führen. Das ist wohl ein Umstand, der überflüssige Kriegslust dämpfen könnte. Ich bin jetzt ein einfacher Sterbender, ich leite nicht mehr die deutsche Politik, aber meine Stimme besitzt immer noch Ansehen genug in Fragen der Politik, und ich bin bereit, in jeder Weise zu bekräftigen, daß von Seiten Deutschlands niemals ein Angriff auf Rußland erfolgen wird. Ich spreche nicht einmal von den ungeheuren Verlusten, welche im Falle eines Krieges mit Rußland Handel und Industrie beider Theile erleiden würden. Macht man sich in beiden Staaten diese Dinge klar, so wird das bestehende gegenseitige Mißtrauen dem gesunden Sinne weichen, welcher die Möglichkeit eines Krieges zwischen zwei Reichen, die bis jetzt in Freundschaft gelebt haben, nicht zuläßt. Zu einem Streit zwischen Deutschland und Rußland giebt es keinen ernsthaften Grund, und wenn er entstände, so wäre es ein Streit um des Kaisers Bart."

Im Laufe des Gespräches wiederholte der Fürst mehrmals, daß er den Rest seiner Tage der Befestigung des Friedens widmen wird.

„Das ist jetzt meine nächstliegende Aufgabe, wiederholte er noch einmal zum Schluß, und ich werde ihr alle meine Kräfte weihen.“

Nach dem Frühstück erinnerte ich den Fürsten daran, daß in der Presse von seiner Absicht, England zu besuchen, gesprochen worden sei. Als Fürst Bismarck antwortete, daß er in dieser Beziehung noch keinen definitiven Beschluß gefaßt, setzte ich hinzu:

Weshalb besuchen Sie nicht Rußland? Ich wage Ihnen zu versichern, Fürst, daß die Russen mit gebührender Ehrfurcht den empfangen würden, der sein ganzes Leben mit so viel Ehre und Ruhm dem Dienste des Vaterlandes gewidmet.

Ich sagte dabei dem Fürsten, daß seine Persönlichkeit und sein Name eine große Popularität sogar bei dem einfachen Volke genießen, welches sich ihn als einen zwar harten, strengen, aber energischen Mann vorstellt, der nicht ins Leere spricht und fest für die Interessen seines Vaterlandes einsteht, und solche Leute schätzt und verehrt der Russe vor allen.

„Ich glaube an den gesunden Verstand des russischen Volkes, aber ich kann nicht nach Rußland gehen: on dirait que j'y suis allé faire de la politique!“

* * *

Noch ist der Bericht über diese Unterredung gar nicht an die Oeffentlichkeit gelangt, da haben die „Hamb. Nachr.“ abermals Veranlassung zur Vertheidigung des Rechtes des Fürsten Bismarck, Vertreter der Presse zu empfangen und ihnen über die von ihnen bezeichneten Punkte seine Ansichten mitzutheilen. Genöthigt sind sie dazu durch ein ganzes Preßconsortium, das vorwiegend den Parteien angehört, deren Bekämpfung und Zügelung der Fürst in der ganzen Zeit seiner Minister- und Kanzlerschaft für eine Hauptaufgabe auf dem Gebiete der inneren Politik gehalten hat. Clericale, Radicale, Fortschrittler, Polen und Socialdemokraten — sie alle athmen seit des Gestrengen Entlassung etwas freier auf. Die Freude am Dasein wird ihnen nur immer noch etwas getrübt durch die quälende Sorge, er könnte etwa wiederkehren. Dieser Möglichkeit muß ein Riegel vorgeschoben werden. Zu dem Zwecke entdeckt man ein System, das in den Aeußerungen gegen die Journalisten enthalten sein soll, und macht damit die Welt gruseln. Mit kurzen, kernigen Worten enthüllen die „Hamb. Nachr.“ die Haltlosigkeit dieses ganzen Angstgeschreies am 23. Juli (M.-A.):

Die Gespräche des Fürsten Bismarck. Gewisse Preßfedern sind eifrig am Werke, aus der Einflußnahme des früheren Kanzlers auf die in- und ausländische Publicistik zu beweisen, daß Fürst Bismarck geheime Pläne verfolge, daß er wie die Spinne im Netze auf der Lauer liege, um im gegebenen Augenblicke auf seine Beute loszufahren und was dergleichen Unverstand mehr ist. Man will aus den Aeußerungen

des Fürsten ein politisches System als das von ihm befolgte deduciren, das nicht entfernt das seine ist, um dasselbe je nach dem Laufe der Dinge gegen ihn verwenden zu können. Vor Allem aber ist es darauf abgesehen, der gefürchteten Wiederkehr des Verhaßten in seine Aemter nach Kräften und mit allen Mitteln vorzubauen. Daß diese Gefahr nur in der Einbildung Derjenigen besteht, die ihr Parteiinteresse von ihr bedroht glauben; daß es, abgesehen von der Unwahrscheinlichkeit einer kaiserlichen Zurückberufung des Fürsten auf seinen Posten, zur Einwilligung des Fürsten einer Nothlage des Vaterlandes bedürfen würde, die ihm jeder gute Patriot erspart sehen wollen muß, nimmt den fraglichen Preßbemühungen nichts von ihrer symptomatischen Bedeutung, während sie nach der anderen Seite hin freilich den besten Beleg dafür bilden, wie wirksam Fürst Bismarck, als er noch im Amte war, diejenigen Interessen vertreten hat, deren Bekämpfung die socialdemokratisch-fortschrittlich-radical-clericale Coalition gegen den geschiedenen Staatsmann vereint.

So gewiß es ist, daß Fürst Bismarck durch die Gespräche, die er mit fremden und einheimischen Publicisten über Fragen der inneren und der äußeren Politik führt, immer nur der Erhaltung des Friedens und der Wohlfahrt des Reiches dienen will und dient, so frivol ist die Annahme, daß der Fürst bei seinen publicistischen Unterhaltungen eine persönliche Politik mit bestimmtem Endziele betreibe. Diese Annahme enthält nicht nur eine Verdächtigung des Patriotismus des Fürsten, sondern ist außerdem willkürlich und gesucht. Der Fürst dürfte sich während seines ganzen Lebens als Staatsmann niemals in einer Phase von größerer Harmlosigkeit befunden haben, als gerade jetzt. Andererseits aber ist es natürlich, daß ein Mann, der 40 Jahre hindurch am politischen Leben des Vaterlandes so hervorragenden Antheil genommen hat, wie er, nicht mit seinen Aemtern auch das Bedürfniß verliert, sich mit der Politik zu befassen, über die Ziele und Wege derselben im Gespräch mit unterrichteten Leuten seine Ansicht zu äußern. Da er diesem begreiflichen Bedürfniß in der Einsamkeit von Friedrichsruh, im Verkehr mit seinen steten Hausgenossen u. s. w. nicht hinreichend entsprechen kann, die activen Politiker aber Scheu tragen, ihn aufzusuchen und seine Ansichten zu vernehmen, so bleibt dem Fürsten nichts Anderes übrig, als der Empfang von Vertretern der politischen Tagespresse.

Was die Gespräche selbst betrifft, so muß bei ihrer Beurtheilung bedacht werden, daß der Fürst dabei ganz nach jeweiliger Stimmung, nach jeweiligem Bedürfniß verfährt. Nichts ist hier vorbereitet und dient einem bestimmten Systeme, wenn man nicht etwa die Absicht, stets Nutzen zu stiften, als das System des Fürsten bezeichnen will. Die

momentane Disposition des Fürsten, sein Befinden und die äußeren Umstände entscheiden in ganz zufälliger Weise über Wahl der Gegenstände des Gespräches, über die Form, in der sich der Fürst äußert, und über die Ausdehnung seiner Mittheilungen; außerdem kommt die Persönlichkeit Derjenigen, mit denen er spricht, die Art der Fragestellungen an den Fürsten und die politische Materie, um die es sich handelt, in Betracht. Aus allen diesen Umständen erklären sich zur Genüge die mancherlei Abweichungen, die in den Berichten der Interviewer betreffs mehr nebensächlicher Punkte vorzukommen pflegen.

Wir wissen nicht, ob diese gelegentlichen Bemerkungen hinreichen werden, die gegnerische Presse davon zu überzeugen, daß sie mit ihren auf die politischen Gespräche des Fürsten Bismarck bezüglichen Vorspiegelungen in den Augen aller Unterrichteten eine lächerliche Rolle spielt; jedenfalls hoffen wir, daß sie außerhalb ihrer engeren Kreise mit etwaigen ferneren Beschuldigungen keinen Glauben mehr findet.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." begegnen uns noch mehrere Richtigstellungen. Zunächst eine über des Fürsten Bismarck Stellung zur Socialdemokratie (vgl. den betr. Passus in der Unterredung mit dem Redacteur der „Dresdener Nachrichten", S. 141):

In freisinnigen Blättern wird auf Grund der an anderer Stelle dieses Blattes mitgetheilten Aeußerung des Fürsten Bismarck über seine Stellung zur Socialdemokratie der Vorwurf erhoben, der Fürst verstehe nur mit Gewaltmitteln zu regieren. Dabei wird übersehen, daß es gerade der Zweck des Socialistengesetzes war, die Anwendung wirklicher Gewaltmittel so lange als möglich zu vermeiden. Wenn durch Maßregeln auf administrativem Wege versucht wird, dem Hereinbrechen von Katastrophen thunlichst vorzubeugen, so ist das jedenfalls im Staatsinteresse nützlich und deshalb gutzuheißen.

Eine zweite Berichtigung betrifft die Aeußerungen vom 16. Juli über die deutsche Presse (vgl. oben S. 154 f.):

Zu den neulichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die deutsche Presse schreibt das „Deutsche Wochenblatt":

„Was den Mangel an Muth in der Presse betrifft, so wollen wir doch nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß dasjenige Blatt, welches gegenwärtig dem Fürsten Bismarck nahe steht, nicht einmal den Muth hatte, den Wortlaut der Depesche mitzutheilen, welche der der Kriegstreiberei bezichtigte Chef des Generalstabes, Graf Waldersee, jetzt vor Jahresfrist vom Bord der ‚Hohenzollern', wo er sich in Begleitung des Kaisers befand, an die ‚Hamb. Nachr.' sandte. Diese

Depesche hätte, daran zweifeln wir nicht, den Gerüchten von Kriegstreibereien gründlich ein Ende gemacht, würde aber für die Hintermänner jener Verleumdungen recht empfindlich gewesen sein, und eben deshalb hatten die ‚Hamb. Nachr.‘ wohl nicht den Muth, sie abzudrucken."

Wir wüßten nicht, welcher Muth dazu gehört hätte, den Wortlaut des betreffenden Telegramms des Grafen Waldersee zu publiciren; im Gegentheil war es viel „muthiger" und jedenfalls anständiger, die Publication des vollen Wortlautes zu unterlassen und nur das darin enthaltene Dementi mitzutheilen. Die Depesche des Grafen Waldersee enthielt nämlich Angaben, die auf falschen Berichten an ihn beruhten und die wir nothwendig hätten berichtigen müssen, wenn das Telegramm im Wortlaut abgedruckt worden wäre. Wir glaubten dem Chef des Generalstabes einen Dienst zu erweisen, indem wir so handelten, und haben auch keinen Grund erhalten, zu bezweifeln, daß unsere Absicht erreicht worden ist. (Dieses Dementi bezog sich auf die Nachricht, „der Chef des Generalstabes der Armee habe dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, in der zum baldigen Kriege gegen Rußland gerathen werde". Eine Publication der aus Drontheim vom 14. Juli 1889 datirten Depesche ist bisher nicht erfolgt. D. Verf.)

Wieder eine andere bezieht sich auf die Kritik, die an dem Artikel vom 13. Juni „Zur auswärtigen Lage" (vgl. oben S. 121—124) geübt worden ist:

Anläßlich unserer neulichen Ausführungen über die auswärtige Lage giebt sich eine ganze Reihe von Organen der in- und ausländischen Publicistik den Anschein, als glaubte sie, daß Fürst Bismarck die „Hamb. Nachr." verantwortlich redigire und daß die Redaction derselben auf Geltendmachung ihrer eigenen Ansichten Verzicht geleistet habe. Wir haben die Widersinnigkeit und die mala fides derartiger Unterstellungen schon bei früheren Anlässen nach Gebühr gekennzeichnet und können uns daher, was den vorliegenden Fall betrifft, mit dem Hinweise auf die Thatsache begnügen, daß die „Hamb. Nachr." seit länger als zehn Jahren unentwegt der Pflege des Einverständnisses zwischen Deutschland und Rußland das Wort geredet haben, daß also in dem neulichen Artikel kein Novum, sondern nur die Fortsetzung unserer bisherigen Behandlung der russischen Frage vorliegt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß zwischen Deutschland und Rußland ein Interessenstreit, der die Bewahrung guter Nachbarschaft zu hindern vermöchte, nicht besteht, sondern daß die Pflege derselben im wohlverstandenen Interesse Deutschlands Aufgabe seiner Politik bleiben muß. Es ist kindisch, den früheren Kanzler dafür verantwortlich zu machen, wenn wir diese unsere, seit einem Jahrzehnt trotz aller Anfechtungen festgehaltenen Anschauungen jetzt weiter

vertreten. Uebrigens sind wir überzeugt, daß auch Fürst Bismarck die Erhaltung des guten Einvernehmens mit Rußland als eine der wichtigsten Obliegenheiten des deutschen diplomatischen Dienstes ansieht, der so weit zu entsprechen ist, als es ohne Gefährdung des Bündnisses mit Oesterreich nur irgend geschehen kann.

Die letzte Richtigstellung endlich gilt der Notiz über die staatsrechtliche Behandlung Helgolands bis zu den gesetzgeberischen Beschlüssen der erst in den Wintermonaten wieder zusammentretenden parlamentarischen Köperschaften (vgl. oben S. 150 f.):

Gegen den neulich in den „Hamb. Nachr." gemachten Vorschlag, Helgoland einstweilen als Colonie zu behandeln, die aus englischem in deutschen Besitz übergeht, sind in der Presse mannigfache Einwände erhoben worden. Trotzdem ist der Vorschlag nicht nur juristisch correct, sondern es entbehrt auch das gegen ihn vorgebrachte geschichtlich-nationale Argument, daß es Deutschlands nicht würdig sei, eine injuria temporum verloren gegangene deutsche Insel auf dem Colonialwege wieder zu erwerben, der Begründung. Abgesehen davon, daß es sich bei dem Vorschlage, wie wir schon neulich bemerkten, nur darum handelte, die beste Form des Abwartens der schließlichen staatsrechtlichen Einbeziehung Helgolands in das Reichsgebiet zu empfehlen, hat die Insel niemals zum völkerrechtlichen Deutschland gerechnet werden können. Das Herzogthum Schleswig, zu dem Helgoland früher gehörte, ist bekanntlich erst im Jahre 1866 deutsch geworden.

* * *

Am 29. Juli brachte die Münchener „Allgemeine Zeitung" unter der nicht eben sehr geschmackvollen Ueberschrift: „... Und alsobald krähte der Hahn" (Ev. Matthäi 28, Vers 74) einen Artikel, der nicht etwa um seiner selbst willen, sondern nur zur Kennzeichnung der damaligen Situation bemerkenswerth ist. Man sieht an der Auslassung des liberalen Münchener Blattes, ebenso wie an dem reproducirten Artikel der „Conservativen Correspondenz" und der Bemerkung des „Staatsanzeigers für Württemberg" darüber, welche Verwirrung in der deutschen Presse eingerissen ist; wie Verehrung und Dankbarkeit gegen den ersten Reichskanzler auf der einen, wie vermeintliche Legitimität, einseitiges Theorisiren und selbstsüchtiger Servilismus auf der andern Seite mit einander ringen; ja wie alles zu einer Scheidung der politischen Meinungen in Deutschland drängt unter dem Zeichen: für oder wider Bismarck. Grade aus diesem Grunde darf der Artikel hier nicht fehlen. Er lautet:

Zu den seltsamen Kritikern des Fürsten Bismarck, die sich in der letzten Zeit erheben, gesellt sich ohne jeden ersichtlichen Anlaß auch die Berliner

„Conservative Correspondenz“, welche bezeugt, daß sie Muth genug besitzt, nach dem entwaffneten Riesen mit Steinen zu werfen. Das genannte officielle Organ der conservativen Partei in Preußen, einer Partei, von deren parlamentarischem Bestande ohne den Fürsten Bismarck wahrscheinlich wenig mehr als der Name übrig sein würde, schreibt:

„In den Berichten über Unterredungen mit Fürst Bismarck ist einer Anzahl von Blättern der Vorwurf der Feigheit gemacht, weil sie sich von der gefallenen Größe abwendeten. Diese Blätter sind namentlich bezeichnet. Wir befinden uns nicht darunter, die betreffenden Zeitungen gehören einer anderen politischen Richtung an als wir; nur eine von ihnen ist neuerdings in den Verband der conservativen Parteipresse eingetreten, und es wäre somit nichts leichter für uns, als pharisäisch von diesen Stigmatisirten abzurücken. Zu diesem modus procedendi haben wir indessen kein Talent, und wir melden uns — d. h. die publicistische Leitung der ‚Cons. Corr.‘ — somit als solche an, die den Vorwurf, den Fürst Bismarck geäußert haben soll, auch auf sich beziehen. Zugleich möchten wir allerdings auch Einiges zur Abwehr des harten Tadels hinzufügen. Die Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinem Amt hat uns, wie seiner Zeit ausgesprochen, mit tiefem Schmerz und mit mancher bangen Befürchtung erfüllt. Wir haben auch nicht daran gezweifelt, daß Fürst Bismarck auch als Privatmann fortfahren würde, sich zu den Hauptfragen unseres politischen Lebens, zumal an kritischen Wendepunkten zu äußern; das Vertrauen unseres alten großen Kaisers, welches ihn in das preußische Herrenhaus berief, hat ihm die Stelle dargeboten, an welcher die Krone während seiner ganzen Lebenszeit, gleichviel ob er noch im Amt ist oder nicht, eine freimüthige Meinungsäußerung von ihm hören will. Wir erwarteten auch wohl in den meisten Fragen von grundlegender Bedeutung, sowohl was die innere, als noch mehr was die äußere Politik anbelangt, in der Zukunft da, wo Fürst Bismarck Stellung nehmen würde, unsern Platz zu finden.

„Leider haben diese Voraussetzungen einen Riß erfahren. Auch wir kritisiren, wir machen Vorschläge, wir äußern Befürchtungen oder zollen Beifall — aber diese Aeußerungen haben den Character eines Rathschlags, der den zur Regierung und Gesetzgebung berufenen Factoren ertheilt wird, deren alleinige Zuständigkeit, schließlich die Entscheidung zu treffen, wir bei unsrer Kritik niemals in Frage stellen. Der König beruft seine Minister nach freier Wahl, der Reichstag und die Landesparlamente haben wiederum ihre besonderen Befugnisse der Mitwirkung, der Kaiser und der Bundesrath bestimmen den Gang unserer auswärtigen Politik — das sind die festen Formen, in denen die Führung der Geschäfte des Landes im Innern wie dem Auslande gegenüber sich vollzieht. Eine Abstrahirung von dieser geregelten Regierung, bei Pacten, die mit dem Auslande geschlossen wurden,

wie sonst, ist in Revolutionsländern — wir nennen nur den Namen Mazzini — wiederholt versucht und auch practisch geworden; in Deutschland haben Privatactionen, die sich bemühen, Lücken der bestehenden Regierung zu ergänzen, über ihren Kopf hinweg unter Benutzung irgendwelcher Canäle oder Mittel ‚Stimmung' im Auslande zu machen und so den Gang unserer Politik ohne Mandat des Kaisers maßgebend beeinflussen zu wollen, kein Bürgerrecht. Wird vollends auf die Absichten oder die Festigkeit der guten und friedfertigen Absichten der berufenen Regierung im Verfolg solcher Privatactionen ein zweideutiges Licht geworfen, so tritt zu der peinlichen Berührung des monarchischen Gefühls noch ein sehr ernstes Bedenken allgemein patriotischer Art. Und sicherlich ist auch die Grenze zwischen dem, was aus einer Kritik die einzelne Persönlichkeit des lebenden Monarchen trifft, und dem, was der dauernden Sache des Königthums Schaden zufügt, so zart, daß conservative Männer es jederzeit für eine strenge Pflicht erachtet haben, in Aeußerungen, welche das Volk zu einem ungünstigen Urtheil über seinen König, zum Mißtrauen ihm gegenüber hinführen könnten, die äußerste Zurückhaltung zu beobachten. Wir haben stets den Muth unserer Meinung besessen und hoffen, daß es uns auch ferner gelingen wird, sie in dem Rahmen, den unsere conservativen Grundüberzeugungen in bestimmten Fällen für die Form ihrer Kundgebungen uns ziehen, zur Geltung zu bringen. Den Muth uns an Actionen der oben bezeichneten Art und an Dingen, die irgendwie nach Fronde schmecken, zu betheiligen, haben wir aber nicht; wir wissen auch wirklich nichts, wodurch und wem wir das Recht gegeben haben, diesen ‚Muth', durch den wir uns selbst in das Gesicht schlagen würden, bei uns vorauszusetzen. Soll überhaupt von Wandlungen und Abwendungen, sei es von Personen oder von Prinzipien, gesprochen werden, so müssen wir in Anspruch nehmen, daß wir durchaus die Alten geblieben sind und heute noch auf denselben festen Grundlinien der politischen Bethätigung stehen, wie in der Zeit, als Fürst Bismarck noch als der erste Diener seines kaiserlichen Herrn seines Amtes waltete."

Welchen Eindruck (so sagt die „Allgemeine Zeitung") derartige armselige Loyalitätsversicherungen bei unbefangenen Beurtheilern hervorrufen, ergiebt sich u. a. aus den Worten, mit welchen der „Staatsanzeiger für Württemberg" den Abdruck derselben begleitet:

„Das genannte Blatt stempelt also den Fürsten Bismarck zu einem Frondeur à la Mazzini. Es wäre sehr angezeigt gewesen, die Aeußerungen oder Handlungen des Fürsten anzugeben, aus denen das Blatt eine so schwere Anklage schöpft. Von dem Wort über ‚die Feigheit der Presse' sagt das Blatt vorsichtig, daß Fürst Bismarck sich so ‚geäußert haben soll' — wo sind dann aber die glaubwürdigen Belege dafür, daß Fürst Bismarck mehr als einen Rathschlag ertheilen, daß er ‚Privatactionen' in auswärtiger

Politik unternehmen will? Daß Fürst Bismarck gar die friedlichen Absichten der Regierung oder den festen Willen dazu verdächtigt hätte, haben wir nirgends gelesen."

Fürst Bismarck ist aus dem Boden der conservativen Partei in Preußen erwachsen, er ist das einzige staatsmännische Talent von Bedeutung, welches diese Partei je hervorgebracht hat. Aber mehr noch. Hätte er nicht in den Jahren des Militärconflicts die Anlehnung an diese Partei suchen müssen, weil sie die einzige war, welche für die Heeresreform von 1860 eintrat; hätte er sie nicht bei vielfachen Veranlassungen, bei Wahlen zum Reichs= und Landtage über Wasser gehalten, so würde, wie gesagt, die Partei heute wohl nur noch als eine „Gruppe" vorhanden sein, zumal ihre Anschauungen zum nicht geringen Theile außerhalb Preußens in Deutschland keinen Cours haben. Dem Fürsten Bismarck allein, von welchem sie vier Jahrzehnte hindurch ihre Impulse und ihre Gedanken empfangen, wenngleich die Geister oft zu klein waren, diese Gedanken zu erfassen, verdankt es neben dem Ungeschick ihrer politischen Gegner die conservative Partei in Preußen, daß sie heute noch ein Factor im politischen Leben der Nation ist, und jetzt kommen dieselben kleinen Geister, um den Meister zu meistern. Der ehemalige Reichskanzler führt heute keine andere Sprache als die, welche er z. B. als Bundestagsgesandter geredet hat und die aus seinen zahlreich veröffentlichten Privatbriefen und aus den von Poschinger veröffentlichten Actenstücken zur Genüge bekannt ist und weithin im Lande — einschließlich der meisten preußischen Conservativen — eine so beifällige Aufnahme gefunden hat.

Den Mann, welcher Preußen um drei Provinzen vergrößert und das Deutsche Reich aufgerichtet hat, mit Mazzini in Parallele zu stellen und damit aussprechen zu wollen, wie tief Fürst Bismarck eigentlich gesunken sei, ist ein unglaublich komisches Eingeständniß des Mangels jedes historischen Verständnisses seitens der publicistischen Vertretung der preußischen Conservativen, und zwar des mangelnden Verständnisses nicht nur für die Geschichte Italiens, sondern auch für die deutsche. Den Fürsten Bismarck in den Rahmen irgendeiner Parteischablone hineinzwängen und ihn lehren zu wollen, was vom kleinen Standpunkt dieser Partei aus sich ziemt oder nicht ziemt, ist ein Versuch der Zwerge, ihren Maßstab an den Riesen zu legen, der für sie eine unfaßbare Größe ist.

Die „Conservative Correspondenz" erinnert daran, daß Kaiser Wilhelm I. dem Fürsten Bismarck einen Platz im preußischen Herrenhause angewiesen habe, und lädt ihn ein, sich dort hören zu lassen. Das preußische Herrenhaus ist aber für diesen Zweck ein zu enger Raum. Die Kundgebungen des Fürsten nach seinem Rücktritt beziehen sich in der Hauptsache entweder auf die Arbeiterfrage oder auf auswärtige Dinge — Angelegenheiten, welche be=

kanntlich nicht vor das Forum des preußischen Herrenhauses gehören, dort wohl gestreift, aber nicht discutirt werden können. Ueberdem glauben wir annehmen zu dürfen, daß nach dem, wie die Dinge verlaufen sind, dem preußischen Ministerium mit dem Erscheinen seines langjährigen Präsidenten und Leiters in der parlamentarischen Arena recht wenig gedient sein möchte. Was Fürst Bismarck zu Besuchern spricht, entbehrt in der Wiedergabe dieser frei geführten Gespräche meist der Genauigkeit; eine Rede im Herrenhause gewinnt einen officiellen Charakter, ist bleibend, aere perennius. Wir möchten fast meinen, daß die „Conservative Correspondenz“ gerade von ihrem Standpunkte aus keine Ursache hätte, den Tag herbeizuwünschen, an welchem Fürst Bismarck ein zu Versailles im Unmuthe gesprochenes Wort wahr macht und „seinen Stuhl auf die Linke stellt“.

Die Correspondenz versichert, daß sie nicht den Muth habe, sich an Dingen zu betheiligen, die nach Fronde schmecken. Sie scheint auch die Geschichte ihrer eigenen Partei nicht zu kennen, nicht die Haltung der preußischen Conservativen gegenüber dem Prinz-Regenten und König Wilhelm I. in der Grundsteuerfrage und in so vielen anderen Dingen; nicht die Fronde, mit welcher seiner Zeit die Berufung des Ministeriums Schwerin-Auerswald aufgenommen wurde und welcher der alte Wrangel den bezeichnendsten Ausdruck verlieh, als er im Salon der Prinzessin von Preußen ausrief: Es sieht hier ja ganz aus, wie im Jahre achtundvierzig! Gerade Kaiser Wilhelm I., auf welchen die Correspondenz sich beruft, hat die Fronde der preußischen Conservativen bitter zu empfinden gehabt; wir wollen auf gewisse übel berufene Geschichten aus den fünfziger Jahren nicht weiter eingehen.

Ist daher der Appell an unsern alten Kaiser schon aus diesem Grunde recht verfehlt, so noch mehr aus einem anderen: es würde genügen, das Schreiben vom 1. April 1885, das schönste Denkmal fürstlicher Dankbarkeit abzudrucken, mit welchem der in Gott ruhende Monarch im Namen seines Hauses den Fürsten Bismarck am 70. Geburtstage beglückwünschte und in welchem die Worte enthalten sind: „Es ziert die Nation in der Gegenwar, und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntniß für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt.“

Wir sind der „Cons. Corresp.“ ungern in der Berufung auf Kaiser Wilhelm I. gefolgt. Nicht ohne Wehmuth empfinden viele patriotische Männer — wenigstens in Süddeutschland —, als ob Fürst Bismarck nicht zu bitter gewesen, wenn er jüngst klagte, daß die Erinnerung an die große Wilhelmische Zeit in der Nation schnell zu verblassen scheine und daß nur noch gelegentlich bei Denkmalserrichtungen die Rede davon sei. Keine Größe und kein Glanz der Zukunft wird je an die Größe und den Glanz seines opfervollen

Emporringens heranreichen. Gewiß weist eine neue Zeit auf neue Aufgaben aber diese werden nur zu erfüllen sein, wenn sie sich nicht von dem Geiste und von dem Boden entfernen, durch welchen und auf welchem wir ein Volk geworden sind.

Hiermit hat die erste Periode in Friedrichsruh ihr Ende erreicht: am 30. Juli verläßt der Fürst sein Tusculum und begiebt sich zunächst zu kurzem Aufenthalt nach Schönhausen.

II. Periode:

30. Juli — 17. Dezember 1890.

Schönhausen, Kissingen, Homburg und Varzin.

In Schönhausen trifft der Fürst am Abend des 30. Juli ein; er wird von den Dorfbewohnern festlich empfangen, der Amtsvorsteher richtet kernige Worte der Begrüßung an ihn. Der Fürst antwortet in längerer Rede mit bewegter Stimme:

> Er danke herzlich seinen lieben Landsleuten, den rechten, braven Altmärkern, für diesen Freundschaftsbeweis. Fürst Bismarck erläuterte dann die Bedeutung der Altmark für die geschichtliche Entwickelung des preußischen Staates und die Begründung des Deutschen Reiches. Ganz besonders erfreut habe ihn allezeit der Hinweis, daß er, der Fürst, ein Altmärker sei, zu deren herrlichsten Tugenden die Treue gehöre. Mit erhobener Stimme brachte dann der Fürst ein Hoch aus auf den Kaiser, unsern vielgeliebten König und Herrn, dessen treuer Vasall er sei.

* * *

In Schönhausen traf der Fürst eines Tages einige Herren aus dem nicht weit entfernten Rathenow und sagte im Laufe des Gespräches zu ihnen:

> Er sei 1848 mit Herrn von Bredow zu Pferde in Rathenow gewesen; dort sei er mit Steinen geworfen worden, wovon sein rechter Arm noch Spuren zeige. Er habe sich aber beherrscht und dem Mann, der ihn geworfen habe, den Stein zurückgegeben.

Diese Reminiscenz ist interessant. Am 2. April 1848 hatte Herr von Bismarck als Mitglied des zweiten vereinigten Landtages gegen die Adresse gestimmt, die an den König gerichtet werden sollte. Das war nicht nach dem Geschmack des fortschrittlichen Bürgerthums seiner Nachbarstadt. Am 2. Februar des nächsten Jahres aber befand sich Bismarck unter den 32 Wahl=

männern des Westhavelländischen Kreises in Rathenow. Aufgefordert, seine Ansicht über die Aufgaben eines Abgeordneten der Zweiten Kammer darzulegen, that er das in freimüthigster Weise, imponirte aber trotz seiner conservativen Richtung den andern so, daß er von den 32 Stimmen 31 erhielt und dadurch in die Kammer kam. Das war noch kein volles Jahr nach jenem Steinwurf!

* * *

Die „Neue Bayerische Landes-Zeitung" in Würzburg brachte am 1. August zur Ankunft des Fürsten Bismarck in Kissingen einen Artikel, dem wir folgende Aeußerungen entnehmen:

„Morgen, Sonnabend Nachmittag,[1]) trifft Fürst Bismarck zum zwölften Mal in Bad Kissingen als Curgast ein. Der Regent stellte ihm, wie in früheren Jahren, königliche Wagen, Pferde und Diener zur Verfügung. Die Behandlung, welche der Fürst in seinem Vaterlande Preußen erfahren, konnte den Regenten unseres Landes nicht bestimmen, die dem früheren Reichskanzler gewidmeten Rücksichten dem jetzigen Privatmann Bismarck zu versagen. Unser Regent ließ sich von der Preßmeute, welche einst vor dem Eisernen Kanzler im Staube kroch und ihn jetzt wie einen zum Hause hinausgeschmissenen Knecht anbellt, nicht beeinflussen, und er erweist dem Fürsten diejenige Reverenz, welche demselben schon als dem Gaste des Bayerlandes und dann auch als dem hervorragendsten Träger deutscher Kraft und Macht, einem der ersten Namen des Jahrhunderts nicht blos, sondern des Jahrtausends, ja aller Zeiten und Völker gebührt . . .

„Wir sind überzeugt, daß Fürst Bismarck morgen den Empfang in unserem Lande viel wärmer finden wird, als früher. Denn der Gruß von Bayern ist morgen zugleich ein Protest gegen die unwürdige Art und niedrige Weise, wie in der letzten Zeit der größte Staatsmann Preußens und Deutschlands in Preußen und von Deutschen tractirt worden ist. Möge der Fürst in Mitte der Bayern die wohlthuende Befriedigung genießen, daß ihn seine ehemaligen Feinde, ohne sich dabei etwas zu vergeben, besser zu schätzen und anständiger zu behandeln wissen, als Diejenigen, welche sich ihm zum größten Danke verbunden fühlen sollten, statt dessen aber ihn verhöhnen, beleidigen und verachten.

„Die Bayern begrüßen darum trotzdem und alledem den Fürsten Bismarck warm und herzlich als ihren Gast, als den ersten und größten Vertreter des deutschen Namens, aber auch als einen Mann, der selbst nach jahrzehntelangem Hofdienst das Rückgrat des pommerschen Edelmanns nicht verloren hat und seine eigene Meinung frei und frank heraussagt, mag sie den Großen und Kleinen gefallen oder nicht."

---

[1]) Die Ankunft erfolgte aber erst Montag, den 4. August.

Die Münchener „Allgemeine Zeitung" hatte bisher schon eine reichstreue Politik, im Ganzen auch eine dem Fürsten Bismarck freundliche Gesinnung vertreten. Mit dem nachfolgenden Artikel vom 2. August (M.-A.) scheint insofern ein Programmwechsel bei ihr einzutreten, als sie vollständig zu den Organen übergeht, die das Eintreten für den Fürsten Bismarck und seine Politik auf ihre Fahne geschrieben haben. Das ist keine zufällige Erscheinung, sondern eine nothwendige Folge des Unterschiedes zwischen norddeutscher und süddeutscher Art zu empfinden und die ganze Situation zu beurtheilen. Das süddeutsche Urtheil ist freier, unbefangener und natürlicher, von dem Gegensatz zwischen altem und neuem Cours nicht so berührt und beeinflußt wie im Norden. Die Allgem. Zeitung" würde ihren süddeutschen Ursprung verleugnet haben, wenn sie nicht auch nach dieser Richtung die Führung übernommen hätte. Wir finden von dieser Zeit an bis zum Ende des Jahres 1894 auch wiederholt Kundgebungen darin, die auf vom Fürsten ertheilte directe Informationen zurückzuführen sind.

Der eben erwähnte Artikel vom 2. August trägt die Ueberschrift „Fürst Bismarck" und hat folgenden Wortlaut:

„Ihre herrliche, gediegene Art zu denken, die über alles Partheywesen erhaben ist, und daher von allen Partheyen gehaßt zu werden die Ehre hat, verbürgt mir auch auf diese Frage eine recht erfreuliche Antwort." So schrieb unter dem 16. October 1822 der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm, nachmalige König Friedrich Wilhelm IV., an den auf seinem einsamen westfälischen Landsitz Cappenberg weilenden Freiherrn vom Stein, um dessen Ansichten über zukünftige allgemeine Stände der preußischen Monarchie zu erbitten.

Von den Staatsmännern der preußischen Geschichte ist Stein der einzige, der nach seiner großen wichtigen und politischen Persönlichkeit mit dem Fürsten Bismarck in Vergleich gestellt werden kann. Aber nicht nur die Persönlichkeit, die Größe der Auffassung, die Gestaltungskraft und die Energie des Willens, welche beiden Staatsmännern eigen, rechtfertigen solchen Vergleich, nicht nur ihr Patriotismus und ihre Ergebenheit an das Königshaus und das Vaterland, sondern auch der Gang ihrer Laufbahn legt manche Vergleiche nahe. Auch Stein kam einst als Retter in der Noth, er richtete den zusammengebrochenen Staat und Thron wieder auf, schuf die Grundlagen der künftigen Erhebung. Sein Einfluß vermochte den Kaiser Alexander, die Waffen für Deutschlands Befreiung über den Niemen zu tragen; schwer erkrankt vermittelte er den Abschluß des Bündnisses; und wenn sein Einfluß und seine Rathschläge die maßgebenden geblieben wären, hätte Deutschland wohl schon im Jahre 1815 befriedigendere Ergebnisse so opferreicher Anstrengungen, einschließlich Elsaß-Lothringen, heimgebracht. Unzufrieden mit dem Gang, den die Dinge nahmen, trat Stein 1815 zum zweiten Male in das Privatleben

zurück, beim Ordensfest am 17. Januar 1816 sandte der König dem zwiefachen Retter und Neubegründer des Staates den Schwarzen Adlerorden.

In steigendem Maaße ist in den letzten Wochen vom Fürsten Bismarck in der Presse die Rede gewesen. Seine alten unversöhnlichen Gegner haben jede Gelegenheit benutzt, ihrem auch heute noch unbefriedigten Groll neue Nahrung zu geben; von den ehemaligen Freunden haben viele es für zeitgemäß erachtet, sich achselzuckend von ihm abzuwenden. Ein gefallener Minister — ein bon mot von gestern.

Künftige Geschichtschreiber unserer Tage werden, wenn sie die Zeitungen dieser letzten Monate durchblättern, von dem heutigen Geschlecht einen eigenthümlichen Begriff erhalten: lange gehässige Betrachtungen über den ersten Reichskanzler und dahinter die Notizen, welche berichten, wie aus allen Theilen des Reiches eine Zehntausend Mark nach den andern für das Bismarck-Denkmal in der Hauptstadt zusammenfließen; nahezu sechshunderttausend Mark stehen in den drei Monaten von April bis Juni verzeichnet. Die Geber dieser Beiträge gehören doch wohl überwiegend den gebildeten Kreisen der Nation an, welche demnach über den Fürsten Bismarck anders denken und urtheilen als die Tagespresse, die sich, wie es in Deutschland merkwürdiger Weise schon öfter der Fall gewesen, zum nicht geringen Theile im Gegensatz zu dem Urtheilen und Empfinden ihres Leserkreises bewegt. Daneben dürfen wir mit großer Befriedigung die Thatsache verzeichnen, daß die Presse in Süddeutschland in dieser Hinsicht eine erfreuliche Selbstständigkeit des Urtheils bekundet. Wie schon so oft im Verlauf der letzten zwanzig Jahre zu beobachten Gelegenheit war, ist das Nationalgefühl, der Reichsgedanke, in Süddeutschland ungleich stolzer, selbstbewußter, vielleicht auch geschichtlich begründeter, als im Norden. Wohl kaum eine zweite Stadt des Reiches kann eine so denkwürdige Scene aufweisen, wie Stuttgart am 23. September 1885 sie darbot, als Tausende und Abertausende schwäbischer Männer dem ehrwürdigen Kaiser in Begeisterung und Wehmuth ihr „Auf Wiedersehen! Auf Wiedersehen!“ zuriefen und der greise Herrscher in tiefer Bewegung auf den Stufen des Bahnhofes — die Hand auf dem Herzen — sich dankbar verneigte. Indem es seine großen Männer ehrt, ehrt ein Volk sich selbst, und indem der Süden Deutschlands der Größe der Wilhelmischen Zeit ein treueres und dauernderes Gedenken bewahrt, als dies im Norden der Fall zu sein scheint, erzwingt er damit die Anerkennung, daß die bewahrte einzelstaatliche Selbstständigkeit kein Hemmniß, sondern eine Förderung und Befestigung des Reichsgedankens innerhalb seines verfassungsmäßigen Rahmens ist.

Was alte Feinde und ehemalige Freunde dem Fürsten Bismarck vorwarfen, ist der Antheil, den er an den Geschicken des Vaterlandes nimmt und zum Ausdruck bringt. Wir meinen, dies ist *sein Recht*.

Fürst Bismarck wird, gleichviel ob im Amt oder im Ruhestande, nicht

nur in Deutschland, sondern wohl für die gesammte civilisirte Welt eine Persönlichkeit von hervorragendster Bedeutung bleiben, ein Mann, welcher eine politische Laufbahn von einem halben Jahrhundert als Meister der Staatskunst beendete und als solcher einen vollberechtigten Anspruch auf ein Urtheil in politischen Dingen, sowie auf die Beachtung dieses seines Urtheils mit in die Zurückgezogenheit hinübergenommen hat. Er hat mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit, ja oft mit Gefahr seines Lebens den Boden bereitet, auf welchem wir heute stehen, den Bau des Reiches, in dessen Schutz und Schirm wir uns heute geborgen und sicher fühlen, mit Sorge und Mühe Zoll für Zoll aufgerichtet; das Deutsche Reich, dessen mächtige Zinnen heute weithin über die Lande glänzen, ist die eigenste Arbeit seines Lebens. Diese unbestreitbare Thatsache weist ihm eine hervorragende Stellung unter den Mitlebenden an, so lange er unter uns wandelt, und kaum die entschiedensten Gegner des Fürsten mögen der Ansicht gewesen sein, daß sein — unfreiwilliges — Scheiden vom Amt auch zugleich ein Scheiden vom politischen Leben der Nation bedeute. Dies war auch keineswegs die Absicht des Kaisers. Besagte doch der kaiserliche Erlaß vom 20. März d. Js. ausdrücklich, die Ertheilung des Abschiedes erfolge nur in der Zuversicht, „daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden“, und an anderer Stelle, daß die Gewährung des Gesuchs dazu beitragen werde, „Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten“. Jene Worte entsprechen der Stimmung der unstreitig großen Mehrheit der Nation, welche nur schwer sich mit dem Gedanken an diesen Rücktritt auszusöhnen vermochte und bis heute auf die Frage: „Mußte es sein?“ eine bejahende Antwort wohl noch nicht gefunden hat.

Ist denn nun aber, so werden Tausende mit uns fragen, seit jenen entscheidungsvollen Märztagen der Rath des Fürsten Bismarck irgend in Anspruch genommen worden? Eine Berliner Mittheilung von unanfechtbarer Zuverlässigkeit versichert, daß dieser Rath weder von Seiten der Krone noch von irgendeinem Mitgliede der Reichsregierung oder des preußischen Ministeriums weiter erbeten worden; es hat nicht die geringste dienstliche oder persönliche Beziehung nach Friedrichsruh stattgefunden. Die Annahme liegt daher nahe, daß ein derartiger Verkehr überhaupt grundsätzlich ausgeschlossen ist. Jedenfalls spricht für die Vorzüglichkeit der Geschäftsführung des Fürsten Bismarck der Umstand, daß weder sein Nachfolger noch der neue Staatssecretär des Auswärtigen, obwohl sie ohne jede geschäftliche Vorbereitung für ihr Amt in dasselbe eingetreten sind, ein Bedürfniß auch nur der geschäftlichen Continuität mit dem Manne gehabt haben, welcher 28 Jahre hindurch an der leitenden Stelle gestanden, und dessen gereifte Erfahrung, Personen- und Sachkenntniß, die Frucht eines so langen Dienstlebens, sich

nicht nur dem Amt überträgt. Es ist zwar in jenen Märztagen von höchster Stelle aus die tröstliche Versicherung ergangen, daß „der Cours der alte bleiben werde" — war aber in dieser Zwischenzeit wirklich keine Veranlassung für die neuen Männer am Steuer des Reichsschiffs vorhanden, den Rath dessen einzuholen, der diesen Cours eingerichtet hat, einen Cours, welcher es vielleicht allein ermöglicht, daß man den Rath des Fürsten Bismarck entbehren zu können glaubt?

Anders steht die Frage, ob auch die Nation auf die Meinung des ersten Reichskanzlers über den Gang ihrer öffentlichen Angelegenheiten verzichten will und ob sie seine Ansichten zurückweisen soll, wenn sie sich in der einzigen, dem größten Staatsmann des Jahrhunderts verbliebenen Form äußern? Auch in solchen Kreisen, die keineswegs immer die Ansichten des Kanzlers getheilt haben, solange er noch im Amte war, besteht die Ueberzeugung, daß sein Urtheil über die öffentlichen Angelegenheiten selbst dann, wenn man es nicht für zutreffend erachten mag, für die Nation von unbestreitbarem Werthe sei, und daß sie ein Recht, ja eine Pflicht habe, dieses Urtheil zu hören, ebenso wie Fürst Bismarck das Recht und die Pflicht, es auszusprechen. Bestritten wird ihm dies nur von denjenigen, welche entweder den ehemaligen Minister mit unauslöschlichem Hasse verfolgen und den Rath auch noch des abgedankten Staatsmannes fürchten, oder von Anderen, welche meinen, daß der verabschiedete Beamte nur die Pflicht des Schweigens habe Das kann für jeden anderen Beamten zutreffen. Der Meister der Staatskunst, der das Preußen von 1862 zu einem so mächtigen Staate entwickelt, das Deutsche Reich begründet und aus tiefer Zerrissenheit auf seine heutige Höhe erhoben, ist und bleibt der Wächter seines Lebenswerkes, solange in ihm selbst noch Leben ist. Dieses Recht des Fürsten Bismarck ist nicht nur durch die Cabinetsordre vom 20. März ausdrücklich anerkannt, es ist für ihn eine Pflicht gegen Kaiser und Reich, eine Pflicht gegen das Andenken Kaiser Wilhelm's des Ersten, der ihn einst der Dankbarkeit „über das Grab hinaus" versicherte.

Fürst Bismarck ist ersichtlich tief verbittert, und diese Verbitterung ist nach mancher Seite hin eine leicht erklärliche, auch wohl nicht unberechtigte. Mit ihm ist ein großer Theil des deutschen Volkes der Meinung, daß er, wenn auch aus der Reihe der activen Staatsminister, doch jedenfalls nicht aus dem politischen Leben der Nation gestrichen ist, an welchem auch fernerhin regen Antheil zu nehmen seine große Vergangenheit, der Wunsch vieler Millionen seiner Landsleute und der kaiserliche Erlaß vom 20. März selbst ihm zur Pflicht macht. Im Gegensatz zu den Kritikern in der Presse waltet weithin im Vaterlande ernstes Bedauern darüber ob, daß mit der Dienstentlassung des Kanzlers sich nicht eine seiner und seiner unsterblichen Verdienste würdige Form gefunden hat, welche ihm eine Bethätigung jener Pflicht ermöglicht.

Wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, als sei mit diesem Wunsche der Ausdruck eines Mißtrauens oder Uebelwollens gegen den Amtsnachfolger des Fürsten verbunden. General von Caprivi hat mit der Selbstverleugnung, mit welcher er sich und sein X. Armeecorps am Tage der Schlacht auf jedem verlorenen Posten rücksichtslos eingesetzt haben würde, wenn die Pflicht es gebot, die Nachfolge übernommen, schwerlich zu eigener Befriedigung, aber mit der soldatischen Hingebung und Pflichttreue, die ihn in allen seinen früheren Wirkungskreisen ausgezeichnet und zu einem Manne von Bedeutung gemacht hat. Mit Recht ist ihm überall die höchste Achtung zu Theil geworden. Bis jetzt hat Herr von Caprivi sich ja auch über Schwierigkeiten, wenigstens über solche, die nach außen in die Erscheinung treten, nicht zu beklagen gehabt. Die Parteien im Reichstag, welche selbst den Sturz des Fürsten Bismarck nicht hatten herbeiführen können, stehen einstweilen noch unter dem Eindruck dieses ihnen ebenso unerwarteten als frohen Ereignisses, und ihre Hauptsorge ist zur Zeit nur dahin gerichtet, die Situation nicht dahin zu verderben, daß etwa Fürst Bismarck zurückgerufen werden müßte. Dies erklärt zum wesentlichen Theile die Haltung des Centrums, der Polen, die einstweilige Unsicherheit der Socialdemokratie. Gewiß liegt die Versöhnung der Gegensätze im Wunsch aller Patrioten; aber es giebt Gegensätze, die keine Versöhnung zulassen: mögen dem Vaterlande Enttäuschungen erspart bleiben, welche die vorhandenen Schwierigkeiten nur vergrößern, die Verbitterung nur vertiefen können.

Fürst Bismarck steht zu der Auffassung Sr. Majestät des Kaisers in der die innere Situation beherrschenden Frage auf einem so entgegengesetzten Standpunkte, daß es begreiflich erscheint, wenn nach dieser Richtung hin sein Rath nicht erfordert wird. Aber auf dem Gebiet der auswärtigen Politik war und ist er doch unbestritten für Freund und Feind der Meister der Staatskunst, und selbst seine Gegner hatten stets befürwortet, daß er die Leitung der auswärtigen Politik in der Hand behalten müsse. Wir wollen die Frage, ob seit dem 20. März dieses Jahres auf diesem Gebiete kein Anlaß gewesen ist, seinen bewährten Rath einzuholen, heute nicht weiter erörtern, sondern nur den in der Cabinetsordre vom 20. März ausgesprochenen Wunsch wiederholen, daß sein Rath und seine Thatkraft, seine Treue und seine Hingebung auch in der vielleicht recht ernsten Zukunft dem Kaiser und dem Vaterlande nicht fehlen mögen.

* * *

Am Morgen des 4. August verläßt der Fürst sein Stammgut und trifft am Abend in Kissingen ein. Ganz wie zur Zeit seiner Amtsführung hat ihm der Prinzregent Luitpold von Bayern auch diesmal königliche Dienerschaft, Pferde und Equipagen zur Verfügung gestellt. Der Empfang aber, den ihm die Stadt, die Badebehörden und die Kurgäste bereiten, ist fast

noch begeisterter und herzlicher als in irgend einem Jahre zuvor. Der Fürst wohnt wieder in der oberen Saline.

Ebensowenig aber wie in früherer Zeit gönnt sich der Fürst auch jetzt vollständige Ruhe während des Kurgebrauchs; daß ihm die nicht wird, dafür sorgt schon die deutsche Presse. Mit erstaunlicher Unermüdlichkeit erhebt sie immer wieder dieselben, wenn auch ein wenig variirten Vorwürfe gegen den Fürsten, oder eine Richtung macht ihm das Gegentheil von dem zum Vorwurf, was eine andere gemißbilligt hatte. Suchten „Freisinnige Zeitung" und „Volkszeitung" von vornherein zu verhindern, daß der Fürst einen Platz im Reichstage einnähme, so tadelt es die „Post", daß er sich im ganzen Winter nicht ein einziges Mal im Herrenhause habe blicken lassen. Auf die Antwort der „Hamb. Nachr." brauchen sie indessen alle zusammen nicht lange zu warten, sie erfolgt am 4. August (M.-A.):

> Fürst Bismarck. In der „Post" finden wir den an die Adresse des Fürsten Bismarck gerichteten Vorwurf, daß es ein Mißgriff von ihm gewesen sei, den ganzen Winter hindurch der Hauptstadt fern geblieben zu sein.
>
> Wenn der damalige Reichskanzler nach Berlin gekommen wäre, so hätte er sich nothwendig über die socialen Fragen aussprechen müssen. Er würde das Socialistengesetz energisch vertreten und das in Geltung befindliche als unzulänglich hingestellt haben. Er wäre dadurch amtlich mit den damals reifenden socialpolitischen Ansichten des Kaisers in Widerspruch getreten, und darf deshalb angenommen werden, daß es dem Wunsche des Kaisers entsprochen habe, wenn Fürst Bismarck an der Reichstags-Discussion sich nicht betheiligte.
>
> Auch die Andeutung conservativer Blätter, der Fürst hätte in letzter Zeit seine abweichenden Meinungen im Herrenhause aussprechen können, ist eine solche, die auf Mangel an Kenntniß der Thatsachen und auf Mangel an Urtheil beruht. Wie denken sich diese Blätter das Auftreten des Fürsten Bismarck im Herrenhause? Principielle Opposition gegen seine Nachfolger lag ihm fern; zu einer sachlichen Kritik einzelner Vorlagen fehlte im Herrenhause das Material; die Meinungsverschiedenheit liegt im Gebiete des Reichstages. Was sollte der Fürst also im Herrenhause? Daß er seine seit Jahren öffentlich vertretene Ueberzeugung verleugnen und sich zum sacrificium intellectus herbeilassen werde, ist wohl selbst von den Conservativen nicht erwartet worden.
>
> Wir kommen auf diese Seite der Sache wohl später eingehender zurück und wiederholen hier nur unsere frühere Aeußerung, daß der Fürst unter „Feigheit" von Journalen und Parteien nichts anderes als die Angst des Strebertums verstanden habe, sich bei wechselndem Winde durch Festhalten einer eigenen Ueberzeugung Schaden zu thun. Unter

dieser Sorte von Feigheit leiden auch Leute von zweifelloser Tapferkeit in anderen Lebensverhältnissen, sobald sie besorgen, ihre politischen oder persönlichen Aussichten durch Unabhängigkeit der Gesinnung oder durch Sympathien für frühere Kampfgenossen zu schädigen. Die Fehlrechnung dieser Art von Streberthum wird auch für die Führer der conservativen Partei und deren Vertreter in der Presse ihnen und Anderen klar werden, hoffentlich ohne den Bestand der Partei im Lande zu gefährden. Streber sind nur die Führer, in der Presse wie in den Fractionen, und die Wahrheit des Sprichworts: „Ehrlich währt am längsten“ wird auch an ihnen sich bethätigen.

* * *

Das Gezeter und die Lamenti der deutschen Presse über die ihr so ungewohnten Interviews bei dem Fürsten Bismarck haben auch die ausländische angesteckt; auch dort streitet man sich jetzt in der politisch stillen Zeit darüber, ob sie berechtigt seien, oder ob der Fürst damit sich selbst erniedrige. Zur Illustration mag ein halbkomischer Artikel der Pariser Zeitung „Le Pays“ hier eingereiht werden:

Anläßlich der jüngsten Interviews des Fürsten Bismarck spricht Herr v. Grandlieu im „Figaro“ sein Bedauern darüber aus, daß der ehemalige Kanzler die Welt zum Zeugen eines traurigen Schauspiels mache. Weshalb zieht sich der bei seinem Souverain in Ungnade gefallene Minister nicht gänzlich von der Welt zurück? In einem Anfalle von übertriebener Monarchenverehrung hält nun Herr v. Grandlieu dem Schöpfer des Deutschen Reiches das Verhalten von — Maurepas als Beispiel vor:

„Schauen Sie,“ sagt Herr v. Grandlieu zum Fürsten, „auf Maurepas, der zwanzig Jahre lang erster Minister war, und dessen erschütternder Sturz uns das interessante Buch von Lucien Parey unter Beibringung von neuen Urkunden erzählt. — Es waren zwei Spottlieder auf Madame d'Estrade und Madame de Pompadour erschienen. Die Marquise eilte, aufgelöst in Thränen, zum König und versicherte ihn, daß die Lieder aus der Feder des Herrn v. Maurepas geflossen wären. Ludwig XV. las sie, und zornentbrannt schrieb er sofort an seinen Minister:

‚Ich hatte Ihnen versprochen, daß ich Sie benachrichtigen würde, sobald Ihre Dienste mir nicht genehm sein sollten; jetzt fordere ich von Ihnen durch dieses mein eigenhändiges Schreiben Ihre Demission als Staatssecretair . . . Es ist mein Wille, daß Sie sich nach Bourges, ohne Jemanden zu sehen, zurückziehen . . . Ich wünsche durchaus keine Antwort.‘ Gezeichnet Ludwig.

„Maurepas schlief noch, als Argenson ihm den Brief des Königs überbrachte. Er las ihn, kleidete sich, bat um Schreibmaterial, setzte seine Demission auf und reiste am selben Tage ab.

„Sein mit Gleichmuth ertragenes Exil dauerte 25 Jahre.“

Alles ist erbaulich in dieser Erzählung. Maurepas wird nicht etwa beschuldigt, die Staatsgeschäfte schlecht geleitet zu haben; er soll nur ein Spottlied auf die Favoritin verfaßt haben. Weil er dieses unverzeihliche Verbrechen begangen haben soll, jagt ihn der König weg wie einen Lakai nach zwanzigjährigem Dienst. Maurepas antwortet nicht, protestirt auch nicht; er hat die Gunst des Königs verloren, es bleibt ihm nichts übrig, als seine Schmach in der Verbannung zu verbergen. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die ungerechte Laune des Königs oder die servile Unterwürfigkeit des Hofmannes.

Fürst Bismarck hat sich durch die Presse zweier Welttheile interviewen lassen. Wer hätte das vor kaum einem Jahre gedacht? Der Geist der Demokratie triumphirt in diesem Jahrhundert selbst in Friedrichsruh.

Aber — sagt man — weshalb ruht sich Bismarck nicht aus? Man vergißt, daß es Menschen giebt und Staatsmänner insbesondere, welche in sich eine unbeugsame und immer rege Kraft fühlen, die nur der Tod bändigen kann. Grévy und der Marschall Mac Mahon haben sich in die Einsamkeit zurückgezogen, nachdem sie ihre Macht verloren hatten. Thiers arbeitete noch am Vorabend seines Todes an dem Triumphe seiner Ideen; der 80 jährige Gladstone ist in England der entschlossene und umsichtige Führer der liberalen Partei und wird sie demnächst zum Siege führen. Fürst Bismarck ist von der Art eines Thiers und Gladstone, er ist nicht von der Art eines Maurepas und Grévy.

* * *

Anfang August veröffentlichte die Handelskammer in Dortmund ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1889. Es ist gewiß nicht unvorsichtig, wenn man dem Urtheil gerade dieser Handelskammer einen besonderen Werth beimißt; liegt doch Dortmund inmitten eines industriell so hoch entwickelten Gebietes, wie es nur wenige im Deutschen Reiche giebt. Man wird daher der dortigen Handelskammer auch zugestehen dürfen, daß sie die Folgen, die die Bismarck'sche Handelspolitik für Deutschland gehabt hat, auf Grund des sehr reichen statistischen Materials aus ihrem Bezirke wenigstens im Großen und Ganzen zutreffend beurtheilt, zumal politische Voreingenommenheit für den Fürsten Bismarck bei den zum großen Theil katholischen Mitgliedern der Kammer nicht angenommen werden darf. Da nun die Meinungen über die vom Fürsten Bismarck persönlich inaugurirte Handelspolitik häufig auseinandergehen, und deren heilsame Folgen von einem großen Theil der Presse principiell bestritten werden, möge der Nachruf der Dortmunder Handelskammer an den Fürsten auch mit in die Wagschale gelegt werden:

„Seit wir im vorigen Jahre über den Bergarbeiterausstand und die dadurch verschobenen und veränderten Verhältnisse unserer wirthschaftlichen Lage an den Herrn Reichskanzler und Handelsminister berichteten, hat die aus-

ständische Bewegung, die von hieraus lawinenartig losbrach, sich mit einer damals noch ungeahnten Kraft über alle Länder ausgedehnt, und wenn die zweite Welle, die am 1. Mai dieses Jahres, also fast am Jahrestage des vorjährigen Ausstandes, Europa nicht, wie sie wollte, zu überfluthen vermochte, so hat sie doch auch in diesem ihrem Mißerfolg gezeigt, daß die Kraft, die sie trieb, keine ganz milde, zügel- und kopflose mehr ist. Ihre Natur zu studiren, über ihre verschiedenen Ziele sich Klarheit zu verschaffen, und feste Stellung den berechtigten wie den unberechtigten Ansprüchen gegenüber zu nehmen, ist die dringendste Aufgabe aller Derer, die von ihr berührt werden und nicht weggeschwemmt werden wollen. Die über uns hinbrausende Bewegung hat fortgespült und angebracht, zerstört und geschaffen, vorwiegend aber Ruinen gelegt. Es war eben eine wilde elementare Bewegung, und darum bezeichnen überall Trümmer und Zerstörung ihren Weg, und nur langsam bedecken sich unter dem Wirken der fleißig ordnenden Menschenhand die zerstörten Felder wieder mit Segen und Frucht.

„Auch den gewaltigen Mann, der seit einem Menschenalter die Geschicke unseres Vaterlandes mit unendlich segensreicher Hand geleitet, fand die wiederkehrende Bewegung nicht mehr an dem Platz, an den er, wie es schien, ein historisches Recht erworben hatte.

„Die deutsche Industrie und der deutsche Handel, deren oberster Chef er war, seit das Deutsche Reich besteht, verdanken seinem weitblickenden Auge und seiner mächtigen Hand die Befreiung von schweren Fesseln und Unfreiheiten und von noch schwerer lastenden Vorurtheilen und Irrthümern.

„Daß seit zwölf Jahren Deutschland nicht mehr von mächtiger entwickelten Industrie- und Handelsstaaten als widerstandsloser Tummelplatz für ihre Ueberproduction betrachtet und seine Industrie nicht ‚in den Windeln erstickt‘ ward — ist lediglich sein Werk.

„Daß einheitliches Maß und Gewicht, einheitlicheres Recht und ein gutes Geld an Stelle der alten Buntscheckigkeit des weiland Deutschen Bundes getreten, daß eine Reichsbank mit dominirender Gewalt über die deutsche Valuta zu wachen vermag — ist sein Werk.

„Daß Hamburg und Bremen heute nicht nur nach Sprache und Nationalität, sondern auch nach ihrer Geschäftsrichtung echt deutsche Städte sind, daß die gehässige und gefährliche Spannung zwischen Zollinland und Zollausland im Deutschen Reiche beseitigt ist — danken wir ihm.

„Daß Handel und Verkehr bei uns nicht, wie in vielen anderen Ländern, einen bösen Kampf mit dem Eigennutz übermächtiger Finanzconsortien um die Frachttarife zu kämpfen haben; und wenn ferner der Segen leistungsfähiger Wasserstraßen als Mehrer und Zubringer von Frachten, gleichzeitig aber als natürliche Regulatoren der Frachttarife, in Preußen schon seit

vierzehn Jahren wenigstens im Princip anerkannt ist — danken wir ebenfalls seinem feinen, fernblickenden Geiste.

„Wenn heute die deutsche Flagge vielbegrüßt und hochgeachtet über weiten Colonialgebieten flattert und auf allen Meeren schwimmt, der deutsche Kaufmann heute in allen fünf Welttheilen sich wieder mit Stolz als Deutscher fühlt; wenn die Dampferlinien des Deutschen Reiches, den besten der Welt ebenbürtig, deutsches Gut auf deutschem Schiff unbesteuert und unabhängig von fremder Vermittelung verfrachten, so ist dieser unermeßliche Fortschritt nicht minder sein Verdienst. Und wie sein großer Kaiser und König, so fühlte auch er nicht nur als Großer mit den Großen, sondern war voll Milde und Mitleid zu denen, die mehr als andere ihr Brod im Schweiße ihres Angesichts essen, und an deren Lager die Sorge wacht. Wenn die Arbeiterfrage bei uns in Deutschland weniger gefährlicher fluthet als anderwärts, so ist das, weil er ein Jahrzehnt lang redlich sich bemüht, von Alten, Kranken und Invaliden der Arbeit die Sorge auch da zu scheuchen, wo edler Sinn und Bürgerpflicht noch nicht hingereicht hatten. — Um alles zusammenzufassen: daß von Handel, Industrie, dem Erwerb und der Arbeit des Landes all der Druck, all die Schande und all der Jammer genommen ist, die Jahrhunderte auf ihnen gelastet, das danken wir an erster, oft sogar an einziger Stelle ihm. Die schönsten Bäume, in deren Schatten wir zur Zeit wohnen und deren Früchte wir heute genießen, hat er gepflanzt; und wenn er nicht alles thun konnte, was bei uns zu thun war und zu thun ist, so trägt doch das beste, dessen wir uns freuen, in seinen Grundlinien die vornehme Marke seines wundervollen Geistes. Der deutsche Gewerbefleiß und die deutsche Arbeit haben mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck einen feinfühlenden und verständnißvollen, ebenso weitblickenden als thatkräftigen und erfolgreichen Lenker ihrer Geschicke verloren.

„Die Handelskammer würde es sich für eine schwere Pflichtvergessenheit anrechnen, wenn sie jetzt, wo sie zum ersten Mal nicht mehr ihm, als ihrem Chef, Bericht zu erstatten hat, dieser Dankespflicht keinen Ausdruck geben, wenn sie nicht ebenso ehrfurchtsvoll wie freimüthig ihre Meinung dahin aussprechen wollte, daß er nicht nur für den Ruhm und die Ehre, sondern auch für den Erwerbsstand des Landes ein Vertreter und Pfleger gewesen ist, wie ihn weder Preußen noch Deutschland jemals vorher besessen haben. Und wenn die Handelskammer heute zum ersten Mal ihren Jahresbericht den Männern erstattet, die das Vertrauen Sr. Majestät zu seinen Nachfolgern berufen hat, so geschieht es mit dem ehrerbietigen Wunsche, daß unter ihnen nicht nur der Cours der alte, sondern auch der Segen und der Erfolg für Land und Volk der gleiche bleiben möge, wie unter ihrem großen Vorgänger."

* * *

Eine Deputation aus Darmstadt überreichte dem Fürsten am 9. August in Kissingen den Ehrenbürgerbrief der Stadt. Der Stadtverordnetenvorsteher Verlagsbuchhändler Bergsträßer richtete eine Ansprache an den Fürsten.

Dieser dankte in warmen Worten für die Ehre und Auszeichnung, die ihm durch die Ernennung zum Ehrenbürger geworden sei und theilte mit, daß er zur Zeit seiner Thätigkeit als Bundestagsgesandter in Frankfurt oft und gern in Darmstadt gewesen, wo er sich des gnädigen Wohlwollens des verstorbenen Großherzogs erfreut habe und sich besonders dankbar der Prinzessin Elisabeth erinnere.

Mit einem Rückblick auf die Entstehung des Reiches und nochmaligem Dank für die Worte des Redners schloß der Fürst.

* * *

Am 10. August wird ein Antwortschreiben bekannt, das Fürst Bismarck auf eine vom landwirthschaftlichen Verein in Kulm in Westpreußen ihm übersandte Adresse an diesen gerichtet hat. Es lautet:

„Der landwirthschaftliche Verein zu Kulm hat mir durch die Widmung seiner geschmackvoll ausgestatteten Adresse eine besondere Freude bereitet, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, den Herren vom Verein meinen verbindlichsten Dank für diesen Ausdruck ihrer Anerkennung zu übermitteln. Ich werde, so lange ich lebe, nicht aufhören, mein Interesse für die Landwirthschaft nach Kräften zu bethätigen, und wünsche Ihrer Arbeit auf diesem uns gemeinsamen Gebiete auch ferner guten Erfolg."

* * *

Auch der 16. August brachte wieder den Empfang einer Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes, diesmal aus Duisburg. Der Oberbürgermeister Lehr bedankte sich beim Fürsten für die der Stadt mit der Annahme des Ehrenbürgerrechts erwiesene Ehre.

Fürst Bismarck erwiderte unter lebhaftem Dank für die Ertheilung des Ehrenbürgerrechts dem Sinne nach: die Ehre sei vollständig auf seiner Seite; wenn ihm in seiner früheren Stellung Auszeichnungen und die höchsten Orden der Potentaten zu Theil geworden, so hätte das mehr einen conventionellen Sinn, sei gewissermaßen selbstverständlich gewesen. Der spontane Ausdruck der Anerkennung des freien Bürgerthums einer aufblühenden Stadt aber gehe zu Herzen wie er von Herzen komme.

* * *

Unmittelbar an den Empfang der Duisburger Abordnung schloß sich der des leitenden Redacteurs der „Neuen Bayerischen Landes-Zeitung", Herrn Memminger in Würzburg. Seinem Bericht in den Nummern 193—195 seines Blattes (20.—22. August) entnehmen wir Folgendes:

Es war mir vergönnt, mit dem Fürsten lange zu reden und unter Anderm auch Dinge und Personen zu berühren, welche bisher aus seiner Unterhaltung

mit andern Zeitungsschreibern ausgeschlossen waren. Mir erscheint es freilich als selbstverständlich, daß ich in der Wiedergabe der Urtheile und Meinungen, welche der Fürst mir kundgab, das äußerste Maaß der Vorsicht gebrauche. Namentlich politische Aeußerungen bedürften ja, um Anspruch auf volle Authenticität zu haben, nicht blos einer genauen Wiedergabe, sondern sogar einer vorgehenden Durchsicht, Correctur und Approbation durch den Autor. Das ist aber kaum durchführbar.

Mehrere Zeitungsschreiber, welche bisher vom Fürsten empfangen wurden, betrachteten jedes Wort, welches der Fürst zu ihnen sprach, als ein druckfertiges Axiom, obgleich derselbe in der Unterhaltung schon durch die Art des Vortrages unterscheidet zwischen dem, was er der Veröffentlichung ohne Weiteres anheimgeben will, und zwischen dem, was er nur als Zuthaten seiner geistreich-prickelnden Erzählungsmanier betrachtet. Der Fürst will, da er selber ein flotter Artikelschreiber war und vielleicht noch ist, den Vertretern der „schwarzen Kunst“ keine handwerksmäßigen Vorschriften über das machen, was sie thun und lassen sollen. Er glaubt von den gebildeten Repräsentanten der Presse voraussetzen zu dürfen, daß sie ihn nicht mißverstehen, wenn er einmal einen kräftigeren Ausdruck mit einer witzigen Wendung verbindet und die Kritiken, welche er in der Weise eines französischen Causeurs übt, selbst in der Richtung gegen seinen Besuch macht, wie z. B. gegen den Herrn Redacteur Rittershaus vom „Frankfurter Journal“. . . . Denn gesprochene Worte lesen sich geschrieben oft ganz anders, als der Redner beabsichtigt hat; denn der Schreiber vermag selten den Ton, in dem sie gesprochen wurden und der oft die Meinung bezeichnet, nicht durchklingen zu lassen.

Mir gegenüber sprach der Fürst ohne die Schärfe, mit welcher er einigen früheren Besuchern die Feigheit der Presse angestrichen hat, er hatte dazu bei mir keine Veranlassung. Mein sturmbewegtes Leben, meine vielen und schweren Kämpfe und Strafen, die ich durchgekostet, mein unabhängiges Urtheil auch den Mächtigen und selbst dem Fürsten gegenüber, waren für diesen wohl ein Grund, bei der Berührung der Zeitungen nur im Vorbeigehen über die „bissigen Köter“ im Norden zu spotten, welche ihm ans Bein gefahren seien. Die bayrischen Zeitungen hätten ihn im Allgemeinen viel besser und objectiver behandelt. Er verlangt von den Bayern nicht, daß sie ihm gegenüber ihre eigene Art, ihre Geschichte und ihr Recht verleugnen. Bayern, welche dies thun, würde er sicher als Zwittergestalten verachten. Aber die angeborene Eigenart berechtigt auch nicht, alle Gerechtigkeit in der Beurtheilung eines großen Staatsmannes hintanzusetzen und ihn wie einen Aussätzigen mit Acht und Bann zu belegen. Die Bayern haben sich der Meute bis auf wenige Ausnahmen nicht angeschlossen, sie haben es ihm auch nicht verwehrt, ein freies Wort zu sprechen, so wenig er es ihnen übel nimmt, wenn sie ihn bei Lebzeiten nicht „versteinert“ sehen wollen.

„Ich bin„ — sagte der Fürst — „Jahrzehnte lang Minister gewesen, und als solcher war ich gezwungen, über viele Dinge zu schweigen. Das ist nun anders geworden. Ich habe jetzt die größere Freiheit, zu sprechen wie ich will, weil mich keine bindenden Rücksichten mehr zum Schweigen nöthigen. Und warum soll gerade ich nicht reden? Ich bin doch nicht so alt, gebrechlich und schwachmüthig, um mich bevormunden lassen zu müssen. Ich fühle mich im Gegentheil frischer als seit lange, ich bin ein kräftiger, lebensfroher Mann, ich kann mich jetzt als Mensch fühlen, was ich unter der drückenden Last des verantwortungsvollen Amtes nicht konnte. Ich bin eigentlich recht froh, auf einmal frei von der täglichen Sorgen- und Arbeitslast zu sein. Schon glaubte ich, lebenslänglich verdammt zu sein. Da konnte ich endlich aus dem Amte scheiden. Was ich oft für meine Person gewünscht habe, das ist nun eingetreten. O, ich war immer gerne in Bayern, aber jetzt noch viel lieber! . . .“

„Was über das Verhältniß zu meinem kaiserlichen Herrn bisher verlautete, ist ganz falsch. Meinungsverschiedenheiten haben wohl stattgefunden, aber in den großen Fragen der europäischen Politik waren wir einig. Abgesehen von dieser wollte der Kaiser seine eigene Politik machen. Der Kaiser ist jung, arbeitsfreudig, thatkräftig. Ich bin ihm nicht im Wege. Er hat auch nach meinem Wissen keine Ursache, mir gram zu sein, so wenig wie ich ihm. Und der Kaiser ist es auch nicht. Ich habe dafür alle Anhaltspunkte. Im Ganzen befolgt ja auch mein Nachfolger die von mir vorgezeichnete Politik. Die Versuche, mich in feindlichen Gegensatz zu diesem zu stellen, sind Angstproducte. Man befürchtet, daß ich wiederkehren könnte. Allein daran denke ich gar nicht. Das wäre mir auch gar nicht gelegen. Aber ich lasse mir auch nicht das Recht eines einfachen Bürgers verkümmern, das Recht, ein freies Wort zu reden und eine eigene Meinung zu äußern. Und ich lasse mir dieses Recht am allerwenigsten von jenen kleinlichen Professionspolitikern verkümmern, welche kaum die Höschen getragen haben, als ich schon europäische Politik getrieben habe. Und wovon soll ich als alter Politiker, der ich diesen Beruf 40 Jahre lang getrieben habe, denn anders reden, als von Politik, die mich immer beschäftigt hat? Hätte ich vornehmlich die Jagd gepflegt, so würde ich von der Jagd reden. So rede ich von der Politik, mag das auch nicht nach dem Geschmacke der Angstmeier sein, die sich vor dem „kommenden“ Bismarck fürchten. Doch diese sind es nicht allein, welche sich gegen mich ungezogen aufführen. Es giebt noch eine andere Sorte. Das sind die herzlich beschränkten Streber, welche ohne die Kenntniß des Verhältnisses zwischen dem Kaiser und mir sich nach oben einführen und sich dort ein gut Männchen zu machen wähnen. Diese sind ebenso auf

falscher Fährte wie jene, welche durch ihre dreisten Verdächtigungen den Kaiser mir zum dauernden Feinde machen wollen. Auch das ist vergebliches Beginnen. Man sieht, daß diese Leute von Politik nichts verstehen."

Fürst Bismarck spricht selten über politische Dinge, ohne eine Verbindung mit der Vergangenheit zu suchen oder herzustellen. Für ihn war die Geschichte nicht dazu da, um nichts aus ihr zu lernen. Aus dem eifrigen Studium derselben hat er sich im Gegentheil seine „Theorie" zurechtgelegt. Aus den Fehlern der Vorgänger lernte er deren Fehler vermeiden. Seine großeuropäische Politik entwickelte sich im Gegensatze zur Politik Napoleons des Ersten und Dritten. Jener verdarb, weil er pochend auf seine kriegerischen Erfolge mit allen Staaten Händel anfing, statt den Frieden zu erhalten. Das Kriegsglück machte ihn raufluſtig und übermüthig. Er begab sich in seinem Allerwelts-Herrscherdünkel in Gefahren ohne Ende und kam darin um. Seine große Schöpfung ging nach kurzem Stande in die Brüche, weil er die erste Tugend des Staatsmannes — die weise Mäßigung nach den größten Erfolgen — gegenüber den anderen Völkern nicht übte und Europa in einen Krieg nach dem andern verwickelte.

Aber nicht blos zu Napoleon I. stellte sich Fürst Bismarck in einen bewußten Gegensatz, auch zu Napoleon III. Dieser bemühte sich allerdings, nur die günstigeren Seiten seines Großonkels nachzuahmen; doch indem er in der Rolle des „ehrlichen Maklers" immer ein Stück für sich abzubekommen suchte, verfiel er in die Gewohnheit jener italienischen Diplomaten des vergangenen Jahrhunderts, welche Schlauheit mit Falschheit verwechselten. Fürst Bismarck spielte seine Karten blank aus. Er setzte der vermeintlichen Schlauheit die frappirende Ehrlichkeit gegenüber. Daß man ihm öfter nicht glaubte und sich dann hintennach schwer betroffen und enttäuscht fühlte, das ist nicht seine Schuld.

Noch durch einen dritten Gegensatz characterisirt sich die Politik Bismarck's, und dieser dritte Gegensatz betrifft die innere, die deutsche Politik, während jene beiden Gegensätze zumeist in der äußern Politik mit der bekannten Wirkung sich geltend machten, das alte Sprichwort bestätigend: „Ehrlich währt am längsten!" — Dieses Prinzip ist auch von dem dritten Gegensatz unzertrennlich. Die Anhänger der nationalen Bewegung in Deutschland waren insofern unehrlich, als sie für ein einiges Reich und das eine Kaiserthum geschwärmt hatten, aber eigentlich mit allen Thronen und Dynastien aufräumen wollten. Die deutschen Fürsten, die ohnehin von der Bewegung nicht erbaut waren, befehdeten dieselbe um so feindseliger, als sie ihre eigene Existenz davon bedroht wähnten. Es mußte, wenn die Bewegung aus diesem heillosen Widerspruch herausgelotst werden sollte, ein anderer Weg eingeschlagen werden, und dieser ergab sich, indem man an die geschichtliche Ent-

wicklung seit tausend Jahren anknüpfte, nicht indem man sie in revolutionärer Weise gänzlich unterbrach.

„Vor allem" — äußerte Fürst Bismarck — „handelte es sich darum, meinen königlichen Herrn für die nationale Sache zu gewinnen, und das ging auch, wenn schon nicht gerade ohne alle Schwierigkeiten. Doch es ging, da ich die Bedenken des Königs durch mein Bestreben beseitigte, die alten historischen Dynastien in Deutschland zu erhalten, ein Einverständniß mit diesen herzustellen und gemeinsam mit denselben die nationale Bewegung endlich zu einem den Meisten annehmbaren Ziele zu führen. Länder mit einer langen Vergangenheit, großen Geschichte, eigenartiger Entwicklung und einer berechtigten Existenzmöglichkeit, wie Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, kann man wohl auf der Landkarte auswischen, aber der Versuch in der Wirklichkeit würde kaum gut bekommen. Ich sah auch gar nicht ein, weshalb man diesen Ländern die altgewohnte Selbstverwaltung, unter der sie sich wohl fühlten, verkümmern soll. Es genügte, wenn die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen u. s. w. so viel von ihren Rechten abtraten, als gerade nöthig war, um das Deutsche Reich unter Berücksichtigung der berechtigten Ueberlieferungen und Forderungen zu begründen. Anders wäre es nicht gegangen, anders wollte ich auch nicht. Meine Landsleute haben vielfach weiter gehen wollen; ich hatte Arbeit genug, diesen Appetit zu mäßigen. Es ist mir gelungen. Nur mit Hannover und dem Kurfürsten von Hessen war absolut nichts anzufangen. Ihre Beseitigung wurde zur gebieterischen Pflicht, wenn man überhaupt in Deutschland vorwärts kommen wollte. Abgesehen von der deutsch-nationalen Bewegung konnte sich ein Staat von der Größe und Bedeutung Preußens zwei Feinde, die zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen eingelagert waren und es stets im Ernstfalle im Rücken bedrohen konnten, nicht gefallen lassen. Diese beiden Feinde mußten fortgeschafft werden. Die übrigen Dynastien wurden gewonnen, und ich besaß schließlich, weil sie meine gerade und dabei maßvolle Politik begriffen, deren Vertrauen vollständig."

„Ganz besonders" — fuhr Fürst Bismarck fort — „erfreute ich mich der Achtung des verstorbenen Königs Ludwig II. Wir correspondirten mit einander über wichtige politische Angelegenheiten bis in die letzten Jahre seines Lebens, und er war in der Kundgebung seiner Anschauungen ebenso liebenswürdig gegen meine Person wie geistreich in Bezug auf die verschiedenen Sachen, die in Frage standen. In die inneren bayrischen Angelegenheiten habe ich mich grundsätzlich nie eingemischt. Mit Ministerkrisen und Ministerwechseln hatte ich nichts zu thun. Allerdings, als im Unglücksmonat 1886 die Katastrophe herannahte, wurde

ich durch den Flügeladjutanten Graf Dürckheim mittels eines in Tirol aufgegebenen Telegramms von dem Stande der Angelegenheiten unterrichtet und sozusagen meine Hilfe für den König angerufen. Ich telegraphirte zurück an den Grafen nach Tirol: ‚Seine Majestät soll sofort nach München fahren, sich seinem Volke zeigen und selbst sein Interesse vor dem versammelten Landtage vertreten.‘ Ich rechnete so: Entweder ist der König gesund, dann befolgt er meinen Rath. Oder er ist wirklich verrückt, dann wird er seine Scheu vor der Oeffentlichkeit nicht ablegen. Der König ging nicht nach München, er kam zu keinem Entschluß, er hatte die geistige Kraft nicht mehr und ließ das Verhängniß über sich hereinbrechen.

„Daß der König auch in den letzten Tagen und nach seiner Entthronung noch so viel Liebe und Anhänglichkeit im bayrischen Volke gefunden hat, stellt diesem treuen Volke das ehrendste Zeugniß aus. Die richtige Entscheidung war ja auch dem Volke nicht so leicht. Daher entschuldigte ich auch etwas die bayrischen Redacteure, welche damals einer der Regierung feindlichen Volksmeinung Ausdruck verliehen haben und diesen ihren Muth mit schweren Freiheits- und Vermögensstrafen büßen mußten. Aber nachdem die Sache aufgeklärt und die allgemeine Erregung sich gelegt hatte, wäre es von Seiten dieser königstreuen Redacteure ein Unrecht ohne Gleichen gewesen, wenn sie der besseren Einsicht entgegen den ausgezeichnet braven Prinz-Regenten, einen durch und durch ehrlichen und wohlwollenden Fürsten, fort und fort hätten kränken wollen. Es freut mich, daß auch Sie, Herr Redacteur, der Sie mit an der Spitze der regierungsfeindlichen Opposition gestanden haben, bei ruhiger Betrachtung der Thatsachen zu dem einzig richtigen Schlusse gelangt sind und zu Ihrem Prinz-Regenten stehen. Jede Anfeindung desselben wäre ein schweres Unrecht, denn es mußte so kommen, wie es gekommen ist. Der König war wirklich verrückt und regierungsunfähig geworden. Sein Verhalten meinem Telegramm gegenüber beweist das für jeden Verständigen."

Mit diesen Erklärungen widerlegt Fürst Bismarck die verschiedenen Beschuldigungen, er habe seine Hand bei Ministerwechseln im Spiele gehabt, die einen Minister gegen den Willen des Königs gehalten oder die Berufung anderer verhindert. Es wurde sogar der Verdacht ausgesprochen, Fürst Bismarck habe die Katastrophe von 1886 mit vorbereiten helfen und sie sei mit seiner vorher eingeholten Zustimmung und auf seinen speciellen Rath hin in Scene gesetzt worden, weil ihm der König unbequem gewesen sei. Aus den unzweifelhaften Aeußerungen des Fürsten Bismarck geht vielmehr das gerade Gegentheil hervor. Wir haben da eine Erklärung der ganzen

Katastrophe vor uns, so einfach und so unwiderlegbar, daß wir nur hätten wünschen mögen, sie wäre von der bayrischen Regierung um vier Jahre früher gegeben worden. Der König hatte Reichshilfe angerufen. Diese Reichshilfe wurde ihm durch das Telegramm wenigstens indirect in Aussicht gestellt, wenn er den einzig möglichen und richtigen Rath des Kanzlers befolgte. Daß der König diesen nicht befolgte, beweist jedenfalls nichts gegen den Kanzler. Die Schuld am Untergang des Königs trägt der König selbst, wenn überhaupt bei einem geistig angegriffenen Menschen von einer Schuld gesprochen werden könnte.

Das bayrische Volk wird die Erklärung des Fürsten Bismarck mit der Genugthuung hinnehmen, daß es endlich einen klaren Einblick in die Ursachen und das Ende seines Königs hat und sich nicht mehr mit dem Zweifel über die Möglichkeit, daß der König doch nicht verrückt gewesen sein könnte, beunruhigen läßt und Mißtrauen hegt, wo dieses keinerlei Berechtigung hat. Die bayrische Regierung hatte 1886 die schwierigste und gefährlichste Aufgabe zu lösen gehabt. Es konnte nicht mehr weiter gehen. Dieselben Todtengräber, welche den gesunden Fürsten Bismarck einscharren möchten, waren damals an der Arbeit, um den kranken König im Sumpf der Druckerschwärze zu ertränken. Die „bissigen Köter“ ruhten nimmer. Der langen und schwankenden Ueberlegung mußte einmal das entscheidende Vorgehen folgen. Dazu gehörte bei dem Charakter des bayrischen Volkes, das in alter Treue zu seinem Fürstenhause steht, und ein tiefes menschliches Empfinden als seine nationale Eigenart besitzt, der allergrößte Muth. Und mit Bezug darauf äußerte Fürst Bismarck:

> „Minister v. Lutz war ein gescheidter und tüchtiger und dazu ein muthiger Staatsmann.“

In der Unterhaltung kam Fürst Bismarck noch einige Mal auf die Bayern zurück und betonte,

> daß sie in dem jetzigen Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Garantie ihrer deutschen Eigenart hätten. Diese sollten sie nur recht bewahren, das sei auch für das Reich und für das deutsche Volk am besten. — Ebenso nothwendig sei die Erhaltung Oesterreichs. Darauf sei ein Hauptaugenmerk zu richten. An einen Krieg mit Rußland denken wir da gleichwohl nicht. Was wollen wir auch mit Rußland? Deutschland ist uns selbst genug. „Wir sind satt,“ erklärte Bismarck. „Je größer ein Reich, desto schwerer ist es zu erhalten, desto leichter zerfällt es. Darum wurde das Gebiet Oesterreichs 1866 nicht weiter angetastet und später der Ton auf die ungeschmälerte Erhaltung des östlichen Nachbars gelegt. In die inneren Angelegenheiten Oesterreichs darf sich die deutsche Politik nicht hineinlegen.“

Sollte sie sich einmischen um der dortigen Deutschen willen? Fürst Bismarck antwortete darauf:

„Nein! Die deutschen Liberalen in Oesterreich sind selbst Schuld daran, daß sie aus der herrschenden Partei eine mindere Partei geworden sind. Sie haben in politischer Beziehung nicht klug, nicht maßvoll operirt. Sie haben im Parlament und in ihrer Presse, welche die maßgebende im Kaiserstaate war, Ziele angedeutet, Forderungen gestellt, Kritiken geübt und Widerstände geleistet, welche den Kaiser Franz abstoßen und zu dem Entschlusse bringen mußten, sich eine neue Stütze im Parlamente zu suchen. Eine andere als die slawisch-conservative Koalition konnte er eben nicht haben. Die deutschen Liberalen haben den Fehler gemacht, daß sie vergaßen, Kaiser Franz Josef werde als deutscher Fürst, der er ist, der beste Wahrer der deutschen Rechte sein." —

Diesen Beruf des Kaisers hat man ihm gewissermaßen streitig gemacht, indem man das Deutschthum als parlamentarisches Monopol begründen wollte. Auf solche factiöse Oppositions- und Herrschaftsgedanken konnte der Kaiser nach Bismarck's Meinnng nicht eingehen, er durfte dies im Interesse seines Reiches und seiner Dynastie nicht. Die Deutschen in Oesterreich haben vielleicht im Laufe der Zeit etwas gelernt. Die Tschechen dagegen machen denselben Fehler, wie die Deutschen vor ihnen, sie verlangen zuviel und so wird der Kaiser sich von ihren ungestümen Gelüsten abwenden, um eine andere Mehrheit in der Volksvertretung zu bilden.

Bei dem Capitel „Oesterreich" kam Fürst Bismarck im Gespräch mit dem jene östlichen Länder, namentlich Bulgarien, kennenden Redacteur vornehmlich auf das letztere Land zu sprechen.

„Nach allem," — meinte der Fürst — „was man sehen und beobachten kann, haben die Bulgaren ein staatenbildendes und staatserhaltendes Element in sich. Sie sind ein tüchtiges, arbeitsames und sparsames Volk, das einem langsamen, bedächtigen Fortschritt huldigt. Es ehrt, nährt und wehrt sich und gefällt mir besser, als dessen serbischer Nachbar, der ein aufschäumendes, unwirsches Wesen zur Schau trägt, etwas zu viel südländisches Temperament zeigt. Die Bosniaken waren recht arm, als sie zu Oesterreich kamen. Aber sie scheinen sich zu machen. Die Militärdictatur, welche dort an Stelle der Civilbureaukratie eingeführt werden mußte, hantirt fest und streng, milde und gerecht. Die wirthschaftlichen Verhältnisse bessern sich, Eisenbahnen und Straßen werden gebaut, die Staatsfinanzen sind günstig. Die Kultur schreitet vorwärts, Oesterreich erfüllt dort seine Aufgabe."

Montenegro scheint dem Fürsten Bismarck nicht besonders sympathisch zu sein.

„Die Montenegriner," — bemerkte der Fürst — „die ich gesehen habe, sind große Menschen; aber ihre trotzigen, grimmigen Mienen, dieser eigenthümlich unschöne Gesichtsausdruck, wollten mir nicht gefallen. Die Montenegriner sind in ihrer Schriftsprache den Russen verständlich, in ihren Volkssprachen und Dialecten verstehen sich die Slawen untereinander wohl nur schwer."

Dabei erinnerte der Fürst an den Slawencongreß in Moskau, auf dem die Delegirten deutsch sprechen mußten, um sich verständlich zu machen.

„Deutschland hat" — wie der Fürst äußerte — „an allen diesen südslawischen Ländern, ausgenommen Oesterreich, kein directes Interesse. Die deutsche Politik kann sich auch bezüglich Bulgariens nicht engagiren."

Die Bulgaren sollen (dies schien uns aus der Rede des Fürsten hervorzugehen) und können sich mit der Zeit schon selbst helfen, wenn sie mit stetiger Ruhe eine starke Regierung sich erhalten und nicht von einem Extrem ins andere fallen.

„Aber" — fuhr der Fürst fort — „wir konnten auch ihren etwaigen Wunsch, mit einer deutschen Fürstentochter eine Dynastie zu begründen, vorderhand nicht erfüllen. Wenn wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen das gethan hätten, dann würden wir auch gewissermaßen die Verpflichtung übernommen haben, dem Brautpaar unsern politischen Schutz angedeihen zu lassen. Eine solche Verantwortung und ein solches Opfer durfte man dem deutschen Volke nicht zumuthen, weil es eben in Bulgarien kein directes Interesse hat. Der Fürst hätte irgend eine russische Prinzeß, deren es ja genug giebt, oder eine Herzogin von Leuchtenburg zur Frau nehmen sollen. Eine deutsche Fürstentochter konnten wir in ein unfertiges und unsicheres Verhältniß nicht abgeben. Was nachgekommen ist, hat mir ja Recht gegeben. Uebrigens ist es schwer zu begreifen, daß der Battenberger sofort wieder auf und davon ging, als er im Triumph zurückgeholt worden war. Es muß ihm die böse Erinnerung an jene Nacht, da er aufgehoben und fortgeschafft worden ist, noch in allen Gliedern gesteckt sein ....." — „Kurz und gut" — schloß Fürst Bismarck diesen Abschnitt seiner Betrachtungen — „wir Deutsche haben dort im Osten und Südosten nur ein Interesse, das ist die Erhaltung und Zukunft Oesterreichs. Darauf muß sich unsere dortige Politik beschränken."

Noch einmal kehrte der Fürst bei Besprechung wirthschaftlicher Verhältnisse zu Oesterreich, respective Ungarn, zurück und sprach seine Verwunderung über die zahlreiche Auswanderung des Landvolkes aus Oberungarn aus.

„Das sind wohl namentlich die Slowaken, ein gutmüthiges Bauernvolk . . . Und sie haben doch ein gutes Ackerland."

„Ja" — meinte der Fürst — „die Sachsen in Siebenbürgen sind

immer ein tüchtiger Stamm gewesen, die besten Deutschen in Ungarn. Und die Kroaten sind körperlich und geistig gut entwickelt, sie gehörten immer zu den besten Soldaten und sind auch sonst brauchbare Leute."

Ueber die deutschen und bayrischen Zeitungen älteren und neueren Datums urtheilt der Fürst nach ihrem wahren Werthe. Von den großen Papierlieferungen, die blos Druckerschwärze enthalten, oder wie wir in Bayern sagen, von den Kuhhäuten, die mit Annoncen und Zeitungsausschnitten bedruckt sind, hat er offenbar eine schlechte Meinung.

„Die ‚Allgemeine Zeitung'" — sagte der Fürst — „habe ich früher gerne gelesen, besonders weil ihre Beilage recht vielseitige und unterrichtende Artikel aus den Gebieten der Wissenschaft enthielt. Die ‚Augsburger Abendzeitung' soll den politischen Anschauungen des Herrn Bürgermeisters Fischer nahe stehen. Den Herrn Bürgermeister schätze ich als einen gescheidten Mann hoch, er besitzt einen praktischen Blick und vertritt seine Anschauungen mit Freimuth und Schneidigkeit. An Fischer und dem leider schon verstorbenen Voelk hatte ich gute Freunde."

Als ich dazu bemerkte, daß der Herr Bürgermeister von Augsburg, trotzdem wir politisch und namentlich kirchenpolitisch nicht übereinstimmen, dennoch mein kleines Blatt lese, meinte der Fürst:

„Auch ich habe schon manchen Artikel der kleinen ‚Landeszeitung' gelesen. Mir gefällt darin die frische, originelle Sprache, die eigene lebendige Denkart und das historische, vielseitige Wissen der Redaction. Auch gefällt mir an der ‚Landeszeitung', daß sie nicht gedankenlos mitschreit, wenn die Meute schreit." — Der Fürst hat gegen die bayrische Tendenz der „Landeszeitung" nichts einzuwenden, da diese zur rechten Zeit auch recht kräftige deutsche Klänge anschlage. Der Fürst bemerkte noch, daß er an der Landeszeitung auch bei allem Festhalten ihres specifisch bayrischen Standpunktes die Objektivität anerkenne, mit welcher der Redacteur in wichtigen Momenten die politischen Vorgänge in Berlin bespreche.

Bezüglich der Regierungspresse ließ sich der Fürst vom Redacteur vortragen, was dieser als von der Regierung unabhängiger Fachmann darüber denke. Ich erörterte dann offen meine Meinung, daß die Regierungspresse in Deutschland nichts tauge, daß namentlich in Bayern die Regierung ohne eine einflußreiche Presse dastehe, daß dies aber mit einem Schlage anders würde, wenn unsere Kreisblätter zu größeren politischen Zeitungen mit dem amtlichen Inseratenmonopol zum Nutzen der Provinzcassen ausgestattet und dadurch der Anstoß zu einer gänzlichen Reform unseres Preßwesens überhaupt gegeben würde u. s. w.

Zum Schlusse kam die Unterhaltung auf militairische Vorgänge, namentlich die Soldatenmißhandlungen. Als ich dem Fürsten freimüthig sagte, daß die

Großzahl der Soldatenschinder bei uns in Bayern auf das Contingent der bei uns eingeführten preußischen Unteroffiziere treffe, erwiderte er:

„Es scheint, daß man in Bayern in der Auswahl der Dienstbewerber nicht genügende Vorsicht walten ließ. Heute wird der gute Unterofficier gerade in Preußen, wo man mit Recht auf diese Kategorie von Vorgesetzten den größten Werth legt, förmlich umworben, damit er bleibe. Unter denen, die außer Landes gingen, mögen wohl manche gewesen sein, die ein Loch im Kleide hatten, oder auch Streber, die rasch etwas werden wollten und dabei in ihrem Uebereifer und in ihrer Einbildung sich zu Ausschreitungen hinreißen ließen. Ich hoffe aber, daß die Soldatenmißhandlungen durch gehörige Anwendung von Strenge gegen die Fehlbaren immer mehr abnehmen.“ Der Fürst meinte noch, daß man in Bayern beim Militär wohl seine liebe Noth mit den Raufern habe. „Die Bayern raufen gerne, das macht, weil sie etwas viel Bier trinken.“

Darauf erlaubte ich mir zu antworten, daß nicht mehr so viel gerauft werde, namentlich in Niederbayern nicht mehr, weil das Bier immer dünner werde; auch sei die Ursache der Raufereien nicht immer in dem vielen Bier zu suchen, sondern darin, daß die Leute nichts vertragen könnten. Der Fürst nahm diesen Einwand lachend, aber mit dem Ausdruck einiger starker Zweifel hin. Nachdem noch einige Ansichten über andere Dinge — der Fürst sprach mit mir über Dutzend Dinge, er ist ja überall zu Hause, und wer es bei ihm nicht ist, der mag ferne bleiben — ausgetauscht waren, entließ er mich in freundlichster Weise mit zweimaligem Händedruck.

* * *

Zu den wirklichen Interviewes kommen nun auch erfundene. Im „Budapesti Hirlap“ rühmt sich der ungarische Abgeordnete Emil Abranyi eines solchen, obgleich es ihm gar nicht gelungen ist, an den Fürsten heranzukommen. Die „Hamb. Nachr.“ berichtigen den phantasiereichen Ungarn am 16. August (M.-A.):

Einige Blätter bringen die Mittheilung, Fürst Bismarck habe in Schönhausen dem ungarischen Abgeordneten Emil Abranyi eine längere Unterredung gewährt, und eine ungarische Zeitung soll einen ausführlichen Bericht über jene angebliche Unterredung veröffentlicht haben. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Fürst Bismarck hat den Besuch jenes ungarischen Abgeordneten nicht empfangen und alle Veröffentlichungen über eine Unterredung mit demselben beruhen mithin auf willkürlicher Erfindung.

Natürlich war dem Budapester Blatt diese Mystification sehr ärgerlich und in Unkenntniß über den Ursprung des eben mitgetheilten Dementis fragte es am 19. August bei dem Fürsten an, ob er den Abgeordneten Abranyi empfangen hätte. Die telegraphische Antwort lautete:

„Abranyi mir unbekannt, mir niemals gemeldet, also von mir auch nicht empfangen worden.“

* * *

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ bringt am 16. August einen aus russischer Feder stammenden Artikel: Fürst Bismarck und Rußland: Im Anschluß an den im Morgenblatt Nr. 217 vom 7. August veröffentlichten Artikel „Fürst Bismarck und die Orientpolitik“ gehen uns aus St. Petersburg von geschätzter Seite einige Betrachtungen zu, welche hoffentlich dazu beitragen werden, die in Wien und Pest und selbst in deutschen Blättern hervorgetretenen unklaren Auffassungen zu beseitigen, welche an die Wiedergabe der Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Correspondenten der „Nowoje Wremja“ geknüpft worden sind (s. S. 170 ff.). Der Brief lautet: Man hat in Wien und Pest, veranlaßt oder jedenfalls doch unterstützt von dem Fürsten Bismarck abgünstig gesinnten deutschen Blättern, den Eindruck gehabt, als sei in den Aeußerungen des ehemaligen deutschen Reichskanzlers irgend eine neue Wendung in seiner Auffassung und Beurtheilung der europäischen Lage, des Verhältnisses Deutschlands zu den beiden anderen Kaisermächten, hervorgetreten. Dem gegenüber kann man sich in Rußland nur wundern, wie kurzlebig das Gedächtniß der betreffenden Zeitungen und des Publicums ist, an welches sie sich mit ihren Betrachtungen wenden.

Die „Allgem. Ztg.“ hat bereits hervorgehoben, daß Fürst Bismarck dem Correspondenten der „Nowoje Wremja“ nichts gesagt hat, was nicht durch seine wiederholten Erklärungen im deutschen Reichstage von öffentlicher Notorität war. Die deutsche Presse kann doch unmöglich vergessen haben, wie in Berlin und sonst in Deutschland nach der Rede vom 6. Februar 1888 alle Welt in Bewunderung zerfloß und die deutschen Zeitungen tage- und wochenlang in Entzücken schwelgten. Wenn man heute in Berlin über die Anschauungen, welche jener Rede zu Grunde lagen, anders denkt, so würde das nur beweisen, daß man entweder einen Unterschied macht zwischen dem, was Fürst Bismarck als Reichskanzler und was er als inactiver Staatsmann denkt und spricht, oder — daß der Cours der deutschen Politik eben doch nicht mehr der alte ist.

In Rußland vergegenwärtigen wir uns die Thatsache, daß die vom Fürsten Bismarck an den Correspondenten der „Nowoje Wremja“ am Vorabend des deutschen Kaiserbesuchs gehaltene Rede in ihren Absichten doch nur dahin gehen konnte, dem Kaiser in Rußland einen freundlichen Empfang zu bereiten und weite Schichten des russischen Volkes darüber aufzuklären, daß Deutschland sein Feind weder war, noch ist. Kaiser Alexander, der Hof, die russische Regierung bedürfen solcher Aufklärung nicht. Sie sind von dieser Thatsache, so weit es sich um die Politik des Fürsten Bismarck handelt, hinlänglich überzeugt und wissen, wie sehr es seit langen Jahren sein Wunsch

gewesen ist, auch die Bevölkerung, die gebildeten Kreise Rußlands zu überzeugen; namentlich auch die russische Armee dahin aufzuklären, daß die deutsche Politik sie nicht um die Früchte ihrer opferreichen Anstrengungen gebracht habe, sondern bemüht gewesen sei, ihr davon so viel zu sichern und zu erhalten, als den anderen Großmächten, namentlich England gegenüber, durchzusetzen war. Daß die öffentliche Meinung in Rußland überhaupt zu einer anderen Beurtheilung gelangt ist und mit hartnäckiger Voreingenommenheit daran festhält, ist von den leitenden Stellen in Rußland, ist vom Kaiser selbst wiederholt beklagt worden; aber nachdem sie einmal vom Fürsten Gortschakow in dieser Richtung instradirt worden, sowohl um seine eigene Unfähigkeit zu verdecken, als auch aus Antipathie gegen den Fürsten Bismarck, ist es für die russische Regierung kaum möglich, berichtigend und aufklärend einzugreifen, ohne im Volke Verstimmung hervorzurufen. Man hat daher, wohl zumeist aus diesem Grunde, den wiederholten Wünschen des Fürsten Bismarck keine Rechnung getragen; aber man verdenkt es ihm in russischen Regierungskreisen sicherlich nicht, daß er nun als der berühmteste Privatmann Europas nachholt, was er als der berühmteste Staatsmann nicht zu erreichen vermocht hat. Von russischer Seite kann man daher seine Mittheilungen an den Correspondenten einer angesehenen russischen Zeitung — im Gegensatz zu einer kürzlichen Behauptung der Wiener „Politischen Correspondenz" — nur als eine durchaus loyale Bemühung ansehen, der Erhaltung guter Beziehungen zwischen zwei Mächten zu dienen, welche für eine gegenseitige Befehdung weder einen Anlaß, noch practische und vernünftige Ziele haben können.

So gut, wie die russischen politischen Kreise, sollte doch aber auch die Wiener und Pester Publicistik darüber unterrichtet sein, daß Fürst Bismarck bis auf den heutigen Tag in seiner Politik keinerlei Schwenkung gemacht hat, und daß seine Zustimmung im Voraus Allem gesichert war, worüber Rußland und Oesterreich-Ungarn sich je verständigt haben würden. Man darf sogar hinzufügen, daß der deutsche Staatsmann beiden Mächten gegenüber ein reineres Gewissen hatte, als sie ihm gegenüber. Fürst Bismarck ist den russischen Wünschen und Sondirungen gegenüber, im Jahre 1876 ebenso wie 1863, für Oesterreich und für den Frieden eingetreten, und hat sich trotzdem als Freund Rußlands im Jahre 1877/78 bis hart an die Grenze zwischen diplomatischer und militairischer Unterstützung erwiesen. Preußische Officiere haben sich in unserem Balkan-Feldzuge den Orden pour le mérite erworben und sich einen Ehrenplatz in der Geschichte dieses Krieges verdient. Fürst Bismarck hat es sodann auf Wunsch des Kaisers Alexander unternommen, Oesterreich zu dem Congreß zu bewegen, obwohl ihm bekannt geworden, daß zwischen Rußland und Oesterreich ein Geheimvertrag bestand, welcher dem letzteren als Preis seiner Neutralität Bosnien und die Herzegowina

sicherte. Hier kommen wir an den zweiten Punkt, der die russischen Staatsmänner und Regierungsblätter zum Schweigen zwingt: sie mögen der öffentlichen Meinung Rußlands gegenüber nicht eingestehen, daß Rußland selbst jene Provinzen Oesterreich preisgegeben, und daß letzteres dieselben nicht aus der Hand des Fürsten Bismarck und des Berliner Congresses, sondern — im Geheimen — aus der des Fürsten Gortschakow empfangen hat.

Fürst Bismarck erstrebt wohl jetzt wie früher mit seiner Russenfreundlichkeit schwerlich etwas Anderes als die Erhaltung des Friedens, sowohl für Deutschland als für Oesterreich, und nach den amtlichen Versicherungen beider Staaten dürfen wir annehmen, daß man in Oesterreich-Ungarn den Frieden mit Rußland nicht weniger aufrichtig wünscht, als im Deutschen Reich.

Und nun noch ein Wort über das deutsch-österreichische Bündniß, mit welchem die jetzige Haltung seines Schöpfers nicht übereinstimmen soll.

Das Bündniß ist aus der Thatsache entstanden, daß nach dem Congreß die Stimmung in Rußland gegen Deutschland unter dem Einfluß des Fürsten Gortschakow plötzlich umschlug; man wird sich erinnern, daß Kaiser Alexander auf die Reise zur Feier der goldenen Hochzeit Kaiser Wilhelm's in letzter Stunde verzichtete, obwohl für sein zahlreiches Gefolge in Berlin schon Quartier gemacht war; daß der russisch-österreichische Geheimvertrag in Berlin die Eventualität einer weiteren russisch-österreichischen Verständigung, ohne Deutschland und selbst gegen Deutschland, nahe legte, und daß zu einer solchen Verständigung Frankreich leicht der Dritte im Bunde gewesen sein würde. Vielleicht hatte Fürst Bismarck auch damals noch die Möglichkeit, mit Rußland gegen Oesterreich abzuschließen, aber ein solches Bündniß wäre unzweifelhaft ein Kriegsbündniß gewesen, welches eine österreichisch-französische Annäherung zur Folge gehabt hätte, und der weitschauende deutsche Staatsmann zog es daher vor, eine Allianz einzugehen, welche nicht nur jeden Krieg verhinderte, sondern auch sicher war, von der öffentlichen Meinung beider Länder getragen zu werden.

Dies ist die Genesis des deutsch-österreichischen Bündnisses. Niemand, der den Fürsten Bismarck ehrlich beurtheilt, wird behaupten dürfen, daß er jetzt eine andere Politik treibe wie vor dem 18. März dieses Jahres. Er ist zu allen Zeiten nur dem Leitstern der Interessen seines Landes und seines Königshauses gefolgt und gerade diese zielbewußte Entschlossenheit und Umsicht hat ihm, neben vieler Furcht und vielem Haß, doch auch die Bewunderung der Zeitgenossen, nicht nur seiner Landsleute, eingetragen. Von den ersteren theilen, auch außerhalb Deutschlands, gar viele das Bedauern, daß Fürst Bismarck von seinem großen Werke so vorzeitig und in einer seiner Vergangenheit so wenig würdigen Weise entfernt worden ist.

* * *

Eine großartige Huldigung wurde dem Fürsten am 17. August von Bewohnern Kissingens und der Umgegend, von Vereinen, Corporationen und Badegästen in Gestalt eines Fackelzuges dargebracht. Ueber 2000 Fackeln waren im Zuge. Der Bürgermeister Fuchs von Kissingen hielt eine warmempfundene hübsche Ansprache an den Fürsten, worin er den Ehrenbürger und Gast Kissingens feierte und ein Hoch auf ihn ausbrachte. Ehe noch der Fürst ein Wort zu erwidern vermochte, erschallte aus der nach Tausenden zählenden Zuschauermenge von einem Engländer ein Hurrah auf den Fürsten: „Great Bismarck, the maker of history, hip, hip, Hurrah!“ Der Fürst dankte für die dargebrachte Huldigung:

Er knüpfte an die nationalen Gefühle an, die in Lied und Wort ihren Ausdruck gefunden. Dieselben entsprängen den großen Ereignissen unter Kaiser Wilhem I., an denen mitzuwirken er das Glück gehabt habe. Er freue sich, daß diese Gefühle im ganzen deutschen Volke beständen. Die Huldigung ergreife ihn umsomehr, als er nicht mehr in amtlichen Beziehungen zur Regierung des Landes stehe. Er sähe zu seiner Freude, das auch hier die alte Liebe nicht roste. Er hege für Kissingen heimathliche Gefühle, er komme schon seit 16 Jahren, wenn er nicht irre, zum zwölften Mal hierher. Er werde durch Gefühle des Dankes und der Sympathie mit Kissingen verbunden, dem er so viel Gutes zu verdanken habe. Er hoffe, daß er auch bei fernerer Wiederkehr gleiche Gefühle antreffe. Der Fürst schloß als Ehrenbürger Kissingens mit einem Hoch auf die Stadt.

* * *

Am 17. August (M.-A.) bringt die „Münchener Allgem. Zeitung“ folgenden Artikel:

Wohin treiben wir? Die „Kölnische Zeitung“ hat vor wenigen Tagen in einem Artikel unter der Ueberschrift „Der alte und der neue Cours“ darauf hingewiesen, daß die umfassenden Vorbereitungen, welche die socialdemokratische Partei trifft, um nach dem Erlöschen des Socialistengesetzes eine fessellose und aufreizende Agitation in jeden ruhigen Winkel unseres Vaterlandes zu tragen, die Aufmerksamkeit besorgter Patrioten wieder schärfer auf die großen und allgemeinen Züge unserer Regierungspolitik und auf die Behandlung der socialen Frage insbesondere lenken müssen. Die rheinische Collegin hatte des weiteren hinzugefügt:

„Wir betrachten nicht diejenigen als die besonnenen Freunde unserer Dynastie, welche jeder Abweichung von dem alten Cours aufdringlich zujubeln, sondern diejenigen, welche die Stimmung der Bevölkerung so wiedergeben, wie sich dieselbe jedem unbefangenen Beobachter darstellt. Wir glauben eine Pflicht gegen die Dynastie und das Vaterland zu erfüllen, wenn wir nicht verschweigen, daß weite Kreise des deutschen

Volkes die Entwickelung unserer Regierungspolitik mit Besorgniß verfolgen; daß sich vielfach, in verschiedenen Gegenden und bei Personen der verschiedenartigsten Berufs- und Lebensstellung der Eindruck festgesetzt hat, als gebreche es der herrschenden Richtung an Entschiedenheit und leide sie an einer Ueberschätzung der erreichbaren Ziele."

Unsern Lesern ist bekannt, daß wir durchaus die Ansichten theilen, welche in vorstehenden Worten niedergelegt sind. Die Mißliebigkeit derselben kann kein Grund sein, auf die offene Aussprache zu verzichten, eben so wenig haben wir uns dadurch beirren lassen, daß wir anfänglich im großen deutschen Zeitungswalde eine ziemlich vereinzelte Stimme waren. Mehr und mehr aber beginnt überall den ernsten und besonnenen Männern das Tempo des Staatswagens ein unheimliches zu werden, und in je größerem Umfange die beabsichtigten Reformen an Quantität wie an tiefeingreifender Bedeutung zunehmen, desto mehr tritt die Frage in den Vordergrund, ob für eine so folgenreiche Arbeit auch die geeigneten umsichtigen und scharfblickenden Führer vorhanden seien.

Als s. Z. bei Entlassung des Fürsten Bismarck die Versicherung ertheilt wurde: der Cours bleibe der alte, drängte sich Tausenden von bekümmerten Patrioten unwillkürlich die Erwägung auf: wenn der Cours der alte bleiben soll, warum dann den bewährten, genialen und hochverdienten Steuermann des Staatsschiffes in so auffallender Weise, ja in größter Eile, entfernen, um ihn durch einen andern, auf militairischem Gebiete hervorragenden, in Staatsangelegenheiten aber doch fast völlig unerfahrenen Nachfolger zu ersetzen? Es giebt wohl Niemand in Deutschland, der nicht in Herrn v. Caprivi den Gentleman in des Wortes bester Bedeutung achtet; aber damit sind doch die Bedingungen noch nicht erschöpft, welche zum Ministerpräsidenten im heutigen Preußen oder gar zum Kanzler des Deutschen Reiches qualificiren. Als in Preußen im Jahre 1848 alle Versuche erschöpft waren, um zu einem zur Führung des Staates befähigten Ministerium zu gelangen, griff man auf einen commandirenden General, den Grafen Brandenburg, zurück; es war der Moment, in welchem zur Bändigung der Bewegung geschritten werden sollte. Heute liegen die Dinge gerade umgekehrt. Nicht soll die socialdemokratische Bewegung gebändigt werden, sondern in wenigen Wochen werden die Fesseln, welche sie bisher einengten, beseitigt. Wir würden noch eher das Gegentheil verstehen, wenn zur Durchführung eines Regimes der Strenge und der Unterdrückung die Zügel in die Hand eines hohen Militairs gelegt worden wären. Zudem ist dies ein Ausweg, welchen das Preußen von 1848 sich gestatten konnte. Heute, wo der preußische Ministerpräsident zugleich Kanzler des Deutschen Reiches ist, harren seiner doch Aufgaben, welche allein mit

der soldatischen Hingebung und Pflichttreue, selbst mit dem Herrn v. Caprivi eigenen Organisationstalent und seiner Umsicht nicht zu bewältigen sind. Der preußische Ministerpräsident von heute braucht eine genaue Kenntniß des Landes, welches er regieren soll, der politischen und wirthschaftlichen Parteien, der Elemente, aus welchen sie zusammengesetzt sind; der Kanzler des Deutschen Reiches eine sorgfältige Würdigung der vielen politischen und ethischen Factoren, welche neben zahlreichen und kostbaren materiellen Interessen das nationale Leben eines großen Volkes ausmachen; er braucht neben dem Gefühl, welches den preußischen Soldaten durchdringt und belebt, doch mindestens ebenso ein gründliches Verstehen der Empfindungen und Anschauungen, welche in Deutschland außerhalb der preußischen Grenzen leben, jenes deutschen Nationalgefühls und Nationalstolzes, welche für die Erreichung und Sicherung der deutschen Einheit hervorragende Mithelfer, ja vielleicht die festesten Säulen von Kaiser und Reich geworden sind. Zu dem allen gesellt sich dann noch die Nothwendigkeit einer Summe von Kenntnissen und Geschäftserfahrung, die nur erlebt werden kann und welche den Kreis, welchem die Männer für die oberste Stellung entnommen werden können, zu einem recht engen macht.

Um so mehr aber tritt hinsichtlich der eiligen Entfernung des Fürsten Bismarck immer wieder die Frage auf die Lippen: Mußte es sein? und es werden die Besorgnisse und Befürchtungen, welche weite Kreise während der letzten Monate erfüllten, sich in dem nämlichen Maße erhöhen, in welchem der innegehaltene Cours sich thatsächlich von dem alten entfernt.

Das jetzige Regime, welches nicht aus den erbitterten Kämpfen und Gegensätzen von 1848 und 1862 herausgewachsen ist, sondern einfach die reiche Erbschaft großer innerer und äußerer Erfolge antreten konnte, hat bis jetzt die Möglichkeit gehabt, sich durch conciliante Formen die Geschäfte zu erleichtern. Ihm kam zu statten, daß die traditionellen Gegner einstweilen das größte Interesse daran hatten, nicht etwa eine Wiederkehr des Fürsten Bismarck durch eine allzu entschiedene Opposition heraufzubeschwören; die letzte Reichstagscampagne ist mehr in einer gegenseitigen Recognoscirung verlaufen. Hierzu kommt, daß alle Parteien durchfühlen, wie Kaiser Wilhelm II. sein eigener Ministerpräsident und Reichskanzler sein, selbst das Ruder führen will und daß sie somit sich weit weniger auf ihr künftiges Verhalten zu dem neuen Ministerium, als auf ihr künftiges Verhalten zur Krone einzurichten haben. Mit dem Eintritt Miquel's ist ein neues Moment hinzugekommen, welches das Stadium des Abwartens verlängert.

Je mehr die heutige Reichs- und Staatsleitung der eigentlichen Ge-

schäftskenntniß entbehrt, desto mehr neigt sie naturgemäß dazu, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, um dem Staatswagen eine möglichst glatte Bahn zu sichern. Nur so ist zum großen Theil das nach Inhalt und Form verfehlte Abkommen mit England zu erklären, so erklären sich auch die Vorgänge auf dem Gebiete der inneren Politik. Dieses Bestreben führt nothgedrungen dazu, Grundsätze und feste Positionen aufzugeben, um welche in langen und hartnäckigen Kämpfen erfolgreich gerungen worden, vielleicht weil man der Nachhaltigkeit, der Kraft und Gewandtheit entbehrt, sie länger zu vertheidigen. Damit werden aber die Grundlagen erschüttert, auf denen Staat und Reich bisher gestanden, und in weiten Kreisen verbreitet sich die Empfindung, daß die Staatszügel der festen leitenden Hand entbehren. Nothgedrungen tritt da an die Stelle erprobter und bewährter Grundsätze eine Neigung zum Experimentiren, der aussichtslose Versuch, durch die Preisgabe bisher innegehaltener Positionen Sympathien zu erwecken, welche hinter jenen an Gleichwerthigkeit weit zurückstehen; das Ränkespiel der Parteien gewinnt damit einen bisher unbekannten, für die Continuität unserer Entwickelung unheilvollen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung.

Der preußische Minister des Innern hat sich vor Kurzem genöthigt gesehen, die ihm unterstellten Behörden mit Anweisungen für die mit dem 1. Oktober anbrechende Zeit zu versehen, in welcher Deutschland nach 12 Jahren ohne Socialistengesetz sein wird, eine Zeit, für welche die socialdemokratische Partei die umfassendsten Vorbereitungen trifft. An die Stelle des socialpolitischen Programms des Fürsten Bismarck, wie es in die November-Botschaft von 1881 niedergelegt war, tritt jetzt einerseits die Aufhebung des schützenden Socialistengesetzes, andererseits die Fülle von Verheißungen, welche der Agitation der Socialdemokratie nicht nur ein staatliches tolerari posse, sondern geradezu eine Anerkennung ihrer Berechtigung in Aussicht stellen. Wir halten den diesem System zu Grunde liegenden Gedanken, daß man den arbeitenden Classen für ihre berechtigten Ansprüche den guten Willen zeigen, die Socialdemokratie aber nöthigenfalls blutig bekämpfen müsse, für höchst gefährlich. Einmal weil es einen Unterschied zwischen Arbeiterstand und Socialdemokratie statuirt, welcher in solchem Umfange nicht mehr zutrifft und nach dem 1. October mit jedem neuen Jahrgang herangewachsener Burschen noch weniger zutreffen wird; zum zweiten, weil die Massen die Grenze zwischen berechtigten und unberechtigten Ansprüchen nie anerkennen und jede errungene Concession unter dem Einfluß der Agitatoren nur zu einer neuen Anforderung verwerthen werden; zum dritten, weil ein derartiger Kampf der schwerste sein möchte, der unserm aus dem Volke hervorgegangenen Heere überhaupt auferlegt werden

kann; endlich weil — selbst, wenn ein solcher Kampf zu vermeiden, oder mit sicherem Erfolge zu bestehen wäre — das System eine derartige Bevorzugung des industriellen Arbeiters vor dem landwirthschaftlichen einschließt, daß die Landwirthschaft entweder an Mangel an Arbeitern oder an der Unerträglichkeit der Lasten zu Grunde gehen muß.

Wir befürchten, daß, wenn je in einer Frage, Fürst Bismarck in der Behandlung der Arbeiterfrage Recht gehabt hat. —

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 18. August (A.-A.) bringen zu einer Notiz des in Berlin erscheinenden „Kleinen Journals" über den Welfenfonds folgende Berichtigung:

Der Berichtigung werth erscheint uns ein Artikel des „Kleinen Journals" vom 2. August. Das genannte Blatt führt darin aus, bei der Entstehung des sogenannten Welfenfonds sei der damalige Graf Bismarck zuerst in der Rolle des großmüthigen Gebers aufgetreten, um dann binnen vier Wochen, nachdem inzwischen die Millionen vom preußischen Landtage bewilligt worden, seine Meinung plötzlich zu ändern und den Fonds mit Beschlag zu belegen. Das ganze Spiel sei eine Mausefalle für den Landtag gewesen, in welche dieser richtig hineingegangen sei.

Zu dieser possierlichen Darstellung bemerken wir, daß die Zuwendung der Entschädigung hauptsächlich durch Rücksicht auf englische Auffassungen und Wünsche geboten erschien zu einer Zeit, wo man die Rückwirkung der erkämpften Neugestaltung der Dinge auf die europäische Gruppirung noch nicht ermessen konnte, und daß man daher den von London ausgehenden Wünschen Rechnung tragen und es dem früheren König von Hannover ermöglichen wollte, als königlicher Herzog von Cumberland in England leben zu können.

Nach dem Prager Frieden war es ein Bedürfniß der preußischen Politik, den befreundeten Mächten England und Rußland die Ergebnisse der Neugestaltung annehmbar zu machen, und aus diesem Bestreben, welches erfolgreich war, werden sich manche Erscheinungen jener Zeit erklären lassen.

* * *

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald" beschäftigt sich am 14. August zur Abwechselung einmal wieder mit der künftigen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen; aber seine Auffassungen sind so durchaus ungeschichtlich, daß in den „Hamb. Nachr." vom 21. August (M.-A.) eine Richtigstellung erfolgt:

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald" vom 14. August veröffentlicht einen Artikel über Kaiser Wilhelm und Signor Crispi. In demselben wird ausgeführt, dem Kaiser sei der Dreibund als eine

seine Politik einengende Hinterlassenschaft des Regimes Bismarck ebenso unbequem wie die Ministerpräsidentschaft Crispi's in Italien, der ein Protegé Bismarck's und Träger von dessen Politik sei. Im weiteren Verlaufe des Artikels wird die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung erwogen und die Frage aufgeworfen, ob die projectirte Reise Kaiser Wilhelm's nach Paris resp. der Sturz Crispi's zu Gunsten der Franzosen nicht die Bestimmung hätten, das Fundament zu einer die Lage Europas verändernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu bilden.

Wir geben diese Gedanken des „New-York Herald" wieder, um zu zeigen, auf welche abenteuerlichen Abwege die politische Phantasie gerathen ist. Es gehört die volle Unkenntniß der deutsch-französischen Geschichte während der letzten 300 Jahre dazu, um für glaubhaft zu halten, daß auf dem vom „New-York Herald" angedeuteten Wege zu einer nützlichen und dauerhaften Verständigung mit Frankreich zu gelangen wäre.

* * *

Die „Deutsche Partei" in Heilbronn brachte in einer Stärke von mehr als 60 Mitgliedern am 23. August dem Fürsten ihre Huldigung in Kissingen dar. Nach der Rede des Bankdirektors Schmidt ergriff der Fürst das Wort zu folgender Ansprache:

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Ehre, welche Sie mir durch Ihren Besuch erzeigen und für das Wohlwollen, welches der Herr Redner eben hier in Ihrem Namen ausgesprochen hat. Ich freue mich über die Anerkennung des Antheils, den ich an der Führung unserer deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten habe nehmen können; und wenn ich vom Steuer habe zurücktreten müssen, so wird dadurch die Hoffnung nie erschüttert, daß das deutsche Nationalschiff denselben Cours wie früher einhalten werde und daß die Einigkeit, in der wir uns befinden, erhalten bleibe. Und die unter uns dreißig oder vierzig Jahre zurückdenken, werden wissen, daß das nicht immer so war und daß das eine Errungenschaft der Neuzeit ist. Daß diese Einigkeit, ich kann sagen Einheitlichkeit der deutschen Nation, so weit wir sie besitzen, eine dauernde sein wird, unabhängig von der Frage, wer Kanzler sei, wer nicht, dies kann auf die Probe gestellt werden; aber das auf den Schlachtfeldern vergossene Blut ist ein fester Kitt, der sich so leicht nicht zerbrechen läßt.

Und die Erinnerung an die große Zeit, die in diesen Tagen, zwanzig Jahre zurückliegend, an uns wieder vorüberzieht, wird ein festes Fundament für die wiedergewonnene Einigkeit bleiben, abgesehen davon, daß, ich will ganz hausbacken sprechen, die Vortheile dieser Einheit, nachdem wir sie zwanzig Jahre lang erprobt haben, doch so unbestreitbar sind, daß

sie der Nation, der ich sie habe erkämpfen helfen, und der Generation, die unter den Eindrücken des neuen Gebäudes aufwächst, fest im Herzen haften; und was immer für politische Einzelkämpfe, welche das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des nationalen Glückes zu stören suchen, in Deutschland stattfinden, so muß ich sagen, daß der Gedanke, wieder nach Jahrhunderten der Zerrissenheit ein großes und mächtiges Volk in Deutschland zu bilden, in uns allen so tiefe Wurzeln schlägt, daß er unerschütterlich bleibt. Und darauf, meine Herren, möchte ich Ihrer Aller Zusage und das Versprechen nehmen: wenn je innere Wirren, die Gott uns ferne halten möge, wieder kommen sollten, denken Sie an das württembergische Blut, das vor Paris geflossen, und denken Sie an die Früchte, die es getragen. Dann wird Ihr Herz an dem alten kölnischen Sprichwort festhalten: „Zum Reich halt fest, Bauer, schmeckt's süß oder sauer!"

Nach einem Trinkspruche an der Frühstückstafel, den Professor Dr. Egelhaaf aus Stuttgart, ein früherer Heilbronner, ausgebracht hatte, dankte der Fürst von Neuem, wobei er u. A. äußerte:

Es sei ihm anfangs schwer geworden, sich an die Unthätigkeit zu gewöhnen; es kam ihm sonderbar vor, wenn er Morgens aufwachte und nichts zu thun hatte, als seine Uhr aufzuziehen. Aber jetzt fühle er doch, daß durch diese Behaglichkeit eine gewisse Abspannung der nervösen Ueberreizung bei ihm, eingetreten sei, und diesem Umstande nächst seinem verehrten Arzte, dem Dr. Schweninger, verdanke er es, daß er sich heute wohler fühle, als seit zehn Jahren. Er hoffe, die Herren im nächsten Jahre wieder hier begrüßen zu können.

Zum Schlusse des Beisammenseins wurde noch einmal ein Hoch auf den Fürsten, diesmal mit Einschluß der in Homburg zur Kur weilenden Frau Fürstin ausgebracht. Der Fürst antwortete:

„Sie wissen ja, kein Prophet wird geehrt in seinem Lande. Ich bin auch einmal klein gewesen, und nun, da ich groß geworden, kann mir dies Mancher nicht verzeihen. Aber alles übelwollende Urtheil wird mit der Zeit vergessen. Was die Zeitungen über mich schreiben, das ist Staub, den ich mit der Bürste abwische, das ist mir gleichgültig. Ich lege nur Werth auf die Geschichte, was die später über mich sprechen wird. Mein einziger Ehrgeiz, den ich habe, besteht darin, daß ich eine gute Grabschrift erhoffe. Darum bitte ich, nicht sofort, aber in den Herzen."

* * *

Ueber eine Unterhaltung mit zwei Kissinger **Badegästen aus der Schweiz** am 26. August berichtet der „Schwäbische Merkur" folgendes:

Am Sonntage hatten zwei Schweizer (Stadtrath Schlatter und Oberstlieutenant Huber, beide aus Zürich), die Ehre, mit dem Fürsten Bismarck zu frühstücken. Außer jenen Beiden nahmen an dem Frühstück Dr. Schweninger und Dr. Chrysander Theil. Ueber die Neutralität der Schweiz im Fall eines neuen Krieges sagte der Fürst:

„Deutschland wird die Neutralität der Schweiz respectiren. Ob auch Frankreich, steht dahin. Bricht Frankreich die Neutralität, so hoffe ich, wird die Schweiz an unserer Seite sein und mit uns siegen. Die schweizer Truppen sind nicht zu verachten, sie haben sich immer gut geschlagen und stehen fest im Feuer."

Auf die ihm von den Schweizern vorgelegte Frage, was er von der schweizerischen Socialpolitik im Gegensatz zur deutschen halte, und ob er glaube, daß jene, welche durch Aufstellung des Arbeitersecretairs eine vermittelnde Haltung zwischen Arbeit und Capital anzubahnen suche, Aussichten auf Erfolg in Lösung der socialen Frage haben werde, erwiderte Fürst Bismarck:

„Für Ihre Staatsform mag das gehen, für die Monarchie geht es nicht. Die Monarchie giebt sich selbst auf, wenn sie sich auf die Arbeitermassen stützen will. Wir dürfen nicht mit denen pactiren, die durch Strikes, durch Drohung mit Niederlegung der Arbeit u. A. einen Druck auszuüben suchen. Das ist wie eine Nebelwand: wenn man sich ihr nähert, dann weicht sie zurück, und man greift ins Leere."

Nach dem Dessert entwickelte der Fürst die Gründe, weshalb Deutschland keine Eroberungspolitik treiben wolle und könne, wobei er die sämmtlichen Nachbarstaaten Frankreich, Holland, Dänemark, die Ostseeprovinzen und Oesterreich, endlich auch die Schweiz Revue passiren ließ.

Einen ausführlichen Bericht über diesen Besuch haben die beiden Herren gleich darauf in der „Neuen Züricher Zeitung" veröffentlicht. Diesem entnehmen wir auf Grund der Wiedergabe in den „Hamb. Nachr." noch folgendes:

Man redete zunächst von Curangelegenheiten. Dann erkundigte sich der Fürst nach Züricher Persönlichkeiten. Er kannte u. A. Dr. Wille von Göttingen her und fragte nach seinem Befinden, beifügend, Wille habe eine Verwandte von ihm geheirathet und sei, wie er glaube, jetzt Oberst der Cavallerie in Zürich. „Das ist der Sohn," erlaubte ich mir zu berichtigen.

„So geht es uns Alten," sagte der Fürst, „wir überspringen mitunter eine ganze Generation."

Mit Interesse vernahm er sodann, daß der alte Studienfreund noch wohlauf sei und alle Wochen von Meilen nach Zürich zum L'hombre komme. Als wir die bekannte Stelle aus Heinrich Heine's „Wintermärchen" citirten, die Wille's von Mensuren stark verhauenes Gesicht besingt („da ist der Wille, dessen Gesicht ein Stammbuch u. s. w."), erzählte unser Wirth uns mit

Behagen eine allerliebste Anecdote, in der Dr. Wille die Hauptrolle spielt und die sich zwischen Jena und Göttingen zugetragen hat.

Auf die Frage, wie es jetzt in socialpolitischer Hinsicht in der Schweiz gehe, geben wir den Bescheid: „Wir haben jetzt einen Bundesanwalt, aber er hat nichts zu thun; in 14 Tagen soll der schweizerische Juristentag in Zürich zunächst de lege ferenda über die Competenzen berathen," worauf der Fürst erwiderte:

„Desto besser; vielleicht hat er nur deshalb nichts zu thun, weil er nun da ist."

Als Jemand im Verlaufe der Unterhaltung auch den Wohlgemuth-Handel streifte, sagte Bismarck:

„Die Wohlgemuth-Angelegenheit ist eigentlich zu dumm, um darüber zu sprechen. Der Mensch war ein —. Es lag mir vollständig fern, wegen dieser Sache Händel mit der Schweiz anzufangen. Im Gegentheil, die Schweiz ist mir lieb. Sie versteht es, sich in den ihr eigenthümlichen Verhältnissen zurecht zu finden, und sie wird gut regiert. Die diplomatische Note von damals hatte nur den Zweck, Ihre Regierung zu veranlassen, sich unsere lieben Landsleute drüben etwas näher (Bewegung mit der Hand wie mit der Lorgnette) anzusehen, jene Leute, die unter dem Schutze der Schweizerfreiheit aus sicherem Versteck sich erlauben durften, uns fortwährend zu molestiren, ohne daß wir dagegen etwas thun konnten. Wir wissen wohl, daß das nicht Schweizer, sondern unsere eigenen Landsleute waren. Nun ist ja Alles besser geworden."

Fürst Bismarck versteht es, in der anmuthigsten Weise von der Welt Essen und Reden zu verbinden. Es ist eine Freude, ihm zuzusehen, wie er z. B. einen Taubenflügel zierlich zerlegt und dabei, seine Zuhörer immer im Auge behaltend, ohne Aufhören fortfährt, zu erzählen. Bald ist es nur eine interessante Kleinigkeit, bald ist es eine geschichtliche Notiz, die ihn dann ganz von selbst wieder auf sein Lieblingsgebiet zurückführt, auf die Politik der Gegenwart. Dabei ist nichts Hastiges, an das Alter des Fünfundsiebzigers Erinnerndes; alles wickelt sich ruhig, behaglich ab; die Behaglichkeit überträgt sich auf den Gast und verscheucht jede Befangenheit. Mitunter entstehen kleine Pausen, doch haben sie nichts Peinliches; man weiß, daß der Fürst die Kosten der Unterhaltung trägt, allein tragen will, und giebt sich den Eindrücken voll hin, die man in seiner Nähe empfängt. Er läßt dann die großen, mächtigen Augen auf dem Gast ruhen, man merkt, daß er da nicht beobachtet oder erwartet, sondern daß da drinnen in dem bedeutenden Kopfe ein neuer Gedanke, ein neues Bild aufsteigt und demnächst durch das Wort zum Ausdruck gelangen wird. Mehrmals während des Essens brachte der Diener Karten, die der Fürst aufmerksam ansah; im Halbton gab er

kurzen Bescheid. Einmal erhob er sich von der Tafel und verließ uns, kehrte aber bald zurück, bemerkend „eine Dame und ein Bouquet".

Wir äußerten, das sei keine Sommerfrische, die vielen Störungen! —

„Ach," sagte der Fürst, „die Leute meinen es gut. Diesmal kostete es mich nur eine Photographie." An Bewegung wie an Arbeit sei er von Jugend auf gewöhnt. Der große Vortheil, den er in seinem jetzigen körperlichen Wohlbefinden mit Dank gegen die Vorsehung täglich von Neuem genieße, bleibe ihm doch gerade hier in Kissingen ungeschmälert: frei zu sein von der Sorge des Amtes, einmal los zu sein das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Deutsche Reich, wie es vor dem wie ein Alb auf ihm gelastet.

Man brachte Trauben und Pfirsiche in colossaler Größe zum Nachtisch. Der Fürst brach eine Pfirsich an und gab davon dem neben ihm ruhenden Tyras, der sie sofort verschlang. „Er ist Vegetarianer," sagte sein Herr. Cigarren wurden geboten, der Diener reichte die bekannte lange Pfeife und dankend nahm der Kanzler den brennenden Fidibus aus der Hand Schweningers; bald wirbelten dichte Rauchwolken um das olympische Haupt.

Schon während des Essens hatte der Fürst erzählt, wie er vom Landwirth zum Schreiber geworden sei, gegen seine Absichten („Und mit welchen Erfolgen!" gestatten wir uns hineinzuwerfen); seit vierzig Jahren treibe er Politik. Das sei ein undankbares Geschäft. Alle politische Thätigkeit beruhe auf Vermuthungen und Zufällen. Man beurtheile eine Reihe von Wahrscheinlichkeiten bei seinen Gegnern und baue auf diese Rechnung die eigenen Pläne. Gehe es gut, dann ernte man Lorbeeren. Gehe es schlecht, so gelte man als Dummkopf. Anno 1866 sei es gut gegangen. Es hätte aber auch umgekehrt kommen können. Ein schwieriges Stück Arbeit damals. Um die Einigung Deutschlands herzustellen, sei kein anderes Mittel übrig geblieben als der Krieg. „Nicht wahr, meine Herren," sagte der Fürst, uns reiheum anblickend, „zwei Stiere in einer Heerde, das geht nicht, da muß gerauft werden." Alle die Schlachten, die seitdem geschlagen wurden, seien nothwendig gewesen, um ein einiges Deutschland herzustellen, auch groß genug, um sich zu behaupten. Als das in Versailles erreicht war, sei man stehen geblieben, habe Halt gemacht und werde nicht weiter gehen, auch in Zukunft nicht. „Ein großes, starkes Land wie Deutschland, das heiße der Friede!"

Der Fürst kam der Reihe nach auf die angrenzenden Länder zu sprechen, und wies uns an Holland, Dänemark, den baltischen Provinzen und Oesterreich nach, welche schwerwiegenden Interessen Deutschland habe, diesen Staaten gegenüber nicht an Eroberung zu denken. Dabei schüttelte er die historischen Daten und Zahlen nur so aus dem Aermel. So interessant

diese positiven Angaben waren, so ist doch unmöglich, sie hier wieder zu geben. Besonders werthvoll schienen uns seine Argumente bezüglich der Balten und Oesterreichs. Ein warmes Herz schlägt in Fürst Bismarck's Brust für die Deutschen in den Ostseeprovinzen; das ging schlagend aus Allem hervor, was er uns sagte; er kennt das Volk genau, auch den dortigen Adel, von dem er viel hält und unter dem er zahlreiche Freunde zählt, „aber — man kann nicht helfen".

Wir erlaubten uns daran zu erinnern, der Fürst habe jetzt alle Grenzländer erwähnt, nur die Schweiz noch nicht. Es würde uns lieb sein, seine Ansicht über die schweizerische Neutralität im Fall eines neuen Krieges zu vernehmen. Der Fürst sagte:

„Deutschland wird die Neutralität aufrecht erhalten. Ob Frankreich, das bleibt dahingestellt. Wenn nicht, dann werden die Schweizer zu uns stehen und mit uns siegen. Denn die Schweizer haben sich immer gut geschlagen; sie stehen fest im Feuer und sind gute Soldaten, wenn auch manches noch anders ist bei Ihnen als bei uns."

Während der Fürst unsere Gläser füllte (wir hatten Wein, Fürst Bismarck nur ein kleines Glas Bier vor sich stehen), gestatteten wir uns noch die Frage aufzuwerfen, was nach seiner, des Fürsten, Meinung von dem weiteren Verlauf der Dinge auf dem Gebiet der socialen Frage zu halten sei, und ob nicht hier die schweizerische Politik vor derjenigen des Deutschen Reiches mehr Chancen habe, zu gedeihlichen Zielen zu führen.

Der Fürst sagte: „Es ist ja fast kein Unterschied mehr. Der junge Kaiser hat Ihre Politik zu der seinigen gemacht. Meine Meinung ist die: für Ihre Staatsform mag es angehen, für die Monarchie nicht. Die Monarchie giebt sich selbst auf, wenn sie pactirt. Sie darf sich durch die Leute, welche striken, mit Arbeitseinstellung u. A. m. drohen, in keiner Weise bestimmen lassen. Das ist ein Ding, wie eine Nebelwand; wenn man sich ihr nähert, um sie zu fassen, so weicht sie zurück, und man greift ins Leere. Was wollen Sie? Alle Menschen sind unzufrieden, alle: die Reichen, die Mittleren und die Armen; am unzufriedensten ist die unterste Classe. Begreiflich! Das wird so bleiben und wesentlich durch nichts geändert, auch durch keine Socialreform. Es ist eine Täuschung, dies zu glauben; es ist, wie gesagt, die Nebelwand! Man gebe acht Stunden Arbeitszeit und stündlich 1 Mk. Lohn, das sind täglich 8 Mk. Die Bedürfnisse werden wachsen, und bald kommen dieselben Leute auch mit 8 Mark nicht aus. Man sieht jetzt Kinder von Arbeiterfrauen, die früher barfuß liefen und sich wohl fühlten, mit Knopfstiefelchen. Der Appetit kommt mit dem Essen. Der industrielle Arbeiter ist lange noch nicht so schlecht daran wie der ländliche Arbeiter. Ist Jemandem zu helfen nöthig, so ist es dieser. Das Ziel

jener ist das Schlaraffenthum. Zuletzt kämen wir dahin, wo die Wilden auf einer der Inseln in der Südsee sind, die halbnackt unter einem Baume liegen, auf dem die Bananen wachsen, die man nicht einmal zu kochen braucht. Oder Zustände wie unter den Lazzaroni Italiens. Das, was ein unwissendes und gefährliches Volk werden kann, lehrt die Geschichte Italiens. Die Verschiedenheit der Menschen und die Nothwendigkeit, immer vorwärts zu streben, erscheint mir als etwas von der Vorsehung fest Geordnetes."

Unsere Cigarren waren zu Ende. Ein neuer Besuch wurde gemeldet. Man erhob sich von den Stühlen. Wir näherten uns dem Fürsten und dankten für die uns zu Theil gewordene Ehre. Wir sagten dem Fürsten, daß wir die Auszeichnung, von ihm empfangen worden zu sein, nicht als unserer Person, sondern als unserem Lande erwiesen ansähen. Er geleitete uns mit ein paar Schritten gegen die Thür und verabschiedete uns dort mit einem Händedruck.

* * *

An demselben Tage wurde auch eine größere Anzahl von Herren und Damen aus Württemberg vom Fürsten empfangen. Darüber berichtet der „Staatsanzeiger für Württemberg":

Fürst v. Bismarck, dessen frisches und heiteres Aussehen alle Anwesenden erfreute, dankte für die vielen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, die er besonders aus Süddeutschland und aus Schwaben erhalte.

Er sei gewohnt, sowohl Liebe als Haß zu erwidern, Beides habe er in seinem Leben vielfach erfahren. Es sei allerdings nicht ganz christlich, wenn man Haß nicht mit Liebe vergelte, allein er habe sich seiner Haut wehren müssen. Um so angenehmer sei es ihm, wenn man ihm mit Liebe entgegenkomme, wie er das gerade in der letzten Zeit reichlich habe erfahren dürfen. Der Fürst sprach sodann von der deutschen Einigkeit, die zuerst habe geschaffen werden müssen, ehe die Nation zur Unabhängigkeit habe gelangen können. „Wir sind nun gottlob fremden Nationen gegenüber unabhängig, und weiter bedürfen wir nichts. Jeder Volksstamm soll seine Eigenthümlichkeit bewahren, aber einig wollen wir bleiben. Eroberer, die die Landkarte willkürlich verändern, kennen wir in Deutschland glücklicher Weise nicht; wir sind friedliebend und nehmen einen Krieg nur dann an, wenn es der Wille der ganzen Nation ist. Ich habe jetzt ja nichts mehr mitzureden; aber das kann ich Sie versichern, wir werden den Frieden für die nächsten Jahre wenigstens bewahren, und wenn wir je in übermüthiger Weise angegriffen werden, so werden 45 Millionen Deutsche zusammenstehen, um den Angriff abzuschlagen."

Sodann dankte der Fürst speciell den Damen für die reichen Blumenspenden und drückte seine Freude darüber aus, daß die schwäbischen Frauen

so gut deutsch gesinnt seien. Den anwesenden Mädchen rieth der Fürst scherzend, sie sollen ihre deutsche Gesinnung einstens dadurch bethätigen, daß sie echt deutschen Männern die Hand reichen.

* * *

Welche begeisterte Stimmung damals in Kissingen herrschte und wie ganz besonders die Verehrer des Fürsten aus Süddeutschland dem Drängen ihres Herzens folgten, ihm zu huldigen, das schildert anschaulich eine Zuschrift an die „Hamb. Nachr." aus Kissingen vom 26. August (29. August, M.-A.):

„Wüßte man es nicht längst, welche hohe Verehrung Fürst Bismarck auch in Süddeutschland genießt, man könnte sich hier davon überzeugen. Begrüßungen des großen Staatsmannes durch Deputationen aus allen Gauen und Städten erfolgen fast täglich. Heute (26. August) wurden wieder zwei schwäbische Abordnungen empfangen. Die begeisterten, ersichtlich aus innerstem Herzen kommenden Huldigungen, welche die Bewohner und Besucher Kissingens dem Fürsten darbringen, wo und so oft er sich zeigt, nehmen von Tag zu Tag einen größeren Umfang an. Was in der ersten Zeit seines hiesigen Aufenthaltes in dieser Hinsicht geschah, wird von dem, was man jetzt alltäglich erlebt, immer mehr übertroffen. An jedem Vormittage gegen 11 Uhr, zur Zeit der Ausfahrt des Fürsten, versammelt sich eine große Anzahl von Menschen am Portale der oberen Saline, um den so hochverehrten Gast Kissingens zu begrüßen. Man sieht es den Leuten an, wie sehr es sie danach drängt, auch nur einen Blick aus dem mächtigen Augenpaare in dem welthistorischen Gesichte zu erhaschen, sich zu überzeugen, daß der alte Bismarck noch lebt, sich gesund und frisch befindet; man beeifert sich, ihm zu beweisen, daß die Liebe, die Dankbarkeit und die Verehrung für ihn durch sein Ausscheiden aus den Aemtern nicht nur keine Verminderung erfahren, sondern sich im Gegentheil noch gesteigert haben. Wie merkt man es diesen Zurufen und Grüßen an, daß sie aus tiefbewegter Brust kommen; wie stolz und zuversichtlich leuchten die Blicke auf, wenn der greise Begründer des Deutschen Reiches dankend grüßt, wenn das durch sein ehernes Gesicht zu zucken scheint, was in ihm sich regen mag, sobald er sieht, mit welcher Treue das deutsche Volk an ihm hängt! Bei seiner Ankunft in der Badeanstalt der unteren Saline empfangen ihn abermals begeisterte Zurufe des dort harrenden Publikums. Prächtige Blumensträuße werden ihm überreicht, oft mehr als sich zugleich tragen lassen; es übernehmen dann die den Fürsten persönlich begleitenden Graf Herbert und Prof. Schweninger einen Theil der schönen duftenden Gaben. Gegen 4 Uhr Nachmittags fährt der Fürst in der Regel wieder aus, und abermals begrüßen ihn Hochrufe und Jubel der Badegäste. Man hört oft genug aus den Gesprächen der Anwesenden, daß viele derselben, vielleicht sogar der größere Theil, nach Kissingen hergekommen sind, nur um den großen Kanzler von Angesicht zu Angesicht zu erschauen.

Zumal aus Süddeutschland benutzen Viele die Gelegenheit, daß der Fürst in der Nähe weilt, um ihn einmal im Leben wenigstens zu sehen. Ganze Schaaren kommen besonders aus Württemberg. Die neuliche Deputation aus Heilbronn von über sechzig Theilnehmern war von Morgens 4 Uhr ab gefahren, nur um zum Empfang um 1 Uhr pünktlich zur Stelle zu sein, ebenso die Weinsberger Abordnung, die heute erschien."

* * *

Die „Breslauer Zeitung" Nr. 589 vom 24. August brachte nachstehenden Artikel:

Kaiser und Kanzler. Zu den beliebtesten Legenden der Cartellparteien gehört die Sage von dem rührend innigen Verhältniß zwischen dem Kaiser Wilhelm I. und seinem Kanzler. Wenn die Legende nur zur Erbauung der Bewunderer des ehemaligen Kanzlers verbreitet würde, so würden wir uns nicht versucht fühlen, sie auf ihre historische Richtigkeit zu prüfen; denn wir gönnen auch die Dichtung jedem Bismarckgläubigen Gemüth zur Erquickung. Aber diese Legende ist wiederholt zu niederen politischen Zwecken ausgebeutet worden. Am allergehässigten unter der Regierung des unglücklichen und unvergeßlichen Kaisers Friedrich, und jetzt von Neuem — wenn auch in vorsichtigerer und versteckterer Form — unter seinem jugendlichen Sohne. Kaiser Wilhelm I. wird als der weise und große Fürst hingestellt, der die unvergleichlichen Verdienste und Talente des genialen Kanzlers voll zu würdigen verstanden und darum das berühmte „Niemals" ausgesprochen habe; wenn es jetzt anders sei, so möge der Leser seine Schlüsse sich selber ziehen. Auf diese Weise wurde und wird die Legende zum Agitationshebel gegen die Nachfolger des ehrwürdigen Kaisers, und damit verfällt sie der öffentlichen Kritik.

Zu keiner Zeit haben in Wirklichkeit jene ungetrübten und innigen Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler obgewaltet, wie sie die Legende voraussetzt. Mit den Erfolgen des Kanzlers wuchs in überraschender Schnelligkeit seine herrische Eigenart. Und beides zusammen erhob seine Stellung frühzeitig zu einer so ungewöhnlichen Höhe, daß sie den Thron zu überschatten begann. Mit Sorge blickte König Wilhelm auf diese Entwicklung, und schon im Jahre 1867 sann er, wie wir verbürgen können, auf Abhilfe. In einem Gespräch, das er damals mit dem Kronprinzen über den Kanzler führte, erklärte er: „Dieser Mann wird uns zu groß. Wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen, und Ich beanspruche dazu deine Mitwirkung." Der Kronprinz wandte sich an eine Persönlichkeit, die in gleich hohem Grade sein Vertrauen, wie das seines erlauchten Vaters genoß: an Herrn von Gruner, der Unterstaatssecretär des Innern im altliberalen Ministerium gewesen war, und beauftragte ihn, geeignete Männer für das Amt des Kanzlers vorzuschlagen.

Wir wissen nicht, woran die Mission des Herrn von Gruner scheiterte. Wir wissen nur, daß Fürst Bismarck seitdem einen heftigen Groll gegen ihn hegte. Und als der verdiente Mann zu seinem 70. Geburtstage vom Kaiser Wilhelm zum Wirklichen Geheimen Rath erhoben wurde, da verhinderte der Kanzler — wohl ein beispielloser Vorgang —, daß diese Ernennung im Reichsanzeiger publicirt wurde. Die „Excellenz“ des Herrn von Gruner galt deshalb nur für den Hof. Wir wissen auch, daß der Kanzler seitdem sich nicht mehr im Besitze seiner Würde sicher glaubte und jeden begabten und beim Monarchen beliebten hohen Beamten mit argwöhnischen Augen als Nebenbuhler betrachtete.

Lange Jahre nicht mit Unrecht; denn das Gefühl, das den König im Jahre 1867 durchdrang, wurde in den nächsten anderthalb Jahrzehnten nicht schwächer. Vielmehr trug Manches dazu bei, es zu verstärken. Die Stellung des Kanzlers wurde immer dominirender, seine Reizbarkeit immer größer, seine Anwesenheit in Berlin immer seltener, und seine Entlassungsgesuche wurden immer häufiger. Man könnte fragen, warum unter solchen Umständen der Monarch nicht eines dieser Entlassungsgesuche genehmigte. Die Antwort darauf ist nicht schwer zu geben. Es war einmal die Verlegenheit um einen Nachfolger, der mitten in der schwierigen inneren und äußeren Lage die Erbschaft Bismarck's übernehmen wollte, und noch mehr das zunehmende Alter des Kaisers. Im Jahre 1867 mochte dieser noch in sich die Kraft fühlen, mit einem neuen leitenden Minister die Regierung zu führen. Zehn Jahre später, als er das 80. Lebensjahr erreichte, und als obendrein seine körperliche Rüstigkeit durch das Nobiling'sche Attentat stark erschüttert wurde, da war dieser Gedanke für ihn so gut wie ausgeschlossen. Damit verband sich, daß die eminenten Erfolge des Kanzlers sowie seine erstaunliche Findigkeit in den verworrensten Situationen es dem Kaiser allmählich als ein geringeres Uebel erscheinen ließen, die Ausnahmestellung des Kanzlers zu ertragen, als sich seiner langbewährten Dienste zu berauben. Aus diesen Erwägungen heraus mag das bekannte „Niemals“, wenn es historisch ist, seiner Feder entflossen sein. Aber es mag doch daran erinnert werden, daß dieses „Niemals“ unter dem vorletzten Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck stand; das letzte dagegen (s. S. 227. D. Verf.) wurde vom Kaiser so kühl abgelehnt, daß der Kanzler es für gerathen fand, kein neues mehr einzureichen. Es wurde die Parole ausgegeben, der Kanzler habe sich entschlossen, Meinungsverschiedenheiten nicht mehr zu verfolgen, sondern seinem kaiserlichen Herrn bis zum letzten Athemzuge zu dienen.

Das ist die Wahrheit über das Verhältniß zwischen Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler, und daran ändert auch nichts, daß der Kaiser in der tiefen Dankbarkeit, die ihn auszeichnete, bei gegebener Gelegenheit den Fürsten in großartigster und hochherzigster Weise ehrte.

Es ist sonnenklar, daß ein solches Verhältniß, wie es sich aus ganz eigenartigen Bedingungen heraus entwickelt hatte, unter veränderten Bedingungen nicht fortbestehen konnte. Wir wollen von Kaiser Friedrich schweigen. Er war als Kronprinz frühzeitig in scharfen und entschiedenen Gegensatz zu Herrn von Bismarck getreten. Wenn aber Jemand ein begeisteter Bewunderer des Kanzlers war, und wenn Jemand den redlichen Willen hatte, Hand in Hand mit ihm die Geschicke des Landes zu leiten, so war es unser jetzt regierender Kaiser. Man rufe sich die Worte zurück, in denen er unter Kaiser Friedrich den Fürsten als den tapferen Officier feierte, der, während der Feldherr schwer verwundet darniederliege, die Fahne des Landes vorantrage; man erinnere sich, wie er durch seine Besuche im Reichskanzlerpalais und in Friedrichsruh dem Minister den Verkehr mit ihm zu erleichtern suchte; man gedenke jener warmen Telegramme, die er — kaum vor Jahresfrist — von den hellenischen Gestaden und Eilanden, sowie vom schimmernden Bosporus dem Fürsten sandte, als ob er nicht blos sein erster Berather, sondern sein Freund und Jugendgenosse wäre. Und wenn dieser Monarch mit diesen Gefühlen sich gezwungen sah, sich vom Fürsten Bismarck zu trennen, so hat sich ein naturnothwendiger Proceß vollzogen, der sich wohl verzögern, aber nimmer ausbleiben konnte. Daß gegen diesen Proceß der ehemalige Kanzler sich auflehnt, ist menschlich begreiflich. Sollte er aber wähnen, ihn rückgängig machen zu können, so befindet er sich in einem schweren Irrthum. Wohl mag sich Fürst Bismarck noch immer einer zahlreichen Gefolgschaft erfreuen, vielleicht einer zahlreicheren als die Zeitungsstimmen verrathen. Die Colonial- und Socialpolitik der jetzigen Regierung hält manchen in seinem Gefolge fest, der sonst davongelaufen wäre, als sein Stern erblich. Insbesondere mögen auch die „Potenten" eine leise Sehnsucht nach der Wiederkehr seines Regimentes haben, das so vortrefflich ihren Interessen zu dienen verstand. Aber daß diese frondirenden Truppen im Stande sein sollten, den gestürzten Führer in seine alte Machtstellung zurückzubringen — wozu anscheinend jetzt die Fäden gesponnen werden —, dünkt uns unglaublich. Wenn wir uns aber wider alles Erwarten täuschen, und wenn wirklich Friedrichsruh uns ein Elba für den Fürsten bedeuten sollte, so sind wir um so gewisser, daß darauf in kürzester Frist ein St. Helena folgen würde. — —

Dazu bemerken wir zunächst folgendes: Das Entlassungsgesuch, um das es sich oben handelt, ist das letzte vom Fürsten Bismarck dem Kaiser Wilhelm I. überreichte vom 6. April 1880. Veranlassung dazu bot ein Zwischenfall im Bundesrathe. Dort hatte bei der Berathung der Quittungssteuer der Vertreter des Reichspostamtes auf Veranlassung seines Chefs, des Staatssecretairs Dr. von Stephan, ausgeführt, bei etwaiger Einführung der Quittungssteuer müßte von der Besteuerung der Postanweisungen abgesehen

werden. Dem schloß sich der Bundesrath an. Da aber damit der Erfolg der projectirten Steuer zum großen Theile vereitelt wurde, erklärte sich der Reichskanzler außer Stande, diesem Beschluß weitere Folge zu geben und reichte sein Abschiedsgesuch ein.

Was darüber die „Breslauer Zeitung" und nach ihr die „Tägliche Rundschau" ausführt, wird als vollkommen unzutreffend in den „Hamb. Nachr." widerlegt (1. September, A.=A.). Immerhin hat die falsche Nachricht des genannten Blattes den Vortheil, daß der Fürst sich dadurch veranlaßt fühlt, seinerseits gewissermaßen eine „Enthüllung" über den wirklichen Grund des damaligen Entlassungsgesuches und über dessen Behandlung durch den Kaiser und ihn selbst zu machen:

> In der „Breslauer Zeitung" und in der „Täglichen Rundschau" sind in den letzten Tagen Mittheilungen publicirt worden über das Verhältniß zwischen Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck, „Enthüllungen", über deren Werth kein unterrichteter Leser im Unklaren sein wird. Nur eine der aufgestellten Behauptungen wollen wir näher prüfen.
>
> Das „letzte" Abschiedsgesuch des Kanzlers war vom Kaiser Wilhelm I. allerdings sehr kühl und einfach erledigt worden und zwar aus dem Grunde, weil sowohl die Einreichung des Gesuches wie seine Erledigung vorher zwischen Beiden verabredet worden war. Das Gesuch bildete in diesem Falle die Form, in welcher der Kaiser einem Bundesrathsbeschluß widersprach, mit welchem Se. Majestät nicht einverstanden war.
>
> Der Kaiser hat bekanntlich in der Reichsverfassung kein ausgesprochenes Veto; er kann aber ein solches bis zu einem gewissen Grade factisch üben, wenn er erklärt, keinen Kanzler zu finden, der zur Contrasignation der Publication bereit sei. Dieser Fall lag vor, und der betreffende Bundesrathsbeschluß blieb ohne amtliche Folgen.
>
> Nach dieser Aufklärung erscheint der den obigen Blättern aufgebundene Bär in seiner ganzen Lächerlichkeit. Es fällt damit die Bezugnahme auf die zwischen Fürst Bismark einerseits, v. Schleinitz und v. Stosch andererseits angedeuteten Feindseligkeiten, welche bei dieser Angelegenheit mitgespielt haben sollen, in sich zusammen (vergl. S. 228 die Citate aus der „Tägl. Rundschau". D. Verf.). Das Ganze war ein politischer Schachzug von Kaiser und Kanzler, die dabei in völliger Uebereinstimmung einem Beiden unwillkommenen Bundesrathsbeschluß erfolgreich entgegentraten. Jeder sachkundige Zeitungsleser wußte das seit Jahren, nur den Fabeldichtern der „Breslauer Zeitung" wird es neu sein.

Weitere Kundgebungen über den Artikel der „Breslauer Zeitung" folgen hier, sowie unten Seite 245 ff. und 263 ff.

* * *

Diese Entgegnung der „Hamb. Nachr." war der „Breslauer Zeitung" noch nicht zu Gesicht gekommen, als sie in ihrer Nr. 600 vom 28. August folgende weitere Auslassung brachte:

Zu den in Nr. 589 unserer Zeitung veröffentlichten, das Verhältniß des verstorbenen Kaisers Wilhelm zum Fürsten Bismarck illustrirenden Thatsachen, welche u. A. auch von der „Täglichen Rundschau" wiedergegeben waren, gehen dem letzteren Blatte von einem „gut unterrichteten" Gewährsmann verschiedene Mittheilungen zu, welche unsere Angaben über die Beziehungen zwischen dem Monarchen und dem Kanzler vollauf bestätigen und überdies neues Material zur Zerstörung der von den Parteigängern Bismarck's zu politischen Zwecken ausgebeuteten Legende von der Innigkeit des Verhältnisses des Kaisers und des Kanzlers beibringen. Auch der Gewährsmann der „Täglichen Rundschau" sagt, es habe in der 28jährigen Ministerthätigkeit Bismarck's neben Tagen besten Einvernehmens solche „ernster Zerwürfnisse" gegeben.

„Der Herrscher", so heißt es in der „Täglichen Rundschau", „verkannte nie die Verdienste Bismarck's um das Vaterland, aber er war auch niemals blind gegen des Ministers Eigenart, die zu bedenklichen Zerwürfnissen Anlaß gab." Als zutreffend wird alsdann dem Blatte bezeichnet, was wir in Nr. 589 über die letzte Kanzlerkrisis erzählt haben, die damit endete, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch kühl ablehnte. Es hätten dabei nur noch die Worte des Monarchen erwähnt werden müssen: „Ich verbitte Mir jede weitere Kanzlerkrisis" — eine Weisung, die allerdings Erfolg hatte. „Diese letzte Kanzlerkrisis war", wie die „Tägliche Rundschau" hervorhebt, „durch das Zerwürfniß des Fürsten Bismarck mit Herrn von Stosch herbeigeführt worden. Bekanntlich endete dieser Streit, bei dem auf den Wunsch des Kaisers auch Graf von Moltke vermittelnd eingriff, mit der Entlassung des Marineministers von Stosch, mit welchem der Kanzler in unversöhnlicher Fehde lebte, obgleich Herr von Stosch vom Kaiser wie vom Kronprinzen sehr geschätzt wurde. Dem Fall Stosch war ein anderes Zerwürfniß mit dem Hausminister von Schleinitz, das den Kaiser sehr peinlich berührt hatte, vorausgegangen. Um seinem Hausminister eine Gnadenerweisung zu Theil werden zu lassen, hatte der Kaiser seine Erhebung in den Grafenstand befohlen, und dieser Auszeichnung widersetzte sich zuerst der Kanzler, welcher sich schließlich nur fügte, weil die Maßregel, vom Kaiser einmal angeordnet, nicht mehr rückgängig zu machen war. Der Kanzler sah eben Schleinitz für einen seiner gefährlichsten Gegner an und zwar deshalb, weil der Hausminister, der während der „neuen Aera" die Geschäfte des Auswärtigen Amtes geleitet hatte, zu den ältesten und ergebensten Vertrauensmännern sowohl des Kaisers Wilhelm, wie der Kaiserin Augusta zählte. Der Kaiser und sein Hausminister waren, als Bismarck Gesandter in Frankfurt war, Mitarbeiter an

Jasmund's „Politischen Wochenblatt“ gewesen, und ihre gemeinsame Opposition gegen die Otto von Manteuffel'sche Olmütz-Politik hatte sie für's Leben freundschaftlich verbunden. Der Hausminister störte zwar die Zirkel der Bismarck'schen Staatskunst niemals, aber der Kanzler glaubte an eine solche Störung und sah nur sehr ungern Schleinitz in engem Verkehr mit der kaiserlichen Familie. Dieser Umstand führte zu Mißtrauen und Reibungen, die dem Kaiser äußerst verdrießlich, dem Kanzler ungemein peinlich und störend waren. In hohem Grade erregte den Kaiser ferner der Vorfall mit Harry von Arnim. Der deutsche Botschafter in Paris zählte, ähnlich wie Schleinitz, zu den Lieblingen am preußischen Hofe, und ehe ihn die bekannten vernichtenden „Keulenschläge“ trafen, gab es Auftritte, die den Kanzler nicht minder nervös angriffen, als den Kaiser, der Alles friedlich beizulegen suchte. In dieser Hinsicht harren viele Dinge der Aufklärung. Nur so viel weiß man: der Kaiser zählte zu Arnim's Fürsprechern, wie kaum ein Anderer, und doch glaubte er den Kanzler gewähren lassen zu müssen. Etwas an sich Befremdendes liegt in den häufigen Zerwürfnissen nicht; denn Fürst Bismarck war gerade so oft zum Bleiben bestimmt worden, als er hatte gehen wollen. Der Kanzler selbst erblickte in seiner langen Amtsdauer den Grund zu allerhand Schwierigkeiten, die kaum anders wegzuräumen sein würden, als durch seinen Rücktritt. In einer seiner Reichstagsreden erzählte er bekanntlich, er hätte Nachts nicht schlafen können, und um auf andere Gedanken zu kommen, hätte er nach einem Buche gegriffen, das neben seinem Bette lag. Es waren die Memoiren Richelieu's, in denen sein Blick auf die Stelle fiel: „Il était trop longtemps au pouvoir.“ Und diese Worte bezog er auf sich, aus ihnen erklärte er alle Hemmnisse, auf die er gestoßen war.

* * *

Im Anschluß an den oben mitgetheilten Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ unter der Ueberschrift „Wohin treiben wir?“ bringt sie am 29. August (M.-A.) noch folgenden:

Viel Feind', viel Ehr'. Als wir vor Kurzem die Frage aufwarfen: Wohin treiben wir? haben wir selbstverständlich nicht darauf gerechnet, für unsere Ausführungen in der Presse mit Beifall überschüttet zu werden. Gegen den Strom zu schwimmen, ist immer eine mühevolle, meist recht undankbare Aufgabe; wer sie unternimmt, darf froh sein, wenn er überhaupt ans Ziel kommt. Unser Ziel war zunächst das, den weitverbreiteten Sorgen und Befürchtungen über den neuesten Gang der Regierungspolitik Ausdruck zu verleihen, in der Hoffnung, daß unsere Stimme nicht ungehört verhallen werde.

Dieses Ziel glauben wir erreicht zu haben, nicht nur trotz, sondern wegen der Gehässigkeiten, die uns dafür in einem selbst bei der deutschen Parteipresse seltenen Umfange zu Theil geworden sind. Wir wollen mit den freisinnigen und ultramontanen Blättern nicht rechten, denen schon die That-

sache, daß eine Zeitung es unternahm, ein Bedauern über den Rücktritt des Fürsten Bismarck, über das Fehlen seiner Stimme im Rathe von Krone und Reich auszusprechen, ein hinlänglicher Grund war, den Thäter zu steinigen. Diese Blätter haben sich auch diesmal nicht verleugnet. Der bessere Theil hat sich allenfalls zu der Meinung aufgeschwungen, daß „Interessenpolitiker, süddeutsche Baumwollspinner und sonstige Schutzzöllner" in der „Allgemeinen Zeitung" die Feder geführt haben, ebenso wie kürzlich die Kritik über das deutsch-englische Abkommen nur aus „Interessentenkreisen" geflossen sein sollte. Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn der „Interessentenkreis" für Ostafrika so groß wäre, wie derjenige Theil der Nation in allen gebildeten Berufskreisen, mit welchem wir uns in dieser Hinsicht vollständig einig wissen. Bei dem deutsch-englischen Abkommen handelt es sich aber jetzt um vollendete Thatsachen, die man bedauern kann, an denen jedoch kein Einspruch mehr etwas zu ändern vermag, und die wir in der zuversichtlichen Erwartung hinnehmen, daß die Leitung der deutschen Colonialpolitik durch Energie und Umsicht die Nachtheile des Vertrages nach Möglichkeit auszugleichen bestrebt sein werde. Immerhin war es für uns erfreulich, constatiren zu können, daß ein Zurückweichen vor irgend einem Auslande von einem großen Theil der Nation bitter empfunden wird. Damit wird man sicherlich auch an den maßgebendsten Stellen des Reichs zufrieden sein.

Doch kehren wir zu den Zeitungsstimmen über unsern Artikel zurück.

Die uns politisch nahe stehende „National-Zeitung" hat ihre Meinung dahin geäußert:

„Wir sind im Gegensatz zu den privilegirten Freiheitshelden, welche die Freiheit nur für sich wollen, zu überzeugte Anhänger der freien Discussion, als daß wir die Kundgebung solcher Stimmungen, auch wo sie uns politisch nicht begründet, nicht sachgemäß scheint, befehden sollten; sie sind vorhanden, und sie haben das Recht, sich geltend zu machen, nur durch den weiteren thatsächlichen Verlauf unseres öffentlichen Lebens, insbesondere durch die Leistung der Regierung, welche auf die des Fürsten Bismarck gefolgt ist, können sie überwunden werden. Zu den Blättern, in denen sie am lebhaftesten zum Ausdruck kommen, gehört die Münchener ‚Allgem. Ztg.'; es steht dies mit der *Thatsache* im Einklang, daß jene Stimmungen sich besonders stark in Süddeutschland geltend machen."

Hieran hat die „Nat.-Ztg." dann den Tadel geknüpft, daß die „Allgem. Ztg." in der Kritik zu weit gehe, und hinzugefügt:

„Auch nach Fürst Bismarck's Ausscheiden muß in Preußen und im Reiche regiert werden. Dies durch eine unsachliche Kritik zu erschweren, darf dem national gesinnten, gemäßigten Liberalismus nicht in den Sinn kommen, auch dort nicht, wo man das Verschwinden des Fürsten Bismarck vom politischen Schauplatz noch immer schmerzlich empfindet. Ließe man sich dazu durch

Empfindungen, wie achtungswerth sie auch immer sein mögen, verleiten, so würde man Reich und Staat schädigen — und nebenbei auch den gemäßigten Liberalismus, während die Bereitwilligkeit, demselben Einfluß auf die weitere Entwickelung unseres öffentlichen Lebens zu gewähren, doch an der entscheidenden Stelle deutlich genug bekundet worden."

Wir erkennen es dankbar an, daß die „Nat.-Ztg." im Gegensatz zu anderen Blättern, welche es für bequemer oder für loyal erachten, das Vorhandensein einer Unmuthsstimmung einfach in Abrede zu stellen, die Thatsache einer solchen anerkennt. Auch die „Rhein.-Westf. Ztg." hatte kürzlich erklärt:

„Die vorstehenden Ausführungen der ‚Allgem. Ztg.' werden voraussichtlich von den den deutschen Norden beherrschenden Blättern todtgeschwiegen oder gar verhöhnt und vielleicht gar in bekannter Manier dem Fürsten Bismarck, der sich eben zufällig in Kissingen befindet, auf's Conto geschrieben werden. Wer jüngst in Bayern oder überhaupt im deutschen Süden reiste, dem bringen dieselben nichts Neues und Ueberraschendes, sie entsprechen der Stimmung, wie sie dort vielfach zu Tage tritt."

Ebenso ist die „Pfälzische Presse", das Organ der nationalliberalen Partei im Wahlkreise des Herrn Miquel, indem sie im Uebrigen der „Nat.-Ztg." zustimmt, der Ansicht: „Insofern die oben mitgetheilten Artikel Stimmung gegen die in dem Aufgeben des Socialistengesetzes, den zu weit gehenden Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes, dem deutsch-englischen Vertrag 2c. zum Ausdruck gelangende ‚Versöhnungspolitik' zu machen bestrebt sind, kann man ihnen nur zustimmen." Schon in diesen Zeilen widerlegt sich der Vorwurf der „Nat.-Ztg.", daß unsere Kritik keine sachliche gewesen ist. Im Uebrigen handelte es sich für uns einfach um die Erfüllung einer publicistischen Pflicht. „Daß in Preußen und im Reiche auch nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck regiert werde", ist allerdings selbstverständlich. Wir wünschen nur, daß auch immer möglichst gut regiert werde, und halten uns verpflichtet, in Treue gegen Kaiser und Reich da warnend unsere Stimme zu erheben, wo nach Ansicht solcher Kreise, auf die wir Werth legen, die regierungsseitig beschrittenen Wege ernste Bedenken einflößen. Wenn wir dabei lauter und schärfer gesprochen haben, als sonst unsere Art ist, so geschah es, weil inmitten der fast allgemeinen Feiertagsstimmung der deutschen Presse nur eine solche Sprache darauf rechnen konnte, gehört zu werden, wie es denn auch eine nicht zu umgehende, wenngleich unerwünschte Nothwendigkeit war, die verantwortlichen Träger jener uns bedenklich erscheinenden Politik in unsere kritischen Ausführungen mit einzubeziehen.

Hiesige Blätter haben nun eine officiöse Erklärung veröffentlicht, des Inhalts, daß die Artikel der „Allgem. Ztg." „absolute Privatleistungen einzelner Mißvergnügter" seien, die bayrische Regierung sich dagegen „bezüglich der außer- und innerpolitischen Fragen in völliger Uebereinstimmung mit der

Reichsregierung befinde". Wie weit Letzteres der Fall ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen, auch nicht, welchen Werth diese ganze Auslassung hat, welcher augenscheinlich nur die Bestimmung beiwohnt, als Beschwichtigungsformel in die „Nordd. Allgem. Ztg." überzugehen, wo sie denn auch als Correspondenz aus München glücklich gelandet ist. Wir glauben, daß hierbei die Karten doch etwas ungeschickt gemischt sind. Niemals haben wir den Anspruch erhoben, die bayrische Regierung in Fragen der deutschen Politik zu vertreten, und kein ernsthafter Mensch in Deutschland konnte annehmen, daß die bayrische Regierung in unsern Artikeln das Wort führe. Allerdings ist schließlich jeder Zeitungsartikel eine „absolute Privatleistung Einzelner", es kommt eben immer nur auf die Bedeutung der Kreise an, deren Anschauung er entspricht oder Ausdruck giebt; und da bestreiten wir denn auf das allerentschiedenste, daß es sich bei dem mit so außerordentlichem Kraftaufwand bekämpften Artikel nur um „einzelne Mißvergnügte" handle. Wer das behauptet, muß sich in einem sehr engen Kreise bewegen. Zahlreiche Kundgebungen beweisen uns, daß wir in ganz Süddeutschland, in Bayern, Württemberg und Baden, lebhafteste Zustimmung gefunden haben, wir wir andererseits auch wissen, daß es sehr viele Leute giebt, die den Dingen gleichgültig gegenüberstehen, oder daß, wie z. B. namentlich in Baden, sehr starke Einflüsse zu Gunsten des neuen Courses bestehen. Wenn aber gar die „Nordd. Allgem. Ztg." aus München schreibt: „Hiesige Localblätter fügen dem officiösen Dementi hinzu, die Sperrung der Nachrichtenlieferung aus der Reichskanzlei sei die eigentliche Ursache der Verstimmung der ‚Allgem. Ztg.'", so ist solche Auffassung doch wirklich zu local, und wir bewundern nur, daß eine große deutsche Zeitung sich bereit gefunden hat, derartige Nichtigkeiten abzudrucken, die sich nicht über das Niveau des gewöhnlichsten Klatsches erheben.

Wir verkennen durchaus nicht, daß jede Zeit ihre Aufgaben hat, deren Erfüllung sie gebieterisch fordert, und eine durchgreifende Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen ist gewiß ein schönes, eines königlichen Ehrgeizes würdiges Ziel. Aber wir befürchten, daß wir mit dem von der Reichsregierung in der socialen Frage eingeschlagenen neuen Cours nicht in den Hafen gelangen, und bekennen uns in dieser wichtigsten Frage unserer Zeit offen zu den vom Fürsten Bismarck vertretenen Anschauungen, die ja weit entfernt davon, lediglich repressiver Natur zu sein, vielmehr in der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung die stärksten und festesten Grundlagen jeder gesunden socialpolitischen Entwickelung geschaffen haben. Wir hoffen, daß die Erkenntniß von der Richtigkeit jener Anschauungen sich in den maßgebenden Kreisen früh genug einstellen wird, um größeren Schaden zu verhüten, als schon jetzt durch die Entfesselung von Illusionen aller Art verursacht ist. Innerhalb dieses Rahmens bleibt noch ein weites Gebiet für die Förderung des Arbeiterschutzes und Arbeiterwohles, welches seine

Begrenzung nur in dem Schutz der Arbeit selbst findet. Hier verbürgt allein ein gesundes schrittweises Vorgehen einen die Arbeiter und die Arbeit schützenden Erfolg.

So viel von der inneren Politik. Was die auswärtige anbelangt, so können wir allerdings nicht so leicht vergessen, daß Deutschland an dem Fürsten Bismarck den genialsten, weitsichtigsten und geschäftskundigsten Staatsmann des Jahrhunderts in ungebrochener Kraft noch heute besitzt. Wir agitiren nicht für seine Rückberufung, die wir nach der Lage der Dinge für dauernd ausgeschlossen halten und an welche der Fürst selbst wohl auch nicht denkt. Wir wünschen aber, daß in den Fragen der auswärtigen Politik dem kaiserlichen Worte gemäß „sein erprobter Rath dem Kaiser und dem Vaterlande erhalten bleibe“ um so mehr, als wir bei aller Anerkennung der hervorragenden Eigenschaften seines Nachfolgers als Militair und Organisator und ungeachtet einer zweifellosen staatsmännischen Veranlagung — bei ihm unmöglich heute schon jene Summe geschäftlicher Erfahrungen voraussetzen können, über welche sein ein Menschenalter hindurch an der Spitze der Geschäfte gestandener Vorgänger verfügt.

Wenn wir diesen Wünschen Ausdruck gaben und auch ferner unbeirrt auf diesem Standpunkt beharren, bis wir etwa durch Thatsachen eines Besseren belehrt sein werden, so glauben wir damit sowohl dem Vaterlande und dem Kaiser zu nützen, als auch der jetzigen Reichsleitung einen Dienst zu erweisen. Wir sind fern von jeder berufsmäßigen Opposition, werden uns vielmehr jeder Gelegenheit freuen, bei welcher wir die Reichsregierung aus voller Ueberzeugung unterstützen können. Wir kämpfen einzig für die Wohlfahrt und Größe des Reichs, aber nach unserer Ueberzeugung, unbekümmert um Anfeindungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

* * *

In der „Post“ wurde am 29. August ein von einem freiconservativen „Parteigenossen“ mitgetheilter „Privatbrief“ veröffentlicht, der, wie die „Post“ meinte, interessante Andeutungen über den jetzigen Geschäftsgang der obersten Regierungsstelle gab. In den von der gesammten Regierungspresse nachgedruckten Ausführungen hieß es an einer Stelle:

„Unter dem Fürsten Bismarck ward die auswärtige Politik allein von ihm und seinem Sohne, Grafen Herbert, gemacht; nur sie Beide und vielleicht noch dieser und jener vortragende Rath waren in die Geheimnisse derselben eingeweiht. Nach dem Rücktritt Beider schien die Leitung wie zwischen zerrissenen Telegraphendrähten unterbrochen.“

Wenige Zeilen tiefer aber hieß es:

„Als Herr v. Caprivi und Freiherr v. Marschall in die Regierung eintraten, fanden sie im Auswärtigen Amt allerdings einen Stamm von bewährten

vortragenden Räthen, welche die Tradition, d. h. das innigste Vertrautsein mit Inhalt und Form der Geschäfte, fortzuführen im Stande waren. Mit diesen Herren wurde die Arbeit auch muthig in Angriff genommen, und man muß sagen, es geht vortrefflich."

Die „Münchener Allgem. Ztg." findet zwischen diesen beiden Sätzen einen Widerspruch; das Blatt schreibt:

„Somit müssen Fürst Bismarck und der frühere Staatssecretär Graf Bismarck die Geschäfte doch mit diesem ‚Stamm von bewährten vortragenden Räthen' sehr eingehend betrieben haben, sonst würde es letzteren Herren nicht möglich gewesen sein, sie ‚im innigsten Vertrautsein mit Inhalt und Form fortzuführen'."

* * *

In Folge einer nicht lange zuvor in Leipzig erschienenen politischen Broschüre bringt die „Allgem. Ztg." vom 30. August (M.=A.) einen ausführlichen Artikel über die vom Fürsten Bismarck Rußland gegenüber im Allgemeinen und besonders bei dem Berliner Congreß beobachtete Haltung. Der Artikel faßt klar und übersichtlich die Gedanken und Erklärungen des Fürsten zu einem Gesammtbilde zusammen, die uns anderwärts einzeln und zerstreut begegnen. Darauf, daß er aus Wien datirt ist, legen wir keinen Werth. Er lautet:

Die Folgen politischer Rechnungsfehler. Die anonym in Leipzig unter dem Titel: „Wie der Herzog von Lauenburg (Fürst Bismarck) die russisch=französische Freundschaft zu Stande brachte" erschienene Broschüre, ist, näher besehen, unstreitig ein recht sonderbares Werkchen. Sie ist von russischem Geiste erfüllt, im russischen Interesse geschrieben, ihr Verfasser macht aus seinem Russenthum kein Hehl; aber schließlich ist die ganze Schrift doch nichts als ein solennes Eingeständniß, daß die russische Politik in ihren Erwartungen und Hoffnungen sich stets getäuscht hat, daß sie nicht Erfolge errungen, sondern Mißerfolge eingeheimst, daß die russischen Staatsmänner von den leitenden politischen Persönlichkeiten der anderen Staaten stets ausgespielt worden sind. Auf was sie gerechnet, ist nicht eingetroffen, was sie erwartet, ist nicht in Erfüllung gegangen. Sie haben stets mit Dankesverpflichtungen Anderer gerechnet; und die anonyme Flugschrift führt in weiten historischen Excursen aus, daß die Anderen stets undankbar gewesen, die Dienste, welche Rußland ihnen geleistet, nicht anerkannt und nicht durch Gegendienste vergolten haben.

Rußland hat Oesterreich beigestanden, als dieses seine Hülfe zur Bewältigung der ungarischen Insurrection begehrte, und mit russischer Hülfe ist Ungarn rasch und gründlich niedergeworfen, Oesterreich gerettet worden — aber Oesterreich hat diesen Dienst Rußland nicht vergolten, sondern einige

Jahre nachher Partei gegen Rußland genommen. Bekanntlich grollte der russische Hof wegen des Krimkrieges mehr Oesterreich als den activen Theilnehmern am Kriege und directen Gegnern seiner Heere.

Zwei Mal hat dann Rußland Deutschland Dienste geleistet: 1866 und 1870; Rußland war bereit ihm den Rücken zu decken — aber Deutschland hat dies schlecht vergolten.

Rußland hat die Bulgaren vom türkischen Joche befreit, hat große Opfer dafür gebracht; die Bulgaren aber haben sich undankbar von Rußland abgewendet.

Rußland hat Serbien unterstützt, ihm materielle Hülfe gebracht; Serbien aber hat sich nach dem Berliner Congreß undankbarer Weise Oesterreich-Ungarn zugewandt und hat Rußland im Stiche gelassen.

Nirgends stimmte die Rechnung, überall blieb der erwartete Erfolg aus. Sollte man aber daraus nicht schließen dürfen, daß die Rechnungspositionen und Voraussetzungen der russischen Politiker irrig gewesen, daß sie ungeschickt operirt? Wenn ein Geschäftsmann überall Verluste erleidet, ob er nun verkauft oder kauft, und niemals seine Mühe und Arbeit durch Gewinn belohnt sieht, so wird man nicht immer blos von seinen schlechten Chancen, dem Unglück, das ihn verfolgt, und dergleichen reden, sondern auch schließlich die Frage stellen dürfen, ob er denn auch überlegt vorgehe und nicht Dinge unternehme, von welchen bei einiger Ueberlegung vorauszusehen sei, daß sie fehlschlagen müssen.

Oesterreich hat Zar Nicolaus 1849 einen Dienst geleistet, der Oesterreich so sehr demüthigte und es so sehr in die Hände Rußlands gab, daß es nahezu sicher erschien, Oesterreich werde, zu Kräften gekommen, diesen Dienst bald vergessen und sich der russischen Vormundschaft entziehen. Rußland hat die Bulgaren dem türkischen Joch entzogen, in der offenen Absicht jedoch, sie dem russischen Einflusse zu unterwerfen, aus Bulgarien einen Vasallenstaat Rußlands zu machen. Wenn die Bulgaren für ihre Befreiung Rußland auch dankbar hätten sein wollen, ihre gewonnene Freiheit wollten sie doch nicht wieder einbüßen, und sie reagirten gegen die Versuche, welche Rußland unternahm, sie völlig in seine Hände zu bekommen; sie wurden undankbar gescholten. Bei Serbien vergaßen die russischen Politiker, daß der Zar weit, der Kaiser (von Oesterreich) nahe sei, und daß, wenn Serbien seine Interessen auch nicht an Oesterreich-Ungarn weisen würden, den serbischen Machthabern doch schon die politische Vorsicht gebieten würde, sich mit Oesterreich auf gutem Fuße zu erhalten und nicht für Rußland Partei zu nehmen, wenn solche Parteinahme Oesterreich verletzen konnte. Ohne untersuchen zu wollen, wie weit die Pflichten der Dankbarkeit in der Politik gehen und ob überhaupt zwischen Staaten mit dem Factor der Dankbarkeit zu rechnen sei: keinesfalls darf ein vernünftiger Politiker voraussetzen und darauf seine Rechnung basiren, daß

Staaten und Völker aus einem Dankbarkeitsgefühle ihre Interessen hintansetzen, sich selbst opfern werden. Das konnte Oesterreich nicht thun, wie später die Bulgaren und Serben es nicht thun konnten.

Wie steht es aber mit Deutschland, das der Verfasser auch der crassesten Undankbarkeit beschuldigt? Da diese Ausführungen den wesentlichsten Abschnitt der Flugschrift bilden, so müssen auch wir näher darauf eingehen. Wie schon der Titel zeigt, soll der Beweis geführt werden, daß Rußland zu der ihre Spitze wider Deutschland kehrenden Allianz mit Frankreich gedrängt worden sei durch die politische Haltung Deutschlands während und nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges. Während des Krieges habe man in Rußland von Deutschland dieselben Dienste erwartet, welche Rußland Deutschland 1870/71 erwiesen hatte: nicht also blos eine einfache Neutralität, sondern eine Neutralität, die es hindern sollte, daß Rußland die Erfolge der gewonnenen Siege verloren gingen, wenn die Gegner Rußlands Einspruch erheben sollten. Deutschland sollte 1878 jede Intervention einer dritten Macht verhindern und Rußland die Früchte seines Sieges sicherstellen helfen, welche der Vertrag von San Stefano formulirt hatte.

Der Verfasser nennt die Friedensbedingungen von San Stefano mäßige; darüber wollen wir nicht rechten: dem übrigen Europa erschienen sie als unmäßig, weil bei Annahme derselben der weitere Fortbestand des türkischen Reiches in Frage gestellt worden wäre. Bekanntlich verlangte Rußland für sich Armenien mit Ardahan, Kars, Batum und Bajasid, für Rumänien die Dobrudscha, für Serbien und Montenegro einige Gebietserweiterungen, für Bulgarien den größten Theil Rumeliens bis zum Aegeischen Meere und den nördlichen Theil Macedoniens.

Oesterreich-Ungarn und England forderten die Zusammenberufung eines Congresses, und Deutschland hatte nichts dagegen einzuwenden. Hat aber, fragt der Verfasser, etwa ein Congreß stattgefunden, um den Vertrag von Versailles zu prüfen? Der Congreß war eine Schmach für Rußland, und Deutschland hätte diese Schmach von Rußland abwenden sollen. Einem energischen Auftreten Bismarck's wäre dies sicher gelungen, meint der Verfasser. Wir haben bisher noch niemals gehört, daß dieser Dienst von ihm verlangt worden sei; die Idee des Congresses war ja auch von Seite Rußlands ziemlich rasch angenommen worden. Wenn aber der Verfasser den Unterschied hervorhebt, daß der Versailler Vertrag von den übrigen Mächten stillschweigend angenommen und gutgeheißen wurde, während der Vertrag von San Stefano überprüft werden sollte, so mag der Grund dafür wohl darin liegen, daß Deutschland in ganz anders entschiedener Art gesiegt hatte als Rußland, im Februar 1871 in ganz anders mächtiger Haltung dastand als Rußland im Februar 1878, und endlich, daß es gegenüber Deutschland nach dem Beust'schen Wort kein Europa gab, während gegenüber Rußland Europa

sich wieder zusammengefunden hatte. (Vor allem doch wohl darin, daß der Präliminar-Vertrag von San Stefano den Pariser Vertrag von 1856 alterirte und die Interessen anderer Mächte verletzte, was bei den Versailler Präliminarien bekanntlich nicht der Fall war. D. Red. der Allg. Ztg.)

Ob eine Intervention erfolgt, hängt von der politischen und militairischen Stellung des Siegers nach dem Siege ab: er kann sich dieselbe verbitten, er muß sie zuweilen dulden. In letzterer Lage befand sich Rußland. Es war militairisch geschwächt, finanziell zerrüttet, politisch isolirt, denn alle Mächte sahen sein Bestreben, die Türkei zu ruiniren, scheel an.

Würde sich Deutschland, wie es der Verfasser haben will, an seine Seite gestellt haben, so wäre es in Antagonismus gerathen mit Oesterreich, mit England, mit Frankreich und Italien, die sämmtlich an der Fortdauer des türkischen Staates interessirt waren. Dafür hätte es nur das allseitig erschöpfte Rußland neben sich gehabt. Fürst Bismarck wußte recht gut und war auf richtiger Fährte, als er dem Congreßvorschlage Andrassy's seine Zustimmung nicht versagte, und auch, als der Congreß zusammentrat, nicht jene Sprache führte, welche er nach dem Wunsche des Verfassers hätte führen sollen: er finde den Vertrag angemessen und Deutschland werde es nicht zugeben, daß irgend eine Macht Rußland an der Ausführung dieses Vertrages hindere, sondern daß er sich damit begnügte, ein ehrlicher Makler zu sein. Er hat auf dem Congresse Rußland wesentliche Dienste geleistet; der Verfasser meint aber, er hätte seinen ganzen Einfluß aufbieten müssen, um Rußlands Ansprüche durchzusetzen.

Auch hier begegnen wir der falschen Prämisse, die Dankbarkeit erheische die Hintansetzung der eigenen Interessen, erheische, daß der dankbare Staat sich opfere. Wer von dieser Voraussetzung ausgeht, wird sich stets getäuscht sehen. Um Rußland für Dienste, die es Deutschland geleistet, als dieses im Kriege mit Frankreich stand, zu danken — Dienste, die Deutschland übrigens schon durch seine Haltung im russisch-türkischen Kriege vergolten —, konnte Fürst Bismarck sich nicht mit ganz Europa entzweien und Deutschland isoliren, indem er die weitgehenden Prätensionen Rußlands mit seinem Namen und Einflusse deckte. Selbst zugegeben, er habe dadurch Rußland in die Arme Frankreichs getrieben, so würde er nicht anders haben handeln können.

Ueber den Vertrag von San Stefano lautete das einstimmige Urtheil Europas, er sei unannehmbar, und Fürst Bismarck schloß sich demselben an, da er das damals ohnmächtige Rußland nicht gegen Europa, ja nicht einmal gegen Oesterreich und England allein, die entschlossen waren, den Vertrag zurückzuweisen, zu schützen im Interesse der deutschen Politik gelegen fand. Daraus wird ihm sich selbst ein Russe, wenn er nur das geringste Gefühl für den Standpunkt des Andern besitzt, keinen Vorwurf machen können.

Wir wollen auf die weitere Untersuchung des Verfassers, ob eine Wieder-

herstellung der deutsch-russischen Entente jetzt nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck möglich sei, nicht näher eingehen. Der Verfasser selbst ist sich darüber nicht klar; denn einmal meint er, das Werk der Destruction des russisch-deutschen Einvernehmens sei so gründlich vollführt, daß absolut keine Möglichkeit mehr für eine Allianz, wie sie früher bestand, vorhanden sei; und ein andermal schreibt er, die Wolken über dem russisch-deutschen Verhältnisse seien verschwunden, eine heitere Morgenröthe strahle uns am politischen Himmel entgegen, die Reise des deutschen Kaisers nach Rußland sei ein glückverheißendes Vorzeichen, qu'on revient toujours à ses premiers amours.

Uns war nur daran gelegen, zu zeigen, daß Rußland die Schuld an seinen Mißerfolgen und die Verantwortung für die Lage, in der es sich heute befindet, nur seinen Staatsmännern zuschreiben darf, die mit falschen Factoren rechnen und von Andern Dienste verlangen, die diese nicht leisten können und nicht leisten wollen. Gewiß hat Fürst Bismarck nicht beabsichtigt, die russisch-französische Freundschaft zu fördern, und daß er in Berlin viel für Rußland gethan, darüber ist speciell in Oesterreich oft genug Klage geführt worden; er hat aber nach russischem Urtheil doch zu wenig gethan und soll nun den Sündenbock abgeben, während der wahre Grund in der Unmäßigkeit der russischen Forderungen lag.

* * *

Am 31. August empfing der Fürst eine Deputation des Kissinger Veteranen- und Kriegervereins. Ist der Bericht darüber, den die „Hamb. Nachr." dem „Fränkischen Courier" entnahmen, auch ohne ein besonderes politisches Interesse, so zeigt er doch, in welcher vortrefflichen Stimmung der Fürst sich befand, wie wohl er sich fühlte und wie sehr die in Süddeutschland ihm entgegengebrachte herzliche Verehrung ihn erfrischt und aufgerichtet hat. Der Bericht lautet:

In der ungezwungensten Weise wurde die Unterhaltung am Tische geführt. Fürst Bismarck erzählte besonders viel über Sedan, welcher körperlichen und geistigen Anstrengung er ausgesetzt gewesen sei, er habe durch Zufall damals 40 Stunden nichts genossen, so daß ihm am Abend, als er mit dem Könige die Truppen begrüßen mußte, ein Reitknecht des Königs ein Stück Brod und eine Flasche Moselwein gegeben habe. Er erzählte auch, welchen Eindruck es auf ihn gemacht habe, als er bei einbrechender Dunkelheit, mit dem Könige reitend, einen so angenehmen Bratengeruch in die Nase bekommen habe, daß ihm bei seinem großen Hunger der Mund wässerig geworden sei; als er aber dem Geruch näher gekommen, wären es geschmorte Leichen in der Nähe von Bazeilles gewesen, und der Hunger sei ihm sofort vergangen. Dann kam der Fürst auf die jetzige Kriegführung zu sprechen, die durch die neuen Erfindungen immer mörderischer werde, und meinte, wenn man jetzt wieder Krieg führe

und auch noch so viel Entschädigung bekomme, das Elend und die Kosten, die ein Krieg verursache, könne man doch nicht bezahlen. Zum Glück sei die Kriegführung gegenwärtig so kostspielig, daß es sich jeder wohl überlege, ob er anfangen könne. Der Fürst trank mit der Deputation auf treue, gute Kameradschaft und nahm dankend den Wunsch des ersten Vorstandes für guten Curerfolg und ferneres Wohlergehen entgegen. Es wurden Cigarren offerirt, der Fürst rauchte seine Pfeife und schenkte seinen Nachbarn immer fleißig Champagner ein, indem er sagte, sie sollten nur trinken, denn Einer oder der Andere müsse doch noch eine Rede halten, und da mache der Champagner Courage; „mir ist es immer so gegangen," sagte der Fürst, „wenn ich eine Flasche Moselwein und eine halbe Champagner im Leibe hatte, dann habe ich im Reichstage immer viel leichter gesprochen."

* * *

Der Kissinger Aufenthalt des Fürsten ging am 4. September zu Ende. Unter dem Jubel der Bevölkerung reiste er ab und zwar zunächst nach Homburg, um von dort die Frau Fürstin abzuholen.

Ueber die Abreise wurde den „Hamb. Nachr." aus Kissingen geschrieben:

In heiterer Frische, körperlich so lebendig wie nur je, hat heute Fürst Bismarck Kissingen verlassen. Man streute ihm Blumen, als er kam; und da er heute ging, ward er wieder mit den Zeichen der Liebe überschüttet. Die Kissinger sind darin einig, daß der Empfang und die dem Fürsten gebrachten Huldigungen noch nie so innig waren wie diesmal. Das macht: früher war es liebe Gewohnheit, ihn zu sehen und zu grüßen, jetzt ist der Wunsch allgemein, ihm die Liebe auch zu zeigen. In Kissingen waren die Huldigungen auch noch deswegen interessant, weil sie vielfach einen internationalen Charakter trugen. Mit den Deutschen haben namentlich die Engländer, aber auch Russen, ja Franzosen gewetteifert, die Allen imponirende und in ihrer milden Güte Viele gleich angenehm enttäuschende Persönlichkeit des Fürsten mit Blumen zu überschütten.

Bei der Ankunft des Zuges in Schweinfurt war Jung und Alt, Arm und Reich auf dem Oberndorfer Bahnhofe der behäbigen bayrischen Stadt zusammengeströmt. Und als der Zug des Fürsten hielt, brauste ein Hurrahschreien ihm entgegen, das leidenschaftlichste Liebe und Verehrung zu ihm trug. Das war ganz und wahrhaftig jenes selbe Hurrahgeschrei, das 1871 den deutschen Siegern entgegen brauste. Das war die Kunde jener herrlichen deutschen Volkskraft, die nur selten — in Liebe oder in Haß — aufschießt. Es war vom Zuge aus kein Durchkommen bis zum Fürsten. Und so weiß ich nicht, was er auf die Begrüßung erwiderte. Ich weiß nur, daß sein Hoch dem Deutschen Reiche galt. Dann that er den Schweinfurtern, die ihn schon immer einmal bei sich haben wollten, den Gefallen und fuhr auf eine halbe Stunde in die Stadt. Aus all den Blumen, die seinen Wagen füllten,

hatte er einen einfachen Strauß Heidekraut in der Hand. So fuhr er, überall jubelnd begrüßt, durch die Stadt. Nach einer kleinen halben Stunde kehrte er zurück, und die Reise ging weiter nach Homburg. Der Fürst holt dort bekanntlich seine Gattin, besucht dann seine Schwester und trifft am Montag in Varzin ein.

Von seinem Kissinger Aufenthalt wäre noch zu sagen, daß sein gesellschaftlicher Verkehr der denkbar lebhafteste war. Täglich ergingen Einladungen, und öfter wurde seinerseits solchen gefolgt. So war der Fürst beim Grafen Henckel von Donnersmarck und dem Herzog von Edinburg zum Diner. Auch bei letzterem rauchte er nach dem Essen die lange Pfeife, die sich der Herzog zum Andenken erbat. Auch die Einheimischen, die zu dem Aufenthalte des Fürsten in irgend einer Beziehung standen, wurden nacheinander mit Einladungen bedacht; so die Geistlichen, der Badepächter, dessen Bruder und manche Andere. Besonderer Auszeichnung hatte sich der Hofphotograph Pilartz zu erfreuen, der vermuthlich aus Revanche für ein ihm vom Fürsten gebotenes Frühstück die schönsten Bilder gemacht hat, die man je den Fürsten darstellen sah; sie sind eben erst fertig gestellt. Der Fürst bezeichnete sie selbst als „wahre Kunstwerke", und da sich in Kissingen um den Fürsten eine allzu dreiste Photographirerei breit machte, sei auf diese Bilder besonders hingewiesen, denn sie geben den ganzen Bismarck, wie er leibt und lebt, soweit ihn eben Bilder wiedergeben können. Natürlich sind die Kissinger, wie auch das Fremdenpublicum, von der Zugänglichkeit und Gemüthlichkeit des Fürsten entzückt. Nur einer dürfte außer jenem sonderbaren Ungar (Abgeordneter Abranyi, s. oben S. 207) auch niedergeschmettert sein, nämlich ein indischer Plantagenbesitzer, der mit fünf schwarzen Ponys und einem Train von Dienerschaft einen wahrhaften Radau nach Kissingen gebracht hat. Der lärmende Nabob, der übrigens deutscher Herkunft und der Kurliste nach Baron ist, fuhr gestern Mittag vierspännig und mit Vorreiter beim Fürsten vor. Es war ein köstliches Bild, für das der Fürst das ihm eigene Verständniß zeigte. Der mit hellgelbem Ueberzieher und dunkelgelben Schuhen angethane fünfspännige „Indier" wurde nicht empfangen.

* * *

Die Gesinnung der süddeutschen Bevölkerung gegen den Fürsten Bismarck, wie sie sich in den Kissinger Wochen documentirt hatte, gegenüber der bisweilen kühlen Haltung Norddeutschlands, charakterisirt in sehr zutreffender Weise ein Artikel der in Sondershausen erscheinenden Zeitung „Der Deutsche". Gehört auch dieses Schwarzburgische Fürstenthum noch keineswegs selbst zu den süddeutschen Staaten, so verräth doch jede Zeile des Artikels deutlich, daß sein Verfasser Land und Leute in Süddeutschland genau kennt. So mag denn der vom 29. August (Nr. 202 des Blattes) datirte Artikel die 1890er Periode von Kissingen abschließen:

„Irrig wäre es, die gegenwärtig süddeutschen Strömungen als Wiedererwachen particularistischen Geistes deuten zu wollen, wir halten sie gerade für das Gegentheil. Diese Stimmungen sind für Bismarck. Ganz Süddeutschland ist, wenn wir so sagen dürfen, Bismarckisch. Wer das bestreitet, sagt wissentlich oder in völliger Unkenntniß die Unwahrheit; in einer vor Kurzem erlassenen officiösen bayrischen Erklärung haben wir nur eine dem nationalen Gedanken huldigende höfliche Umschreibung erkennen können. Ausnahmen von der allgemeinen süddeutschen Bismarck-Schwärmerei machen nur ganz verbissene fortschrittliche und ultramontane Kreise, die aber der neuen Reichsregierung deshalb nicht holder gesinnt sind.

„Verdanken wir es zunächst französischem Uebermuthe, daß im Juli 1870 ein einmüthiges Erheben aller deutschen Stämme erfolgte, so ist und bleibt es ja doch vor Allem des hochseligen Kaisers Wilhelm und seines großen Kanzlers unsterbliches Verdienst, das Erwachen des deutschen Geistes vorbereitet, in die rechten Wege geleitet und in langer Friedenszeit gestählt zu haben. Nicht zu den kleinsten Werken der beiden Gründer des Reiches ist es zu rechnen, daß sie die süddeutsche Mißstimmung, von Berliner Großsprechern und großpreußischen Particularisten immer wieder erregt, nach und nach fast vollständig besiegten; daß der Kitt zwischen Nord und Süd immer fester wurde; daß die süddeutschen Fürsten und Völker, sicher und gewiß, daß man nur Gutes für sie an leitender Stelle in Berlin wollte, mit vollem Vertrauen auf Kaiser und Kanzler schauten. Nun starb Kaiser Wilhelm. Alle Liebe und alle Begeisterung der deutsch fühlenden Bayern, Württemberger u. s. w. vereinigte sich nun auf die aus der Gründungszeit des Reiches noch stehengebliebene Säule, auf Bismarck. Bismarck war und ist den Süddeutschen die Verkörperung des Reiches. Und wenn es der Ausländer, der Engländer, der Amerikaner u. A. m., einfach nicht begreifen kann, wie das neue Deutsche Reich ohne Bismarck als Kanzler sein kann, wie eine Trennung zwischen ihm und dem jungen Kaiser hat stattfinden können, so ist dieses Gefühl fast ebenso lebendig im Nicht-Preußen, in Süddeutschland. Giebt es doch selbst in Preußen gute Patrioten genug, welche sich an den Wechsel auch nur schwer gewöhnen können. Die süddeutsche Begeisterung für Bismarck ist so groß, daß man dort an Männern und Frauen die Zornesadern ordentlich schwellen sieht — und das wohl mit Recht —, wenn, wie ja das leider jetzt oft geschieht, Artikel über ihn erscheinen, welche die gewaltige Größe desselben herabzuwürdigen und zu verkleinern bemüht sind. Man könnte übrigens in dieser Beziehung von den Süddeutschen etwas lernen. Manche norddeutsche Zeitung sollte sich schämen über Artikel, welchen sie jetzt ihre Spalten öffnet. Fürst Bismarck steht glücklicher Weise zu hoch, um für die Weltgeschichte verkleinert werden zu können. Eine so gewaltige und außergewöhnliche Erscheinung will auch nicht mit dem Zollstock gemessen sein. Hätte die deutsche

Eiche nicht ihre Knorren und Knubben, wäre sie eben keine Eiche, und wenn Bismarck nicht auch seine Schroffheit gehabt hätte, hätten wir heute nicht das Deutsche Reich.

„Die Anhänglichkeit der Süddeutschen an Bismarck kann für jeden Deutschen nur etwas Wohlthuendes haben. Diese Anhänglichkeit ist keineswegs gegen Kaiser Wilhelm II. gerichtet. Dessen Geist und ehrliches Streben wird auch in Süddeutschland anerkannt; nur ist seine neue Erscheinung der Bevölkerung noch nicht so ans Herz gewachsen, wie der alte Ekkehard des Reiches, wie Bismarck. Die Zeit und gute Erfahrungen müssen hier erst mitsprechen. Die zeitige Bismarckschwärmerei aber der Süddeutschen nehmen wir als einen hocherfreulichen Beweis dafür, daß der deutsch-nationale Gedanke unseren süddeutschen Brüdern in Fleisch und Blut übergegangen ist."

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß der Verfasser dieser Sätze manche Regungen in Norddeutschland nicht zu schwarz gezeichnet hat, so wird dieser durch zwei Vorkommnisse aus den ersten Septembertagen erbracht. Das erste: auf Helgoland wird das Sedanfest gefeiert. Wie sich's gehört, gilt das erste Hoch dem Kaiser, und dieser Gruß wird ihm telegraphisch übermittelt. Ein späteres Hoch gilt dem Fürsten Bismarck; auf den Vorschlag, auch ihm zu telegraphiren, werden seitens des Festcomitees Stimmen laut: „Damit stößt man oben an!" — „Das scheint Opposition gegen den Kaiser!" — „Das geht nicht!" — Wie schwer schädigt solcher Servilismus das Ansehen des Kaisers und die Erfurcht vor ihm, dem es nimmer in den Sinn gekommen sein würde, einer Helgoländer Festdepesche an den Fürsten Bismarck derartige Motive unterzuschieben!

Den anderen Beweis liefert die „Freisinnige Zeitung" mit einer ihrer bekannten Gesinnungstüchtigkeit würdigen Denunciation. Das „Deutsche Tageblatt" berichtet darüber:

Von der unglaublichen Gehässigkeit, mit welcher auf linksliberaler Seite gegen den Fürsten Bismarck polemisirt und darauf hingearbeitet wird, ihn, dem die Nation den höchsten Dank schuldet, in den Augen seiner Zeitgenossen herabzusetzen, legt wieder eine Auslassung der „Freisinnigen Zeitung" vollgültiges Zeugniß ab. Das betreffende Blatt schreibt nämlich:

„Ein Proceß gegen Bismarck hätte schon mehr als einmal angestrengt werden können nach dem Muster des Geffckenprocesses oder des Arnimprocesses, wenn die Justizverwaltung an die jetzigen Aeußerungen des Fürsten Bismarck denselben Maßstab anlegen wollte, welcher früher auf Veranlassung des Fürsten Bismarck gegen Geffcken und Arnim angewandt worden ist. Fürst Bismarck hat, wie wir gestern berichteten, in den ‚Hamb. Nachr.' veröffentlichen lassen, daß die letzte Bismarckkrisis unter Kaiser Wilhelm I. eine reine Comödie war, bei der Kaiser und Kanzler auf Ver-

abredung handelten, und die Einreichung eines Entlassungsgesuches nur dazu dienen sollte, den Bundesrath umzustimmen. Und damit vergleiche man, was Fürst Bismarck in dem berühmten Immediatbericht vom 23. September 1888 schrieb über die Veröffentlichung von Aeußerungen aus dem Tagebuch des Kaisers Friedrich in Bezug auf das Verhältniß zu den süddeutschen Regierungen. Die Veröffentlichung solcher Staatsgeheimnisse sei strafbar, weil, so wurde damals ausgeführt, die süddeutschen Regierungen aus den Aeußerungen vor 18 Jahren entnehmen könnten, daß die Regierung die Absicht haben könnte, den süddeutschen Bundesgenossen die Treue und die Verträge zu brechen und sie zu vergewaltigen. Bestand und Zukunft des Reiches beruhe aber auf der Einigkeit der Fürsten, welche durch solche Veröffentlichungen leicht gestört werden könnte. — Jene Auslegung der Aeußerungen des Tagebuchs war eine durchaus willkürliche. Jederman muß aber zugeben, daß die Verlautbarungen durch die ‚Hamb. Nachr.' nichts weniger als geeignet sind, den Glauben an die Loyalität und Verfassungstreue der Reichsregierung bei den süddeutschen Regierungen zu stärken und zu kräftigen."

Die hier wider den Fürsten ins Feld geführte Kundgebung haben wir oben S. 227 im Wortlaute mitgetheilt. Kaiser Wilhelm und sein oberster Rathgeber erachteten es für zweckentsprechend, einen mit knapper Mehrheit gefaßten Bundesrathsbeschluß, der ihre Zustimmung nicht finden konnte, in der Form zurückzuweisen, daß der Kaiser ein mit diesem Beschluß motivirtes Entlassungsgesuch des Kanzlers einfach ablehnte. Es wurde dadurch den zur Majorität gehörenden Bundesregierungen in einerseits schonender, andererseits aber auch in nachdrücklicher und, wie der Erfolg gezeigt hat, wirksamer Art kundgegeben, daß das Reichsoberhaupt und der verantwortliche oberste Reichsbeamte das Votum nicht zu vertreten vermochten. Und dieses wohlüberlegte, wahrhaft staatsmännische Vorgehen wird als eine „reine Comödie" bezeichnet, ein dreister, tendenziöser Vorwurf, der — wenn er irgendwie begründet wäre — nicht nur den Fürsten Bismarck, sondern mehr noch den greisen Kaiser treffen würde! Wo bleibt da die unbegrenzte Loyalität, mit der man auf freisinniger Seite neuerdings bei jeder Gelegenheit zu paradiren liebt?

Eine directe Speculation aber auf den Unverstand der Massen ist es, wenn die „Freis. Ztg." die Verlautbarung in den „Hamb. Nachr.", die sicherlich nicht ohne Wollen und Vorwissen des Fürsten Bismarck erfolgt ist, als staats- und reichsgefährliche Enthüllung der Aufmerksamkeit der Wächter des Rechts und der staatlichen Ordnung anempfiehlt; wenn sie es als zweifellos bezeichnet, daß durch diese Mittheilung bei den süddeutschen Regierungen „der Glaube an die Loyalität und Verfassungstreue der Reichsregierung" erschüttert werden müsse. Die Bundesregierungen sind über den in Rede stehenden Vorgang selbstverständlich von vornherein vollkommen unterrichtet gewesen; sie wußten, weshalb der Kanzler um seine Entlassung nachsuchte, und aus

welchem Grunde und in welcher Form der Kaiser das Gesuch ablehnte; denn anderenfalls würde der Bundesrath den unliebsamen Beschluß wohl nicht redressirt haben. Nichtsdestoweniger hat damals das Vertrauen zur Loyalität von Kaiser und Kanzler weder im Süden noch im Norden auch nur die mindeste Trübung erfahren. Heute noch macht dasjenige Gefühl, welches man auf freisinniger Seite als „Bismarckschwärmerei" zu bezeichnen liebt, durch das aber die Nation zumeist sich selber ehrt, gerade jenseits des Mains am lebhaftesten und elementarsten sich geltend. Dort werden auch die Denunciationen des Richter'schen Leiborgans sicherlich zu allerletzt einen fruchtbaren Boden finden.

Den Fürsten selbst berührten diese Liebenswürdigkeiten seiner alten Gegner wenig; häufig waren sie ihm ja nur ein Beweis dafür, daß er sie von jeher richtig erkannt und behandelt hatte — da war ihr Haß nun die Folge, in der sie konsequent blieben.

* * *

Am 4. September war der Fürst in Homburg angekommen. Am 5. wurde ihm dort von den Bewohnern und Gästen ein imposanter Fackelzug gebracht.

> Er dankte zunächst „seinen lieben Homburger Mitbürgern", welche ihm und der von ihm stets vertretenen Idee der Einheit und der Macht Deutschlands eine derartige Kundgebung bereiteten. Nicht für sich persönlich wolle er die letztere annehmen, sondern in erster Linie für das Werk, an welchem er nach Gottes Rathschluß ein Mitarbeiter habe sein können. Zwanzig Jahre segensvollen Friedens seien uns bescheert gewesen; die erste und wichtigste Pflicht Aller sei es, festzuhalten, was errungen sei. Das Reich stehe jetzt fest, dafür bürgen die allgemeinen auch hier gegenwärtig sich kundgebenden patriotischen Gefühle, denen er im Sinne aller Versammelten keinen besseren Ausdruck verleihen zu können glaube, als dadurch, daß er sie auffordere, mit ihm in den Ruf einzustimmen: Unser jetziger Kaiser, Wilhelm II., er lebe hoch!

* * *

Fürst Bismarck, der schon im Reichstage seine Ansicht, daß der ländliche Grundbesitz mit Steuern überbürdet sei, oft genug ausgesprochen hatte, war von dem Verein der Grund- und Hausbesitzer in Aachen um sein Urtheil über die Grundsteuer angegangen worden. Er antwortete in einem Briefe aus Homburg vom 5. September:

> „Die in Euer Hochwohlgeboren Schreiben vom 28. vor. Mts. ausgesprochenen Ansichten über die Prägravation des Immobilien-Besitzes entsprechen den meinigen. Wenn der Grund- und Häusersteuer der Charakter von zuschlagsfähigen Abgaben beiwohnt, welche auf dem aus dem Grundbesitz hervorgehenden Einkommen ruhen, so bilden sie einen

Theil der Besteuerung des Einkommens des Besteuerten und eine Prägravation des Einkommens aus Grund- und Hausbesitz. Bilden sie aber eine auf Immission des Staats in das Vermögen des Steuerpflichtigen begründete Passiv-Rente, so können sie einen Gegenstand für communale Zuschläge ebenso wenig bilden, wie jedes andere auf dem Grundbesitz lastende Passivum.

„Mit der Bitte, für Ihre freundlichen Zeilen meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen v. Bismarck."

* * *

Am 6. September wurde die Reise nach Varzin fortgesetzt, wo sie am 19. endete. Eine bemerkenswerthe Unterbrechung erfuhr sie durch großartige Huldigungen der Bevölkerung auf dem Centralbahnhofe in Frankfurt a. M.

* * *

Die „Breslauer Zeitung" Nr. 625 vom 7. September brachte, anknüpfend an die oben mitgetheilten Artikel, folgende neue Auslassung:

Neues vom Fürsten Bismarck. Die „Hamb. Nachr." haben in einem vielbemerkten Entrefilet (s. oben S. 227), mit dem auch wir uns bereits näher beschäftigt haben, Aufschlüsse über die Vorgänge gegeben, welche die kühle Ablehnung des letzten vom Fürsten Bismarck dem Kaiser Wilhelm I. eingereichten Abschiedsgesuchs erklären sollen. Wir wissen nicht, woher das Hamburger Blatt seine Kenntniß hat. Wir sind aber heute in der Lage, über ein neues und authentisches Enthüllungsmaterial zu verfügen, welches gleichwohl unseres Erachtens kein gültiges Dementi unserer Angaben über das Verhältniß von Kaiser und Kanzler beibringt. In einem in den letzten Tagen gepflogenen Gespräch, von dem wir genau unterrichtet worden sind, hat sich Fürst Bismarck eingehend über unsere Mittheilungen ausgesprochen. Nach dem Bericht unseres Gewährsmannes äußerte sich der Fürst folgendermaßen:

Der Gegensatz, in welchen sich Herr von Gruner zu ihm gestellt habe, stamme nicht aus dem Jahre 1867, sondern aus viel früherer Zeit. Im Jahre 1851 habe Herr von Gruner gehofft, Bundestagsgesandter in Frankfurt zu werden; im Jahre 1859 bei der Zusammenkunft in Warschau habe Herr von Gruner sich unzulänglich gezeigt, ein vom Prinz-Regenten ihm aufgetragenes Schriftstück nach dessen Wünschen auszuarbeiten, und er, Bismarck, habe den Auftrag des Prinz-Regenten zu dessen Zufriedenheit erledigt. Seitdem sei der Mann ihm feindlich gewesen. Uebrigens sei nicht er, der Fürst, es gewesen, der zuerst an der Ernennung Gruner's zum Wirklichen Geheimen Rath Anstoß genommen habe. Camphausen habe die Sache zuerst im Ministerrath zur Sprache gebracht, und er mit den übrigen Ministern habe sich dessen Bedenken lediglich angeschlossen.

Auch sei im Jahre 1867 das Verhältniß zwischen dem König Wilhelm und dem Kronprinzen nicht ein solches gewesen, daß der erstere zu dem

letzteren Klage darüber geführt haben könne, dieser Minister werde ihm „zu dick". In jener Zeit habe sich das Wort zwischen Vater und Sohn in politischen Dingen sehr schwer unmittelbar gefunden, und er, Bismarck, habe wiederholt die Aufgabe gehabt, Frage und Antwort selbst in leicht zu erledigenden Dingen von dem Einen an den Anderen herüberzubringen. Der ganze Hergang, wie er in den Spalten der „Breslauer Zeitung" geschildert worden, sei darum unmöglich.

Soweit die Darlegungen des Fürsten Bismarck. Wir sind natürlich weit davon entfernt, an der Richtigkeit seiner Behauptungen zu zweifeln, obwohl es durchaus nicht unerhört wäre, wenn sich in seinem von der überwältigenden Fülle wichtiger Ereignisse überladenen Gedächtniß im Laufe der Jahre eine gewisse Verschiebung der Auffassung hinsichtlich des einen oder anderen Vorganges vollzogen hätte. Uns genügt es, festzustellen, daß ein Widerspruch zwischen unseren Mittheilungen im Leitartikel vom 24. August und den seinigen nicht existirt, daß jene vielmehr zum Theil durch ihn eine Art indirecter Bestätigung erfahren. Es ist nun constatirt, erstens, daß ein tiefgreifender Gegensatz zwischen Bismarck und Herrn von Gruner bestanden hat; daß er in die 50er Jahre zurückgeht, ist nur eine Ergänzung dieser thatsächlichen Angabe; und zweitens, daß Herr von Gruner eine bevorzugte Vertrauensperson des Königs Wilhelm gewesen ist. Wir dürfen aber keineswegs annehmen, daß der König dem Herrn von Gruner, weil einmal eine schriftliche Ausarbeitung desselben nicht seine Zufriedenheit errungen, deshalb sollte sein Vertrauen entzogen haben. Und gerade der Umstand, daß Herr von Gruner sich zu Bismarck in einem etwas gespannten Verhältniß befand, mochte es dem König nahe legen, in dem Augenblick, wo er sich durch die übermächtige Stellung seines ersten Ministers bedrückt fühlte und an einen Ersatz desselben dachte, sich an Jenen zu wenden.

Wenn Fürst Bismarck es ferner als unmöglich bezeichnet, daß der König im Jahre 1867 in einer persönlichen Zwiesprache die Hülfe des Kronprinzen für die Wahl eines neuen leitenden Ministers in Anspruch genommen, da König Wilhelm in dieser Zeit sich mit seinem Sohne über politische Dinge nicht zu unterhalten gepflegt habe, so kann diese Begründung als eine unter allen Umständen stichhaltige nicht anerkannt werden. Daß zwischen dem König und seinem Sohn politische Verstimmungen existirt haben, ist seit lange genugsam bekannt; es braucht nur an die Preßordonnanzen erinnert zu werden. Ueber die politische Wirksamkeit des Kronprinzen in der Epoche, welche die Aufrichtung des Deutschen Reiches herbeiführte, und über das Verhältniß, in welchem er damals zu seinem Vater stand, sind in den letzten Jahren mancherlei Aufklärungen in die Oeffentlichkeit getreten: durch das Tagebuch Kaiser Friedrich's, durch Sybel's Werk über die Begründung des Deutschen Reiches, durch die Memoiren des Herzogs Ernst von Sachsen-

Coburg-Gotha. Der Kronprinz nahm oft eine vermittelnde Stellung ein; er suchte durch persönliche Einwirkung den König — auch zur Nachgiebigkeit gegen Forderungen Bismarck's — zu bestimmen. Ist es richtig, daß 1867 ein directer politischer Verkehr zwischen dem König und dem Kronprinzen im Allgemeinen nicht statthatte, so ist damit doch noch keineswegs ausgeschlossen, daß in einem bestimmten Falle, namentlich in einer so wichtigen Frage, der König die Unterstützung des Thronerben wünschte.

Wir halten demgemäß durch die Ausführungen des Fürsten Bismarck die Thatsächlichkeit unserer aus zuverlässigster Quelle geschöpften Mittheilungen für durchaus nicht erschüttert.

Bei Gelegenheit des Gesprächs, aus welchem die von uns wiedergegebenen Aeußerungen des Fürsten Bismarck stammen, hat sich derselbe noch über verschiedene andere Dinge verbreitet. Einige seiner Auslassungen sollen hier mitgetheilt werden. Unser Gewährsmann schreibt:

„Im Laufe der Unterredung berührte der Fürst fast alle wichtigeren Fragen, die er in den letzten Jahren in größeren Reichstagsreden behandelt. Der Inhalt war der bekannte, die Wendungen nicht selten neu und pikant. Ich hatte ungefähr den Eindruck, als hörte ich der Phantasie über eine bekannte Oper zu, in welcher ich ab und zu von vertrauten Melodien begrüßt wurde und dann wieder neuen Variationen lauschte. Es war ein Repetitorium, in welchem sich der Fürst Rechenschaft darüber gab, wie alle seine Anschauungen fest unter sich zusammenhängen, und wie er an keiner Stelle nachgeben kann, ohne sich selbst untreu zu werden. Sein Festhalten an der Cabinetsordre, welche den Ressortministern den Vortrag beim König ohne Vorwissen des Premierministers untersagt, betrachtet er nicht allein als den zufälligen äußeren Anlaß, sondern auch als die eigentlich wirkende Ursache seiner Entfernung von den Geschäften, da er in dieser Beziehung keine Concession habe machen können. Das unterscheide einen Ministerpräsidenten von einem Cabinetssecretair; daß der erstere sein Auge über alle Zweige der Politik wachen lasse, das allein gebe auch die Garantie für eine stets heilsame Verwaltung. Er ging, wie er es früher öffentlich wiederholt gethan, auf die Nachtheile ein, welche das Collegialsystem und der überwuchernde Einfluß der vortragenden Räthe habe. Er erzählte, wie es ihm mehrfach gelungen sei, einen Ressortminister zu seiner Ansicht zu bekehren, wie aber dann der Minister seinen vortragenden Rath nicht habe überzeugen können und, vor die Wahl gestellt, mit ihm oder dem Collegium seiner Räthe zu brechen, ein Abschiedsgesuch eingereicht habe, das ihn, den Fürsten, zur Nachgiebigkeit gezwungen habe.

„Unwidersprochen hat er diesmal solche Anschauungen nicht geäußert. Ich nahm mir, als er eine Pause machte, die Freiheit, ausführlich und mit Lebhaftigkeit alle die Gründe vorzutragen, welche die Liberalen stets veranlaßt

haben, das Collegialsystem für das Bessere zu halten. Ich machte auch auf die eigenthümliche Stellung aufmerksam, welche im preußischen Staate die vortragenden Räthe früher eingenommen. Von 1815 bis 1862 habe der anonyme Geheimrath eigentlich den preußischen Staat verwaltet, ohne daß ein Minister vorhanden gewesen sei, der nach englischer oder französischer Auffassung diesen Namen verdient habe. Die Erfahrung habe gezeigt, daß ein Staat in dieser Weise verwaltet, daß vieles Gute auf diese Weise geschaffen werden könne. Die Ueberwältigung der alten Traditionen des preußischen Beamtenthums hielte ich für eine der folgenreichsten Thatsachen unserer neuen Geschichte. Niemand könne voraussehen, was werden solle, wenn einmal kein Minister von starker, eigener Initiative vorhanden sei, um diese Lücke auszufüllen. Der Fürst hörte mir mit Aufmerksamkeit zu, ohne ein Zeichen von Unmuth oder Ungeduld an den Tag zu legen, wie solcher Widerspruch früher bei ihm geweckt haben würde, und erwiderte dann, er setze allerdings voraus, daß in einem großen und begabten Volke sich wenigstens immer ein Mann finden werde, der im Stande sei, die Stellung eines Ministerpräsidenten so auszufüllen, wie sie ihm vorschwebe."

Daß die „Breslauer Zeitung" bei ihren Lesern durch diese letzten selbstgefälligen Mittheilungen ihres Gewährsmannes einen besonderen Eindruck hervorgerufen habe, kann man sich nur schwer vorstellen.

* * *

In Hamburg fand am 8. September ein von etwa 300 Personen besuchtes Bankett zu Ehren des Majors von Wißmann statt. Nach der mit stürmischem Jubel aufgenommenen Rede des Herrn Adolf Woermann auf den Fürsten Bismarck wurde ein Begrüßungstelegramm an ihn gesandt. Der erste Secretär der Hamburger Geographischen Gesellschaft, Herr L. Friedrichsen, erhielt darauf folgende Antwort:

> „Ihre telegraphische Begrüßung hat mich sehr erfreut und bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den anderen Herren, welche meiner freundlich gedacht, übermitteln zu wollen."

* * *

Eine interessante Berichtigung der „Frankfurter Zeitung" bringen die „Hamb. Nachr." vom 11. September (A.-A.):

> In der „Frankfurter Ztg." wird als neuer Beleg dafür, wie das Verhältniß zwischen Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck gewesen sei, erzählt, daß einmal auf der Reise der Kaiser das Gespräch einiger auf dem Bahnhofe stehender Leute gehört habe, die von den Soldaten als von den „Bismärckern" gesprochen hätten. Der Kaiser habe das übel vermerkt.

Das verborgene Belauschen solcher Gespräche ist eine übliche Erfindung für Romane. Wahr ist Folgendes:

Dem König Wilhelm I. wurden im Anfange der sechziger Jahre, wahrscheinlich bis 1864, Zeitungsausschnitte polizeilich vorgelegt. Die mit der Auswahl betrauten Männer hatten ihre eigene Politik und suchten im Sinne derselben auf den König zu wirken. Danach wurde die Auslese berechnet und gelegentlich durch Artikel verstärkt, die man ad hoc drucken ließ.

In einem auf diese Weise vorgelegten Ausschnitte war scheinbar absichtslos die Erzählung eingeflochten, daß bei einem Auflaufe die Truppen des Königs als „Bismärcker" angerufen wären. Dieser Artikel war natürlich, da man die Empfindlichkeit des Königs in diesem Punkte kannte, auf dieselbe berechnet worden. Der Zweck ward vorübergehend erreicht, aber an der vornehmen Natur des Königs haftete dergleichen nicht.

Diese Richtigstellung mag zugleich dazu dienen, zu zeigen, mit welchen Mitteln die Gegner des Fürsten Bismarck damals wie heute zu kämpfen pflegten.

* * *

Am 17. August waren der Kaiser und sein Bruder Prinz Heinrich in Reval gelandet, dort von den Großfürsten Wladimir und Alexis empfangen und nach Narwa zum Besuche des Zaren Alexander III. begleitet worden. Der Kaiser nahm dann mit dem Zaren an den russischen Manövern Theil bis zum 22. August und trat hierauf die Rückreise an. Nachdem der Zar den ersten Besuch des deutschen Kaisers vom Juli 1888 erst im October 1889 erwidert hatte, gab die ziemlich baldige Wiederholung des deutschen Besuches Anlaß zu mancherlei Gerede. Daran hat sich nun auch Professor Dr. Delbrück in den seit Heinrich von Treitschke's Rücktritt (25. Juni 1889) von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern" in der Weise betheiligt, daß er die Verantwortung für den nach seiner Ansicht politisch incorrecten Besuch dem Fürsten Bismarck in die Schuhe schiebt.

Der Herr Professor Delbrück schreibt nämlich S. 298 der „Preußischen Jahrbücher" 1890 II unter der Ueberschrift „Der Kaiserbesuch in Rußland" u. a.:

„Es ist noch immer nicht ganz aufgeklärt, wer diesen Augustbesuch des deutschen Kaisers am russischen Hofe veranlaßt hat. Nachdem der deutsche Kaiser kurz nach dem Antritt seiner Regierung den Zaren zuerst von allen Herrschern auf seinem Lustschloß zu Peterhof begrüßt hatte, nachdem dieser von der größten Höflichkeit eingegebene Begrüßungsbesuch erst am Ende des Jahres 1889 fast mit unhöflicher Gezwungenheit erwidert worden, war ein so schnell folgender Besuch des deutschen Kaisers am russischen Hofe mindestens überflüssig. Auf einer bisher nicht widersprochenen Mittheilung beruht das

Gerücht, Fürst Bismarck, damals noch Kanzler, habe bei der Anwesenheit des Zaren in Berlin im October vorigen Jahres seinen Kaiser veranlaßt, diesen Besuch dem Zaren anzubieten. Nach einer andern Version habe Fürst Bismarck den Zaren zur Einladung des deutschen Kaisers veranlaßt. Nach früheren Erwähnungen russischer Zeitungen verhält sich die Sache auf die erste Art."

Die „Hamb. Nachr." weisen solche Insinuation mit allem Nachdruck zurück (15. September, A.=A.):

Der Petersburger Besuch und die „Preußischen Jahrbücher". Die „Preußischen Jahrbücher" tadeln den Besuch des Kaisers in Rußland mit einer auffälligen Schärfe. Sie kritisiren ihn nicht ohne Bitterkeit und sprechen von „Zwecklosigkeit einer militärischen Comödie", „unhöflicher Gezwungenheit", finden „einen so schnell folgenden Besuch am russischen Hofe mindestens überflüssig" . . .

Um dies zu können, ohne Anstoß zu geben, wird die Verantwortlichkeit für diesen Besuch nachträglich dem Fürsten Bismarck zugeschoben, mit der geschraubten Wendung, „daß auf einer bisher nicht widerlegten Mittheilung das Gerücht beruhe, Fürst Bismarck habe bei der Anwesenheit des Czaren zu Berlin im October vorigen Jahres seinen Kaiser veranlaßt, diesen Besuch dem Zaren anzubieten." Nach einer anderen Version habe Fürst Bismarck „den Zaren zur Einladung des deutschen Kaisers veranlaßt".

Wenn die „Preußischen Jahrbücher" sich den bisher erstrebten Ruhm einer Geschichtsquelle sichern wollen, so werden wir von ihnen erwarten können, daß sie die Mittheilung, auf der das von ihnen wiedergegebene „Gerücht" beruht, näher kennzeichnen und der Welt ein Urtheil über die Glaubwürdigkeit jener Mittheilung gestatten. Bis zu diesem näheren Nachweise wird weder die eine noch die andere Version in der lesenden Welt viel Glauben finden, und ihre unehrlichen Anwürfe werden den Fürsten Bismarck weder hinter dem Kaiser noch hinter dem Zaren treffen. Die Selbstständigkeit eines Jeden der beiden hohen Herren ist allgemein bekannt, und es ist nicht wahrscheinlich, daß Einer von ihnen ihre gegenseitigen persönlichen Beziehungen den Intentionen eines Ministers unterordnen werde, am allerwenigsten denen eines fremden. Wir glauben, daß Herr Professor Dr. Delbrück es seinem publicistischen Rufe schuldig ist, einen näheren Beweis für seine Behauptungen bezüglich des Fürsten Bismarck anzutreten, und daß er sonst der Annahme Raum giebt, er habe die Erfindungen über den Fürsten seinem Blatte nur einverleibt, um die heutige auswärtige Politik des Reiches mit einer Schärfe anzugreifen, die sich dadurch zu decken sucht, daß sie ihre Spitze scheinbar gegen den früheren Kanzler richtet. „Unwidersprochene

Gerüchte“ und gleichzeitige Conjecturen über Beeinflussung entweder der deutschen oder der russischen Entschließungen gewähren für die Grobheit des Delbrück'schen Tadels des Geschehenen doch nur eine unzulängliche Deckung.

Wir enthalten uns jedes Urtheils über die politische Tragweite des Petersburger Besuches und drücken nur unser Bedauern aus, in einem freiconservativen Organe lügenhafte Insinuationen gegen den früheren Reichskanzler zu finden, zugleich mit leidenschaftlichen und ungerechten Angriffen auf die Politik des heutigen.

* * *

Zu derselben Angelegenheit äußert sich die Münchener „Allgem. Zeitung“ vom 10. September (M.-A.):

Bekanntlich hat jüngst der „Reichs-Anzeiger“, will sagen die durch dieses amtliche Organ sprechende hohe Stelle, es für angezeigt erachtet, einem Artikel des „Hamb. Corr.“ entgegenzutreten, der allerhand ungünstige Gerüchte über die letzte Begegnung Kaiser Wilhelm's II. mit dem Kaiser von Rußland zusammentrug, um daraus den Schluß zu ziehen, daß diese Begegnung die Lage mindestens nicht gebessert habe. Mit gerechtfertigter Spannung sieht man nun der Lösung der Frage entgegen, ob es an derselben Stelle für angezeigt erachtet wird, auch einem Artikel der „Preußischen Jahrbücher“ entgegen zu treten, der den Besuch des Kaisers Wilhelm in Narwa zum Gegenstand einer höchst abfälligen Kritik macht. Was in diesem Artikel über die „Dreistigkeit“ gesagt wird, mit welcher Kaiser Wilhelm von russischer Seite durch eine Reihe zweckloser Paraden und Bravourstücke abgespeist worden sei, während ernsthafte und großartige Manöver an der russischen Westgrenze vorbereitet wurden, ist bereits durch eine in ihren wesentlichsten Punkten mitgetheilte, gleichzeitig mit dem Artikel der „Preußischen Jahrbücher“ erschienenen Auslassung des „Militair-Wochenblattes“ über die vor dem Zaren und seinem kaiserlichen Gaste abgehaltenen Manöver widerlegt; der „Reichs-Anzeiger“ könnte an dieser Widerlegung sich genügen lassen.

Anders steht es mit demjenigen Theile des Aufsatzes der „Preußischen Jahrbücher“, der nicht die angebliche russische Dreistigkeit, sondern jene deutsche Politik abhandelt, welche die Verantwortung dafür trage, daß der August-Besuch überhaupt gemacht wurde, obwohl derselbe, nachdem der erste Begrüßungsbesuch des Kaisers Wilhelm so lange nicht erwidert worden, mindestens als überflüssig habe erscheinen müssen. Für diese Politik wird Fürst Bismarck verantwortlich gemacht. Die „Preußischen Jahrbücher“ sagen nämlich, es gebe über den Ursprung der Idee dieses neuen Besuches zwei Versionen; nach der einen solle Fürst Bismarck den Kaiser bestimmt haben, im October vorigen Jahres seinen Besuch dem Zaren anzubieten, nach der andern habe der damalige Kanzler den Zaren zur Einladung des deutschen Kaisers veranlaßt.

Nach früheren Erwähnungen russischer Zeitungen verhalte sich die Sache auf die erstere Art, d. h. Fürst Bismarck trage die Schuld, daß Kaiser Wilhelm erst ein demüthigendes Anerbieten gemacht und dann, da er dieses Anerbieten auch auszuführen sich genöthigt gesehen, eine demüthigende Behandlung erfahren habe. Wenn nun auch der „Reichs-Anzeiger“, der vielleicht nicht unrichtigen Meinung ist, daß er für den Fürsten Bismarck nicht mehr in die Schranken zu treten brauche, so hat das amtliche Organ unseres Erachtens doch schwerwiegende Gründe, diese Darstellung der „Preußischen Jahrbücher“ nicht zu ignoriren. Denn es liegt auf der Hand, daß diese Darstellung nicht lediglich die Absicht haben kann, den Fürsten Bismarck zu befehden, sondern den weitergehenden Zweck verfolgt, jenen Cours der auswärtigen Politik zu discreditiren, der mit äußerster Vorsicht die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und St. Petersburg zu pflegen und zu befestigen suchte, um einer Störung des Weltfriedens vorzubeugen; jenen Cours, den Kaiser Wilhelm I. noch auf dem Sterbebette seinem Enkel aufs dringendste anempfohlen hat und den nun gewisse Politiker neuerdings um so lieber verlassen sehen möchten, je tiefer sie überzeugt sind, daß die englische Freundschaft ungleich werthvoller sei, als die russische, und kaum theuer genug erkauft werden könne. Da wird denn in der Hoffnung, daß in den leitenden Kreisen die Stimmung gegen den Fürsten Bismarck nicht die wärmste sei, jener alte Cours als letzter schlimmer, von Demüthigung zu Demüthigung führender Rest der Aera Bismarck dargestellt.

Wenn das von einer Seite geschieht, die von jeher Alles getadelt hat, was die Billigung des Fürsten Bismarck hatte, so liegt darin keine Veranlassung für den „Reichs-Anzeiger“ und seine Inspiratoren, das Wort zu ergreifen. Wenn aber der Versuch, durch Verdächtigung und Discreditirung des ersten deutschen Kanzlers eine Aenderung im Course unserer auswärtigen Politik herbeizuführen, in einem Organe unternommen wird, dem vielfach Beziehungen zu den leitenden Kreisen zugeschrieben werden, so kann dies in Verbindung mit anderen Vorgängen nicht verfehlen, Besorgnisse und den Wunsch zu erwecken, durch eine unzweideutige Erklärung in dem amtlichen Blatte zu erfahren, ob diese Bestrebungen an maßgebender Stelle ebenso mißfällig betrachtet werden, wie die Ausstreuungen über einen nicht ganz günstigen Erfolg Seiner Majestät.

Ebenso wieder am 15. September (A.-A.):

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die „Allgem. Zeitung“ hat in ihrer Morgennummer 251 einem Artikel der „Preußischen Jahrbücher“ große Ehre angedeihen lassen, welcher die Verantwortlichkeit für die russische Reise des Kaisers dem Fürsten Bismarck zuschiebt und den — trotz „Reichs-Anzeiger“ und „Militair-Wochenblatt“ — angeblichen „Mißerfolg“ dem ersten Kanzler

des Deutschen Reiches in Rechnung stellen zu dürfen glaubt. Es giebt hier jedoch Leute, welche wissen, daß Fürst Bismarck es nicht gewesen ist, der im Jahre 1888 den Kaiser zu der damaligen ersten Reise nach Rußland veranlaßt hat, sondern daß die Initiative zu jener Reise von Sr. Majestät selbst ausging. Die klugen Politiker von heute haben damals in jener ersten Reise nichts weiter gesehen — es ist nicht ohne Interesse, die „Preußischen Jahrbücher" von 1888 nachzulesen — als die Fortsetzung der Politik Kaiser Wilhelm's I., welche darauf hinausging, die nationalen und politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland durch Festigung der persönlichen Beziehungen der Souveraine abzuschwächen. Bekannt ist, wie der hochselige Kaiser in einem Höhepunkt der Spannung im Spätsommer 1879 die Begegnung von Alexandrowo herbeiführte, bei welcher beide Monarchen sich das Wort gaben, einander bei ihren Lebzeiten nicht zu bekriegen.

Aus dem Besuche Kaiser Wilhelm's II. im Jahre 1888 haben sich dann die folgenden Begegnungen mit dem Zaren naturgemäß entwickelt, und wenn diese Begegnungen die Beziehungen zu Rußland mindestens nicht verschlechtert haben — ob verbessert, kann erst die Zukunft lehren —, so liegt darin weder ein Mißerfolg, noch würde es schwer sein, für diese Politik die Verantwortlichkeit zu tragen. Jedenfalls hat diese Politik, welche in Wahrheit die Politik Kaiser Wilhelm's II. und nicht die des Fürsten Bismarck ist, ebenso wie die Begegnung in Alexandrowo persönliche Politik Kaiser Wilhelm's I. war, die Erhaltung des Friedens gefördert oder — um einen Ausdruck der Berliner „Post" zu wiederholen — „gefristet". — Es ist ein eigenthümlicher Patriotismus, den deutschen Kaiser ein demüthigendes Anerbieten stellen und dann eine demüthigende Behandlung hinnehmen zu lassen. Ob die „Preußischen Jahrbücher" meinen, einen Dienst erwiesen zu haben, mag dahingestellt bleiben. Die Friedenspolitik des Kaisers stimmt freilich nicht zu den Wünschen Derer, welche die Pflege eines anti-russischen Chauvinismus zu einer Art von nationalem Sport ausbilden möchten — für die Mißerfolge dieser ziellosen Politik wenden die „Preußischen Jahrbücher" sich an eine falsche Adresse.

* * *

Der Pariser „Gaulois" hatte von ernster Verstimmung und dergleichen berichtet, die während des kurzen Homburger Aufenthaltes des Fürsten Bismarck zwischen diesem und dem Prinzen von Wales zum Ausdruck gekommen wäre. Die „Hamb. Nachr." widerlegen diese Nachricht durch Mittheilung des einfachen Thatbestandes, erinnern aber den „Gaulois" an die Brunnenvergiftung, die er vor drei Jahren mit den dem Kaiser von Rußland in die Hände gespielten gefälschten Depeschen und Briefen über Bulgarien verübt hat. Wie erinnerlich, gelang es in einer längeren Unterredung unter vier Augen mit Kaiser Alexander III. während dessen letzten Besuches bei

Kaiser Wilhelm I. dem Fürsten Bismarck, den Zaren davon zu überzeugen, daß die sämmtlichen Depeschen des „Gaulois“ eine verwegene orleanistische Fälschung waren, darauf berechnet, die Ehrlichkeit der bulgarischen Politik der deutschen Reichsregierung bei dem Zaren zu verdächtigen. In den „Hamb. Nachr.“ vom 16. September (A.-A.) heißt es:

> Zu der Liga, welche den Fürsten Bismarck nach seinem Rücktritt ex post angreift, gehören außer socialdemokratischen und fortschrittlichen Blättern natürlich auch die politischen accident maker der französischen Revanche-Presse. Der „Gaulois“ enthält einen Artikel über Beziehungen zwischen dem Prinzen von Wales und dem Fürsten von Bismarck, der von Anfang bis zu Ende ungeschickt erfunden ist. Nach dessen Inhalt müßte Fürst Bismarck mindestens 8 Tage in Homburg gewesen sein, welches der unwissende Erfinder mit Hamburg verwechselt. Zu der Zeit, wo Fürst Bismarck dem Prinzen von „Hamburg“ geschrieben haben soll, badete er noch in Kissingen; nach dem „Gaulois“ müßte er allein fünf Tage lang die Rückkehr des Prinzen von Wales von Holland (?) in Homburg erwartet haben und etwa eine Woche dort geblieben sein, während er am 4. September Abends eintraf und am 6. September wieder abreiste. Der Prinz von Wales verließ Homburg am 4. September, nachdem er vor der Abreise den Fürsten mit seinem Besuche im Hotel Riechelmann beehrt hatte; was bei dieser Gelegenheit zwischen Beiden gesprochen worden sein kann, wird am allerwenigsten der „Gaulois“ wissen, dessen Erfindungen an die Fälschungen erinnern, die vor drei Jahren dem Kaiser von Rußland in die Hände gespielt worden waren. Man muß zu den Vollblut-Parisern gehören, welche mit den Verhältnissen außerhalb Paris unbekannt sind, um auf dergleichen Einfälle zu kommen. In Deutschland würde der Artikel des „Gaulois“ von Hause aus als Erfindung eines „Unwissenden“ erkannt werden; dem Pariser badaud kann man dergleichen bieten.

* * *

Am 17. September war der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich als Gast des deutschen Kaisers zur Theilnahme an den Manövern des V. und VI. Armeecorps in Rohnstock in Schlesien eingetroffen. Eine Besprechung dieser Zwei Kaiser-Begegnung hatten die „Hamb. Nachr.“ vom 17. September (A.-A.) mit folgenden Sätzen geschlossen:

„Die deutsche Politik ist nie von Sympathien, sondern immer nur von Zweckmäßigkeitsrücksichten geleitet gewesen, und wir glauben auch nicht, daß sie sich in Rohnstock von anderen Gesichtspunkten leiten lassen wird. Gewiß wird deutscherseits nichts vertreten werden, was mit den Lebensinteressen Oesterreichs im Orient unverträglich wäre, aber ebenso wenig werden sich die Erwartungen gewisser politischer Conventikel erfüllen, daß Deutschland

künftighin seinem österreichischen Verbündeten zu Liebe aufhören werde, sich im Orient als nicht direct interessirt zu betrachten, und nun zu Gunsten Oesterreichs dort einzugreifen gedenke. Es stände schwerlich so gut um die Aussichten des Weltfriedens, wenn die Berliner Staatskunst in den Fehler verfallen wäre, Oesterreichs Orientgeschäfte gegen Rußland als eigene zu führen. Deutschlands Orientpolitik ist von jeher streng den eigensten nationalen Interessen angepaßt gewesen, und für die jetzigen Machthaber liegt ebenso wenig ein Anlaß vor, in diesem Punkte von dem Programm des Fürsten Bismarck abzuweichen, als für den Grafen Kalnoky, Deutschland eine solche Abweichung zuzumuthen. Die Interessenten des europäischen Friedens, und dazu gehört außer den engeren Theilnehmern des Dreibundes der Kaiser Alexander mit in erster Linie, wissen ganz genau, was sie thun, wenn sie jedem Versuch, die Orientfrage in Fluß zu bringen, auf das entschiedenste widerstreben. Daß dies bis jetzt verhütet werden konnte, ist das Verdienst der absolut correcten Politik Deutschlands, und an maßgebender Stelle dürfte schwerlich daran gedacht werden, an Stelle der altbewährten Behandlung der orientalischen Dinge eine Politik treten zu lassen, die den Interessenten des ‚Pester Lloyd‘ vielleicht gefallen, dem Deutschen Reiche aber nur schaden könnte."

Diese Aeußerungen haben manche Mißverständnisse hervorgerufen. Obgleich sie von der Redaction stammen, treffen sie doch völlig die Ansichten des Fürsten Bismarck; das ergiebt sich aus folgenden Ausführungen der „Hamb. Nachr." vom 29. September (A.-A.):

> Unsere Stellung zu Oesterreich. Die Bemerkungen, die wir neulich an die Rohnstocker Begegnung geknüpft hatten, sind von einem Theile der Presse in einer Weise interpretirt worden, gegen die wir nachträglich Protest einlegen möchten. Wir hegen keine anti-österreichische Gesinnung, noch weniger sind wir russenfreundlich.
>
> Seit Jahren ist es uns bei Erörterungen von Fragen, die auf das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich und zu Rußland Bezug hatten, einzig und allein darauf angekommen, so viel an uns lag, zweierlei verhüten zu helfen: erstens, daß die deutsche Politik oder gar die deutsche Heeresmacht in den Dienst specifisch österreichischer Balkaninteressen gegen Rußland gestellt, zweitens, daß unser Verhältniß zu Rußland durch zwecklose Preßhetzerei einem Bruche zugetrieben werde. Wir sind dabei stets von der Ansicht geleitet gewesen, dem Weltfrieden wie dem eigenen Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Nie ist es uns in den Sinn gekommen, der deutschen Politik eine Verletzung der Oesterreich schuldigen Vertragstreue zuzumuthen; das zwischen beiden Ländern bestehende Bündniß verlangt nicht, daß Deutschland österreichische Balkaninteressen gegen Rußland vertrete, sondern nur, daß Deutschland Oesterreich bei-

stehe, wenn es in seinem Gebiete von Rußland angegriffen wird. Nur wer die Ansicht hegt, daß es Deutschlands Aufgabe sei, Gut und Blut für Bulgarien oder die Balkanpolitik des Wiener Cabinets einzusetzen, kann in unserer Haltung eine ungerechte Parteinahme gegen Oesterreich finden. Wir glauben aber nicht, daß diese Ansicht vom deutschen Volke oder von der deutschen Regierung getheilt wird. Und wenn wir auf die Erhaltung eines guten Einvernehmens Deutschlands mit Rußland den größten Werth legen, so geschieht es einmal, weil Deutschland seiner wichtigen Aufgabe, zwischen Oesterreich und Rußland zu vermitteln, um so erfolgreicher entsprechen kann, je weniger es selbst in Petersburg auf Mißtrauen und Vorurtheil stößt, und alsdann, weil ein Bruch mit Rußland nach unserer innersten Ueberzeugung Deutschland in eine jetzt nicht vorhandene Abhängigkeit von Oesterreich bringen würde, die wir gerade im Interesse des guten Einvernehmens beider Staaten gern vermieden sähen. Wer diese Ansicht als antiösterreichisch bezeichnen will, mag es thun und sehen, wie er das aus den bestehenden Verträgen zu rechtfertigen vermag; wir unsererseits sind uns bewußt, weder von austrophober noch von russophiler Gesinnung geleitet zu werden, sondern lediglich von dem ehrlichen Bestreben, die wichtigsten Interessen des eigenen Vaterlandes zu wahren.

Abgesehen hiervon nehmen wir in Anspruch, für mindestens ebenso österreichfreundlich gehalten zu werden, wie jedes andere deutsche Blatt. Selbst der bulgarischen Politik Oesterreichs stehen wir nicht feindlich gegenüber, obwohl wir den gegenwärtigen Zustand in Bulgarien als ungerecht und ungesetzlich ansehen. Wenn es Oesterreich gelingt, seine Politik auf dem Balkan durchzusetzen, ohne daß es zu einem Kriege mit Rußland kommt, der uns zwingen würde, ungeheure Opfer von Menschenleben und Geld für Dinge zu bringen, die uns nichts angehen, so soll es uns ganz recht sein; wir sind nur an der Erhaltung des Friedens interessirt, nicht daran, auf welche Weise sich Oesterreich und Rußland über Abgrenzung ihrer Interessensphären auf dem Balkan verständigen. Im deutsch-österreichischen Bündniß aber erblicken wir den lebendigen Ausdruck der beiderseitigen dauernden Interessen. Es gilt uns, wie auch der mit Italien abgeschlossene Bund, als natürliches Ergebniß der Gemeinschaft in den Bestrebungen der betheiligten Mächte und in den Gefahren, die der europäische Friede zu bestehen hat. Wie sehr unser Bündniß mit Oesterreich den beiderseitigen Interessen entspricht, hat sich schon 1870 gezeigt, als Oesterreich sich nicht entschließen durfte, an der Seite Frankreichs für 1866 Revanche zu nehmen. Auch wenn es damals Rußland nicht zu fürchten gehabt hätte, wäre es eine moralische Unmöglichkeit für Oesterreich gewesen, mit Frankreich gegen Deutschland zu

Felde zu ziehen Deutschland kann in seinem eigensten Interesse nur wünschen, daß die Habsburger Monarchie auf der Höhe ihrer jetzigen Macht erhalten bleibt, und wir wären sicherlich die Letzten, der Erfüllung dieses Wunsches entgegenzutreten. Wir wollen ferner die nationalen Sympathien Deutschlands dem Donau-Kaiserstaate in dem Maße zugewandt wissen, wie sie es zur Zeit thatsächlich sind, und erblicken in jeder Erhöhung der Macht und der inneren Festigung Oesterreich-Ungarns einen wesentlichen Gewinn auch für uns; denn wir halten den ungeschwächten Fortbestand Oesterreich-Ungarns für außerordentlich wichtig aus den Gründen, die Fürst Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 8. Februar 1888 entwickelt hat; wir freuen uns auch aufrichtig der herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich, wie sie in der Rohnstocker Begegnung zum Ausdruck gelangt ist.

Fügen wir noch hinzu, daß, was eigentlich selbstverständlich ist, die inneren russischen Verhältnisse uns erst recht nicht veranlassen können, unsere Sympathie dem Zarenreiche im Gegensatz zu Oesterreich zuzuwenden, so glauben wir uns gegen den ungerechten Vorwurf, antiösterreichisch zu sein, genügend geschützt zu haben. Im Uebrigen hätte uns schon unsere, wohl von Niemand in Zweifel gezogene deutsch-nationale, patriotische Gesinnung vor einer solchen Unterstellung bewahren sollen. Selbst wenn wir das österreichische Bündniß mit anderen Augen ansehen, als wir es thatsächlich thun, würden wir nun und nimmermehr gegen dasselbe durch Feindseligkeiten gegen Oesterreich verstoßen, weil wir dadurch das deutsche Interesse schädigten. Gerade weil uns die Allianz mit Oesterreich, die guten Beziehungen zu ihm und die Aufrechterhaltung seiner jetzigen Machtstellung am Herzen liegen, sind wir bestrebt gewesen, unrichtigen Auslegungen des Bündnisses und dem Engagement Deutschlands für Zwecke, die außerhalb des Vertragsrahmens fallen, vorzubeugen; denn wir sind überzeugt, daß dergleichen weder der Erhaltung des Friedens dient, noch im wohlverstandenen Interesse Oesterreichs wie Deutschlands liegt.

Wir hoffen, mit dieser Erklärung den tendenziösen Ausbeutungen jeder Bemerkung unseres Blattes über die bulgarische oder eine andere Frage, die das Verhältniß zwischen Oesterreich und Rußland betrifft, ein Ende gemacht zu haben.

* * *

Ob Fürst Bismarck nach seiner Entlassung noch Mitglied des preußischen Staatsrathes ist, diese Frage beschäftigt die „Magdeburgische Zeitung“ und wird von ihr verneint. Die „Hamb. Nachr.“ berichtigen diese Ansicht in der oben citirten Nummer und verweisen dabei zugleich auf die Verordnung

vom 20. März 1817, durch die die seit dem Jahre 1808 wiederholt verheißene höchste berathende Behörde der Monarchie wieder eingerichtet wurde. Aus ihr ergiebt sich, daß der Staatsrath nicht nur „die königlichen Prinzen, die Minister und die Chefs der anderen selbstständigen Centralbehörden, die Feldmarschälle, die commandirenden Generale und die Oberpräsidenten" umfaßt, sondern auch eine Anzahl „durch das Vertrauen des Königs berufene Männer aus allen Zweigen des öffentlichen Dienstes". Zu dieser letzten Kategorie gehörte aber Herr von Bismarck bei seiner Berufung in den Staatsrath im Jahre 1854. Daraus folgt, daß die Entlassung aus seinen Aemtern mit der Zugehörigkeit zum Staatsrath nichts zu thun hat.

Die „Magd. Ztg." beschäftigt sich mit der Frage, ob der Fürst Bismarck bei seiner Verabschiedung Mitglied des Staatsraths geblieben ist. Sie verneint dieselbe, weil der frühere Ministerpräsident nur in dieser Eigenschaft und so lange sie dauerte, dem Staatsrath angehört habe.

Die „Magd. Ztg." ist hierüber im Irrthum. Fürst Bismarck ist nicht in Folge seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten Mitglied des Staatsraths geworden, sondern war das bereits vermöge der im Jahre 1854 bei Neubelebung des Staatsraths erfolgten Ernennung und ist also acht Jahre früher zum Staatsrath als zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Im Uebrigen hat die Frage, wie es scheint, eine practische Bedeutung nicht, sondern nur eine akademische, und wird, wenn überhaupt, wahrscheinlich auch nur in diesem Sinne Gegenstand eines Gesprächs mit dem Fürsten gewesen sein. Die „Magd. Ztg." wird sich von ihrem Irrthum leicht überzeugen können aus jedem Exemplar des Staatshandbuchs aus der Zeit von 1854 und später und ebenso durch ein genaueres Studium der Verordnung vom 20. März 1817.

* * *

Auch das Pariser Wochenblatt „L'Europe" kommt auf den oben citirten Artikel der „Hamb. Nachr." vom 17. September über die Zusammenkunft in Rohnstock zu sprechen und vindicirt ihm Friedrichsruher (in diesem Falle Varziner) Ursprung, den er thatsächlich nicht hatte. Aus dieser Veranlassung wird von Neuem betont, daß die „Hamb. Nachr." nur von Zeit zu Zeit Informationen vom Fürsten Bismarck erhalten, im Uebrigen sich ihre Redaction aber völlig ihr eigenes Urtheil gewahrt hat („Hamb. Nachr." vom 30. September, A.-A.):

Das in Paris erscheinende Wochenblatt „L'Europe" (No. 39 vom 25. September dieses Jahres) citirt in einem Artikel über die Rohnstocker Zusammenkunft einen Theil unserer neulichen Ausführungen (Leitartikel unserer Morgenausgabe vom 17. September) über diesen Gegenstand und sagt davon: „Telles sont les suggestions qui viennent

en droite ligne de Friedrichsruh.“ Wir können nur wiederholen, was wir mit anderen Worten schon früher geäußert haben: daß es eine lächerliche Vorstellung ist, zu glauben, jeder in den „Hamburger Nachrichten“ erscheinende Artikel komme en droite ligne von Friedrichsruh, jetzt sogar von Varzin. Mittheilungen von sachkundiger Seite sind jeder Redaction erwünscht, also sind es uns auch diejenigen, die in längeren Zwischenräumen uns vom Fürsten Bismarck zugehen; aber es ist völlig kindisch, zu meinen, daß wir deshalb auf die Vertretung unserer eigenen Auffassungen überhaupt verzichtet hätten und wichtige Tagesfragen nur nach vorher eingeholten Anweisungen des Fürsten Bismarck behandelten.

Wir haben es früher schon einmal als eine Verletzung der dem Fürsten schuldigen Ehrfurcht bezeichnet, wenn von ihm vermuthet werde, daß er auf die tägliche Preßbehandlung schwebender Tagesfragen irgendwelchen Einfluß zu nehmen sich berufen fühlen sollte. Wir können diese Bemerkung hier nur wiederholen und zwar denjenigen österreichischen und deutschen Blättern gegenüber, welche sich mit der pariser „L'Europe“ auf einer Linie bewegen und gänzlich vergessen zu haben scheinen, daß die „Hamburger Nachrichten“ schon seit langen Jahren die Frage des Eintretens Deutschlands für die österreichische Orientpolitik erheblich anders beurtheilt haben, als die übrigen deutschen Blätter. Sollten wir durch irgend welchen Wandel der Dinge über kurz oder lang die Ueberzeugung erlangen, daß unsere Stellung den friedlichen Interessen der Reichspolitik nicht mehr zu entsprechen vermöchte, so werden wir sie ebenso selbstständig ändern, wie wir sie selbstständig und aus freiester Ueberzeugung eingenommen haben. Inzwischen müssen wir an die übrige Presse wiederholt das Ersuchen richten, für den Inhalt unseres Blattes die Redaction desselben und nicht den Fürsten Bismarck verantwortlich zu machen.

* * *

Am 15. September brachte die „Vossische Zeitung“ folgendes Telegramm aus Sansibar:

Aus Sansibar trifft die Nachricht ein, daß der stellvertretende deutsche Reichscommissar in Bagamoyo eine Kundgebung erließ, welche daselbst und in der Nachbarschaft den ungehinderten Verkauf und Ankauf von Sclaven gestatte. Nur die Sclaven-Ausfuhr über das Meer sei verboten. Die Araber dürften auch entlaufene Sklaven wieder einfangen. Unter den Arabern in Bagamoyo herrsche darüber große Freude. Die Sclaven eines jüngst verstorbenen arabischen Sclavenhändlers wurden in Bagamoyo unter Aufsicht eines deutschen Beamten öffentlich versteigert. Der Berichterstatter der „Times“ in Sansibar, der diese Nachricht übermittelt (und die darum mit der doppelten Vorsicht aufzunehmen sein dürfte), bemerkt dazu: Das Anti-

sclaverei-Decret des Sultans vom 1. August sei bisher von dem deutschen Commissar gänzlich ignorirt worden. Die jetzige Kundgebung bilde eine erstaunliche Maßregel. Der Schritt der deutschen Regierung bezwecke, die Araber nach der deutschen Küstenlinie heranzuziehen. Dieser Zweck habe jede Aussicht auf Erfolg. Ernste Schwierigkeiten dürften an der britischen Küstenlinie entstehen, wo die Inkraftsetzung der Verfügung des Sultans im Werke sei. Das Ansehen des Sultans sei durch die deutsche Kundmachung sehr gesunken. In europäischen Kreisen werde allgemein geglaubt, die deutsche Regierung werde die Kundmachung unverzüglich annulliren.

Dieser Erlaß sollte lauten: „Es wird hiermit allen bekannt gegeben, daß wir einem jeden, welcher in Bagamoyo oder in Schenzi (3 oder 4 Tagereisen um Bagamoyo) Land besitzt, die Erlaubniß ertheilen, seine Sclaven wieder in Besitz zu nehmen und zu behalten, und ein jeder Sclavenbesitzer hat Erlaubniß, seine Sclaven an die Leute in Bagamoyo zu verkaufen; doch ist es verboten, Sclaven zur See zu verschiffen. Wir wünschen, daß die Schamba-besitzer ohne Verzug beginnen mögen, ihre Schambas zu bearbeiten, da dies der Bevölkerung und der Stadt zum Vortheil gereichen wird."

Im Reichsanzeiger vom 17. September wurde dann folgende Berichtigung jener Times-Nachricht veröffentlicht:

„Sofort nach dem Erscheinen des Times-Artikels vom 15. dieses Monats, dem zufolge der stellvertretende Reichscommissar für Ost-Afrika mittels einer Proclamation den Sclavenhandel für erlaubt erklärt und unter amtlicher Mitwirkung eine öffentliche Auction von Sclaven in Bagamoyo stattgefunden habe, hat das auswärtige Amt einen telegraphischen Bericht des gedachten Beamten über den Sachverhalt eingefordert. In einem heute eingegangenen Telegramme berichtet der stellvertretende Reichscommissar aus Sansibar, daß er eine solche Proclamation nicht erlassen habe und daß wahrscheinlich der Unfug eines Arabers der Nachricht des englischen Blattes zu Grunde liege; eine Untersuchung werde sofort eingeleitet. Daß in Bagamoyo eine Sclaven-Auction unter amtlicher Mitwirkung abgehalten wäre, sei undenkbar. Herr Dr. Schmidt wird sich ungesäumt nach Bagamoyo begeben und von dort weiter berichten."

Da in Paris gleichzeitig der sogenannte Antisclaverei-Congreß tagte, ist es nicht zu verwundern, daß die Times-Depesche großes Aufsehen erregte. Auch die eben genannte Wochenschrift „L'Europe" kommt darauf und auf die Sclavereifrage im allgemeinen zu sprechen. Dazu äußern sich die „Hamb. Nachr." am 30. September (A.-A.) folgendermaßen:

> In demselben Wochenbulletin, in dem sich „L'Europe" mit unserem Artikel über Rohnstock befaßt, kommt das Pariser Blatt anläßlich der bekannten Nachrichten der „Times" über die angebliche Proclamation des stellvertretenden deutschen Reichscommissars in Ostafrika auch auf die

Sclavereifrage zu sprechen. Die Ausführungen des französischen Blattes bezeugen ebenso große Voreingenommenheit gegen Deutschland als Mangel an Sachkenntniß. Es wird bei der Discussion der Sclavereifrage übersehen, daß die Sclavereifrage bei den muhamedanischen Völkern etwas ganz anderes ist, als sie es in Amerika war. In Amerika waren die Sklaven schlimmer daran als Lastthiere, und wurden nur zu oft mit barbarischer Grausamkeit behandelt; bei den muhamedanischen Völkerschaften steht der Sclave mehr im Verhältnisse eines dienenden Hausgenossen, der gut behandelt wird und mit seinem Schicksale ganz zufrieden ist. Mancher muhamedanische Sclave ist Vezier, manche Sclavin Sultanin geworden.

Unsere Philanthropen vergessen, wie in vielen Dingen, so auch hier, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Sie ignoriren die tausendjährige Gewöhnung an den Zustand, in dem sich die afrikanischen Sclaven befinden, und die Frage, was aus ihnen werden sollte, wenn sie plötzlich freigelassen würden. Für Afrika und die dortigen Verhältnisse hat das Verlangen nach sofortiger Beseitigung der Sclaverei etwa denselben Sinn, als wenn bei uns gefordert würde, daß künftig Niemand mehr Dienstboten halten dürfe. Glaubt man eine Institution, die so alt ist wie die Geschichte, in Afrika etwa durch Einführung der preußischen Gesindeordnung ersetzen zu können?

Aehnliche Auffassungen wie die unserigen liegen übrigens nicht nur der neulichen Erklärung des „Reichsanzeigers“ zu Grunde, sondern werden auch von allen Kennern der einschlägigen Verhältnisse getheilt; selbst Cardinal Lavigerie hat bekanntlich ernstlich davor gewarnt, die afrikanische Sclaverei mit plötzlicher Gewaltsamkeit abzuschaffen, da dies zu Verwicklungen sehr gefährlicher Art führen müsse. Auch wird bei Discussion der Sclavereifrage meist übersehen, daß der Sclavenhandel, la traite des Noirs, gegen welchen die Mächte sich auf dem Wiener Congreß erklärten, nur das Einfangen und Verschiffen nach Amerika bedeutete. Was in Afrika abzuschaffen ist, das sind zunächst die barbarischen Menschenjagden. Im Uebrigen scheint es, daß man sich durch das Geschrei der englischen Blätter, über dessen wahre Ursache kein Zweifel obwaltet, hat zu Uebertreibungen hinreißen lassen, die dem Erfolg der gegen die Sclaverei gerichteten ehrlichen Bemühungen eher schaden wie nützen können.

Ueber die Entstehungsgeschichte jenes angeblichen Erlasses theilte später der Reichsanzeiger folgendes mit:

Als der Araber Soliman ben Nasr nach seiner Rückkehr aus Europa Bagamoyo besuchte, klagten ihm die dortigen Araber, sie wären in der

Sclavenfrage viel schlechter gestellt als ihre Landsleute in Sansibar und wären in Folge dessen kaum in der Lage, die im Aufstande verwüsteten Landgüter wieder in Cultur zu nehmen. Denn wenn auch in Sansibar das Decret des Sultans über die Unterdrückung der Sclavenverkäufe veröffentlicht sei, so werde es doch in der Praxis von Niemandem beachtet, während in Bagamoyo dieses Verbot zwar nicht gelte, dafür aber thatsächlich alle Veräußerungen von Sclaven verhindert würden. Soliman ben Nasr besprach mit den Leuten die Möglichkeiten einer Abhülfe und sagte zu, er wolle sich bei dem Stationschef für sie verwenden. Zu dem Zwecke verfaßte er den Entwurf zu einer Proclamation und legte dies Schriftstück dem Stationschef vor. Der Letztere nahm den Entwurf einfach zu den Stationsacten, ohne auf die Sache weiter einzugehen, und es ist bis heute noch nicht aufgeklärt, wie eine Copie des Entwurfs in das Publicum hat dringen können. Auch Soliman ben Nasr vermag diesen Punkt nicht klarzustellen.

* * *

Ueber die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Hofprediger Stöcker führt die Münchener „Allgem. Ztg." vom 6. October (A.-A.) gegenüber dem „Reichsboten" Folgendes aus:

Der „Reichsbote" hält seine Behauptung, daß Fürst Bismarck zu Beginn der achtziger Jahre die Ausweisung des Hofpredigers Stöcker auf Grund des Socialistengesetzes in Anregung gebracht habe, trotz der entgegenstehenden triftigsten Gründe aufrecht. Man kann darin nur einen Ausfluß der Abneigung gegen den Fürsten Bismarck erblicken, von der sich die Partei der Christlich-Socialen in den letzten Jahren immer mehr hat erfüllen lassen. Oder will man nachträglich diese Abneigung durch jene falsche Nachricht, die dem Fürsten Bismarck eine illegale Absicht gegen den Führer Stöcker unterstellt, noch besonders rechtfertigen?

Die Abneigung der Christlich-Socialen hatte ihren natürlichen Hauptgrund in der Cartellpolitik des Fürsten Bismarck, welche vor vier Jahren die Verwirrung in den Reihen der sogenannten Berliner Bewegung groß machte, sowie in der Wachsamkeit, mit welcher der damalige Kanzler den Versuchen, kirchlich-orthodoxe Bestrebungen auf das politische Gebiet überzuleiten, entgegentrat.

Es liegt trotzdem nach allen glaubwürdigen Zeugnissen nicht der mindeste Grund dafür vor, daß Fürst Bismarck zu irgend einer Zeit die Ausweisung des Hofpredigers Stöcker auf Grund des Socialistengesetzes betrieben. Man könnte fast sagen: im Gegentheil. Obgleich er niemals eine Vorliebe für den Politiker Stöcker besessen hat, so wurde ihm doch das besänftigende Wort: „Gras darüber wachsen lassen" zugeschrieben, als die Stellung des Herrn Hofpredigers nach den sogenannten Stöckerprocessen bedenklich geworden war. Ferner gilt es als positive Thatsache, daß Fürst Bismarck in der Friederi-

cianischen Zeit zu Gunsten des Hofpredigers Kaiser Wilhelms I., wenn auch nicht aus persönlicher Neigung für den Geistlichen und Politiker, eingetreten ist.

Nach alledem stellt sich die hartnäckige Behauptung des „Reichsboten" objectiv als weiter nichts denn ein schlechter Dienst für den Hofprediger Stöcker dar.

Wir werden auf diese Beziehungen ausführlicher einzugehen bei dem Jahre 1895 Gelegenheit haben.

* * *

Anknüpfend an eine Mittheilung der „Kölnischen Zeitung" über das Fallenlassen des Socialistengesetzes sagen die „Hamb. Nachr." am 7. Oktober (M.-A.):

> Der „Kölnischen Zeitung" ist von unterrichteter Seite, wie sie sagt, eine Auskunft darüber zugegangen, wie es zu dem Fallenlassen des Socialistengesetzes gekommen sei. Der Kaiser, sämmtliche Monarchen, sämmtliche Minister hätten die Fortdauer des Gesetzes gewünscht, und wären deshalb bereit gewesen, dasselbe in der von den Nationalliberalen dargebotenen Form, also ohne Ausweisungsbefugniß, anzunehmen. Fürst Bismarck sei allerdings anderer Ansicht gewesen.
>
> Zu dieser, in Betreff des Fürsten Bismarck etwas knapp gehaltenen und deshalb der Mißdeutung ausgesetzten Darstellung erhalten wir, auch von unterrichteter Seite, folgende Ergänzung über die Haltung des Fürsten Bismarck und die Erwägungen, auf denen sie beruhte. Er hielt es nicht für zweckmäßig, daß die verbündeten Regierungen auf die Nachricht hin, die Stimmung der Fractionen lasse die unveränderte Annahme des Gesetzes nicht erwarten, ihre Vorlage durch Streichung des Ausweisungsparagraphen verstümmelten. Wäre das geschehen, so würde der Vorwurf laut geworden sein, die Regierungen hätten in ihrer Vorlage mehr gefordert, als sie brauchten. Der Reichskanzler rieth deshalb dazu, es auf den Beschluß des Reichstages ankommen zu lassen, und wenn derselbe gegen die Ausweisung ausfiele, dem Gesetz auch ohne dieselbe die Zustimmung zu geben. Wäre der Verlauf so gewesen, so würden die Regierungen, wenn doch wieder eine Gesetzgebung auf diesem Gebiete nothwendig werden sollte, nicht dem Einwande zu begegnen haben, daß sie ja 1890 sich besonnen hätten, mit der von den Nationalliberalen vorgeschlagenen abgeschwächten Fassung auskommen zu können.

* * *

Die „Münchener „Allgemeine Zeitung" greift in einem Artikel vom 7. October (M.-A.) noch einmal auf die Beziehungen König Wilhelm's zum damaligen Kronprinzen und dem Ministerpräsidenten zurück (vgl. S. 244 ff.)

Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck“ und lautet:

Den Mittheilungen, welche wir vor einiger Zeit aus der „Breslauer Zeitung“ über die Beziehungen Kaiser Wilhelm's I. zum Kronprinzen und zum Ministerpräsidenten von Bismarck im Jahre 1867 wiedergegeben haben, möchten wir noch einige Bemerkungen folgen lassen. Um sich die Situation von 1867 zu vergegenwärtigen, muß man auf die Thatsachen zurückgreifen, wie sie damals vorlagen. Kaiser Wilhelm I. hatte den Nikolsburger Präliminarien nur mit großem Widerstreben seine Zustimmung gegeben. Es ist noch nicht an der Zeit, die hierauf bezüglichen Auslassungen des Monarchen zu veröffentlichen, sie enthielten einen harten Vorwurf gegen den Ministerpräsidenten und gegen den Kronprinzen, „welcher sich auf seine Seite gestellt“. Aus freisinnigen Kreisen ist vor nicht langer Zeit berichtet worden, daß der Kronprinz über das Votum des Abgeordnetenhauses, welches im December 1866 die Einverleibung von Schleswig-Holstein aussprach, in hohem Grade unzufrieden war, während der König, sein Vater, so hohen Werth darauf legte, daß er das Gesetz am Weihnachtsabend vollzog und ihm damit ein ganz bestimmtes Gepräge verlieh. Der König hatte als Prinz die Sühne der schleswig-holsteinischen Schuld stets als eine Ehrensache angesehen. Der Ausgang von 1850 war ihm als ein Flecken auf der politischen und militairischen Ehre Preußens erschienen, den er getilgt sehen wollte. Später erblickte der König gleich Roon und anderen Männern jener Zeit in der preußischen Herrschaft über Schleswig-Holstein die Vorbedingung für jede weitere gedeihliche Entwicklung der preußischen und der deutschen Verhältnisse, während der Kronprinz damals mit der Augustenburgischen Herrschaft auskommen zu können meinte.

Das Jahr 1867 brachte dann die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages, die Berathung der Bundesverfassung, die Luxemburger Frage, den Abschluß des Zollbundes, den Besuch des Kaisers Alexander, die Pariser Reise, die schwierigen Verhältnisse in Hannover u. s. w., Momente, in denen bei König Wilhelm I. schwerlich die Absicht bestanden haben kann, sich von seinem Ministerpräsidenten zu trennen, an welchen ihn damals schon so große gemeinsame Erinnerungen und eine so bewegte politische Zeit doppelt fest knüpften. Ein Schatten mag vielleicht vorübergehend auf diese Beziehungen gefallen sein, als es sich um die Entlassung des Justizministers Grafen zur Lippe handelte. Der König fühlte sich seinen Ministern aus der Conflicts- und Kriegszeit dankbar verpflichtet. Aber Graf Lippe hatte durch seine in Kurhessen getroffenen Maßnahmen sein Verbleiben im Amt unmöglich gemacht, und der König ging persönlich nach Kassel, wo er dem Oberbürgermeister Nebelthau beim Empfange

sagte: „Es sind Irrungen vorgekommen, sie wieder auszugleichen bin Ich hier.“

Wer das Verhältniß des Königs und Kaisers Wilhelm I. zum Fürsten Bismarck verstehen will, muß auf den Zeitpunkt zurückgehen, in welchem der Ministerpräsident sein Amt antrat. Bismarck kam damals in Wahrheit als ein Retter in der Noth. Dies erhellt am deutlichsten aus der ersten Audienz, welche der vom Kriegsminister v. Roon aus Frankreich herbeigerufene Staatsmann bei seinem Monarchen hatte und über welche uns schon vor längerer Zeit von diplomatischer Seite aus eine durchaus vertrauenswerthe Schilderung gegeben worden ist. Die Audienz fand im Park von Babelsberg statt. Der König war sehr niedergeschlagen. Das erste Schriftstück, welches er Herrn v. Bismarck einhändigte, war — seine Abdankungsurkunde. Bismarck sah sie betroffen an und bemerkte, dahin dürfe es in Preußen nicht kommen. Der König erwiderte: „Ich habe Alles versucht und sehe nirgends einen Ausweg. Gegen Meine Ueberzeugung kann Ich nicht regieren. Meine Minister sind gegen Mich, Mein Sohn hat sich auf ihre Seite gestellt. Auch Sie sind ja bereits bei ihm gewesen. Komme Ich mit Ihnen zu keiner Verständigung, so lasse Ich dies hier in den ‚Staats-Anzeiger‘ setzen, und dann mag Mein Sohn zusehen, wie er fertig wird. Die Preisgebung der Armeeorganisation ist gegen Meine Ueberzeugung, und gegen diese zu handeln, würde Mir als eine Pflichtwidrigkeit erscheinen.“

Bismarck entgegnete: er sei bei dem Kronprinzen nur gewesen, weil Se. kgl. Hoheit ihn sofort nach der Ankunft in Berlin zu sich befohlen habe. Auf Befragen des Kronprinzen über seine Absichten habe er erwidert: er müsse zuvor die Wünsche Sr. Majestät kennen lernen. Vor allen Dingen aber bitte er den König, die Abdankungsurkunde und alle auf Abdankung bezüglichen Gedanken aufzugeben. Der König wog das Blatt in der Hand und fragte: „Wollen Sie es versuchen, ohne Majorität zu regieren?“ „Ja.“ „Ohne Budget?“ „Ja.“ „Ohne die Armeeorganisation preiszugeben?“ „Ja.“ „Dann sehen Sie hier mein Programm.“ — Der König wies Herrn v. Bismarck ein sechs oder mehr Quartseiten umfassendes, mit seiner kleinen Handschrift eng beschriebenes Schriftstück. Bismarck fing an zu lesen. Obenan stand die Frage der Kreisordnung, bei welcher über die Vertretung der Rittergüter und der Städte auf den Kreistagen ein harter Kampf entbrannt war. Bismarck sagte zum Könige: „Ew. Majestät, es handelt sich jetzt doch nicht um die Frage, ob auf den Kreistagen der Städter oder der Junker das Uebergewicht haben soll, sondern ob in Preußen die Krone oder die Majorität des Abgeordnetenhauses regieren soll. Ist diese Frage entschieden, so ordnen sich die andern von selbst. Wenn Ew. Majestät mir

das Vertrauen schenken, so bin ich bereit, die Geschäfte zu übernehmen, aber ohne Programm. In einer so schwierigen Lage ist ein geschriebenes Programm für Ew. Majestät wie für mich bindend und kann unter Umständen erschwerend wirken. Zunächst gilt es doch, die Hauptfrage zu entscheiden." Nach einigem Nachdenken willigte der König ein. Man befand sich auf einer Brücke über eine kleine Schlucht im Park, der Monarch begann das Programm zu zerreißen und die Stücke fallen zu lassen. Bismarck nahm sie wieder auf, indem er sagte: „Wollen Ew. Majestät das Papier nicht lieber dem Kamin anvertrauen? Hier könnte es doch aufgefunden werden, und ein Jeder kennt hier Ew. Majestät Handschrift." Der König steckte darauf das Programm in die Brusttasche seines Interimsrockes, besprach mit Bismarck die behufs der Ernennung zu erledigenden Formalitäten, wobei er u. A. betonte, dem Fürsten Hohenzollern, der damals noch formell Ministerpräsident war, selbst schreiben zu wollen, und wandte sich dann zum Gehen. War seine Haltung vor der Unterredung die eines tiefgebeugten Mannes gewesen, so schritt er jetzt aufrecht, fest und straff von dannen.

Kreisen, in welchen diese Thatsachen bekannt waren, ist damit auch der Schlüssel für die Festigkeit des Bandes, welches den großen König und Kaiser an seinen großen Minister knüpfte, gegeben. An der Innigkeit dieses Verhältnisses wird keine „Enthüllung" etwas zu ändern vermögen, selbst wenn im Laufe der fast sechsundzwanzigjährigen gemeinsamen Thätigkeit des Königs und Bismarck's einzelne Meinungsverschiedenheiten selbstverständlich nicht ausgeblieben sein werden. Aber sie waren nie groß genug, um an die große Wirksamkeit dieses Monarchen und dieses Staatsmannes heranzureichen, und an die Treue, welche der unvergeßliche Kaiser und König seinem ersten Diener in allen den oft recht schwierigen Phasen ihrer gemeinsamen großen Epoche und allen Einflüssen gegenüber gehalten hat.

* * *

Die oben (S. 263) mitgetheilte Bemerkung der „Kölnischen Zeitung" über die Stellung des Fürsten Bismarck zum Socialistengesetz erhalten in den „Hamb. Nachr." vom 9. October noch eine weitere Ausführung:

Fürst Bismarck und das Socialistengesetz. Die „Kölnische Zeitung" kommt in ihrer Ausführung vom 2. October auf die Angabe zurück, daß Fürst Bismarck das Socialistengesetz ohne die Ausweisungsbefugniß nicht habe annehmen wollen, im Gegensatz zu den Wünschen sämmtlicher anderer Vertreter der Regierungen, und daß hierdurch das Gesetz gefallen sei.

Wir betonen dieser Darstellung gegenüber nochmals, daß ebenso wie sämmtliche Monarchen und Minister, auch der damalige Reichskanzler

das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen anzunehmen empfohlen hat, sobald durch Reichstags-Plenarbeschluß festgestellt sein würde, daß die Regierungen ihre volle Vorlage nicht zur Annahme bringen konnten. Der Fürst glaubte, daß auch ein geringeres Ergebniß als die Vorlage, so lange es in der Richtung der letzteren läge, nicht abzulehnen sei, sobald rechtlich feststände, daß ein majus nicht zu erreichen sei. Sein Widerspruch betraf den modus procedendi, nicht die Sache selbst. Nicht bloß für diesen Fall, sondern auch für jede andere Gesetzvorlage hielt er daran fest, daß die verbündeten Regierungen nicht wohlthäten, ihre eigene, wenig Wochen alte Vorlage selbst und aus eigenem Antriebe zu amendiren, ohne daß ein Plenarbeschluß die Undurchführbarkeit derselben constatirt habe.

Fürst Bismarck hat Jahrzehnte hindurch gegen die Neigung von Commissarien und Ministern gekämpft, auf Grund von Commissionsverhandlungen, in denen das Plenum des Reichstags nicht zum Ausdruck kommt, oder auf Grund von Coulissen-Einflüssen der Fractionsführer die eigene Vorlage zu ändern oder abzuschwächen, und hielt daran fest, daß der Bundesrath den Anlaß zu Aenderungen seiner Vorlagen nur amtlichen Plenarbeschlüssen des Reichstags, nach Bedürfniß, zu entnehmen habe. Deshalb ist Fürst Bismarck auch in dem Falle des Socialistengesetzes dagegen gewesen, in der letzten Stunde vor dem Reichstagsschluß die Flagge, welche die Regierung mit ihrer Vorlage aufgezogen hatte, vor Commissionsverhandlungen ohne Plenarbeschluß zu streichen. Wohl aber war er dafür, falls der Reichstag das Socialistengesetz ohne Ausweisungsparagraph angenommen hätte, regierungsseitig dasselbe zu thun.

Die conservative Partei hat damals die Geneigtheit gezeigt, auch ohne Ausweisung für das Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung vorher erklärte, daß sie damit einverstanden wäre. Sie wollte der Regierung allein die Verantwortung für die Abminderung des bisherigen Gesetzes zuweisen. Unserer Ansicht nach hätte auch die conservative Partei aus der Unmöglichkeit, die volle Vorlage zu erreichen, keinen Anlaß nehmen sollen, das, was im Sinne des Gesetzes überhaupt zu erlangen war, zu adoptiren, wenn auch das wünschenswerthe Mehr einstweilen nicht zu haben war. Letzteres hätte auf Grund eintretenden Bedürfnisses auch später angestrebt werden können, so lange die Regierung nicht selbst die unwahre Erklärung abgegeben hatte, daß sie mit dem verkürzten Gesetze auszukommen glaube. —

Für die Wichtigkeit und Nützlichkeit des Socialistengesetzes im Interesse der staatlichen Ordnung Beweise beizubringen, dessen glauben wir enthoben zu sein. Den besten haben die Socialisten selbst in den letzten

Tagen geliefert in Form des Jubels, mit dem sie die Aufhebung des Gesetzes feiern, ungeachtet aller Mahnungen der berechnenden Führer, nicht zu lebhafte Freude zu äußern und damit zu zeigen, was das Gesetz und der 1. October für sie bedeutet.

* * *

Am 26. October feierte Generalfeldmarschall Graf Moltke seinen 90. Geburtstag. Der „Temps" hatte gemeldet, daß der Kaiser den Fürsten Bismarck zur Theilnahme an der Feier eingeladen hätte. Die „Hamb. Nachr." (M.=A. vom 26. October) bezeichnen diese Nachricht als irrthümlich, betonen aber das herzliche Verhältniß zwischen Bismarck und Moltke:

Verschiedene Blätter haben dieser Tage die Meldung des Berliner Correspondenten des Pariser „Temps" weiter verbreitet, der Kaiser habe den Fürsten Bismarck eingeladen, an der Moltke=Feier theilzunehmen. Die Nachricht ist irrthümlich. Andererseits darf man sicher sein, daß es lediglich Rücksicht auf seinen ihm die Theilnahme an großen Festlichkeiten nicht erlaubenden Gesundheitszustand gewesen ist, welche den Fürsten abgehalten hat, aus eigenem Antriebe nach Berlin zu kommen und seinen langjährigen Genossen persönlich zu beglückwünschen. In den 25 Jahren ihrer gemeinsamen Thätigkeit für des Vaterlandes Wohl haben sich zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Moltke naturgemäß persönliche Beziehungen entwickelt, die ihnen gegenseitig höchste Achtung und herzliches Wohlwollen sichern. Wie eng sich Fürst Bismarck mit dem Grafen Moltke verbunden gefühlt hat, das hat er im Jahre 1888 nach Kaiser Wilhelm's Tod gezeigt, als er im Reichstage in tiefer Bewegung zu Moltke die Worte sprach: „Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr hält uns im Geleise." Und wie der Fürst den greisen Feldmarschall noch jetzt verehrt, wird Jedem, der die Räumlichkeiten des Friedrichsruher Schlosses gesehen hat, zur Vorstellung gelangt sein. Nicht weniger als drei Bildnisse Moltke's schmücken die Zimmer in verschiedener Gestaltung, als Büste und als Gemälde.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 28. Oktober (M.=A.) bringen einen Artikel zum Abdruck, der eine Parallele zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Freiherrn vom Stein zieht. Da der Artikel auf mancherlei Stimmungen und Anschauungen in Kreisen, die als maßgebend zu gelten beanspruchen, Rücksicht nimmt und auch in politischer Hinsicht von nicht geringem Interesse ist, geben wir ihn hier wieder:

Fürst Bismarck und der Freiherr vom Stein.

Eine von der „Kreuzzeitung" vor einiger Zeit an leitender Stelle gebrachte Ansprache eines Militairgeistlichen aus Hannover, welche das Thema „Deutsche Treue" behandelt, vergleicht das Auftreten des Fürsten von Bismarck im

Jahre 1890 mit dem Verhalten des Freiherrn vom Stein nach dem Ausscheiden aus seinem ersten Ministerium am 3. Januar 1807. Stein (und Arndt), heißt es, hätten den Schmerz erleben müssen, von ihrem Könige, dem sie Alles zu opfern bereit gewesen, gänzlich verkannt zu werden. Stein sei von Friedrich Wilhelm III., dem er auf der Flucht nach Memel folgte, „plötzlich" ein widerspenstiger, trotziger, ungehorsamer Staatsdiener gescholten und darauf in Ungnade entlassen worden. Stein habe sich ohne Murren gefügt, und als der König ihn „richtiger" erkannt, da habe er das Geschehene vergessen und sei bereitwilligst in den Rath Friedrich Wilhelms III. wieder eingetreten. (Geschah September 1807.) Dieselbe deutsche Treue, wie sie Stein (und Arndt) trotz bitterer Erfahrungen „dem Vaterlande" gegenüber bewahrt hätten, vermisse man bei einem neuerlichen in „Schmollen und Gegenactionen" sich äußernden Verhalten.

In diesem Lichte lassen reactionäre und freisinnige Beurtheiler die Heldengestalt des Fürsten Bismarck erscheinen; mangelnde Treue gegenüber dem Vaterlande — warum nicht gleich lieber Verrath! — getraut man sich einem Manne vorzuwerfen, welcher Deutschland zur Einigkeit, das Haus der Hohenzollern zu weltgebietender Stellung emporgehoben, welcher das monarchische System zu nie dagewesenem Ansehen gebracht hat, welcher 28 Jahre lang unerschrocken nur für die Größe seines Vaterlandes kämpfte, Lebensgenuß und Gesundheit opferte, um gegen den Unverstand, die Selbstsucht, die Bosheit als die schlimmsten inneren Feinde des Staatslebens zu streiten! Und worauf gründet sich der Vorwurf? Fürst Bismarck hat zuweilen noch gesprochen! Dem schadenfrohen Geheule seiner Feinde hat er hie und da ein Wort der Aufklärung entgegengesetzt! Ferner, mit dem auferlegten Verzichte auf die amtliche Thätigkeit hat sich der große Mann nicht auch gleichzeitig von dem Sorgen und Wirken für das öffentliche Wohl getrennt; er hat seine Ansicht über politische Zeitfragen unverhohlen geäußert, wie es jedes Staatsbürgers Recht ist in den Grenzen, die ihm das Gesetz gestattet, und wie es Pflicht für einen Mann ist, dessen überlegene Einsicht und Erfahrung ein unschätzbares Gut für die Gesammtheit bleiben, auch unter den zu unserem Leidwesen veränderten Verhältnissen. In der That kläglich, jämmerlich, eine Anschauung der Dinge, wie sie die „Kreuzzeitung" ihren Lesern aufzutischen wagt! Man könnte sagen traurig, wüßte man nicht, wie wenig die „Kreuzzeitung" und ihr Anhang im Deutschen Volke bedeuten. Und nun muß gar der Freiherr vom Stein gegen Bismarck herhalten. Derselbe Stein, welchen die Reactionäre Preußens bei Lebzeiten gehaßt, geläſtert, verdächtigt, schließlich gestürzt, ja aus dem Vaterlande getrieben haben! — Der ganze Angriff auf Bismarck's Charakter und seine Begründung mit dem Beispiele von Stein ist so durchaus geringwerthig, daß wir ein näheres Eingehen auf denselben für unzweckmäßig erachten. Wenn wir uns gleichwohl mit dem Gegenstande

ausführlicher beschäftigen, so geschieht dies nur aus dem Grunde, weil uns eine vergleichende Betrachtung der weltgeschichtlichen Persönlichkeiten von Bismarck und vom Stein im gegenwärtigen Augenblicke ohnehin angebracht und lehrreich erscheint.

In der That lassen sowohl die Persönlichkeiten der beiden Staatsmänner als auch ihre Geschicke manche Aehnlichkeit erkennen. Sie sind beide geniale Menschen, groß an Geist und an Charakter, der rheinische Reichsritter wie der Edelmann aus der Mark, beide voll Thatkraft, beide von leidenschaftlicher Hingabe an König und Vaterland beseelt. In Beiden dieselbe Gleichgültigkeit gegen Parteidogmen, dieselbe wunderbare Mischung conservativer und fortschrittlicher, aristokratischer und demokratischer Anschauungen, dieselbe rücksichtslose, nur auf das Ziel gerichtete Sachlichkeit. In ihrer Einsicht den Zeitgenossen überlegen, in ihren Mitteln manchmal außergewöhnlich, aber in den Beweggründen ihres Handelns stets tief sittlich haben sie mehr als einmal leidenschaftlichen Widerspruch hervorgerufen. Ihre Thätigkeit verlief in ununterbrochenem Kampfe gegen Irrthum, Schwäche und Bosheit. Weitschauend, überzeugungsfest, unbeugsam in ihrem Willen, stellten sie die höchsten Anforderungen auch an die Einsicht der Monarchen, deren Sache sie dienten. Sie scheuten das Stirnrunzeln des Königs nicht, aber sie wirkten für sein Wohl mit allen Kräften ihrer reichbegabten Natur. Die Erfolge beider Männer sind groß gewesen. Sie sahen sich belohnt durch die begeisterte Liebe der Besseren ihrer Zeit, wie sie ihre Todfeinde Beide in denselben Kreisen der Privilegirten und Reactionäre, in denen der anmaßenden Mittelmäßigkeit, der Neider und Intriguanten, in den Zaghaften und Kurzsichtigen, in den Schmeichlern fürstlicher Irrthümer und Schwächen gefunden haben. Streng und hart von Natur, viel spröder als sein großer Nachfolger hat der Freiherr vom Stein an Widerstand und Feindschaft gewiß noch mehr auszustehen gehabt, als es Bismarck beschieden war: nur der Kampf mit den parlamentarischen Parteien blieb ihm erspart.

Stein's Entzweiung mit dem Könige erfolgte zu Anfang 1807, während des unglücklichen Krieges mit Napoleon. Stein hatte den König wiederholt auf das Verderbliche der amtlich nicht verantwortlichen Rathgeber hingewiesen. Er hatte sich mit seinen Vorstellungen mehrfach den Unwillen des Königs zugezogen. Als er nun Ende 1806 die Uebernahme des Ministeriums des Innern ausdrücklich von der Neuorganisation der Ministerien, zumal der gänzlichen Entfernung der Cabinetsberather abhängig machte, da traf ihn am 3. Januar 1807 der helle Zorn des Königs in Gestalt eines nach Inhalt und Form beleidigenden Schreibens. Stein erbat sofort seine Entlassung und begab sich auf seine Güter, tief entrüstet über die Behandlung, die ihm geworden, auch ohne jedes Vertrauen auf die Umgebungen des Königs. „Ich verspreche mir Nichts,“ schrieb er, „von den Ingredienzien de la Cour de

Memel; es ist eine geistlose, geschmacklose Zusammensetzung, keiner als der faulenden Gährung fähig. Herr von Hardenberg scheint noch einiges Günstige zu erwarten; ich bewundere seine Langmuth, wünsche, daß sie gegründet sei, erwarte mir aber von leeren, trägen und platten Menschen Nichts." Doch auch in dieser Einsamkeit beschäftigte ihn nur der Gedanke, wie Preußen wieder aufzurichten sei u. s. w. (Häusser, Deutsche Geschichte III, S. 123.) So war die Stimmung des Mannes, der zur Zeit Friedrichs des Großen in den preußischen Staatsdienst eingetreten war, voll Begeisterung und Vertrauen auf die Zukunft seines Adoptivvaterlandes, und der jetzt dem Sturze Preußens zusehen mußte, ohne Aussicht auf günstigere Wendung. So empfand und dachte er, wie er als vaterlandsliebender und ehrfühlender Mann nicht anders konnte, und so sprach er sich zu seinen Gesinnungsgenossen aus, in deren Kreise manches bittere, aber wahre Wort über die Mißregierung in Preußen gefallen ist. Aber, wird man sagen, Stein ist mit seinen Ansichten damals nie vor die Oeffentlichkeit getreten. Gewiß nicht, dazu waren auch weder die Verhältnisse damaliger Zeit angethan, noch die Stellung, welche der Freiherr vom Stein im öffentlichen Leben einnahm. Oeffentlichkeit und öffentliche Meinung haben heutzutage eine ganz andere Bedeutung als damals. Die Fragen der inneren Politik, die internationalen Beziehungen der Völker, die Personen, denen die Leitung der Dinge anvertraut ist, unterliegen heute einer fast uneingeschränkten öffentlichen Besprechung. Die Meinungen, welche sich öffentlich äußern, können auch auf die Regierungspolitik bestimmend einwirken. Darum ist denn auch heute unter Umständen als patriotische Pflicht anzusehen, seine Meinung öffentlich auszusprechen, weil der Schweigende den Vertretern irriger, vielleicht verderblicher Anschauungen das Feld überläßt. In den Zeiten Friedrich Wilhelm's III. und des Freiherrn vom Stein lagen die Dinge in dieser Hinsicht noch ganz anders. Auch sonst sind die Umstände, unter denen 1807 die Entlassung Stein's erfolgte, mit dem Ereigniß vom 20. März 1890 nach dieser Seite hin nicht zu vergleichen. Den mit den Staatsgeschäften Vertrauten galt ja Stein schon damals als einer der hervorragendsten Männer des amtlichen Preußens. Aber den weiten Kreisen des preußischen Volkes, geschweige den Deutschen, ist Stein erst in den folgenden Jahren näher getreten. Die gewaltige Erregung, wie sie im März 1890 die ganze Welt durchzitterte, fand in gleichem Maße 1807 selbst in dem kleinen Preußen nicht statt, ganz zu schweigen von den vielen Irrungen, hämischen Angriffen und Verleumdungen, die 1890 gewissermaßen eine authentische Richtigstellung bedingten. Wie es also ohnehin verkehrt sein würde, dem einen Staatsmanne vorwerfen zu wollen, nur was der andere unter vielleicht ähnlichen Verhältnissen nicht gethan hat, so erklärt sich das verschiedene Verhalten der beiden Männer in diesem Falle schon aus der völligen Verschiedenheit der Zeiten und Dinge. Jedenfalls ist die Gegenüberstellung

des bösen Bismarck mit dem lammfrommen Stein als eine ungeschichtliche Naivität anzusehen.

Aber der Freiherr vom Stein, heißt es, hat, als ihn sein König richtiger erkannt, das Geschehene vergessen und seine Dienste dem Vaterlande von Neuem gewidmet. Also auch hierfür soll Fürst Bismarck verantwortlich gemacht werden? Ist er denn bisher wieder gerufen worden? Oder glaubt Jemand, daß er sich dem Rufe entziehen würde, falls man sich in einer Nothlage gezwungen sehen sollte, sich von Neuem seiner geschickten Hand zu bedienen? Denn nur die bittere Nothwendigkeit, nicht Sinnesänderung zwang Friedrich Wilhelm III. zur Wiederberufung Stein's. Nach dem Frieden von Tilsit sah sich Friedrich Wilhelm III. von seinen bisherigen Berathern verlassen; er fand keinen anderen Mann, dem er den undankbaren Ministerposten anvertrauen konnte: von der Königin Luise und von Hardenberg gerufen, kehrte Stein im September (in den „Hamb. Nachr." steht November; Stein traf aber schon am 30. September in Memel ein. D. Verf.) 1807 an den preußischen Hof nach Königsberg zurück. Der König überwand sich zur Demüthigung vor dem Manne, dem er vor kaum neun Monaten geschrieben hatte, daß der Staat sich keine große „Rechnung auf seine ferneren Dienste machen" könne. Von da ab fügte er sich der überlegenen Sachkenntniß seines Ministers mehr und mehr, ging namentlich auf seine Reformgedanken ein, schützte ihn auch thatkräftig gegen die Angriffe seiner preußischen Feinde. Aber persönlich abgeneigt blieb er dem Freiherrn nach wie vor. Er fühlte sich durch Stein's Persönlichkeit beengt, und so ist es gekommen, daß Stein nach dem Falle der Napoleonischen Herrschaft auf den preußischen Staatsdienst verzichtete. In diesem Punkte, in den persönlichen Verhältnissen zu seinem königlichen Herrn, zeigt Stein's politische Laufbahn die bedeutendste Abweichung von dem Leben Bismarck's: ein Zusammenstimmen und Zusammenwirken von Monarch und Minister, wie es, beide Helden ehrend, zwischen Wilhelm I. und Bismarck stattfand, hat in der Weltgeschichte überhaupt kaum je bestanden. Stein durfte an der Zerstörung der Napoleonischen Weltherrschaft und der Neugestaltung Deutschlands nur außeramtlich, wenigstens nicht von preußischer Amtsstellung aus, mitarbeiten. Seine Lage war schwieriger, als die Bismarck's bis zum 20. März dieses Jahres gewesen, seine Erfolge waren darum auch minder großartig. Aber gerade in diesem Punkte zeigt das Leben der beiden Staatsmänner auch wieder eine unverkennbare Uebereinstimmung: sie haben Beide auch in der minder günstigen Position des Privatmannes politisch weitergewirkt, von einem unwiderstehlichen inneren Berufe getrieben, ihre Erfahrung, ihre den Zeitgenossen überlegene Einsicht auch weiterhin dem öffentlichen Wohle zu widmen. Man hat ihnen darum doppelt gezürnt, hat sie geärgert, verdächtigt, ihnen das Recht, mitzureden, abgesprochen, Stein nicht weniger als Bismarck. Die Menschen waren eben

die gleichen 1890 und damals, so verschieden auch die Zeiten und ihre Aufgaben gewesen sind.

Wenn sich Fürst Bismarck nach dem Rücktritt in das Privatleben zur Aufgabe gesetzt zu haben scheint, noch weiter zu einem Volke zu reden, das zu ernstem politischen Denken er überhaupt erst erzogen hat, und das auf das Wort des Meisters begierig lauscht; wenn er in der großen Frage der Zeit, dem socialen Ausgleich, seine Stimme erheben zu müssen glaubt, um vor Wegen zu warnen, die er für gefährlich hält; wenn er schließlich mit dem Gewicht seines persönlichen Ansehens, das an sich schon eine Riesenmacht bedeutet, für die Erhaltung des Weltfriedens wirken will: so waren dem gegenüber in den sturmbewegten Jahren vom Ende 1808 bis 1815 die Gedanken und die Thätigkeit des zum zweiten Male aus dem Amte gedrängten, schließlich von Napoleon geächteten Freiherrn vom Stein zunächst dem Kampfe gegen Napoleon, dann der Neugestaltung Deutschlands gewidmet.

Am 4. November 1808, nach etwas mehr als einjähriger Thätigkeit, legte Stein das Amt eines preußischen Ministers zum zweiten Male nieder. Mit dem Könige war er diesmal besser zurechtgekommen, als in seiner ersten Ministerstellung; nur einmal, als Stein von Neuem auf die Entfernung des Cabinetsraths Beyne drang, drohte der alte Conflict von Neuem auszubrechen. Stein, von der Königin Luise wirksam unterstützt, setzte schließlich seinen Willen durch; auch seine Reformpläne fanden bei Friedrich Wilhelm III. Billigung. Nur zu einem warmen persönlichen Verhältniß brachte es Stein mit dem König, wie gesagt, nicht. Auch die Königin wurde ihm abgeneigt, als sich Stein ihrem Lieblingsplane, einer Reise des Königspaares an den russischen Hof, aus finanziellen Gründen nachdrücklich widersetzte. Mit dem König selbst hatte Stein damals nur auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Meinungsverschiedenheit. Er rieth dem König zu einem Bündniß mit Oesterreich gegen Frankreich, während Friedrich Wilhelm III. ohne Zustimmung des Zaren sich zu einem solchen Schritte nicht entschließen mochte. Lange hatten Stein's Feinde am preußischen Hofe, die Reactionären und die französisch Gesinnten, bei König und Königin vergeblich alle Hebel angesetzt, die Berliner Lästerblätter sich umsonst um den Sturz des verhaßten und damals sehr viel vermögenden Ministers bemüht. Erst als es ihnen gelang, Stein den Franzosen zu verdächtigen, eröffnete sich Aussicht auf Erfolg.

Was nunmehr geschah, vom August 1808, da die Franzosen Stein's bekannten Brief an Wittgenstein bei Spandau abfingen — unzweifelhaft auf einen Wink von einem Feinde —, bis zum 4. November, als Stein seine Entlassung erhielt, und wiederum bis zum 16. December 1808, wo das berüchtigte Aechtungsdecret Napoleons gegen Stein anlangte: das ist Alles das Werk der inneren Feinde des großen Mannes, die Frucht ihrer unausgesetzten Verdächtigungen gewesen. Die unwürdige Art, wie man Stein behandelte,

trieb ihm die Theilnahme aller Gutgesinnten erst recht zu; aber auch derer, welche sich der Macht fügten, und von dem Gestürzten furchtsam wegrückten, gab es eine Menge. Stein flüchtete nach Oesterreich; an der sittlichen Kraft des aus Amt, Eigenthum und Vaterland getriebenen Privatmannes fand der allmächtige Kaiser der Franzosen seinen gefährlichsten Feind.

Es ist hier nicht der Ort, das Wirken Stein's in den entscheidenden Jahren bis 1815 in allen Einzelheiten darzulegen; es kommt uns nur darauf an, zu zeigen, wie der Freiherr vom Stein fortfuhr, für die Sache zu arbeiten, um welche er aus dem Amte hatte scheiden müssen, unter doppelten Schwierigkeiten, trotz formaler Bedenken, unter dem unwiderstehlichen Drange eines inneren Berufes, zum Frommen und zum Danke seines Vaterlandes. Bei Ausbruch des französisch-russischen Krieges im Sommer 1812 begab sich Stein zu dem russischen Kaiser, in dessen Umgebung er bis zum Ende des Wiener Congresses verblieb. Mit anderen Deutschen betrieb er in Rußland den Widerstand gegen Napoleon und die Vorbereitung des deutschen Aufstandes gegen die Franzosen. Niemand war zu dieser Aufgabe mehr gemacht, als er. Das amtliche Rußland sah dem Treiben des Freiherrn, der bei Alexander I. sehr viel vermochte, nicht gerade mit günstigen Augen zu; Stein lehnte jede amtliche Stellung ab, gerade um den Neid der Einheimischen nicht zu reizen, und zugleich, um in seinen eigenen Bewegungen freier zu sein. Der Kernpunkt seiner Thätigkeit von 1812 bis zum Ende der Wiener Verhandlungen war die Wahrung der deutschen und preußischen Interessen, aber mit Hülfe der Macht und des Einflusses von Rußland selbst gegen die Intentionen des amtlichen Preußens. War ja doch Preußen damals mit Napoleon gegen Rußland verbündet.

Während des Krieges in Rußland war es Stein, auf dessen Rath der schwankende Zar nach dem Falle von Moskau die französischen Friedensanerbietungen zurückwies. Nach dem Untergange der Armee Napoleon's im Winter 1812 erschien Stein mit russischer Vollmacht in seinem preußischen Vaterlande. Stein half die Theilnahme des officiellen Preußens an dem Kriege gegen Napoleon erzwingen. Friedrich Wilhelm III. hat sich bekanntlich lange gegen diese Schwenkung der preußischen Politik gesträubt: ihm mochte der Volkskrieg, wie ihn Stein und Andere planten, durchaus nicht gefallen; die Einmischung seines ehemaligen Ministers verabscheute er geradezu; ja Stein's bloßes Erscheinen in Breslau hat ihn damals tief verstimmt. Auch andere Männer reizte Stein's thatkräftiges Eingreifen, zuerst in Ostpreußen, sodann in den von den verbündeten Heeren besetzten Theilen von Deutschland während des Befreiungskrieges, zu Widerspruch: es kam mitunter zu heftigen Reibungen zwischen Stein und den preußischen Behörden.

Am erbittertsten äußerten sich jetzt Stein's ehemalige Freunde in Preußen, z. B. York, der ihn einen tollen Kopf nannte; man warf ihm Eigenmächtigkeit, herrisches Wesen vor; man bezeichnete ihn spöttisch als „den deutschen

Kaiser". Von dem Congresse zu Wien schrieb Gneisenau: „Die Schwachen und Boshaften stehen im Bunde gegen Stein; jene fürchten, diese hassen ihn. Ich fürchte daher, daß seine Einwirkung in Wien nicht groß sein wird. Die österreichischen Diplomaten besonders halten ihn für einen leibhaftigen Satanas und möchten ihn aus ihrer Gegenwart heraus exorcisiren." —

Stein hat alle Anfeindungen und Verstimmungen auch von hoher Stelle nicht gescheut; er hat zumal auch der schwächlichen Politik der damaligen preußischen Regierung entgegengearbeitet, noch zu Wien als einfacher Privatmann, lediglich mit den Mitteln persönlichen Einflusses, den ihm sein Ansehen, seine Vergangenheit, seine Sachkenntniß und seine zahlreichen preußischen wie außerpreußischen Verbindungen verschafften. Er würde wohl erfolgreicher gewirkt haben, wenn ihm amtliche Befugniß zur Seite gestanden hätte. Wäre Preußens Politik in den entscheidenden Tagen von 1814 und 1815 durch Männer wie Stein und Gneisenau gelenkt worden, so hätten sich seine und Deutschlands Geschicke günstiger gestaltet, als es in Wirklichkeit geschah. Denn daß es nur an der zaghaften Passivität des Königs wie an der Thatenlosigkeit des Ministers von Hardenberg gelegen, wenn z. B. Straßburg und Metz in französischen Händen verblieben, wenn überhaupt Preußens Stimme bei allen diplomatischen Verhandlungen dieser denkwürdigen Zeit nicht mit dem Gewicht in die Wagschale fiel, das es nach seinem militairischen Antheil an den Erfolgen des Freiheitskrieges beanspruchen durfte, ist jedem Kenner der Geschichte unseres Vaterlandes genugsam bekannt. Wenn nun ein Mann wie Stein, der einst das Steuerruder in Preußen gelenkt hatte, obwohl ihm das Schicksal damals nur eine Nebenrolle übrig ließ, trotzdem tapfer mitrieth und so viel wie möglich von seinen Gedanken durchsetzte, so war dies ehrenhaft gehandelt, und man wird ihm heutzutage seine Handlungsweise sicherlich nicht mehr verübeln. Seine Worte und Thaten tragen ihre Rechtfertigung in sich selbst.

Es schien uns zweckmäßig, in den vorstehenden Ausführungen an einige Begebenheiten aus der früheren Geschichte zu erinnern. Auf Vollständigkeit macht unsere Arbeit keinen Anspruch, um so weniger, da das Mitgetheilte für unsere Absicht genügen wird. Stein und Bismarck waren ihre Größe, ihr Ruhm und ihr Leid zugleich. Wenn ihre Bestrebungen Widerstand gefunden haben an allen Stellen, wo sie anzusetzen hatten, so kann daraus Niemandem ein Vorwurf erwachsen; denn wichtige Entwicklungen können sich naturgemäß nur im Widerstreit der Meinungen vollziehen. Lästerungen aber und lieblose Behandlung der großen Männer der Nation fallen der Verachtung aller sittlich empfindenden Menschen anheim, und so vertrauen wir auch, daß die zukünftige Geschichtschreibung, welche die Dinge von heute ohne Leidenschaft beurtheilen wird, der Schmähpresse von 1890 die gebührende Würdigung zu Theil werden läßt.

* * *

Sogar dieser Artikel wird von der freisinnigen Presse benutzt zu antibismarckischen Kundgebungen. Das „Berliner Tageblatt“ bringt nämlich in seiner Nr. 540 vom 29. October folgenden Artikel:

Fürst Bismarck und Freiherr v. Stein. Fürst Bismarck fühlt sich gedrungen, sich gegen einen Vorwurf zu vertheidigen, der ihm jüngst in der „Kreuz-Zeitung“ im Vergleich mit dem Reichsfreiherrn v. Stein gemacht worden. Auch dieser war bekanntlich bei seinem König in Ungnade gefallen, hatte sich aber, abweichend vom Fürsten Bismarck, mit patriotischer Ergebung und ohne Murren in sein Schicksal gefügt, bis er wieder in die Lage kam, dem Staate dienen zu können. Fürst Bismarck läßt dem gegenüber die „Hamb. Nachr.“ Folgendes erklären: (Hier folgen die Worte von „Mangelnde Treue“ — „veränderten Verhältnissen“, s. oben S. 269).

Wenn Fürst Bismarck nach seinem Sturze wirklich nur zur Vertheidigung und zur Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht das Wort genommen hätte, so würde Niemand darin etwas Auffälliges erblickt haben. Aber man weiß nur zu gut, daß die heftigen Ausfälle und Zornesausbrüche, in denen er sich theils durch Vermittelung seines Hamburger Leibblattes, theils in Interviews erging, mit der schlichten Erfüllung der Patriotenpflicht wenig zu schaffen haben. Auch Stein war, wie in den „Hamb. Nachr.“ betont wird, tief entrüstet über die Behandlung, die ihm zu Theil geworden; aber, selbst die „Hamb. Nachr.“ müssen das einräumen, die Oeffentlichkeit, das große Publicum hat er damit nie behelligt, nie beunruhigt; als ein wahrhaft großer Mann und echter Patriot duldete er still. Die Parallele mit Stein, die in den „Hamb. Nachr.“ zur größeren Ehre Bismarcks behaglich weiter ausgesponnen wird, stimmt also weder in diesem einzelnen Punkte noch überhaupt. Stein hat auch seine Rückberufung in den Staatsdienst niemals durch eine jener versteckten Drohungen zu erwirken versucht, wie sie neuerdings wieder in den „Hamb. Nachr.“ zu lesen ist, welche weiter schreiben: (Folgen die Worte „Aber der Freiherr v. Stein,“ — „anvertrauen konnte u. s. w.“, s. oben S. 272).

Die Speculation auf die Noth des Vaterlandes, in der das Bismarckblatt sich gefällt, um auf die Möglichkeit einer Rückberufung Bismarck's anspielen zu können, widerspricht den einfachsten Forderungen des Patriotismus, am allerwenigsten aber ist sie im Geiste Steins, der ruhig seine Zeit erwartete und dann mit ungetrübter Freudigkeit, als ob nichts geschehen wäre, seine Pflicht erfüllte. Im Interesse Bismarcks selbst hätten die „Hamb. Nachr.“ von einer weiteren Ausmalung dieser Parallele abstehen sollen; denn die Gegensätze, die zwischen den beiden Männern bestehen, treten dadurch nur um so schärfer hervor. Stein hatte Vertrauen zum Volke, das er zur Selbstregierung und Selbstverwaltung erziehen wollte; er machte die Unterthanen zu treuen Bürgern, schuf die Städteordnung, entfesselte Handel und Verkehr,

legte den Grund zu einer freieren Entwickelung der Wirthschaftspolitik. Ganz entgegengesetzte Wege schlug Bismarck ein; von tiefem, mit dem Alter wachsendem Mißtrauen gegen die freien Ideen der Zeit erfüllt, suchte er das Mitbestimmungsrecht des Volkes zu verkümmern, die mühsam errungene Selbstverwaltung einzuschränken, dem Verkehr Ketten anzulegen und eine sogenannte nationale Wirthschaftspolitik einzuführen, die uns mit ihren Zoll- und Zuchtschranken, mit ihrem die große Masse des Volkes schädigenden Privilegiumwesen um die Errungenschaften der großen Stein'schen Periode zu bringen und hinter dieselbe zurückzuwerfen drohte. Darum ist er nicht als der Erbe und Genosse Steins, sondern in vielen Punkten als dessen Gegenbild zu betrachten, und darum hätten die „Hamb. Nachr." klüger gethan, von diesem Vergleich mit Stein — zu schweigen.

Hierauf antwortet ein zweiter Artikel desselben Verfassers, der gewissermaßen einen Nachtrag zum ersten bildet und deshalb gleich hier folgen muß. Er ist enthalten in den „Hamb. Nachr." vom 4. November (M.-A.):

Das „Berliner Tageblatt" hat sich nicht enthalten können, unseren neulichen Artikel: „Fürst Bismarck und Freiherr vom Stein", den es in seiner Naivität noch dazu der Feder oder doch dem Einflusse des großen Reichskanzlers zuzuschreiben scheint, auf der Stelle mit einem Gegenartikel zu beantworten. (Berl. Tagebl., No. 548.) Wenn wir die beiden großen Staatsmänner wesentlich nach der Seite ihrer Erlebnisse verglichen und gezeigt haben, wie ihnen als geistig und sittlich großartig angelegten Persönlichkeiten ein Theil ihrer Zeitgenossen eine Feindseligkeit entgegentrug, die an dem Bestande oder an der Sittlichkeit der Menschennatur zweifeln macht, so hat das „Berl. Tagebl." nach dieser Seite die Richtigkeit unserer Parallele nicht angegriffen, sogar das Zutreffende unserer Ansicht bei dieser Gelegenheit durch seine gehässigen Ausfälle auf den Fürsten Bismarck seinerseits bestätigt.

Wenn es nun das „Berl. Tagebl." für gut befindet, sich in seiner Beurtheilung des Fürsten Bismarck lieber einer „Kreuzzeitung" anzuschließen, so wollen wir den vergeblichen Kampf gegen das „Berl. Tagebl." nicht unternehmen. Aber auf einem unglaublichen Mangel an Wahrheitsliebe beruht die in dem Gegenartikel des „Berl. Tagebl." erhobene Beschuldigung, die „Hamb. Nachr." hätten in dem Verlaufe des Artikels „durch versteckte Drohungen" auf die Rückberufung des Fürsten hinwirken oder gar „auf die Noth des Vaterlandes speculiren" wollen. Die betreffende von dem „Berl. Tagebl." angezogene Stelle unseres Artikels kann doch ihrem ganzen Zusammenhange nach nichts Anderes besagen, als daß Fürst Bismarck nach seinem patriotischen Empfinden ohne Zweifel dasselbe thun würde, was der ihm gegenübergestellte Freiherr Angesichts der Nothlage seines Vaterlandes gethan hat, nämlich Geschehenes vergessen und von Neuem eintreten. Von

der Wirklichkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit einer solchen Lage war in dem Falle des Fürsten Bismarck überhaupt keine Rede.

Sonst hat das „Berl. Tagebl." ein näheres Eingehen auf den Inhalt unseres Artikels klüglich unterlassen; auch nicht eine der von uns zum Vergleiche mit der Gegenwart herangezogenen Thatsachen aus dem Leben des Freiherrn vom Stein hat das „Berl. Tagebl." näher anzusehen gewagt. Vielleicht regte sich doch eine gewisse Beschämung!

Dagegen unterwirft das „Berl. Tagebl." im Anschlusse an die Besprechung unseres Artikels, der sich, wie gesagt, hauptsächlich auf die Erlebnisse der beiden Staatsmänner bezog, in 15 Zeilen seines 89 Zeilen langen Artikels seinerseits den Inhalt der Thätigkeit von Stein und von Bismarck einer vergleichenden Kritik. Stein, heißt es, habe Vertrauen zum Volke gehabt, das er zur Selbstregierung und Selbstverwaltung erziehen wollte; er habe Handel und Verkehr entfesselt und den Grund zu einer freieren Entwicklung der Wirthschaftspolitik gelegt. Dem gegenüber sei Bismarck von tiefem, mit dem Alter wachsendem Mißtrauen gegen die freien Ideen der Zeit auf dem Gebiete der eigentlichen Regierung wie auf dem der Wirthschaftspolitik erfüllt gewesen, so daß uns seine Maßnahmen um die Errungenschaften der großen Stein'schen Periode zu bringen und hinter dieselbe zurückzuwerfen drohten. Darum sei er nicht als Erbe und Genosse Stein's, sondern in vielen Punkten als dessen Gegenbild zu betrachten.

Abgesehen davon nun, daß die Behauptungen des „Berl. Tagebl." mit den Thatsachen durchaus nicht stimmen, daß die Regierung und Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck weit entfernt davon war, die individuelle Freiheit in Fesseln schlagen oder gar die Stein'schen Reformen wieder abschaffen zu wollen — man denke nur an den Widerspruch, den Fürst Bismarck gegen die Einmischung des Staates in die persönlichen Verhältnisse von Arbeitern und Arbeitgebern erhob; — daß auch die Stein'sche Verwaltung nicht ausschließlich auf Freigebung von Handel und Verkehr beruhte, wie z. B. Stein gegen den Handel der Juden in den östlichen Provinzen Preußens Maßnahmen traf, die heutzutage gewiß den Unwillen des „Berl. Tagebl." hervorrufen würden; — wenn sich die Bestrebungen der beiden Männer wirklich in so entgegengesetzter Richtung bewegt hätten, wie das „Berl. Tagebl." uns glauben machen möchte, was würde man aus einer solchen Thatsache folgern können? Die Zeiten und ihre Aufgaben ändern sich; ein Kanzler des Deutschen Reiches von heute braucht und vermag nicht mehr rein zu wiederholen, was ein preußischer Minister von 1808 schon einmal unternommen und fertig gebracht hat. Stein und Bismarck waren beide Männer nur der Praxis und der Pflicht: ein unabänderliches Programm von Regierungsgrundsätzen liberaler und entgegengesetzter Färbung gab es bei Keinem von Beiden; mit dem Wechsel der Zeiten und Dinge änderte sich

bei ihnen auch Anschauung und Verfahren. Der Stein von 1805 und der Stein von 1808 sind, was politische Ansichten anlangt, genau so verschieden, wie der Bismarck von 1848 und derjenige von 1866 und 1870.

Was nun gar der Freiherr vom Stein gethan hätte, wenn er mit denselben Anlagen von Geist und Charakter am 1. April 1815 geboren und im Jahre 1866 Bundeskanzler geworden wäre, diese Frage wird uns auch das „Berl. Tagebl." bei aller sonstigen Bereitwilligkeit, den Fürsten Bismarck zu verkleinern, nicht zu beantworten unternehmen. Darum ist aber die ganze Gegenüberstellung von Bismarck und von Stein in der vom „Berl. Tagebl." eingeschlagenen Richtung eine vergebliche. Hört man heutzutage demokratische Blätter sich auf den großen Freiherrn vom Stein berufen, so kann man höchstens mitleidig lächeln. Ein Mann des sogenannten Freisinns, ein Gönner des politischen Vorwitzes war der ernste und strenge Freiherr nicht. Bei allem Radicalismus, den Stein's leidenschaftliche Natur zu Zeiten entwickeln konnte, blieb Stein im Grunde seinen aristokratisch-conservativen Anschauungen getreu, alles eher als ein Dogmatiker der Freiheitsrechte im Sinne der heutigen Demokratie, ein Mann vielmehr der Autorität und des unbedingten Gehorsams, ein leidenschaftlicher Anhänger des überlieferten Glaubens, ein erbitterter Gegner der Revolution und ihrer Ideen. Daß Jahrzehnte nach seinem Tode sein Name von Leuten würde gemißbraucht werden, die weder ein Auge für die Gegenwart, noch ein Verständniß für die Männer der Geschichte besitzen, das hat der große Freiherr vom Stein, als er noch unter den Lebenden wandelte, gewiß nicht geahnt.

* * *

Es ist geradezu erstaunlich, was die dem Fürsten Bismarck übelwollende Presse alles heraussucht, um ihn zu verdächtigen oder ihm etwas am Zeuge zu flicken. Oben (S. 268) wurde der Berliner Correspondenz des Pariser „Temps" gedacht über die Abwesenheit des Fürsten bei Moltke's 90. Geburtstage. Nachdem schon eine volle Woche seit dem Festtage vergangen ist, können sich manche Leute noch nicht beruhigen und verfallen auf die Idee, der Fürst habe als General-Oberst einen militairischen Befehl ignorirt. Wir lesen darüber in den „Hamb. Nachr." vom 3. November (A.-A.):

> In einem Wiener Blatte findet sich eine auch in die deutsche Presse übergegangene Correspondenz aus Berlin, worin gesagt wird, Fürst Bismarck sei allerdings zur Moltkefeier nicht eingeladen, aber als General-Oberst der Cavallerie direct durch ein Schreiben des kaiserlichen Militaircabinets nach Berlin befohlen worden, was er jedoch einfach ignorirt zu haben scheine. Diese Meldung beruht ersichtlich auf sehr „civilistischen" Ansichten. Wenn der General-Oberst der Cavallerie durch ein Schreiben des Militaircabinets nach Berlin berufen wird, so ist nach preußisch-militairischen Begriffen ein einfaches Ignoriren eines solchen Befehles ganz

unmöglich. Eben so wenig wie ein Ausbleiben trotz erhaltenen Befehles ist aber für einen höheren Officier eine spontane Betheiligung an einer amtlichen, vom Kaiser befohlenen Feier möglich. Wenn Fürst Bismarck sich ohne Rücksicht auf seine militairische Charge zum Geburtstage des Grafen Moltke nach Berlin begeben hätte, so würde er dem Feldmarschall immerhin nur privatim und unabhängig von den amtlichen Vorgängen seine Glückwünsche haben überbringen können. Ganz abgesehen von allen militairischen Auffassungen, einfach vom Standpunkte des politischen Tactgefühles enthalten wir uns, der Frage näher zu treten, welche Beurtheilung eine derartige private Demonstration bei den Kritikern des Fürsten Bismarck in Wien und in Berlin gefunden haben würde.

* * *

Auf einen Passus der Thronrede, mit der der König am 12. November den preußischen Landtag eröffnet hatte, kommen die „Hamb. Nachr." am 15. November (A.=A.) zurück, um die verdienstvolle Thätigkeit des am 25. Juni 1890 entlassenen Finanzministers v. Scholz hervorzuheben:

In der letzten preußischen Thronrede hieß es: „Die Ergebnisse des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres sind wesentlich günstiger, als bei dem Voranschlage angenommen war, so daß erhebliche Ueberschüsse zur Verringerung der Staatsschulden verwendet werden konnten. Auch im laufenden Jahre darf nach den bisherigen Erfahrungen ein, wenn auch nicht im gleichen Maaße, befriedigender Rechnungsabschluß erwartet werden."

Was hier über die Finanzlage Preußens gesagt ist, enthält eine so große Anerkennung für den früheren Finanzminister v. Scholz, daß es ungerecht wäre, des verdienten Mannes aus diesem Anlasse nicht zu gedenken. Wir hatten erwartet, daß es sich die gouvernementale Presse nicht nehmen lassen werde, darüber ein Wort zu sagen; da es nicht geschieht, thun wir es. Es ist ein wahrhaft glänzendes Ergebniß, das die Thronrede bezüglich der Scholz'schen Geschäftsführung constatirt; seit Jahren ist ein so günstiger Rechnungsabschluß nicht dagewesen. Und dies ist das Verdienst der Finanzverwaltung eines Ministers, der wie kaum ein anderer zur Zeit, als er noch im Amte war, die heftigsten und gehässigsten Angriffe zu bestehen hatte und über den man in der fortschrittlichen Presse tagtäglich lange Tiraden lesen konnte, welche darauf hinausliefen, daß der Minister weg müsse von seinem Posten. Der Vorgang ist, auch über sein eigentliches Gebiet hinaus, zu lehrreich, als daß er mit Stillschweigen übergangen werden dürfte.

* * *

Ueber die verfassungsmäßige Bedeutung des Herrenhauses und über die Stellung, die es de facto im parlamentarischen Leben des Königreichs einnimmt, findet sich eine sehr interessante Ausführung in den „Hamb. Nachr."

vom 21. November (M.-A.), zu der eine Aeußerung des Herrn v. Kleist-Retzow die Veranlassung gegeben hat:

Das preußische Herrenhaus. In der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 14. November führte Herr v. Kleist-Retzow Klage darüber, daß keine von den preußischen Reformvorlagen dem Herrenhause zuerst zugegangen wäre, obwohl Schulvorlage und Landgemeindeordnung nicht Finanzgesetze seien, die nach der Verfassung dem Abgeordnetenhause zunächst vorzulegen seien. Herr v. Kleist-Retzow fuhr fort:

„Es kann uns keinen Trost gewähren, daß wir statt dessen eine ganze Reihe kleiner Vorlagen zur ersten Berathung bekommen haben. (Rufe: Hundesteuer! Heiterkeit.) Diese Heiterkeit ist der Ausdruck der Empfindungen, die im Hause herrschen. (Zustimmung.) Das Herrenhaus leidet schwer darunter, daß wir Finanzgesetze nicht zuerst bekommen und den Etat nur im Ganzen annehmen oder ablehnen können. Das Abgeordnetenhaus hat uns gegenüber das Privilegium, bei den Etats-Verhandlungen die ganze Verwaltung zur Besprechung zu ziehen, während wir stumm bei Seite stehen müssen. Wenn es Gewohnheit werden sollte, das Herrenhaus nur immer in die zweite Linie zu stellen, während es doch die Pflicht des Staatsministeriums gewesen wäre, durch die Vorlegung anderer wichtiger Vorlagen an uns eine möglichste Ausgleichung herbeizuführen, Wind und Sonne gleich zu vertheilen, dann verliert das Herrenhaus seine Bedeutung als völlig gleichberechtigter Factor der Gesetzgebung und nimmt die Natur eines Senates an, der von der Regierung nur gebraucht wird bei sogenannten Excessen des anderen Hauses. Dann ist es keine feste, sichere Stütze mehr für die Regierung und die Monarchie, wie wir das 1866 gesehen haben, als das Abgeordnetenhaus unmittelbar vor dem Kriege den Etat ablehnte."

Wir sehen in dieser Klage des Herrn v. Kleist-Retzow das erfreuliche Zeichen eines Arbeitsbedürfnisses im Herrenhause. Die Verstimmung, welche sich in der Kleist'schen Rede ausspricht, beleuchtet durch den Zuruf: „Hundesteuer", wird berechtigt sein, soweit das Herrenhaus durch sein eigenes Verhalten den Eindruck macht, daß es Neigung hat zu arbeiten; wenn ein solches Bestreben vorhanden ist, so wird es auch ohne Regierungsvorlagen Befriedigung suchen. Das Herrenhaus hat die Initiative in Gesetzgebung und in Stellung von Anträgen, mit oder ohne Petition, gerade so gut wie das Abgeordnetenhaus; wir erinnern uns aber kaum, daß ein Initiativ-Antrag zur Gesetzgebung seinen Ursprung im Herrenhause genommen hätte. Die Verfassungsbestimmung nach welcher Finanz-Gesetzentwürfe zuerst im Abgeordnetenhause berathen werden müssen, beeinträchtigt das Herrenhaus in seiner Wirksamkeit doch nur insoweit, als es dieselbe von Regierungs-Vorlagen abhängig macht.

Vollständig frei aber steht nach der Verfassung dem Herrenhause die Einbringung von Finanzgesetzen aus eigener Initiative ohne Regierungs-Vorlage, und auch wenn solche Anträge aus dem Schooße des Herrenhauses hervorgingen und im Hause verhandelt würden, so stände letzterem kein verfassungsmäßiges Hinderniß im Wege, sich über die Finanz-Gesetzgebung des Staates auf der Grundlage eigener Anträge und eigener Initiative auszusprechen. Die Klagen des Herrn v. Kleist, der „Schmerz, den er nicht unterdrücken kann," würden zu billigen sein, wenn das Herrenhaus überhaupt mundtodt wäre, so lange ihm die Zunge nicht durch eine Regierungsvorlage gelöst würde; so aber glauben wir, daß die Empfindlichkeit, der Herr v. Kleist Worte gegeben hat, sich mehr gegen die Arbeitsscheu und Apathie des Hauses als gegen die Regierung und deren Vorlage richten könnte.

Wir halten es für eine bedenkliche Erscheinung in dem preußischen Staatsleben, daß das heutige Herrenhaus im Vergleiche mit der Ersten Kammer, welche Preußen bis 1855 besaß, nicht dieselbe Bedeutung mehr für das öffentliche Leben hat. Früher stand die Erste Kammer mitten im öffentlichen Leben und wußte das allgemeine Interesse an ihren Verhandlungen mit Erfolg lebendig zu halten. Die Erste Kammer war arbeitsam und reich an Capacitäten; an diesen fehlt es auch jetzt dem Herrenhause nicht; aber die Neigung zum Arbeiten hat, wie wir fürchten, nicht die Majorität. Daß dadurch die Vota des Herrenhauses in der öffentlichen Meinung an Gewicht verlieren, ist zu befürchten; und wenn dies einträte, so würde darin eine Schädigung des gesammten preußischen Verfassungslebens liegen und namentlich eine Schwächung der erhaltenden Principe in demselben. Der Mangel an Regierungs-Vorlagen ist keine ausreichende Rechtfertigung für die Unthätigkeit des Herrenhauses; soweit die Neigung, sich an den Staatsgeschäften zu betheiligen, in den Mitgliedern überhaupt vorhanden ist, ist auch das Recht und die Fähigkeit des Herrenhauses, die staatlichen Fragen und Zustände Preußens öffentlich mit Autorität zu verhandeln, zweifellos. Die von Herrn v. Kleist vertretene Autorität des Herrenhauses wird sich durch dauernde Schweigsamkeit und Zurückhaltung nicht aufrecht halten oder gar fördern lassen. Wenn Regierungs-Vorlagen nothwendig sind, um dem Herrenhause die Zunge zu lösen, so wird dasselbe mehr und mehr zu einer im Vergleiche mit dem Abgeordnetenhause secundairen Körperschaft werden. Qui tacet, consentire videtur, und wenn das consentire nachher nicht erfolgt, so erregt das nur ungläubige Verwunderung und Mißbilligung.

* * *

Dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr." äußert sich über die Rede, mit der der neue Finanzminister Dr. Miquel die erste Lesung der Einkommen-

und Erbschaftssteuervorlage am 20. November im preußischen Abgeordnetenhause eingeleitet hat:

Die Rede, mit welcher der neue preußische Finanzminister Herr Dr. Miquel gestern im Abgeordnetenhause die erste Lesung der Vorlage über die Einkommen- und Erbschaftssteuer eingeleitet hat, behandelt die Frage des Bedürfnisses der Reform wesentlich unter dem social-politischen Gesichtspunkte ausgleichender Gerechtigkeit. Das Nämliche hatte der Ministerpräsident v. Caprivi gethan. Wir glauben, wenn auch zum Theil aus anderen Gründen, daß die Bedürfnißfrage generell nicht zu verneinen ist, daß aber bezüglich des Modus, wie dem Bedürfniß zu entsprechen sei, Meinungsverschiedenheiten statthaft sind. Außerdem sind wir der Ansicht, daß eine Vorlage, die steuerpolitische Ungerechtigkeiten beseitigen will, nicht wohl umhin kann, die Ungleichheit der Besteuerung des Einkommens aus Grund- und Hausbesitz aufzuheben; sie hätte vielleicht auch Stellung zu der Frage zu nehmen, ob Zuschläge zu den Steuern, die, wie die vorgenannte, von dem Vermögen der Betheiligten unabhängig sind, auch ferner einen Maßstab für Communalumlagen bilden dürfen. Eine solche Vorlage hätte bei der Besteuerung des Einkommens endlich zu berücksichtigen, ob letzteres schon anderweit besteuert ist, ob es durch tägliche Arbeit erkauft werden muß, oder von selbst fließt und dem Nutznießer die Möglichkeit noch anderen Erwerbes läßt, ob es aus in- oder ausländischen Papieren bezogen wird u. s. w. Jedenfalls muß die Frage, ob sich alles dies staatlich empfiehlt, bei der Discussion im Abgeordnetenhause erwogen werden. Im Uebrigen bot die Miquel'sche Rede ein anschauliches Bild der steuerpolitischen Situation, wie sie nach Annahme der Vorlagen in Preußen eintreten würde.

* * *

Demselben Gesetz gilt eine Kritik der „Hamb. Nachr." vom 22. November (A.-A.); sie betrifft das Einschätzungsverfahren und zeigt den in dieser Zeit selteneren Fall einer Uebereinstimmung der „Hamb. Nachr." mit der „Kölnischen Zeitung":

Die „Kölnische Zeitung" hatte neulich das Veranlagungs-Verfahren im preußischen Einkommensteuer-Gesetzentwurfe einen „wahrhaft abscheulichen Apparat", einen „gesetzgeberischen Wechselbalg" genannt und behauptet, kein Mensch, der Vernunft, Bürgerstolz und ein großes Vermögen habe, werde sich darauf einlassen, der Steuerbehörde eine Erklärung über seine gesammte Vermögenslage zu geben, wenn diese Behörde verpflichtet sei, sie grundsätzlich für unrichtig zu halten, und wenn er gewärtig sein müsse, anders veranlagt zu werden, als er selbst sich geschätzt habe. Wir begreifen den Unwillen der „Köln. Ztg." einigermaßen. Die im Entwurfe vorgeschlagene Mischung der Systeme, der

Selbsteinschätzung und der fiscalischen, spricht insofern wenig an, als der definitive und amtlich gültige Steuersatz schließlich nur fiscalisch gefunden werden soll. Der Fiscus wird aber, wie bekannt, stets „fiscalisch“ entscheiden; er ist also keineswegs ein unparteiischer Richter. Wenn ein fiscalischer Geheimrath, der sich doch in seinem Ansatze irren kann und eher irren kann als Selbsteinschätzer, im Einzelfalle entscheidet, daß das angegebene Einkommen zu niedrig sei, so steht nach dem vorgeschlagenen Gesetz der Steuerzahler als Lügner da und ist vor der Welt seines guten Namens verlustig gegangen. Es würde sonach, wenn der Entwurf, so wie er ist, Gesetzeskraft erlangte, von der fiscalischen Entscheidung abhängen, ob ein Privatmann für Geld gelogen hat, oder nicht. Daß in einer solchen Bestimmung eine ernste Gefahr liegt, bedarf keines weiteren Nachweises.

* * *

Zum Stapellauf des großen Personendampfers, der jetzt den Namen „Fürst Bismarck“ trägt, hatte die Direction der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft den Fürsten eingeladen. Er dankte in folgendem Schreiben:

„Euer Hochwohlgeboren haben die telegraphische Mittheilung bereits erhalten, daß meine Nichte, Frau Hedwig von Bismarck, als meine bei Stettin wohnende nächste Verwandte meines Namens, mich bei dem Stapellaufe Ihres neuen Dampfers zu vertreten bereit ist. Ich bedaure, daß mir meine Gesundheit nicht gestattet, in dieser Jahreszeit der mir zugedachten Ehre in Person theilhaft zu werden, und bitte Sie, für die Auszeichnung, welche Sie mir durch Benennung des Schiffes erweisen, und in der ich einen neuen Ausdruck des Wohlwollens meiner Hamburger Mitbürger erkenne, meinen verbindlichsten Dank wiederholt entgegenzunehmen.

Varzin, den 25. November 1890.

gez. v. Bismarck.“

Der Stapellauf fand am 29. November auf der Werft des Vulcan bei Stettin in Gegenwart von Herrn und Frau von Bismarck-Kniephof statt.

* * *

Oben (S. 244 f.) wurde eine briefliche Aeußerung des Fürsten Bismarck über die Grund- und Gebäudesteuer mitgetheilt. In demselben Sinne sprechen sich im Gegensatz zur „National-Zeitung“ die „Hamb. Nachr.“ vom 26. November (M.-A.) aus. Auch die Beurtheilung der Herrfurth'schen Landgemeinde-Ordnung deckt sich ganz mit den Anschauungen der conservativen Partei:

Anläßlich einiger im preußischen Abgeordnetenhause gethaner Aeuße-

rungen der conservativen Abgg. Graf Kanitz und v. Hammerstein meint die „Nat.-Ztg.", diese Herren wollten offenbar Abschaffung der Grundsteuer, und selbst die bescheidenen Vorschläge des Entwurfs über die Landgemeinde-Ordnung gingen ihnen zu weit; solchen Ideen gegenüber behalte die Eventualität einer Auflösung des Abgeordnetenhauses behufs Durchführung der Reformen ihre Bedeutung; im Falle einer solchen conservativen Bekämpfung der Reformvorlagen sei eine Berufung an das preußische Volk sehr aussichtsvoll. Wenn sich diese Annahme auf nichts anderes stützt als auf den gemuthmaßten Widerstand der Wähler gegen die conservativen Bestrebungen bezüglich der Grundsteuer und der Landgemeinde-Ordnung, so glauben wir sie nicht für ausreichend begründet halten zu sollen. Das Verlangen nach Reform der Grund- und Gebäudesteuer ist sehr weit verbreitet, und was die Landgemeinde-Ordnung betrifft, so ist in den alten Provinzen Preußens ein Bedürfniß nach den Neuerungen wohl nicht empfunden worden, höchstens bei den Behörden, was wir aber nicht wissen. Im Lande selbst sind wesentliche und allgemein verbreitete Klagen über den bisherigen Zustand bisher nicht laut geworden. Dagegen ist es möglich, daß, durch die Vorlage aufgefordert, nunmehr entsprechende Wünsche zu Tage treten, die natürlich über den Rahmen der Vorlage noch hinausgehen werden. Ob dieser Umstand aber hinreichen würde, die Annahme der „National-Ztg." zu begründen, darf doch als zweifelhaft gelten.

* * *

Eine eingehendere Besprechung der Steuerreform-Vorlagen des Finanzministers Dr. Miquel, und zwar besonders des Selbsteinschätzungsverfahrens nebst staatlicher Correctur und der socialpolitischen Motivirung der Vorlage finden wir erst in den „Hamb. Nachr." vom 28. November (M.-A.). Da heißt es:

„Zur preußischen Steuerreform. Die neue preußische Steuervorlage will mit dem bisher in der Gesetzgebung der Monarchie befolgten Grundsatz brechen, daß ein übermäßiges Eindringen in die Vermögensverhältnisse der zu Besteuernden zu vermeiden sei. Wir würden die Verwirklichung dieser Absicht für nicht unbedenklich halten. Angenommen selbst, daß eine volle Garantie für die unbedingte Wahrung der Amtsverschwiegenheit der mit der Ermittelung des Einkommens betrauten behördlichen Organe herzustellen wäre, so blieben doch noch sowohl alle Nachtheile bestehen, die sich aus dem Ermittelungsverfahren selbst ergeben, als die principiellen Gründe, welche gegen die Befugniß des Staates zu einem allzuscharfen Eindringen in die Privatverhältnisse des Einzelnen überhaupt sprechen.

Zu den wenigen, unbestrittenen Thatsachen des öffentlichen Lebens

gehört in erster Reihe die, daß Niemand gern Steuern zahlt. Wenn für den Bestand und die Ausbildung der directen Steuern stets angeführt wird, daß das Steuerzahlen das Interesse des Zahlenden am Staate belebe, so halten wir das für ein mehr dialektisches Argument; derjenige Staat, würde am meisten sich der Anhänglichkeit seiner Bürger erfreuen, der ihnen zugleich mit vollkommenstem Schutze des Erwerbslebens die wenigsten Steuern abverlangte. Das liegt in der menschlichen Natur, ist nicht zu ändern, und wer es leugnet, thut den Thatsachen Gewalt an. Leider ist es nicht möglich, die Gesetzgebung hiernach einzurichten. Die directen Steuern sind bei der gegenwärtigen preußisch-deutschen Finanzwirthschaft nicht zu entbehren; aber andererseits ist es im Staatsinteresse für nützlich zu halten, bei ihrer Anlage so schonend wie möglich zu verfahren. Der Steuerzahler ist nicht apriorisch als Verbrecher zu betrachten, gegen den man mit einem an den Apparat der Strafjustiz zur Ermittelung der objectiven Wahrheit gemahnenden Verfahren vorzugehen das Recht hat. Die Privatangelegenheiten des Einzelnen haben legitimen Anspruch darauf, seitens des Staates respectirt zu werden. Eine Gesetzgebung, die diesen Anspruch allzuschroff verletzt, welche die Fiscalität zu weit treibt und ihr höchstes Ziel darin erblickt, auf eine den Steuerzahlern möglichst unangenehme und peinliche Weise möglichst viel Geld aus ihren Säckeln für den Staat herauszuschlagen, läuft Gefahr, namentlich die besitzenden Classen gegen den Staat einzunehmen, sie zu der Erwägung zu bringen, ob es nicht richtiger sei, außerhalb des so schonungslos verfahrenden Staates ihren Wohnsitz zu nehmen. Wenn auch diese Erwägung in den meisten Fällen sich nicht in die That umsetzen wird, so wirkt sie an sich schädlich, wie nicht erst weiter ausgeführt zu werden braucht.

Nichts liegt uns ferner, als mit solchem Raisonnement den Bedürfnissen entgegentreten zu wollen, die dem preußischen Steuerreformentwurfe zu Grunde liegen; wir erkennen sie vielmehr als vollberechtigt an. Unsere Bedenken richten sich lediglich gegen die Form, in der sie befriedigt werden sollen. Um Erhöhung der Einnahmen soll es dem Staate bei der Steuerreform ausgesprochenermaßen nicht zu thun sein, sondern nur um eine gerechtere Vertheilung der Lasten. Wir lassen es dahingestellt, ob den socialpolitischen Motiven, die hierbei wirksam sind, nicht auf ähnlichem Wege wie dem früher eingeschlagenen der Steuerbefreiung der untersten Steuerstufen zu entsprechen gewesen wäre. Was aber die übrigen Gründe für die jetzt vorgeschlagene Reform der Einkommensteuer betrifft, so scheinen uns diese minder wichtig zu sein, als die staatspolitischen Motive, die zur Vornahme der Reform auf einer anderen Basis, etwa auf der führen würden, die Einkommensteuer als

eine Art Anstandsbedürfniß für die wohlhabendere Classe in irgend einer möglichst zweckmäßigen Form beizubehalten und dabei nur einen Unterschied zu machen zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit täglich erworben werden muß, und dem mühelos aus Renten, Pachtzins, Werthpapieren u. s. w. von selbst fließenden. Alle darüber hinausgehenden Tendenzen socialpolitischer Natur bleiben einer Steuergesetzgebung besser fern, schon deshalb, weil sie trotz allen Individualisirungsbestrebens an die Stelle alter Ungerechtigkeiten nur zu leicht neue setzen. Außerdem, wer kann wissen, ob nach Jahren noch die nämlichen socialpolitischen Anschauungen herrschen, welche jetzt bei der preußischen Reformgesetzgebung mindestens „berücksichtigt“ werden sollen? Wer kann ferner wissen, welche Folgen etwaige Zugeständnisse nach sich ziehen, die jetzt in der preußischen Gesetzgebung dem socialpolitischen Zuge unserer Tage gemacht würden? Auch auf diesem Gebiete kann eine Begehrlichkeit gereizt werden, deren Nichterfüllung sich um so empfindlicher zu rächen vermag, je höher die Erwartungen gespannt waren.

In Bezug auf das Einschätzungsverfahren halten wir daran fest, daß das System der einfachen Selbsteinschätzung unter Bestrafung zu niedriger Declaration genügende Garantie gewährt und zwar sowohl hinsichtlich des finanziellen Erfolges der Steuer als hinsichtlich seiner Unschädlichkeit im staatlichen Interesse. So häufig, wie man neuerdings anzunehmen scheint, sind unseres Erachtens die besitzenden Steuerzahler nicht, die den Staat durch falsche Angaben betrügen wollen; nur Wenige werden sich der Gefahr einer Hinterziehung und dem moralischen und finanziellen Nachtheil einer solchen aussetzen wollen. Hier in Hamburg steht das System einer solchen Selbsteinschätzung in Anwendung, und wir glauben nicht, daß der Staat dabei zu kurz kommt. Es bedarf bei der besitzenden Classe keiner besonderen hochnothpeinlichen Maßregeln, um ihr zum Bewußtsein zu bringen, daß es Betrug sei, wenn man sein Einkommen zu niedrig angiebt und den Staat dadurch schädigt. Wir sind überzeugt, daß die von diesen Steuerzahlern zu entrichtenden Beträge nach Einführung der neuvorgeschlagenen Bestimmungen kein Mehrergebniß aufzuweisen haben würden, das zu den Nachtheilen des neuen Verfahrens einigermaßen im Verhältniß stände. Endlich halten wir dafür, daß der Finanzminister Miquel während seiner Rede zu dem Steuerentwurf kein wahreres Wort gesprochen hat, als das, Preußen sei nicht reich genug, um auf die Anwendung des Satzes: die Masse muß es bringen, in seiner Steuergesetzgebung verzichten zu können. Ob der Entwurf in dem an sich billigenswerthen Bestreben, die schwachen Schultern zu entlasten, jenem Satz gebührend Rechnung trägt, lassen wir dahingestellt. Die Sache liegt hier ähnlich wie bei den Zöllen. Man

hat früher oft gesagt, nur die Zahl der Zölle und daß sie auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse gelegt seien, spräche gegen sie; wenn man die Sache anfasse wie in England, d. h. nur einige wenige Artikel, deren Consumenten es ertragen könnten, mit einem hohen Zolle belege, sei nichts dagegen einzuwenden. Auch hierbei wurde übersehen, daß das, was in England möglich ist, deshalb unter den völlig anders gearteten Verhältnissen Deutschlands oder Preußens noch nicht durchführbar zu sein braucht und seinen Zweck erreichen würde.

* * *

Schon wiederholt wurde die Haltung der conservativen Presse gegenüber dem entlassenen Kanzler berührt, und wiederholt zeigte sich, daß in deren Folge bei diesem eine ernste Verstimmung nicht gegen den Conservatismus selbst, aber gegen die Presse der Partei Platz gegriffen hatte. Diese Erscheinung war um so begreiflicher, als der Fürst selbst im Grunde stets conservativ geblieben ist, wenn er auch zur Durchführung der von ihm als nothwendig erkannten Maßregeln sich öfter auf andere Parteien stützen mußte, sobald die Hülfe der Conservativen versagte. Da ist nun sehr beachtenswerth, wie ein Mitglied der conservativen Partei der Zweiten sächsischen Kammer sich über die Haltung der Presse ausspricht. In der Versammlung des conservativen Vereins in Treuen sagte Ende November Rechtsanwalt Opitz dort folgendes:

„Staunend hat die Mitwelt, staunend und voll Bestürzung hat unsere conservative Partei den großen Mann von seiner Stellung als Reichskanzler zurücktreten sehen. Ich stehe nicht an, die Gefühle, die uns bei der erschütternden Nachricht überkamen, mit diesen Worten zu kennzeichnen und kann mir aus diesem Gefühle heraus nicht versagen, an dieser Stelle mit einigen Worten der Haltung unserer Parteipresse zu gedenken. Ich sollte meinen, Angesichts einer Thätigkeit, wie sie Fürst Bismarck für die Sache unseres deutschen Volkes im Sinne des Conservatismus entfaltet hat, Angesichts solcher unvergleichlicher Verdienste wäre eine andere Haltung unserer Presse wohl am Platze gewesen. Aufgabe unserer Presse wäre es nach meiner Auffassung gewesen, als die Krisis auftrat, unter dem Hinweise auf die einzige Bedeutung des großen Mannes den Ernst und die Tragweite des Schrittes zu betonen, nachdem aber die kaiserliche Entschließung erfolgt, den Rücktritt Bismarck's zwar als vollzogene Thatsache zu achten und die von seltener Thatkraft beseelte Politik unseres jugendlichen Kaisers freudig zu unterstützen, daneben aber auch gegen den nach einem einzig dastehenden Leben voller Aufopferung und Erfolge aus seinem Amte scheidenden ersten Kanzler des Deutschen Reiches der Dankbarkeit nicht zu vergessen, zu der gleichermaßen Fürsten und Volk, so lange ein Deutsches Reich besteht, ihm verbunden sein werden. Statt dessen hat auch die Presse unserer Partei die Krisis mit einer Gleich-

gültigkeit behandelt, wie sie sonst nur untergeordneten Ereignissen gegenüber beobachtet wird; und wer heute einen großen Theil unserer Presse verfolgt, würde ganz wohl meinen können, daß es einen Fürsten Bismarck überhaupt nie gegeben habe. Ich bedaure, daß ich dieses Urtheil über unsere Presse fällen muß; aber, je mehr ich von unserer Parteipresse wünsche, daß sie sich auf der Höhe ihrer Aufgabe zeige, um so weniger vermag ich ihre Haltung in diesem Falle zu billigen."

Uebertrieben ist das jedenfalls nicht.

* * *

Im Herbst hatte Dr. Georg Winter in Marburg mehrere Nummern der „Gegenwart" dem Fürsten Bismarck übersandt. Er erhielt darauf folgendes Schreiben:

„Varzin, den 28. November 1890.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für die Uebersendung Ihrer Artikel aus der Gegenwart und für die freundlichen Zeilen vom 19. d. M., mit welchen Sie dieselben begleiten. In der Stetigkeit, mit welcher unsere politischen Institutionen nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst ungestört fortwirken, liegt der volle Beweis für die Unrichtigkeit der von meinen Gegnern so oft ausgesprochenen Behauptung, daß die deutsche Reichsverfassung nur auf mich und meine Ansichten zugeschnitten worden sei und durch mein Ausscheiden geschädigt werden würde. Den Wunsch nach Herstellung einer großen homogenen Parlamentsmajorität theile ich mit Ihnen, halte ihn aber für einen frommen, der nach den mir verbliebenen Eindrücken auch in der Zukunft nicht mehr Aussicht auf Erfüllung hat, als ich in der Vergangenheit gewinnen konnte. Ich bin froh, daß mir so lange gelungen ist, die Einigkeit der Dynastien zu erhalten; die der Parteien bis zu einer constanten Mehrheit herzustellen, war nicht möglich und wird es schwerlich werden. Ihre Darlegungen habe ich gern gelesen; sie waren mir interessant und werthvoll, und ich bitte Sie, den Ausdruck meines Dankes wiederholt entgegen zu nehmen.

gez. v. Bismarck."

* * *

Am 25. November hatte im preußischen Abgeordnetenhause bei der ersten Berathung der Erbschaftssteuervorlage der Abgeordnete Eugen Richter u. A. gesagt: „Der dreiprocentige Stempel für Errichtung von Fideicommissen ist nicht hoch, weil beim ersten Erbgange die Sache schon ausgeglichen ist. Wir haben keine Nachweisungen über die Einnahmen aus dem Fideicommißstempel; aber es verlautet, daß der Stempel erlassen würde durch königliche Ordre. Zwei activen Ministern soll der Stempel erlassen sein, darunter dem Minister von Lucius. Kann die Staatsregierung darüber Auskunft geben, aus welchen

Gründen?" Einige Tage vorher hatte er die Sache aber auch schon in seiner „Freisinnigen Zeitung" behandelt und da erklärt, der Stempelerlaß sei auf Veranlassung des Fürsten Bismarck erfolgt. Dem treten die „Hamb. Nachr." am 30. November (M.-A.) mit folgendem Artikel entgegen:

Fürst Bismarck und der Lucius'sche Stempelerlaß. Vor einigen Tagen brachte die „Freisinnige Ztg." des Herrn Eugen Richter die Mittheilung, der vormalige preußische Landwirthschaftsminister Frhr. von Lucius habe im vorigen Jahre aus seinem Vermögen eine große Fideicommißstiftung gemacht und bei seinen Collegen im Staatsministerium damals beantragt, sich bei dem Kaiser dahin zu verwenden, daß ihm im Gnadenwege der Fideicommißstempel von drei Procent des Fideicommißvermögens erlassen werde. Das Staatsministerium sei in Betreff der Befürwortung dieses Steuerbefreiungsgesuches seines Collegen getheilter Ansicht gewesen. Man habe beschlossen, es auf die persönliche Entscheidung des Fürsten Bismarck ankommen zu lassen. Fürst Bismarck aber habe zu Gunsten der Steuerbefreiung des armen Millionärs entschieden, in Folge dessen sei Frhr. von Lucius durch königliche Verordnung von der Zahlung des Fideicommißstempels befreit worden.

Der ersichtliche Zweck dieser Mittheilung war, den Fürsten Bismarck in der öffentlichen Meinung als einen Mann hinzustellen, der seinen amtlichen Einfluß zum Nachtheile des Staates, zu Gunsten reicher Leute, gegen Pflicht und Gewissen eingesetzt habe. Mit dem Erfolge, den er bei seines Gleichen mit dieser infamen Verdächtigung des Fürsten Bismarck hatte, nicht zufrieden, brachte Herr Richter die Sache in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom vorigen Dienstag zur Sprache, indem er gelegentlich der Berathung über die dreiprocentige Stempelsteuer, mit der die Errichtung von Fideicommissen belastet sein soll, die Frage an die Regierung stellte, ob es richtig sei, daß dem Frhrn. von Lucius jener Fideicommißstempel im Gnadenwege auf Antrag des Staatsministeriums erlassen worden sei; wenn der Werth des Fideicommisses nur eine Million betrage, so sei der Stempelerlaß gleichbedeutend mit einer Schenkung von 30000 Mark, und es würde doch einer besonderen Rechtfertigung für eine solche Schenkung bedürfen. Der Redner vermied es, den Fürsten Bismarck als den Schuldigen an dieser Benachtheiligung des Staates zu bezeichnen; aber nur, weil dies nach der voraufgegangenen Notiz in der „Freisinnigen Ztg." und ihrer Verbreitung durch die gesinnungsverwandte Presse nicht mehr nöthig war. Finanzminister Miquel erwiderte, er habe von der Sache keine Kenntniß und werde Gelegenheit nehmen, zu einer anderen Zeit darauf zurückzukommen. Nun trat die freisinnige „Voss. Ztg." in Action, indem sie die Erwartung aussprach, der Finanzminister werde, da es nicht schwer sein könne, Auskunft über die gerügten Vorgänge zu erhalten, hoffentlich ohne Verzug Anlaß nehmen, Auf-

klärung über die Thatsachen selbst zu geben, und, falls sie richtig dargestellt seien, seine rückhaltlose Verurtheilung hinzuzufügen. Also eine rückhaltlose Verurtheilung des Fürsten Bismarck, dessen Stimme, wie die „Freisinnige Ztg." behauptet hatte, zu Gunsten der Steuerbefreiung des vielfachen Millionärs den Ausschlag gegeben und der eine Cabinetsordre ausgewirkt habe, welche Herrn von Lucius von der Zahlung des Fideicommißstempels befreite. Die „Voss. Ztg." konnte es offenbar gar nicht abwarten, daß Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause durch einen Minister einer Handlungsweise bezichtigt würde, die das Staatsinteresse und den Grundsatz noblesse oblige gleichermaßen verletzt hätte.

Das freisinnige Blatt wird vergeblich auf die Erfüllung seiner Hoffnung warten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil von den Mittheilungen der „Freisinnigen Ztg." dasselbe gilt, wie von allen anderen aus derselben trüben Quelle geflossenen Enthüllungen über den Fürsten Bismarck, nämlich daß ihr jeder thatsächliche Untergrund vollständig mangelt. In der That ist die Lucius'sche Fideicommißsache und der Stempelerlaß weder Gegenstand der Berathung des Staatsministeriums gewesen, noch hat sie zur Entscheidung des Fürsten Bismarck gestanden. Wenn die „Freisinnige Ztg." unter nochmaliger Bezichtigung des Fürsten Bismarck als Urheber solcher ungerechten Steuerbefreiungen weiter erklärt, der Fall, daß Millionären bei Fideicommißbildung auf Kosten der Staatscasse solche Begünstigungen zu Theil geworden seien, solle, wie man jetzt erfahre, durchaus nicht vereinzelt dastehen, so wird das Blatt auf noch nähere Erkundigungen vielleicht erfahren, daß Kaiser Wilhelm die Errichtung von Fideicommißstiftungen sehr begünstigte und in der Regel die Stempelabgaben aus Freude und zum Ansporn für sequentes erließ.

Fürst Bismarck hat an der ganzen Lucius'schen Sache, die außerdem nichts Abnormes bietet, keinerlei Antheil. Es liegt somit abermals ein frivoler Versuch von freisinniger Seite vor, den Fürsten auch jetzt noch zu verdächtigen und herabzusetzen. Für die „Freisinnige Ztg.", die „Voss. Ztg." e tutti quanti ist eben der Mann, der das Deutsche Reich geschaffen, der unser Volk aus Ohnmacht und Zerrissenheit zu seiner jetzigen Weltstellung hinaufgehoben hat, auch „im Exil" immer noch der „Bestgehaßte", den sie mit den unehrlichsten Waffen angreifen zu dürfen glauben. Wie lange das deutsche Volk sich dieses seine nationale Ehre compromittirende Treiben ohne Protest noch gefallen lassen wird, wissen wir nicht; was wir aber nur zu gut wissen, ist, daß alle die vergifteten Pfeile, die heimtückischer Haß gegen die erhabene Gestalt richtet, zu der jeder Deutsche, der Anstand und Ehre im Leibe hat, nur mit Ehrfurcht und Dankbarkeit aufzublicken wagen darf, an dem greisen Helden der Nation abprallen, auf unser deutsches Volk selbst zurückschnellen und dessen Stellung vor dem Richterstuhl der Geschichte auf's

äußerste erschweren müssen. Das sollten namentlich diejenigen nicht deutsch-freisinnigen deutschen Blätter bedenken, die, wie z. B. der „Hamburger Correspondent“ (M.-A. vom 25. November), die Richter'schen Schmählichkeiten weiter verbreiten. Dies geschieht freilich „unter Vorbehalt“. Aber was heißt das? Entweder hält man eine Mittheilung für wahr, oder man hält sie für falsch; im letzteren Falle druckt man sie als deutsches Blatt sicher dann nicht ab, auch nicht mit Vorbehalt, wenn sie den ersichtlichen Zweck hat, den Fürsten Bismarck in den Augen der Welt herabzusetzen. Aber nur zu oft haben wir es erleben müssen, daß gewisse Preßorgane die aus der Luft gegriffenen Notizen der „Freisinnigen Ztg.“, deren Verleumdungssucht man doch kennt, mit nichtssagenden Reservationen wiedergeben. Die betreffenden Blätter bedenken nicht, daß durch die Verbreitung, die sie den Verleumdungen — darunter verstehen wir jede ehrenrührige Anklage, die man nicht beweisen kann — des Herrn Richter geben, diesen eine gewisse Beglaubigung verschafft wird. Und welchem Bedürfniß, welcher Pflicht wird durch solche gedankenlose oder frivole Weiterverbreitung entsprochen? Giebt es nicht Dinge genug, mit denen eine Zeitung ihre Spalten füllen kann? Muß jede verdächtige, unsaubere Mittheilung aus notorischen Schandblättern aufgenommen werden? Bloß weil ihr Odeur einem politisch-literarischen Freibeuterthum, das Jeden, und zumal den Großen, zu sich herabgezogen sehen will, angenehm ist, hat man es doch nicht nöthig. Und trotzdem geschieht es! In der That, da politische Sitte und Anstandsgefühl offenbar nicht ausreichen, es zu verhindern, thäte Strenge der Gesetzgebung und Strenge bei Anwendung der Gesetze noth. Die wirklich anständige Presse könnte dabei nur gewinnen, weil es ihr alsdann nicht schwer werden würde, niedrigen Klatsch von sich fern zu halten, den sie jetzt glaubt geben zu müssen. Der „Hamburger Correspondent“ hat sich z. B. gewiß nicht lange besonnen, ob er die Verleumdung der „Freisinnigen Ztg.“ gegen den Fürsten Bismarck aufnehmen sollte, da in den „anderen“ Blättern, z. B. in den Berliner, ja auch diese sensationelle Nachricht stand, und er sich doch von diesen nicht schlagen lassen durfte. Gewiß, der Leser will etwas Interessantes, etwas Pikantes als Zugabe haben; denn ebenso wie zur täglichen Speise Gewürz gehört, so wird auch die geistige Nahrung dadurch verdaulicher. Aber diese Zugabe braucht doch nicht das Patschouli des „Berliner Tagebl.“, oder das Parfüm des Rinnsteines in der „Freisinnigen Ztg.“ zu sein.

Wird in dieser Darlegung mehr die persönliche Seite der Sache betont, so erörtert ein weiterer Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 9. December (A.-A.) die Rechtsfrage:

> Der Erlaß des Fideicommißstempels. In der von uns in dem Morgenblatt vom 30. November besprochenen Angelegenheit der

Fideicommißstempel scheint uns das Hauptgewicht in der Vorfrage zu liegen, ob dem Könige von Preußen das Recht beiwohnt, diesen Stempel zu erlassen, oder nicht. Es ist außer Zweifel, daß bisher nicht nur die Könige, sondern auch ihre Minister und Beamte einschließlich der Stempelfiscale und der Oberrechnungskammer diese Frage bona fide mit Ja beantwortet haben, und daß auch der Landtag bei Decharge der betreffenden Rechnungen sich zu keinem Monitum dagegen veranlaßt gefunden hat. Wenn darnach angenommen werden muß, daß die Krone sich thatsächlich im Besitze dieses Hoheitsrechtes wie so manchen anderen in Bezug auf Niederschlagungen befindet, so scheint uns, daß eine Kritik über die Ausübung dieses Rechtes zunächst nicht den Empfänger des in Frage stehenden Gnadenactes, sondern die Stellen trifft, an welchen die Verantwortlichkeit für die betreffenden königlichen Erlasse zu suchen ist.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß den Empfängern von Dotationen für Verdienste um den Staat, soweit sie dem Wunsche König Wilhelms I. durch Errichtung von Fideicommissen entsprochen haben, ohne Ausnahme die Entrichtung des Stempels erlassen worden ist, und zwar ohne daß sie ihrerseits darum eingekommen wären. Der Stempelerlaß hat einen Zuschlag zur Dotation gebildet für diejenigen Donatare, welche den königlichen Wünschen durch Fideicommißerrichtung entsprochen haben. Die Berechtigung der Krone zu dem betreffenden Gnadenacte vorausgesetzt, sehen wir nicht ein, wie sich an die Annahme desselben Einwendungen und Vorwürfe knüpfen lassen, die nicht zugleich auf die Annahme der Dotation selbst Anwendung fänden. Auch die Dotation wurde aus Staatsmitteln geleistet; ob sie aus der Hand des Parlaments und des Königs, oder aus der Hand des Königs allein empfangen wurde, ist für die Beurtheilung ihrer Annahme gleichgültig, sobald feststeht, daß der König zum Erlaß des Stempels das Recht hat.

Ob Letzteres der Fall ist, das zu beurtheilen, halten wir aber nicht für die Aufgabe des dotirten Generals, sondern für die des Staates und seiner competenten juristischen und Finanzbehörden. (Vgl. unten das juristische Gutachten des Oberbergrathes Dr. Arndt. D. Verf.) Es ist unbillig, von dem betheiligten General zu verlangen, daß er rechtskundiger sein soll, als die competenten Ressortbehörden, und fiscalischer als der Fiscus, indem er letzteren durch die Verweigerung der Annahme zur Sparsamkeit nöthigt.

Das Stiften von Fideicommissen ist an und für sich für die meisten Dotationsempfänger, vielleicht für alle, kein Vergnügen gewesen, namentlich für solche, welche mehrere Kinder besitzen, die ihnen gleich lieb sind, und welche Zweifel daran hegten, ob die Errichtung von Fideicommissen überhaupt von Dauer sein wird. Wir vermuthen, daß die

meisten der auf Dotationen beruhenden Fideicommisse ohne Erlaß der drei Procent Stempel überhaupt nicht gestiftet sein würden, und halten es für zweifelhaft, ob Jemand, der ein Fideicommiß unter Voraussetzung der Stempelfreiheit gestiftet hat, zur Aufrechthaltung desselben verpflichtet wäre, wenn jene Voraussetzung nachträglich sich als Rechtsirrthum erwiese.

Wie wir in unserem Artikel vom 30. November schon erwähnt haben, sind die Stempelfragen herkömmlich nicht vom Staatsministerium, sondern von den competenten Ressortministern der Finanzen und der Justiz, unter deren Verantwortlichkeit, erledigt worden. Diese Minister sind seit 1866 gewesen: Finanzen: Heydt, Camphausen, Bitter, Hobrecht, Scholz; Justiz: Lippe, Leonhardt, Friedberg, Schelling. Von keinem dieser Herren ist anzunehmen, daß er sich durch besondere feudale Vorliebe zu rechtswidriger Begünstigung von Fideicommiß-Stiftungen oder zu eigenmächtiger Schädigung der Staatsfinanzen hätte bestimmen lassen; es ist vielmehr sicher, daß sie ehrlich der Ueberzeugung gewesen sind und noch sind, daß das Recht der Krone, wie es bei Niederschlagung von Fideicommiß-Stempeln bisher geübt worden ist, unbestritten sei.

Die Kritik, an der wir zu unserem Bedauern auch Blätter betheiligt sehen, welche der Socialdemokratie nicht angehören, richtet nach unserer Ueberzeugung ihre Spitze, soweit sie eine solche hat, nicht gegen die Donatare, welchen der Stempel erlassen wurde, sondern gegen die Stellen, von welchen der Nachlaß, ohne beantragt zu sein, erfolgt ist.

Ein solches juristisches Gutachten veröffentlichte wenige Tage zuvor in der „Magdeburgischen Zeitung" der Oberbergrath Dr. Adolf Arndt:

„Halle, 5. December 1890. Die Morgennummer der ‚Magdeburgischen Zeitung' vom Sonntag, den 30. November, hat zum Beweise dafür, daß die Krone nicht berechtigt sei, in der Angelegenheit des Freiherrn von Lucius den Fideicommiß-Stempel zu erlassen, eine Stelle aus meiner Bearbeitung der preußischen Verfassungsurkunde citirt. Dieses Citat ist zwar richtig, doch folgt aus der citirten Stelle durchaus nicht, was der Artikel der ‚Magdeburgischen Zeitung' daraus hergeleitet hat. Eine genaue Durchsicht meines Buches würde den Herrn Verfasser des Artikels davon überzeugt haben,

1) daß meines Erachtens die Krone durchaus berechtigt ist, Landesstempel und Landessteuern zu erlassen und 2) daß dieses Recht seit Beginn der Verfassung unzählige Male und im Wesentlichen unangefochten ausgeübt worden ist.

„Allerdings — und nur das ist S. 123 meines Buches behauptet — kann die Krone nicht irgend Jemanden von der Verpflichtung, Steuern zu zahlen, befreien, so wenig wie Jemanden von der Befolgung eines Strafgesetzes entbinden. Wohl aber kann sie in einem gegebenen Falle (nicht ‚a priori') die

gesetzlich verwirkte Steuer oder die gesetzlich verwirkte Strafe ('a posteriori') erlassen. In Ansehung der Strafen ist dies in Artikel 49 der Preußischen Verfassungs-Urkunde, in Ansehung der Steuern, Stempel, Geldforderungen in der Instruction für die Ober-Rechnungskammer vom 18. December 1824 ausgesprochen. Darüber, daß die Krone thatsächlich und offen das Recht, Steuern u. s. w. niederzuschlagen, ausübt, beziehe ich mich der Kürze halber auf Anm. 1 des liberalen Staatsrechtslehrers v. Rönne, Preuß. Staatsr. § 418, Bd. 4, S. 745. Allerdings halten v. Rönne I. s. S. 744 und Joël in Hirths Annalen 1888, S. 821 die Krone nur unter Mitwirkung des Landtages zum Erlasse gesetzlich bestehender Abgaben befugt. Diese Ansicht ist aber unrichtig. Wenn, wie selbst von diesen Schriftstellern nicht bestritten wird, die Krone erbliche Verlassenschaften und contractliche Rechte des Staates im Werthe von Millionen aufgeben kann, warum nicht auch Stempel und Gerichtskosten im Werthe von vielleicht einigen Pfennigen. Das Recht der Krone folgt aus drei Umständen: erstens daraus, daß nach Art. 109 der Preuß. Verf.-Urk. alle der Verfassung nicht zuwider laufenden Vorschriften des älteren Rechts, also auch die Instruction vom 18. December 1824, nicht aufgehoben sind, keine Verfassungsbestimmung aber der Krone das Recht zum Erlasse verwirkter Stempel und Steuern entzieht. Zweitens ergiebt sich das Recht der Krone daraus, daß sie alle Rechte noch heute besitzt, welche ihr durch die Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich entzogen sind. Drittens und endlich besteht zwar ein sehr wirksames Ausgabe-, aber kein Einnahmebewilligungsrecht des Landtages in Preußen; der Landtag hat die Einnahmequellen, nicht aber die einzelnen Einnahmen zu bewilligen. Die Krone bedarf daher, wenn sie bereits erhobene Stempel und Abgaben zurückzahlen, nicht aber wenn sie auf noch unerhobene verzichten will, der Genehmigung des Landtages.

„Zum Schlusse gestatte ich mir, die einschlägliche Stelle meines Commentars mitzutheilen, S. 280:

'Nach der Instruction vom 18. December 1824 kann der König Steuern, Gefälle und Pachtgelder erlassen (§ 9) u. s. w. — Verträge mit Privaten zu deren Vortheil aufheben oder abändern (§ 19), Kassen- und Rechnungsdefecte niederschlagen (§ 30).

'Die Allerhöchsten Anordnungen dieser Art heißen justificirende Cabinetsordres. Es ist fraglich, ob und in welchem Umfange dieselben heute noch statthaft und wie weit sie noch wirksam sind.

'Man muß unterscheiden a. zwischen Staats-Einnahmen und -Ausgaben, b. zwischen dem Verhältniß der Staatsregierung zum Landtage und zu Dritten.

'Zu a. Der Landtag hat kein Einnahmebewilligungsrecht; daher kann der König auch heute noch Forderungen des Staates aus Verträgen, pflichtwidrigen Handlungen oder Unterlassungen seiner Beamten, Ansprüche auf

erbliche Verlassenschaften gültig niederschlagen, Steuern und Gerichtskosten im Gnadenwege erlassen ohne vorgängige oder nachträgliche Genehmigung des Landtages. Dagegen kann ohne den Landtag keine Ausgabe gültig geleistet werden, daher bedarf jede im Etat nicht vorgesehene Ausgabe, auch wenn sie durch Cabinets-Ordre justificirt ist, — Genehmigung des Landtages.' Dr. Adolf Arndt, Königl. Ober-Bergrath."

Die Voraussetzung des Artikels der „Hamb. Nachr." vom 9. December, daß die Krone zu dem Gnadenact, den Fideicommiß-Stempel zu erlassen, berechtigt sei, ist nach diesen juristischen Ausführungen, deren Verfasser man gewiß keine „reactionären" Auffassungen vorwerfen kann, aber rühmenswerthe Objectivität zugestehen muß, vollständig zutreffend.

* * *

Es würde eine räthselhafte Erscheinung gewesen sein, wenn die gegen den Fürsten Bismarck gerichtete Presse die Frage des Fideicommiß-Stempels nicht auch ganz direkt mit seiner Person und seinem eigenen Fideicommiß Varzin in Verbindung gebracht hätte. Varzin ist erworben von der dem damaligen Grafen Bismarck im Jahre 1867 verliehenen Dotation. Am 16. December veröffentlicht nun das „Deutsche Tageblatt" den Brief König Wilhelm's an Bismarck vom 12. Februar 1867, in dem diese Dotation ihm mitgetheilt wird. Er lautet:

„Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunkt, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hülfe segensvoller Entwickelung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war.

„Diesen Ihren Verdiensten von höchster Auszeichnung habe Ich durch Verleihung einer Dotation von Vierhundert Tausend Thalern eine erneute Anerkennung zu gewähren beschlossen. Der Finanzminister ist angewiesen, diese Summe zu Ihrer Verfügung zu stellen.

„Es würde Meinen Wünschen entsprechen, wenn Sie diese Dotation, deren Verleihung Meinen und des Vaterlandes Dank bethätigen soll, durch fideicommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Capital-Besitze bestimmten, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe.

Ihr dankbarer und treu ergebener König Wilhelm."

Sehr zutreffend bemerkt dazu das freiconservative Berliner Blatt:

„Den gleichen Wunsch dürfte der greise Monarch, der die Bedeutung eines

festangesessenen, auf gute Tradition sich stützenden Grundbesitzes in unserer nivellirenden und fluctuirenden Zeit vollauf zu würdigen wußte, in analogen Fällen ausgesprochen haben. Daß er da, wo seiner Anregung Folge gegeben wurde, von der Einziehung der nicht unbeträchtlichen Fideicommiß-Stempelgebühr Abstand genommen wissen wollte, und daß es hierzu einer besonderen Anregung von anderer Seite nicht erst bedurfte, erscheint nahezu zweifellos. Außer Frage stand für ihn und seine Berather aber auch das formelle und materielle Recht der Krone zur Bewilligung eines derartigen Gebührenerlasses. Wäre dieses Recht so fragwürdig, wie unsere linksliberale Presse behauptet, so wäre Kaiser Friedrich III., an dessen verfassungsfreundlichem Sinne wohl auch der Freisinn nicht zu rütteln wagt, und der selbst in seiner schweren Leidenszeit ein viel zu ausgesprochenes monarchisches Selbstbewußtsein besaß, um gegen seine Ueberzeugung der bloßen Routine oder fremdem Rathschlag Folge zu geben, in dem Lucius'schen Falle, der ja die ganze Discussion in Fluß gebracht hat, der Niederschlagung der Gebühr sein königliches Placet nicht ertheilt haben.

„Glaubt man auf einer liberalen Seite dieses Recht anfechten oder gegen seine fernere Ausübung Verwahrung einlegen zu sollen, so thue man es offen und unverhüllt; die authentische Interpretation von berufener Stelle wird dann nicht ausbleiben. Durch die Verquickung mit persönlichen Angriffen und Nebenzwecken bedenklichster Art kann die Controverse nur verschärft und vergiftet werden."

* * *

Am 17. December kehrte Fürst Bismarck mit seiner Familie nach viereinhalbmonatlicher Abwesenheit von Varzin wieder nach Friedrichsruh zurück. Auf der Durchreise wurde er in Berlin mit begeistertem Jubel begrüßt. Die „Post" bemerkte dazu:

„Man spricht so viel von der Wandelbarkeit der öffentlichen Meinung; aber diese Huldigung hat bewiesen, wie wenig berechtigt diese Ansicht ist, wenn es sich handelt um einen Mann wie Fürst Bismarck. Das war keine von langer Hand vorbereitete Ovation, das war ein Ausbruch des Gefühls der Volksseele, die ihrer Dankbarkeit Ausdruck geben wollte gegenüber dem Manne, dem das Vaterland so unendlich viel verdankt. Nur allzu kurz währte der Aufenthalt, jedenfalls aber lange genug, um dem Fürsten Bismarck Zeugniß zu geben, daß das Volk zu ihm steht in aller Treue und Liebe."

III. Periode:

Friedrichsruh 17. December 1890 — 17. Juli 1891.

Am 19. December empfing der Fürst in Friedrichsruh eine Abordnung der Stadt Dortmund, die ihm deren Ehrenbürgerbrief überbrachte. Aus seiner dankenden Ansprache wird in dem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 22. December hervorgehoben,

> daß der Fürst es besonders angenehm empfand, daß seine Verdienste um die Wiederbelebung der gewerblichen Thätigkeit unserer Gegend auch nach seinem Rücktritt von den Gesetzgebungs-Geschäften Anerkennung finden, besonders in einer Stadt, welche stets ein gewichtiger Factor in der Industrie gewesen sei. Er sei bis zu den 70er Jahren ein überzeugter Anhänger des Freihandels gewesen und gewissermaßen in demselben aufgewachsen und aufgezogen. Bis zum Jahre 1870 sei er auch in solchem Maße von den Geschäften der auswärtigen Politik in Anspruch genommen gewesen, daß er sich den wirthschaftlichen Fragen nicht eingehend und eindringend habe widmen können. Nach 1870 sei für die äußere Politik mehr Ruhe eingetreten, und als im Laufe der Zeit er gesehen habe, daß ein Ofen nach dem andern ausgeblasen sei, und die nationale Arbeit immer mehr zurückgegangen sei, da habe er die Ueberzeugung gewonnen, hier muß Wandel geschaffen werden.

* * *

Im preußischen Abgeordnetenhause hatte sich der Streit über die Landgemeindeordnung zwischen der Regierung und den liberalen Parteien auf der einen und den Conservativen auf der anderen Seite verschärft. In der vor den Ferien letzten Sitzung der Commission am 17. December hatte der Minister Herrfurth erklärt, wenn statt der Beschlüsse der Commission erster Lesung ein Beschluß des Plenums dritter Lesung vorläge, die Staatsregierung darauf verzichten müsse, mit diesem Abgeordnetenhause eine Landgemeinde-

ordnung zu Stande zu bringen. Und er hatte allem Widerstand zum Trotz geschlossen mit den Worten „und sie kommt doch!“ So groß war damals die Macht des Bureaukratismus. Denn es lag auf der Hand, daß die Verhältnisse und Bedürfnisse des platten Landes den conservativen Abgeordneten aus eigner Anschauung viel genauer bekannt waren, als dem damaligen Minister des Innern, der seine amtliche Laufbahn hinter dem grünen Tisch in grauer Theorie begonnen und beschlossen hat. Und daß bei dem Agitiren des Freisinns für eine Auflösung des Landtages das Parteiinteresse maßgebender war als das für das Wohl des Landes, war ebenso klar.

Diese Anschauung vertritt auch der nachstehend mitgetheilte Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 21. December (M.-A.) in wesentlicher Uebereinstimmung mit der oben (S. 284 f.) citirten Aeußerung vom 26. November.

Der „Conflict“ wegen der Landgemeindeordnung. Wenn die freisinnige Presse versucht, den Gegensatz zwischen der preußischen Regierung und den Conservativen in Sachen der Landgemeindeordnung zu schüren und auf eine Auflösung des Abgeordnetenhauses hinzuwirken, so ist das begreiflich; für die Fractionsinteressen des Freisinns giebt es nichts Ersprießlicheres als einen Kampf zwischen der Regierung und den conservativen Elementen des Landes bei einer Neuwahl. Der Eifer, mit dem der Freisinn auf den „Conflict“ und die Auflösung hindrängt, sollte aber diejenigen Politiker, denen die Rücksicht auf die Staatswohlfahrt ihr Verhalten vorschreibt, zur Vorsicht nöthigen und sie abhalten, ihrerseits zu einer Verschärfung der Lage beizutragen. Leider scheint diese Einsicht nicht überall da vorhanden zu sein, wo es zu erwarten und zu wünschen wäre.

Ein Fractionsorgan sagt in seiner letzten Nummer, nach dem jetzt veröffentlichten authentischen Wortlaute gewinne die Erklärung des Ministers des Innern in der Landgemeindeordnungs-Commission noch an Schärfe und Entschiedenheit. Das ist nach unserer Auffassung nicht zutreffend; der Wortlaut der ministeriellen Erklärung bietet für die Annahme, daß die Regierung einer Verständigung mit den Conservativen principiell abgeneigt sei und es auf einen Bruch ankommen lassen wolle, weniger Boden als die erste Version über die Aeußerungen des Ministers. Der Wortlaut der Erklärung unterscheidet sich von der früher bekannt gewordenen Fassung freilich dadurch, daß nur von der Möglichkeit eines Verzichtes der Staatsregierung darauf, „mit diesem Abgeordnetenhause“ das Gesetz zu Stande zu bringen, die Rede ist und nicht von der Eventualität eines „neuen Ministers“, auch die wiederholte Betonung der „Staatsregierung“, nicht des gegenwärtigen Ministers des Innern, kann in diesem Zusammenhang Beachtung finden; aber nichts nöthigt dazu, die Worte des Ministers so auszulegen, daß, wenn es

nicht gelinge, die Landgemeindeordnung mit dem gegenwärtigen Hause zu vereinbaren, die Auflösung erfolgen solle. Es ist ebenso gut möglich, die Worte des Ministers so zu deuten, daß sie die Absicht der Regierung ausdrücken sollen, die Landgemeindeordnung eventuell zu vertagen und vor das nächste, ordnungsmäßig zu wählende Abgeordnetenhaus zu bringen, falls mit dem jetzigen kein Einvernehmen zu erzielen sei. Die Reform der Landgemeindeordnung ist jedenfalls auch für die jetzige Regierung nicht so wichtig, um ihretwegen eine Maßregel zu ergreifen, von der Niemand Vortheil haben würde, als die freisinnige und verwandte Opposition. Wir hoffen, daß diese Erkenntniß Platz greift und weitere Kreise zu der Ansicht bringt, daß es nicht nur die conservative Partei ist, welche Grund hat, die Tragweite der Situation ins Auge zu fassen. Alle nicht freisinnig-demokratischen Elemente haben unsers Erachtens ein sehr starkes Interesse daran, den Ausbruch eines Conflicts zwischen Regierung und Conservativen aus Gründen der Landgemeindeordnung nach Kräften zu verhüten.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, erscheint es als ein höchst kurzsichtiges und schädliches Beginnen, wenn man die Freisinnigen zu übertrumpfen sucht, indem man von einer „Rebellion der Landräthe“ gegen den Minister Herrfurth spricht. Auch auf Seiten der berufenen und unberufenen Freunde des Ministers des Innern wird in der Stellungnahme gegen die Conservativen viel zu weit gegangen. Wenn jemals, so ist die conservative Partei — wir verstehen hierunter nicht die Stöcker-Hammerstein'sche Richtung — in unserer Zeit neben dem gemäßigten Liberalismus nöthig. Je kräftiger jetzt wieder in Preußen die Macht der Krone, die persönliche Macht und der persönliche Wille des Monarchen (hoc volo, sic jubeo)[1]) zum Ausdruck gebracht wird, desto weniger ist der Conservatismus, der sich den Zeitaufgaben nicht verschließt, zu entbehren. — Daß die Conservativen in Preußen ein großes Verbrechen begangen hätten, weil sie dem Minister des Innern nicht ohne Weiteres zu Willen sein wollten, kann um so weniger einleuchten, als in dem ursprünglichen Entwurfe der Landgemeindeordnung Bestimmungen enthalten gewesen sein sollen, welche sich, wenn auch nicht ganz, so doch recht bedeutend den Ansichten der Conservativen näherten.

Das Schicksal der Preußischen Landgemeindeordnung ist keine Sache, die uns direct berührt; aber um der allgemeinen politischen Nachwirkung

---

[1]) Diese Worte hatte der König bekanntlich unter sein Bild gesetzt, das er am 17. December nach der letzten Sitzung der Conferenz zur Reform des höheren Schulwesens dem Cultusminister von Goßler überreichte. Weniger bekannt ist vielleicht, daß derselbe Minister unter sein eigenes Bild, das er einigen Mitgliedern der Conferenz zum Andenken schenkte, die Unterschrift gesetzt haben soll: Nolens volens.

der zu treffenden Entscheidung willen müssen wir dringend wünschen, daß eine Verständigung erfolgt. Wir können der „Post" nur beipflichten, wenn sie sagt, im Gegensatze zu den Bestrebungen, Keil auf Keil zwischen die beiden bei der Sache thätigen Factoren zu treiben, liege es im Interesse einer verständigen, im wahren Sinne staatserhaltenden Politik, die Fäden zur Verständigung wieder anzuknüpfen und zu diesem Ende die Linie wieder aufzusuchen, auf welcher zwischen dem Standpunkte der Commission und dem Entwurfe der Staatsregierung ein beiden Theilen annehmbares Compromiß sich herbeiführen läßt. Daß eine solche Einigung und damit die Vernichtung der Conflictshoffnungen des Freisinns möglich ist, glauben auch wir. Diejenigen Vorschläge des Gesetzentwurfs, über welche eine Meinungsverschiedenheit entstanden ist, bilden, darin ist den conservativen Organen zuzustimmen, keineswegs den ganzen und nicht einmal den wesentlichsten Theil des Inhaltes der Vorlage. Bei näherem Zusehen dürfte sich, wie neulich die „Nordd. Allg. Ztg." nachwies, herausstellen, daß das Princip der Vorlage kaum dadurch berührt wird, ob die Frage der autoritairen Anerkennung der Zweckverbände und der Formen, unter welchen, im Falle des Widerspruchs der Betheiligten, die Nothwendigkeit der Zusammenlegung von Gemeinden und Gutsbezirken zu einer Gemeinde vom Standpunkte des öffentlichen Interesses aus beurtheilt werden soll, im Sinne der Vorlage, oder in demjenigen der Commissionsbeschlüsse beantwortet wird.

* * *

Unter welchem Gesichtspunkt eine Auflösung des Landtages für die Regierung sogar eine Art Anstandspflicht sein könnte und auch von den Conservativen ohne Scheu gebilligt werden müßte, erörtern die „Hamb. Nachr." Tags darauf, am 22. December (A.-A.):

Wir haben in unserem letzten Artikel über den Gegensatz der Anschauungen, der sich bei Berathung der preußischen Landgemeindeordnung zwischen der Regierung und den Conservativen ergeben hat, das Hindrängen der freisinnigen Elemente auf die Auflösung des Abgeordnetenhauses gekennzeichnet. Einer anderen Beurtheilung unterläge selbstverständlich die Auflösung, wenn sie aus sachlichen Erwägungen von der Regierung für nothwendig erachtet würde. Es handelt sich bei den preußischen Reformentwürfen um Maßregeln, welche wichtige Grundlagen des bisherigen staatlichen Lebens der Monarchie verändern sollen und von denen vitale Interessen der Wähler direct berührt werden. Die betreffenden Vorlagen waren aber, als das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, weder in ihren Grundzügen, noch in ihren Einzelheiten bekannt, sodaß aus den Wahlen nicht zu erkennen war, wie das Land über die geplanten Reformen dachte, und daß bei Auswahl der

Abgeordneten auf die besondere Aufgabe, die ihnen gestellt werden würde, in genügender Weise Rücksicht nicht genommen werden konnte.

Unter diesen Umständen würde es — hier, wie in jedem anderen ähnlichen Falle — als eine Art Anstandspflicht der Regierung anzusehen sein, nach der ersten Lesung der Vorlagen, also nachdem das Land ausreichend über diese selbst und über die allgemeine Stellung der Abgeordneten und der Parteien dazu unterrichtet ist, zur Auflösung zu schreiten, um auf diese Weise ein möglichst unmittelbares und zuverlässiges Votum des Landes über die geplanten Neuerungen zu extrahiren.

Wenn es der Regierung darum zu thun ist, mit voller Sicherheit das Urtheil des Landes über die Reformen zu erfahren, bevor darüber definitiv entschieden wird, so läßt sich kaum einsehen, wie sie dies ohne Auflösung und Neuwahl erreichen will. Es ist durchaus etwas Anderes, ob ein größerer oder kleinerer Procentsatz der Mitglieder eines bereits gewählten Hauses nach Bekanntwerden neuer wichtiger Vorlagen, über die man bei der Wahl noch nichts wußte, sich in Wähler-Versammlungen über diese Vorlagen und seine Stellung dazu äußert, oder ob die Wahl des Hauses mit besonderer Rücksicht auf die betreffenden Vorlagen erfolgte. Erscheint unter diesem Gesichtspunkte eine Auflösung des Abgeordnetenhauses sachlich geboten, so glauben wir nach der politischen Seite hin, daß die Conservativen nicht einem mit Androhung der Auflösung auf sie ausgeübten Druck nachgeben dürfen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, die ihnen zur Wahrung anvertrauten wichtigen Interessen des Landes aus Furcht, Mandate einzubüßen, preisgegeben zu haben. Die Möglichkeit, eine Wahlniederlage zu erleiden, kann nur eine kurzsichtige Parteipolitik davon abhalten, zu thun, was sie für recht und nützlich hält.

* * *

Eine Abordnung aus Straßburg im Elsaß, die eine mit nahezu 6000 Unterschriften bedeckte Huldigungsadresse dortiger Einwohner überbrachte, wurde am 21. December in Friedrichsruh empfangen. Dem ausführlichen Bericht der „Straßburger Post“ entnehmen wir im Nachstehenden einige Aeußerungen des Fürsten. Da die „Hamb. Nachr.“ den ganzen Bericht des genannten Blattes wiedergeben, darf er im wesentlichen als zutreffend gelten. Der Fürst sagte zunächst:

Es sei ihm mit der Ueberreichung einer Adresse aus Straßburg in solchen Worten eine Genugthuung, eine Freude bereitet worden, welche ihm unvergeßlich bis an sein Lebensende sein werde. Niemals würden die heute aus Straßburg zu ihm gesprochenen Worte aus seinem Gedächtniß entschwinden, und noch auf dem Sterbebette sollen sie ihm ein Trost und eine stille Freude bleiben. Er habe für Straßburg ja auch

stets ein großes, ein besonderes Interesse gehabt, schon in seiner Jugend. Er erinnere sich, wie er im Jahre 1842 zum ersten Male durch Straßburg gereist, wie es ihn da geschmerzt habe, daß in einer ganz deutschen und damals auch noch gänzlich deutsch sprechenden Stadt französisches Militair und französische Beamte wirthschafteten. Er habe damals zu seinem französischen Reisegefährten gesagt: „Dieses Land war unser und muß wieder unser werden.“ Worauf dieser antwortete: „Alors il faudrait croiser la bayonnette.“ Darauf habe er entgegnet: „Eh bien, nous la croiserons.“

Die jetzigen Verhältnisse und Zustände im Elsaß streifend, kam der Fürst dann auf den Paßzwang zu sprechen und meinte, am liebsten hätte er unmittelbar nach dem Uebergange von Elsaß-Lothringen in deutschen Besitz auf der Höhe der Vogesen zwischen Deutschland und Frankreich eine chinesische Mauer errichtet, die im Lande bleibenden Eingeborenen aber äußerst glimpflich behandelt, zum Beispiel zwanzig Jahre lang von jedem Militairdienst befreit. Dann wäre die französische Generation allmählich ausgestorben und eine neue, deutsche herangewachsen. Aber das sei nicht so gegangen, wie er es gewollt, und später habe man sich doch zum Paßzwang bekennen müssen. Diese einschneidende Maßregel habe nur den Zweck gehabt, den Franzosen einmal klar zu machen, wo die Grenze sei, die sie bis dahin trotz zwanzigjähriger deutscher Verwaltung niemals beachtet hätten. Es sei ja auch natürlich, daß wir den Parisern niemals ausreden könnten, daß Elsaß-Lothringen eine französische Provinz sei; aber das Eine hat man ihnen wenigstens begreiflich machen können, daß es nicht ihre Sommerprovinz sei, in der sie sich nach wie vor als Herren aufspielten. Gegen diese und gegen ihre Freunde im Lande sei die Paßmaßregel gerichtet gewesen. Dem harmlosen, ruhigen Einwohner, dem Geschäftstreibenden, dem Familienverkehr, dem von der Politik unberührt dahinlebenden kleinen Manne habe natürlich nichts geschehen sollen. Wie im gewöhnlichen Leben auf einem Glacis nur solche Bäume geduldet werden dürften, die in militairischer Beziehung unbedenklich seien, so habe auch die deutsche Regierung in nationaler Beziehung schließlich nicht mehr dulden können, daß in Elsaß-Lothringen schließlich alles von Frankreich aus überwuchert worden sei. Daher der Paßzwang. Freilich, Theorie und Praxis seien da ganz verschiedene Dinge, und es habe sich wieder einmal gezeigt: „Wo man hackt, da fallen Späne. On ne peut pas faire une omelette sans casser des oeufs.“ Die geschäftlichen Verbindungen, welche man gar nicht habe treffen wollen, seien am meisten getroffen worden, und harmlose Leute hätten vielerlei Belästigung erlitten. Das habe er natürlich nicht gewollt, und das habe die Regierung nicht beabsichtigt; er habe

nur die Wurzeln der französischen Ueberwucherung in Paris abschneiden wollen; die Zweige wären, des treibenden Saftes beraubt, dann schon von selbst abgestorben und nicht mehr im Stande gewesen, den Grenzwall zu überranken. Daß die Unschuldigen da mit den Schuldigen leiden mußten, das sei leider unabwendbar gewesen, in diesem Falle wie überhaupt.

Der Gedankengang des Gespräches führte dann den Fürsten zu einem Vergleiche zwischen Deutschen und Franzosen. Er habe, so versicherte er, keinerlei Abneigung gegen die Franzosen oder den französischen Volkscharakter. Im Gegentheil, die Franzosen seien ein äußerst liebenswürdiges Volk und verständen es wie keine andere Nation, sich die Annehmlichkeiten, welche man im Leben haben könnte, zunutze zu machen. Er erinnerte dabei an die vortrefflichen Leistungen der französischen Handwerker und sagte, in einem französischen Hause wohne es sich beispielsweise viel angenehmer als in einem englischen. Wären die Franzosen nicht durch die erfolgte Aenderung der Grenzen gegen uns unliebsame Nachbarn geworden, so würde Deutschland, mit Frankreich vereint, eine ganz unwiderstehliche Macht bilden. Der Fürst betonte dabei, er habe in Frankreich, so oft er dort gewesen, mit den Franzosen stets im besten und liebenswürdigsten Umgang gelebt und in einem so freundschaftlichen Verkehr gestanden, wie er ihn selbst in Deutschland kaum habe unterhalten können.

Dieser Theil des Gespräches war reich an jenen glänzenden Aperçus und scharfgeschliffenen Pointen, wie wir sie z. B. aus Busch's Aufzeichnungen über manche Aeußerungen des großen Kanzlers kennen.

So sagte er z. B., die Deutschen sind ganz famose Leute, aber jeder hat eine halbe Flasche Wein zu wenig. Er muß erst künstlich in Zug gebracht werden; er hat Anregung und Anfeuerung nöthig. Der Franzose seinerseits hat diese halbe Flasche schon, und deshalb, wenn man auch nur wenig zugießt, so ist es gleich zu viel.

Auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen übergehend, meinte der Fürst: „Na, es ist ja jetzt alles soweit in gutem Gange.“ Mit freundschaftlicher Wärme sprach er vom kaiserlichen Statthalter Fürsten von Hohenlohe. Der Persönlichkeit des verstorbenen Statthalters ließ er Gerechtigkeit widerfahren; er hob hervor, wie gewandt und vielseitig verwendbar der Verstorbene gewesen, ein wie guter und sorglicher Familienvater er gewesen u. s. w. Politisch aber sei der Feldmarschall häufig unberechenbar gewesen und habe sich vielfach allzu sehr von persönlichen Eindrücken bestimmen lassen ... Eines, sagte er dann weiter, könne er uns nicht genug ans Herz legen: die Erziehung des weiblichen Geschlechtes; die Mädchenschulen seien die Fundamente der

künftigen Generationen; sobald wir die deutsche Frau, die deutsche Mutter auch in Elsaß-Lothringen erziehen würden, dann würde auch Deutschlands Herrschaft gesichert sein ohne jede andere Zwangsmaßregel. Leider sei unter dem Regime Manteuffel in dieser Beziehung eben so wenig wie für gewerbliche Ausbildungsanstalten gethan worden; dies alles würde und müsse nachgeholt werden.

Eine Anzahl Erinnerungen und Erzählungen über persönliche Erlebnisse wurde in diese Rede eingeflochten, welche hochinteressant waren und eine Gedächtnißschärfe zeigten, über welche man füglich staunen muß. Besonders interessant waren einige Streiflichter auf die Politik der verschiedenen deutschen Höfe kurz nach 1866, während der Bildung des Norddeutschen Bundes, sowie über die Vorgänge in Versailles 1870/71, als die deutsche Kaiserproclamation vorbereitet wurde u. s. w. Auch an humoristischen Erinnerungen fehlte es nicht, besonders über einzelne Persönlichkeiten, welche meist recht charakterisirend für dieselben waren.

Sie sehen meine Herren, schloß der Fürst seine Rede, ich gerathe ins Dociren und halte Ihnen, ohne daß ich es eigentlich gewollt habe, eine politische Vorlesung; so ist es, wenn man auf einmal nichts zu thun hat und gewohnt ist, immer viel beschäftigt zu sein.

Eine Durchsicht der in der Adresse enthaltenen Unterschriften wurde vom Fürsten mit den Worten eingeleitet:

„Meine Herren, ich sehe hier nicht so sehr auf die Namen, als auf das, was daneben steht, nämlich das, was die Leute sind, und da freue ich mich, daß ich hier so alle Stände vertreten sehe, da ein Schlosser, ein Coiffeur, ein Kellner, ein Drechsler, ein Spengler, ein Rentner u. s. w., ja, ja, das sind alles Leute aus dem Volke, darüber freue ich mich recht, sagen Sie allen Unterzeichnern meinen herzlichsten Dank.“ Als er auf die Unterschrift eines Franzosen, eines echten Parisers, aufmerksam gemacht wurde, sagte der Fürst lachend: „So sind die Franzosen, immer liebenswürdig, selbst auf der Mensur!“

Während der Frühstückstafel entspann sich wieder eine lebhafte Unterhaltung. Der Fürst gab dabei viele seiner Erlebnisse zum Besten und entzückte uns alle durch seinen frischen Humor. Außerordentlich interessant war, was er dabei über die Presse u. s. w. erzählte.

Die Redactionen selbst, meinte er, werden niemals gewonnen; die stehen stets intact da. Aber die politischen Correspondenten, die die Sachen in die Zeitungen bringen, an denen hat die Regierung natürlich ein lebhaftes Interesse, und mit denen setzt sie sich in Verbindung, wenn sie ihre Pläne und ihre Ansichten in die Presse lanciren will. Der Fürst erzählte dabei mit der größten Offenheit einen Specialfall aus der Vergangenheit, welcher die der hohen Politik unentbehrlichen politischen

Correspondenten charakterisirte, wobei er schließlich sagte: „Ja, die Größe und Brauchbarkeit des politischen Correspondenten liegt eben nur in der Biegsamkeit seiner Feder . . .“

Das Gespräch kam auf „Annexionsfragen“, und da sagte der Fürst:

Deutschland kann eben nur solche Länder annectiren, welche es unbedingt zum Schutze seiner Grenzen braucht, oder welche so deutsch sind, daß, wenn auch der letzte Soldat herausgezogen ist, das Land immer noch deutsch ist und deutsch bleibt. So seien beispielsweise in der Zeit von 1866 bis 1870 Anspielungen über Annectirung der Niederlande gemacht worden, auf welche er geantwortet habe: und wenn die 5000000 Niederländer auf den Knieen um Annexion bitten würden, Preußen könnte und würde sie nicht annehmen können, die müssen sehen, wie sie selbst mit ihren Colonien fertig werden.

Ungünstig sprach sich der Fürst über die jahrelang verfolgte Sonderpolitik und Particularistik mancher Staaten aus, welche ihm seine Amtsführung unverhältnißmäßig erschwert hätten.

Ein Gespräch über Weine brachte den Fürsten darauf, daß er auch alten elsässischen Wein im Keller habe, den er der Güte des jetzt verstorbenen Baron Zorn v. Bulach verdanke, der ihm, wie er sagte, noch aus der napoleonischen Zeit als ein verständiger Mann in guter Erinnerung geblieben sei.

Und doch sei die jetzige Ruhe ihm auch nicht angenehm. Ein tüchtiger Arzt habe ihm seiner Zeit gesagt, der an Thätigkeit gewöhnte Menschengeist sei mit einer Rakete zu vergleichen, welche so lange steige, als der Treibsatz brenne; sobald der nicht mehr brenne, sinke sie und verlösche. So werde es ihm auch gehen, ihm fehle die Thätigkeit. Mit der Landwirthschaft sei er durch seine dreißigjährige anderweitige Beschäftigung nicht mehr so eng verbunden, um seine Befriedigung darin zu finden, und nichts zu thun, sei er nicht gewöhnt; sein jetziger Zustand sei also kein beneidenswerther, obgleich er vielleicht vielfach beneidet werden möge . . .

In Folge gelegentlicher Anregung war der Fürst so liebenswürdig, den vier Straßburger Herren jedem eine seiner Photographien (von Pilartz in Kissingen gefertigt) zum Andenken einzuhändigen und mit eigener Hand auf jede derselben seinen Namen und das Datum des Besuchstages (21. December) zu verzeichnen.

Als die Stunde der Abfahrt für uns gekommen war, erhob sich der Fürst und sagte feierlich und ernst:

„Nun, meine Herren, bitte ich Sie nochmals, der Stadt Straßburg meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die mir gewordene Anerkennung. Seien Sie versichert, daß ich stets sehr für Straßburg gewesen

bin und in Zukunft noch mehr an Straßburg denken werde. Ich bitte Sie, meine Herren, halten Sie fest an Kaiser und Reich, wie ich es auch stets gethan habe und thun werde. Auch Sie sind Schrauben, mit denen der einstmals abgebrochene Fuß am deutschen Kaiserthrone wieder befestigt ist, halten Sie so fest, wie ich auch gehalten habe.

Auf die Frage, ob der Fürst nicht einmal das Elsaß besuchen würde, entgegnete er:

Er zweifle, ob die Reiselust noch einmal in ihm rege werden würde. Es würde ihm durch mancherlei Dinge das Reisen verleidet, und er sei immer sehr nervös, das komme noch von seiner Amtsthätigkeit; denn die hohe Politik leiten, sei ungefähr dasselbe wie das Wetter machen: man müßte dabei auf Wochen und Monate hinaus die Stimmung und die Entschließungen von Personen und oft weit weg wohnenden Körperschaften im voraus sehen, um danach seine Anordnungen zu treffen, und sorgen, daß sie zutreffen und im geeigneten Augenblick wirken; das reibe den Körper auf und mache schlaflose Nächte; die Verantwortung über viele Millionen Menschen und noch mehr Millionen fremde Gelder sei zu groß gewesen, er könne heute noch keine Nacht ruhig schlafen, wenn er nachdenke, wie manches hätte werden können ...

* * *

Die „Hamb. Nachr." hatten neben der oben (S. 299 ff.) citirten Auslassung über die Landgemeindeordnung am 22. December noch eine redactionelle gebracht über die Neugestaltung der deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsbeziehungen. Sie lautete:

Auch der bevorstehende Jahreswechsel wird sich in vollständigster Friedlichkeit der europäischen Lage vollziehen. Als Hauptgrund wird man den ungeschwächten Fortbestand des Dreibundes bezeichnen können. Die Stärke desselben beruht nicht zum mindesten in den Sympathien, welche das Bündniß in den betheiligten Völkern selbst findet. Dies gilt besonders von der deutsch-österreichischen Allianz, die sich auf beiden Seiten der größten Popularität erfreut. Je höher der Werth derselben anzuschlagen ist, um so mehr muß das Bestreben darauf gerichtet sein, sie vor jeder Beeinträchtigung zu bewahren.

In dieser Beziehung sind wir nicht ganz ohne Besorgniß und zwar mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die zur Zeit wegen der Neugestaltung der deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsbeziehungen schweben. Was man indirect und unverbürgt aus Wien erfährt, lautet so, daß es begreiflich erscheint, wenn weite Kreise unserer erwerbsthätigen Bevölkerung nicht sehr rosig in die Zukunft blicken zu können glauben. Wenn Deutschland den Nutzen, den das Bündniß mit Oesterreich beiden Staaten — und Oesterreich mindestens nicht in geringerem Maße als Deutschland — gewährt, mit wirthschaftlichen Opfern erkaufen, wenn es auf diese Weise einen Tribut an Oester-

reich für das Bündniß zahlen soll, so fürchten wir, daß sich die Popularität desselben sehr rasch verlieren wird. Unter allen Umständen halten wir es nicht nur für sehr wünschenswerth, sondern auch für nothwendig, daß die Reichsregierung ihre Stellung in den handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich etwas deutlicher als bisher markirt und das deutsche Volk in die Lage bringt, sich ein Urtheil über das Maß der beiderseitigen Zugeständnisse zu bilden. Die Frage ist so wichtig, daß wir die nämlichen Gesichtspunkte, die wir oben, in der preußischen Angelegenheit, bezüglich der Nothwendigkeit anführten, die Stimme des Landes zu vernehmen (S. 301 f.), bevor zur Vornahme wichtiger Reformen geschritten wird, auch hier geltend machen möchten.

Da man in beiden Erörterungen eine Wiedergabe der Ansichten des Fürsten Bismarck vermuthete, waren sie in der deutschen Presse vielfach besprochen worden. In Folge dessen kommen die „Hamb. Nachr." am 28. December darauf zurück:

Preßerörterungen. Die Bemerkungen, die wir in der politischen Uebersicht unserer letzten Montag-Abendausgabe an die Frage der preußischen Landgemeindeordnung und der handelspolitischen Unterhandlungen mit Oesterreich geknüpft hatten, sind in der Presse zum Gegenstand zahlreicher Erörterungen gemacht worden. Die „National-Ztg." schreibt, von der Voraussetzung ausgehend, daß unsere Bemerkungen die Ansichten des Fürsten Bismarck wiedergäben:

„Der frühere Kanzler wünscht, daß die Conservativen es im Abgeordnetenhause und daß die Conservativen und das Centrum es im Reichstage auf die Auflösung ankommen lassen, dort, um der Landgemeindeordnung, hier, um einer etwaigen Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle Widerstand zu leisten. Ob sie es thun werden, das scheint uns gleichwohl zweifelhaft — trotz der Aufmunterung aus Friedrichsruh, ja aus guten Gründen sogar wegen derselben.

„Betreffs der in den ‚Hamb. Nachr.' behaupteten ‚Anstandspflicht' der Regierung, Abgeordnetenhaus und Reichstag aufzulösen, weil von den Absichten der Einführung einer Landgemeindeordnung und der Ermäßigung der Getreidezölle bei den Wahlen nichts bekannt war, ist schon auf Grund der telegraphischen Ankündigung dieser Behauptung kurz das Erforderliche von uns gesagt worden. Eine solche Auffassung des Constitutionalismus, daß die jedesmalige Volksvertretung nur für bestimmte Aufgaben gewählt sei, hat in Preußen und im Reiche niemals Geltung gehabt; wie wenig Fürst Bismarck als leitender Minister darnach verfuhr, das haben wir bereits an zwei drastischen Beispielen dargethan; die Zahl derselben ließe sich leicht vermehren. Die Volksvertretung ist für alle Aufgaben gewählt, welche während der Legislaturperiode ent-

stehen. Falls das Abgeordnetenhaus die Landgemeindeordnung, der Reichstag den etwaigen Vertrag mit Oesterreich ablehnen, dann muß allerdings die Auflösung erfolgen. Aber als principieller Einwand gegen die Zulässigkeit jener Vorlagen ist die Auflösungsforderung durchaus unhaltbar. Ebenso ist es die Behauptung, daß man in Deutschland eine Ermäßigung der Getreidezölle als einen ‚Tribut‘ an Oesterreich auffassen würde. In Deutschland und überall sonst in der Welt weiß man, daß das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich für jedes der beiden Reiche genau den nämlichen Werth hat, daß es keinem von beiden in den Sinn kommen kann, ‚Tribut‘ zu fordern oder zu zahlen. Auch der Handelsvertrag wird nur zu Stande kommen, wenn er beiden Theilen Vortheile bringt.

„Nur mit Sorge und Betrübniß können wir die Anzeichen eines derartigen Eingreifens des Fürsten Bismarck, wie es durch die obigen Preßkundgebungen angekündigt zu werden scheint, in die Tagespolitik betrachten. Nicht weil wir dadurch in einzelnen Fragen in Gegensatz zu ihm kommen: wir haben, als er Kanzler war, die Getreidezölle bekämpft und eine Reform der Landgemeindeordnung verlangt; wie sollten wir da zurückscheuen vor der etwaigen Nothwendigkeit, des aus dem Amte geschiedenen Fürsten Bismarck's Auffassung in diesen Fragen zu bekämpfen. Aber sein persönliches Eingreifen könnte den Streit der Parteien dergestalt erweitern, vertiefen und verwirren, daß Niemand der Eventualität einer solchen Entwickelung der Dinge leichten Herzens entgegensehen könnte. Insbesondere auch nicht, wenn man an die unausbleibliche Rückwirkung auf die Stellung des Fürsten Bismarck in der Geschichte denkt.“

Die „Voss. Ztg.“ läßt sich wie folgt vernehmen:

„Die Auflösung des Abgeordnetenhauses würde die Rechte von der politischen Bildfläche hinwegfegen; eine nationalliberal-freisinnige Mehrheit würde am Dönhoffsplatze einziehen; ihr stände eine erhebliche clericale Minderheit gegenüber; mit der liberalen Mehrheit könnten Krone und Regierung nicht lange auskommen — ganz wie in der ‚neuen Aera‘, und das Ende wäre die Zuflucht zu der anfangs abgestoßenen Rechten, oder, wie es Fürst Bismarck bei seiner Entlassung gesagt hat: Le roi me reverra! In dem Hader zwischen Regierung und Volksvertretung bliebe nichts Anderes übrig, als den erprobten Rufer in früheren Streiten, den Fürsten Bismarck, im Triumph nach Berlin zurückzuführen.

„Wer wollte leugnen, daß dieser Berechnung manche richtige Beobachtung zu Grunde liegt? Sie wäre vollständig zutreffend, wenn man immer nur mit den schlechten Eigenschaften der Menschen rechnen dürfte,

wie es Fürst Bismarck von je gethan hat: mit dem Eigensinn, der Beschränktheit, der Herrschsucht. Allein vielleicht liegt gerade an dieser Stelle der Fehler. Am Ende hat die liberale Partei, im Parlament wie im Volke, Einiges aus der Geschichte gelernt, und am Ende täuscht man sich in Friedrichsruh auch in dem Träger der Krone. Man speculirt dort, der Kaiser habe gesagt, wer ihm in seinen berechtigten Bestrebungen entgegentrete, den werde er zerschmettern. ‚Sic volo, sic jubeo!‘ Es sei viel besser, ein freisinnig-nationalliberales Abgeordnetenhaus trete ihm entgegen, als ein überwiegend conservatives. Das heutige Abgeordnetenhaus auflösen, bedeute so viel, wie einen Blitzableiter anbringen. Gelegenheit zum Kampfe mit der neuen Volksvertretung werde sich schon finden. Beginne dieser Kampf, dann sei die heutige Regierung unheilbar compromittirt, der Liberalismus zu Grunde gerichtet, der Sturz des Fürsten Bismarck gesühnt, seine Rückkehr zu den Staatsgeschäften unumgänglich. Allein man übersieht in Friedrichsruh, daß die Krone heute die Vorkämpferin der Reformen sein, den Uebergang in ein neues Jahrhundert verständnißvoll bewirken will; man vergißt, daß der Kaiser zwar Herrn Kögel zur ersten Parlamentspredigt das Thema gegeben: ‚Von Gottes Gnaden bin ich, das ich bin‘, aber in seiner ersten Rede sich auch auf Friedrich den Großen berufen hat, der in seiner herrlichen Streitschrift gegen Macchiavell sagte: ‚Was mich anlangt, so will mir scheinen, daß, wenn es heutzutage eine Regierung gäbe, deren Weisheit man als Muster hinstellen könnte, dies die englische Regierung sei; dort ist das Parlament der Schiedsrichter zwischen Volk und König, und der König hat völlige Macht, Gutes zu thun, aber nicht die geringste, Schlechtes zu vollbringen.‘

„‚Sucht nur die Menschen zu verwirren; sie zu befriedigen, ist schwer‘ so heißt es im ‚Faust‘, und so denkt man in Friedrichsruh. Wir sind wahrlich weit entfernt, den Himmel voller Geigen zu sehen, aber wir hoffen, daß die Rechnung des Einsiedlers vom Sachsenwalde gründlich ohne den Wirth gemacht sei. Uns soll es durchaus recht sein, wenn die Auflösung des Abgeordnetenhauses erfolgt. Die liberale Partei wird ohne Voreingenommenheit ihre Pflicht thun, und — die Zukunft ruht im Schooße der Götter.“

Von den beiden vorstehenden Artikeln haben wir die Stilprobe der „Voss. Ztg.“ mit größerem Vergnügen gelesen, als das Elaborat ihrer Collegin, aber wir müssen es uns von dem ersteren Blatte doch verbitten, daß es in unseren rein sachlichen Erörterungen nach irgend welchen Motiven persönlicher Art spürt; wir erklären es für eine Fälschung der Thatsachen, wenn das fernerhin geschehen sollte.

Unsere Aeußerungen über die deutsch-österreichischen Zollbestrebungen

sind anscheinend als etwas ganz Neues aufgefaßt worden. Damit wird eine mangelhafte Kenntniß der Geschichte der letzten Jahrzehnte bekundet. Einer Verquickung der Politik mit wirthschaftlichen Fragen ist Fürst Bismarck stets abgeneigt gewesen; wir brauchen in dieser Beziehung nur an die Reden des früheren Kanzlers zu erinnern, in denen das politische und wirthschaftliche Verhältniß zu Rußland zur Sprache kam und gezeigt wurde, wie ein Zusammengehen in der äußeren Politik sich mit einem Gegensatze, ja selbst einem Kriege in wirthschaftlichen Dingen sehr wohl vertrage. Was speciell das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich betrifft, so steht fest, daß das jetzige Bündniß von den Sympathien aller Schichten der beiderseitigen Bevölkerungen getragen ist. Dies würde nicht in demselben Maße der Fall sein, wenn zu der Allianz eine Zollunion oder eine sonstige Einrichtung träte, welche die Verschiedenheit der wirthschaftlichen Interessen beider Völker ignorirte. Hüben wie drüben würde es eine Menge Leute geben, die sich dadurch geschädigt fühlten. So z. B. würde sich die gesammte deutsche Landwirthschaft durch solche zollpolitische Abmachungen mit Oesterreich, von denen in den Blättern die Rede ist, beeinträchtigt fühlen, das Bündniß mit Oesterreich würde für sie an Popularität verlieren. Durch Fesselung ihrer wirthschaftlichen Freiheit gegen einander werden politisch befreundete Nationen auseinandergebracht.

Die „Voss. Ztg." zieht in einem anderen Artikel frühere Aeußerungen des Fürsten Bismarck an, wonach Erleichterungen des Grenzverkehrs bei einem festen politischen Bündniß nicht ausgeschlossen seien, vielmehr ein solches Bündniß Vereinbarungen zu gleichartigen Einrichtungen in wirthschaftlichen Dingen erfordere. Damit wird nichts bewiesen, so lange nicht feststeht, daß das, was jetzt mit Oesterreich verhandelt wird, sich innerhalb jener Grenzen und der Reciprocität bewegt, die der Fürst Bismarck im Sinne gehabt haben mag, als er von einer Bekundung der innigen Freundschaft, welche Deutschland mit Oesterreich verbinde, auf wirthschaftlichem Gebiete sprach. Erleichterung im Grenzverkehr oder ähnliche Maßregeln und Beseitigung schützender Zollschranken sind zwei verschiedene Dinge.

Wenn die „National-Ztg." in ihrem obigen Artikel mit dürren Worten sagt, eine etwaige Theilnahme des Fürsten Bismarck an den laufenden politischen Angelegenheiten würde von unausbleiblicher — betrüblicher — Rückwirkung auf seine Stellung in der Geschichte sein, so müssen wir diese Glosse als einfältig und als eine würdige Fortsetzung der aus dem letzten Sommer bekannten Methode, dem Fürsten den Mund zu verbieten, bezeichnen. Wenn überhaupt von einer Gefährdung der Stellung die Rede wäre, die Fürst Bismarck in der Geschichte einnimmt und die

so gar wacklig nicht sein wird, so würde sie wohl eher in Gefahr kommen, wenn der frühere Kanzler die Ansichten, die er Jahrzehnte hindurch öffentlich vertreten hat, nunmehr stillschweigend aufgeben und wenn er — wie Eugen Richter, immer geschmackvoll, sich ausdrückt — „den Sprung über den Stock" mitmachen würde, wie viele seiner früheren Freunde.

* * *

In dem Artikel vom 22. December hatten die „Hamb. Nachr." davon gesprochen, daß die Auflösung einer parlamentarischen Körperschaft für die Regierung dann eine gewisse Anstandspflicht werden könnte, wenn es sich darum handelte, den Willen des Volkes über eine solche Vorlage kennen zu lernen, von der bei den Wahlen noch in keiner Weise die Rede gewesen war. Die „National-Ztg." hatte dann behauptet, eine solche Auffassung des Constitutionalismus hätte in Preußen noch niemals Geltung gehabt — sie wollte eben gern die neue Landgemeindeordnung haben. Ob sie sie im Falle von Neuwahlen bekommen haben würde, ist freilich eine akademische Frage, aber eine solche, die wir durchaus nicht bejahen möchten; denn aus ländlichen Wahlkreisen würden nicht gerade viel Freunde bei den Neuwahlen hervorgegangen sein. Die „Hamb. Nachr." halten es für nöthig, gegenüber der „National-Ztg." ihre Auffassung noch einmal ausführlich darzulegen und thun das am 31. December (M.-A.):

Zur preußischen Landgemeindeordnung. Wir hatten es neulich als eine Anstandspflicht der preußischen Regierung bezeichnet, vor der definitiven Entscheidung über die Landgemeindeordnung das preußische Abgeordnetenhaus aufzulösen, um auf diese Weise ein möglichst unmittelbares und zuverlässiges Votum des Landes über die geplanten Neuerungen zu extrahiren. In der „National-Ztg." ist dagegen eingewendet worden, die Auffassung, daß die jedesmalige Volksvertretung nur für bestimmte Aufgaben gewählt sei, habe in Preußen und im Reiche niemals Geltung gehabt. Die Vertretung einer solchen Auffassung hat uns auch durchaus fern gelegen. Wir haben nur darauf aufmerksam machen wollen, daß bei so eingreifenden Reformen der Gesetzgebung, wie sie jetzt in Bezug auf die Grundpfeiler des staatlichen Aufbaues in den sieben alten Provinzen der Monarchie beabsichtigt werden, bei der Regierung das Bedürfniß vorausgesetzt werden kann, sich zu vergewissern, ob eine solche Umgestaltung auf die durch sie Betroffenen zufriedenstellend oder verstimmend wirkt, ob sie nicht blos bei den Behörden, sondern auch bei den Regierten Befriedigung erregen wird, wenn sie einmal Gesetz geworden ist. Die preußische Regierung ist glücklicher Weise in der Lage, nicht gleich einem neu begründeten Cäsarenthume, wie früher in Frankreich, um Popularität werben zu müssen, um Stimmen für die Befestigung der bestehenden Zustände; aber wir haben angenommen,

daß es ihr nöthig erscheinen würde, in solchen, die staatliche Organisation direct berührenden Fragen sich über die Auffassung des Landes so genau als möglich zu unterrichten. Wir sind der Meinung, daß gerade in den Provinzen, um die es sich handelt, und gerade in der heutigen Zeit große Vorsicht zu beobachten ist, daß man sich möglichst gründlich darüber zu unterrichten suchen muß, ob, wenn das fait accompli der Gesetzesänderung einmal vorliegt, man Zustimmung oder Verstimmung zu erwarten hat. Wir würden es, wenn wir eine Entscheidung zu treffen hätten, nicht unter der Würde der Regierung halten, daß sie, bevor eine solche Reform Gesetzeskraft erlangt, in der betheiligten Bevölkerung selbst die Sonde anlegt, oder, um seemännisch zu sprechen, das Fahrwasser genauer ablothet als bisher geschehen ist. Wir würden zu einer solchen Untersuchung um so mehr rathen, als wir überzeugt sind, daß die Regierung die Zufriedenheit der ländlichen Bevölkerung erstrebt, nicht aus Popularitäts-Bedürfniß, sondern aus Rechts- und Gewissensgründen. Die Zufriedenheit, und was sie für den Staat bedeutet, darf aber nicht schon dadurch gewährleistet betrachtet werden, daß eine Gesetzreform die Zustimmung der betheiligten Behörden findet. Bisher regierte in den Dorfgemeinden der alten Provinzen der Schulze, das neue Gesetz aber würde das Schwergewicht der Verwaltung aus dem Gremium der Bauernschaft mehr in die Bureaukratie verlegen, und wenn dies von der ländlichen Bevölkerung nicht sofort durchschaut wird, müßte es mit der Zeit um so empfindlicher wahrgenommen werden. Die hieraus zu befürchtende Unzufriedenheit verdient um so mehr Beachtung, als die Dorfgemeinden viel zahlreicher sind als die Gutsgemeinden, die unzufriedenen Bauern weit stärker vertreten sein würden, als die unzufriedenen Gutsherren. Letztere strecken sich, wenn es sein muß, nach der Decke des Staates; der Bauer thut dies nicht, er wird erbittert.

Das Mittel, um über die Stimmung der betheiligten Bevölkerungskreise gegenüber einer beabsichtigten Reform ins Klare zu kommen, haben wir nicht in einer sofortigen Auflösung der Kammer gesehen, wohl aber in einer Auflösung, bevor das betreffende Gesetz endgültig angenommen wird, also etwa nach der zweiten Lesung, nachdem durch gründliche öffentliche Discussion eine etwas größere Anzahl der Betheiligten als bisher über die wirkliche Tragweite der Neuerung aufgeklärt ist. Wir bedauern im Interesse dieser Anschauung, daß die Regierung dem Wunsche des Herrenhauses nicht entsprochen hat, die Verhandlungen über die Landgemeindeordnung dort zu beginnen; wir würden es noch mehr bedauern, wenn die von dem Gesetz betroffene ländliche Bevölkerung der sieben alten Provinzen sich über die Wirkung desselben erst dann vollständig klar würde, wenn das Gesetz in Kraft getreten und nur durch ein neues

würde geändert werden können. Die Frage der ländlichen Gemeindeordnung in Preußen ist seit 70 Jahren schwebend, und ihre Lösung ist vor 40 Jahren in einer Weise versucht worden, über deren irrthümliche Richtung die Regierung selbst sich noch klar wurde, bevor die neue Landgemeindeordnung überall in Kraft getreten war. Es ist aber nicht wünschenswerth, daß die Einsicht in die Unausführbarkeit des neu Beschlossenen wiederum erst nach der Ausführung Platz greife.

Die Gegner unserer Auffassung erleichtern sich und den Lesern ihrer Zeitungen die Beurtheilung der Frage dadurch, daß sie annehmen, das Hauptgewicht der Neuerung liege in den zukünftigen Bestimmungen über die Gutsgemeinden, und die etwaige Unzufriedenheit mit dem neu zu Beschließenden würde sich auf die gutsherrlichen Kreise beschränken. Diese Annahme beweist die Oberflächlichkeit der Bekanntschaft, deren sich Presse und Bureaukratie mit den ländlichen Verhältnissen erfreuen. Die Verstimmung der Interessenten der Gutsbezirke in Folge der neuen Bestimmungen fürchten wir erst in zweiter Linie, in erster aber die Unzufriedenheit der Bauern. Der Bauer, dem bereits vor Jahr und Tag durch landräthliche Rückfragen die Intentionen der höheren Bureaukratie bekannt geworden waren, fühlt sich von zwei Seiten her bedroht. Einmal hat die Eventualität, daß er dazu dienen soll, leistungsunfähigen Gutsbezirken durch deren Verschmelzung mit potenten Bauerngemeinden zu „Zweckverbänden“, wie man es nennt, aufzuhelfen, nichts Verlockendes für ihn, sodann aber richtet sich seine prophylaktische Empfindlichkeit, und zwar noch viel schärfer, gegen die übrigen Bestimmungen des Gesetzes. Die 144 Paragraphen, aus denen es besteht, sind nicht jedem Bauer verständlich, und ihre Umfänglichkeit beunruhigt ihn in Bezug auf die Tragweite, welche Juristen und höhere Beamte daraus herleiten könnten. Ist dem Bauer die Zwangsgemeinschaft mit beliebigen Gutsbezirken, namentlich mit solchen, die zahlreiche Lohnarbeiter und große Armenpflege haben, schon unerwünscht, so wehrt sich das traditionelle Gefühl des Bauern noch besorglicher gegen die Neuerungen, welche einmal auf der Mitbetheiligung der Besitzlosen basirt sind; dann aber namentlich gegen die Einführung eines so schwerfälligen Apparates in die Gemeindeverwaltung, wie der durch das neue Gesetz vorgeschriebene, mit seinem Anspruch an unentgeltliche Leistungen auf dem Gebiete des Verwaltens über das bisherige Maß hinaus. Das bisherige Maß hat in den alten Provinzen Preußens die Kräfte, welche für ehrendienstliche Arbeiten in den Gemeinden zur Verfügung stehen, in vielen und weiten Districten bereits bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen. Das Bedürfniß von Localbeamten von der schreibenden Classe ist längst nicht überall mehr mit Bequemlichkeit zu befriedigen. Der Mangel an solchen Kräften

aber wird eine bisher ungeahnte Höhe erreichen mit der morgen bevorstehenden Ausführung des Alters- und Invaliditätsgesetzes. Die Geschäfte der Dorfgemeinden werden zu einer Höhe gesteigert werden, der beim besten Willen nicht überall zu entsprechen ist.

Endlich ist zu bedenken, daß die Neuerung coincidirt mit der angekündigten Invasion der Socialdemokratie in die ländlichen Distrikte. Wenn irgend etwas dieser Invasion die Wege ebnen kann, so sind es Gesetze, die den Frieden auf dem Lande stören, das Bestehende erschüttern, und Neubildungen, gesunden und ungesunden, Thür und Thor öffnen. Sicher ist anzunehmen, daß gerade die Socialdemokratie die Eröffnung innerer Kämpfe in den ländlichen Gemeinden mit Genugthuung begrüßen würde, und es läßt auf Seiten der Regierung ein hohes Maß von Furchtlosigkeit, wir möchten sagen Geringschätzung der socialdemokratischen Gefahr erkennen, daß sie gerade jetzt, nach dem Erlöschen des Socialistengesetzes den in den Landgemeinden bestehenden Frieden durch Eröffnung von Reformdiscussionen, wie sie sich an die Landgemeindeordnung knüpfen, in Frage stellen zu dürfen glaubt.

* * *

Mit Rücksicht darauf, daß viele Artikel der „Hamb. Nachr.", mit denen der Fürst Bismarck gar nichts zu thun hatte, ohne nähere Prüfung von der Presse auf sein Conto gesetzt wurden, besonders dann, wenn sie Aeußerungen enthielten, die gegen den Fürsten ausgebeutet werden konnten, richten die „Hamb. Nachr." an die anderen deutschen Blätter und ganz besonders an die Adresse der „National-Zeitung" die Bitte, ihre Artikel sachlich zu prüfen, durch ihre persönlichen Unterstellungen dem Fürsten das Recht jedes Privatmannes, seine politischen Anschauungen offen auszusprechen, nicht zu verkümmern, und endlich die Bitte, sich nicht einzubilden, daß auf ihre (der „National-Zeitung") Veranlassung die Interviews aufgehört hätten. Der Artikel erschien am 31. December (A.-A.):

Fürst Bismarck. Einzelnen Artikeln unseres Blattes über politische Tagesfragen ist in neuerer Zeit seitens eines Theiles der Presse eine Behandlung zu Theil geworden, gegen die wir Einspruch erheben müssen. Wir sind uns bewußt, bei unseren Erörterungen stets von rein sachlichen Gründen geleitet zu sein; jedes persönliche Motiv liegt uns fern. Um so befremdlicher ist es, wenn einige Blätter anstatt die von den „Hamburger Nachrichten" vertretenen Anschauungen entweder sachlich zu erörtern oder darüber zu schweigen, die Methode einschlagen, ihnen unbequeme Ausführungen unseres Blattes als vom Fürsten Bismarck ausgehend und als Versuche desselben zu behandeln, friedliche Verständigung zu hintertreiben. Wir müssen ein solches Verhalten als unwürdig bezeichnen. Auf sachliche Ausführungen, die stets in der Absicht gemacht werden,

dem Lande zu nützen, antwortet man nicht mit leeren persönlichen Verdächtigungen, wenn es einem wirklich um Förderung der Sache und der salus publica, nicht um heimtückische Angriffe zu thun ist.

Man sollte sich doch ehrlicher Weise sagen, daß Fürst Bismarck an seinem Lebensabend keine anderen Bestrebungen vertreten wird, als während seiner amtlichen Thätigkeit; wir überlassen es getrost dem öffentlichen Urtheil, ob ein Blatt wie die „National-Zeitung“ berechtigt ist, sie als extreme Partei- und Classenbestrebungen zu bezeichnen. Der Fürst hat dieselben Ansichten, die er noch heute hegt, Jahrzehnte hindurch öffentlich als die seinigen verkündigt zu Zeiten und in Stellungen, wo seine Aeußerungen von sehr viel größerer Tragweite waren wie jetzt. Wie kommt die „National-Zeitung“ dazu, vom Fürsten Bismarck heute, wo er sich derselben Freiheit des Privatmannes erfreut, wie der Redacteur der „National-Zeitung“, eine größere Zurückhaltung zu verlangen, wie zur Zeit seiner Amtsführung; wie kommt das Blatt dazu, sich selbst das Urtheil darüber beizulegen, was der frühere Reichskanzler zu sagen oder zu verschweigen habe, kurz über sein Verhalten als Privatmann ein Maaß von Bevormundung auszuüben, das einem leitenden Minister-präsidenten gegenüber aus der Eigenschaft der Staatsbürger sich noch eher mit Berechtigung herleiten ließe, als einem Privatmanne gegenüber, der sachlich seine Ansichten über Dinge, in denen er Erfahrung hat und für die er sich interessirt, in der Presse sachlich besprechen lassen will? Wir möchten unsere Collegin, die „National-Zeitung“, mit der wir in Frieden zu leben wünschen und mit der wir viele gemeinsame Ansichten haben, doch bitten, unsere sachlichen Erörterungen sachlich aufzufassen und zu beantworten, und nicht nach dem Beispiele der „extremen Partei- und Classenbestrebungen“ auf der äußersten Linken mit Invectiven gegen Friedrichsruh und den Fürsten Bismarck. Wir vertreten unsere Artikel selbst und haben uns auch niemals nach den Personalverhältnissen der Mitarbeiter der „National-Zeitung“ erkundigt. Es ist für die objective Beurtheilung ziemlich gleichgültig, von wem ein Artikel herrührt. Wir halten uns an den Inhalt, nicht an die Urheberschaft, und erwarten von achtbaren Zeitungen dasselbe, aus Rücksicht sowohl auf den Anstand in der Presse wie auf den nach anderen Behauptungen in der „National-Zeitung“ von diesem Blatte besonders hochgeschätzten früheren Reichs-kanzler, von dem man jetzt anzunehmen scheint, daß die Nennung seines Namens als verdächtig der Urheberschaft jede unserer Auslassungen hin-reichend niederschlägt, um einen Versuch zur Widerlegung überflüssig zu machen. Das Verhalten unserer Gegner besagt nichts anderes als die Aufstellung des Satzes, daß eine publicistische Aeußerung keiner Er-örterung und Widerlegung werth ist, sobald man behauptet, daß sie

auf Ansichten des Staatsmannes beruht, der drei Jahrzehnte hindurch die Geschicke des Deutschen Reiches nicht ohne Anerkennung der Betheiligten geleitet hat.

Wenn die „Nat.-Ztg." von der Befürchtung heimgesucht wird, daß Fürst Bismarck Aussicht habe, oder beabsichtige, wieder ans Ruder zu kommen, so möchten wir sie darauf aufmerksam machen, daß der Fürst in diesem Falle wahrscheinlich den üblichen Weg gehen würde, sich den leitenden Personen freundlich zu nähern, um vor allen Dingen wieder Fühlung mit ihnen zu gewinnen. Es würde dies, wenn der Fürst überhaupt beabsichtigte, in den Staatsdienst zurückzutreten, für einen so gewiegten Diplomaten, wie er ist, ein ziemlich sicherer Weg sein. Wir haben aber bisher nicht gehört, und auch die „Nat.-Ztg." scheint nicht zu glauben, daß der frühere Reichskanzler auf diese Weise seine Rückkehr ins Amt anstrebe. Wir möchten die „Nat.-Ztg." auch bitten, wenn sie glaubt, daß der Fürst überhaupt ins Amt zurück wolle, uns die Frage zu beantworten, welche Gründe sie hat, um beim Fürsten Bismarck die Neigung zur Rückkehr auf seinen Posten vorauszusetzen? Diese Neigung könnte doch nur mit dem Hamlet'schen Wort: „I lack advancement", mit dem Bedürfniß nach Rang, Stand und Einfluß begründet werden. Wir vermögen aber kaum zu glauben, daß unsere Collegin sich von dem Manne, den sie mit ganz Europa 40 Jahre lang an der Arbeit gesehen hat, eine so unwürdige Vorstellung macht. Man hat freilich dem ehemaligen Reichskanzler das Wort in den Mund gelegt, „le roi me reverra", aber mit ebenso großem Unrecht wie etwa die Redensart von dem An-die-Wand-drücken der Nationalliberalen oder ähnliche vom Fürsten Bismarck nie gethane Aussprüche. Fürst Bismarck hat — dessen darf man sicher sein — am allerwenigsten in dem Moment, als er Berlin verließ, den Gedanken gehabt, mit Sr. Majestät dem Kaiser wieder in amtliche Beziehungen zu treten; er hat diese Gedanken auch im späteren Verlaufe der Dinge nie gehabt. Die gegentheiligen Behauptungen beruhen auf ganz willkürlicher Erfindung.

Noch Eins: wenn die „Nat.-Ztg." mit der Miene des befriedigten Lehrers sagt, ihr früherer Tadel betreffend die Interviews in Friedrichsruh hätte beim Fürsten Bismarck gefruchtet, so glauben wir nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß das Aufhören der Interviews weniger ein Effect der belehrenden Einwirkung der „Nat.-Ztg." war als ein geographisches Ergebniß der Uebersiedelung des Fürsten von Friedrichsruh nach Varzin. Die „Nat.-Ztg." scheint anzunehmen, daß sich Fürst Bismarck im Frühsommer dieses Jahres die Interviewer nach Friedrichsruh bestellt und nachher gefunden hat, daß dies seine Unbequemlichkeiten habe. Wir können dem Blatte versichern, daß der Fürst zu keinem

Interview die Initiative ergriffen hat, sondern nur bezüglich Derer, die ein Interview nachsuchten, erwogen hat, ob er den Besuch annehmen sollte oder nicht, und daß er in der Regel keinen Grund gesehen hat, ihn abzulehnen, da er das Bedürfniß und das Recht hat, seine politischen Ansichten öffentlich auszusprechen. Eine Aenderung hierin ist nur dadurch eingetreten, daß Varzin weit entlegener ist als Friedrichsruh und kein Berichterstatter den Wunsch geäußert hat, in Varzin empfangen zu werden. Ohne einen solchen Wunsch würde aber auch früher in Friedrichsruh kein Interviewer empfangen worden sein. Ob nach der Rückkehr des Fürsten dahin die „Nat.-Ztg." nicht erlebt, daß der Fürst in seine alten Sünden zurückfällt, wollen wir nicht präjudiciren.

* * *

Das erste Jahr seit der Entlassung des Fürsten Bismarck ist zu Ende. Was ist sein Ergebniß? Vor allem das eine: er selbst ist der Alte geblieben in seiner treuen und unermüdlichen Sorge um Deutschlands Heil und Ehre, der Alte aber auch in seiner Mannentreue, in seinem völligen Mangel an Menschenfurcht, in seiner Offenheit. Und das Volk? Die große Masse des Volkes ist auch ihm treu geblieben in Verehrung, Dank und Liebe. Nicht so die Führer der politischen Parteien und ihrer Presse. Der Verlauf des Jahres hat gezeigt, was alles möglich gemacht worden ist an Verdächtigungen, ja wie man selbst vor offenkundigen Schmähungen nicht zurückgeschreckt ist — nicht zu des Fürsten Schaden, aber zum unermeßlichen Schaden des deutschen Namens und Ansehens im Auslande, das nicht begreifen kann, wie politische Führer solchen Undank bezeugen können. Endlich aber ist noch ein Umstand als Resultat dieses ersten Jahres zu verzeichnen: die immer größere Erkaltung der Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem Nachfolger. Die einzelnen Stufen der sich stets vergrößernden Entfremdung traten ja deutlich genug hervor — wir haben nicht ein einziges Mal ein Echo vernommen, das durch die häufigen wohlwollenden und freundschaftlichen Erklärungen des Fürsten auf seines Nachfolgers Seite geweckt worden wäre. Und forschen wir nach dem Grunde, so scheint er uns einmal darin zu liegen, daß dem Nachfolger jedes Verständniß für den Vorgänger, für dessen Gesinnung und für dessen Politik fehlte; und zum andern darin, daß der Reichskanzler von Caprivi zu sehr auf das Wetter und zu wenig auf den Weg Acht gab.

* * *

Daß am Schlusse des Jahres 1890 auch die Presse zurückblickende Betrachtungen anstellte, ist natürlich. Wir geben zwei solcher Betrachtungen hier wieder, die eine aus Nord-, die andere aus Süddeutschland. Zunächst die norddeutsche aus der „Nationalzeitung", deren zweite Hälfte dem Pariser „Siècle" entstammt:

Wäre das Jahr 1890 ganz verödet in Bezug auf die Ereignisse des nationalen Lebens, hätte Europa in diesem Zeitabschnitt nichts aufzuweisen gehabt, was den Griffel der Geschichte in Bewegung setzen könnte, so würde die Verabschiedung des deutschen Reichskanzlers Fürst Bismarck, seine Entsetzung, wie er selbst seinen Rücktritt vom Amte bezeichnete, genügen, um den politischen Inhalt des laufenden Jahres zu einem äußerst gewichtigen zu erheben. Die Tage des letzten Drittels des März, an welchen Deutschland mit Zagen und Trübniß, ganz Europa mit Staunen und theilweise mit Schrecken das fast Unglaubliche zum Ereigniß werden sah, werden diejenigen, denen der geschichtliche Sinn nicht unter dem blinden Haß der Parteiung abhanden gekommen ist, als dunkle und schmerzerfüllte im jungen Leben des Reiches bezeichnen. Was Ranke von den Ideen und Plänen des Großen Kurfürsten sagte: er scheute selbst vor dem scheinbar Unmöglichen niemals zurück und lenkte durch alle Klippen hindurch nach dem klar erkannten Ziele des practisch Möglichen, das kann vollständig auf Fürst Bismarck angewendet werden. Ein Heros, der die nationale Kraft, das nationale Bewußtsein weckte, hob und verkörperte, der ein neues Reich mitten in Europa schaffen half, der in seinen Händen Krieg und Frieden unseres Welttheils während dreier Decennien trug, mit der Uebermacht seines Geistes die Feinde der Ruhe in Schach hielt, mit seiner gewaltigen Energie stets den gefährdeten Frieden rettete, hörte plötzlich auf, als Factor im politischen Calcul Europa's zu gelten. Alle erkennen an, daß jedes Wort aus dem Munde des Reichskanzlers von einer genialen Selbstständigkeit zeugte, welche einen mächtigen Zauber auf das In- und Ausland ausübte; daß seine Faust so oft die Fäden der Intriguen zerriß, die gegen die freundlichen Beziehungen der Völker gerichtet waren; daß ihm selbst die Feinde vertrauten, weil er kein höheres Gut kannte als den Frieden, weil er stets Klarheit des Wollens, Bestimmtheit im Denken und Sicherheit in der Ausführung mit einer peinlichen Vorsicht verband, die immer Maß zu halten wußte und Verwickelungen mied. Vor seinem Ansehen beugte sich die Diplomatie, als Meister der hohen Politik wies er dieser ganz neue Bahnen an und leitete eine neue Epoche der Behandlung continentaler und internationaler Fragen ein.

Der Ausruf des „Siècle“ am Tage des Rücktritts des Fürsten: „Edles Frankreich, das ist deine Revanche,“ ist das erhabenste Lob, das ihm gespendet werden konnte, die Summe des höchsten Dankes, das er sich seitens der ruhebedürftigen Völker erworben. „Er hat ein Anrecht darauf,“ schrieb dasselbe Blatt, „daß wir uns vor ihm verneigen und ehrerbietig seinen Rücktritt begrüßen, denn seit Napoleon gab es in unserem Jahrhundert keinen Größeren als Bismarck. Wir werden fortfahren, sein Andenken zu verabscheuen, ihn aus ganzer französischer Seele zu hassen; aber wir werden ihn stets bewundern als die hervorragendste Verkörperung des deutschen Patriotismus. Ein Riese, der zu

viel der Lasten allein tragen wollte, der wie Mirabeau von der Nationalversammlung so von sich sagte: ‚Das bin ich‘, vermochte nicht Stand zu halten, als es galt, seine Unhabhängigkeit zu beschränken, seinen Willen unter den Willen eines gekrönten Hauptes zu beugen, das sich mit dem Wunsche trug, etwas Großes zu leisten. Nicht Krieg, nicht Eroberung möchte der junge Kaiser als Blätter in seinen Ruhmeskranz winden, sondern eine jener gewaltigen Reformen, die, wenn sie kühn und treuherzig unternommen werden, ob sie glücken oder nicht, in der Geschichte der Menschheit eine leuchtende Spur zurücklassen. Dem Riesen aber bangt davor, die Verantwortung für Unternehmen zu tragen, welche sich so weite Grenzen steckten, daß diese im Nebel verschwanden. Er rechnete mit der Wirklichkeit, mit den Leidenschaften der Menschen, mit den wachsenden Begehrlichkeiten der Masse, die, einmal entfesselt, schwer zu dämmen sind. Er dachte mit dem großen italienischen Staatsmann Cavour: ‚Bei gewissen Dingen kommt es in erster Linie nur darauf an, daß man vor Allem klaren Kopf behält, sich nicht selbst täuscht, indem man glaubt, daß fromme Wünsche die Logik der Ziffern zu brechen vermögen. Das Einmaleins ist stärker, als wir Alle. Ich glaube, wir hätten schon mehr erreicht, wenn man uns Allen von Jugend auf strikte beigebracht hätte, daß die freudigsten Schläge des Herzens doch nicht bewirken können, daß zweimal zwei mehr als vier ist.‘“

Den süddeutschen, bedeutend bemerkenswertheren Artikel entnehmen wir der Münchener „Allgemeinen Zeitung“. Er lautet:

„Das Jahr, dessen Schwelle zu überschreiten wir im Begriff stehen, wird stets eines der denkwürdigsten in der deutschen Geschichte bleiben: es ist das Jahr, welches dem Deutschen Reiche den Fürsten Bismarck von der Leitung der Geschäfte entrissen und Deutschland damit eines der wesentlichsten Momente seines Einflusses und seines Ansehens beraubt hat. Freunde und Feinde des großen Mannes waren einig darin, daß das Verschwinden des Schöpfers der Rechtsordnung, auf welcher das heutige Europa ruht, eine klaffende Lücke reißen müsse, welche durch das persönliche Eintreten des Kaisers in dieselbe nicht ausgefüllt werden könnte. Die politische Erfahrung und das auf dieser begründete persönliche Ansehen des ersten deutschen Reichskanzlers lassen sich durch den Glanz und die Autorität der Majestät, durch eine noch so entschlossene Willenskraft nicht ersetzen; nur die gereiften Erfahrungen einer langen Regierungsthätigkeit, nur wirkliche Erfolge werden das gewaltige Deficit auszugleichen vermögen, welches die politische Bilanz dieses Jahres für Deutschland aufweist.

Freilich, wer die Dinge oberflächlich oder nach der großen Zurückhaltung beurtheilt, welche der weitaus größte Theil der Presse sich auferlegt, könnte zu der Meinung gelangen, daß Deutschland sich nie in einem besseren Fahr=

wasser, nie in berechtigterer Anwartschaft auf eine glänzende Zukunft befunden habe. Kein Gebiet des öffentlichen Lebens, welches nicht durch die Anbahnung tiefgreifender Reformen bis in die Fundamente berührt worden wäre: gewaltige Vorstöße in dem Irrgarten der socialen Frage, im Heerwesen zahlreiche Neuerungen, verbunden mit schnellen und umfangreichen Personalveränderungen, in den inneren preußischen Verhältnissen eine Lage, welche in unaufhörlichen Krisengerüchten, in Ueberraschungen aller Art ihren correctesten Ausdruck findet — aber überall ein Gefühl der Unsicherheit und ernste Bedenken hinsichtlich des Ausganges.

Der Wunsch, der einst die erlauchten Eltern Kaiser Wilhelms II. beseelte, „ein befriedigtes Volk" zu schaffen, ist sicherlich auch für die Entschließungen des Sohnes und Nachfolgers maßgebend gewesen. Niemand wird bestreiten dürfen, daß der Monarch, als er nicht nur die Erbschaft des Vaters und Großvaters, sondern auch noch die des Fürsten Bismarck antrat und in seiner Person das le roi règne et gouverne zum schärfsten Ausdruck brachte, von den erhabensten Intentionen beseelt gewesen sei. Es soll auch nicht bestritten werden, daß die glorreiche und gesegnete Regierung des ersten deutschen Kaisers theils durch die Sorge, welche die auswärtigen Beziehungen und die Sicherheit nach außen erforderten, theils durch die hohen Jahre des unvergeßlichen Monarchen in manchen Zweigen der Staatsverwaltung allmählich zu Stockungen geführt hatte, welche für einen jungen thatkräftigen Fürsten die Neigung zu energischem persönlichen Eingreifen recht nahe gelegt haben mögen und so seiner Regierung von vornherein den Stempel einer Aera der Reformen aufprägten. Daß aber der Weg, welcher zu diesem Zweck eingeschlagen, und das Tempo, in welchem er beschritten worden, wirklich die zum Ziele führenden seien, wird vielfach im Lande bezweifelt. Hier kann nur der Erfolg Richter sein, und der Erfolg steht noch aus.

Als der neuernannte Reichskanzler und Ministerpräsident zum ersten Male im preußischen Abgeordnetenhause sprach, erklärte er seine Bereitwilligkeit, lange zurückgestellte Wünsche einer neuen Prüfung zu unterziehen und das Gute zu nehmen, wo er es finde. Herr v. Caprivi konnte als homo novus in den Geschäften den Parlamenten und den Parteien mit voller Unbefangenheit gegenübertreten, keine Erinnerung an die persönlichen Bitterkeiten langjähriger harter Kämpfe beschattete seinen Weg. Von den Gegnern des Fürsten Bismarck ward jeder Nachfolger, gleichviel wer immer, als eine Erlösung begrüßt, und von der für diesen Nachfolger bestehenden Nothwendigkeit, die parlamentarischen Schwierigkeiten durch eine connivente, in Form und Sache entgegenkommende Haltung zu mildern oder zu beseitigen, konnte Herr von Caprivi um so leichter Gebrauch machen, als jede Reformbewegung sich naturgemäß in der Richtung nach links vollzieht. Fürst Bismarck hatte die Höhe seiner Laufbahn durch schwere innere Kämpfe gewinnen müssen, deren Ver-

bitterung ihm über seine Amtsdauer hinaus nachgefolgt ist. So gewaltige Erfolge lassen sich eben nur durch Kämpfe erringen, Kämpfe, die er mit voller Einsetzung seiner Person lediglich für die Machtfülle der preußischen Krone geführt hat in Zeiten, in denen ihm nichts weniger als Aussicht auf Dank oder Lohn winkte. Die Gegnerschaft aus jenen Tagen ist ihm geblieben und manche andere hat sich dazugesellt, aber die Machtfülle und Autorität der Krone, von welcher Kaiser Wilhelm II. heute so ausgiebig Gebrauch macht, die feste Basis, auf welche der zweite Reichskanzler sich stellen konnte, sind doch zum großen Theil nur die Erfolge jenes Ringens, welches die „preußische Krone nicht zu einer Decoration am Parlamentsgebäude“ werden lassen wollte zu einer Zeit, als sie noch nicht vom Glanze glorreicher kriegerischer Erfolge umstrahlt war und König Wilhelm I. nicht, wie am Ende seines Lebens, den Parteien als der Vater des Vaterlandes galt. Fürst Bismarck war es gewesen, der in schweren Zeiten die Rechte der Krone hochgehalten, dann aber auch Sorge getragen hatte, daß der siegreiche König zum populären König ward. Sein Werk war es, daß der heimkehrende Sieger von Königgrätz dem Lorbeer des Sieges den Oelzweig des inneren Friedens gesellte, nicht den Verfassungsconflict, sondern das Wort „Indemnität“ heimbrachte und damit den Weg betrat, der ihm auch im außerpreußischen Deutschland die Herzen erschloß. Personen und Zeitungen, welche heute über den Fürsten Bismarck urtheilen, pflegen meist nur den Reichskanzler nach 1871, nicht den Ministerpräsidenten von 1862 bis 1866 vor Augen zu haben — man könnte fast fragen, wer der größere war. Der Einsiedler von Friedrichsruh wäre wohl berechtigt, am Schlusse dieses Jahres seinen Kritikern die Worte in das Stammbuch zu schreiben, welche Plutarch dem Themistokles in den Mund legt: „Im Sturme flüchtet ihr zu mir wie unter einen Baum; seit aber das Wetter wieder gut geworden, gehet ihr vorbei und Jeder zupft ein Blatt ab.“

1891.

Der Lauf der Geschichte kümmert sich um unsere Zeiteintheilung und Zeitrechnung nicht; das neue Jahr tritt die Erbschaft des alten genau da an, wo jenes abgetreten ist, eine Lücke, ein Wechsel wird nicht fühlbar.

Die „Hamb. Nachr." vom 1. Januar eröffnen das neue Jahr mit einem Artikel, der sich vorwiegend an die Adresse des deutschen Kaisers wendet:

> Neujahr. Die Situation, in der Deutschland und Europa den Uebertritt in ein neues Jahr vollziehen, ist auch diesmal eine friedliche. Ob dieser glückliche Zustand mehr auf den Fortbestand des Dreibundes, oder darauf zurückzuführen ist, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, genau betrachtet, in die Hände der „artilleristischen Kochs" gelegt ist, welche mit der Erfindung von neuem Pulver u. s. w. die Kriegsüberlegenheit der einen Militairmacht über die andere von heute auf morgen in Frage stellen, ist für den Effect gleichgültig. Es liegt kein Grund vor, sich durch solche Untersuchungen die Befriedigung über das Factum selbst stören zu lassen.
>
> Was speciell Deutschland betrifft, so wissen wir, daß das Erbe, das der Begründer des Deutschen Reiches beim Scheiden aus seinen Aemtern im März des vorigen Jahres den Nachfolgern zurückließ, so reich war, um uns für die nächste Zukunft jeder Sorge zu überheben. Wir dürfen überzeugt sein, daß die Männer, die über das Wohl und Wehe Deutschlands amtlich zu wachen haben, mit Vorsicht alles vermeiden werden, was Gefahr erzeugen und die Lage so zu verändern vermöchte, daß sie sich einer europäischen Krisis mit der Verpflichtung, sie zu lösen, gegenüber gestellt sähen. Vom Kaiser aber wissen wir, daß er entschlossen ist, die auswärtige Friedenspolitik seines Großvaters fortzusetzen. Aus der Rede, mit welcher er seinerzeit die Schulconferenz eröffnet hat, war aufs Neue zu ersehen, welchen hohen Werth der Monarch auf die Erhaltung des Staatsgebildes legt, zu dem sich Preußen, resp. Deutschland seit 1862 entwickelt hat, als König Wilhelm in Conflict mit dem Abgeordnetenhause Herrn von Bismarck das Ministerium übertrug. Was

im Laufe der großen Zeit, die alsdann anbrach, für die Neubefestigung des monarchischen Gedankens in Preußen, sowie für die Machtstellung und die Wohlfahrt Deutschlands geschehen ist, steht nicht nur in seinem thatsächlichen Verlaufe, sondern auch in den Staatsprincipien, von denen die ganze gewaltige Action der letzten Jahrzehnte getragen war, zu mächtig und eindrucksvoll vor der Seele des Herrschers, als daß der Besorgniß Raum zu geben wäre, er würde mit der Vergangenheit brechen, aus der die Macht erwachsen ist, die jetzt in seinen Händen ruht.

Neue Zeiten stellen neue Forderungen; aber die Erfahrung lehrt, daß kein Staatswesen und am wenigsten ein so junges wie das Deutsche Reich, plötzliche und sprunghafte Umgestaltungen des geschichtlich Gewordenen verträgt. Allerdings hat der Monarch ein neues System der Regierung eingeschlagen, was die Behandlung der inneren Angelegenheiten betrifft. Er tritt persönlich in den Kampf der Tagesmeinungen hinaus, unbekümmert um die Folgen, die daraus entstehen können; es ist unmöglich, sich vorzustellen, daß das, was er thut, etwa sein Vater, oder sein Großvater gethan haben würde; der Kaiser hat das prophetische Wort, daß er dereinst sein eigener Kanzler sein werde, in vollem Umfange erfüllt. Aber was er bisher gethan hat, bekundet den ehrlichen Willen, seinen Ansichten in einer dem Staatswohle heilsamen Form Geltung zu verschaffen. Daß dabei der Satz hoc volo, sic jubeo zur practischen Geltung gelangen könnte, ist durch die Verfassung ausgeschlossen.

Dürfen wir uns sonach auf innerem Gebiete ebenso jeder wirklichen Sorge entschlagen, wie auf auswärtigem, so bliebe nur der Wunsch auszudrücken, daß das überaus beschleunigte Tempo, in dem jetzt die wichtigsten gesetzgeberischen Materien ohne genügende Erörterung der Bedürfnißfrage zur Discussion und Beschlußfassung gestellt werden, eine angemessene Moderirung fände. Wir sprechen den Antrieben, die sich in jener Hast äußern, die Berechtigung nicht aprioristisch ab; aber wir sehen nicht ein, was zu einer Ueberstürzung in der Behandlung dieser Dinge nöthigt. Unseres Erachtens kann sie nur schädlich wirken und nützt Niemandem, oder höchstens momentan denen, die durch ihren Eifer als Reformer sich hervorzuthun bestrebt sind, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Sache, um die es sich handelt, gefördert oder benachtheiligt wird. Hoffentlich tritt auch in dieser Hinsicht, wenn Sturm und Drang der Uebergangsperiode sich gelegt haben, eine ruhigere Behandlung der Dinge ein. Mit diesem Wunsche schließen wir unsere Neujahrsbetrachtungen ab und vertagen das, was etwa noch zu sagen wäre, auf eine andere Gelegenheit.

* * *

Der kritiklosen Schwärmerei für die Errichtung von Beamtenwohnungen treten die „Hamb. Nachr." vom 3. Januar (A.=A.) entgegen, indem sie besonders auf die Schattenseiten derartiger Einrichtungen für die Beamten selbst hinweisen:

Die Errichtung von Beamtenwohnungen wird in einem Theile der Presse als unfehlbares Heilmittel für alle möglichen, namentlich in der Subalternsphäre der Staatsdiener wahrgenommenen Uebelstände angepriesen, seitdem bekannt geworden ist, daß man höheren Orts die Beschaffung von solchen Wohnungen aus staatlichen Mitteln ins Auge gefaßt hat. Indeß handelt es sich hierbei wohl um Absichten, über welche heute noch Niemand etwas Genaueres weiß. Das Project hat neben seinen Lichtseiten natürlich auch Schattenseiten. Wer die Verhältnisse des Kleinbeamtenthums näher kennt, dürfte der Behauptung beipflichten daß dort, wo jetzt bereits derartige Wohnungseinrichtungen vorhanden sind, z. B. an größeren, einen in sich abgeschlossenen Complex bildenden Etablissements, die betreffenden Beamten von dem Zusammen= und Nebeneinanderwohnen nur sehr mäßig erbaut sind und, wenn vor die freie Wahl gestellt, eine nach eigenem Ermessen zu wählende Wohnung unter Bezug des entsprechenden Wohnungszuschusses ungleich mehr begehren würden, als die ihnen von Verwaltungswegen angewiesene. Der in gelieferten Räumen wohnende Beamte fühlt sich selten so unbeachtet und ungenirt, wie sein hinsichtlich der Wohnungsfrage uneingeengter College. Das unmittelbare Nebeneinanderwohnen von Beamten in ausschließlich diesem Zweck bestimmten Baulichkeiten erzeugt immer so etwas wie eine, wenn auch unbestimmte, so doch nicht minder lebhaft empfundene Controle des privaten Lebens. Es ist Erfahrungsthatsache, daß das Zusammenwohnen in den sogenannten Beamtencolonien auch sonst zu unerquicklichen Zuständen führen kann; die Beamten und ihre Familienmitglieder sind eben auch Menschen mit menschlichen Schwächen behaftet, die um so leichter zu gegenseitigen Collisionen führen, je mehr ihnen der Spielraum, einander aus dem Wege zu gehen, beschränkt wird.

* * *

Zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck vollzog sich der Jahreswechsel in herzlicher Weise. Wie nämlich die gut unterrichtete Münchener „Allgemeine Zeitung" und nach ihr die „Hamburger Nachrichten" versichern, hat der Kaiser dem Fürsten Bismarck zu Weihnachten ein Album mit Aufnahmen aus dem Inneren des Palais des Kaisers Wilhelm I., namentlich solchen des dem Fürsten wohlvertrauten Vortrags= und Arbeitszimmers des verstorbenen Kaisers geschickt. Auf das Dankschreiben des Fürsten Bismarck ist dann ein telegraphischer Neujahrsglückwunsch des Kaisers erfolgt.

* * *

Eine Abordnung aus Lauenburg durfte am 6. Januar dem Fürsten den Ehrenbürgerbrief der Stadt überbringen. Bei Tisch richtete der Oberbürgermeister Pietscher die Frage an den Fürsten, ob es wahr sei, daß man ihm im Jahre 1851 den Anhaltischen Ministerposten angeboten habe. Der Fürst erklärte:

> es seien ihm in jener Zeit mehrfach Ministerposten in nichtpreußischen Staaten angeboten worden; daß dies aber in jenem Jahre von Anhalt auch geschehen sei, glaube er kaum. Er hätte auch ein solches Amt nicht annehmen können, denn er sei damals schon Bundesbevollmächtigter Preußens in Frankfurt a. M. gewesen. Auch Hannover habe ihm den Ministerpräsidentenposten angeboten gehabt; dieses Amt habe er aber noch weniger annehmen können, weil seine Ansichten ganz andere gewesen seien, als die des Königs Georg.

* * *

Schon in den letzten Tagen des vergangenen Jahres hatten die „Hamb. Nachr." aus Anlaß des oben mitgetheilten Artikels der „Vossischen Zeitung" erklärt, daß die Worte „Le roi me reverra" niemals vom Fürsten gesprochen wären (vergl. oben S. 317). Dadurch läßt sich aber die „Freisinnige Zeitung" nicht abhalten, die Authenticität des Wortes von neuem zu betonen, diesmal sogar unter Angabe der Gelegenheit, bei der es gefallen sei. Die „Hamb. Nachr." vom 9. Januar (M.-A.) lassen ihr eine nachdrückliche Abfertigung zu Theil werden:

> Die „Freisinnige Zeitung" bringt trotz unserer neulichen Richtigstellung über das angebliche „Le roi me reverra" folgende weitere Bemerkung:
>
> „Diese Aeußerung fiel an der Frühstückstafel im Palais Radziwill am 21. März in Gegenwart mehrerer Personen, welche sich beeilten, dieselbe stadtbekannt zu machen. Im Falle eines Strafprocesses würde es nicht schwierig sein, durch eidliche Vernehmung dieser Personen die Wahrheit dieser Aeußerung festzustellen."
>
> Wir sind demgegenüber in der Lage, die in der „Freisinnigen Zeitung" reproducirte Nachricht wiederholt für Erfindung zu erklären. Sollten „Personen sich beeilt haben, sie weiter bekannt zu machen," so sind diese Personen eben zur Verbreitung einer Unwahrheit behülflich gewesen. Die beregte Aeußerung ist weder im Palais Radziwill am 21. März noch sonst irgendwo gefallen.
>
> Eine Wendung wie die der „Freisinnigen Zeitung", daß der Beweis ihrer Behauptung unter Umständen vor Gericht angetreten werden könne, soll wohl dazu dienen, den Schein der Glaubwürdigkeit für ihre Worte zu vermehren, hat aber keine Bedeutung bei dem vorliegenden Thatbestande, der überhaupt keine Möglichkeit zu gerichtlichem Vorgehen bietet. Die Deckung, welche die „Freisinnige Zeitung" mit jener façon

de parler zu gewinnen sucht, fällt also fort, und die Redaction jenes Blattes würde sich von der Beschuldigung, eine Lüge weiter zu verbreiten, jetzt nur durch offene Nennung ihrer Gewährsleute, „die es beschwören können,“ zu säubern im Stande sein. Wir unsererseits würden einem so infamirenden Verdachte gegenüber Namensnennung unserer Zeugen und protocollarische Veröffentlichung ihrer Aussagen für unsere Ehrenpflicht halten.

Daraufhin tritt das Blatt nun freilich den Rückzug an, aber in einer überaus charakteristischen Weise. Die „Hamb. Nachr.“ vom 13. Januar (M.-A.) erklären:

> Das Richter'sche Blatt hat mit seiner berühmten Erfindung vom „Le roi me reverra“ nunmehr, in Folge unserer neulichen Darlegung den Rückzug angetreten und sucht diesen dadurch zu maskiren, daß es uns den Beweis für seine Ente zuschieben will. Die „Freisinnige Ztg.“ schreibt nämlich:
>
> „Le roi me reverra!“ „Die ‚Hamb. Nachr.‘ suchen diese Aeußerung des Fürsten Bismarck, welche am 21. März bei der Frühstückstafel im Palais Radziwill gefallen ist, in Abrede zu stellen. Sie verlangen von der ‚Freis. Ztg.‘, daß sie die Namen der Zeugen dieser Aeußerung nennt und ihre Aussagen protocollarisch veröffentlicht. — Die Redaction der ‚Freis. Ztg.‘ war weder in jenen Märztagen noch jetzt in der Lage, die betreffenden Freunde und Gäste des Fürsten Bismarck zu Protocoll zu vernehmen. Anders wäre es, wenn wir in die Lage gebracht werden könnten, die betreffenden Personen gerichtlich als Zeugen vernehmen zu lassen. Liegt den ‚Hamb. Nachr.‘ so sehr daran, glaubhaft zu machen, daß jener Ausspruch „Le roi me reverra“ wirklich nicht gefallen ist, so mögen sie doch in Friedrichsruh veranlassen, daß die Gäste jener Frühstückstafel sich darüber ‚auf Ehre und Gewissen‘ zu einer Collectiverklärung vereinigen.“
>
> Wir würden sehr gern dazu schreiten, wenn solche Zeugen überhaupt existirten. Der Abdruck von Lügen ist an und für sich nicht strafbar, und eine Lüge läßt sich über Wasser halten, so lange man ihren Ursprung im Dunkeln hält. Es wird aber schwerer, sobald man ihre Wahrscheinlichkeit durch Anführung von Daten und Personen zu unterstützen sucht. Die Redaction der „Freis. Ztg.“ hat nicht gewußt, daß über den Personenverkehr im Reichskanzleramte tägliche Aufzeichnungen stattfinden, und aus diesen geht hervor, daß am 21. März vorigen Jahres, also an dem von Herrn Eugen Richter genannten Tage, Frühstücksgäste im Kanzlerpalais überhaupt nicht anwesend waren, sondern nur der engste Familienkreis. Die Gäste, welche die bekannte Aeußerung weiter getragen haben sollen, sind also eine Erfindung des Richter'schen Blattes, und

die „Hamb. Nachr." ihrerseits sind außer Stande, die von der „Freis. Ztg." in ihrem Rückzugsartikel empfohlene Vernehmung derselben zu veranlassen. Die „Freis. Ztg." wird aus dem, was ihr begegnet ist, die Lehre entnehmen, daß man, wenn man Unwahrheiten druckt, nicht gut thut, sich in zu genaue Details einzulassen.

* * *

Die Wiener „Neue Freie Presse" hat sich über den Entwurf der neuen preußischen Landgemeinde-Ordnung berichten lassen. Ihr Gewährsmann weiß aber offenbar mit den ländlichen Verhältnissen selber nicht recht Bescheid; denn er verkennt völlig den bureaukratischen Kern der Vorlage und sieht ihre wesentliche Bedeutung in einer untergeordneten, von ihren Gegnern gar nicht einmal ernstlich angefochtenen Bestimmung. Die „Hamb. Nachr." vom 12. Januar (A.-A.) stellen diesen Irrthum mit genauer Kenntniß der Verhältnisse in den bäuerlichen Landgemeinden besonders des Ostens klar:

Zur Landgemeindeordnung. In der „Neuen Freien Presse" vom 8. Januar finden wir die Ansicht wiedergegeben, daß durch die vorgeschlagene neue preußische Landgemeindeordnung die Beseitigung der „letzten Reste der Gutsherrlichkeit" bezweckt werde.

Es würde dies, selbst wenn es richtig wäre, nicht die wichtigste Seite der Sache sein. Aber einmal handelt es sich nicht um generelle Beseitigung der Gutsbezirke, sondern um solche, welche zur Erfüllung der Gemeindezwecke unfähig sind; dann aber ist diese Erleichterung der Fusion von Gutsbezirk und Landgemeinde nicht die Hauptsache, sondern der geringere und politisch weniger wichtige Theil des Gesetzentwurfes.

Die größere politische Tragweite liegt in den Bestimmungen der Vorlage über die innere Verfassung der Landgemeinde, in der mehr parlamentarischen und bureaukratischen Gestaltung der bäuerlichen Landgemeinden. Die Frage, ob die bisherige bäuerliche Verfassung der Landgemeinden einer parlamentarisch-bureaukratischen Platz machen soll, ist für die Zukunft des Friedens in den ländlichen Gemeinden der alten Provinzen Preußens viel einschneidender wie die der Fusion von Gutsbezirken und Landgemeinden. Das bäuerliche Element zu depossediren und ihm in Gestalt der mit 4 Mark besteuerten Einlieger und Anderer gleichberechtigte Concurrenten zu schaffen, würde den Bauer, sobald er die Tragweite erkannt haben wird, schwerlich günstig für die beabsichtigte Neubildung stimmen, und die complicirte Construction der letzteren, die für den mehr des Ackers als der Schreiberei mächtigen Bauer erst durch ihre praktische Wirkung einleuchtend verständlich werden wird, ist nur geeignet, die Herrschaft der untersten Stufe der Bureaukratie auf dem Lande an die Stelle des bisherigen bäuerlichen Elements zu setzen.

Die Wirkung des Gesetzes, wenn es zu Stande käme, würde, wie wir glauben, mehr einer subalternen und localen Bureaukratie als der Masse der ländlichen Bevölkerung in den sieben betheiligten Provinzen zu Gute kommen. Die durch den Gesetzentwurf erstrebte Verschiebung des Schwerpunktes in den preußischen communalen Verhältnissen wird sich in praxi nicht gegen die Gutsbezirke, sondern gegen die Bauernschaft der Landgemeinden richten, und ihre Wirkung für die Zukunft befürchten wir mehr in der Richtung der Untergrabung des in den Landgemeinden bisher vorwiegenden bäuerlichen Einflusses als in der Beseitigung angeblicher „Reste von Gutsherrlichkeit".

* * *

Die Münchener „Allgemeine Zeitung" brachte am 7. Januar aus Straßburg die Meldung, daß sicherem Vernehmen nach eine neue Regelung der Fremdenpolizei in den Reichslanden durch Einführung von Aufenthaltskarten für die dauernd im Lande sich aufhaltenden Fremden nahe bevorstände. Die bis dahin versuchsweise gestatteten Erleichterungen würden beibehalten und „nach Thunlichkeit" weiter ausgedehnt werden. Diese Umgestaltung der Fremdencontrole im Lande würde die Möglichkeit bieten, die völlige Abschaffung des Paßzwanges an der deutsch-französischen Grenze in Aussicht zu nehmen. Natürlich erregte diese Nachricht bedeutendes Aufsehen; in welcher Weise sie aber in einem Theile der Presse wieder ausgebeutet wurde, das zeigt folgender Artikel der „Allgem. Ztg." in Nr. 9 vom 9. Januar 1891 (A.-A.):

Es ließ sich voraussehen, daß die Nachricht über eine anderweitige Gestaltung der Fremdencontrole in Elsaß-Lothringen in einem Theil der Presse mit besonderem Behagen dazu benutzt werden würde, um den Urheber des Paßzwanges anzugreifen, als welchen Fürst Bismarck noch in den letzten Tagen des alten Jahres der Straßburger Adreßdeputation gegenüber sich unumwunden bekannt hat. (Vergl. oben S. 303). Nach dem Berichte eines Mitgliedes jener Deputation hat sich Fürst Bismarck wie folgt ausgesprochen:

„Diese einschneidende Maßregel habe nur den Zweck gehabt, den Franzosen einmal klar zu machen, wo die Grenze sei, die sie bis dahin trotz zwanzigjähriger deutscher Verwaltung niemals beachtet hätten. Es sei ja natürlich, daß wir den Parisern niemals ausreden könnten, daß Elsaß-Lothringen französische Provinz sei; aber das Eine habe man ihnen wenigstens begreiflich machen können, daß es nicht ihre Sommerprovinz sei, in der sie sich nach wie vor als Herren aufspielten. Gegen diese und gegen ihre Freunde im Lande sei die Paßmaßregel gerichtet gewesen."

Mit treffenderer Deutlichkeit sind die Gründe, welche s. Z. zur Einführung des Paßzwanges führten, noch nirgend dargelegt worden, und wenn — wie wir hinzufügen können — diese damals mit Zustimmung

aller deutschen Bundesregierungen angeordnete Maßregel heute mildere Formen erhält, so ist damit nur bewiesen, daß die Umstände, welche zu jener Anordnung führten, sich inzwischen in einer Weise geändert haben, welche die Verantwortlichkeit für die Lage der Dinge bis zu einem gewissen Grade erleichtert hat. Unter dem Einflusse Boulanger's und seiner Genossen hatte in den Jahren 1886/87 der Chauvinismus in Paris einen bedenklich hohen Grad erreicht. Im Zusammenhang damit stand der Landesverrath im Reichslande in üppigster Blüthe, und das General-Commando in Straßburg hatte wiederholt dringende Veranlassung, auf die Erschwerung der Verantwortlichkeit hinzuweisen, welche ihm für die Sicherheit des Landes erwachse. Im Lande selbst hatte im Frühjahr 1887 der Glaube an einen nahe bevorstehenden Einmarsch der französischen Armee die allgemeinste Verbreitung gefunden, sorgfältig genährt von Paris aus und durch Tausende von Zuschriften der im französischen Heere dienenden Elsaß-Lothringer an ihre Angehörigen.

Alle diese Dinge sind von Notorität. Diesem Uebermuth und der damit verbundenen unaufhörlichen Herausforderung galt es, einen Dämpfer aufzusetzen. Es darf daran erinnert werden, daß vier deutsche Studenten im April 1888 auf einem Ausflug nach Belfort mißhandelt worden waren, daß sie vergeblich einen französischen Officier um Schutz angerufen, daß in der französischen Presse kein Wort der Mißbilligung jener Vorgänge zu lesen war. Wäre die deutsche Politik weniger friedliebend gewesen, als sie thatsächlich war, so hätte die Antwort in ungleich radicalerer Form ertheilt werden können, durch Verhängung des Belagerungszustandes, Einsetzung von Kriegsgerichten u. s. w. An Erwägungen nach dieser Richtung hat es namentlich in den militairischen Kreisen nicht gefehlt. Fürst Bismarck hielt dafür, den Franzosen einstweilen die Lection in anderer Form zu ertheilen, da mit der Ergreifung militairischer Maßregeln gar leicht ein Weg beschritten werden konnte, dessen Ende nicht abzusehen war, und die deutsche Politik damit schließlich in eine von ihr nicht beabsichtigte Richtung gedrängt worden wäre.

Die allgemeine Lage des Reiches kam dabei insbesondere in Betracht. Der Zustand des schwer leidenden Kaisers Friedrich machte es im höchsten Grade nothwendig, jeder auswärtigen Verwickelung vorzubeugen; es hätte Deutschlands Interessen nicht entsprochen, zu einer kriegerischen Politik gezwungen zu werden, während sein Kaiser im Sterben lag. Andererseits hatten Ausstreuungen englischer Zeitungen und Persönlichkeiten die ohnehin zahlreichen Illusionen der Franzosen um die weitere vermehrt, daß Kaiser Friedrich gewillt sei, ihnen um des lieben Friedens willen mindestens Lothringen mit Metz herauszugeben — es darf daran erinnert werden, in wie entschiedener Weise Kaiser Wilhelm II. sich am

16. August 1888 zu Frankfurt a. O. über diese Ausstreuungen und die darin liegende Verunglimpfung seines Vaters aussprach. Dieser ganzen, Angesichts der ernsten innern Verhältnisse Deutschlands so unliebsamen und bedenklichen Situation galt es, ein Ende zu machen, ohne dabei auf das Gebiet kriegdrohender Maßnahmen zu gerathen.

Aus diesen Erwägungen heraus ist der Paßzwang erwachsen, und wenn derselbe für eine Anzahl von Familien in Elsaß-Lothringen, sowie für einige Tausend Reisender eine Unbequemlichkeit zur Folge gehabt hat, welcher sich die Tausende von Reisenden von und nach Rußland jeden Tag in wesentlich verschärftem Maße unterziehen müssen — ein Umstand, über welchen die nach Rußland reisenden Franzosen merkwürdiger Weise noch nie geklagt haben —, so können diese Vorgänge gegen die große Tragweite der Maßregel nicht in Betracht kommen, mit welcher Fürst Bismarck sich in hohem Grade den Dank der Nation verdient hat. Denn nicht mehr und nicht weniger als der Frieden stand auf dem Spiele in einer für Deutschland denkbar ungünstigsten Zeit.

Daß für die Ausführung nicht überall die geeigneten Personen zur Stelle waren, daß einige unnöthige Härten vorkamen, dafür ist Fürst Bismarck nicht verantwortlich, kann dem Zweck der Maßregel gegenüber auch gar nicht in Betracht kommen. Fürst Bismarck hat darüber zu der Straßburger Deputation geäußert:

„Dem harmlosen, ruhigen Einwohner, dem Geschäftsreisenden, dem Familienverkehr, dem von der Politik unberührt dahinlebenden kleinen Manne habe natürlich nichts geschehen sollen. Wie im gewöhnlichen Leben auf einem Glacis nur solche Bäume geduldet werden dürften, die in militairischer Beziehung unbedenklich seien, so habe auch die deutsche Regierung in nationaler Beziehung schließlich nicht mehr dulden können, daß in Elsaß-Lothringen Alles von Frankreich aus überwuchert worden sei. Daher der Paßzwang. Freilich, Theorie und Praxis seien da ganz verschiedene Dinge, und es habe sich wieder einmal gezeigt: ‚Wo man hackt, da fallen Späne. On ne peut pas faire une omelette sans casser des oeufs.‘ Die geschäftlichen Verbindungen, welche man gar nicht habe treffen wollen, seien am meisten getroffen worden, und harmlose Leute hätten vielerlei Belästigung erlitten. Das habe er natürlich nicht gewollt, und das habe die Reichsregierung nicht beabsichtigt; er habe nur die Wurzeln der französischen Ueberwucherung in Paris abschneiden wollen; die Zweige wären, des treibenden Saftes beraubt, dann schon von selbst abgestorben und nicht mehr im Stande gewesen, den Grenzwall zu überranken. Daß die Unschuldigen da mit den Schuldigen leiden mußten, das sei leider unabwendbar gewesen in diesem Falle wie überhaupt.“

Wenn die Reichsregierung die Fremdencontrole künftig in anderer Form auszuüben gedenkt, so ist für sie ohne Zweifel der Umstand maßgebend, daß erstens augenblicklich die allgemeine politische Lage eine Gestalt angenommen hat, welche man von Rußland aus kurz vor Jahresschluß mit la détente bezeichnete; daß unter diesen Umständen die Härten an der Grenze sich vermeiden lassen, und daß eine scharfe Controle der Fremden im Lande, die Unterwerfung derselben unter den Zwang einer Aufenthaltskarte den gleichen Zweck annähernd, theilweise vielleicht noch besser sichert, als eine laxe, mehr oder minder vom Belieben und Verständniß der controlirenden Beamten abhängige Ueberwachung an der Grenze. Was aus der letzteren geworden war, erhellt aus der uns bekannt gewordenen Thatsache, daß das Straßburger Generalcommando zu Beginn des Herbstes Anlaß hatte, dienstlich auf die Anwesenheit von einigen fünfzig französischen Officieren im Elsaß hinzuweisen. Die nach wie vor erforderliche strenge Aufsicht wird jetzt von der Grenze in das Innere des Landes selbst verlegt; wünschen wir, daß die Symptome nicht wiederkehren, welche dazu zwingen, die Schranken an der Grenze in vielleicht ungleich stärkerer Form wieder aufzurichten.

* * *

Folgende Berichtigung, die seitens der Mecklenburgischen Staatsregierung am 13. Januar den „Mecklenburger Nachrichten" zuging, entbehrt auf den ersten Blick nicht des Humors:

„Die ‚Frankfurter Zeitung' hat in neuester Zeit aus Mecklenburg die Nachricht gebracht, Se. Kgl. Hoheit der Großherzog habe dem Fürsten Bismarck die Stellung eines Mecklenburgischen Ministerpräsidenten angetragen, welche der Fürst jedoch abgelehnt hätte. So sehr diese Nachricht, namentlich auch durch die Unrichtigkeit der mit derselben verknüpften Nebenumstände, das Gepräge der Unwahrheit an der Stirn trägt und so wenig anzunehmen war, daß denkende Männer sie ernst nehmen könnten, so hat sie dennoch ihren Weg durch viele Blätter des In- und Auslandes gefunden. Dieser Umstand und der Wunsch, dem unerfreulichen Gerede ein Ende zu machen, veranlaßt die Mecklenburgische Staatsregierung zu der Erklärung, daß die von der ‚Frankfurter Zeitung' gebrachte Nachricht aller und jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt."

Die „Frankfurter Ztg." bezeichnete als Einsender der Nachricht den Straßburger Universitätsprofessor Dr. Ziegler; dieser aber erklärte, die Zeitung müßte mystificirt worden sein, denn er hätte weder die Nachricht eingeschickt, noch von dem Ganzen früher etwas gewußt, als bis er es in den Blättern gelesen. Die in der „Straßburger Post" veröffentlichte Erklärung lautet wörtlich:

„Wie uns Professor Dr. Ziegler mittheilt, ist die Behauptung der ‚Frankfurter Ztg.‘ vollständig aus der Luft gegriffen. Professor Ziegler hat der ‚Frankfurter Ztg.‘ eine solche Nachricht niemals übersandt, geschweige denn eine Garantie für eine solche übernommen. Er steht der Nachricht, von der er erst durch die Blätter Kenntniß erhielt, nachdem sie von der ‚Frankfurter Ztg.‘ gebracht worden war, vollständig fremd gegenüber. Wenn, wie es nach vorstehender Auslassung der ‚Frankfurter Ztg.‘ den Anschein hat, sich Jemand als Professor Ziegler der ‚Frankfurter Ztg.‘ vorgestellt und die Rolle gespielt hat, welche aus der Darstellung des Blattes hervorgeht, so ist dieser Mensch ein Betrüger gewesen. Die ‚Frankfurter Ztg.‘ ist in der schmählichsten Weise mystificirt worden.“

Die „Frankfurter Ztg.“ gestand dann später ihre Ueberrumpelung ein. Professor Ziegler aber erhielt folgenden anonymen Brief: „Herr Professor! Sie sind, wie Sie vielleicht schon erfahren haben, das Opfer einer Mystification geworden, indem Sie der ‚Frankfurter Ztg.‘ als der Absender einer ungeheuren Ente bezeichnet sind. Es bittet um Entschuldigung ein bei Ihnen im Examen Durchgefallener.“

* * *

In einer Neujahrsbetrachtung (13. Januar) berührt auch die „Deutsche St. Petersburger Ztg.“ das Verhalten eines großen Theiles der deutschen Presse gegen den Fürsten Bismarck und sagte u. A.:

„Das Treiben all' der Bismarck-feindlichen deutschen Blätter, die den großen Mann nun, wo er nicht mehr die Macht in Händen hat, unausgesetzt mit schmählichen Vorwürfen verdächtigen, macht dem deutschen Namen wahrlich wenig Ehre. Uns, die wir aus der Ferne vielleicht in manchen Dingen einen richtigeren Blick dafür haben, was sich jetzt in Deutschland auf der politischen Bühne abspielt, widert es einfach an — wir können es nicht verhehlen —, mit ansehen zu müssen, mit welchem gehässigen, kleinlichen Undank einem Manne gelohnt wird, dem man in Deutschland zu danken und immer wieder nur zu danken verpflichtet ist. Selbst wenn Bismarck zur Zeit seiner außerordentlichen Amtsführung Fehler gemacht haben sollte, und selbst wenn in seinem persönlichen Charakter es Seiten geben sollte, die nicht nach Jedermanns Wunsch sein können, so bleibt doch immer das Factum seines großen Verdienstes um die deutsche Sache bestehen, und dies allein müßte jeden noch so verbitterten Kritiker seiner Person ein für alle Mal entwaffnen.

„Ein besonders unwürdiges Schauspiel bieten aber die Angriffe des ‚Berliner Börsen-Courier‘, der ‚Vossischen Ztg.‘, der ‚Berliner Ztg.‘ und wie all' die ‚Gestaltungen der Druckerschwärze‘ heißen mögen, noch in der Hinsicht, daß es Angriffe von hinten, Angriffe kläffender Hackenbeißer auf den sich Zurückziehenden, seinen Posten Verlassenden sind. Aber für solche

Rücksichten haben die Herren der Bismarck-feindlichen Blätter absolut kein Verständniß. Sie machen eben gar keinen Anspruch auf natürlichen Anstand und Edelmuth, sondern richten ihr ganzes Augenmerk allein darauf, auf sich selbst und ihre obscure Thätigkeit die Wahrheit des Dichterwortes zu beziehen, daß ‚die Welt es liebt, das Strahlende zu schwärzen und das Erhab'ne in den Staub zu zieh'n'."

* * *

Die mindestens leichtfertige Mittheilung der „Frankfurter Ztg." betreffs der Mecklenburger Angelegenheit erfährt in den „Hamb. Nachr." vom 17. Januar (M.-A.) eine ziemlich scharfe, aber gerechte Kritik und eine muthmaßliche, jedoch sehr mögliche Erklärung. Es heißt dort:

> Die Urtheile der „Hamb. Nachr." über die Möglichkeit eines Handelsvertrages mit Oesterreich waren vollständig sachlich, ebenso die Aeußerungen unseres Blattes betreffs der preußischen Landgemeindeordnung. Sie betrafen nur den Inhalt der bevorstehenden Dramen, keineswegs die Darsteller. Auf das Gebiet des Persönlichen und der unhöflichen Invectiven ist die Discussion durch den Abg. Richter in alter Manier hinübergedrängt worden. Wir gedenken nicht, ihm dahin zu folgen, ohne indeß zu wünschen, daß er seine Angriffe auf den ehemaligen Reichskanzler einstelle. Der gute Ruf des Fürsten Bismarck kann durch das Richter'sche Verhalten nur gewinnen.
>
> Welcher generelle Leichtsinn und welches Maß von Wahrheitswidrigkeit im Uebrigen bei den von fortschrittlich-demokratischer Richtung erfolgenden Verdächtigungen des Fürsten obwalten, hat sich gerade in den letzten Tagen an eclatanten Beispielen gezeigt. Ohne die geringsten Gewissensscrupel werden Aeußerungen und Situationen erfunden, lediglich um Handhaben zu hämischen Bemerkungen gegen den ehemaligen Kanzler zu gewähren.
>
> Was die wahrheitswidrige Meldung betrifft, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin dem Fürsten Bismarck die Stelle eines Ministerpräsidenten angeboten habe, so mag dieselbe an folgende Thatsachen ankrystallisirt sein. Der Großherzog, zu welchem Fürst Bismarck im Jahre 1870 (als ersterer noch Erbgroßherzog war) und auch früher in vielfachen Beziehungen stand und dessen Gnade er stets genoß, hatte im vorigen Jahre dem Fürsten als Weihnachtsgeschenk sein Portrait in Oel übersandt, wofür Fürst Bismarck in einem Schreiben gedankt hat. Der Ueberbringer war ein mecklenburgischer Cabinetscourier in Uniform, der von incompetenten Berichterstattern für einen höheren Militair oder höheren politischen Beamten angesehen worden sein mag. Es beweist dieser Vorgang, daß die Gewährsmänner gewisser Blätter zu den Leuten gehören, die, wenn sie den reichbetreßten

und federhutgeschmückten Portier oder Jäger eines Ministers oder Generals aus dessen Palais treten sehen, sofort glauben, daß es letzterer selbst sei.

Daß sich eine solche inferiore und böswillige Berichterstattung nicht mit Recht auf einen Mann wie Professor Ziegler in Straßburg beziehen konnte, versteht sich von selbst. Herr Ziegler ist, was man nicht von allen Leuten sagen kann, ein Gentleman, und hat sofort, nachdem ihm die Bezugnahme der „Frankfurter Ztg." auf ihn bekannt geworden war, nicht nur die bekannte Erklärung durch die „Straßburger Post" abgeben lassen, sondern auch selbst an den Fürsten Bismarck telegraphirt, daß die Mittheilung der „Frankfurter Ztg." auf offenbarem Mißbrauch seines Namens beruhe und daß er die Staatsanwaltschaft dieserhalb in Anspruch genommen habe.

Uebrigens bringt uns der Vorgang auf den Gedanken, an die „Freisinnige Ztg." die Frage zu richten, ob sie nicht ihrerseits den Namen des Gewährsmannes des sprachlich wie logisch thörichten Ausspruches le roi me reverra, durch den ein der französischen Sprache kundiger Mann niemals den darin liegenden Gedanken ausdrücken würde, nennen will. Man könnte sonst auf die Vermuthung kommen, daß es ihr darum zu thun sei, die Quelle ihrer Unwahrheit nicht zu compromittiren oder zu verkümmern.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." finden wir eine interessante Mittheilung über die künftige Verwendung und Einrichtung des Bismarckischen Stammgutes Schönhausen:

Wie bereits im gestrigen Morgenblatt mitgetheilt wurde, hat Graf Herbert Bismarck am Donnerstag Friedrichsruh verlassen und sich zunächst nach Schönhausen begeben, wo er seinen künftigen Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Zunächst wird der Graf nur einige Tage dort verweilen, um mit Architekten und Decorateuren über bauliche und sonstige Veränderungen, resp. Einrichtungen zu berathen. Das Gut Schönhausen weist zwei Herrenhäuser auf, ein vom Fürsten Bismarck ererbtes und ein anderes, ihm bekanntlich im Jahre 1885 aus der Bismarckspende zurückgekauftes. Ersteres wird Graf Herbert bewohnen und entsprechend herrichten lassen, im letzteren sollen diejenigen Gegenstände in zweckentsprechender Weise gesammelt und aufgestellt werden, welche sich auf das Leben und Wirken des Fürsten Bismarck beziehen, namentlich die ihm dedicirten Bildnisse der europäischen Souveraine, die Adressen, Ehrenbürgerdiplome und Objecte von historischem und persönlichem Interesse.

Unter den großen Oelbildern, welche dem Fürsten Bismarck während seiner Amtszeit von Souverainen verehrt worden sind, nimmt dasjenige Kaiser Wilhelms I. den ersten Platz ein, auch den Dimensionen

nach; die Sammlung weist u. A. ferner auf: die beiden Bildnisse der Kaiser von Rußland und von Oesterreich, des Königs von Italien, der Königin von England, des jetzigen Papstes; sodann aus neuester Zeit das des regierenden Kaisers und das des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Ferner findet in der Schönhausener Galerie ein besonders interessantes Bild Platz, welches den Berliner Congreß vom Jahre 1878 darstellt und, nach persönlichen Entwürfen, resp. Skizzen der späteren Kaiserin Friedrich, damaligen Kronprinzessin, gemalt, dem Fürsten Bismarck zur Feier seines 70jährigen Geburtstages vom Kaiser in Gemeinschaft mit fast allen Gliedern der Herrscherfamilie persönlich überreicht wurde. Endlich besteht die Gemäldesammlung aus den Bildnissen hochgestellter Personen aller Nationen, namentlich hervorragender Staatsmänner, die dem Fürsten im Laufe seines Lebens näher gestanden haben.

Der große Umfang und die reiche Mannigfaltigkeit der in diesem Schönhausener Bismarckmuseum nach chronologischen, künstlerischen u. s. w. Gesichtspunkten aufzustellenden Gegenstände wird die Arbeit des Grafen Herbert für längere Zeit in Anspruch nehmen. Vorläufig begiebt er sich nach Erledigung der nothwendigsten vorbereitenden Maßregeln in Schönhausen auf einige Tage nach Süddeutschland, von dort nach Italien und, je nachdem die Befestigung seiner Gesundheit, die durch übergroße Arbeit erschöpft war, weitere erfreuliche Fortschritte macht, nach Sicilien, Corfu und vielleicht noch weiter. Jedenfalls dürfte der Graf die rauhe Jahreszeit ganz im Süden zubringen, so daß seine Rückkehr nach Schönhausen und die Aufnahme seiner Thätigkeit dortselbst nicht vor dem Frühjahr zu erwarten ist. Alsdann wird Graf Herbert seinen dauernden Wohnsitz auf diesem Stammgut nehmen und es auch selbst verwalten.

* * *

Die Verwaltung des Zeitungsmuseums in Aachen hatte bei dem Fürsten angefragt, ob er geneigt wäre, das Duplicat einer Sammlung von in- und ausländischen Zeitungen entgegenzunehmen, die auf den Fürsten bezügliche Auslassungen von Freund und Feind enthielten. Es erfolgte bejahende Antwort. Die betreffende Abordnung wurde am 17. Januar in Friedrichsruh empfangen.

In freundlichen Worten dankte der Fürst für die Gabe, indem er bemerkte, das Geschenk sei ihm ein sehr willkommenes, da es einerseits sehr originell, dann aber auch zur Vervollständigung einer Sammlung diene, die ihm jüngst von einem Freunde im Auslande geworden und lediglich aus Caricaturen bestände, wie sie besonders in Frankreich auf ihn erschienen. Ernster werdend, äußerte der Fürst nach einer kurzen Pause, daß er in seinem jetzigen, mehr oder weniger zurückgezogenen Leben nicht die rechte Befriedigung finde. Man könne von Jemand,

der vierzig Jahre Politik getrieben, nicht verlangen, daß er theilnahmslos den Ereignissen folge. Ebenso wenig fühle er sich veranlaßt, mit der Aeußerung seiner Ansichten zurückzuhalten, zumal da er sehe, wie man von dem allerdings festen Bau des Reiches an verschiedenen Seiten bereits abzubröckeln beginne.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ vom 18. Januar (M.-A.) veröffentlichen einen Artikel der Pariser „Patrie“ vom 15. Januar unter der Ueberschrift „Les projets de Bismarck“. Er lautet:

„Eine Berliner Depesche meldet uns, daß General von Leszcynski, obwohl er zu den intimeren Kreisen Kaiser Wilhelm's II. zählt, neulich ein großes Diner zu Ehren des Fürsten Bismarck gegeben hat. (Nach der „Kreuz-Ztg.“ beschleunigte das seinen schon beabsichtigten Abschied. D. Verf.) Während der Nachtischgespräche hat Fürst Bismarck über seine Reisepläne gesprochen und dabei geäußert, er wolle eine Art Recapitulationsreise über einige wichtige Capitel seines Lebens unternehmen; er werde nach Frankreich gehen, Versailles, Paris, wiedersehen, und er glaube den französischen Nationalcharakter genügend zu kennen, um sicher zu sein, daß er als gestürzter Minister nicht scheel angesehen, sondern in Ruhe gelassen werden würde. Herr von Bismarck muß einen schlechten Begriff von dem französischen Nationalcharakter haben, um eine solche Sprache zu führen; er hat sich ohne Zweifel auf den beweglichen Geist unserer Race verlassen, die im Grunde gutherzig ist und gern Beleidigungen vergißt. Aber Fürst Bismarck übersieht, daß der Patriotismus diejenige Empfindung ist, die in Frankreich am stärksten vorherrscht, und dieser Patriotismus wird ihm niemals, niemals seine nutzlosen Grausamkeiten und die zahllosen Demüthigungen verzeihen, welche er unserm armen theuren Vaterlande auferlegt hat, das noch an der tiefen Wunde leidet, die ihm Preußen geschlagen hat, der Erbfeind, gegen den aller Haß unserer Herzen sich vereinigt.

„In seinem Interesse und unseretwegen, die wir allen Schwierigkeiten mit Deutschland aus dem Wege gehen möchten, treten wir aufs lebhafteste dafür ein, daß Herrn von Bismarck's Recapitulationsreise auf unserem Gebiete unterbleibt; er würde von der östlichen Grenze bis nach Tours immer auf die traurigen Spuren seiner blutigen Thaten stoßen. Glaubt Herr von Bismarck, wir hätten vergessen, daß der Krieg von 1870 seinem bösen Geiste, seiner Doppelzüngigkeit und seiner Niederträchtigkeit zu verdanken ist? Glaubt er, daß unsere Bevölkerung sich damit begnügen würde, den unversöhnlichen Mann, der sie aufs unmenschlichste gepeinigt und mit Füßen getreten hat, mit kaltem Blick zu messen? Glaubt er, daß die Demüthigung, welche er den armen unerfahrenen Diplomaten Jules Favre hat erleiden lassen, daß das Uebermaß von

Sarkasmus, mit dem er ihn förmlich erdrückt hat, nicht in unser Aller Gedächtniß und Herz lebendig ist? Er, der finstere Teutone, hat der Thränen gelacht, welche dieser unglückliche Gefoppte in einer Situation vergoß, in der er den Kopf nicht oben zu halten vermochte. Ah, das war nicht zum Lachen, denn die Thränen Jules Favre's waren die Thränen eines aufrichtigen Patrioten, welcher über das Unglück seines besiegten Vaterlandes und über die Gewaltthat eines grausamen Feindes weinte. Wie hat Herr von Bismarck glauben können, daß wir ohne Erbitterung, ohne gerechten Zorn an seine entsetzliche Grausamkeit zurückzudenken vermöchten, mit welcher er von dem Plateau von Chatillon herab Bomben auf Paris schleudern ließ bis in die Krankenhäuser hinein, wo unsere ruhmbedeckten Verwundeten lagen, die mit stoischem Muthe den Tod erwarteten. Und dann die Kriegsentschädigung von fünf Milliarden und das Gemetzel, das man uns begehen ließ vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags, so wie die zahllosen Schwierigkeiten in den Unterhandlungen mit den Herren Pouyer-Quertier und Thiers. Endlich, als wir noch unter der Last unseres Unglücks zu seufzen hatten, als unsere Trümmer noch rauchten, unsere Felder noch mit dem Blute unserer Kinder getränkt, als die Leichen unserer Soldaten noch nicht verwest waren, wollte Herr von Bismarck den Krieg wieder anfangen, den er mit derselben Unversöhnlichkeit ohne das Dazwischentreten Rußlands geführt haben würde. Er fand aber ein mächtiges Hinderniß, das er nicht überwinden konnte. Jedoch ein paar Jahre darauf setzte er die Schnäbele-Affaire in Scene, um zu zeigen, daß wir unverbesserliche Angreifer wären. Nein, Herr von Bismarck, kommen Sie nicht nach Frankreich. Kommen Sie nicht nach diesem Paris, das immer so leicht in Feuer geräth, wenn man seinen Patriotismus verletzt. Gehen Sie nicht nach Versailles, wo sie zuletzt die Ehre hatten, uns die tiefste Demüthigung zuzufügen durch die Krönung Ihres alten Kaisers in dem Palast unserer Könige. Nein, halten Sie sich fern von unserem Lande, dessen Boden unter Ihren Tritten vor Zorn erbeben würde und wo Sie nur feindselige Gesichter, geballte Fäuste und wunde Herzen antreffen würden. Das ritterliche und edle Frankreich weiß seinen Feinden zu verzeihen, aber nicht unedlen und grausamen Feinden, die gegen uns wie die alten barbarischen Germanen Krieg geführt haben."

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.":

Wir theilen diese Auslassungen der „Patrie" zunächst zu Nutz und Frommen Derer mit, die an die schon vollzogene oder in Vorbereitung begriffene Versöhnung Frankreichs glauben und diese Annahme ihrer politischen Speculation zu Grunde legen. Was die „Patrie", ein Blatt, das keineswegs zu den radicalsten Organen der Patriotenliga und des

Revanchegedankens gehört, sagt, entspringt genau denselben Gefühlen, die der neuliche Brief Jules Verne's an den Danziger Versöhnungs-Naiven zum Ausdruck brachte, und welche diejenigen von ganz Frankreich sind.

In zweiter Linie haben wir die Absicht, die „Patrie“ zu beruhigen und ihr die patriotischen Beklemmungen zu nehmen, die ihr der Gedanke bereitet, daß Fürst Bismarck den geheiligten französischen Boden betreten könne. Soviel wir wissen, hat der Fürst keineswegs Neigung, nach Frankreich zu reisen, und hat dies auch nicht geäußert. Er hat lediglich sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er, obwohl Privatmann, noch nicht die volle Freiheit der persönlichen Bewegung wiedergewonnen habe, daß es ihm durch seine Vergangenheit unmöglich gemacht sei, nach Belieben zu reisen und sich ohne Aufsehen zu bewegen. Dies wäre nicht einmal in Deutschland möglich, ja nicht in dem benachbarten Hamburg, wo sein Eintreffen immer Auflauf errege. Sein Ideal wäre, wie jeder Andere in dieser großen und schönen Stadt verkehren zu können, ohne daß sich Jemand nach ihm umsehe. Dies gelte auch von Berlin. Aber bis nach Frankreich zu reisen, solche Wünsche liegen nicht in dem Ehrgeiz des Fürsten. Bei aller guten Meinung, die er von der Höflichkeit der Franzosen hat, hält es der Fürst doch für angemessen, die ihm zugeschriebenen Wechsel auf ihr Conto nicht zu ziehen. Er würde es als aufdringlich erachten, die Franzosen zu zwingen, zwischen ihren Gefühlen gegen ihn und der nationalen Höflichkeit eine Wahl zu treffen.

Uebrigens scheint die „Patrie“, wenn auch nicht dieselbe Böswilligkeit gegen den Fürsten Bismarck, so doch die nämliche Quelle ihrer Informationen zu besitzen, wie diejenigen deutschen Blätter, welche die Redensart „Le roi me reverra“, die Nachricht über die Mecklenburgische Ministerangelegenheit und ähnliche Erfindungen jüngsten Datums verbreitet haben. Bei der Pariser Presse setzen wir wohl Haß, aber keine Neigung zu tendenziösen Erfindungen gegen den Fürsten voraus, wie sie z. B. Herr Richter unter dem Schutze der Reichstagstribüne zur Unterstützung seiner parlamentarischen Beredsamkeit und in der Presse, criminalistisch unfaßbar, in Anwendung bringt. Wenn dennoch solche Nachrichten über den Fürsten Bismarck in den ausländischen Organen stehen, so ist es unverkennbar, daß alle diese Machwerke dieselbe Fabrikmarke tragen Ob sie mit Seinewasser getauft sind oder nicht, sie sind alle dem nämlichen Berliner Boden entsprossen.

* * *

Am 21. Jan. (M.-A.) geben die „Hamb. Nachr.“ eine zuerst von der „National-Zeitung“ gemeldete Aeußerung des Fürsten Bismarck über den Abgeordneten Eugen Richter wieder, die inhaltlich völlig übereinstimmt mit einem oben unter dem 17. Januar citirten Wunsche. Die „National-Zeitung“ schreibt:

Wie man uns berichtet, hat sich Fürst Bismarck neulich gesprächsweise dahin geäußert, daß er die Ausfälle des Abgeordneten Richter gegen ihn mit großem Vergnügen lese und darin einen neuen Beweis dafür fände, daß er die richtigen Wege gegangen sei. Er wäre überzeugt, daß diese Angriffe und Verdächtigungen lediglich seinen guten Ruf als Staatsmann förderten; thatsächlich seien durch sie schon viele seiner früheren Gegner zu seinen Freunden gemacht worden. Es würde ihn tief betrüben und mit ernstlicher Besorgniß erfüllen, wenn Herr Richter eines Tages seine Angriffe einstellte oder ihm gar Anerkennung bewiese. Bezüglich des ersichtlichen Bemühens des Abgeordneten Richter, sich dem neuen Regiment angenehm zu machen, äußerte der Fürst: er müsse seinem Nachfolger, Herrn von Caprivi, das Zeugniß ausstellen, daß er dieses Wohlwollen des Abgeordneten Richter nicht verdient habe.

* * *

Mit welcher Liebenswürdigkeit der Fürst Bismarck auch Wünschen untergeordneter Bedeutung seitens seiner Verehrer entgegenkommt, zeigt nachstehende Antwort auf die Anfrage, ob eine Vereinigung von Düsseldorfer Herren sich als „Stammtisch zum Fürsten Bismarck“ bezeichnen dürfe:

„Friedrichsruh, 21. Januar 1891.

Ew. Hochwohlgeboren Schreiben habe ich erhalten und mich durch die freundliche Absicht, Ihre Vereinigung nach mir zu benennen, hoch geehrt gefühlt. Ich freue mich dieser neuen Beziehung zu meinen Düsseldorfer Mitbürgern, und bitte Sie und Ihre Freunde für den warmen Ausdruck Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.“

* * *

Am Geburtstage des Kaisers, den 27. Januar, bringen die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.) einen Artikel, der einmal erhöhtes Interesse verdient, weil es den ersten kaiserlichen Geburtstag seit der Entlassung des Fürsten Bismarck gilt, sodann aber auch, weil er einen erhebenden Beweis echt ritterlichen Sinnes bietet.

Am Geburtstage des Kaisers. Zum dritten Male feiert heute Wilhelm II. als Kaiser seinen Geburtstag, zum ersten Male seit dem Umschwunge der Dinge, der die Individualität und die Regierungsabsichten des Monarchen zu offenbaren bestimmt war. Dieser Umstand erklärt es, daß der heutige Tag nicht nur auf die patriotischen und monarchischen Empfindungen anregend wirkt, sondern außerdem die politische Betrachtung stimulirt. Der Kaiser hat die persönliche Führung der Politik in stärkerem Grade übernommen wie seine Vorgänger an der Krone; in Preußen wie im Reiche wirkt das erhöhte Schwergewicht der letzteren bestimmend auf den Gang der öffentlichen und Staats-

angelegenheiten ein; die constitutionelle Theorie von der Ministerverantwortlichkeit ist in den Hintergrund getreten. Nach der Verfassung ist dies durchaus berechtigt, da diese dem König, nicht den Ministern alle Regierungsrechte zuweist und es folglich im Belieben des Monarchen steht, wie weit er dieselben persönlich wahrnehmen will oder nicht; der Kaiser kann sein eigener Ministerpräsident und sein eigener Kanzler, wenn auch nicht in formell-staatsrechtlichem, so in politisch-materiellem Sinne sein.

Es ist natürlich, daß sich, entsprechend diesem gesteigerten Einflusse des Monarchen auf die Politik des Landes, die Hoffnungen der Bevölkerung mit um so größerer Intensität auf die Person des Staatsoberhauptes richten. Jeder Deutsche wird wünschen, daß der Kaiser die bisherige feste Führung und die starke Initiative auch in Zukunft festhalten möge, daß sie uns nicht der Gefahr einer Parlamentsregierung näher bringe, daß nicht die Macht der Krone in die Hände des Parlamentarismus hinübergleite. Die Gefahr eines solchen Ueberganges ist erinnerlich aus der Zeit der neuen Aera und des Conflicts, wo zu Anfang auch die verschiedensten Parteien und Fractionen sich in der Unterstützung der Krone überboten, aber sobald sie sich ihrer Macht bewußt waren, unerfüllbare Ansprüche stellten, die sich von Sitzung zu Sitzung, von einer Wahl zur andern steigerten.

Die Unabhängigkeit und Stärke des monarchischen Gedankens unter dem jetzigen Kaiser bieten sichere Gewähr gegen die Parlamentsherrschaft. Man darf zu dem Kaiser das Vertrauen hegen, daß er Preußen und Deutschland vor der Gefahr einer Schädigung des Gleichgewichts zwischen Parlamentarismus und Monarchie bewahren, daß er die königliche Prärogative durch den Wettlauf der Parteien um seine Gunst nicht beengen lassen, daß er den Versprechungen einzelner Parteien nicht so viel Werth beimessen wird, um in ihnen einen Ersatz für die königliche Autorität zu erblicken. In Preußen und Deutschland ist bei der großen Zersplitterung des Parteiwesens und bei der Unmöglichkeit, eine constante, zuverlässige Regierungsmajorität zu bilden, die Führung der Politik durch den Monarchen unerläßlich. Deshalb erscheint es erfreulich daß der Kaiser in entschiedener Weise die Zügel der Regierung ergriffen und sich an die Spitze derselben gestellt hat. Allen Gemüthern, in denen die Erinnerung an die neue Aera und die Conflictszeit lebendig ist, wird dadurch die Garantie geboten, daß wir ähnliche Wege wie damals nicht wieder gehen, daß sich die königliche Macht nicht von der parlamentarischen Hochfluth überlaufen läßt, daß nicht eine Basirung der königlichen Macht auf solche Elemente zu befürchten ist, welche geschichtlich nicht in Anspruch nehmen dürfen, als aufrichtige und treue

Hüter des monarchischen Princips betrachtet zu werden, und deren vorübergehender Beifall mit einem Preis bezahlt werden muß, den die Krone auf die Dauer nicht zahlen kann.

Diese Zuversicht läßt voll Vertrauen in die Zukunft blicken und stärkt die hoffnungsvollen guten Wünsche, die sich am heutigen Tage aus dem preußischen Staate wie aus dem Reiche für das Wohl des Herrschers und des Landes nach Berlin richten.

* * *

Waren die Verhandlungen über einen engeren Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs durch einen neuen Handelsvertrag bisher vor allem von wirthschaftlichen Gesichtspunkten aus beurtheilt und namentlich die Herabsetzung des Getreidezolles von 5 auf $3^1/_2$ Mk. in landwirthschaftlichen Kreisen heftig bekämpft worden, so erfahren beide, die ganzen Verhandlungen überhaupt und die geplante Herabsetzung des Getreidezolles im besonderen, eine weitere Beleuchtung in den „Hamb. Nachr." vom 27. Januar (A.-A.) und zwar in politischer Hinsicht. Die Folgerungen, die für die künftigen Beziehungen beider Länder zu einander aus diesen Verhandlungen gezogen werden, sind keineswegs rosig. Aber die Warnung in letzter Stunde half nichts mehr. Vielleicht erinnert man sich in den dabei in Betracht kommenden Kreisen später einmal des deutlich auf die Nothwendigkeit autonomer Tarife hinweisenden erstaunten Satzes: „Auf dem Wege des Handelsvertrages, dessen Abschluß von einer auswärtigen Macht angeregt wird, sollen die Grundlagen, auf denen unsere deutsche wirthschaftliche Gesetzgebung seit einem Jahrzehnt beruht, modificirt werden und zwar zum Nachtheil namentlich der zahlreichen Classe der landwirthschaftlichen Producenten!"

Der Artikel lautet:

In Bezug auf die deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen will die Wiener „Montagsrevue" wissen, Deutschland habe sich mit einer Ermäßigung des Getreidezolls von 5 auf $3^1/_2$ Mk. eventuell einverstanden erklärt. Wir bezweifeln bis auf Weiteres die Richtigkeit dieser Meldung und hoffen, daß sich noch in letzter Stunde die Einsicht Bahn bricht, wie wenig es der Erhaltung des jetzigen guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich zu Statten kommen würde, wenn der Abschluß eines Handelsvertrages auf der Basis erfolgte, wie sie nach den Wiener Nachrichten anzunehmen wäre. Es ist nicht leicht gewesen, den Dreibund zu Stande zu bringen; aber selbst bei der Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich waren erhebliche Schwierigkeiten zu bewältigen. Es ist erfreulich, wie sich trotzdem im Laufe der Jahre die Beziehungen beider Staaten consolidirt haben. Ein wesentlicher Antheil an dieser Consolidation fällt der Enthaltsamkeit zu, mit der man sich gehütet hat, das politische Bündniß mit wirth-

schaftlichen Fragen zu belasten. Versuche dazu sind allerdings in den ersten Jahren unter dem Druck der ungarischen und galizischen Agrarier verschiedentlich gemacht worden, in der letzten Zeit aber unterblieben, und in Folge dessen gelang es, die beiderseitige Stimmung, auf welcher das politische Einvernehmen beruht, von wirthschaftlicher Trübung fern zu halten.

Wenn man von österreichischer Seite der Versuchung nicht widerstehen konnte, bei den jüngsten Begegnungen der maßgebenden Persönlichkeiten dem Verlangen nach wirthschaftlichen Vortheilen aus dem Bündniß erneuten Ausdruck zu geben, so hat man sich dabei vielleicht nicht klar gemacht, daß die dadurch mit Schädigung bedrohten Erwerbsclassen in Deutschland in diesem Vorgehen den Versuch zu einer auswärtigen Einmischung in unsere innere wirthschaftliche Gesetzgebung erblicken könnten. Auf dem Wege eines Handelsvertrages, dessen Abschluß von einer auswärtigen Macht angeregt wird, sollen die Grundlagen, auf denen unsere deutsche wirthschaftliche Gesetzgebung seit einem Jahrzehnt beruht, modificirt werden und zwar — wie man nach dem annehmen muß, was bisher über die Verhandlungen mit Oesterreich verlautet — zum Nachtheil namentlich der zahlreichen Classe der landwirthschaftlichen Producenten. Daß die Initiative hierzu von Deutschland ausgegangen sei, ist bisher von keiner Seite behauptet worden. Wir glauben auch nicht, daß die deutsche Politik jemals angedeutet haben würde, die politische Freundschaft der beiden verbündeten Reiche bedürfe zu ihrer Befestigung einer Aenderung der wirthschaftlichen Gesetzgebung.

Wir sind nun überzeugt, daß, wenn Deutschland seinerseits die Initiative dazu ergriffen hätte, auf dem Wege eines Handelsvertrages sich indirect in die wirthschaftliche Gesetzgebung Oesterreich-Ungarns behufs Erlangung eigener Vortheile einzumischen, ein solcher Versuch diesseits und besonders jenseits der Leitha mit großer Entrüstung perhorrescirt worden wäre. Aus analogem Grunde ist anzunehmen, daß die thatsächlich von Oesterreich geforderte nachtheilige Aenderung unseres Zolltarifs nicht ohne Rückwirkungen auf die Stimmung weiter Kreise unserer Bevölkerung bleiben wird, was der Befestigung des politischen Einvernehmens zwischen beiden Völkern unmöglich zu Statten kommen könnte. Unseres Erachtens ist das Bündniß mit Oesterreich zu werthvoll, als daß es mit Geldfragen verquickt werden dürfte. Das deutsch-österreichische Bündniß ist auch ohne wirthschaftliche Zuthaten für beide Theile nicht nur genügend, sondern von so hoher Wichtigkeit, daß wir die Gefahr einer Beeinträchtigung desselben, wie sie bei jeder directen oder indirecten Einmischung des einen Contrahenten in die wirthschaft-

liche Gesetzgebung des andern droht, vermieden zu sehen dringend wünschen müssen.

* * *

An den Besuch des österreichischen präsumptiven Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand, in St. Petersburg, wo er sechs Tage Gast des Zaren sein soll, knüpfen die „Hamb. Nachr." vom 28. Januar (M.=A.) folgende sehr beachtenswerthe Bemerkungen:

Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand soll nach Wiener Berichten sechs Tage im Winterpalais zu St. Petersburg Gast des Kaisers von Rußland sein und ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den Zaren mitnehmen. Der Besuch beweist jedenfalls das Eine, daß sich Oesterreich die Möglichkeit sichern will, mit Rußland in Freundschaft zu leben, und daß es sich der leitenden Stellung im Dreibunde um so sicherer fühlt, je befreundeter es mit Rußland ist. In diesem Sinne dürfte auch die Unterstützung der russischen Beschwerde in Sofia wegen der dortigen Nihilisten durch den diplomatischen Vertreter Oesterreichs zu deuten sein. Man erinnert sich, daß wir früher wiederholt den Werth der russischen Freundschaft für Deutschland unter dem Gesichtspunkte erörtert haben, daß Deutschland seiner bisherigen Stellung im Dreibunde nur so lange sicher sei, als man in Oesterreich auf Grund der dortigen Kenntniß der Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg wisse, daß Deutschland jeder Zeit in der Lage sei, sich mit Rußland zu verständigen; wir fügten hinzu, daß von dem Augenblick an, wo man in Wien die Ueberzeugung erlange, daß die Brücke zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen sei, Oesterreich dem Deutschen Reiche gegenüber eine andere Haltung einnehmen werde und Deutschland Gefahr laufe, in gewissem Sinne abhängig von Oesterreich zu werden.

Es liegt uns fern, zu behaupten, daß letzteres jetzt geschehen sei; aber wer die Erscheinungen der Zeit in ihrem Zusammenhang richtig zu erfassen in der Lage ist, kann sich gewisser Besorgnisse nicht entschlagen. Zur Rechtfertigung derselben genügt, daß Oesterreich wirthschaftliche Opfer von Deutschland verlangt und außerdem ersichtlich eine Verbesserung seines Verhältnisses zu Rußland anstrebt. Unsere frühere Mahnung, betreffend die Wahrung guter Beziehungen zu Rußland, erhält durch das jetzige russenfreundliche Bestreben Oesterreichs eine Bekräftigung, zu der es nicht hätte zu kommen brauchen.

* * *

Am 20. Januar wurde dem preußischen Abgeordnetenhause der Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 den römisch=katholischen Bisthümern gesperrten Gelder im Gesammtbetrage von über 16 Millionen den Bischöfen ausgeliefert werden sollten. Da eine

directe Veranlassung zu diesem weitgehenden Entgegenkommen des Staates jetzt garnicht vorlag, vermuthete man, daß die Regierung wohl das Centrum für die Schulgesetz-Vorlage nachgiebig stimmen wollte. In den unten citirten Sätzen weist die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ das Verfehlte solcher Speculation nach, und die „Hamb. Nachr.“ vom 28. Januar (A.-A.) bemerken dazu:

> Die Stellungnahme der ultramontanen Presse zur Sperrgeldervorlage rechtfertigt die von uns geäußerten Befürchtungen, daß selbst die Preisgabe des staatlichen Standpunktes nicht hinreichen werde, den Clericalismus zu befriedigen. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt u. A.:
>
> „Wir müssen es im höchsten Maße bedauern, daß der Reichskanzler einen Zusammenhang zwischen Sperrgelder-Vorlage und Volksschulgesetz-Entwurf zu finden wenigstens den Anschein erweckt hat. Wir halten es, um alle Mißverständnisse von vornherein auszuschließen, für unsere Pflicht, schon jetzt offen zu erklären, daß wir einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Vorlagen nicht anerkennen können und niemals anerkennen werden. Wenn die Bischöfe sich verpflichtet gefühlt haben, in gemeinschaftlicher Eingabe dem Schulgesetz-Entwurf entgegenzutreten, so haben sie das zweifellos auf Grund moralischer und dogmatischer Bedenken gethan, wie solche ja auch in der katholischen Presse und von den katholischen Abgeordneten bei der ersten Lesung des Entwurfes geltend gemacht worden sind. Solche Bedenken können niemals dadurch ausgeräumt werden, daß man einen Rechtsanspruch materieller Natur befriedigt.“
>
> Wir betrachten die Sperrgeldervorlage namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß sie sich trotz aller Interpretationen als eine Preisgabe der noch im vorigen Jahre von der Regierung und von dem nämlichen Minister vertretenen Auffassung darstellt und deshalb den Anschein erwecken kann, sie beruhe lediglich auf dem Bedürfnisse, die Unterstützung der einflußreichen parlamentarischen Partei des Centrums für das Regierungsprogramm zu gewinnen. Es läßt sich kaum etwas Stichhaltiges erwidern, wenn behauptet werden sollte, die Vorlage bilde den Anfang zur Basirung der Staatsautorität auf die Zustimmung der Parteien, also den Uebergang zu einer Parlamentsherrschaft, die aus der Conflictszeit, wo sie das Königthum bekanntlich bis zu Abdicationsgedanken brachte, in Erinnerung ist.

Der Ausdruck „Preisgabe der noch im vorigen Jahre von der Regierung und von dem nämlichen Minister vertretenen Auffassung“ bezieht sich auf folgendes. Am 29. April 1890 fand im preußischen Abgeordnetenhause die erste Berathung der damals eingebrachten Vorlage über die Verwendung der Sperrgelder statt. Der grundlegende § 1 jener

Vorlage lautete: „Diejenigen Beiträge, welche auf Grund der erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln angesammelt sind, werden beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt. Dagegen wird vom 1. April 1890 aus allgemeinen Staatsfonds für kirchliche Zwecke der katholischen Kirche eine jährliche Rente von 560480 Mark 58 Pfennig verwendet.“ § 2 bestimmte das Vertheilungsverhältniß dieser Summe auf die einzelnen Sprengel. — Gegenüber den viel weiter gehenden Forderungen des Centrums, das durch Windthorst der Regierung ein Eigenthumsvergehen Schuld gab und den gesammten Betrag der Sperrgelder nebst Zinsen für die katholische Kirche zurückforderte, erklärte der Staatsminister v. Goßler, daß es sich hier nicht um eine Frage des Eigenthums handle, sondern lediglich von der Einstellung öffentlich rechtlicher Leistungen die Rede sein könne. Eine Rückgabe der gesperrten Gelder sei weder in rechtlicher noch in physischer Hinsicht möglich; die Regierung sei mit der Vorlage bis an die Grenze des zu Gewährenden gegangen. Die neue Vorlage aber bestimmt, daß die angesammelten Gelder im Gesammtbetrage von 16 009 333,02 Mk. an die betheiligten Bisthümer baar herausgezahlt werden sollen.

Die Thatsachen rechtfertigen somit den oben citirten Ausdruck in dem Artikel der „Hamb. Nachr.“ aufs Glänzendste.

* * *

Ende Januar wandte sich der Ausschuß für Errichtung eines Denkmals in Düren an den Fürsten mit der Bitte um die Erlaubniß, ihm ein Denkmal nach dem in photographischer Abbildung beigefügten Entwurfe des Bildhauers Uphues zu errichten. Der Fürst antwortete darauf:

„Friedrichsruh, den 31. Januar 1891.

Euer Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 28. ds. Mts. habe ich erhalten und fühle mich hochgeehrt durch die Absicht, in Ihrer freundlichen und blühenden Stadt ein Denkmal meiner Bestrebungen im Dienste des Vaterlandes setzen zu wollen. Ich würde mich freuen, in einer Stadt, an die sich für mich frohe Erinnerungen aus jungen Jahren knüpfen, und an deren gedeihlicher Fortentwickelung ich mich stets erfreut habe, wenigstens im Bilde gegenwärtig zu sein. Der mir in photographischer Abbildung übersandte Entwurf des Denkmals scheint mir gut gelungen. Ich bitte Sie, für das ehrende Wohlwollen, welches Sie mir bewahren und für den freundlichen Ausdruck desselben in ihrem Schreiben meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen und den betheiligten Herren aussprechen zu wollen. v. Bismarck.“

Mit den „frohen Erinnerungen aus jungen Jahren“ ist die Zeit (1836) gemeint, in der der Fürst Regierungs-Referendar in Aachen war.

* * *

Die Behandlung, die die Wiener „Neue Freie Presse" den oben (vergl. S. 342 f., 344) mitgetheilten Ausführungen über die Folgen der Handelsvertragsverhandlungen für die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Theil werden läßt, bietet den Anlaß zu folgender Darlegung, die wir in den „Hamb. Nachr." vom 3. Februar (M.-A.) finden:

Deutschland und Oesterreich. Die „Neue Freie Presse" beantwortet und beleuchtet die Artikel unseres Blattes über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag in einer Weise, die mehr den Charakter einer persönlichen Invective gegen den Fürsten Bismarck trägt, als den einer sachlichen Erwägung der Fragen, die von den „Hamburger Nachrichten" gerade im Interesse des deutsch-österreichischen Bündnisses zur Discussion gestellt worden sind. Die diesseitige Ansicht war dabei stets die, daß das Bündniß in seinem Werthe zu hoch zu schätzen sei, um mit wirthschaftlichen Fragen belastet zu werden. Was die Verschiebung des Schwerpunktes der Controverse auf das Gebiet des Persönlichen betrifft, so bestreiten wir dem Wiener Blatt das Recht, den Fürsten Bismarck für unsere Ausführungen verantwortlich zu machen. Wir vertreten diese selbst. Unsere Artikel haben keine Person angegriffen, sondern sich auf rein sachlichem Terrain bewegt, während die „Neue Freie Presse" sich das System des Abgeordneten Eugen Richter aneignet, d. h. ihrer Abneigung gegen den früheren Reichskanzler durch persönliche Verdächtigungen Luft macht. So wie Herr Richter in Ermangelung triftiger Gründe dem Fürsten Bismarck gegenüber von nichts Anderem als von Schnaps- und Schweinepolitik zu sprechen weiß, ist es für das Wiener Blatt charakteristisch, daß es seine Erörterungen gegen die Auffassung des Fürsten Bismarck auf dessen Eigenschaft als Gutsherr und zwar unter Aufzählung der einzelnen Besitzungen des Fürsten stützt, um Raum zu der Verdächtigung zu gewinnen, daß es diese Gutsinteressen seien, denen der Fürst das bekanntlich von ihm allein und unter vielen Mühen ins Leben gerufene deutsch-österreichische Bündniß aufopfern wolle.

Wir sind überzeugt und haben dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Fürst Bismarck noch heute dieselben politischen Ansichten hegt, die er seit länger als zehn Jahren vertritt, und bei deren Bethätigung die Wiener „Neue Freie Presse" ihn ebenso öffentlich hat controliren können, wie wir es thun. Er hat auf der einen Seite das österreichische Bündniß stets gegen alle Anfechtungen gesichert, es durch die Erweiterung zum Dreibunde und durch Pflege der Sympathien Englands für diesen gefestigt; aber auf der anderen Seite hat er im Dienste des eigenen Vaterlandes das System des Schutzes der deutschen Production aller Art, namentlich auch der landwirthschaftlichen, in Vorlagen und Reden vertreten und gefördert. Es ist eine wunderliche Annahme, daß dieser

Schutz der nationalen Arbeit und Production, dem wir die heutige Besserung der materiellen Zustände nach dem Zeugniß aller competenten Beurtheiler verdanken, jetzt nicht mehr den Ansichten des Fürsten entspräche; es ist eine ganz thörichte Zumuthung an uns, daß wir, die wir die Richtung der Bismarck'schen Politik seit Jahren, und als der Fürst noch im Amte war, zu unterstützen bemüht waren, nun plötzlich zustimmend zu Neuerungen schweigen sollen, durch welche in erster Linie allerdings der deutsche Zollschutz der heimischen Production, in zweiter aber auch die Popularität gefährdet werden könnte, deren sich das Bündniß mit Oesterreich in allen Kreisen der Bevölkerung, auch in den agrarischen, bisher erfreut hat. Daß die Auffassungen dieser Kreise noch heute diejenigen sind, aus denen der Schutz der einheimischen Production seiner Zeit hervorging, beweist die jüngste Abstimmung des Reichstages mit Zweidrittel-Majorität zu Gunsten der Beibehaltung des bisherigen Zollschutzes. Wir hoffen, daß die Warnung, die hierin liegt, auch in Wien zum Nachdenken Anlaß geben wird.

Ueber die bisherigen Ergebnisse der in Wien schwebenden Verhandlungen können wir nur aus österreichischen, aber anscheinend officiösen Mittheilungen Schlüsse ziehen. Diese Mittheilungen gehen dahin, daß in erster Linie ein Herabdrücken der deutschen Getreidezölle erstrebt wird. Die Initiative dazu, den bisher zur Zufriedenheit beider Theile stattgehabten status quo zu ändern, geht also nicht von deutscher, sondern von österreichisch-ungarischer Seite aus; die Vorwürfe, die der Artikel der „Neuen Freien Presse" unseren Erörterungen macht, als behandelten wir das Bündniß mit Oesterreich geringschätzig und gefährdeten es wegen „anderthalb Mark", treffen mithin nicht uns, sondern sie treffen das Wiener Bestreben, den bisherigen Zustand, der seit Jahren mit Nutzen in Kraft steht, durch die Argumentation anzufechten, daß das politische Bündniß wirthschaftliche Concessionen fordere. Der „begehrliche agrarische Egoismus", von dem die „Neue Freie Presse" spricht, liegt sonach nicht auf der deutschen, sondern auf der Wiener Seite. Was man dort „wirthschaftliche Annäherung" benennt, erscheint uns im Lichte wirthschaftlicher Ausbeutung, die man auf der Basis des politischen Bündnisses durch Aenderung des bisherigen Status herbeizuführen versuchte. Es ist nicht „Gemeinschaft der Interessen", die dabei bethätigt werden soll, sondern es wird gerade an diejenigen Fragen, bei denen eine Verschiedenheit der wirthschaftlichen Interessen beider Reiche stattfindet, mit der Tendenz angeknüpft, diese Verschiedenheit zu beleben und zu verschärfen. Das politische Bündniß mit Oesterreich ist ein Ergebniß der beiderseitigen gemeinschaftlichen politischen Interessen; unsere wirthschaftlichen sind nicht in gleichem Maße übereinstimmend. Das ist eine That-

sache, die seit den ältesten österreichischen Bemühungen um Herstellung einer Zollunion mit dem Deutschen Reiche und seitdem in wiederholten Verhandlungen sich den sachverständigen Bevollmächtigten beider Staaten fühlbar gemacht hat. Betrachtet man es in Wien etwa als eine Förderung und Pflege des politischen Bündnisses mit Deutschland, wenn man die Verschiedenheit der wirthschaftlichen Interessen in den Vordergrund drängt und die beiden Theilen willkommene politische Uebereinstimmung mit allen den Verstimmungen belastet, die von wirthschaftlichen Fragen untrennbar sind?

Von deutscher Seite ist niemals die Forderung an Oesterreich gestellt worden, die politische Freundschaft, welche beide Reiche verbindet, durch Concessionen auf Kosten der österreichisch-ungarischen Producenten zu bethätigen. Von uns ist niemals behauptet worden, daß das Bündniß mit Oesterreich, um unerschütterlich zu sein, wirthschaftlicher Opfer von der einen oder anderen Seite bedürfe; und wir glauben, daß es lebhafte und berechtigte Entrüstung in den betroffenen österreichisch-ungarischen Kreisen hervorrufen würde, wenn von Berlin aus die Forderung erginge, die politische Freundschaft für das Deutsche Reich durch geldwerthe Concessionen auf dem Gebiete des Handels und des Verkehrs zu beweisen, mit anderen Worten, wenn man von deutscher Seite das Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit wirthschaftlich auszunützen versuchen wollte. Der analoge Eindruck, den die österreichischen Begehrlichkeiten bei uns in den in der That „bedrohten wirthschaftlichen Kreisen" machen, kann durch persönliche Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck und gegen genau dieselbe Politik, welche in Oesterreich, so lange der Fürst im Amte war, dankende Anerkennung gefunden hat, nicht verwischt werden.

Der Gedanke der „Neuen Freien Presse", daß der frühere Reichskanzler sich dadurch, daß er, wie wir annehmen, an seinen langjährigen Ueberzeugungen festhält, „den Rückweg zur Macht erschließen wolle", ist geradezu dumm. Wenn dem Fürsten Bismarck nachgewiesen werden könnte, daß er heutzutage andere Richtungen und Meinungen verträte, als die, welche er durch Jahrzehnte im Amte vertreten hat, so würden solche Insinuationen eher Anklang finden können. Aber wenn es, wie wir nicht zweifeln, richtig ist, daß der Fürst an seinen früheren Auffassungen festhält, so ist es unehrlich, ihm Vorwürfe solcher Art zu machen. Es gehört dies, wie wir schon oben sagten, in die Kategorie der Richter'schen Eloquenz über Schnaps- und Schweinepolitik.

Die „Neue Freie Presse" bezeichnet die wirthschaftliche Richtung, welche in den letzten zehn Jahren unter dem Fürsten Bismarck in Deutschland befolgt worden ist, als „unheilvolle Irrungen", denen gegenüber die deutsche Reichsregierung das Bedürfniß nach Umkehr empfinde.

Diese Unterstellung involvirt für die deutschen Unterhändler irgendwelchen Handelsvertrages in Wien ein lähmendes Präjudiz, welches wir als das natürliche Ergebniß der fortschrittlichen Politik ansehen dürfen, die in der Presse und auf der Parlamentstribüne bemüht gewesen ist, in Oesterreich-Ungarn die Ueberzeugung zu erwecken, daß man Deutschland für Concessionen auf Kosten des corpus vile der deutschen Landwirthschaft deshalb kein Aequivalent schuldig sei, weil die landwirthschaftlichen Zölle nach den Bedürfnissen der inneren deutschen Politik ohnehin unhaltbar seien.

Wir haben keineswegs die Behauptung aufgestellt, daß der „unveränderte Fortbestand der deutschen Agrarzölle nothwendige Bedingung des deutsch-österreichischen Bündnisses“ sei; wir haben nur Oesterreich vor dem Versuche gewarnt, das deutsche Bündniß dazu zu benutzen, auf die innere Politik und die wirthschaftliche Gesetzgebung in Deutschland einen „begehrlichen Einfluß“ zu üben. Die agrarische Begehrlichkeit gegenüber dem bisher bestehenden Rechtsverhältnisse ist, wie wir schon erwähnten, nicht auf deutscher, sondern auf der Wiener Seite ins Leben getreten, und zu unserem Bedauern. Wir halten das politische Bündniß auf einer Höhe, die von wirthschaftlichen Interessen gänzlich frei ist; und wenn in unserem publicistischen Kampfe von Frivolität die Rede sein kann, so trifft dieser Tadel nicht uns, sondern unseren Bundesgenossen, abermals zu unserem größten Leidwesen.

Die „Neue Freie Presse“ führt mit Recht ein Bruchstück einer Rede des Fürsten Bismarck an, dahin lautend, daß Deutschland und Oesterreich nicht bloß durch gegenseitige Sympathie der Völker, sondern durch zwingende Interessen des europäischen Gleichgewichtes vereint würden. Aber das europäische Gleichgewicht hat mit den divergirenden wirthschaftlichen Interessen beider Reiche nichts zu thun, und diese Interessen sind, an und für sich betrachtet, einer zoll- und handelspolitischen Einigung oder Verschmelzung beider Staaten nicht günstig.

Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß Fürst Bismarck, so weit er politischen Einfluß üben kann, bestrebt sein wird, die Ermäßigung der Getreidezölle, die er hat schaffen helfen, zu hintertreiben; aber wir glauben, daß er darin die Ueberzeugung der Mehrheit des deutschen Volkes vertritt, wie sie aus dem letzten Reichstagsvotum über diese Zölle zu erkennen war. Gerade in dieser Abstimmung liegt die Rechtfertigung der Befürchtungen, denen wir dahin Ausdruck gegeben haben, daß die bisherige Popularität des deutsch-österreichischen Bündnisses in weiten Kreisen Deutschlands geschädigt werden könne, wenn wirthschaftliche Concessionen in Wien als nothwendige Consequenz des politischen Bündnisses gefordert würden. Wir erwidern der „Neuen Freien Presse“ mit ihren Worten,

daß uns für dieses „Spiel der agrarischen Habsucht“, wie es von der Donau her angesagt wird, das deutsch-österreichische Bündniß zu werthvoll ist. Der Rücktritt des Herrn Crispi*) giebt uns schon heute Anlaß zu der Frage, ob die autoritative Wirkung der Gedanken, auf denen der Dreibund und der europäische Frieden bisher beruhten, jenseits der Alpen noch ebenso stark ist, wie sie es vor Jahr und Tag war. Wir besprechen die Eventualitäten, die sich hier darbieten, ein anderes Mal; jedenfalls sehen wir in dem Rücktritt Crispi's eine Mahnung, die bisherigen allseitigen Sympathien, welche im Deutschen Reiche wie in Oesterreich-Ungarn neben den Nothwendigkeiten der europäischen Gleichgewichtspolitik dem beiderseitigen Bündniß seine Festigkeit gewährt haben, mit tactvoller Schonung zu pflegen und nicht durch wirthschaftliche Begehrlichkeiten zu compliciren.

Die schließliche Drohung der „Neuen Freien Presse“, daß Fürst Bismarck, wenn er noch heute an den Ueberzeugungen festhalten sollte, von denen seine amtliche Thätigkeit unter dem Beifall Oesterreichs stets geleitet wurde, seinen „Ruhm“ schädige, glauben wir nicht erörtern zu sollen. Die Welt hat sich überzeugen können, daß Fürst Bismarck seinen Ruhm niemals in der Anerkennung seitens des Auslandes, sondern in der seiner Landsleute gesucht hat; aber auch im Inlande nicht bei denjenigen deutschen Parteien, in deren Sinne die Artikel der „Neuen Freien Presse“ geschrieben sind.

* * *

Ueber die Angriffe der österreichischen Presse auf die „Hamb. Nachr.“ bringt das freiconservative „Deutsche Tageblatt“ am 3. Februar einen längeren Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die österreichische Presse scheint von oben her die Weisung erhalten zu haben, im Interesse der Wiener handelspolitischen Conferenzen gegen die ‚Hamb. Nachr.‘ eine Lanze zu brechen, da dieselben wiederholt davor gewarnt hatten, das werthvolle politische Bündniß zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn durch wirthschaftliche Abmachungen zu belasten, die in Anbetracht der Concessionen, die von beiden Theilen gefordert würden, sowohl hüben wie drüben in weiteren Bevölkerungsschichten ein gewisses Mißbehagen hervorrufen dürften. Gegen diese Ausführungen wenden sich jetzt nicht nur a tempo und unisono, sondern auch mit wesentlich gleichen Argumenten, die auf eine gemeinsame Directive schließen lassen, die leitenden Wiener Blätter.

„Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, daß wir eine handelspolitische Verständigung mit dem politisch uns so innig befreundeten Nachbarstaate

---

*) Am 31. Januar hatte das Ministerium Crispi seine Entlassung genommen und wurde durch Rudini ersetzt.

unter der Bedingung eines die materiellen Interessen beider Theile sorgfältig wahrenden, also auf dem Princip voller Gleichheit im Nehmen und Gewähren beruhenden Abkommens für überaus wünschenswerth erachten. Andererseits sind wir uns aber auch über die Schwierigkeiten einer dahin gehenden Verständigung von vornherein vollkommen klar gewesen; es würde uns also nicht befremden, wenn es bezüglich dieses Punktes nicht nur zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten, sondern auch zwischen den die nationalen Interessen wahrnehmenden deutschen und österreichisch-ungarischen Preßorganen zu lebhafteren Auseinandersetzungen kommen sollte.

„Nur Eins möchten wir dringend wünschen, daß diese Erörterungen hier wie dort einen sachlichen Character bewahrten und sich von persönlichen Gereiztheiten und Gehässigkeiten möglichst fernhielten. In einzelnen Auslassungen auf österreichischer Seite ist dies jedoch — leider — durchaus nicht der Fall; die ‚Presse‘ und die ‚Neue Freie Presse‘ schlagen vielmehr bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Fürsten Bismarck, als dem angeblichen Inspirator der Artikel des Hamburger Blattes, einen Ton an, welcher durchaus der in unseren eigenen linksliberalen Blättern eingeführten Stimmung entspricht. Bei der eigenen, durch innere Parteikämpfe erregten und unheilbar voreingenommenen Presse mag der patriotische Reichsdeutsche eine solche Sprache, wenn auch mit lebhaftem Bedauern, noch passiren lassen; begegnet er ihr aber in fremden publicistischen Organen, so könnten sie doch sein nationales Empfinden und seinen Widerspruch in einer Weise wachrufen, die einer Verständigung über die sachlichen Differenzpunkte gewiß ebenso wenig förderlich sein würde, wie die in Oesterreich nur allzu lange gehegte Annahme, daß unsere Reichsregierung im Punkte der Agrarzölle ohne Rücksicht auf etwaige Compensationen früher oder später nachgeben müsse. Die in derartigen Auslassungen sich kundgebende Fürsorge für die wirthschaftlichen Interessen der reichsdeutschen Bevölkerung ist eben so wenig gerechtfertigt wie die Besorgniß einzelner Wiener Blätter, daß Fürst Bismarck Gefahr laufen möchte, beim deutschen Volke den Rest politischen Ansehens einzubüßen, den man auf jener Seite ihm zuzugestehen doch noch die Gewogenheit hat.

„In wesentlich tactvollerer Weise, als es in den Spalten der ‚Presse‘ und der ‚Neuen Freien Presse‘ geschieht, erörtert das ‚Fremdenblatt‘ die Stellungnahme der ‚Hamb. Nachr.‘ und ihres vermeintlichen Inspirators zu den Wiener Conferenzen, indem es darauf hinweist, daß Fürst Bismarck den Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn einst seinen größten Ruhmesthaten beigerechnet habe, und daß es kaum denkbar erscheine, daß er, der früher selbst den Wunsch auch nach einem Handelsvertrage mit dem politischen Alliirten hegte, gegen den Bundesgenossen jetzt Voreingenommenheit und Mißtrauen erregen wolle. Eine solche Absicht liegt dem vormaligen Reichskanzler sicherlich fern, wenn er in seiner langjährigen amtlichen Thätigkeit

die Schwierigkeiten einer der politischen gleichwerthigen Verständigung auf wirthschaftlichem Gebiete auch mehr erkannt haben mag, als irgend ein Anderer. Wie groß die Hindernisse sind, die hier einem für beide Theile wahrhaft befriedigenden Abkommen entgegenstehen, zeigt soeben wieder der Versuch des ungarischen Verkehrsministers, sich durch die schleunige Einführung eines neuen Tarifs für den Eisenbahn-Frachtverkehr in letzter Stunde noch ein den transleithanischen Interessen günstiges Compensations-Object zu schaffen. Durch ein solches Vorgehen von amtlicher Seite wird die Verständigung sicherlich mehr erschwert, als durch die Kundgebungen der ‚Hamb. Nachr.‘ oder anderer deutscher Blätter."

* * *

Die „National-Ztg." hält am 3. Februar in einer Polemik gegen die „Kreuz-Ztg." den Conservativen vor, daß ihre Führer, die Herren von Rauchhaupt, von Heydebrand und Genossen, in Sachen der Landgemeindeordnung ihre Opposition aufgegeben, Kehrt gemacht, über den Stock gesprungen und in einer Weise zu Kreuze gekrochen seien, wie es seit Jahrzehnten in Deutschland von keiner Seite mit so großer Entschlossenheit und Selbstverleugnung geschehen sei. Das Blatt fährt fort:

„Sie haben das directe Gegentheil der von ihnen durchgesetzten Commissionsbeschlüsse erster Lesung in der zweiten angenommen: die Entscheidung durch die Regierung — ob durch das Staatsministerium oder den Minister des Innern, ist in diesem Falle selbstverständlich ganz einerlei — statt der Entscheidung durch Körperschaften, in denen der Großgrundbesitz dominirt. Sie haben sich hierin auch nichts weniger als freiwillig gefügt; sondern es sind zur Verhinderung des ‚Sprunges über den Stock‘ und des ‚Zukreuzekriechens‘ Intriguen versucht, und es sind andererseits zur Beseitigung dieser Intriguen drastische Mittel angewendet worden, worüber, falls die ‚Kreuz-Ztg.‘ nichts davon wüßte, sie sich bei ihrem Freunde, dem früheren Minister v. Puttkamer, Auskunft holen könnte. Vielleicht findet sie auch einen Theilnehmer an einem gewissen Jagd-Diner, welcher ihr mittheilt, wie eine Beurtheilung des bekannten Pronunciamientos des Grafen Kanitz gelautet hat, die wohl einen Antheil an dem lobenswerthen Unterwerfungs-Entschluß der Conservativen hatte. Vielleicht denkt die ‚Kreuz-Zeitung‘ auch ein wenig darüber nach, warum der Minister des Innern am Geburtstag des Kaisers eine hohe Decoration gerade des hohenzollernschen Hausordens erhalten hat. Was sich abgespielt hat, war ein Seitenstück zu der Randbemerkung Friedrich Wilhelm's I., die gewöhnlich unrichtig citirt wird, richtig aber lautete: ‚Ich komme zu meinem Zweck und stabilire die Souveräneität und setze die Krone fest wie einen rocher von bronze und lasse den Herren Junkers den Wind von Landtag. Man lasse den Leuten

Wind, wenn man zum Zweck kommt.' — Wir waren auch bereit, den ‚Herren Junkers' den Wind einer Vertuschung ihrer Niederlage zu lassen, da wir zum Zweck gekommen waren. Aber die ‚Kreuz-Ztg.' wollte es anders; sie hat nun ihren Willen."

An diesen höhnischen Ausfall der „National-Ztg." gegen die „Kreuz-Ztg." knüpften die „Hamb. Nachr." vom 4. Februar (M.-A.) an und führen Folgendes aus:

Zur preußischen Landgemeindeordnung. Wir haben im gestrigen Abendblatte Aeußerungen der „National-Ztg." angeführt, welche den preußischen Conservativen zeigen, wohin sie auf dem in Sachen der Landgemeindeordnung eingeschlagenen Wege gelangen. Wir können uns in die Lage der Herren versetzen und den Zwiespalt begreifen, der ihre Stellungnahme beeinträchtigt. Aber sie übersehen, daß sie sich bei allen solchen Streitigkeiten nicht dem Könige, sondern dem jedesmaligen Minister des Innern gegenüber befinden. Im Kampfe mit der conservativen Partei liegt es im Interesse des kämpfenden Ministers, den König als identisch mit jedem einzelnen Paragraphen der vom Minister vertretenen Vorlage hinzustellen, hier also mit allen 144 Paragraphen, die in der Landgemeindeordnung stehen. Aber selbst wenn in dieser Sache nicht der König durch den Minister, sondern dieser durch den König berathen gewesen wäre, so würde doch seitens der Vertreter der conservativen Fraction immer noch zu erwägen sein, daß die augenblicklichen Verhältnisse sich ändern können, daß diese nicht nothwendig auch für die Zukunft als bestehend anzunehmen sind, daß, insoweit die innern Zustände von ministeriellem Ermessen abhängig sind, immerhin mit der Eventualität eines fortschrittlichen Ministers des Innern gerechnet werden muß. Man braucht nicht gerade auf das Jahr 1848 oder die neue Aera von 1860—61 zurückzugreifen, um das Vorliegen einer solchen Möglichkeit zuzugeben. Wenn an eine solche Möglichkeit im Lager der Herren Richter, Rickert und Genossen, die doch auch umsichtige Politiker sind, nicht geglaubt würde, so wäre es sehr die Frage, ob ihr Eifer bei der Arbeit so lebhaft sein würde, wie er es ist.

Auch die Substitution des Staatsministeriums für den Minister des Innern schützt nicht gegen Gefahren aus jener Möglichkeit, die der heutigen conservativen Partei vielleicht noch nicht deutlich vorschweben. Wenn Bestrebungen eines Ressortministers, mögen sie ihm unmittelbar angehören, oder im Wege der Adoption aus der Vaterschaft eines vortragenden Rathes übernommen sein, im Staatsministerium Schiffbruch leiden und abgeworfen werden sollen, so gehört dazu schon eine Zusammensetzung des Staatsministeriums, vermöge derer dem Ressortminister sehr

selbstständige und sachkundige Minister gegenüberstehen. Daß aber die Krone bei jeder Detailfrage, hier jeder einzelnen Gemeindeangelegenheit, Verantwortung oder Remedur auf sich nehmen soll, ist in einem Staate von der heutigen Größe Preußens eine Unmöglichkeit; es würde dem Civilcabinet eine Arbeitslast und Verantwortlichkeit auferlegt, welche nicht in der preußischen Tradition liegt.

Wir vermissen in den Nachrichten, welche über die Verhandlungen der Commission für die preußische Landgemeindeordnung bekannt geworden sind, noch immer die Vertretung der bisherigen Stellung der Bauernschaften gegenüber den vorgeschlagenen Neuerungen. Wir haben schon erwähnt, daß der Schwerpunkt der zukünftigen Gestaltung der Landgemeinde-Verfassung nicht in der Frage der Gutsgemeinden liegt, sondern in der Beseitigung der seitherigen Autonomie der Bauernschaften, sowie in der Parlamentarisirung der Dorfverfassung, in der Vergrößerung des Schreibwerkes und der Vermehrung der untersten Ausläufer der Bureaukratie. Wir halten die monarchische und staatliche Autorität in den Händen der Bauernschaft für sicherer aufgehoben, wie in denen jener Bureaukratie und glauben, daß uns dafür die Erfahrungen kritischer Zeiten, wie die des Jahres 1848 zur Seite stehen. Wir können deshalb nicht ohne Besorgniß auf die Eventualität einer Beseitigung des Bauern-Regiments in den Dörfern blicken, zu welcher nach den bisherigen Erfahrungen und Stimmungen in den Landgemeinden ein Grund nicht vorliegt. Wir haben den Eindruck, daß das Bedürfniß einer Aenderung der gewohnten und bewährten Einrichtungen nicht im Lande, sondern vorwiegend am grünen Tisch der Statistiker entstanden und empfunden worden ist.

Die preußischen Landgemeinden lebten bisher im tiefsten Frieden. Ob dies auch noch der Fall sein wird, wenn die in dem Entwurfe zu der neuen preußischen Landgemeindeordnung enthaltenen Bestimmungen Gesetz werden sollten; ob namentlich die Widerstandsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung gegen den angekündigten Feldzug der Socialdemokratie auf dem platten Lande dieselbe bleiben wird, das kann nur die Zukunft lehren. Wir halten das Experiment für gewagt, jedenfalls für ein solches, für das ein Bedürfniß nicht vorliegt.

* *
*

In derselben Nummer begegnen wir einer Richtigstellung, die sich auf eine vom Abgeordneten Sombart bekundete irrthümliche Auffassung der Anschauung des Fürsten Bismarck über die Theilbarkeit von Bauernhöfen und Rittergütern bezieht:

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 22. Januar d. Js. hat der Abg. Sombart unter Berufung auf eine Veröffentlichung in dem Poschinger'schen Werke „Fürst Bismarck als Volkswirth" seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß der ehemalige Reichskanzler die Bauernhöfe habe parcelliren wollen. Die Auffassung beruht auf Mißverständniß. Es ist unrichtig, daß Fürst Bismarck nur in der Parcellirung der Bauerngüter Vortheil erblickt habe; daß auch Rittergüter zum Nutzen des Ganzen zertheilt werden könnten, hat er unter Anderem durch seine Einwirkung auf die polnischen Ankäufe bethätigt. Er hat stets seine Freude ausgedrückt, wenn spannfähige Bauerngüter sich durch Generationen lebensfähig erweisen, aber es nicht für nützlich gehalten, der Parcellirung von Bauernhöfen wie von Rittergütern da entgegenzutreten, wo die Vermögensverhältnisse, sei es des Bauern, sei es des Gutsbesitzers, die Theilbarkeit des Besitzes als Bedürfniß erscheinen ließen. Fürst Bismarck hat die Vermehrung der Kopfzahl der Grundeigenthümer allerdings immer als staatliches Bedürfniß hingestellt, ohne die Entstehung der kleinen Besitzer gerade auf Theilung von Bauerngütern beschränken zu wollen.

* * *

Ebenda wird endlich auch eine Unrichtigkeit festgestellt, die den über den Erlaß des Fideicommißstempels noch immer nicht zur Ruhe kommenden Gegnern des Fürsten untergelaufen ist. Hatten sie früher ihre Vorwürfe gegen den Stempelerlaß wegen Varzin gerichtet, so gilt es jetzt die lauenburgische Herrschaft Schwarzenbeck, in der bekanntlich Friedrichsruh liegt. Aber auch dieser Vorwurf ist ganz und gar hinfällig. Das ergiebt sich aus Folgendem:

> Anläßlich ihrer Erörterungen über den Erlaß des Fideicommißstempels hat die fortschrittliche und gesinnungsverwandte Presse es nicht an gehässigen Seitenhieben nach dem lauenburgischen Fideicommiß des Fürsten Bismarck fehlen lassen. Wie unbegründet das war, geht daraus hervor, daß für das Fideicommiß Schwarzenbeck und für den Kreis Herzogthum Lauenburg der preußische Fideicommißstempel von drei Procent auch bis heute noch nicht maßgebend ist. Das Fideicommiß war 1872 gestiftet, bevor das Herzogthum Lauenburg durch Gesetz vom 23. Juni 1876 der preußischen Monarchie einverleibt wurde. In diesem Gesetz ist die preußische Stempelsteuer-Gesetzgebung im Herzogthum Lauenburg nicht eingeführt. Durch einige spätere Gesetze sind einzelne Stempelsteuer-Vorschriften (in Gerichtssachen, Vormundschafts- und Handelsregister-Angelegenheiten) angeordnet; indeß der Fideicommißstempel bis jetzt nicht.

* * *

Am 5. Februar hatte der Reichskanzler von Caprivi im Reichstage Gelegenheit genommen, im Reichstage eine seiner ruhmvollsten Leistungen, die Abtretung Witu's an England durch das deutsch-englische Abkommen vom 1. Juli 1890 zu vertreten. Er hatte es seit seinen ersten Reden vermieden, den Fürsten Bismarck wieder zu erwähnen, der war ihm zu groß. Hier aber hielt er es für rathsam, sich gegen feindliche Angriffe hinter dem großen Manne zu verschanzen und sich mit einer angeblichen Bemerkung des Fürsten als sicherem und hiebfestem Schilde zu decken. Dagegen wenden sich die „Hamb. Nachr." vom 8. Februar (M.-A.):

Fürst Bismarck und der deutsch-englische Vertrag. In der „National-Ztg." vom 6. d. Mts. lesen wir folgende bemerkenswerthe Beurtheilung eines Theiles der Caprivi'schen Rede:

„Herr von Caprivi theilte gestern — wohl durch Angriffe dazu veranlaßt, welche unter Berufung auf die Bismarck'sche Colonialpolitik gegen die der jetzigen Regierung gerichtet worden — eine Randbemerkung des Fürsten Bismarck aus der Zeit seiner Amtsführung mit, welche lautete: ‚England ist für uns wichtiger wie Sansibar und ganz Ostafrika.' Links rief man dazu: ‚Sehr richtig!' Im vertraulichen Verkehr zwischen dem Leiter der Politik und seinen Beamten hat eine Aeußerung, wie die citirte, offenbar eine wesentlich andere Bedeutung, als wenn sie öffentlich vorgetragen wird. Vertraulich gemacht, kann ihre ganze Tragweite auf die Anweisung herauskommen, bei den Verhandlungen mit England, wie es in der Ordnung war, großen Werth auf die Sicherung guter Beziehungen zu diesem Lande zu legen. Oeffentlich als Richtschnur der deutschen Colonialpolitik proclamirt, kann der Satz dagegen als — selbstverständlich unbeabsichtigte — Ermunterung zu jedem englischen Uebergriff in Afrika wirken. Herrn von Caprivi hat Derartiges natürlich fern gelegen; anders verhält es sich bei dem ‚sehr richtig' von Politikern, in deren Namen Tags zuvor als colonialpolitisches Programm verkündet worden: ‚So wenig Afrika wie möglich.' Es ist nicht ersprießlich, solchen Colonialpolitikern Gelegenheit zur Zustimmung zu geben."

Es kann sehr wohl kritische Situationen geben, in welchen der Satz, England sei für uns wichtiger als ganz Ostafrika eine größere Tragweite in Anspruch nehmen kann, als die einer Randbemerkung, welche den Zweck hat, übertriebenen oder voreiligen Bestrebungen Schranken zu ziehen. Es kann auch umgekehrt Lagen geben, in welchen England ein ähnliches Bedürfniß empfinden könnte, die Freundschaft Deutschlands durch coloniale Zugeständnisse zu befestigen. Aber es ist notorisch, daß solche kritische Momente, solche Situationen, in welchen Deutschland etwa zwischen dem Bruche mit England oder dem Verzichte auf Colonien

hätte wählen müssen, 1890 nicht vorlagen. Unsere Beziehungen zu England waren auch ohne Verzicht auf Sansibar und Witu so, wie sie längere Zeit hindurch hätten bleiben können. Nichts drängte derart zum Abschlusse, und wir wissen von unseren Hamburger Mitbürgern, welche mit Sansibar in regem Verkehr stehen, daß die dort wohnenden Engländer von der ersten Nachricht von dem deutschen Verzicht überrascht waren und sie für erfunden hielten.

Wenn verschiedene Blätter und auch solche, die hier in Hamburg erscheinen, aus den citirten Randbemerkungen des Fürsten Bismarck und aus dem Gewicht, welches er vor weiterem Vorschreiten auf Sicherung des Einvernehmens mit England legte, den Schluß glauben ziehen zu können, daß der frühere Kanzler sich bereits mit der Absicht getragen habe, die Sphäre unserer Wirkung in Afrika so weit einzuschränken, wie es heute der Fall ist, so ist dieser Schluß doch ein sehr gewagter und auch nicht gerechtfertigt durch den Umstand, daß die Rede des heutigen Kanzlers diese Meinung zulässig erscheinen läßt, ohne sie auszusprechen. Wir halten daher die Aeußerung des „Hamburgischen Correspondenten", „der Reichskanzler habe die Behauptung, Fürst Bismarck hätte den Vertrag nicht geschlossen, in schlagender Weise widerlegt", nach dem bisher der Oeffentlichkeit vorliegenden Material für unerwiesen.

Herr von Caprivi erklärt nicht, daß er bei seinem Amtsantritt die Verhandlungen in einer Lage gefunden habe, welche einen Abschluß des deutsch-englischen Vertrages vom 1. Juli 1890 geschäftlich geboten oder doch den Verzicht darauf schwierig gemacht hätte. Er macht hierbei die Mittheilung, er habe sich bei seinem Amtsantritt davon überzeugt, was für Vorgänge da seien und was für einen Standpunkt die Regierung eingenommen habe. Er sagt aber nicht, daß er sich durch Rücksprache mit seinem Vorgänger darüber vergewissert habe, und wir nehmen nach dem Wortlaute seiner Rede an, daß er seine Kenntniß über den damaligen Standpunkt der Regierung lediglich durch Einsicht der Acten gewonnen hat. Er würde sonst gewiß nicht nur fragmentarische Marginalbemerkungen seines Vorgängers angeführt, sondern sich auch auf den Inhalt der mündlichen oder schriftlichen Aeußerungen über den status quo bei Uebernahme des Amtes bezogen haben. Herr von Caprivi rechtfertigt den Vertrag auch in der Hauptsache nicht als ein Zwangsergebniß der übernommenen Geschäftslage, sondern als ein Abkommen, welches sich vermöge der Vortheile, die es Deutschland gewährt, sachlich empfohlen habe. Der Inhalt seiner Rede vertritt den Abschluß objectiv als einen für das Reich nützlichen und verdienstlichen. Diese Auffassung wird allerdings abgeschwächt durch den Versuch, einen Theil der Verantwortlichkeit für den Abschluß auf seinen Vorgänger im Amte zu übertragen

und demselben einen Antheil an dem Verdienste des Vertragsabschlusses zuzuweisen, einen Antheil, welchen Fürst Bismarck niemals für sich in Anspruch genommen hat. Wir dürfen vielmehr nach Veröffentlichungen von Interviewern aus dem vorigen Jahre annehmen, daß der frühere Kanzler ausdrücklich gesagt hat, er würde, wenn er noch im Amte gewesen wäre, zu dem Abschlusse über Sansibar nicht gerathen haben. Er legt, wie auch aus dem Inhalt seiner von seinem Nachfolger veröffentlichten vertraulichen Marginalien hervorgeht, hohen Werth auf die Uebereinstimmung mit England, generell sowohl als auch in Ostafrika; wir vermuthen aber, daß er an volle Gegenseitigkeit dieser Werthschätzung bei Lord Salisbury stets geglaubt hat, aber nicht an das Bedürfniß und noch weniger an die Nothwendigkeit, die Fortdauer der englischen Freundschaft durch das fragliche Abkommen zu sichern; er hatte an der Festigkeit dieser Freundschaft, so lange Salisbury im Amte ist, aus allgemeinen politischen Gründen überhaupt keinen Zweifel.

Wir behalten uns vor, auf verschiedene Einzelheiten der Rede des Reichskanzlers später zurückzukommen.

* * *

Zu der Marginalbemerkung Bismarcks schreibt wenige Tage später in überaus zutreffender Weise die „Rheinisch-Westphälische Zeitung“:

„Fürst Bismarck hat dadurch, daß er die englische Freundschaft für werthvoller als ganz Afrika erklärte, sicherlich seinem Nachfolger nicht empfehlen wollen, das vom Deutschen Reiche übernommene Protectorat Witu's aufzugeben. Ein Protector hat seinem Schützling gegenüber Verpflichtungen, denen er sich nur dann entziehen darf, wenn er zu schwach ist, seine Pflichten als Protector zu erfüllen. Herr von Caprivi hat nun dadurch, daß er das Protectorat über Witu auf England übertrug, bei den Afrikanern die Meinung hervorgerufen, daß Deutschland zu schwach sei, Witu zu schützen. England dagegen hat sein neu gewonnenes Protectorat über Sansibar gleich dazu benutzt, seinem Schützling eine großartige Entschädigung (4 Mill. Mark) für die Abtretung des Küstenstreifens zu verschaffen. Jetzt können sich die Engländer, die stets den Afrikanern die englische Freundschaft und die englische Schutzherrschaft als das für ihre Interessen Beste hinzustellen suchten, nun leider darauf berufen, daß Deutschland den Sultan von Witu, ohne ihn auch nur zu fragen, ob er denn mit dem Wechsel der Schutzherrschaft einverstanden sei, dem Schutz der Engländer anvertraut hat. Der englische Consul soll überdies diesen Wechsel der Lage dem Sultan in einer wenig angenehmen Form mitgetheilt haben. Die geringe Rücksichtnahme, die wir in diesem Falle unserem Schützling zu Theil haben werden lassen, kann jedenfalls nicht dazu dienen, andere afrikanische Sultane auf unsere Schutzherrschaft lüstern

zu machen, weshalb die Aufgabe der Schutzherrschaft über Witu in ihren Folgen sich als ein viel schwererer Schlag für unsere colonialen Bestrebungen erweisen wird, als die gleichzeitig erfolgte Gestaltung der englischen Schutzherrschaft über Sansibar."

Der Reichskanzler von Caprivi hat, wie erinnerlich, weder selbst noch durch eine deutsche Behörde dem Sultan von Witu die völkerrechtlich sehr fragwürdige Uebertragung der deutschen Schutzherrschaft über sein Land an England mitgetheilt, sondern hat — ein unfaßlicher Mangel an Rücksichtnahme! — sogar auch das noch den Engländern überlassen!

* * *

Ueber diese dreitägige Colonialdebatte des Reichstags vom 4.—6. Februar, die längere für Zeit im Mittelpunkte aller politischen Interessen stand, weil in ihr so deutlich und offenkundig wie zuvor noch nirgends der Gegensatz zwischen Einst und Jetzt hervorgetreten war, schrieb die Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 8. Februar (M.-A.):

> Zieht man das Facit der dreitägigen Colonialdebatte des Reichstags, so kommt man zu dem Ergebniß, daß die Regierung für Ostafrika ein thatkräftiges, planmäßiges Handeln in Aussicht nimmt und der Ansicht ist, vor den nächsten Reichstag bereits mit wesentlichen Fortschritten treten zu können; daß sie für Südwestafrika sehr geringe Meinung hat und die Zukunft dieses Schutzgebietes wesentlich von den Leistungen der in der Bildung begriffenen deutsch-englischen Gesellschaft abhängig macht; daß die Erforschung des Hinterlandes von Kamerun fortgesetzt werden soll — über die Frage der dortigen Grenzregulirung hat der Reichskanzler geschwiegen.
>
> Je mehr die Ausführungen des Herrn von Caprivi den Eindruck einer sorgfältigen, sachlichen Vorbereitung machen, desto charakteristischer erscheint darin die wiederholte Berufung auf den Fürsten Bismarck und die von demselben bei verschiedenen Anlässen gegebenen Directiven. Zunächst dürfte da wohl die Frage aufzuwerfen sein, ob es diplomatisch und politisch richtig war, diese für die Information des deutschen diplomatischen Dienstes bestimmten Winke vor das Forum der Oeffentlichkeit und somit auch des Auslandes zu ziehen, wo sie leicht mißverstanden werden können. Es liegt die Gefahr nahe, daß die Bekanntgabe jener Aeußerungen des Fürsten Bismarck die ohnehin maßlosen Ansprüche der Engländer noch erheblich steigern und dem deutschen Auswärtigen Amte jede künftige Verhandlung mit England wesentlich erschweren werde. Ob und welche Beweise man in Berlin dafür in Händen hat, daß Lord Salisbury's Sympathie für Deutschland wirklich

eine so große und vor allen Dingen — eine aufrichtige ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntniß. Es giebt Leute, welche sich für berechtigt halten, daran nicht zu glauben. Aber gesetzt, es wäre thatsächlich der Fall, so erscheint es doch im hohen Grade bedenklich, öffentlich auszusprechen, daß Deutschland für die Erhaltung dieser Sympathien zu großen Opfern bereit sein müsse, und daß wir entschlossen seien, jedes Stirnrunzeln Sr. Lordschaft mit einem Stück deutschen Colonialbesitzes zu glätten. Derartige Randbemerkungen des Fürsten Bismarck, wie sie ihrem Inhalte nach für den Staatssecretair oder für den Botschafter in London als allgemeine, jedenfalls als secrete Directive für die zu beobachtende Haltung bestimmt waren, dürften doch weder wörtlich zu nehmen, noch urbi et orbi als Grundlagen der deutschen Politik bekannt zu geben sein. Wollte man einfach alle Randbemerkungen des ersten Reichskanzlers veröffentlichen, um damit die nach seinem Rücktritt getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen, so wäre vielleicht kein Mörtel mehr fest genug, um den politischen Bau überhaupt noch zusammenzuhalten.

Der Werth der theoretischen Freundschaft Englands besteht darin, daß es im Falle eines Krieges mit seiner Flotte entweder die Küsten Italiens deckt oder — was jedenfalls weit unsicherer — die deutschen Küsten decken hilft. Aber erstlich würde England dabei zum guten Stück im eigenen Interesse handeln; zweitens käme in Betracht, ob und wie die britische Flotte im gegebenen Falle einer solchen Aufgabe gewachsen wäre; schließlich ob an der Spitze Englands ein Cabinet stünde, welches zu solcher Politik bereit, ob das Parlament sie gut zu heißen geneigt wäre. Sodann — und hier berühren wir den Cardinalpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns hoffentlich zu Rußland nicht immer im Stadium der aufgezogenen Brücken befinden, sondern hoffentlich allmählich jene eigentliche Basis unserer Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen und freundnachbarlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht. Dem Panslawismus wird es ja doch nicht in alle Ewigkeit möglich sein, das Land und das Heer auf dem halben Kriegsfuße zu erhalten, und von der Alternative: mit Rußland keinen Krieg zu haben oder im Falle eines solchen auf die Unterstützung Englands angewiesen zu sein, möchten wir die erstere um so mehr vorziehen, als der Friede zwischen Deutschland und Rußland auch den Interessen Rußlands, ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland nur den Interessen Englands entspricht, für welche wir uns in der Hauptsache zu schlagen haben würden. Fürst Bismarck hat einmal — und zwar nicht als Randbemerkung, sondern im Reichstage — ausgesprochen, Deutschland stimme im Voraus Allem zu, worüber Rußland und Oesterreich sich verständigen, und aus diesem

Grunde vermögen wir in der zu allerdings ungewöhnlicher Jahreszeit unternommenen Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach St. Petersburg nicht einen Vorgang zu erblicken, der ein für Deutschland beunruhigendes Moment enthielte. Also — Freundschaft mit England, aber nur auf dem Fuße der absolutesten Gleichberechtigung, und die Ehre vor allem! Weder unsrer eigenen Nation darf zugemuthet, noch die englische an den Gedanken gewöhnt werden, daß Deutschlands Freundschaft für England nicht mindestens den gleichen Werth habe wie die Freundschaft Englands für Deutschland. Nur um diesen Preis — um einen höheren mögen wir sie nicht.

Noch weniger dürfte es möglich sein, durch jene Citate die Behauptung zu widerlegen, daß Fürst Bismarck einen solchen Vertrag niemals unterzeichnet haben würde. Fürst Bismarck hatte in seiner langen politischen Laufbahn sich eine hohe und kluge Werthschätzung des Nationalgefühles angeeignet, dem er die stärksten Impulse seiner Politik entnahm, und welches er daher als einen stets sicheren Factor in seine Rechnung einzustellen vermochte. Jenen secreten Weisungen steht jedenfalls der öffentlich bekannt gewordene Erlaß an den Botschafter in London vom Jahre 1884 gegenüber, daß die Befriedigung Englands niemals auf Kosten des deutschen Nationalgefühls angestrebt werden dürfe. Je weniger eine Regierung bei ihren Actionen mit diesen im Volke lebendigen Empfindungen rechnet, um so weniger wird sie in der Lage sein, sich die in solchen Empfindungen wurzelnden Kräfte nutzbar zu machen und sich in ruhiger Sicherheit von ihnen tragen zu lassen.

Eine Berliner freisinnige Zeitung rühmt es als Signatur der Lage, daß der Herr Reichskanzler seine Ausführungen mit einer Polemik gegen die Herren Graf Mirbach und von Kardorff eingeleitet und der Abgeordnete Richter sich „beeilt“ habe, „in mehreren wichtigen Punkten seine Uebereinstimmung mit dem General von Caprivi auszusprechen“. Diese Eile hat Herr Richter neuerdings wiederholt an den Tag gelegt; er mag Ursache dazu haben, denn viel Zeit wird nicht zu versäumen sein.

Daß Abgeordnete, wie die Herren von Kardorff, von Cuny und Graf Arnim, zwar in sehr maßvoller, aber immerhin verständlicher Weise ihrem Mißfallen an dem deutsch-englischen Abkommen Ausdruck gaben, wird den leitenden Factoren zur Genüge dargethan haben, daß unser Volk im Punkte der nationalen Ehre wie der deutschen Interessen sehr empfindlich ist, und wir glauben in den Worten des Herrn Reichskanzlers eine Andeutung zu finden, daß der Vertrag wohl auch hätte anders ausfallen können. Herr Oechelhäuser, der die mit dem Vertrage gewonnene Basis für Ostafrika so warm begrüßt, würde mit einer besseren Basis sicherlich auch zufrieden gewesen sein.

Eine befremdliche Episode — aber freilich nicht ohne Ideenzusammenhang mit dem deutsch-englischen Abkommen — bildete das Eintreten des Herrn von Keudell für den Olmützer Vertrag. Das war jedenfalls ein Novum eigener Art, um so eigenthümlicher aus dem Munde des Schülers jenes Meisters, der berufen war, den Olmützer Vertrag endgültig zu corrigiren. Wenn Herr von Keudell sagt: „Wir wissen jetzt, daß Preußen gar nicht in der Lage war, den Kampf aufzunehmen", so steht er damit in directem Widerspruch zu der Ansicht des competentesten Beurtheilers der damaligen militairischen Verhältnisse Preußens, des Prinzen von Preußen, des verewigten Kaisers Wilhelm I., der, wie wir von Ranke und aus vielen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen des Prinzen wissen, die Dinge politisch und militairisch ganz entgegengesetzt beurtheilte und den Olmützer Vertrag stets als eine Schmach ansah. Freilich war der damalige Kriegsminister, General von Stockhausen — ein wackerer, ehrenfester Mann, der als Fähnrich 1806 muthig in die Saale gesprungen, um die ihm anvertraute Fahne vor den verfolgenden Franzosen zu retten —, der Aufgabe nicht gewachsen, die im Spätherbst 1850 an ihn herantrat, und dies um so weniger, als die zielbewußte politische Führung fehlte. Ein staatskluges Wollen würde auch mit einem kraftvollen Handeln, mit einer ganz anderen Constellation der Mächte zu rechnen vermocht und sich nicht in eine blinde Ueberschätzung der Gegner vertieft haben. Weil man damals politisch nicht wußte, was man wollte, konnte man auch militairisch nichts wollen, denn der Krieg ist doch eben nur eine Fortsetzung der Politik. Der Mangel an Kraft lag lediglich bei der obersten Stelle in Preußen, nicht bei Volk und Heer. Daß Minister von Manteuffel diesen Verlegenheiten ein Ende machte, konnte sein König ihm danken, Dank und Anerkennung für Olmütz im Deutschen Reichstage nimmt sich mindestens etwas seltsam aus.

Dagegen wendet sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", die jetzt aus vollster Ueberzeugung die Politik des neuen Courses vertritt. Sie greift den auf Rußland bezüglichen Satz im dritten Absatze des Artikels der Münchener „Allgemeinen Zeitung" heraus und schwingt ihre Waffe drohend über dem eben genannten Blatt und über den gleicher Verdammniß werthen „Hamburger Nachrichten"; sie wird aber in den „Hamb. Nachr." vom 11. Februar unter Hinweis auf die früher von ihr vertretene Politik etwas unsanft abgeführt:

„Die Münchener ‚Allgemeine Zeitung' stellt bei Besprechung der jüngsten Colonialdebatte in Uebereinstimmung mit der bekannten Auslassung der ‚Hamburger Nachrichten' die Behauptung auf, daß seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine wesentliche Veränderung in den

Verhältnissen von Deutschland und Rußland eingetreten sei; das Blatt schreibt wörtlich:

‚Sodann — und hier berühren wir den Cardinalpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns hoffentlich zu Rußland nicht immer im Stadium der aufgezogenen Brücken befinden, sondern hoffentlich allmählich jene eigentliche Basis unserer Politik wieder gewinnen, welche in einem freundschaftlichen und freundnachbarlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht.‘

Die damit gegen unsere derzeitige auswärtige Politik erhobene Beschuldigung, daß sie eine wesentliche Basis der Friedenspolitik Deutschlands, nämlich das freundschaftliche und freundnachbarliche Einvernehmen mit Rußland preisgegeben habe, ist eine so schwere und steht zudem mit allen bisher bekannten Thatsachen in so diametralem Widerspruch, daß die Münchener ‚Allgemeine Zeitung‘ und die ‚Hamburger Nachrichten‘ nothwendig irgend einen Beweis für ihre Unterstellungen antreten müssen, wenn nicht der gegründete Verdacht erweckt werden soll, daß die beiden Blätter zum Zwecke der Discreditirung der auswärtigen Politik Deutschlands auch vor willkürlichen Erfindungen nicht zurückschrecken."

Diese Verdächtigung entbehrt jeder thatsächlichen Unterlage. Wir haben uns auf eine Warnung vor dem Abbrechen der Brücken zwischen Deutschland und Rußland beschränkt und ausdrücklich gesagt, es liege uns fern, zu behaupten, daß dieser Abbruch bereits erfolgt sei. Unsere Warnung und den ihr zu Grunde liegenden Wunsch der Pflege unserer russischen Beziehungen können wir auch heute wiederholen. Die Motive dafür sind in der Gesammtlage der europäischen Politik zu finden und bedürfen für den Kenner keiner Beweisführung. Die Ansichten über auswärtige Politik lassen sich überhaupt nicht auf Grund mathematisch-concludenter Beweise bilden, deren Führung sogar in historischen Rückblicken auf die Vergangenheit schwierig bleibt, wenn sie überhaupt möglich ist; in Bezug auf die Zukunft und selbst die Gegenwart aber hat das politische Urtheil in der Hauptsache eine gewisse Feinfühligkeit für das politische Wetter zur Bedingung. Wir haben keine Unterstellung von Thatsachen gemacht, sondern nur unseren Wünschen und unseren Sorgen Ausdruck gegeben. Dafür lassen wir uns keine Beweislast aufbürden.

Die „Nordd. Allg. Ztg." würde übrigens, wie wir glauben, wohl thun, ihrerseits die gleiche politische Richtung einzuhalten, welche sie früher durch Jahrzehnte hindurch als officiöses Blatt vertreten hat.

Sehr zutreffend antwortete darauf die Münchener „Allgemeine Zeitung":

Der Einsender der Auslassung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" muß von eigenthümlicher Empfindlichkeit und Einbildungskraft sein. In der

„Allgemeinen Zeitung“ ist niemals eine Silbe zu lesen gewesen, „daß seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine wesentliche Veränderung in dem Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland eingetreten sei.“ Es ist somit von einer „Beschuldigung“, zumal „einer schweren“, nach dieser Richtung in der „Allgemeinen Zeitung“ gar keine Rede gewesen, und der Verdacht der „willkürlichen Erfindung“ fällt daher auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, bezw. den Verfasser des betreffenden Artikels zurück, aus welchem letzteren wir lediglich zu ersehen vermögen, daß unsere Betrachtung über die Colonialdebatte den Beifall des Herrn Einsenders nicht gefunden hat. Wollten wir mit gleicher Höflichkeit erwidern, so würden wir hinzufügen, daß die „Discreditirung der deutschen auswärtigen Politik“ doch nicht durch die Presse geschehen kann. Politik wird nach Thatsachen und nicht nach Zeitungsartikeln beurtheilt.

* * *

Wie sie am Schlusse ihres Artikels vom 8. Februar in Aussicht gestellt hatten, setzen die „Hamb. Nachr.“ am 11. Februar (M.-A.) ihre Erörterungen über die Colonialdebatte fort:

> Zur Colonialdebatte. Die vorwöchentliche Colonialdebatte im Reichstage steht noch im Vordergrunde des politischen Interesses und beschäftigt namentlich die Presse andauernd. Einstweilen theilen wir weiter unten einen Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ mit (s. S. 360—363).
>
> Wir bleiben bei der Ansicht, daß der frühere Kanzler zur Unterzeichnung des deutsch-englischen Vertrages niemals gerathen haben würde, und daß die Verantwortung für das Abkommen ausschließlich bei der jetzigen Regierung liegt. Diese hatte vollständig freie Hand, den Vertrag abzuschließen oder nicht. Wir glauben an ihre eigene Ueberzeugung von der Richtigkeit und Nützlichkeit des Abkommens, wenn diese Ueberzeugung auch einigermaßen abgeschwächt erscheint durch die Neigung, die Verantwortlichkeit auf die frühere Regierung, wenn nicht vollständig abzuschieben, so doch mit deren Tendenzen zu decken. Allerdings muß man sich fragen, woher es kommt, daß, wenn der Vertrag nach der jetzt vertretenen Auffassung eine so zwingende Rechtfertigung in sich trug, das Bedürfniß der Berufung auf die frühere Regierung obwaltet. Die Ergründung dieses psychologischen Moments ist indeß nicht unsere Sache.
>
> Was die Sache an sich betrifft, so würde die Ansicht, daß das Verbleiben Lord Salisbury's im Amte von größerer Wichtigkeit für uns sei als ganz Witu, einmal den Engländern niemals „mitgetheilt“ worden sein, zweitens konnte jene Ansicht Bedeutung nur für den extremen Fall haben, daß Deutschland gezwungen gewesen wäre, zwischen dem Besitz von Witu und einer antideutschen Umgestaltung der englischen Politik

unmittelbar zu wählen. Ein solcher Fall lag 1890 nicht vor, und die kurze Fassung eines Marginals auf den vertraulichen Acten der inneren Correspondenz des auswärtigen Amtes konnte im damaligen Augenblick nur den Zweck haben, die arbeitenden Kräfte in Berlin zu orientiren, aber nicht den, ein politisches Programm für alle Zukunft aufzustellen. Im Uebrigen sind Acten des auswärtigen Amtes zwar keine Privatacten, aber auch nicht publici juris. Wenn sich bei uns die Gewohnheit einfände, aus ihren vertraulichen Theilen Material zu veröffentlichen, um frühere Regierungen für zweifelhafte politische Schritte mit verantwortlich zu machen, so mögen dafür Vorgänge in anderen Ländern anzuführen sein; in Deutschland wie in England war bisher Aehnliches nicht der Fall. Die frühere Regierung hat sich stets enthalten, den vertraulichen Verkehr, den ihre Organe unter einander in den Acten geführt haben, in solcher Weise der Oeffentlichkeit preiszugeben, daß im Auslande daraus unzutreffende Schlüsse auf die Gesammtpolitik Deutschlands gezogen werden konnten. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ äußert nicht ohne Grund Bedenken über das gegentheilige Verfahren, wodurch in ähnlicher Weise wie bei den Vorbereitungen zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage Irrthümer über politische Nothwendigkeiten des Deutschen Reiches erzeugt werden. Wie es hier nachtheilig wirkt, wenn diesseits der Eindruck hervorgerufen wird, daß Deutschland seine landwirthschaftlichen Zölle aus Gründen der inneren Politik preisgeben müsse, so muß es für fernere colonialpolitische Verhandlungen mit England, die doch möglich sind, den deutschen Interessen schädlich sein, wenn in London die Ansicht Platz greift, daß die gegenseitige Freundschaft für Deutschland nothwendiger sei als für England. Die Vermeidung solcher Eindrücke war stets ein leitendes Grundprincip der deutschen Politik, das niemals verlassen werden sollte.

Scharfe Kritik wird seitens eines Theiles der Presse an dem Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Neera-Processe geübt, bezüglich dessen Herr von Caprivi in der Freitagssitzung des Reichstages unter Berufung auf eine unterm 29. März 1889 von der damaligen deutschen Regierung nach London gerichtete Depesche äußerte, daß die jetzige Regierung kaum in der Lage gewesen sei, die Ansprüche betreffs der Neera anders, als es geschehen sei, zu vertreten. Jene Depesche lautete:

„Ew. Excellenz sind ermächtigt, Lord Salisbury gegenüber gelegentlich zu wiederholen, daß die Expedition Peters das Reich nichts angeht und er und seine Begleiter für uns Privatreisende sind, bei deren Unternehmen wir uns von jeder Förderung fern halten. Der Reichskanzler würde es natürlich finden, daß England bewaffneten Zügen den Durchmarsch durch seine Interessensphäre in Ostafrika versagt.“

Es ist nicht einzusehen, wie England daraus das Recht ableiten könnte, außerhalb der Blokadezone und außerhalb der Küste der damaligen britischen Interessensphäre ein Schiff mit Privateigenthum zu beschlagnahmen. Die Plünderung der Neera steht ganz außerhalb jeder Beziehung zum Durchmarsch der Peters'schen Expedition durch das englische Territorium, von dem in der Depesche die Rede ist. Die Neera war keine „englische Sphäre in Ostafrika", und es wurde ein „Durchmarsch" durch die Neera auch von keiner Seite versucht, außer von den confiscirenden englischen Mannschaften. Es ist schwer verständlich, wieso der Abgeordnete Cuny anerkennen sollte, daß die Reichsregierung Ansprüche aus der geschehenen Vergewaltigung deutschen Eigenthums auf offener See wegen jener Depesche nicht hätte vertreten können; was freilich nicht verhinderte, daß die betreffende Bemerkung mit „Bravo" links begrüßt wurde.

Auf weitere Einzelheiten der Colonialdebatte, sowie auf Aeußerungen der Presse hierzu wird noch zurückzukommen sein.

Zu dem Passus über die Neera bemerken wir erläuternd Folgendes: Die Neera war das von Dr. Peters gecharterte Schiff für seine Emin Pascha-Expedition. Er hatte im ersten Drittel des Juni als Landungspunkt den Zugang zur Manda-Bucht im Nordosten von Witu in Aussicht genommen, wurde aber von den englischen Blokadeschiffen „Boadicea" und „Mariour" daran verhindert. Es gelang ihm dann, die Engländer durch vorläufiges Einschlagen eines entgegengesetzten Curses, auf Mozambique zu, zu überlisten und am 17. Juni in Schimbya im Suahelisultanat (Witu) zu landen. Am 20. Juni, nachdem Peters längst den Marsch ins Innere angetreten hatte, erreichte die Neera mit gebrochener Schraube den Hafen von Lamu. Obgleich ihr der englische Admiral Fremantle gestattet hatte, dort vor Anker zu gehen, wenn sie weder Kriegscontrebande noch Peters an Bord hätte, und obgleich beides nicht der Fall war, obgleich sie auch die englische Blokade nicht gebrochen, sondern das englische Blokade-Gebiet nur umgangen hatte, wurde sie mit Beschlag belegt und dem englischen Prüfungsgerichte in Sansibar zugeführt. Darüber kam es zu dem oben erwähnten Prozeß.

* * *

Drei weitere an die Colonialdebatte anknüpfende Erörterungen bringen die „Hamb. Nachr." vom 11. Februar (A.-A.). Die erste ist eine kräftige, humoristisch angehauchte Abfertigung der auswärtigen Politik der „Vossischen Zeitung":

Die „Voss. Ztg." glaubt die Behauptung, daß Fürst Bismarck niemals zur Unterzeichnung des deutsch-englischen Abkommens gerathen haben würde, mit dem Hinweise auf die „Nachgiebigkeit" bestreiten zu können,

die der frühere Reichskanzler Amerika und Spanien gegenüber in der Samoa- und in der Carolinen-Frage an den Tag gelegt habe. Wenn Fürst Bismarck wegen Samoa und der Carolinen Deutschland nicht in Krieg verwickelt hat, so sollte doch auch die „Voss. Ztg." ihm dies danken. Jeder Staatsmann mit weniger Autorität hätte sich wahrscheinlich genöthigt geglaubt, jene Angelegenheiten durch rasche Entschließungen zum Bruch zu treiben, ohne zu erwägen, daß der Krieg mit Amerika und Spanien eine chronische Krankheit von jahrelanger Dauer gewesen sein würde, welche dem Wohlstande aller Betheiligten schwere Wunden geschlagen hätte, ohne daß Jemand nach Beendigung des Kampfes noch eine deutliche Vorstellung von der Ursache desselben gehabt haben würde. Wir glauben nicht, daß die „Voss. Ztg." mit ihren Ansichten im deutschen Volke und bei den am amerikanisch-spanischen Verkehre betheiligten Kreisen Anklang finden wird. Man sieht aber aus den Auslassungen des Blattes, wohin es geführt hätte, wenn damals Leute von der Richtung der „Voss. Ztg." am Ruder gewesen wären. Wahrscheinlich lägen wir noch jetzt im Kriege, weil keine der betheiligten Mächte die andere in zum Frieden zwingender Weise zu bewältigen vermocht hätte. Die „Voss. Ztg." spielt in diesem Falle wie immer, wenn sie sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begiebt, die Rolle des Peter in der Fremde, der weder Land noch Wege kennt. Bei näherer Ueberlegung wird sie sich sagen, daß die Samoa- und Carolinen-Angelegenheiten jedenfalls nicht zu „denjenigen" Dingen gehören, die Fürst Bismarck „unterdrückt", weil sie zu seinen Ungunsten gedeutet werden könnten.

Die zweite Erörterung bietet eine Vertheidigung und Rechtfertigung der Colonialpolitik des Fürsten Bismarck gegenüber dem Einwand der „National-Zeitung", daß die Behandlung der Colonialangelegenheiten in der letzten Zeit der Bismarck'schen Amtsführung für die Freunde der Colonialpolitik keineswegs zufriedenstellender gewesen sei, als unter dem „jetzigen" (Februar 1891) Reichskanzler:

Die „Nat.-Ztg." knüpft an die Wiedergabe unseres neulichen Artikels über die Stellung des Fürsten Bismarck zum deutsch-englischen Abkommen die Bemerkung, daß die Behandlung der Colonialangelegenheiten in der letzten Zeit der Bismarck'schen Amtsführung für die Freunde der Colonialpolitik keineswegs zufriedenstellender gewesen sei, als unter dem jetzigen Reichskanzler; die „Nat.-Ztg." habe zu jener Zeit einmal die Frage stellen müssen, ob im auswärtigen Amte Colonial- oder Anticolonialpolitik getrieben werde. Wir möchten die „Nat.-Ztg." daran erinnern, daß die damalige Stellungnahme der Regierung wesentlich der

Nothwendigkeit entsprang, colonialpolitischen Uebertreibungen entgegenzutreten.

Es handelte sich zu der Zeit, auf welche die „Nat.-Ztg.“ Bezug nimmt, namentlich darum, den Eindruck zu paralysiren, als ob die Peters'sche Expedition, die Befreiung Emin Paschas u. s. w., von deutscher Seite irgendwie amtlich unterstützt würden. Für die Ziele dieser Colonialpolitik konnte die Mitwirkung der Regierung nicht erwartet werden. Das obere Nilgebiet lag für sie außerhalb der Grenzen der colonialpolitischen Absichten; sie wollte nicht die Richtigkeit des Wortes qui trop embrasse, mal étreint an ihrer afrikanischen Politik erfahren und nicht die Beherrschung und Besiedelung des Gebietes erschweren, welches mit der englischen Region der Binnenseen abschnitt. Die weitere Ausdehnung der deutschen Interessensphäre lag außerhalb aller Berechnung, und namentlich hatte die frühere Regierung das Bedürfniß, das Gebiet, das sie für Deutschland in Aussicht nahm, zunächst von jeder Einmischungsgefahr, namentlich von englischer Seite, frei zu halten.

Ebenso war auch jede Collision mit den Unternehmungen Italiens an der ostafrikanischen Küste sorgfältig vermieden worden; beides in der Erwägung, daß unser Einverständniß im Dreibund mit Italien von der Haltung Englands in entscheidenden Wechselfällen beeinflußt sein würde. Auf die Sicherstellung und Befestigung der Freundschaft Italiens und seiner Stellung im Dreibunde ist das größere oder geringere Maß guter Beziehungen Englands zu Deutschland nicht ohne Rückwirkung, und es ist immerhin fraglich, wie unsere italienischen Beziehungen sich gestalten würden, wenn Italien in die Lage gebracht würde, nicht mehr mit England und Deutschland in gleichem Maße befreundet bleiben zu können.

* * *

Am 6. Februar hatte in der Colonialdebatte Herr von Keudell (deutsche Reichspartei) seine Rede folgendermaßen begonnen:

„Ich bin zum Sprechen nur veranlaßt, weil von der rechten Seite das deutsch-englische Abkommen nicht die freudige Anerkennung gefunden hat, die ich ihm entgegenbringe. Zunächst ein Wort zur Vertheidigung des Herrn von Manteuffel, unter dem ich Jahre lang gedient habe. Es ist ihm das Wort zugeschrieben: Der Muthige weicht nicht zurück. Nach Olmütz entgegnete im Abgeordnetenhause Herr von Manteuffel auf die ihm gemachten Vorwürfe am 3. December 1850: der Starke tritt wohl einen Schritt zurück, behält aber das Ziel fest im Auge. (Hört! rechts.) Das ist geschehen. Herr von Manteuffel, der damals sah, daß Preußen den Kampf nicht aufnehmen konnte, trat vor den Riß, nahm das Odium auf sich und schuf dadurch die Bahn für die künftige Entwickelung. Dafür ist ihm der Dank und die Anerkennung der Nachwelt gewiß.“

Dann ging der Redner auf die Vorgeschichte des deutsch-englischen Vertrages ein und suchte nachzuweisen, daß der Vertrag vom 1. November 1886 schon vollständig die Grundzüge des Vertrages vom 1. Juli 1890 enthalte. Wie groß der Irrthum ist, ergiebt sich von vornherein aus Folgendem: die ganzen Verhandlungen zwischen Deutschland und England, die in dem Vertrage vom 1. November 1886 ihren vorläufigen Abschluß fanden, waren erst daraus hervorgegangen, daß die deutsche Regierung dem durch die Brüder Denhardt an sie ergangenen Gesuche des Sultans von Witu gemäß das Protectorat über dieses Land übernommen hatte. Auf englische Veranlassung erhob damals der Sultan von Sansibar Ansprüche auf einen großen Theil der Witukiste — Ansprüche, zu deren Untersuchung eine gemischte Deputation eingesetzt wurde. Diese stellte fest, daß die sansibaritischen Ansprüche fast durchweg unbegründet waren, und legte die Ergebnisse ihrer Arbeiten in dem oben genannten Vertrage nieder.

Die „Hamb. Nachr." vom 11. Februar (M.-A.) halten Herrn von Keudell in ihrer dritten Erörterung nun Folgendes entgegen:

> Der freiconservative Abgeordnete von Keudell hat in seiner neulichen Reichstagsrede zu Gunsten des deutsch-englischen Vertrags angeführt, das Abkommen mit England vom 1. November 1886 enthalte bereits vollständig die Grundzüge des Vertrages vom 1. Juli 1890, nur habe man damals Witu und Sansibar im Ungewissen gelassen. Was Sansibar betrifft, so war es zweifellos, daß es zur deutschen Interessensphäre gerechnet wurde und daß England das Protectorat darüber niemals ohne deutsche Einwilligung hätte erwerben können.
>
> Ueberraschen dürfte ferner, daß Herr von Keudell bei Besprechung des deutsch-englischen Abkommens den Olmützer Vertrag heranzog und beide auf gleiche Linie stellte. So schlimm in seinen Wirkungen wie der Olmützer Vertrag wird dieser deutsch-englische nicht sein. Der Unterschied zwischen beiden ist unter Anderm der, daß der Olmützer Vertrag seiner Zeit unter dem Druck einer Zwangslage geschaffen wurde. Für diese Zwangslage war allerdings Herr von Manteuffel nicht verantwortlich: sie war das Ergebniß der vorangegangenen schwankenden Politik vom März 1848 bis zum November 1850. Es kam Herrn von Keudell wohl nicht blos auf die Vertheidigung der Manteuffel'schen Politik zur Olmützer Zeit an; denn diese Politik ist als sachentsprechend anzuerkennen. Aber wir fragen uns, was hat Herr von Manteuffel mit Sansibar und dem deutsch-englischen Vertrage zu thun, was Olmütz mit Helgoland? Eine Zwangslage war 1890, wie wir in früheren Artikeln nachgewiesen haben, nicht vorhanden. Das heutige Ministerium war absolut frei in seinen Entschließungen, und die Lage des Deutschen Reiches bietet gar keine Vergleichspunkte mit derjenigen dar, in welcher Preußen sich damals

in Folge der gemeinschaftlichen Bedrohung seitens Oesterreichs und Rußlands befand, ganz abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, den deutschen Verwickelungen und der Verzettelung der preußischen Truppencadres im Jahr 1850.

Es gehört die ungeheuerlichste Uebertreibung dazu, um eine Analogie zwischen Olmütz und Afrika zu finden, und wir glauben nicht, daß Herr von Keudell mit seiner Andeutung einer solchen der heutigen Regierung einen Dienst erwiesen hat. Ob das seine Absicht gewesen ist, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Wir haben die Anspielung auf Olmütz aus den ersten Zornesausbrüchen unserer Colonialfreunde über den deutsch-englischen Vertrag wohl in Erinnerung; aber wir suchen uns vergeblich einen Vers darauf zu machen, in welcher Absicht Herr von Keudell die Anspielung wieder aufgenommen hat. Zwischen dem heutigen Reichskanzler und Herrn von Manteuffel werden Aehnlichkeiten überhaupt schwer zu finden sein, und wir wissen nicht, ob der General von Caprivi in Olmütz einen Schritt zurückgewichen sein würde; daß Freiherr von Manteuffel in seiner Stellung als auswärtiger Minister von der damals mit Recht vorhandenen militairischen Empfindlichkeit unbeeinflußt blieb, wird ihm Jeder zum Verdienst anrechnen, der mit der Sachlage zur Olmützer Zeit genau bekannt ist.

Am 15. Februar (M.-A.) kommen die „Hamb. Nachr.", was wir hier vorwegnehmen wollen, auf diese Keudellsche Rede noch einmal zurück und sagen:

Einige Blätter haben zu unseren neulichen Aeußerungen über die Colonialpolitik der früheren Regierung Bemerkungen gemacht, welche mißverständlich sind. Wir heben nochmals hervor, daß die Peters'sche Expedition von der damaligen Regierung entschieden mißbilligt, widerrathen und zu verhindern versucht worden war, und zwar aus den neulich schon entwickelten Gründen, daß es darauf ankam, alles zu vermeiden, was direct oder indirect dem Bemühen hätte schaden können, die unbestrittene deutsche Interessensphäre in Ostafrika vor jeder Einmischung, namentlich von englischer Seite, zu sichern, die dort unbequem und gefährlich hätte werden können. Es ist unzulässig, aus der Haltung Deutschlands in den speciell afrikanischen Fragen Schlüsse auf die gesammte damalige auswärtige Politik des Reiches England gegenüber zu ziehen. Wenn Herr von Keudell in seiner Rede — deren Schwergewicht übrigens auch für unsere Erwiderung nicht in seiner Bezugnahme auf Olmütz lag — äußerte, zur Zeit des 1886er Abkommens wäre sowohl Witu wie Sansibar als außerhalb der deutschen Interessensphäre betrachtet worden, so ist dem entgegen zu halten erstens, daß Sansibar im

Jahre 1886, wenn auch nicht auf Grund von ausdrücklichen Abmachungen mit England, so doch thatsächlich als zur deutschen Interessensphäre gehörig betrachtet wurde, zweitens, daß sich die Verhältnisse seit jener Zeit in einer jede Bezugnahme ausschließenden Weise geändert haben und daß der Hauptfortschritt, den unser Verkehr mit Sansibar gemacht hat, gerade in die Zeit von 1886—90 fällt. Diese Entwickelung war eine so große, daß die darüber mißvergnügten Engländer ihrem Aerger in dem bekannten Worte Luft machten: sogar in den Gefängnissen auf Sansibar überwögen die Deutschen. Herr von Keudell hat bei seiner Vertheidigung des Sansibar preisgebenden Vertrages mit England nicht diejenige Bekanntschaft mit der Sachlage besessen, die von ihm als rednerischem Beistand der Regierung zu erwarten gewesen wäre.

Die Behauptung, daß Sansibar im Jahre 1886 thatsächlich als zur deutschen Interessensphäre gehörig betrachtet worden sei, erklärte der „Reichsanzeiger" am 16. Februar für den Thatsachen widersprechend. Durch das Uebereinkommen mit England vom 29. October 1886 sei die Souverainität des Sultans über die Inseln Sansibar, Pemba u. s. w. ausdrücklich anerkannt worden; unmittelbar darauf sei Deutschland der französisch-englischen Declaration vom 10. October 1862 beigetreten, worin die Unabhängigkeit von Sansibar stipulirt wurde. Es hätte also, meint der „Reichsanzeiger", gegen die ausdrücklichen Abmachungen mit England und Frankreich verstoßen, wenn Deutschland Sansibar als zur deutschen Interessensphäre gehörig betrachtet hätte.

Diese Auslassung beweist aber gegen die „Hamb. Nachr." garnichts; denn durch die Zugehörigkeit zur Interessensphäre wird die Souverainität eines Landes nicht berührt, noch nicht einmal durch ein directes Protectoratsverhältniß. In dem deutsch-englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 trat z. B. Deutschland das Protectorat über das Suahelisultanat an England ab; und doch wurde in demselben Vertrage die Souverainität dieses Sultanats von beiden pactirenden Mächten ausdrücklich garantirt. Daß Deutschland trotz dieser Garantie-Uebernahme die Engländer in Witu mit größter Willkür schalten und walten läßt, ist eine Sache für sich.

Register.








Böttcher & Bongartz. Buchbinderei, Leipzig.